



Baltikum

**Bauern
Bürger
Bonzen**

Lektion für Europa

Elmar Römpczyk

© Dr. Elmar Römpczyk ISBN 978-3-00-040169-5

Druck: 2015, Bonn

Fotos im Text: E. Römpczyk oder benannte Quellen

Umschlagfotos: E. Römpczyk

Vorderseite: altes Kopfsteinpflaster in Riga-Zentrum mit Straßenbahnschiene

Rückseite: Winter-Stilleben in Estland

Bd. I : Arbeit – sehr spannend; Abenteuer – genug; Wirkung ? (2014)

Bd. II: Baltikum: Bauern-Bürger-Bonzen. Lektion für Europa (2015)



Die baltische Spreizung zwischen ^{baltischer Karibik} und ^{Breugel live}



Politische Kultur & Selbstbedienungsstaat

Auch in Zeiten der Krise bleibt den Oligarchen der Zugriff auf die öffentlichen Kassen

Staatspräsident mit befleckter Empfängnis

„Kolonie der eigenen Elite“

Es sieht aus wie: Politik gegen die Gesellschaft - oder: das System schlägt zurück

Unser bescheidener Versuch gegenzusteuern

Allerdings: am Ende steht ein mehr als merkwürdiges Ergebnis

Unübersehbar: die anhaltende Mit-Verantwortung der EU-Kommission

Die fast unglaubliche Geschichte von der politischen Kultur - top down und sehr persönlich

Auch oligarchisch kontrollierte Medien lassen sich nutzen zur

demokratischen Erneuerung

BALTISCHE PARTEIEN : SPIELBALL DER OLIGARCHEN

167

Was, bitte, ist eigentlich eine Oligarchen-Partei im Baltikum ?

Was sich in LETTLAND lernen läßt: erfolgreiche Parteien sind volatil

Innovationskraft reformwilliger "linker Parteien" wird gesucht

Cuba fragt nach

Moderate Sozialdemokratie in ESTLAND: der Ilves-Effekt

Strategische Ausrichtung eines kleinen Landes auf ein demokratisches Europa

Innovative e-Demokratie mobilisiert die estnische Jugend

Wir unterstützen innovative Umweltpolitik – mit Partei oder ohne

Die Sicht eines „Unpolitischen“: Gemeindebrief No.31/2014 des ev. Pfarrers von Tallinn

EU-affines LITAUEN

Litauens neue Sozialdemokratie gewinnt Wahlen, verliert aber an Demokratie

Abkehr vom Neo-Liberalismus – geht das überhaupt?

BALTISCHE ZIVILGESELLSCHAFT - UNGELIEBTES FREMDWORT

196

NRO-Arbeit in ESTLAND

NRO-Arbeit in LETTLAND

Baltisches NRO-Netzwerk eröffnet Perspektiven – und

... Baltisches NRO-Netzwerk zerstört Perspektiven

Politische Bildung durch Simulation der EU

mit Schülern und Lehrern

Politische Bildung an Universitäten

mit Referenz an Ivan Illich und Immanuel Kant

... und SAPERE AUDE! – so viel wie möglich

Viele Frauen stecken noch immer in der underdog-Rolle

Demokratisierung der Wohn-Umfeld-Kultur von unten nach oben

Stadtteilinitiative Agenskalns: Holzhaustradition und Identität

Wohnraumpolitik für die Hauptstadtbürger

Kommunalpolitik mit hohen Ansprüchen in der Provinz: Kuldiga

Nord-Süd-Sensibilisierung statt Globalisierung

ROHSTOFF-BEWUSSTE ENTWICKLUNG

248

Nachhaltigkeit – ein Begriff in Auflösung

Nachhaltigkeit wird zu Buen Vivir – oder: wir lernen nachhaltige Lebensführung vom indigenen Süden

Chancen für Buen Vivir in den baltischen Staaten - oder: um welche Rohstoffe kann es eigentlich gehen

Die Gier nach MEHR übersteigt alle Grenzen

Das baltische Meer, nur noch von bedingter Qualität

Wälder & Forsten - Gewinn durch nationale Wertschöpfung

Sicherung des Rohstoffs Holz: Aufforstung mit Bürgern & Minister

Bio-Nahrung durch organisierte Bio-Bauern: schwierig aber möglich

Die Fuchs-Zäsur

BALTISCHE ENERGIEPOLITIK: ZU WESSEN GUNSTEN ?

287

Das Szenario

Energiepolitik-Dialoge - ein großes Fenster für Baltikum und EU

Ist Atom-Energie im Baltikum akzeptabel ?

Wen interessieren eigentlich Bioenergie-Strategien ?

Bioenergieort Jühnde

Bioenergieregion Latgale

Regenerative Energien für die Stadt: „Green Housing in the Baltics“

Transnationale “Modernisierung” der Energieproduktion

Gas-Fracking in Litauen & Polen

Ölschiefer in Estland

Zukunftsfähigkeit nur mit dem Volk

ERFAHRUNGEN MIT DER BALTISCHEN ENERGIEPOLITIK

325

Deutschland und Russland booten die baltische Region aus: *Nord - Stream*

Die Balten könnten helfen, Russlands Dominanz ausbremsen

Energiesicherheit funktioniert nur durch aktive Regionalentwicklung aller Ostsee-Anrainer

Es geht nur mit mehr persönlichem Engagement

DEZENTRALE, ABER INTEGRIERTE REGIONALENTWICKLUNG

339

Anker für Regionalentwicklung: Öko-Tourismus und mehr

Die estnische Region Peipsi-See

Die litauische Region der großen Seen

Die lettische Region an Russlands Grenze: Latgale

Region mit grossem kulturellem Fussabdruck: Selia

Exkursionen setzen Assoziationen frei

Regionale Kooperation zwischen baltischen Staaten – mehr aktives Engagement für eine zukunftsfähige Ostseeregion

LNG – Beispiel nur vorgeblicher regionaler Zusammenarbeit

Drogenhandel – Herausforderung weit über die Region hinaus

Einbindung der baltischen Region in den internationalen Drogenhandel, 2006 wie 2012

Management des baltischen Drogenhandels

WAS KANN DIE EUROPÄISCHE ZENTRALE

EIGENTLICH VON DER BALTISCHEN PERIPHERIE LERNEN?

369

Lektion 1:

De-Growth Vision braucht keinen Arzt – die Stolpersteine müssen nur weg

Staatsverschuldung ist wie Krieg und die Euro-Krise verdeckt nur viele große Defizite

Lektion 2:

Zukunftsfähiges Wirtschaften heißt was?

BIP als volkswirtschaftlicher Indikator ist out - überlebt aber als Zombie

Nahrung: neuer Kolonialismus schafft Überfluß – für den EU-Müll ?

Textilien: billig, weil ausgelagert und tödlich

Textil-Produktion innerhalb der EU könnte auch anders funktionieren

Elektronik: Paradigmenwechsel noch nicht auf Schrott gebaut

Lektion 3:

Die große Transformation ist denkbar und grundsätzlich machbar - aber vor allem unabwendbar

Lebensqualität durch andere Lebensweisen

Hohe Erwartungen an die Zivilgesellschaft

Lektion 4:

Es bleibt noch das ganz große ABER

Wer fragt nach Identität ?

Wer fragt nach Demokratie ?

TTIP gefährdet beides: europäische Identität und europäische Demokratie.

Ab Jahresanfang 2014 kam die baltische Region wieder stärker ins Gespräch – in erster Linie wegen der baltischen Ängste vor einer russischen Intervention und die wiederum wegen der Ukraine-Krise, d.h. wegen der militärischen Intervention Russlands gegen die anstehende Assoziierung der Ukraine mit der EU. Baltische Politiker erläuterten nachdrücklich ihre Ängste vor einer denkbaren russischen Okkupation auch des Baltikums, weil Präsident Putin die innenpolitische Destabilisierung Russlands irgendwie auf ein anderes Gleis schieben mußte. Seine innenpolitischen Kritiker können nicht immer nur ins Gefängnis gesteckt oder gleich erschossen werden. Die moskauer Staatsführung und die staatsnahen Medien arbeiteten systematisch am Feindbild NATO und damit am Feindbild aller NATO-Mitgliedsstaaten und damit auch am Feindbild Baltikum. Denn das Baltikum – anders als die Ukraine – ist schon seit 2004 Vollmitglied in der EU und vor allem auch Vollmitglied in der NATO. Ab Januar 2015 übernahm Lettland für 6 Monate die EU-Ratspräsidentschaft und Litauen gehört seither als 19. Mitglied zur Euro-Gruppe. Damit gehören alle drei baltischen Staaten zur Euro-Gruppe. „Arm aber sparsam“, lautete die Begrüßung Litauens am 1.1.2015 in deutschen Medien.

Auch ohne diese geliehene Aufmerksamkeit wegen eines großen Konflikts an anderer Stelle (Ukraine) ist das Baltikum erheblich mehr als nur kurtaxefreier Ostseestrand an seiner Westseite und Endmoränenlandschaft mit tausend Seen und Wäldern im Osten. Die drei baltischen Staaten und Gesellschaften zeigen unterm Brennglas, wie oberflächlich die Osterweiterung der EU ab 2004 von Brüssel aus betrachtet wird, wie groß das Unverständnis im Westen tatsächlich ist für das, was Russland als seine geostrategische Rolle ansieht. Am Baltikum wird ein ziemlich dümmliches Hineintappen in ein geostrategisches Selbstverständnis der NATO erkennbar, das gelenkt ist vom gierigen Blick auf ukrainische, georgische, uzbekische Rohstoffe und von martialischen Sprüchen eines NATO-Generalsekretärs (Rasmussen bis September 2014). Und noch etwas zeigt sich im Baltikum: die Zerrissenheit von Gesellschaften, die eigentlich unbedarft aus den Fängen des russischen Bären vor die Hörner des europäischen Stieres gesetzt wurden. Weshalb die baltischen Völker sich 1989 so enthusiastisch an der Singenden Revolution beteiligt hatten, führt immer noch ein kleines Fragezeichen mit sich. Sicherlich, um die sowjetische Okkupation irgendwie abzuschütteln. Aber wohl auch, weil sie darauf hofften, ihre eigene Identität zurückzugewinnen. Hat das nach ihrer Unabhängigkeit 1991 irgendjemanden im Europäischen Rat oder im NATO-Hauptquartier in Brüssel interessiert? Dabei sind die baltischen Staaten nicht von einer anderen Welt, nein, sie sind eher die konzentrierte Miniausgabe desselben Problemmosaiks, das auch in West-Europa die Gesellschaften zerreißt und die Spaltung zwischen Staatsapparat und ziviler Gesellschaft ständig vertieft: durch Korruption, Geldwäsche und Betrug im großen Stil, mit systematisch erzeugter Identitäts-Unschärfe der einzelnen europäischen Gesellschaften, was einerseits zu gesteigerter Fremdenfeindlichkeit und andererseits zu hochgradigem Wählerfrust und Distanz zu den politischen Eliten führt.

Die baltischen Völker wurden in ihrer langen fremdbestimmten Geschichte zwar immer daran gehindert, ihre eigene Identität auszubilden oder abzusichern. Ob sie zur heutigen europäischen Identitätsfindung etwas beitragen wollten und könnten, wurden sie aber gar nicht erst gefragt. Dabei zeigen die Zerreißproben, denen die „europäische Gesellschaft“ um die Jahreswende 2014/15 so massiv wie nie ausgesetzt wurde, daß die Europäische Union über Euro-Rettungsschirme hinaus vor allem eine

europäische Identität braucht. Dieses Thema blieb bis heute **Stiefkind der Europa-Politik**. Der „Gipfel der Solidarität“ unter dem Motto „Je suis Charlie“ am 11. Januar 2015 in Paris mit den europäischen Spitzenpolitikern und weiteren 1,5 Millionen Franzosen war eine beeindruckende Geste – aber kein Ausdruck europäischer Identität. Genau genommen war es eine Medieninszenierung, weil die erste Reihe der > 50 Staatslenker nicht die echte erste Reihe der 1,5 Mio. Pariser war, sondern sich nur für kurze Augenblicke in einer Seitenstraße und nur für die Medien ereignete. Danach waren die 1,5 Millionen wieder unter sich. Die mediale Inszenierung war dennoch von außerordentlicher politischer Bedeutung: sie symbolisierte den Wunsch nach einem funktionierenden Zweckbündnis aus Angst gegen (islamischen) Terrorismus. Und sie symbolisierte die Trennung von Volk und politischer Elite. Ob man damit einverstanden ist oder nicht: PEGIDA („aus der Mitte der Gesellschaft“), Front National und die Schwedendemokraten, die Wahren Finnen, der Unabhängigkeitswille der Katalanen oder der Schotten, wie auch die durchgängig national-konservativen politischen Eliten im Baltikum besitzen deutlich mehr von dem Europa tatsächlich durchziehenden Empfinden (Unsicherheit bis Angst) und von politischem Handlungswillen (verbal bis Aktionismus) als die widersprüchlichen Abstimmungspirouetten, wie sie Europas führende Politiker ständig tanzen. Kurz: der Blick auf die baltischen Länder ist hier nicht in erster Linie angelegt als eine touristische Reise durch 700 Jahre deutsche Kolonialgeschichte. Der baltische **Integrationsprozeß in die EU** und die gut 10 Jahre seither empfehlen sich als kritischer Blick quer durch diese Länder und als *Lesson Learnt* für die weitere Entwicklung der Europäischen Union, die in prekärer Lage dahin taumelt. Der Blick nach vorn soll aus der baltischen Erfahrung dem nachgehen, was sich an dieser EU ganz dringend ändern und weiterentwickeln muss, damit nicht nur die kleinen baltischen Länder ihre demokratischen, ökologischen oder ökonomischen Schwächen überwinden, sondern auch das große Deutschland oder das angeschlagene Frankreich.

Die sogenannten Vollblut-Europäer, vor allem die, die von und durch die Europäische Kommission leben (und gut leben) werden zu allen diesen Punkten heftigen Protest anmelden. Sollen sie.¹ Jedenfalls haben 5 Jahre gesellschaftspolitische Arbeit als Vertreter der Friedrich Ebert Stiftung in den drei kleinen Staaten dort in der

1 Der erste Vorschlag von J.-C. Juncker für seine neue Kommissars-Mannschaft für 2014-19 hat in den Medien wie vor allem auch im Europäischen Parlament für noch mehr Unmut und Kritik bis zur Ablehnung der Kandidaten geführt als unter Barroso. Wobei als Hauptproblem erscheint, daß ein so erfahrener Europapolitiker, wie Juncker, die Reaktion der EU-Parlamentarier sehr wohl kennen mußte und dennoch schlägt er als Kommissare schwer diskreditierte Personen vor, wie die Slowenin Alenka Bratusek (die glücklicherweise vom EU-Parlament wieder nach Hause geschickt wurde), aber auch den spanischen Öl-Lobbyisten Miguel Arias Cañete für den Bereich Energie und Klima oder den britischen Bank-Lobbyisten Jonathan Hill für den Bereich Finanzen. Ist Juncker einfach nur noch neoliberaler als José Manuel Barroso oder profiliert er sich gegen eine Angela Merkel, die ihn im Kampf um sein Amt nicht ausreichend unterstützt hatte und schiebt zu jedermanns Überraschung auch noch den deutschen Kommissar Oettinger in die zweite Reihe seiner Kommissare? Allerdings ist Juncker schon kurz nach Amtsantritt durch seine frühere Politik als Luxemburgs Regierungschef und Finanzminister schwer angeschlagen. Denn ihm wird der Status von Luxemburg als wohl wichtigste europäische Steueroase für Großkonzerne angelastet

Nordostecke der EU einen belastbareren Eindruck von den baltischen Realitäten und deren Einbindung in den EU-Rahmen erlaubt als es die Vogelperspektive von einem brüsseler Schreibtisch aus vermag. Es sind viele und ich denke, auch ganz spannende *lessons learnt*, die ich in den folgenden Kapiteln wiedergebe und dazu auch den Kontext festhalte, der zum besseren Verständnis dazugehört

Wie ist dieses Buch zu verstehen?

Dieses Buch schließt an die Auseinandersetzung mit meiner entwicklungspolitischen Arbeit in anderen gesellschaftlichen Kontexten an. Der vorangehende Band (2014) trägt den etwas sperrigen Titel „*ARBEIT - sehr spannend. ABENTEUER - genug. WIRKUNG - ?*“ Darin ist von ganz frühen Lernerfahrungen in Indonesien, in den arabischen Ländern, vor allem aber von einigen Jahren Projektverantwortung in unterschiedlichen Ländern Lateinamerikas für sehr unterschiedliche Organisationen die Rede. Es ist immer eine ganz persönliche Sicht auf die Länder, auf die Arbeit und auf die eigene Rolle und ebenso auf die Rolle als Tourist – sei es in den Indianerreservaten im Westen der USA oder bei den Aborigines am australischen Uluru. Der folgende Text knüpft also daran an, nur ist diesmal die Region im engeren Sinne das Baltikum, erweitert um manche Berührung mit Skandinavien und insgesamt verbunden mit der Frage, was ließ sich aus den baltischen Jahren über die Entwicklung der Europäischen Union lernen. Das Buch versucht – wie im Vorgängerband – eine Antwort auf die Frage: was haben wir eigentlich mit unserer Arbeit bewirkt und was hat uns gehindert, noch besser zu sein; und es soll den dringenden Reformbedarf der Europäischen Union in ihrer Form von 2015 plastisch untermauern – einer EU, die vor weit mehr als nur einer gewaltigen Finanzkrise steht, sondern vor einer außerordentlich problematischen Identitätskrise. Unter anderem haben die baltischen Jahre erkennen lassen, daß die Erweiterungspolitik ab 2004 von 15 Mitgliedsstaaten auf inzwischen 28 die Gefahr in sich trägt, diese Union irreparabel zu destabilisieren, weil weder das Instrumentarium für eine solche Erweiterung vorbereitet wurde noch in der Mehrzahl der Fälle die Qualifikationen der politischen Entscheidungsträger für die Steuerung dieses komplexen Prozesses hinreichen. Diese Zweifel beziehen ausdrücklich auch manches Mitglied der schwarz-gelben oder der schwarz-roten Regierungen in Berlin mit ein.

Meine Rolle hieß Koordinator der Friedrich Ebert Stiftung für die Büros in den 3 baltischen Staaten mit Wohnsitz in Riga. Zeit: fünf Jahre von Anfang 2004 bis Ende 2008.

Der Text ist manchmal chronologisch geordnet, muß es aber nicht sein. Denn mir geht es um die Zusammenhänge wichtiger Fragestellungen und unsere Reaktion als FES-Mannschaft darauf oder auch die Vorwegnahme von zu erwartenden Problemen. Dabei ist hier kein Arbeitsbericht entstanden, sondern das Buch stellt unsere Arbeit in den sehr komplexen Kontext der Region, die wenig Spielraum für selbstbestimmte Entwicklung hat, von Russland, von Skandinavien und Osteuropa eingekesselt ist und einen kaum erträglichen Druck von NATO, Europäischem Rat, EZB, IMF aushält. Dementsprechend konnte unser Beitrag zur Bewältigung der neuen Herausforderungen durch die baltischen Gesellschaften nur klein sein. Das Buch zeigt auch, wie viel Innovation wir gedanklich und praktisch dennoch in den baltischen

Entwicklungsprozeß einbringen konnten. Meine eigenen Sinne und Sensibilitäten habe ich mir dabei auf dieselbe Weise geschärft, wie zuvor in den vielen anderen Ländern: nämlich so viel wie möglich im Lande unterwegs zu sein, um mit den unterschiedlichen Menschen und Institutionen in persönlichen Kontakt zu kommen und um selber zu beobachten, welche Entwicklungen sich wo und warum zeigen. So ist auch gelegentlich ein Zitat oder ein Foto aus einer späteren Zeit eingebaut, nur um den dargestellten Zusammenhang plastischer, nachvollziehbarer zu gestalten. Wie im Vorgängerband von 2014 geht es auch hier zwar um korrekte Darstellung von Ereignissen, aber immer aus meinem persönlichen Blickwinkel, der sich wie ein Prisma aus vielen Einzelerlebnissen geformt hat. Schließlich gibt es keine objektive Geschichte, sondern immer nur ihre Interpretation. Die kursiv gesetzten Texte sind in der Regel aus Briefen an die Familie oder enge Freunde übernommen und sollen meine Einschätzungen zum damaligen Zeitpunkt wiedergeben – auch wenn ich später vielleicht meine Meinung (aufgrund neuer Informationen) geändert habe.

Putin, Poroschenko, Merkel sind Namen, die seit 2014 von baltischen Politikern mit viel Hoffnung und mit viel Angst verbunden werden. Die baltischen Politiker und Unternehmer hoffen, daß diese drei Personen möglichst schnell erkennen, daß der Krieg in der Ukraine genau das Gegenteil einer Win-Win-Situation ist. Die Menschen in den baltischen Ländern sind da weniger sicher, wie sie sich eine Lösung der Krise vorstellen sollen. Jedenfalls wünschen sich Esten, Letten und Litauer mehrheitlich nicht die Rückkehr unter russische Verhältnisse, aber es bestehen weit mehr offene Fragen an die Europäische Union als was baltische oder deutsche Medien bereit sind, zu berichten oder was „Brüssel“ und NATO als Realität beschreiben. Denn jedermann/jederfrau ist klar, daß das Baltikum, selbst das innovative Estland, nur „peanuts“ ist,

- angesichts des Weltkapitalisten China (größte Elektronikfirmen; größter globaler Rohstoffinvestor; größter Gläubiger der USA; Herr des neuen Nicaragua-China-Kanals; Erbauer der neuen Seidenstraßen nach Europa (Plural));
- angesichts einer geradezu sträflich schlichten bis kriminellen politischen Elite in der EU (schlicht = z.B. bisherige Außenbeauftragte der EU; sträflich = EZB-Präsident Draghi mit einer unglaublich dreisten Destabilisierungsstrategie gegen den europäischen Wirtschaftsraum: Ausschüttung von 1.200 Mrd. € zwischen März 2015 und September 2016 an die europäischen Großbanken in der Erwartung, daß diese mit dem Geld marode Staatsanleihen im Euroraum aufkaufen; kriminell = beschuldigte oder verurteilte und wieder reingewaschene Regierungschefs und Staatspräsidenten, wie Berlusconi in Italien, Zatlars in Lettland und ungeklärt gehaltene Vorwürfe, wie gegen den estnischen Zentralbankchef (dem 10 Mio. US\$ abhandengekommen sein sollen), der dann anschließend EU-Kommissar wurde und sich mit einer „Europäischen Transparenzinitiative“ zu profilieren suchte) und einigen weiteren hochkarätigen EU-Politikern.

Erforderlich ist dagegen der aktive Beitrag aller EU-Länder (also auch der 3 baltischen) zu einer klugen zukunftsichernden europäischen Politik von der Rohstoffverwertung über die Energiesicherung bis zur Bürgerbeteiligung an Zukunftsentscheidungen. Es sei denn, die Weltuntergangsszenarien um Komet ISON und Asteroid 2013TV135 treten ein, und die Erde kollidiert tatsächlich im August 2032, dann können wir natürlich überall in Europa weitermachen wie bisher.....

Angesichts so deutlich vorangestellter Skepsis und angesichts der exponierten Rolle, die Lettland ab 1.1.2015 mit der EU-Präsidentschaft (im Trio mit Italien vorher und Luxemburg anschließend) spielte, macht ein genauerer Blick auf das Baltikum besonderen Sinn. Ein **historischer Rückblick** hilft bei der Erinnerung an den Prozeß, der wegen 700 Jahre deutsche Kolonialgeschichte nie ein „Baltikum“ zugelassen hat. Der Blick in das gegenwärtige gesellschaftspolitische **Innenleben der baltischen Länder** zeigt, daß sie viel zu früh Mitglieder in der EU der 25 wurden, um die EU mit ihrer kulturellen Vielfalt bereichern zu können.

In die baltische Arbeit und damit in dieses Buch flossen zwangsläufig die vielschichtigen Erfahrungen als entwicklungspolitischer Berater in verschiedenen Teilen der Welt und wurden durch die baltische Arbeit für die baltische Region fortwährend konkretisiert. Dabei hat die Arbeit im Baltikum sehr deutlich gemacht, daß es nie ein Baltikum gab und nach dem EU-Beitritt erst recht nicht gibt. Aus der Innensicht handelt es sich um sehr unterschiedliche Länder, die sich trotz der EU-Gemeinschaft mehr als Konkurrenten denn als Partner behandeln. Das ist nicht weiter verwunderlich, sieht Estland sich doch als skandinavisches Land, das zwar ebenso protestantisch ist wie Lettland, aber einer völlig anderen Sprachfamilie und dadurch einem historisch anderen Kulturraum angehört. Litauen und Lettland wiederum bilden dieselbe kleine Sprachfamilie mit slawischer Grundstruktur plus germanischen und sogar Sanskrit-Elementen. Dabei ist Litauen durch jahrhundertlang engste Anbindung an Polen immer katholisch geblieben und blickt etwas verklärt auf seine Geschichte als ehemalige europäische Großmacht. Bleibt Lettland als baltisches Kernland – eingeklemmt zwischen zwei baltischen Extremen.

Die folgenden Abschnitte gehen auf charakteristische Züge der einzelnen Länder ein. Wo in bestimmten Fragen (Problemen) allerdings allzu große Ähnlichkeiten bestehen, wird vor allem das „baltische Kernland“ betrachtet, um langatmige Wiederholungen zu vermeiden. Generell geht das Buch eher auf einige Schwerpunktthemen intensiver ein, als daß jeder wichtige Aspekt der baltischen Entwicklungen gleichmäßig beleuchtet würde. Ich denke, das schafft beim Leser einen vertieften Bezug zu den baltischen Realitäten und dadurch vielleicht sogar Empathie. Angesprochen, aber nicht intensiver behandelt wird in diesem Sinne, daß Lettland bis heute wohl besonders stark durch die Stalinschen „Säuberungen“ der intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten und die gleichzeitige „Russifizierung“ seiner Gesellschaft leidet. Und weiter: Durch den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung, wie ihn Wehrmacht und SS-Einheiten auch im Baltikum organisiert hatten, haben alle drei Länder heftig gelitten, vielleicht am meisten Litauen. In allen drei Ländern hat sich allerdings ein bestimmter gemeinsamer Identitätsstrang entwickelt, und zwar durch die Partisanenkämpfe der „Waldbrüder“ gegen die sowjetische Okkupation ...

Und ein anderer Strang, der weitaus angenehmer klingt: die Sangesfreude der Balten aller drei Länder, etwas, daß zu der einzig gebliebenen gemeinsamen politischen Aktion der Menschen aller drei Länder geführt hat: der Singenden Revolution, die in

der Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1990/91 mündete. Wenn im Folgenden trotz begrenzter baltischer Identität dennoch von „Baltikum“ die Rede ist, dann nur als vereinfachte Sprachformel, nicht im Sinne eines homogenen historischen Raumes.

Baltikum Karte



Kein harmloser Anfang: DIE HANSE ERSCHLIESST LIVLAND - GESTÜTZT AUF WIKINGER UND KIRCHE

Litauen hat seine ganz eigene Geschichte, jedenfalls ohne viel Baltikum. Estland versteht sich als Teil von Skandinavien. Danach bleibt vom Baltikum nur Lettland. Und was ist daran baltisch? Wir schauen genauer hin: Dänemark - 100 Jahre, Schweden - 100 Jahre, Russland - 200 Jahre, Polen - 400 Jahre. Deutschlands Kirche, Mönche, Ritter und Kaufleute - 700 Jahre. So lesen sich einige Zahlen und deuten wichtige Einflüsse auf die Region an, die gemeinhin „Baltikum“ genannt wird. Ein historisches Baltikum gibt es noch weniger als ein historisches Polen oder ein historisches Deutschland. Was also findet sich dort an der Ostgrenze der EU?

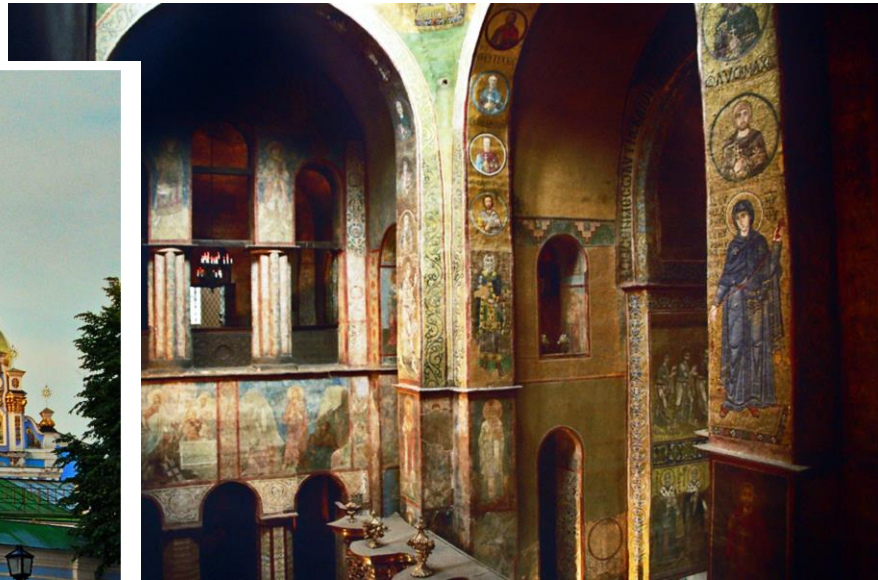
Auf den ersten Blick: ein paar hundert Kilometer kurtaxefreier Ostseestrand, der seit 2004 durch keine Grenzbarrieren unterbrochen ist. Der Strand erstreckt sich von Thomas Manns Sommerhaus in Nida auf der Kurischen Nehrung bis an die Mauern der Burg Hermannsfeste, am Stadtrand des estnischen Narva. Einst wurde diese Burg durch die Ritter des Deutschen Ordens errichtet, um katholisches Kirchenland vor der orthodoxen Kirche zu schützen und um das deutsche Livland gegen Zugriffe des russischen Zaren zu sichern. Genau hier in Narva endet heute die Europäische Union. Genau hier sprechen die einheimischen Esten besser Russisch als Estnisch und sie haben häufig zwei Pässe. Die sind nützlich beim kleinen Grenzverkehr und bei den kleinen Schmuggeleien von Zigaretten oder Diesel oder Wodka.

Die Nichtexistenz des Baltikums muss natürlich erklärt werden. Es gibt die historische Erklärung. Es gibt die heutige, aktuelle Situationsbeschreibung und es gibt eine sehr widersprüchlich betriebene europäische Unionspolitik, die an keinerlei Baltikum interessiert ist. Fangen wir mit der historischen Erklärung an, die sich eigentlich über mehr als 5000 Jahre hinzieht, aber auch bei interessierten Lesern frühestens vor etwa 1300 Jahren einsetzt, festgemacht am Stichwort „Wikinger“.

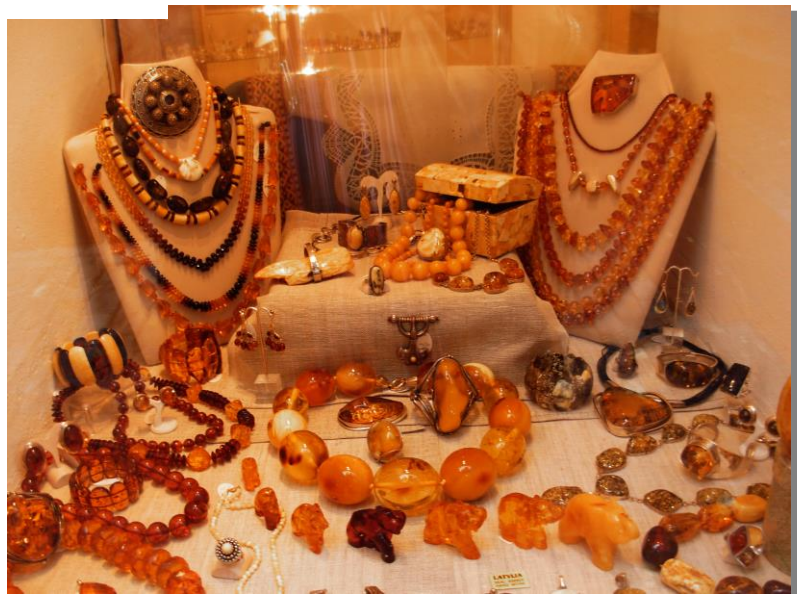
Die hohe Zeit der Wikinger hatte zwischen dem 8. und dem 12. Jahrhundert gelegen. Sie hatten den Ostseehandel aufgebaut - auch wenn sie heute vor allem als die marodierenden Piraten erinnert werden, vor deren Überfällen viele Küstenstädte und die Siedlungen an großen Flüssen nie wirklich sicher waren. Dabei waren diese Wikinger sehr effektive skandinavische Krieger und Händler und Entdecker. Sie waren zu ihrer Zeit weit nach Westen gesegelt (Island, Grönland, Neufundland), aber auch über die Ostsee ostwärts, einerseits bis zum Ladoga-See und dann südlich, um Nowgorod als Handelszentrum aufzubauen. Andere waren schon ein paar Seemeilen vorher rechts abgebogen, dort wo später **Riga** entstand; waren die **Düna** aufwärts gesegelt oder gerudert, hatten an einigen Stellen auch mal ihre leichten Hightech-Boote ein Stück über Land getragen, um das goldene **Kiew** mit seinen noch goldeneren Klöstern zu erobern, um dort in den kilometerlangen Höhlen unter dem Lavra-Kloster ihre Handelsware zu verstecken, um sich mit den slawischen Adelsfamilien zu mischen, das Nowgoroder und das Kiewer Fürstentum der **Kiewer Rus** zu gründen, um in der nächsten Generation dem **Dnjepr** abwärts bis ins Schwarze Meer zu folgen, um in Byzanz/Neues Rom/Konstantinopel Handel zu treiben, es zu erobern oder dem Sultan als Waräger-Garde zu dienen (wie die Schweizer Garde dem Papst). Wer von ihnen die Stromschnellen des Dnjepr und den Beschuss der Völker am Ufer

überstanden hatte, konnte endlich den Bernstein (der an der Ostsee noch häufig als Brennmaterial benutzt wurde) und die Nowgoroder Zobelpelze an den Höfen der arabischen Fürsten gegen deren Silber eintauschen. Anfangs segelten die Waräger den gleichen Weg zurück nach Gotland, später an Konstantinopel vorbei und an der französischen Westküste entlang nordwärts nach Hause. Ob die Wikinger bei diesen Fahrten schon von den Mykenern gehört hatten, die wussten, daß Bernstein sich elektrisch aufladen lässt und leitfähig ist, werden wir wohl nie erfahren.

*Was die Wikinger schon sehr schätzten:
Klosterkirchen in Kiew*



und Bernstein vom Ostseestrand



Aber vielleicht gab es ja einen wachen wikingen Intellektuellen, der sich darüber wunderte, daß diese Griechen ihren Bernstein élektron nannten...

Über all diesen Fähigkeiten stand die wichtigste Neuerung unserer europäischen Entwicklung: der Thing. Das erste politische und rechtsprechende Gremium, mit dem Gleichberechtigung und Demokratie im Wikinger-Reich eingeführt wurde und sogar – mit leichten Einschränkungen – das gleiche Recht für Frauen, auf dem jährlichen Thing die eigenen Angelegenheiten dem Ältestenrat öffentlich vorzutragen.

Das Schutzbündnis der **Kaufmanns-Hanse** entwickelte sich anschließend hin zum mächtigen Hanse-Städtebund als sich zwischen den Jahren 1000 und 1300 ein erheblich erhöhter Versorgungsbedarf ergab. Die demographische Explosion in dieser Zeit hatte praktisch zur Verdreifachung der Bevölkerung in Kerneuropa geführt. Ursachen dafür waren die Klimaerwärmung und landwirtschaftliche Innovationen, wie die Dreifelderwirtschaft gewesen, die die Versorgungslage erheblich verbesserten, aber auch das Abklingen der Wikinger-Raubzüge hatte seinen Anteil. Jedenfalls übernahmen die Hanse-Koggen einen Großteil der See- und Handelswege der Wikinger und nutzten sie, soweit es ihre großen Schiffe zuließen. So blieb Nowgorod für die hanseatischen Kauffahrer dieselbe wichtige Anlaufstelle, wie sie es für die Wikinger gewesen war.

Europäisches Handelssystem der Wikinger, die mit Axt und Bernstein unterwegs waren – im Vergleich zur Hanse, die sich mit der katholischen Kirche auf Schwert und Kreuz verständigt hatte

Aber systematisch ausbauen konnten die deutschen Händler diesen vorgezeichneten Handelsweg erst als Heinrich der Löwe 1159 die Stadt Lübeck aufgewertet



und mit Handelsprivilegien für den Ostseeraum ausgestattet hatte. Wahrscheinlich handelte Heinrich so schnell, weil auch westfälische Kaufleute von ihrem mächtigen Erzbischof von Köln schon mit Privilegien für denselben Fernhandel ausgestattet worden waren und sächsische Kaufleute ebenfalls. Es gab einen richtigen „Run“ auf den Handels-Nachlass der Wikinger. Sogar ihre Handelshöfe in Nowgorod oder Pleskau oder Smolensk wurden jetzt gerne von den Hanseaten besetzt – genauso wie die „Kirche der Waräger“, die Olafskirche im Gotenhof in Nowgorod. Die deutschen Bischöfe sorgten dann allerdings bald dafür, daß es eine klar identifizierbare katholische Kirche in Nowgorod gab und einen klar identifizierbaren deutschen Handelshof, den Peterhof. Für die nowgoroder Rus war aber wohl wichtiger, daß sie im 13. Jahrhundert ihre Handelsbasis auf Gotland an die Hanse verloren, daß die

Hanse mit ihren großen Koggen erheblich konkurrenzfähiger war als die russischen Waräger-Schiffe (von denen keines länger als 36 m maß) und daß sehr schnell im eroberten Livland Handels- und Umschlagplätze für die Hanse-Schiffe gebaut wurden (z.B. Riga 1201) mit dem strategischen Ziel für Kirche und Hanse, von diesen Punkten aus auch das Hinterland besser in das Handels- und Missionsnetzwerk einzubinden (etwa der Karawanenweg von Riga nach Pskov). Die Wikinger hatten zuvor über das Drehkreuz Haitabu ihren Fernhandel zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd abgewickelt. Dort in ihrem dänischen Kernland war schon der Lofoten-Kabeljau zu einem wichtigen europäischen Handelsgut gediehen. Als Haitabu (bei Schleswig) im 11. Jahrhundert niederbrannte und sich nicht wieder erholen konnte, übernahm die Hanse auch diesen Geschäftszweig, baute als Handelsplätze Stavanger und Bergen bis hinauf zu den Lofoten weiter aus und im reichen Norwegen unserer Tage leben die Lofoten-Fischer noch immer vom Verkauf ihre Kabeljau-Köpfe nach Nigeria, die Zungen nach Frankreich und die Filets schicken sie vor allem nach Italien. Die Hanse folgte jedenfalls den vielen Pfaden und Routen der Wikinger und ihre Politik setzt sich innerhalb der Europäischen Union mehr oder minder ungebrochen fort. Heute erinnert symbolträchtig an die Symbiose aus Handel und Krieg und ideologischem Überbau der Missionare; an die waffenfähigen Händler und kriegerischen Mönche aus Hanse-Zeiten vor allem die Rolandsfigur in Bremen und Riga und macht diese jahrhundertalte Verbindung zwischen Baltikum und Deutschland plastisch. Die Handhabung der Thing-Demokratie wurde allerdings weder von der Hanse noch gar von der katholischen Kirche weitergeführt oder gar weiterentwickelt – ganz im Gegenteil. Bei dem Punkt „direkte Demokratie“ ist die Schweiz der letzte „Wikinger-Staat“ geblieben. Beim Thema „Gleichberechtigung der Frauen“ muss die europäische Gesellschaftsordnung sich aschfahl aus der Geschichte stellen, denn schon bei der Wikinger-Besiedlung Islands hatten auch Frauen die Schiffe befehligt und Clans angeführt geschweige denn die Wikinger-Ökonomie organisiert. Das moderne Wort „Frauenquote“ ist daher eher eine Peinlichkeit als ein Profilierungsthema zwischen sogenannten christlichen und sozialen Demokraten unserer Tage

Das Europa-überspannende Handelsnetz der Wikingern bzw. der nachfolgenden Hanse ist sicher das Phänomen, von dem wir in Deutschland meist glauben, Lübeck wäre der Mittelpunkt und alles andere Handels-Peripherie gewesen. Keineswegs. Denn die Hanse-Kaufleute haben zwar Lübecker Stadtrecht in ihrer damaligen Welt in über 100 Städten verankert, um möglichst einheitliche Spielregeln für ihr Europa-Geschäft zu sichern. Allerdings reichten dafür zwei Dutzend Seiten – im Vergleich zu den 100.000 Seiten des aktuellen Acquis Communautaire unserer EU. Die Außenstellen, wie Bergen in Norwegen, Visby auf Gotland, Nowgorod in Russland oder Brügge in Belgien waren die ganz dicken Knoten in einem außerordentlich gut funktionierenden europäischen Handels-Netzwerk – mit Unterstützung der Könige oder auch ohne. Für den gesamten Ostseeraum war das Lübecker Recht auch Fortschreibung der Handelsordnung der Gotländischen Genossenschaft in Visby. Damit dynamisierte der Bund der Hanse zugleich die Bürger-Gesellschaft („Stadtluft macht frei“) – und das eher ohne die Unterstützung des Adels. Die Hanse hielt ihr Netzwerk zusammen und verstärkte es mit der Idiosynkrasie der jeweiligen ausländischen

Standorte. Allerdings gingen Hanse und Kirche über die Abschöpfungsmentalität der Winkinger weit hinaus. Sie wollten unwidersprochen Besitzer sein.



elegante Wikinger-Boote befahren schon dieselben Fjorde wie die Hanse-Koggen und wie die heutigen Cruiser in Norwegen

Bergen, noch immer als „deutsche Hanse-Stadt“ erkennbar

Mit **Rigas Gründung 1201** durch den **Bremer Bischof Albert von Bekeshovede** (Buxhoeveden) entwickelte sich aus der neuen Siedlung mehr als nur ein Handelsplatz.



Riga wurde der zentrale Stützpunkt der deutschen und westeuropäischen Kolonisten an der gesamten baltischen Ostseeküste. Bis tief ins Landesinnere, zugleich der Ankerplatz für den Christianisierungsprozeß gegen die diversen baltischen Völker, die noch einige Zeit der Gewalt von Kirche und Rittern und den Schwertern der Mönchsorden widerstehen konnten, um irgendwann als geschichtliche Anekdote zu enden (etwa das Volk der Pruzzen). Diese diversen Völker zwischen Elbe und der Bucht von Tallinn waren allesamt Opfer der Kreuzzüge Richtung Baltikum geworden. Und zu diesen Kreuzzügen hatten sich viele Ritter ohne heimische Erbensprüche aus ganz Europa

gemeldet. Denn einerseits galt auch hier der Kreuzzugserlaß des Papstes, wonach 1 Jahr lang Kampf gegen alle Nicht-Christen den Ablass aller persönlichen Sünden bedeutete („Indulgenz“) und zweitens haben sich viele der nicht-erbberechtigten Prinzen und Ritter bei den Eroberungszügen ein persönliches Vermögen verschafft.

.....



Lichtgestalt Ritter Roland in Riga



Bischof Albert am Dom zu Riga

Übrigens hatte der Papst nicht nur den deutschen Bischöfen und Fürsten und ihren Rittern den Aufruf zum Kreuzzug zukommen lassen. Es gab viele Kreuzzüge gegen die nicht-christlichen „Heiden“ im Osten. 1170 hatte Papst Alexander III. den Königen der Dänen, Norweger, und den (schwedischen) Königen der Svear und Goten versprochen, daß diejenigen, die gegen die heidnischen Esten kämpften, der gleiche Ablass gewährt würde, wie den Pilgern zum Heiligen Grab. Und wenig überraschend hatten auch die dänischen Kaufleute sich untereinander in „Knutsgilden“ assoziiert, um ihrerseits den lukrativen Handel mit den Städten und Völkern hinter der Ostsee auszubauen, den sie schon vor den Deutschen eingefädelt hatten. Die Dänen eroberten eilig die große estnische Insel Ösel zur Sicherung ihres Seewegs wie auch die estnische Burg Reval mit dem Hafen als Handelsstützpunkt – nur wenige Jahre nachdem Riga gegründet wurde. Gemeinsam ist den deutschen Kreuzzügen wie den dänischen oder den schwedischen, daß die Akteure immer die jeweiligen Kirchenfürsten waren – und zwar im doppelten Sinne: als weltliche Fürsten und als Kirchenmänner. Den Zuspruch des Papstes holten sie sich lediglich zur moralischen Absicherung ihrer Eroberungskriege.

Riga wurde also Hauptstadt des neuen Territoriums *Livland*, das der deutsche Schwertbrüderorden durch den käuflichen Erwerb Estlands von den Dänen zu einem stattlichen Imperium auszuweiten half. Aus dänischer Sicht eine Art Notverkauf, denn sie hatten sich der militärischen Aufstände verschiedener estnischer Stämme nicht ohne die Unterstützung der deutschen Ordensritter erwehren können und letztere nutzten anschließend gerne die Gunst der Stunde und übernahm als Dankeschön

Reval (Tallinn). Anders als im europäischen Casino-Kapitalismus unserer Tage stellten die Hanse-Kaufleute und die Rigaer Kaufmanns-Gilden sich zur gleichen Zeit unter einen ethischen Leitspruch, der noch heute am Gildehaus der Schwarzhäupter in Riga abzulesen ist:



Eine der Kaufmannsgilden, die Compagnie der Schwarzen Häupter, war aus der Ende des

13. Jahrhunderts tätigen Bruderschaft des Heiligen Georg hervorgegangen. Sie vereinigte junge, unverheiratete ausländische Kaufleute, die in Riga lebten, ohne das Bürgerrecht der Stadt zu besitzen. Anfangs war der Heilige Georg (Beschützer der Ritter und Krieger) der Schutzpatron dieses Bundes. Später übernahm diese Rolle der Heilige Mauritius, dessen Symbol, der „Mohrenkopf“, zum Wappen der Schwarzhäupter erkoren wurde. Die Compagnie hat noch immer ihren Sitz in Bremen. Bremen, Lübeck, Riga Hansestädte, denen man ihren Charakter noch nach Jahrhunderten ansieht anhand der eindrucksvollen Symbolbauten der systemrelevanten Institutionen ihrer Zeit, der Gilden. Als Riga dann 1280 Hanse-Stadt geworden war hatte sich das ursprüngliche Schutzbündnis der norddeutschen Kaufleute und Gotland-Fahrer schon zum hanseatischen Städtebund weiterentwickelt und das heutige Lettland und Estland waren deutsches Herrschaftsgebiet.

Da bis zur Reformation eine sehr weltliche und zugleich konservative katholische Kirche massiven Einfluss auf die Entwicklungsgeschichte des „Baltikums“ beibehielt und nach der Reformation das bisherige Bild vom Menschen und seinen autochthonen Kulturen auch unter der reformierten Kirche Bestand hatte – weil es hier also keine Änderungen gab, blieb es für den deutschen Landadel in Livland moralisch und emotional sehr einfach, bis ins 19. Jahrhundert die Landbevölkerung in Leibeigenschaft zu halten, sie als Arbeitskräfte auszubeuten und vor allem ihre kulturellen, vor-christlichen Fußspuren zu zerstören. Bis auf eine winzige Ausnahme: die finno-ugrischen Liven.

Kurze Reminiszenz an finno-ugrische Wurzeln des Baltikums

Die große Wanderung der Ural-Völker, die vor rd. 5.000 Jahren auch in Richtung Westen zielte, weil dort die Eiskappen abschmolzen und neuen Lebensraum eröffneten, hat einige Stämme als finno-ugrische bis ins heutige Baltikum und bis hinauf ins finnische Lappland ziehen lassen. Als diese Finno-Ugrier an Estlands Küsten entlang wanderten, hinterließen sie als Spuren nur wenige rund angelegte Steingräber nahe der heutigen Schnellstraße Tallinn-Narva. Die 3000 Jahre alten Steingräber in Estland sind ein ziemlich stummes und doch beredtes Denkmal aus dieser Zeit der großen Wanderung. Aber man erinnert sich durchaus dieser Vorfahren der heutigen Esten und begeht eine finno-ugrische Woche oder zumindest einen finno-ugrischen Gedenktag, wie z.B. am 18. Oktober 2014. Gedacht wird dabei mit Musik und Tanz solcher kleinen finno-ugrischen Völker wie: Ersa, Mokscha, Mari, Permikomi, Isuri, Ingerman, deren Namen und Geschichte aus dem Alltagswissen der normalen Esten eigentlich verschwunden sind. Aber an einem solchen Gedenktag wird mit den traditionellen Auftritten sowohl der Gegensatz zu den orthodoxen

Russen sehr deutlich, wie auch zu den mehrheitlich protestantischen heutigen Esten. Ein solcher Gedenktag gibt den indigenen Elementen der finno-ugrischen Sibirer ähnlich viel oder wenig Raum, wie er im Norden Finnlands oder Norwegens den dortigen Samen Raum gibt. Immerhin gewinnt man den Eindruck, das schon allein durch die Sprache – das heutige Estnisch – ein tiefsitzendes Element der kulturellen Identität an einem solchen Tag sehr schnell mobilisiert werden kann, eine Identitätsdimension, die von Sibirien bis ans Eismeer im nördlichen Norwegen reicht. In Zeiten angespannter Verhältnisse zu Russland hat sich Estlands Präsident Ilves daher auch die politischen Gelegenheiten nicht nehmen lassen, Russland wegen seiner Assimilierungspolitik gegenüber den Finno-Ugriern in Sibirien deutlich zu kritisieren (2005, 2008). Die jüngste Gelegenheit dazu bot sich im Januar 2015 als die kleine

Ortschaft **Obinitsa** südlich des Peipsi-Sees zur **Kulturhauptstadt 2015 aller finno-ugrischen Völker** gewählt wurde und Ilves dort seine kulturpolitische Philippica gegen Putin hielt.

Finno-ugrische Steingräber bei Jöelähtme, estnische Nordküste, ca. 3000 Jahre alt



Lebendige Nachfahren der finno-ugrischen

Migranten sind heute außer den Esten vor allem die Samen in Skandinavien – und eine Handvoll Liven an der lettischen Ostsee. Die Migranten aus dem Ural haben seit Jahrhunderten – meist erfolglos – für die kulturelle und politische Anerkennung ihrer Identität gekämpft. Aber dazu wird weder in lettischen Schulen noch in finnischen Schulen viel erzählt. Das geht wahrscheinlich noch auf den starken sowjetischen Einfluss zurück. Denn bis heute wird die lappländische, samische Bevölkerung in der russische Eismeer-Region beinahe so diskriminiert, wie im südlichen Europa die Roma. Dabei existiert sogar in Russland formal ein Sami-Parlament. Im heutigen Norwegen haben sie sich einige Minderheiten-rechte erkämpft und nennen das norwegische *Karasjok* ihre gesamtscandinavische Sami-Hauptstadt. Denn dort konnten sie sehr sichtbar eine Art Oberparlament („*Sámediggi*“) zur koordinierenden Zusammenarbeit der vier Sami-Parlamente von Norwegen (in *Kautokeino*), Schweden (in *Kiruna*), Finnland (in *Inari*) und dem russischen (*Lowosero*) einrichten. Diese finno-ugrischen Samen identifizieren sich seit dem allerersten Sami-Treffen aller Länder im Februar 1917 mit ihrem Grundgesetz, das für keinen der modernen Nationalstaaten leicht zu akzeptieren ist: ²

² Beschlossen auf dem allerersten Sami-Treffen aller Länder im Februar 1917 – symbolträchtig in der traditionellen Krönungsstadt der norwegischen Könige: Trondheim

„Wir Samen sind ein Volk, dessen Zusammengehörigkeit nicht durch Staatsgrenzen gespalten werden soll. Wir haben unsere eigene Geschichte, unsere Traditionen, eigene Kultur und unsere eigene Sprache. Von unseren Vorfahren haben wir das Recht auf Land und Wasser und unsere eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten erworben. Es ist unser unveräußerliches Recht, unsere eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten und unsere Gemeinschaften in Übereinstimmung mit unseren Lebensbedingungen zu bewahren und zu entwickeln, und wir werden gemeinsam unsere Territorien, unsere Naturreichtümer und unser nationales Erbe für kommende Generationen bewahren.“

*Sami-Parlament, Karasjok
(N)*

Wie ernst sie ihr Selbstverständnis nehmen, zeigten sie im winterlichen Kampf zwischen 1970 und 1981 gegen den Alta-Staudamm in Nord-Norwegen. Nachdem schon so viele Waldflächen abgeholzt waren und dadurch ihre wirtschaftliche Basis für die nomadische Rentierzucht immer kleiner wurde, war der Alta-River zum Symbol für ihren Lebensstil geworden: mit der Natur – nicht gegen sie.

*Sami-Protestlager gegen den
Bau des
Alta-Staudamms,
Museum, Tromsø (N)*

Für den aktuellen Reisenden durch das traditionelle Sami-Gebiet ist natürlich nicht nur ihr starker Bezug zur Natur beeindruckend. Ebenso die Zähigkeit, mit der sie Jahrhunderte der Sklaverei durch

Wikinger, Norweger, Schweden, Russen in den Kupfer- und Silberbergwerken im hohen Norden überdauert und dann in den 1960er Jahren endlich eine minimale politische Eigenständigkeit erreicht haben – symbolisiert durch ihre Sami-Parlamente und durch die erstmalige Zulassung ihrer Sami-Sprache im Schulunterricht.

Sowohl bei einzelnen Gesprächen mit Sozialwissenschaftlern in Estland als auch bei meinen diversen Reisen durch den skandinavischen Norden erinnerte ich mich gerne an meine allererste Finnland-Trampfahrt noch als Schüler. Ich war bis zum Polarkreis gekommen, stand am Kemijöki bei Rovaniemi und sah einem Angler zu, der auf Lachse anstand. Mit meiner jungen Schülernaivität hatte ich ihn nach den



Lebensbedingungen der Lappen gefragt, denn zu Hause im Ruhrgebiet sprach jeder, der überhaupt in diese Himmelsrichtung schaute, von „Lappland“. Das mit den „Lappen“ korrigierte mein Angler sofort und ziemlich heftig. War er bis dahin eher wortkarg gewesen, sprudelte es jetzt aus ihm heraus. Er stellte nachdrücklich klar, dass wir hier von Sami sprechen. Von genau den Sami, denen erst kürzlich eigene politische Rechte in Finnland zugestanden worden waren, wie übrigens auch im benachbarten Schweden und Norwegen.... Das war das eine. Das andere war der stolze Hinweis auf die Sami als letztem indigenen Kulturvolk in Europa. Vielleicht wußte er um die Ural-Wiege seiner Kultur. Vielleicht kamen in den Sami-Erzählungen auch die noch älteren Besiedler des nördlichen Norwegen vor, die mindestens 1.000 Jahre vor den Sami ihre eindrucksvollen Spuren in den Felszeichnungen von Alta hinterlassen hatten. Danach konnte ich ihn leider nicht fragen, weil ich das damals selber noch nicht wußte. Und als drittes formulierte „mein“ Sami die heftige Klage über denselben finnischen Staat, der den Sami nach Jahrhunderten eigene politische Rechte zuspricht, aber zugleich zulässt, dass immer mehr Waldgebiete im Sami-Land, also in Nord-Finnland abgeholzt werden und in den Papiermühlen im Süden, in Städten wie Jyväskylä und entlang der Ostseeküste als Rundholz landen. Er hatte mich dabei intensiv angeschaut und die Bemerkung nachgeschoben: *der durchreisende Tourist merkt davon noch nicht viel, weil er sich immer nur entlang der normalen Durchgangsstraßen bewegt. Aber wir Sami haben schon erste Probleme mit unseren Rentierherden. Denn sie brauchen die Moose und die Flechten der Waldböden im Winter als Futter für die Tiere. Und wenn der Wald verschwindet, verschwindet die Grundlage jeglicher Sami-Ökonomie.*

*Felszeichnungen aus
der Jungsteinzeit im
Freilichtmuseum von
Alta (N)*

Während meiner vielen Jahre in den ganz anderen Weltgegenden hatte ich diese kleine Begegnung mit dem engagierten Sami am Ufer des Kemijöki nie vergessen. Denn eigentlich wurde ich überall an dieses typische Schicksal indigener Völker erinnert: bei einem Besuch der Sioux-Indianer am Missouri genauso wie bei den Aymara am Titicaca-See, den Mapuche im Süden Chiles oder den sogenannten Aborigines im australischen Cairns oder den Dayaks im



indonesischen Regenwald auf Borneo. Ihre Unterdrückungsgeschichten waren nicht ganz identisch, aber in der Regel wurde von den Eroberern, den Conquistadoren oder weißen Siedlern und Missionaren zunächst ihre Qualität als „richtige Menschen“ angezweifelt. Dann war es moralisch und emotional sehr einfach, sie zu versklaven, sie als Arbeitskräfte gnadenlos auszubeuten und vor allem ihre kulturellen Fußspuren zu zerstören. Gemeinsam war diesen globalen Strategien in aller Regel die aktive Rolle der christlichen Kirche, die gewöhnlich die heiligen Instrumente oder Bauten der indigenen Völker zerstörte und genau an dieselbe Stelle ihren eigenen Kirchbau setzte. Im Norden waren zuvor nur die kriegerischen Wikinger stark genug gewesen, deutlich sichtbar eine eigene synchretistische Symbolik an den Missionskirchen durchzusetzen, was sich heute noch an den tausendjährigen Stabkirchen im norwegischen Borgund oder Urnes erkennen lässt. Neben dem Kreuz (was die Wikinger als Götter-Symbol allerdings nicht verstehen konnten) blieben die Drachenköpfe an den Giebelspitzen der Kirchdächer weithin sichtbar – wie bei ihren Schiffen.

*Wikinger-
Kirche in
Borgund
(N) mit
synchre-
tistischer
Symbolik:
unten Kreuz,
oben
Drachenköpfe*



Bei späteren Reisen habe ich deswegen mehrfach die Stabkirche im norwe-

gischen Borgund oder in Heddal (oder auch die eindrucksvolle Imitation in Hanenkle

bei Clausthal-Zellerfeld) besucht, weil dort für mich an der alten Handelsstraße von Fagernes nach Laerdal eben nicht nur eine Kirche steht, sondern auch ein Symbol lokalen Widerstandes gegen die missionarischen Eindringlinge aus dem Süden.



Borgund, Wikinger-Köpfe bewachen den Kirchturm

Die Sami besaßen dieses Wikinger-Selbstbewußtsein über Jahrhunderte nicht und mußten an ihren heiligen Orten rein christliche Bauwerke akzeptieren. Lediglich der Baustoff Holz war ihnen vertraut, aber nicht einmal die bewährte Bautechnik mit den traditionellen Grasdächern wurde von missionarischen Invasoren beibehalten.



*Eremitenkirche bei Inari (Fin)
im Stammland der Sami*

Trotz solcher etwas ausschweifenden Erinnerungen an diese kulturgeschichtlichen Brüche und Umbrüche im skandinavischen Norden, die vor allem brutal und menschenverachtend für die finno-ugrischen Sami gewesen waren, war ich immer neugierig, wie ihre ethnischen Verwandten, die Liven, eigentlich mit ihrer Geschichte zurecht kamen.

Die Liven im baltischen Livland sind in eigentlich allen Aspekten schlechter zurechtgekommen als die Sami. Zu so viel Eigenständigkeit und Identitätssicherung wie in Skandinavien haben es die baltendeutschen Verhältnisse in Lettland oder Estland gar nicht erst kommen lassen. Und Litauen gehört eh nicht dazu. Es gibt nur noch eine gute Handvoll finno-ugrische Liven, die auch noch Livisch sprechen. Ganz wenige davon an Estlands Küste und ein paar Seelen mehr an der Westküste Lettlands zwischen Kap Kolka und dem Dörfchen Mazirbe. Dort in Mazirbe halten sie mit viel Engagement Erinnerungen wach an die livische (Wanderungs-) Geschichte aus dem Ural, an die gemeinsamen Sprachwurzeln mit dem Finnischen und an die gemeinsame Grundmelodie ihrer Hymne, die auch der finnischen und der estnischen Nationalhymne zugrunde liegt. Dadurch erhält der „Liven-Tag“ in Mazirbe im August jeden Jahres seit 1989 immerhin seine kultur-historische Bedeutung über den Tag hinaus.

am Liven-Tag in Mazirbe (LV)

Der „Liven-Tag“ sichert durch die Anwesenheit des finnischen Botschafters, des ungarischen Botschafters und politischer Prominenz aus Estland und Lettland wenigstens eine punktuelle Wahrnehmung der finno-ugrischen Restbestände im heutigen Lettland.

Ein kleines Kulturzentrum mit alter Foto-Dokumentation über die Lebens- und Wohnbedingungen dieser Ethnie stammt aus der ersten lettischen Unabhängigkeit



von Russland, Ende der 1930er Jahre. Es ist das vollständigste livische (finno-ugrische) Inventar, das von Livland geblieben ist. Auch diese Restbestände an ursprünglich livischer Bevölkerung, die noch immer an der lettischen Ostsee-Küste leben, gehörten jetzt also "in meinen Arbeitsbereich".

Wechselnde Überlagerung fremder Herren im Livländischen Baltikum

Zuerst Dänen

Die Dänen hatten die große estnische Insel Ösel erobert und trafen zu Anfang des 13. Jahrhunderts auch bei der kleinen Holzfestung Reval nicht auf allzu großen Widerstand. Jedenfalls nahmen sie den heutigen Domberg und den dazu gehörigen kleinen Hafen 1219 schnell ein, bauten ihn ebenso schnell mit ihrer Burg und ihrem Hafen und einer dazu gehörigen Stadt aus. Von da an hieß das Ganze Tallinn, die Stadt der Dänen. Tallinn wurde gleichzeitig dänischer Bischofssitz. Nicht einmal 10 Jahre dauerte es bis der deutsche Schwertbrüderorden Tallinn eroberte bzw. den Dänen abkaufte und mit Zustimmung des Papstes die Stadt, den Bischofssitz und einen Großteil des heutigen Estland in Besitz nahm. Die Schwertbrüder (off. *Brüder der Ritterschaft Christi von Livland*) hatten nach 1200 im Auftrag des Rigaer Bischofs nicht nur sehr gezielt die lettische und estnische Küste erobert, „um die dort siedelnden heidnischen Völker zu missionieren“. Schwertbrüder und Rigas Bischof sicherten den neuen Besitz massiver ab als die Dänen und importierten vor allem aus der deutschen Handelsmetropole



Visby auf Gotland etwa 200 Kaufleute, aber auch Handwerker und andere interessierte Kolonisten aus Westfalen und Niedersachsen, wichtigen Hanse-Regionen. *Tallinn* wurde immer mehr zu der deutschen Stadt *Reval* geformt. Auch diese Entwicklung dauerte zunächst nicht länger als 10 Jahre. Schwertbrüder und Papst überwarfen sich, ein polnisch-litauisches Heer besiegte definitiv die Schwertbrüder beim heutigen NATO-Stützpunkt Šiauliai (LT). Jetzt nutzte Dänemarks König die Gunst der Stunde und holte sich Reval zurück, verlieh der Stadt aber das Lübecker Stadtrecht und verhalf Reval zu einer immer stärkeren Position im Ostseehandel. Die deutschen Schwertbrüder hatten zwar die Schlacht bei Šiauliai verloren und ihre Restbestände fusionierten mit dem Deutschen Orden. Aber die beherrschende Stellung der deutschen Oberschicht in Reval (Kaufleute, Handwerker, Kirche) blieb unter der dänischen Herrschaft erhalten. Die Reformation schwächte dann ab 1524 die katholische Kirche ganz erheblich, aber Deutsch blieb dennoch Amtssprache bis Ende des 19. Jahrhunderts.

Die Fusion der Schwerbrüder mit dem Deutschen Orden hatten im Übrigen die Nebenwirkung, daß sich von nun an der christliche Machtkampf in Livland nur noch auf zwei Akteure reduzierte: auf die katholische Kirche und den Deutschen Orden (der auch heute noch in Frankfurt/M, Bad Mergentheim, Wien u.a.m. besteht).

Die Machtkämpfe um Tallinn/Reval als wichtigem Handelsplatz setzten sich in den folgenden Jahrhunderten fort, immer noch auf den Spuren der Wikinger, immer noch mit dem großen Handelsinteresse an Nowgorod. Erst als das Großfürstentum Moskau das Nowgoroder Fürstentum erobert hatte verschoben sich für die Dänen wie für die Deutschen immer wieder ihre Einflußsphären im Bereich des heutigen Estland und kamen zwischendurch immer wieder ganz zum Erliegen. Irgendwann um 1560 riefen Reval und die Esten schließlich Schweden zu Hilfe.

Anschließend Schweden

Als die Herrschaft des mittelalterlichen Deutschen Ritterordens im Baltikum zur Zeit der Reformation im 15. Jahrhundert zusammengebrochen war, versuchten im 16. Jahrhundert die Nachbarmächte Russland, Schweden, Polen, und in geringem Maße auch Dänemark, das in der Region entstandene Machtvakuum zu füllen. Es folgten jahrzehntelange kriegerische Auseinandersetzungen. Drei **Nordische Kriege** mit ständig wechselnden Gebietszugehörigkeiten waren besonders einschneidend. Dabei war Schweden größter Profiteur. Schwedens Truppen marschierten aus ihrem eigenen Ingermanland (heute St. Petersburg Oblast) nach Südwesten, hatten um 1560 das heutige Estland unter ihre Kontrolle gebracht und ließen sich 70 Jahre später das heutige Lettland von Polen übertragen (in der alten Stadtmauer von Riga gibt es bis heute das sagenumwobene „Schwedentor“).

Die schwedische Okkupation war einerseits militärische Besetzung mit Garnisonen, andererseits auch Kolonialisierung in Schwerpunktregionen: Die wohl größte dieser Kolonien hatte ein Jahrhundert lang ihr Zentrum in der ehemaligen „Hauptstadt“ des Schwertbrüderordens – im lettischen Wenden (heute: Cesis) – und im benachbarten Wolmar (heute Valmiera). Dorthin hatte Schwedens König seine Kolonisten z.T. aus anderen Reichsgebieten mitgebracht, vor allem aus Karelien (Finnland). Denn die einheimische kurische, livische, lettgalische Bevölkerung war durch die vielen Kriege arg dezimiert und die baltisch-deutsche Bevölkerung bildete die Oberschicht, nicht

den Bauernstand. Die schwedischen Landesherren behielten die bestehende Sozialstruktur auch äußerlich sichtbar bei: die baltendeutschen Bürger wohnten innerhalb der Stadtmauern; die finnischen Kolonisten außerhalb derselben in ihren Holzhütten. Man kann immer wieder lesen: die Schweden haben zumindest am Ende des 17. Jahrhunderts die Grundschule eingeführt. Das gilt durchaus für einen Teil der Landbevölkerung. Der schwedische Landesherr hatte sich dazu auch ein wenig gedrängt gefühlt, weil schon seit 1583 die katholischen Jesuiten ein Kolleg in Dorpat (Estland) eingerichtet hatten und ihre Bildungsarbeit auch in Richtung Landbevölkerung aktiv betrieben. Sowohl im estnischen Gebiet wie auch im lettischen ging es allerdings um mehr als um religiös motivierte Reformation und Gegenreformation. In der aufkommenden frühkapitalistischen Industrieproduktion mussten auch Handwerker und Bauern mit Maßen und Gewichten umgehen können und eine Grundbildung im Lesen und Schreiben erfahren.

In dieser schwedischen Zeit wurde über Riga vor allem Hanf und Leinen exportiert, vorrangig zur Ausrüstung der Segelschiffe. Vor allem aber war diese „cash crop“ das wichtigste Instrument des schwedischen Königs, um seine Okkupationsarmee in Livland überhaupt finanzieren zu können. Schwedische Offiziere und Beamte wurden in Livland durch Lehen bezahlt, weil die Staatskasse nach den vielen Kriegen einfach leer war. Die verliehenen königlichen Ländereien wurden durch Abgaben oder Besteuerung so ausgelaugt, daß die Bauern in einen immer bedrohlicheren Überlebenskampf gerieten, dabei zwangsläufig verloren und viele in der Leibeigenschaft endeten. Betroffen waren vor allem die finnischen („schwedischen“) Kolonisten. Damit war ihnen auch die Rückkehr nach Karelien verwehrt. Militärgeschichtlich untergrub Schweden mit diesem Prozeß seine eigene Position als Großmacht im Ostseeraum und seine Herrschaft im livländischen Baltikum und konnte dann am Ende des dritten, des Großen Nordischen Krieges 1721 auch nicht mehr das einst schwedische, aber inzwischen längst zu Russland gehörige Ingermanland halten. Ingermanland war wieder russisch und wurde von Peter dem Großen zur Metropole St. Petersburg ausgebaut.

Schließlich Russen und mehr

Russische Herrscher kämpften etwa 150 Jahre um den Zugriff auf das livländische Baltikum. Eigentlich kämpften sie um einen gesicherten Zugang zur Ostsee. In den ersten beiden der drei heftig geführten Nordischen Kriegen zwischen 1558 und 1721 hatte Russland durchgehend verloren und dabei auch die strategisch so wichtige Region südlich des Ladoga-Sees – Ingermanland – an Schweden abtreten müssen. Auch Estland war an Schweden gefallen. Das livländische Kernland (Lettland) wurde Polen zugesprochen. Besonders Lettlands Osten (Letgalen) stand somit insgesamt 400 Jahre unter starkem polnischen Einfluss. Litauen gehörte eh schon seit dem 14. Jh. zu Polen. Allerdings wurden Kriege immer wieder und schnell vom Zaun gebrochen. Die baltischen Lande oder Teile von ihnen wurden unter den Ostsee-Großmächten immer wieder neu verteilt und wechselten den Besitzer, wie andere ihren Rock. Vor allem die seefahrenden Schweden waren immer an der Kontrolle der Ostseehäfen interessiert. Dann kehrte Peter der Große mit vielen neuen Erkenntnissen aus Westeuropa in seine Heimat zurück und modernisierte das marode Russland zügig und effizient. Er

sicherte sich vertraglich mit den Türken, den Polen, den Dänen ab und griff dann Schweden an. Nicht sofort erfolgreich. Aber definitiv ab 1721 gehörte das livländische Baltikum zu Russland. Nur das Herzogtum Kurland durfte (wie schon seit 150 Jahren) noch weitere 70 Jahre bei Polen verbleiben. Mit kleinen Verschiebungen stabilisierten sich diese Verhältnisse so bis zum Ersten Weltkrieg. Als in der napoleonischen Zeit auch noch Finnland an Russland gefallen war (1809) war Russland unwidersprochen zur Ostsee-Großmacht aufgestiegen.

In all den chaotischen Jahrhunderten bis dahin war die deutsche Oberschicht auf dem Lande (die deutschen „Barone“, wie sie allgemein hießen) und in den Städten (mit den starken Handwerker – und Kaufmanns-Innungen) nicht ernsthaft bedrängt worden. Im Gegenteil: die baltendeutsche Oberschicht blieb stabilisierendes Element unter jedwedem Herrscher. Eine echte win-win-Situation und keineswegs traumatisch. Unter der Zaren-Herrschaft nach 1721 wurde die Rolle „der Deutschen“ in Livland allmählich janusköpfig. Einerseits wurden zahlreichen Baltendeutschen im 18. Und 19. Jahrhundert in Russland hohe Staatsämter und militärische Führungsaufgaben übertragen (Baron von Münchhausen); sie waren am russischen Hof als Wissenschaftler oder Entdeckungsreisende geschätzt (A.v. Humboldt in Sibirien). Gleichzeitig reichte aber auch die deutsche (europäische) Aufklärung immer tiefer nach Livland hinein und brachte manche Verbesserung für die soziale und wirtschaftliche Lage der baltischen Bauern (Aufhebung der Leibeigenschaft in Estland/Lettland 1816/1819) wie auch für ihre soziale, kulturelle und spirituelle Vernetzung. Führende Köpfe der deutschen Aufklärung machten sich auf nach Riga, Reval oder Dorpat ebenso wie basisreligiöse Organisationen, wie die Herrnhuter Brüdergemeinde. Die konfessionsübergreifenden Herrnhuter hatten einerseits die Unterstützung des niederen Adels (Graf von Zinzendorf), aber vor allem den modernsten Pädagogen seiner Zeit – Johann Amos Comenius – auf ihrer Seite. Und die Tatsache, daß sie sich schon ab etwa 1740 schnell in ganz Livland ausbreiten konnten, hing mit ihrer revolutionären Arbeitsweise zusammen: Die Brüder arbeiteten unter der lokalen Bevölkerung als Ärzte, Lehrer oder Handwerker und kümmerten sich auch in ihrer freien Zeit um die – wie sie es nannten – „erweckten“ Letten und Esten in den einzelnen Gemeinden. Sie teilten vielfach das bescheidene Leben mit den einheimischen Bauern, gewannen deren Vertrauen und bauten so auch die Hassgefühle gegenüber den deutschen Unterdrückern ab, zumindest entschärften sie die Beziehungen. In einer Arbeit über die Brüdergemeinde heißt es im Rückblick (1988): *„Sie nahmen die einheimische Bevölkerung einschließlich ihres heidnischen Opferkultes ernst und überwandten diesen durch die Predigt des Wortes über das Blutopfer Jesu.“*

In dem Jahrhundert zwischen 1730 und 1830 entwickelte sich als Reaktion auf mehr als ein halbes Jahrtausend Fremdherrschaft nationalstaatliches Denken unter den baltischen Intellektuellen und ein Prozeß der Identitätssuche setzte ein. **Garlieb Merkel** war einer der bekanntesten Sprecher dieser geistigen Unabhängigkeitsbewegung im heutigen Lettland. Wie stark tatsächlich die kulturellen Beziehungen in der Goethezeit zwischen den geistigen baltischen Zentren Riga, Mittau, Reval, Dorpat, Pärnu und vielen deutschen Universitäten (Berlin, Leipzig, Heidelberg) waren, ist heute noch immer Forschungsgegenstand in der Literaturwissenschaft und Philosophiegeschichte sowie bei den Kirchenhistorikern. Es ist eine mühsame Kleinarbeit, weil viele schriftliche Unterlagen in den endlosen Wirren des 18. Und 19. Jahrhunderts nur als Manuskripte verfasst wurden und leicht

verloren gingen. Weder der russische Adel noch die baltendeutsche Oberschicht erkannten allerdings im 19. Jahrhundert, daß Reformen im aufkommenden Industriezeitalter auch für die Herrschenden lebenserhaltend waren.

In St. Petersburg schien die politische Sensibilität etwas größer zu sein als bei den Baltendeutschen. Russlands Regierung verstand es, die aufkommenden sozialen und ökonomischen Unruhen in der livländischen Region gegen die baltendeutsche Oberschicht zu lenken. Die Baltendeutschen wurden zum Blitzableiter einer politischen Sprengkraft, die sich eigentlich gegen Russlands Regierung und den russifizierten Verwaltungsapparat im livländischen Baltikum hätte richten müssen. Die russische orthodoxe Kirche spielte jetzt mit, weil sie ihrerseits eine win-win-Situation erkannte. Denn der russische Staat schenkte um die Mitte des 19. Jhs insgesamt etwa 100.000 Esten und Letten Land, wenn sie aus der protestantischen in die orthodoxe Kirche hinüber wechselten. Das Land dafür kam aus baltendeutschem Vorbesitz, weil dieser Oberschicht jetzt nach Jahrhunderten zum ersten Mal doch ihre Privilegien abgesprochen wurden. Z.B. durfte ab 1882 in den livländischen Gymnasien nur noch Russisch (statt zuvor Deutsch) gesprochen werden. Ein besonders starkes Signal war die Umbenennung der baltendeutschen akademischen Metropole Dorpat (Estland) in das russische Jurjew. Wobei die Bürger an solche Identitätswechsel eigentlich gewöhnt sind, hatte ihre Universität nach der schwedischen Gründung 1632 als erste baltische Universität überhaupt wie üblich den Namen ihrer Stifters getragen: *Academia Guastaviana*. Kaiserliche Universität zu Dorpat war sie 1802 geworden. Ab 1883 dann *Kaiserliche Universität Jurjew* und erst nach dem Ersten Weltkrieg, ab 1919, hieß sie *Universität der Estnischen Republik Tartu*. Heute ist es schlicht *Tartu Ülikool* (Universität Tartu).

Als 1905 die erste russische Revolution sowohl von der neuen Industriearbeiterschaft wie auch von den verarmten Landarbeitern und der liberalen akademischen Führungsschicht getragen wurde, sprang dieser revolutionäre Funke vor allem auch auf das heutige Lettland über. Im Wortsinne: ein Funke, denn in Lettland gingen viele Duzend baltendeutsche Gutshöfe in Flammen auf. Die politischen Unruhen, Aufstände und Ansätze zu politischer Eigenständigkeit verstärkten sich im livländischen Baltikum zwischen 1905 und 1917.

Für diejenigen, die nicht selber ins Baltikum reisen können, lohnt sich der Besuch des Films „Poll“. Er widmet sich dieser wechselvollen konfliktiven Beziehung zwischen den einheimischen Bevölkerungen in Estland und Lettland und der deutschen Oberschicht, dem deutsch-baltischen Landadel. Im **Begleittext zu dem Film Poll** heißt es u.a.:

1905 griffen die sozialen und politischen Proteste in Rußland auf das Baltikum über und kulminierten in teilweise infernalischer Gewalt, die sich vorzugsweise gegen die ehemaligen Eroberer richtete. Zahllose deutschbaltische Landsitze wurden angegriffen, Parks abgeholzt, das Vieh geschlachtet, es herrschte monatelang Anarchie. Zweihundert Schlösser und Gutshöfe wurden niedergebrannt, etwa einhundert Adlige wurden ermordet. Die zaristische Staatsmacht schlug gnadenlos und unverhältnismäßig zurück. Strafexpeditionen zogen durchs Land, exekutierten Tausende. Die gesamte lettische und estnische Sozialdemokratie wurde nach Sibirien verbannt, sofern es ihren Mitgliedern nicht gelang, rechtzeitig zu fliehen und sich in die USA abzusetzen. Viele Aufständische versteckten sich zum Teil noch jahrelang in den dichten Wäldern und Mooren ihrer Heimat. Das Verhalten der deutschbaltischen Herrschaftsschicht, die sich aktiv an der Niederschlagung der Unruhen

beteiligt hatte, verschärfte die Verbitterung auf estnischer und lettischer Seite und vergiftete das Verhältnis nachhaltig.

Während des Ersten Weltkrieges wuchsen diese schon vorhandenen Spannungen weiter. Nach Ende des Krieges wurden die deutschbaltischen Grundbesitzer, die nicht in den Wirren der bolschewistischen Interimsregierung umgekommen waren, von den neu gegründeten Nationalstaaten Estland und Lettland weitgehend enteignet, verarmten zum Teil dramatisch und spielten keine politische Rolle mehr. Die Herrschaftsverhältnisse hatten sich verkehrt, aus den Unterdrückern waren Unterdrückte geworden. Zahlreiche Deutschbalten wanderten aus. Die letzten 90.000 ihrer Landsleute wurden kurz nach Ausbruch des 2. Weltkrieges im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes, der die baltischen Länder bis 1991 zu einem Teil der Sowjetunion werden ließ, in den deutsch besetzten Teil Polens umgesiedelt.

Die besonderen Beziehungen, die Lenin und das Deutsche Kaiserreich unterhielten und Trotzki's eigene Friedens- bzw. Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg warfen auch die baltischen Verhältnisse immer wieder durcheinander. Die Bolschewiki erklärten die baltendeutsche Oberschicht für vogelfrei, ihre Gutshöfe sollten in Sowchosen oder Kolchosen überführt werden. Aber keines von beiden wollten die Esten. Militärischer Widerstand gegen die sowjetischen Truppen organisierte sich um die neu gegründete estnische Armee herum, die verstärkt wurde durch englische Truppen, durch baltendeutsche Freiwilligeneinheiten und anti-russische Finnen-Verbände. Die deutsche Armee hatte 1918 Litauen und Lettland überrannt. Anfang 1919 hatten sich die sowjetischen Verbände wieder auf russisches Gebiet zurückgezogen. 1920 bestätigte der Erste-Weltkriegs-Sieger Sowjetunion den baltischen Republiken zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte die Anerkennung als souveräne einzelne Staaten. Aber kein Baltikum.

SZENENWECHSEL:

KULTURELLE VIELFALT - VIELFÄLTIGE IDENTITÄT

Große und kleine Religionen

Lettland ist religionsgeschichtlich ein ziemliches Multikultiland. Es gibt bis in die hintersten Winkel des Landes große und kleine orthodoxe Gemeinden mit ihren großen und kleinen Kirchen. Es gibt die protestantische Mehrheit mit ihrem Erzbischof in Riga und den Bischofssitzen Liepaja und Daugavpils. Es gibt die katholische Minderheit mit ihrem zentralen Symbol, der Wallfahrtskirche von Aglona im östlichen Lettland. Es gibt die orthodoxe Kirche der großen russischen Minderheit. Nach den Pogromen ist wieder eine kleine jüdische Gemeinde mit dem Jüdischen Museum in Riga als geistigem Mittelpunkt entstanden. Und es gibt die gar nicht so kleinen Restbestände der Altgläubigen, verstreut in zahlreichen Dörfern in Ost-Lettland, in Latgale. An diesen Dörfern der **Altgläubigen** ist nicht nur der kirchengeschichtliche Aspekt interessant, sondern auch die Tatsache, daß ihre russisch-stämmigen Bevölkerungsteile (also d i e s e Russen) auch von den heutigen Letten nicht als

russische Bedrohung angesehen werden. Denn es handelt sich ursprünglich um Religionsflüchtige, die etwa ab Mitte des 17. Jhs aus Russland vor den radikalen Reformen der Orthodoxen Kirche nach Sibirien und ins Baltikum geflohen waren. Latgale gehörte zu der Zeit noch zum katholischen litauisch-polnischen Großfürstentum. Wenn man heute in diesen latgalischen Dörfern, abseits der Durchgangsstraßen, unterwegs ist, scheinen die Bewohner sich immer noch verfolgt zu fühlen. Denn manches der kleinen Holzhäuser wirkt wie ein bescheidenes Bauernhaus, ist aber tatsächlich eine der Altgläubigen Kirchen – ohne äußere Insignien, wie etwa einen Glockenturm. Und im Inneren – das nur selten einem Fremden geöffnet wird – ist an Stelle echter Ikonen ein Foto des Originals aufgehängt, aus Angst vor Diebstahl.

*Altgläubigen-Kirche
in Līginiški, Ost-
Lettland*



*Altgläubigen-
Wohnhaus in Latgalen
– vielleicht eine Kirche*



Diese Altgläubigen machen durch ihre jahrhundertalte Überlebensstrategie allerdings auch auf ein neues latgalisches Selbstbewusstsein aufmerksam, auf den wieder erwachten Wunsch nach mehr Eigenständigkeit. Die Latgaler betonen ihre

eigene Sprache, die viel mit dem Lettischen gemein hat, aber nicht identisch ist. Spricht man heute (2015) mit Bewohnern von Rezekne, so betonen sie mehrfach im Gespräch, daß ihre Stadt die eigentliche Hauptstadt der Region Latgale ist – auch wenn nicht weit entfernt Lettlands zweitgrößte Stadt Daugavpils immer mehr Verwaltungsfunktionen an sich zieht. In Rezekne erinnert man sich gerne daran, daß Latgale das historische Kernland aller lettischen Kultur ist und hat im Schatten der katholischen Herz-Jesu-Kathedrale und unterhalb der Burgruine des Livländischen Ordens 2013 eine überdimensionale moderne Konzerthalle mit 1.000 Sitzplätzen

errichtet, eine „Kultur-Botschaft“ an Lettland. Gleichzeitig hat sich dieses Rezekne demonstrativ für die Jugend geöffnet und hofft, die Abwanderung nach Riga und ins Ausland abbremsen zu können. Ein modernistisches Jugend- und Kunstzentrum wurde direkt am Fuß der Burgruine errichtet und hat die Stadt so kurz vor der russischen Grenze um einen weiteren starken Akzent bereichert.

*Rezekne, Konzerthalle
„Gors“, und
Rezekne, Jugend-/
Kunstzentrum, 2014*



Aber zurück zur religiösen Vielfalt: Fast alle die Altgläubigen-Dörfer haben sich in Lettland zu ihrer eigenen Kirche zusammenschlossen, der Altorthodoxen Pomorischen Kirche. Dieser bescheiden daher kommenden Altorthodoxen Pomorischen steht einerseits die mächtig auftretende orthodoxe Kirche gegenüber mit ihrem Symbolbau, der

orthodoxen Kathedrale im Zentrum von Riga.

*orthodoxe Kathedrale
im mehrheitlich
russisch-sprachigen
Riga*





*katholische Wallfahrtskirche
Aglona (LV)*

Auch die Katholische Kirche ist in der Lage, jedes Jahr im August Tausende von Gläubigen und Neugierigen in ihre barocke katholische Wallfahrtskirche nach Aglona zu locken, um zu zeigen, daß auch sie die Reformationszeit überstanden hat, der sich die Letten und die Esten noch zu Lebzeiten Luthers mehrheitlich angeschlossen hatten.

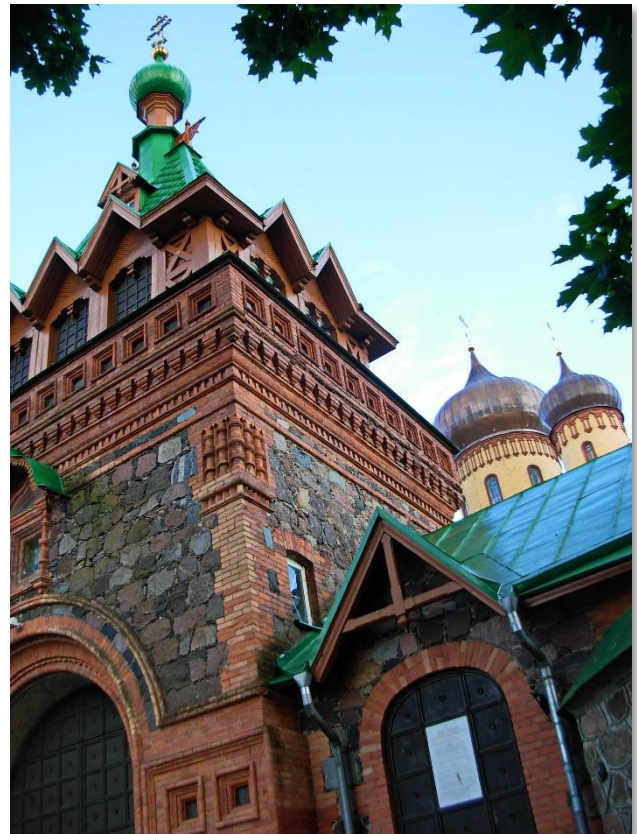
ten.

Die Kirchen, die Religionen, die Klöster – sie alle bieten eine hinreichende Basis, um die Entwicklungsgeschichte des Baltikums leichter zu verstehen und den kolonialen wie den kulturellen Einfluss der Deutschen, der Russen, der Schweden, der Polen nachzuzeichnen.



*bewohntes russ.orthodoxes
Nonnenkloster Kuremäe (EE)*

Dabei haben lange vor der Christianisierung der baltischen Völker in ihrer Götterwelt Sonne und Milchstraße eine sehr wichtige Rolle für die bäuerlich organisierten Gesellschaften gespielt. Davon blieb bis heute etwas erhalten, das an manchen Stellen wie folkloristischer Tourismus dargeboten wird, aber in den lettischen Volksliedern und den Dainas von der einheimischen Bevölkerung ebenso bewahrt wird, wie die Reliquien in den Häusern der Altgläubigen, denen man die Kirche nicht ansieht oder

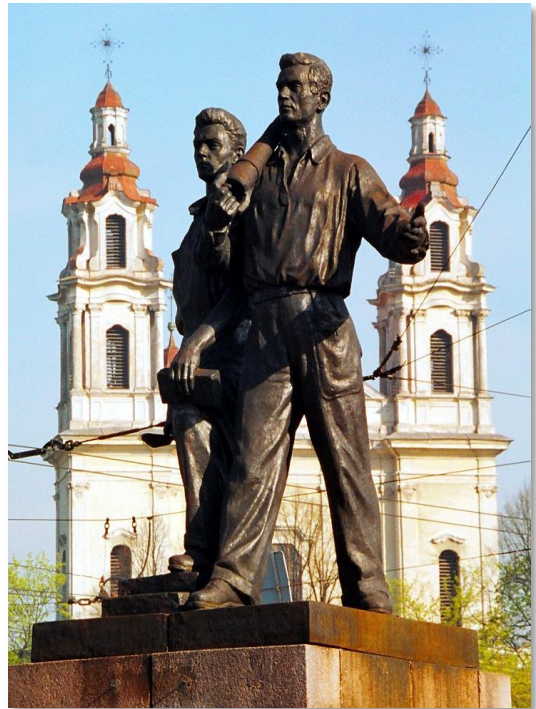


in den Klöstern, die die sowjetischen Zeiten überstanden haben. Für mich selber habe ich diese kulturellen Fußspuren der Literatur zugeschlagen (s.u., S.47: GROÙE UND KLEINE LITERATUR).

Litauen ist unwidersprochen das katholische Land im Baltikum.

*Blick von der Kalvarienbrücke auf die
Erzengel Raphael Kirche, Vilnius (urspr. Jesuiten)*

Allein in Vilnius stehen – baufällig oder restauriert – etwa 50 Kirchen aus unterschiedlichen Epochen, sagt man. Gelegentlich versucht ein Denkmal für den sowjetischen Werktätigen den Blick auf eine der Kirchen zu verstellen. Was aber weitaus wichtiger ist als solche beeindruckenden Stückzahlen an Kirchen: es gibt kleine Städte im Osten oder im Zentrum des Landes mit 5 oder 6 Kirchbauten unterschiedlicher Religionen in Rufweite voneinander. Sie stehen dort seit Jahrhunderten. Nur in der Sowjetzeit wurden die meisten zweckentfremdet als Depots oder Pferdeställe. Seit der zweiten Unabhängigkeit (1990/91) wurden viele der Bauwerke mit hoher Bürgerbeteiligung und EU-Mitteln restauriert.



Kėdainiai, fast im Zentrum Litauens mit seinen 30.000 Einwohnern ist eine solche multireligiöse Stadt. Sie hat eine zusätzliche Besonderheit aufzuweisen: während die meisten Kleinstädte in Holz errichtet wurden und dadurch immer mal wieder Bränden zum Opfer fielen und dadurch oft über keine alte Baugeschichte verfügen, präsentiert sich Kėdainiai mit vielen kleinen Plätzen und seinen Kirchen und der Synagoge in Stein gebaut und seit dem EU-Beitritt schmuck restauriert als mittelalterlicher Handelsplatz. Ungewöhnlich ist allerdings, daß die mächtigste der Kirchen eine protestantische ist; dafür steht am Rande des Stadtzentrums als katholisches Gotteshaus die älteste erhaltene Holzkirche Litauens, St. Joseph. Die unmittelbare Nachbarschaft einer orthodoxen, einer lutherischen, einer reformierten, einer weiteren katholischen Kirche neben einer Synagoge und alle baulich begleitet von einem Karmeliter-Kloster (heute Museum) und alle mindestens 150 Jahre alt, sind gemeinsam Ausdruck religiöser Toleranz, sind aber auch Beleg für die äußerst wechselvolle Geschichte Litauens und seiner Regionen. Nicht ganz so häufig wie Lettland und Estland, aber doch oft genug wechselten die Landesherrschaften. Und das Städtchen Kėdainiai gibt auch genau davon Zeugnis. Hier wurde der Pakt zwischen Litauen und Polen geschlossen, später durch einen litauisch-schwedischen abgelöst und der erneut durch einen litauisch-polnischen abgelöst etc. Das Wissen um die Kurzlebigkeit einer oktroyierten politischen Ordnung hat den Sinn dafür geschärft, nicht das Bisherige zu beseitigen, zu zerstören, sondern nur das Neue dazu zu bauen.

Anders als die barbarischen Zerstörungen jahrtausende alter Kulturdenkmäler durch Islamisten oder Sunniten oder Shiiten – immer im Namen derselben Religion! Kėdainiai ist nicht im Entferntesten zu vergleichen mit Cordoba oder Granada im multireligiösen Andalusien – aber ein Abglanz davon, im Kleinstformat, bietet diese Stadt. Das wollen ihre Bürger auch so, wie das sehr augenfällige Denkmal für Magnus de la Gardie auf dem Marktplatz zeigt. De la Gardies Vater war schon schwedischer Generalgouverneur für Livland gewesen. Der Sohn machte in Schweden eine außerordentlich steile Karriere als Diplomat, Rektor der Universität Uppsala, als General und brachte seiner litauischen Provinz einiges an Wohlstand, kultureller Breite und durch seinen Kampf gegen Russland auch Stabilität – wie das Detail im Denkmal zeigen soll.



Kėdainiai, Denkmal für Magnus de la Gardie, schwedischer Generalgouverneur für Semeigallen und Litauen, um 1660
Detail des Denkmals



Die angedeuteten historischen Eruptionen fanden in der jüngeren Geschichte ihre brutale Fortsetzung als die deutschen Truppen im Zuge der „Operation Barbarossa“ die Stadt besetzt hatten und dabei die gesamte jüdische Bevölkerung ermordeten. In der

Sowjetzeit wurde Kėdainiai dann für Litauen zu einem der Zentren der chemischen und der Nahrungsmittelindustrie mit – wie in der Phase üblich – markanten Umweltbelastungen für die gesamte Region (vor allem durch schwefelige Säure). Das wiederum hat zu der Umweltbewegung in den 1980er Jahren erheblich beigetragen und die wiederum hat letztlich zum „baltischen Weg“, zur „Singenden Revolution“, zur zweiten Unabhängigkeit geführt. Baltische Geschichte ist komplex, ob mit Religion oder ohne und ganz besonders, wenn beides verschlungen daher kommt.

Große und kleine Kunst

Richard Wagner hat in Riga ebenso seine Spuren hinterlassen wie der Komiker Heinz Erhard. Sie gehören zu Trägern deutscher Kultureinflüsse im baltendeutschen Raum und ein bisschen auch umgekehrt. Von diesen Einflüssen ist heute noch sehr viel in den diversen Museen zu erkennen. Ganz offenbar haben die Kunsthochschulen von München und Düsseldorf erheblichen Einfluss auf die baltische Malerei bis zum Ersten Weltkrieg gehabt. In den Museen der baltischen Hauptstädte sind allerdings

auch massive andere Einflüsse zu erkennen und die Widerstände dagegen. Das gilt vor allem für künstlerischen Widerstand gegen vorgegebenes Denken und Handeln in den Zeiten des verordneten Sozialistischen Realismus. Heute werden selbst in den Museen für Moderne Kunst (etwa dem Arsenal in Riga oder dem Kunstmuseum in Tallinn) immer wieder auch Ausstellungen zum Sozialistischen Realismus organisiert. Aber sie sind nicht mehr Orientierung, sondern Kontrastmittel; Reminiszenz an eine glücklicherweise überwundene Phase der intellektuellen Knebelung der Gesellschaften. Und dann ist die Zäsur in der Malerei seit der Unabhängigkeit von 1990/91 aufgrund der neuen Reiseerfahrungen nach Holland oder nach Italien und in andere lichtstarke Regionen unübersehbar. Damit verbunden ist eine neue Eigenständigkeit auf der Suche nach der eigenen Identität – weit deutlicher in der Malerei als beim Theater oder den Konzerten. Trendsetter einer neuen Generation, die z.B. in Rigas Kunsthochschule ausgebildet wurden und dort auch Ausstellungen und Verkaufsausstellungen organisieren, sind Malerinnen, wie etwa Kristīne Luīze Avotiņa oder Signe Vanadzina, die sich durch ihre romantisch-realistischen Farbenspiele längst ihre Namen gemacht haben.



Kristīne Luīze Avotiņa, Riga; verspielt, modernistisch, manchmal etwas exaltiert

Die Malerin Signe Vanadzina ist auch eine dieser Künstlerinnen, die man gerne in ihrem extrem engen Atelier am Stadtrand von Riga besucht, mit ihr die Bilder und Bilderideen diskutiert und dabei den selbst mitgebrachten Kaffee oder Tee schlürft. Von ihr hatte ich ihre Diplomarbeit (ein großdimensioniertes Triptichon mit Fischmotiven) einige Jahre lang im Versammlungsraum unseres Büros aufgehängt. Später bat ich sie, ein Bild für mich zu malen, wobei ich nur das Thema „Lettland“ vorgab. Einige wenige der Praktikanten habe ich auch zu Signe mitgenommen, nicht zuletzt, weil die Malerin und die Praktikanten im Prinzip zur gleichen Generation gehörten und die Kommunikation außerordentlich entspannt ablief. Andere Gelegenheiten lagen schon näher an unseren Arbeitsfeldern, wie im Stadtteil

Agenskalns auf der Westseite von Riga, wo wir eine Bürgerinitiative zum Erhalt des alten Holzhausviertels massiv unterstützen und daher automatisch zu den Stadtteilstesten eingeladen werden. Diese Feste enthalten meist eine Kunstkomponente, über die auch die Praktikanten leicht ins Gespräch mit den lokalen Einwohnern kommen konnten.

Signe Vanadzina: malt in ihrem Atelier „Lettland“ für ER

Open-air Ausstellung in Riga/Agenskalns



Die Kunsthochschulen in den baltischen Hauptstädten haben ihre Fenster weit aufgemacht, damit die neue Generation frischen Wind aus allen Richtungen erfährt und sich in alle Richtungen bewegen kann, um sich selbst zu finden. Ein „Triptychon“, wie der

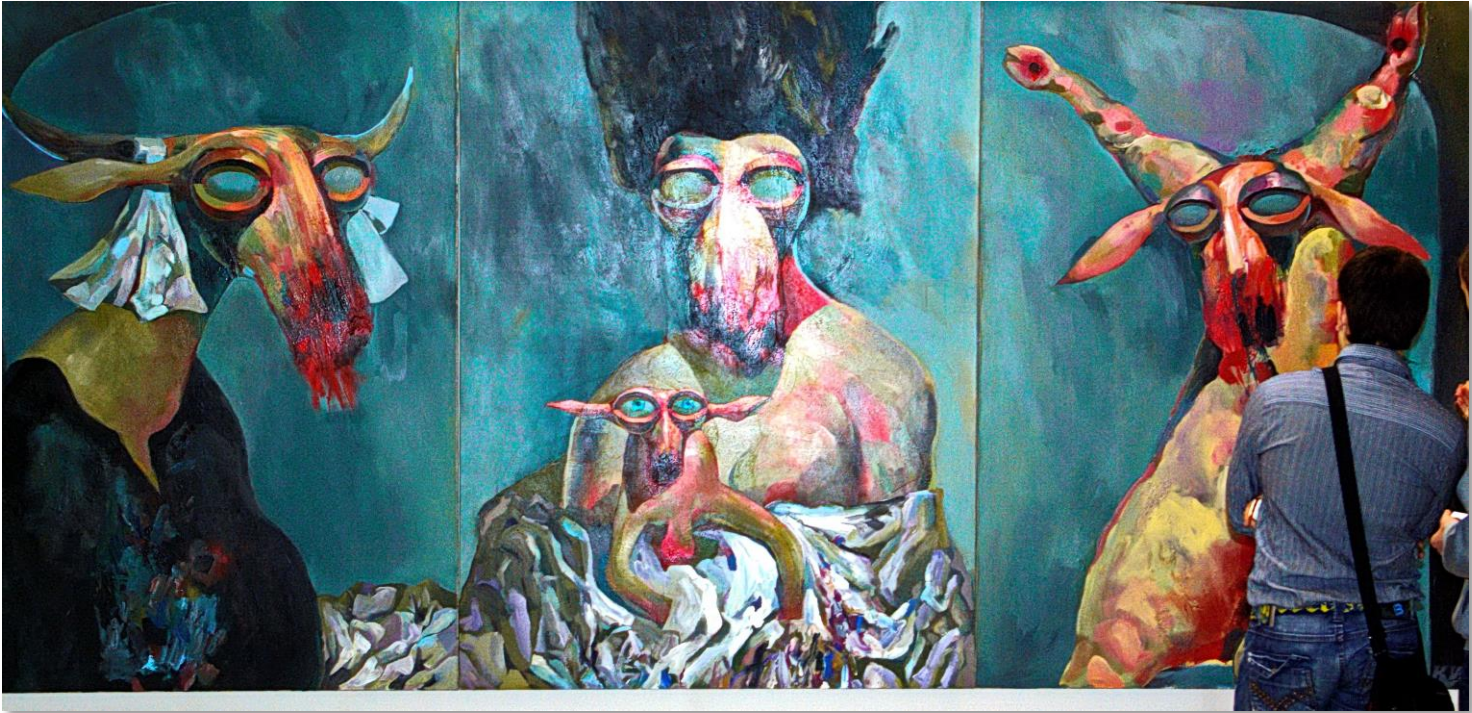
von Kārlis Vītols, bei dem die Ähnlichkeit mit lebenden Politikern nur dem lettischen Betrachter auffällt, ist da nicht mehr so selten.....

2007 sah ich in Riga eine Ausstellung genau der „jungen wilden Letten“, die sich 2004 schon in Weiden bei Nürnberg unter dem Titel „Euroline Riga-Nürnberg“ mit einigen Werken vorgestellt hatten: Lauris Milbred und Karlis Vitals. Nur, in Weiden/Nürnberg hatte ich noch etwas abwartend auf den Einladungstext reagiert: „.... korrespondiert in Milbreds gedämpften, rotbraun- und ockerfarbigen Gemälden meist eine zentrale Halb- oder Dreiviertelfigur in klassizistischem Stil und in steinerner bzw. metallischer Anmutung mit freischwebenden Profil- und Halbprofil-Portraits, wie sie auf Münzen zu sehen sind....“ Und zu Vitols hatte da gestanden: „.... Der „Amerikanismus“, der sich in der gewalttätigen Verwendung schriller Comic-Motive darstellt, markiert auch die gegenwärtige Lage Lettlands und ihrer Multikulturalität zwischen sowjetischer Besetzung und Turbokapitalismus....“ Es klang so als sei das zentrale Objekt der künstlerischen Auseinandersetzung der „jungen wilden Malergeneration“ der sozialistischen Realismus in der Kunst wie im Alltagsleben. Ich war gespannt, ob ich davon in den baltischen Museen etwas wiederfinden würde. Den Sprung in die aktuelle intellektuelle und moralische Zerrissenheit der baltischen (lettischen) Gesellschaften brachte in meinen Augen Vītols besonders prägnant auf seine Leinwand und geht damit noch einen Schritt über Milbred hinaus. Genug Stoff zum Nachdenken: Und dann wurde 2007 auch eine Retro-Ausstellung zum Sozialistischen Realismus im Arsenal-Museum in Riga eingerichtet. Auf die Spannungsbögen zwischen diesen extremen Kunstwelten ließ sich ein sehr interessiertes Publikum ein.



Lauris Milbred

Karlis Vitals



Retrospektive: Sozialistischer Realismus, Riga, Arsenals-Museum

In Riga und in Tallinn und in Kaunas, in den grossen (staatlichen) Kunstmuseen wird manche spannende Ausstellung organisiert und vom einheimischen Publikum immer gerne und manchmal auch kritisch angenommen – wobei das KUMU in Tallinn m.E.

insgesamt mit der größten thematischen Fülle operiert und von seiner modernen Gesamtanlage her schon immer die Neugier weckt.



KUMU (KunstMuseum), Tallinn

Die Begegnung in mancher Kleinstadt mit visionären Mäzenen oder passionierten Kunstsammlern oder engagierten Bürgermeistern, die mit bescheidenen Mitteln ganz beachtliche Sammlungen zusammengetragen haben, war nicht weniger spannend. Und dort findet sich dann gerne ein Publikum, das nicht zur Vernissage rollt, um vor allem selber gesehen zu werden, sondern um selber zu sehen, um darüber begeistert oder nachdenklich bei einem Glas Weißwein wie normale Menschen zu sprechen – Interesse am Objekt und auch am Künstler.

Die kleine, aber feine estnische Hafenstadt Haapsalu ist ein solches Beispiel. Wer überschaubare Dimensionen, wie kleine historische Holzstädtchen vom Typ Haapsalu mag, wird oft genug durch die kleinen feinen Museen auf die ganz große Geschichte der Region gelenkt. In Haapsalu wartet nicht weit vom kleinen Museum die große Geschichte in Gestalt einer Burganlage, die ihrerseits Anlass gibt für weitergehende Reflektionen über die koloniale Herrschaft des Schwertbrüderordens oder über die schwedischen Eroberer im 18. Jh. Das Spannende an dieser Burg Haapsalu sind die sehr unterschiedlichen Akteure, die über die Jahrhunderte Einfluss nahmen – und sie stehen auch hier paradigmatisch für die Einflussnahme in Livland überhaupt: Zwischen der zweiten Hälfte des 12. Jhs und dem Ende des 16. Jhs diente das Kreuz der katholischen Missionare in erster Linie als Schwert ihrer gepanzerten Ritter. Die Eroberungskriege im Namen Jesu und Mariae konnten nicht ohne befestigte Stützpunkte angegangen werden. Folglich waren die Burgen häufig zugleich Bischofssitze. So auch im westlichen Estland; so in Pärnu; so in Haapsalu. Als diese Region zum Bistum erklärt wurde, wurde Abt Gottfried aus dem Zisterzienserkloster Dünamunde, bei Riga, erster Bischof und nahm seinen Sitz auf der stark befestigten Burg Lihula, die ursprünglich vom Schwertbrüderorden angelegt worden war. Aus internen Gründen bezog der Bischof danach ab 1300 endgültig auf Burg Haapsalu Quartier. Die Burgkapelle wurde dabei zur Domkirche. Kirche und Burg hatten allerdings wegen ihrer strategischen Lage immer wieder Angriffe der litauisch-polnischen Verbände wie auch der Schweden abzuwehren und wurden über die Jahrhunderte immer mehr als Festungsanlagen ausgebaut – bis sie dann nach Estlands

Integration in das Zarenreich 1721 geschliffen wurden und nur als Ruine bis in unsere Zeit überdauerten. Überdauert hat dabei auch die Erzählung von „der weißen Dame“, wonach (wie bei Umberto Eco's *Il nome della rosa*) einer der Mönche sich in ein estnischen Mädchen verliebt und sie in den Kirchentrakt der Burg schmuggelt, was bei Todesstrafe verboten war. Mönch und Mädchen überlebten ihre Affäre nicht und das Mädchen geistert noch heute als „weiße Dame“ durch die Gewölbe der Burg. ...



Museum für Moderne Kunst in Haapsalu
(EE)

Burg Haapsalu, Ende des 13. Jhs fertiggestellt; ab 14. Jh mächtiger deutscher Bischofssitz

Für den Reisenden, der willens ist, hinzuschauen, auf die Menschen zuzugehen, kann es auch Gelegenheiten geben zur Diskussion über die neue intellektuelle Offenheit, die sich nach der Unabhängigkeit von 1991 auf Malerei, auf Theater ebenso wie auf Schnitzerei der lebensgroßen Holzfiguren in jedem



litauischen Ort und zwischen ihnen oder auf die bewusste Wiederbelebung eines 120 Jahre alten Holzhausviertels im kleinen Haapsalu wie im großen Tallinn und im noch größeren Riga auswirkte und weiter wirkt. Die baltische Identität findet sich ein Stück weit in der modernen Malerei, Grafik sowie in Holz- und Glasarbeiten (besonders Litauen). Sie wird aber ganz besonders auch im Gesang gesehen. Eine Gallionsfigur mit internationalem Renommée ist die Mezzosopranistin **Elīna Garanča** aus Lettland. Nur der eine oder die andere Praktikantin hatten mal nach ihr gefragt. Noch weniger

von ihnen haben sich nach aktuellem (modernem) estnischem oder lettischem Theater erkundigt. Dabei laden allein das moderne Theater im Zentrum von Vilnius oder die barocken Theater in Tallinn und Riga zur Nachfrage ein. Allerdings konnte ich die Zurückhaltung sogar verstehen. Denn ich habe auch nur einmal eine Vorstellung im Nationaltheater in Riga besucht, weil angekündigt war, es gäbe auch Kopfhörer für Übersetzungen. Gab es aber nicht.

Wenn es dann an den Sprachkenntnissen im Theater scheitert und keine Karten mehr für *Elīna Garanča* erhältlich sind, läßt sich immer mal wieder eine ganz aparte Alternative finden, eine kleine Band oder ein Solisten-Auftritt in einer Insider-Kneipe draußen vor der Stadt. Da wird es einem alten Latino dann warm ums Herz, wenn die lettische Solistin Irina Gulbe den cubanischen Klassiker *Guantanamera* bis zum letzten Vers durchsingt: *Con los pobres de la tierra quiero yo mi suerte echar. El arroyo de la sierra me complace más que el mar...* Sie war einmal selber in Venezuela gewesen und hatte dort ihre Liebe zu Lateinamikas Musik entdeckt – ungefähr so, wie ich selber damals in den 1970ern am Orinoco. Wir hatten tatsächlich einiges zu beplaudern in dieser Dorfkneipe.....



ein Latin-Jazz Konzert auf dem Lande in einer Dorfkneipe am Ufer der Braslas (LV)

Die symbiotische Verknüpfung von großer und kleiner Kunst mit der kulturellen Identität wird an wenigen, aber ganz besonders wichtigen kulturellen Jahresereignissen deutlich. Das **Sängerfest** wird mit gewissen Unterbrechungen schon seit dem 19. Jahrhundert alle fünf Jahre als Fest des ganzen Volkes gefeiert wird, steht ganz oben auf der Liste. Das erste dieser nationalen Sängerfeste wurde in der deutsch-baltischen akademischen Hochburg Dorpat (Tartu) veranstaltet und markiert den Aufbruch von Nationalbewusstsein um 1870. Es war von Anfang an Sangeskunst mit starken politischen Untertönen. Sehr bald erhielt das Fest daher auch unmittelbar am Rande der Hauptstadt Tallinn seinen festen Platz und alle 5 Jahre wogt ein vieltausendköpfiges Publikum in und um die große Muschel an der Bucht von Pirita. Diese großen **Sängerfeste** - das in der großen Konzertmuschel von Pirita (Tallinn) wie auch das im Mežaparks (deutsch: Kaiserwald) von Riga - sind für jeden, der gerade im Land anwesend ist, als Spektakel sehr beeindruckend. Der Rheinländer denkt sofort an Karneval: denn besonders in Riga ziehen die verschiedensten regionalen und thematischen Tanz- und Gesangesgruppen in langer Prozession stundenlang durch

die abgesperrten Boulevards der Stadt. Wichtige Politiker und Oligarchen lassen sich die Gelegenheit nicht nehmen, deutlich sichtbar mitzumarschieren.



Sängerfest in der Muschel von Pirita, EE

Den Höhepunkt bildet schließlich das eigentliche

Sängerfest draußen vor der Stadt, im Mežaparks, mit tausenden und aber-tausenden an Zuschauern in einer tollen Stimmung – etwa so wie im Stadion von Borussia Dortmund bei einem Heimspiel.... Mindestens an zweiter Stelle der großen Feste mit hohem Identifikationsgrad steht vor allem in Estland und Lettland „Ligo“.

Blumenstand an Ligo, Domplatz, Riga

An Ligo fällt zunächst die 100-fach gesteigerte Blumenliebe der ohnehin schon außerordentlichen Blumenfreunde in Lettland auf. Auf allen Plätzen der Stadt haben sich Blumenfrauen mit ihrem Stand aufgebaut und flechten Blütenkränze für die Mädchen und Eichenlaubkränze für Jungen.



Ligo-Fest in Jaunpiebalgs an der Gauja (LV)



Es wird schnell deutlich, daß Ligo weit mehr ein kulturelles als ein künstlerisches Ereignis ist. Es ist der Tag der altgermanischen Sommersonnenwendfeier, die in der kürzesten Nacht vom 23. auf den 24. Juni so intensiv vom ganzen Volk gefeiert wird, wie sonst nichts im Jahr. Dann brennen im ganzen Land und

hinter jedem Dorf die Johannisfeuer und die Rufe „ligo, ligo“ schallen überall durch die Nacht und ganz alte Volkslieder werden gesungen. Es gibt beliebte und sehr beliebte Seen und Flussufer (wie die der Gauja) und Bauernhöfe, zu denen große und kleine Gruppen strömen, um die Nacht wild ums Feuer zu tanzen oder sich sonstwie bis zum Morgen durchzuschlagen, um bei aufgehender Sonne an einer Quelle eine kleine rituelle Waschung vorzunehmen oder sich neben seiner Begleitung im Farnkraut auf den neuen Morgen zu freuen. Ligo ist möglicherweise das älteste Fest der Menschen. Jedenfalls wurde es schon in der Steinzeit gefeiert.

Beide, das Sängerfest wie auch Ligo, besitzen die künstlerische wie die politisch-kulturelle Dimension, sind ganz wesentliche Elemente einer irgendwie noch vorhandenen „baltischen Identität“. Für manche fasst die „Singende Revolution“ von 1989 am eindrucklichsten beide Dimensionen zusammen und bietet den größten Nachweis einer latent vorhandenen Gemeinsamkeit in allen drei baltischen Gesellschaften. Die Sowjets fürchteten genau das und verboten Sängerfeste und altes Liedgut. Sie erinnerten sich vielleicht daran, daß im 19. Jahrhundert mit dem aufkommenden Nationalismus in Europa ein nationales, fast ein baltisches Empfinden in den drei Ländern aufkam, oder genauer: die autochthonen Bevölkerungen hatten das Gefühl, über altes Liedgut ließe sich eine eigene lettische oder estnische Identität schaffen. Heute nehmen einzelne Musiker den Lied-Faden wieder auf, durchaus als Widerstandsform gegen die aktuellen Entfremdungsmechanismus im modernen Lettland. Jugend-Chöre stehen dafür als Symbol, wenn sie die alten lettischen Volkslieder einüben und dafür ein sehr angetanes Publikum im Lande auf öffentlichen Plätzen finden. Eine damit direkt verknüpfte durchgehende Linie ist seit nunmehr über 100 Jahren die systematische Sammlung dieser Volkslieder, wie sie von **Krišjānis Barons** begründet wurde, um dem Volk sein wichtigstes, von vielen Generationen geschaffenes kulturelles Erbe zu erhalten. Ihm sind in Riga ein Volkslied-Museum und einer der großen Boulevards als Dank gewidmet.

Große und kleine Literatur

Krišjānis Barons ist Lettlands Vater der Volkslyrik. Er ist ein literarischer Nationalheld, weil er weit über 200.000 der einfach gereimten Volksliedertexte, der „Dainas“ etwa zwischen 1880 und dem Ausbruch des I. Weltkriegs zusammengetragen hat. Die größte Liedgutsammlung, die es gibt. Die UNESCO verlieh ihr den eigenen Titel „Weltdokumentenerbe“.

Mit diesen Dainas identifizieren sich die lettischen Letten mehr als mit irgendeinem der anderen bekannten Dichter aus demselben 19. Jahrhundert oder aus jüngster Zeit. Das liegt wahrscheinlich an der religiösen Tiefenstruktur der Dainas, was wiederum an der großen Zahl solcher Dainas erkennbar wird, die sich um die Sonne drehen. Denn in der lettischen Mythologie ist die Sonne kein Naturphänomen wie jedes andere. Die mythologische *Saule* (Sonne) erscheint oft als göttliche schöne Frauengestalt, die fröhlich, ausgelassen und übermütig sein kann. Sie tanzt in goldenen Schuhen auf silbernen Hügeln. Jeder Sonnabend ist ein „heiliger Abend“, an dem sich der Mensch durch körperliches und geistiges Reinigen in der Sauna, auf den heiligen Sonntag vorbereitet. Aber auch jeder einzelne Tag hat einen „heiligen

Abend", der mit dem Ende der Arbeit und dem Beginn des "Sonnenpfades" oder der "graue Stunde" begangen wird. Der "heilige Abend" und die "graue Stunde" sollen den Menschen daran erinnern, dass es neben der materiellen Seite des Lebens auch eine geistige gibt. Dies sind heilige Rituale, die sicherstellen sollen, dass die Menschen sich einige Gedanken über ihre Seele und das Jenseits machen. Die Dainas sind auch die Erinnerung an die durch die Christianisierung verschütteten alten religiösen Empfindungen bei der Ordnung des Weltbildes für dieses Leben und was danach kommt. Die besungenen Szenen sind aus dem bäuerlichen Leben entlehnt. Es erinnert immer wieder an die griechische Mythologie: Götterfiguren steigen auf der Milchstraße zur Erde herab und geben ihre göttlichen Fähigkeiten an die Menschen weiter. Umgekehrt wandern die Menschen nach ihrem Ableben über die nächtliche Milchstraße hinauf in die Götterwelt.

Die sowohl mythologische wie zugleich sehr politische Auseinandersetzung mit der christlichen Überfremdung baltischer Kultur und Religion hat sich in Lettland in dem wichtigsten Epos niedergeschlagen, in dem sich die Letten gespiegelt sehen, wie die Deutschen in der Siegfried-Saga. Der nationale Literat, der das Epos verfasst hat, ist **Andrejs Pumpurs**. Er gehörte zur selben identitätssuchenden Generation, wie *Barons*. Die Identifikation mit ihm fällt vielen Letten leicht, weil er aus sehr bescheidenen Tagelöhner-Verhältnissen stammend zwar eine lutherisch deutsche Grundschule besuchen konnte, aber nicht mehr als das und allein die russische Militärlaufbahn ihm eine Chance für sozialen Aufstieg bot. An den verschiedensten Einsatzorten hörte und sammelte er die einzelnen Episoden des lettischen Heldenepos **Lāčplēsis** und schrieb es später bis 1872 als Gesamtwerk nieder.

Lāčplēsis, das lettische politische Volksepos

Lāčplēsis (*Der Bärenjäger*) erzählt das Leben des legendären Helden, der von den Göttern auserwählt wurde, Gallionsfigur seines Volkes zu sein. Als junger Mann tötet er einen Bären, indem er ihm mit bloßen Händen den Unterkiefer abreißt. Auf der Burg von Fürst Aizkraukli spioniert er zwei Figuren aus: die **Hexe Spīdala**, die mit dem Teufel im Bunde steht, und den **Missionar Kangars**, der die lettischen Naturgötter durch den christlichen Glauben ersetzen will. Hexe Spīdala versucht, Lāčplēsis zu ertränken, indem sie ihn in den Staburags-Strudel der Dūna (Daugava) stößt. Lāčplēsis wird jedoch von der Zauberin Staburadze gerettet, die ihn in ihre Unterwasser-Kristallburg bringt. Dort trifft Lāčplēsis das Mädchen Laimdota (Name der aktuellen Ministerpräsidentin) und verliebt sich sofort in sie. Kurze Zeit später freundet er sich auch mit dem Helden Koknesis an und beide ziehen auf die Burg von Laimdotas Vater. Lāčplēsis kämpft gegen den Riesen Kalapuisis, um Laimdotas Hand zu gewinnen. Gleichzeitig provoziert Kangars einen Krieg gegen die Esten. Lāčplēsis bezwingt den Riesen, schließt aber mit ihm Frieden und beide kämpfen gemeinsam gegen den echten Feind ihrer Völker: nicht gegen die Esten, sondern gegen die deutschen Missionare unter der Führung eines Dietrich. Laimdota und Lāčplēsis verloben sich. Laimdota liest in alten Büchern über die Schöpfung und die alten lettischen Werte. Dabei wird sie zusammen mit dem Helden Koknesis nach Deutschland entführt. Die Hexe Spīdala überzeugt Lāčplēsis davon, dass seine zwei Freunde einander lieben. Lāčplēsis kehrt zurück in seine Heimat Lielvarde (wo heute eine restaurierte Holzburg aus vor-christlicher Zeit zu besichtigen ist) und macht sich von dort aus mit dem

Schiff auf nach Deutschland. Sein Schiff geht jedoch in der Nordsee verloren, wo er die Tochter des Nordwindes kennenlernt. Während dessen treffen sich Dietrich und der livische Prinz Kaupa von Turaida mit dem Papst in Rom, um die Christianisierung Lettlands abzustimmen. Lāčplēsis beginnt seine gefährliche Heimreise über das Nordmeer. Er kämpft gegen Ungeheuer mit drei, sechs und neun Köpfen um eine verzauberte Insel. Schließlich begegnet er der Hexe Spīdala auf dieser Insel und heilt sie von ihrer Besessenheit. Danach trifft er Laimdota und Koknesis wieder, die aus Deutschland entkommen konnten, aber auf der verzauberten Insel in eine Falle geraten sind. Koknesis verliebt sich in Spīdala und alle vier kehren als Freunde zurück nach Lettland.

Zu Hause angekommen, feiern sie eine große Doppelhochzeit zur Sommersonnenwende (Ligo-Fest, 24. Juni). Bald darauf brechen Lāčplēsis und Koknesis wieder auf, um die deutschen Kreuzritter zu bekämpfen. Nach mehreren Schlachten können sie die Deutschen zurückdrängen. Doch deren Führer, Bischof Albert (Figur des Gründers von Riga), holt Verstärkung aus Deutschland. Einer der Kreuzfahrer ist der Schwarze Ritter. Auf Befehl Dietrichs hin verrät Kangars das Geheimnis von Lāčplēsis' übermenschlicher Stärke: Lāčplēsis' Mutter war eine Bärin und seine übermenschlichen Kräfte rühren von seinen Bärenohren her. Daraufhin kommen die deutschen Ritter auf die Burg Lielvārde und bieten Lāčplēsis Frieden an. Lāčplēsis empfängt die Gäste und bewirtet sie in der Burg. Ein Turnier wird abgehalten, bei dem sich Lāčplēsis auf ein Duell mit dem Schwarzen Ritter einlässt, der ihm im Kampf beide Ohren abtrennt und so seiner Kräfte beraubt. Allerdings gibt es keinen Sieger. Beide stürzen in die Düna (Daugava) und versinken.

Wenn Lāčplēsis dereinst wieder aus den Fluten steigt, dann wird das lettische Volk frei sein.



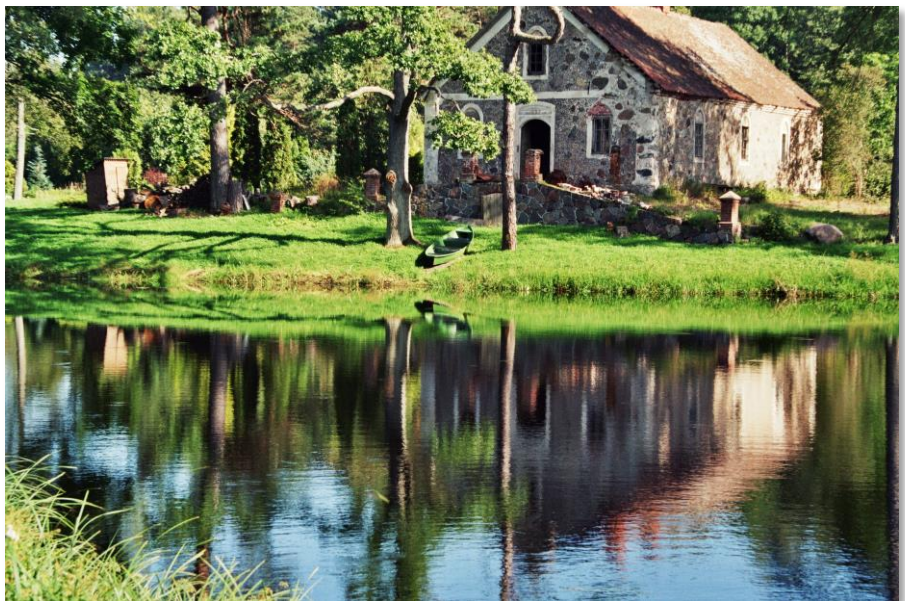
Hplz-Burg Lielvārde (rekonstruiert) und Gedenkmarke für Lāčplēsis

Zwischen den 1870er und 1880er Jahren und der ersten Russischen Revolution von 1905 hat es eine ganze Reihe Schriftsteller und Romanciers und Poeten gegeben, die

den europäischen und natürlich den deutschen Nationalismus ab Mitte des 19. Jahrhunderts in ihre Arbeiten aufgenommen und für sich instrumentalisiert haben, um die bis dahin gültige baltendeutsche Gesellschaftsverfassung zu überwinden. Durch die russ. Revolution gab es einen heftigen Ruck gegen die deutschen intellektuellen Einflüsse und eine massive Wendung hin zum Marxismus. Diese neue Welle war nicht besonders erfolgreich in ihrer politischen, wie in ihrer schriftstellerischen Arbeit. Aber es gibt ein paar Ausnahmen, einige auch heute noch als „große“ Literaten in der Region anerkannte Personen aus dieser Zeit. Neben dem schon genannten gehören **Jānis Rainis** ebenso dazu wie die sozialdemokratische Feministin **Azpazija** (Rainis' Ehefrau), deren Lyrik und Theaterstücke irgendwo zwischen neuer sozialistischer Strömung und Neuromantik angesiedelt werden. Der engagierte Linke, **Janis Rainis** (eigentlich Jānis Pliekšāns), war ebenso lettischer Nationaldichter wie auch Goethe-Übersetzer (Faust) und musste nach der gescheiterten russischen Revolution von 1905 mit seiner ebenso engagierte Frau **Elza Pliekšāne**, geborene Rozenberga, genannt **Aspazija** für viele Jahre ins schweizer und deutsche Exil fliehen.

Von Rainis stehen überlebensgroße Denkmäler an zentraler Stelle in Riga und anderswo im Land. In Deutschland selbst sind andere baltendeutsche Namen bekannter geworden oder Intellektuelle und Künstler, die eine Brücke zwischen beiden Kulturkreisen bauten. **Johann Gottfried Herder** gehört hierher. Von ihm steht ein zierliches Denkmal vor dem Rigaer Dom, um an ihn als Aufklärer und Lehrer an der Rigaer Domschule zu erinnern. Für den Tourismus deutlich sichtbarer gehört der deutsch-russische Offizier **Freiherr v. Münchhausen** dazu, dessen kleines Gut in Dunte heute als Museum dient und die vorbeifahrenden Touristen auf ihrem Weg ins estnische Pärnu zum nachträglichen Schmunzeln über alle seine „Lügengeschichten“ einlädt.

*Münchhausen-Hof
heute Museum,
Dunte (LV)*



Wer dann in Estland ankommt, hört möglicherweise von dem estnischen National-Epos, dem **Kalevi-poeg**. Dieses Epos ist allerdings - anders als der lettische Lāčplēsis - größtenteils ein Kunstprodukt, beschlossen und veranlasst um 1850 von

der *Gelehrten Estnischen Gesellschaft*. Für Estland sollte etwas Ähnliches geschaffen werden, wie das finnische Heldenepos Kalevala. Bei Wikipedia wird **Kalevipoeg** gut und knapp zusammengefasst: Das Epos besteht aus gut 19.000 Versen in 20 Gesängen. Er basiert auf Motiven aus estnischen Sagen und Volksliedern, ist in seiner Gesamtheit aber ein Werk des estnischen Schriftstellers Friedrich Reinhold Kreutzwald. Nur ca.

ein Achtel des Textes beruht auf originaler Volksdichtung, den Rest hat Kreutzwald auf Basis verschiedener Sagen um den riesenhaften Helden Kalevipoeg selbst geschrieben. In estnischen Legenden wirft Kalevipoeg gigantische Steine nach seinen Gegnern. Er formt Landschaften, verändert Flussläufe und gründet Städte. Der Charakter des Riesen ist dabei durchaus ambivalent. Mal hilft er Menschen in der Not, mal ist er der unberechenbare, gewalttätige Zerstörer. In dieser Hinsicht gleichen die Sagen um ihn anderen Riesenerzählungen aus dem Baltikum oder Skandinavien. Besonders mit dem finnischen Nationalepos Kalevala gibt es einige Überschneidungen. Auch *Kalevipoeg* wird als Nationalepos in Estland angesehen und stammt auch aus etwa der gleichen nationalbewussten Epoche im 19. Jahrhundert. Dennoch ist die Identitätsstiftung des estnischen Epos deutlich geringer als beim lettischen *Lāčplēsis*.

Totalitarismus – Kultur fürs Gedenken und Vergessen

Zur Kurischen Nehrung gehören beeindruckende Sanddünen, Thomas Mann, Ostseestrand und die Mündung der Memel. Am Oberlauf der Memel, ganz nahe der weißrussischen Grenze, liegt eine ausgewiesene schöne Wald- und Hügellandschaft um die Stadt **Druskininkai** herum, in die wir gelegentlich Seminarveranstaltungen verlegten, weil dann auch interessierte weißrussische Teilnehmer (Nichtregierungsorganisationen, Journalisten, Gewerkschafter) leichter eingeladen werden konnten. Dieser Südosten Litauens liegt unbestritten im Einflußbereich der orthodoxen Kirche. Druskininkai hatte für mich selber allerdings seine Attraktivität weniger durch seinen Kurpark und das Memelufer als vielmehr, weil seine waldreiche Umgebung große Bedeutung für die Partisanenkämpfe gegen die Sowjetbesatzung besessen hatte. Im stadtnahen Golda-Park von Druskininkai hat man dieser litauischen Resistance ein gewaltiges Monument gewidmet.

*Golda-Park in
Druskininkai,*



Partisanen-Denkmal und:

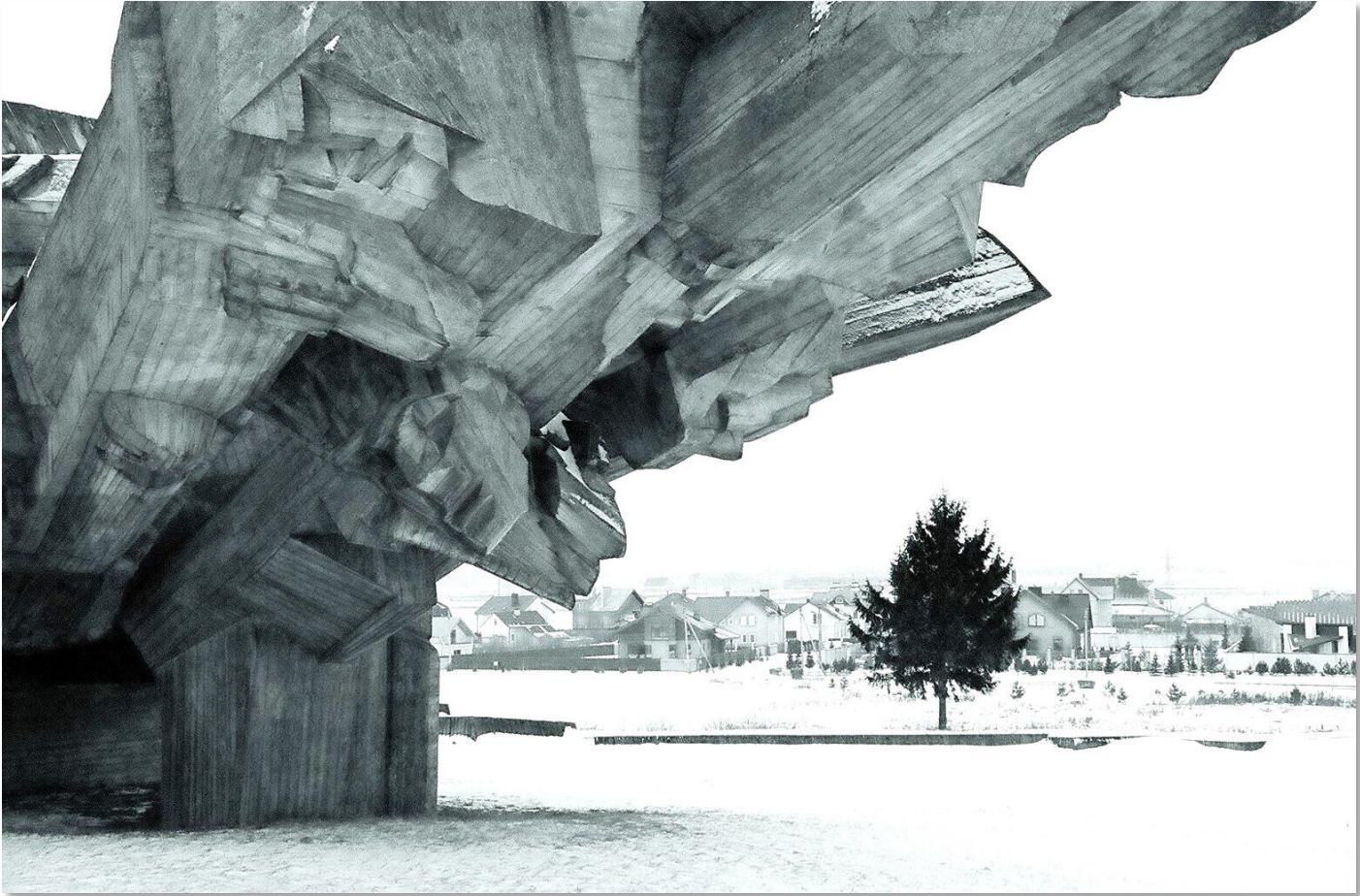
*Eisangler auf der Memel, die sich noch ebenso selbst
versorgen, wie einst die Partisanen*



Unsere deutschen Praktikanten hatten zuvor auch schon mal die erste Strophe der deutschen Nationalhymne gehört, hatten vielleicht nachgeschaut, wo eigentlich die Memel fließt, hatten aber nie über die sog. Waldbrüder gelesen und den massiven Widerstand in den Wäldern entlang

der Memel gegen die Sowjets. Wir konnten unsere Veranstaltungen in Druskininkai daher leicht zur politischen Bildung unserer Mitarbeiter auf Zeit nutzen. Und diejenigen, die diese Chance bekamen, nahmen sie sehr gerne wahr. Vom Partisanenkampf war es ein kleiner Schritt zum „Totalitarismus“ unter Stalin und unter Hitler und von dort ein sehr kurzer Schritt zur Judenverfolgung und den Massakern, denen die litauische und lettische Bevölkerung während der kurzen, aber intensiven Nazi-Herrschaft ausgesetzt war. Für mich wird der Nazi-Staatsterror trotz aller Bücher, Filme, Augenzeugen, Gerichtsverfahren nie nachvollziehbar werden. Immer bleibt dieselbe unheimliche Frage, wieso sind Menschen in der Lage, ihnen völlig unbekannte andere Menschen, die gestern noch ihre Nachbarn waren, zu foltern, zu töten, nur weil irgendein abnormaler Diktator befiehlt, dafür eine gewaltige Tötungsmaschinerie aufzubauen und in Gang zu setzen. Die Frage muß jeden beschäftigen, weil es nicht nur Stalin und Hitler gab, sondern ebenso einen Idi Amin, Pol Pot, Pinochet, Al Quaida mit Osama bin Laden und noch immer gibt es den „Islamischen Staat“, die Taliban, Baschar Hafiz al-Assad, die Leugnung des Genozid der türkischen Regierung gegen die Armenier Gerade die Fahrten nach Litauen mit dem Schlenker um Kaunas herum brachte diese bohrende Frage immer wieder hoch und ließ mich immer mal wieder an der Gedenkstätte der Nazi-Opfer vor der Stadt halten. Und immer wieder liessen sich neue Details an diesem gewaltigen Monument entdecken. Doch, wie der Nahe Osten und Nordafrika zeigen, bleibt es nur ein Denkmal und kein Mahnmal. Dieses sichtbarste Symbol der Nazi-Verbrechen steht erstaunlicherweise nicht in Vilnius, dem einstigen „Jerusalem des Ostens“, sondern in Kaunas, gut sichtbar für alle, die im Sommer auf der Autobahn nach Klaipeda ans Meer fahren. Die Inschriften bezeugen, daß selbst aus deutschen Städten (Dortmund, Münster,...) alleine rd. 5.000 Juden und andere „Nicht-Arier“ hierher transportiert und erschossen wurden. Und als Fußnote wird kolportiert, daß diesen Massenmord der Lagerkommandant Karl Jäger ohne Zustimmung von Heinrich Himmler

veranlasst habe. Jäger wäre dann immerhin für insgesamt rund 15.000 Ermordungen in Kaunas alleine verantwortlich gewesen. Ob das die SS-Bilanz wirklich aufhellt?



Genozid- und KZ-Mahnmal, Kaunas (LT)

Auch in Lettland gibt es viele verdeckte Erinnerungen an die frühere jüdische Bevölkerung Rigas und Mahnmale und Gräberfelder, vor denen jeder meiner Begleiter und Besucher gleichermassen sprachlos stand oder kniete, sei es in Salaspils oder Bikerņieki in Waldstücken am Rand der Stadt.

KZ Salaspils





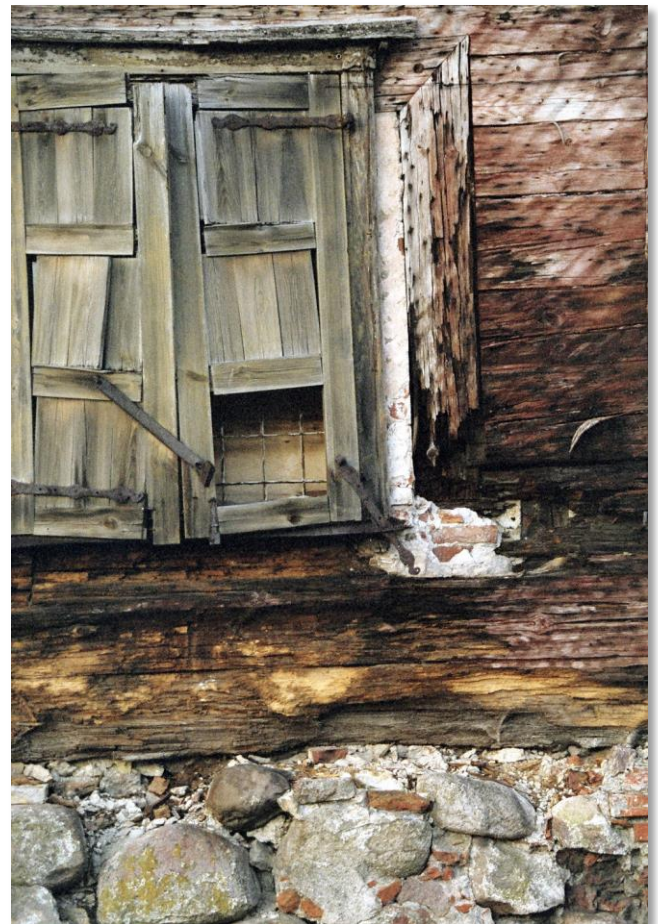
*Bikernieki-Wald,
Gräberfeld der
ermordeten
Juden, Riga*

In Riga selber
hatte es ein jü-
disches Ghet-
to gegeben,
das im auch
heute noch
Moskauer
Vorstadt ge-
nannten Teil
der Stadt

liegt. Die Moskauer Vorstadt beginnt
gleich hinter dem Zentralmarkt und ist
daher ein sehr zentraler Teil der Stadt,
wurde aber in die urbane Ent-
wicklungsplanung der letzten Jahrzehnte
kaum eingebunden. Es sind trostlose
Straßenzüge mit vielen herunterge-
kommenen Holzhäusern.

*Atmosphäre in der
Moskauer Vorstadt, Riga*

Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die
Juden nicht innerhalb der Rigaer
Stadtmauern wohnen dürfen. Daher
wurde die Moskauer Vorstadt Zentrum
jüdischer Kultur mit Synagoge, Schulen
und jüdischem Friedhof, der heute als
öffentlicher Park genutzt wird. Nur ein
großer Gedenkstein und der Name der
Straße, Ebreju iela (Judenstraße), erinnern
heute noch daran, dass sich an dieser Stelle
einmal ein Friedhof befand, auf dem auch
die im Ghetto zu Tode gekommenen Juden
in Massengräbern ihre letzte Ruhe fanden.





ehemaliges Ghetto in der Moskauer Vorstadt als Freilicht-Museum (seit 2014)

*und ein Stolperstein in Berlin-Kreuzberg,
der die Verbindung mit Riga bescheinigt*



Hier gewinnt der Besucher schnell den Eindruck, daß sich möglichst kein Tourist in diesen Teil der Stadt verlaufen solle und daß die Geschichte der Moskauer Vorstadt nicht die wunderbaren Eindrücke aus den zentralen touristischen Stadtvierteln mit den Jugendstil-Straßen (Alberta iela, Elizabetes iela) belasten sollte. Schließlich wurde aber doch 2014 ein sehr markanter Ort am Eingang zur Moskauer Vorstadt als moderne Gedenkstätte in Erinnerung an das jüdische Ghetto eingerichtet und beeindruckt jetzt in seiner Gesamtwirkung.

Und dann treffe ich durch reinen Zufall bei einem Erkundungsspaziergang hinter den Dünen von Bolderaja auf den alt gewordenen Künstler Imants Polis, der während der deutschen Besatzung als Flakhelfer auf dem alten Rigaer Flughafen Spilve für die SS gearbeitet hatte und sich heute noch darüber freuen kann. Wir können uns nicht wirklich unterhalten. Die beiderseitigen Sprachkenntnisse sind zu gering. Dennoch öffnete er mir, dem Deutschen, sein kleines Atelier, wo heute seine Holzarbeiten entstehen und seine hölzernen SS-Figuren an der Tür Wache halten.

Noch immer und zunehmend finden sich organisierte Anhänger des stalinschen oder des hitlerschen Totalitarismus in den baltischen Staaten, am sichtbarsten in Riga, aber mit aufsteigender Tendenz auch in Vilnius. Alt gewordene Mitglieder der SS-Legion Lettland treffen sich jährlich Mitte März zum Gedenkmarsch im Zentrum von Riga. Unter den 3.000 Veteranen und Sympathisanten marschieren auch Abgeordnete der nationalistischen Allianz-Partei und schon mal ein Minister als Sympathieträger mit (s.u., S.254). In Vilnius finden ebenfalls im März Gedenkmärsche statt, die als Erinnerungsfeiern an die litauische Unabhängigkeit beantragt und bewilligt werden. Swastika und Hitler-Gruß beherrschen aber immer deutlicher eine Szenerie, die Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė als Demonstration der „patriotischen Jugend“ begrüßt.



im Atelier von Imants Polis, Bolderaja (Riga)

Identität der Natur - schlicht und geheimnisvoll

Wer in Europa unverfälschte Naturlandschaften sucht, die dem menschlichen Einfluss standgehalten haben, sucht sie im östlichen Polen, in finnisch Lappland, in der norwegischen Finnmark – oder in den Mooren und Wäldern der drei baltischen Länder. In allen drei baltischen Ländern lieben die Menschen ihre Naturlandschaften – und nicht nur, weil sie am Ende des Sommers scharenweise zur Pilzsuche in diesen Wäldern verschwinden oder weil sie noch immer regelmäßig an vielen Quellen sauberes Wasser für ihren Tee zu Hause schöpfen.

Der **Soomaa-Nationalpark** ist im Wesentlichen ein gewaltiges Feuchtgebiet beinahe im Zentrum Estlands und nach der Unabhängigkeit inzwischen zu einem Weltnaturschutzgebiet erklärt worden. Der **Kemeri-Nationalpark** im lettischen Kurland ist nicht so groß, wie Soomaa, aber ebenso moorig und ursprünglich. Die Dünenlandschaft der **Kurischen Nehrung** ist das eine litauische Extrem an eindrucksvoller Naturlandschaft. Und die Seen-Platte mit den beiden **Nationalparks Aukštaitija** und **Samogitia** ganz im Nordosten Litauens, an der weißrussischen Grenze, bilden das andere Extrem. Allein zum Aukštaitija-Park gehören 126 große und kleine Seen, die sich mit dem Kanu erwandern lassen und jeden Sommer von Tausenden einheimischer Touristen immer wieder neu erobert werden. Nach dem Ausklingen der Sowjetzeit haben sich alle diese (und viele weitere) Naturlandschaften regenerieren können und vor allem ihre frühere Artenvielfalt zurückgewonnen. Im estnischen **Alutaguse-Nationalpark** leben Flughörnchen und Braunbären, Birkhühner, Auerhühner, Seeadler ebenso wie Steinadler, Elche, Wölfe, Luchse, Otter ... und noch ein paar mehr. Die Esten sprechen gelegentlich von ihrer „Taiga“, wenn auf diese Region im Nordosten die Sprache kommt.

Aber die attraktiven Jahreszeiten sind auch häufig die schwierigsten Reisezeiten. Der Soomaa-Nationalpark (EE) ist in den wenigen Wochen nach der Schneeschmelze eine endlose Wasser-, Sumpf- und Moorlandschaft, in der es sich nur per Boot fortbewegen lässt. Also auch für meinen schweren Jeep unmöglich. Wenn im Alutaguse die Braunbärinnen mit ihren 2 oder 3 Jungen auf Beerensuche unterwegs sind, sind in der Paarungszeit auch sehr aggressive Braunbärmännchen im Wald zu beobachten. Da hält man sich mit Spaziergängen und Wanderausflügen eher klug zurück. Es bleiben dann Alternativen, etwa das Moor im Kõmeri Nationalpark – einem Natura-2000-Gebiet, eine Autostunde von Riga entfernt.

*im Großen
Kõmeri -
Moor*



Die Wanderungen im Morgennebel über die Knüppelpfade im **Kõmeri-Moor** lassen verschwommen den vorhandenen Artenreichtum hier im Nordosten der EU erkennen. Die zum Kõmeri gehörigen Dünen- und Seenlandschaften sind zum großen Teil Hinterlassenschaften der letzten Eiszeit. Qualifiziert hat sich der Kõmeri durch seine Mineral- und Heilquellen, die dort seit dem 18. Jahrhundert einen besonders von der russischen Oberschicht sehr geschätzten Kurbetrieb hatten entstehen lassen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde sogar eine direkte Eisenbahnverbindung nach Moskau eingerichtet.

Wer sich dem alten Kurhaus heute nähert, hält sich allerdings ganz spontan die Nase zu, weil sich einige der warmen Schwefelquellen auch weiterhin bemerkbar machen. Diese reiche Naturlandschaft besitzt auch eine weniger enthusiastische Seite, denn im Ersten Weltkrieg verlief hier eine Frontlinie zwischen deutschen und russischen Truppen. Die Spuren sind allenthalben an den zugewachsenen Schützengräben und vollgelaufenen Granattrichtern zu erkennen. Naturparks sind in allen drei baltischen Ländern reichlich vorhandenen. Nicht alle sind allerdings mit einem bestimmten Zauber belegt, wie z.B. der lettische **Pukaini-Energiewald**. Im Pukaini gibt es geheimnisvolle Lichtungen mit Anhäufungen von rundgewaschenen Steinen, die tagsüber viel Sonnenwärme speichern, und wahrscheinlich nachts, mit Laub bedeckt, sehr frühen Bewohnern als wärmender Schlafplatz dienten.

*im Pukaini-
Energiewald
(LV)*

Wer vom
Kēmeri und
vom Pukaini
noch nichts
gehört hat,
weiß aller-
dings von der
langgezoge-
nen Sichel der
Kurischen
Nehrung, die
sich Litauen
und Russland
teilen und hat



irgendein Bild von dem Fischerörtchen **Nida** und von **Thomas Mann**. Und mancher Literaturfreund kennt vielleicht sogar das Mann'sche Sommerhaus gleich hinter Litauens höchster Wanderdüne, das er mit der Prämie des Nobelpreises während der großen Wirtschaftskrise dort „am ostpreußischen Rande der Welt“ im lokalen Stil der Ostseefischer erbauen ließ, mit Reetdach und gekreuzten Pferdeköpfen am Giebel. Thomas Mann hätte sich wohl genauso gerne in Hiddensee niedergelassen, wenn dort nicht schon der Konkurrent Gerhard Hauptmann sein Domizil eingerichtet gehabt hätte. Bei einer Dienstreise nach Palanga und Klaipeda (Memel) hatte ich der mitfahrenden Praktikantin von diesen Konkurrenten Mann und Hauptmann erzählt

und auch das weitergegeben, was mir von Litauern über die Kurische Nehrung berichtet worden war, daß sie nämlich ungemein fischreich, für die Fischerboote gleichzeitig gefährlich und trotz aller anderslautenden Vorhersagen nicht von der Ostsee abgetrennt und verlanden wird. Es fiel mir ziemlich leicht, die Bitte zu erfüllen, noch einen Abstecher nach Nida anzuhängen.



Thomas Mann Haus in Nida (LT)

Und während sich unsere Praktikantin für das Mann-Museum interessierte und für die kleinen Räucherschuppen, die hinter vielen Fischerhäusern stehen, um die Fangmassen zu konservieren, war ich selber noch unterwegs gewesen, um mir die Folgen des gewaltigen Waldbrandes anzuschauen, der in diesem Sommer auf der Nehrung gewütet hatte, ohne daß Löschflugzeuge eingesetzt wurden. Für die Nehrung und den Bestand an großen und kleinen Tieren eine gewaltige Tragödie, aber nicht anders, als wenn im Yellowstone-Park ein Waldbrand als Naturereignis betrachtet wird und die Ranger dort auf die regenerative Kraft der Natur selbst setzen anstatt zu löschen.....

Später auf der Rückfahrt nach Riga hatten wir ausreichend Zeit, uns über den Großbürger Thomas Mann aus der alten Hansestadt Lübeck zu unterhalten, der hier „am ostpreußischen Rande der Welt“ Land gepachtet und ein Sommerhaus erbauen ließ. Eigentlich war hier wohl sein Entschluß zur Emigration in die Schweiz gefallen, denn nebenan in Königsberg war der Nazi-Terror ja genau während seiner Sommer in Nida voll ausgebrochen. Hätte Thomas Mann geahnt, daß der Ober-Nazi Göring bald darauf sein Haus in Beschlag nehmen und als Jagdhütte mißbrauchen würde, hätte er es vielleicht vorher abgefackelt (so meine These).

Große und kleine Wissenschaft

Wer dem historischen Wert der multikulturellen Religionsgeschichte der baltischen Länder oder ihrer mythologischen Literatur nicht viel abgewinnen mag, kann den Akzent leicht auf Kunst und Künstler und andere Intellektuelle setzen bei seiner entwicklungsgeschichtlichen Spurensuche. Allerdings gibt es auch besonders im 19. Jahrhundert im deutschbaltischen Raum ausreichende wissenschaftliche Spuren. Nur werden die praktisch immer mit Deutschland und nicht mit den baltischen Ländern verknüpft. Etwa Jakob von Uexküll, Biologe mit baltendeutscher Abstammung aus dem estnischen Dorpat (Tartu), der am Ende des 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Deutschland für viel kontroverse Fachdiskussionen sorgte, u.a. weil er als erster klar unterschied zwischen biologischer Umgebung und biologischer Umwelt. Letztere ist für Uexküll „mit Bedeutung aufgeladene selektive Wahrnehmung von Umgebungselementen“. Solche Debatten wurden in Heidelberg oder Berlin fortgesetzt, weniger in Riga oder St. Petersburg und müssen heute nicht nur im Baltikum wieder neu entdeckt werden.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ARBEIT IM BALTIKUM AB 2004

Annäherung an etwas, das es gar nicht gibt

Noch bevor mein Vertrag mit der GTZ in Kolumbien ausgelaufen war, hatten die üblichen Verhandlungen über die Rückkehr in die Zentrale der Friedrich Ebert Stiftung oder für einen erneuten Auslandseinsatz stattgefunden. Ich besaß das Anrecht auf die vorherige Referententätigkeit in Bonn. Die hätte ich durchaus gerne wieder ausgeübt, zumal ich das Reißverschlußsystem der FES sehr befürworte: ein paar Jahre drin, ein paar Jahre draußen, um auf keiner Seite die Bodenhaftung zu verlieren. Mein Abteilungsleiter weigerte sich allerdings, mir auch wieder die Rolle des Umweltbeauftragten der FES zu übertragen (obwohl diese Funktion seit meinem Weggang nach Kolumbien nicht wieder besetzt worden war; allerdings drifteten unsere Vorstellungen über die FES-Umweltpolitik weiterhin auseinander). Ohne eine solche inhaltlich anspruchsvollere Zusatzaufgabe interessierte mich auch die Referententätigkeit erheblich weniger. Der Chef bot mir alternativ die FES-Vertretung in einem der mittelamerikanischen Länder an. Die zurückliegenden Jahre in Südamerika hatten mich allerdings zu sehr desillusioniert, was die politische Wahrnehmung der Region durch die deutsche Außenpolitik angeht. Weder das Außenministerium noch die zuständigen Ausschüsse im Bundestag noch die internationalen Sekretariate der großen deutschen Parteien und ebenso wenig der DGB wollten die Zukunftsorientierung Lateinamerikas wahrnehmen und darauf rechtzeitig reagieren. Denn: Lateinamerika richtet sich immer stärker auf Asien aus, versteht sich immer deutlicher als Anrainer-Region des Pazifischen Beckens. Und Europa liegt nun mal nicht am Pazifik. Folglich entfernen sich beide, Europa und Lateinamerika, tendenziell voneinander – es sei denn, man betreibt eine aktivere Politik, um die Beziehung zu Lateinamerika nicht den USA oder den Chinesen allein zu überlassen....

Deshalb wollte ich also nicht zurück in die sonst so geliebten Latino-Länder. Ich fragte in der zweiten internationalen Abteilung der FES, in der Abteilung „Internationaler Dialog“ nach, ob in ihrem Osteuropa-Portefeuille keine sinnvolle Einsatzmöglichkeit in Aussicht stünde. Und tatsächlich war die Stelle des Koordinators für die drei baltischen Länder mit Sitz in Riga ab 2004 neu zu besetzen. Das paßte hervorragend, da ich im Herbst 2003 aus Kolumbien zurückkommen würde und dann noch ein bißchen Zeit zur Vorbereitung auf das Baltikum blieb. Bis dahin waren mir Geschichte und Geschichten zwischen Spaniern und den Hochkulturen von Azteken über Mayas bis hin zu den Incas sehr vertraut. Jetzt mußte ich mich über Zufallslektüre, wie Mankell und Hueck-Dehio, hinaus sehr schnell auf die Welt einlassen, die noch in der Schulzeit hinter einem dicken eisernen Vorhang verborgen gehalten wurde – auch von unseren Lehrern, die hier zum Teil als Soldaten unterwegs gewesen waren. Da hängen nebulös verschwommene alte Städtenamen, wie Reval und Dorpat in der Luft. Diese Bilder im Kopf existierten vor allem, weil mein Banknachbar auf dem Oberhausener Gymnasium und ich, beide, sehr interessiert an Geschichte und Geographie waren und die langweiligen Lateinstunden immer (!) nutzten, um mit ein paar Punkten und krummen Linien eine Landkarte auf ein Stück Papier zu zaubern und der andere

mußte jeweils erkennen, welches Land, welche Städte, welche Flüsse gemeint waren. Das heißt, ich trug genau dieses gestrichelte Baltikum-Bild im Kopf.

Zurück in Kolumbien mußte und wollte ich mich für das letzte halbe Jahr voll auf die Absicherung der großen, aber sehr unterschiedlichen umweltpolitischen Projekte konzentrieren, wie sie im Band „Arbeit – Abenteuer – Wirkung?“ von 2014 beschrieben sind.

So blieb es zunächst bei meinen wenigen Einblicken ins Baltikum. Die sind schnell aufgezählt: gerne hatte ich den Krimi von Henning Mankell gelesen, *Hunde von Riga* aus dem Jahr 2000. Später stellte ich dann fest, daß Mankell nicht nur die Tatorte in und um Riga treffend skizziert hatte, sondern auch viel von der verschatteten sozialen und politischen Atmosphäre in Lettlands Hauptstadt in seinem Roman einzufangen wußte. Der Schwede bringt darin die ganze Düsternis unmittelbar nach der Unabhängigkeit Lettlands um 1991 zu Papier, aber so als sei die Stalin-Zeit noch höchst aktiv und gegenwärtig. Nach der Lektüre hätte mich besser niemand gefragt, ob ich in diesem Land für eine westdeutsche politische Stiftung arbeiten möchte. Aber eine solche Frage hätte ich auch von keiner Seite erwartet.

Das zweite Buch war das von Ulrich Knellwolf: *Auftrag in Tartu*. Auch ein politischer Roman, der aber einige Jahrzehnte früher spielt, nach Ende des Zweiten Weltkriegs und sich um die estnischen und lettischen Widerständler gegen die russische Okkupation dreht, die sogenannten *Waldbrüder*.

Nationalpartisanen

Am 10. Dezember 1944 wird die Vereinigung lettischer Nationalpartisanen LNPA (*Latvijas Nacionālo partizānu apvienība*) gegründet, die auf der Grundlage der Verfassung der Republik Lettlands operiert. In den Statuten der LNPA ist als oberstes Ziel der bewaffnete sowie politische Kampf um die Erneuerung des lettischen Staates bzw. die Liquidierung des Okkupationsregimes festgelegt. Auch die zahlenmäßig große (bis 1000 Mann) und in Divisionen eingeteilte Partisanenorganisation Vereinigung der Vaterlandsverteidiger (Partisanen) LTS(p)A fordert zum Widerstand mit der Waffe bzw. mit im Sinne christlicher Moral erlaubten Mitteln gegen den Bolschewismus auf. Im November 1945 verständigen sich LNPA und LTS(p)A auf eine gemeinsame Vorgehensweise. Obgleich beide Verbände 1945/46 infolge der Aktivitäten des KGB schwere Verluste hinnehmen müssen, kämpfen noch im Oktober 1953 mindestens 49 Partisanen in den Operationsgebieten.

Text im lettischen Okkupationsmuseum, Riga

Was allerdings weder Mankell noch Knellwolf wiedergeben konnten, waren die persönlichen Erfahrungen von Zeitzeugen, die mit analytischem Blick zurück schauen, um mit dieser Erfahrungen nach vorn zu blicken: ³

ESTLAND, Soziologin **Marju Lauristin**:

Rückblick:

"Ich erinnere mich sehr gut an den 23. August 1989, denn ich war die Erste in der baltischen Menschenkette. Ich musste auf den 'Langen Hermann' klettern. Das ist ein mittelalterlicher Turm hoch oben in der Altstadt von Tallinn, direkt hinter dem Parlament. Aus dem Radio tönte die Stimme des Vorsitzenden unserer estnischen Volks-front. Es war genau 19.00 Uhr. Als er verstummte, entrollte ich unsere estnische Fahne in weiß, blau und schwarz und rief das Wort 'Freiheit'. Daraufhin begann die ganze Kette 'Freiheit' zu rufen und aus dem Radio ertönte ein Lied." Während sie mit aller Kraft die verbotene estnische Fahne hochhielt, sah sie, wie

³ Übernommen aus einem Gespräch zwischen Lauristin und der freien Journalistin Birgit Johansmeier am 26.8.2014

die Menschen unten in den Straßen einander an den Händen fassten und sangen. Die singende Menschenkette reichte sechshundert Kilometer weit: von der estnischen Hauptstadt Tallinn über die lettische Hauptstadt Riga bis zur litauischen Hauptstadt Vilnius. Und in jedem Land wurde im Rundfunk das Lied von den drei Schwestern ausgestrahlt, die am Meeresufer erwachen, um ihre Ehre zu verteidigen. Auf Estnisch, Lettisch und Litauisch.

"Wir konnten jetzt eine eigene Gesellschaft aufbauen, aber niemand hatte eine Ahnung davon, was freie Marktwirtschaft eigentlich bedeutet. Wir hatten zwar ein Bild vom Leben in der freien Welt, weil wir seit 1958 finnisches Fernsehen empfangen konnten. Jeder Este hatte das Gefühl, wir könnten wie die Finnen leben, wenn es nicht das Jahr 1940 gegeben hätte, wenn uns nicht die Sowjetunion besetzt hätte. Also orientierten wir uns an Finnland und führten das Projekt 'tigerlip' ein. Die finnische Regierung hatte bereits 1988 entschieden, eine Informationsgesellschaft aufzubauen, wir machten es ihr nach. Das Logo unseres Programms war ein Tiger, der über den Computerbildschirm springt. Eine Aufforderung an die jungen Leute in Estland, mithilfe der Informationstechnologie internationales Niveau zu erreichen."

Marju Lauristin:

Ausblick:

Wie steht Russland zur EU, wie steht Russland zur NATO? Das ist eine komplizierte Angelegenheit in der Welt nach dem Kalten Krieg. Es ist wichtig, dass wir alle zu-sammen, Estland und die westlichen Länder eine gemeinsame Position ausarbeiten, um die Interessen der baltischen Länder, Osteuropas und Russlands auszubalancieren."

Zwar habe Estland in den Wachstumsjahren mehr gespart, als seine Nachbarn und stehe im Angesicht der Finanzkrise noch nicht vor dem Staatsbankrott. Trotzdem plädiert Marju Lauristin für eine Rückbesinnung auf geistige Werte.

LETTLAND, EU-Kommissarin und Außenministerin Sandra Kalniete; Rückblick:

In der damaligen Sowjetrepublik Lettland war sie mitverantwortlich für den reibungslosen Ablauf der friedlichen Demonstration. Die ausgebildete Kunsthistorikerin hatte in einem Zeitungsaufruf der lettischen Volksfront erläutert, wo sich die Teilnehmer aufstellen sollten. Die Leute kamen zu Fuß oder in Bussen, organisiert von ihren Betrieben oder auf eigene Faust. Kaum zu glauben, meint Sandra Kalniete, dass es ihr gelungen sei, die vielen Menschen ohne Mobiltelefon oder Computer pünktlich zu mobilisieren:

"Noch heute bin ich überwältigt von der großen Bereitschaft der Leute, an unserer Menschenkette teilzunehmen. Die Volksfronten aus Estland, Lettland und Litauen wollten am 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes die ganze Welt und Europa an die geheimen Zusatzprotokolle des Nichtangriffspaktes erinnern. Darin hatten die Sowjetunion und Deutschland Europa unter sich aufgeteilt, und wir drei baltischen Länder sollten wie Finnland unter sowjetischen Einfluss geraten.

Tatsächlich hatten Estland, Lettland und Litauen als einzige Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit nicht zurückbekommen! Was ich in dem Moment wirklich nicht realisierte, war, dass ich Geschichte schrieb."

Sandra Kalniete:

Ausblick:

Heute kann jeder Einwohner einen lettischen Pass erhalten, vorausgesetzt, dass er eine Prüfung in der lettischen Sprache besteht. Trotzdem besitzen bis heute die meisten Russen in Lettland keine lettische Staatsbürgerschaft, kein Wahlrecht. In den Wahlkämpfen der Vergangenheit spielten vor allem nationale Fragen eine Rolle, und Politikern russischer Herkunft begegnete man höchstens als Abgeordnete im lettischen Parlament. Seit dem 1. Juli (2009) hat sich das geändert: Mit dem 33-jährigen Nils Uzakovs zog ein Russe in das Rathaus von Riga ein. Nils Uzakovs:

"Zum ersten Mal in der Geschichte Rigas wurde mit mir ein Russe zum Bürgermeister gewählt. Das war nur möglich, weil uns auch viele Letten ihre Stimme gegeben haben. Das ist neu in der lettischen Politik. Die Leute haben nicht nach der Nationalität entschieden, sie waren von unseren sozialdemokratischen Wertvorstellungen überzeugt. Die habe ich während meines Studiums in Dänemark kennengelernt. Deshalb werden die Sozialämter in Riga wieder auf Russisch informieren. Ich bin Teil einer neuen Generation, die unserer Hauptstadt ein neues Gesicht geben wird."

"Die Letten haben Nils Uzakovs gewählt, weil sie der alten Parteien überdrüssig waren, der konservativen und nationalen. Weil die sich ihrer Meinung nach nur selbst bereichert haben und verantwortlich für die Wirtschaftskrise sind. Aber Nils Uzakovs kennen wir noch nicht. Und er will sich um die Sorgen der kleinen Leute kümmern. Er war der Einzige, der im Wahlkampf über soziale Unterstützung gesprochen hat. Es ging nicht mehr um Letten oder Russen, sondern darum, dass das Leben aller sich verbessert."

LITAUEN, Physiker **Zigmas Vaisvila**;

Rückblick:

In der damaligen Sowjetrepublik Litauen war der Physiker **Zigmas Vaisvila** mit Frau und Töchtern in seinem kleinen Shiguli unterwegs. Wie in Lettland und Estland wollte auch die litauische Volksfront Chaos beim Aufstellen der Menschenkette vermeiden. Trotzdem seien sie völlig unvorbereitet auf den Massenansturm gewesen.

"Dieser 23. August ist für uns ein Tag der Stärke, weil wir der ganzen Welt gezeigt haben, dass wir drei Länder solch eine einzigartige Menschenkette zustande bringen konnten. Aber wir hatten auch große Angst. Denn Moskau hatte die Demonstration am Morgen verboten. Deshalb hatte mich der Vorstand unserer Volksfront beauftragt, einen Aufruf zu verfassen. Sollte Moskau mit Gewalt gegen unsere Kette vorgehen, hätte ich ihn veröffentlichen müssen. Es kam zum Glück nicht dazu. Dass uns die Menschenkette vielmehr in die Freiheit führen würde, haben wir damals gar nicht geahnt."

"Im April 1986 hatten wir durch Tschernobyl eine Lektion erhalten. Und die stärksten Reaktoren des sowjetischen Typs standen gerade bei uns hier in Ignalina. Wir protestierten und verlangten das Atomkraftwerk zu schließen. Immerhin gelang uns noch im Sozialismus, den Bau des dritten Reaktors zu stoppen."

Zigmas Vaisvila:

Ausblick:

Nach der Unabhängigkeit zwangen wir unsere Politiker Schritt für Schritt, auch die beiden bestehenden Reaktoren zu überholen und die Sicherheit zu erhöhen. Schweden hat uns geholfen, die Weltbank hat uns geholfen, wir haben es ge-

schaft. Jetzt haben wir die Sicherheit verzehnfacht und ich sehe keine wirkliche technische Notwendigkeit, Ignalina abzustellen. Denn wir haben keine Alternative, wenn wir uns nicht wieder dem Einfluss Russlands aussetzen wollen. Ohne 'Ignalina' würden wir doch völlig abhängig von russischen Stromimporten sein." "Wir sind heute an einem Scheideweg, wie vor zwanzig Jahren. Diesmal geht es um moralische Werte. Was ist wichtiger, eine pragmatische Politik oder eine Orientierung an überlieferten Werten? Da gibt es die litauische Firma Energios Realisatios Santras. Sie wurde von zwei Brüdern gegründet, beide sind Abgeordnete, einer ihrer Söhne sitzt im Aufsichtsrat. Diese Firma hat von unserer Regierung das Monopol für den Im- und Export von Strom erhalten und wird jetzt von einem Aktionär aus Russland kontrolliert. Darüber wurde öffentlich gesprochen, aber kein Abgeordneter, kein Minister hat protestiert. Niemand. Es hat im Sozialismus lange gedauert, bis wir uns gewehrt haben. Zugleich geben wir im Moment Russland alle Instrumente in die Hand, um uns wieder politisch zu beeinflussen."

Später, als ich selber oft genug mit Menschen aus den drei Ländern vor Ort sprechen konnte, habe ich allmählich die Verwunderungen, die latenten Ängste, die Hoffnungen und den Änderungswillen aus der Mitte der Gesellschaft nachvollzogen. Tartu war dafür ein wichtiger Stolperstein. Hier konnte ich die Bedeutung auch gerade der Kommentare von Marju Lauristin nachvollziehen. In ihrer Stadt ließ sich die Bedeutung dieser intellektuellen Hauptstadt Estlands begreifen; die Bedeutung, die die Universität von Dorpat, wie Tartu über Jahrhunderte bei den Deutschen hieß, über Estland hinaus für das Baltikum besaß; auch der Stellenwert der theologischen Fakultät, die in dem Roman von Knellwolf eine wichtige Rolle spielt. Dorpat, die östlichste ideologische Bastion des Westens gegenüber Russland. Und dann steckte mir eine gute Bekannte bei Gelegenheit einen ziemlich abgewetzten Schinken zu, den sie - jetzt ältere Dame - als junge Frau von ihrem Vater übernommen hatte. Darin stand die baltendeutsche Elite von Dorpat / Tartu im Mittelpunkt, und zwar unmittelbar vor Ausbruch und während des Ersten Weltkriegs. Die Autorin - Else Hueck-Dehio - stammt selber aus Dorpat, war also selber Baltendeutsche und beschreibt in ihrem Roman *Liebe Renata - Geschichte einer Jugend in Estland* ihre eigene Oberschicht-Wahrheit in diesen letzten Jahren der deutschen Dominanz. Eine Dominanz, die noch vor dem Jahr 1200 mit den Eroberungszügen der Hanse-Kaufleute, der Zisterzienser und des Deutschen Ordens und natürlich der katholische Kirche begonnen hatte und auch unter zwischenzeitlicher schwedischer Herrschaft oder unter den russischen Zaren nie wirklich eingeschränkt war. Diese wenigen Bücher, die am Beginn meiner baltischen Zeit standen, besitzen eine je eigene Authentizität und ich merkte später, daß es durchaus gut war, diese Zufallslektüre gelesen zu haben.

Der Roman von Else Hueck-Dehio ist ein Mädchenroman über die Jahre des Flüggewerdens in äusserst privilegierter Stellung. Kommt bei mir eher selten als Lektüre vor. Aber einige wenige Stellen lohnten unter kultur- oder entwicklungsgeschichtlichem Gesichtspunkt. Mir sind besonders zwei Abschnitte haften geblieben. Der eine, zum Johannisfest, das auch heute noch seinen hohen Stellenwert in Estland und Lettland besitzt. In dieser Nacht vom 23. auf den 24. Juni ist wortwörtlich das ganze Land unterwegs, um sich mit Freunden an einem der hunderte von Johannisfeuern zu treffen. Hier schlägt die estnische Dichterin eine Saite an, die in älteren, aber auch jüngeren Balten noch immer klingt, eine Mischung aus vorchristlichem Brauchtum, aus Mythen, die

immer neu durch die Nebelnächte der Moorlandschaften entstehen, aus naturreligiösen Interpretationen zu dieser kürzesten aller Nächte im Jahr. Nicht umsonst heißt die Hälfte aller Männer in Lettland, die dann 9 Monate später geboren werden, Janis.



Johannisfeuer

(aus Liebe Renata :)

"Auf der
»Perraferschen
Höhe« war der
Holzstoß für das Jo-
hannifeuer
aufgerichtet. Seit

Tagen hatte sich die ganze Gutsjugend, vom jüngsten Knechtskind an bis hinauf zu den Jungherren Alex und Klaus und dem russischen Sommerlehrer Boris (genannt »die Sommerplage«), daran beteiligt, Reiser, alte Bretter, Baumstümpfe und schließlich ganze Bäume zusammenzutragen. Mit heißer Mühe war der Scheiterhaufen übereinander getürmt worden, und nun stand er da und schaute von seiner vorspringenden Höhe weit über das Meer. Aus seiner Mitte ragte die Teertonne auf einem Fichtenstamm in die Luft, sie sollte ihre Flamme wie eine Fackel über die Glut des Feuerstoßes hinausschwingen. Der Gutsschreiner war dabei, Bänke und Tische für das abendliche Fest aufzuschlagen. Seine Frau schmückte den Platz mit jungen Birkenbäumchen. (S.96/97)

»Wissen Sie eigentlich, was in der Johanninacht alles vor sich geht?« Olav antwortete: »Ja, ich denke, die Menschen zünden Feuer an, es wird getanzt und getrunken, und schließlich wandert man, allein oder zu zweien, je nach Charakter schwankend oder steil aufgerichtet, nach Hause.« Renata nickte und warf ein Steinchen ins Wasser. »Das haben Sie sehr nüchtern geschildert«, sagte sie. »Ich meine aber, warum wir diese Nacht feiern?«...

Er antwortete langsam: »Hm, wir feiern den Geburtstag Johannes des Täuflers.«

Renata seufzte: »Natürlich, der typische Theologe! Er weiß wieder einmal nichts. Denn das mit Johannes dem Täufer ist ja nur eine fromme Legende. Aber sehen Sie sich den Himmel einmal an! Ist er in dieser Nacht auch nur einen einzigen Augenblick lang dunkel gewesen? Nein, er ist es nicht, und wie Sie wahrscheinlich selber bemerken, fängt er jetzt schon wieder an, sich im Nord-Osten ganz leise rosig zu färben. Sehen Sie, wie das Meer, der große Spiegel, errötet?« »Tatsächlich«, murmelte Olav belustigt, aber er sah keineswegs das Wasser an, sondern ganz allein die erfreuliche Linie von Renatas Kinn und Hals. Indessen fuhr sie fort: »Das kommt nun daher, weil das Abendrot und das Morgenrot zwei Fürstenkinder sind, Koit und Ämarik. Sie lieben sich – « »Gibt es das?« fragte Olav.

.....

»Oh, es geschieht aber noch viel mehr in der Johanninacht«, fuhr Renata unbeirrt fort.

»Zum Beispiel sitzt der Teufel heute auf dem Wegweiser am Kreuzweg und weist jeden, der vorbeikommt, in eine falsche Richtung, ins Moor, auf einen Holzweg oder zum Gesinde

seines größten Feindes ...« »Das kommt, weil die meisten Männer heute zu viel getrunken haben«, bemerkte Olav sachlich. »Sie Rationalist«, stöhnte Renata, »und dabei wollte ich Ihnen doch noch von den sieben Kräutern erzählen ...«

»Wir wollen noch einmal alle übers Feuer springen«, schlug Andreas vor. Er nahm Isa bei der Hand und wartete auf die Kolonne, die sich hinter ihm bildete.

Der Harmonikamann mußte einen Tusch nach dem anderen spielen, und jedesmal flog eines der Paare, Funken und Asche aufwirbelnd, über den Rest des Feuerstoßes.

Als sie das Feuer dicht vor sich sah, schien es ihr reichlich hoch und breit, aber sie wäre lieber gestorben, als in diesem Augenblick zu zögern. Sie schloß die Augen, fühlte einen heißen Hauch an ihren nackten Beinen, dann knirschten die Sohlen auf verkohltem Holz, Olavs Hand zog sie weiter, und im nächsten Augenblick stand sie wieder auf dem guten, kurzen Rasen. Lachend sah sie in Olavs Gesicht.

»So, Kinder, jetzt dürft ihr alle mal wieder um etwas Regen beten«, sagte Frau von Hoerner beim Abschied, »jetzt ist euer Johanniabend ja vorüber.« ... (S.104-106)

Eine zweite Stelle in "Liebe Renata" ist eine weit kürzere Skizze eines baltendeutschen Guts, wie sie über Jahrhunderte und viele bis zum Ersten Weltkrieg als deutscher Besitz bestanden.

Ein baltendeutsches Gut bis zum Ersten Weltkrieg: (aus Liebe Renata :)

"Ulla ließ es sich nicht nehmen, Olav an diesem Nachmittag ganz Perrafer »und alle umliegenden Ortschaften« zu zeigen. Sie begann mit dem Loch in der Parkmauer, dann kam der Birkenweg, das Gutshaus, der Jagdhund Ajax, die Ställe, die Koppeln mit ihren Stuten und Fohlen, die hundertundfünfzig schwarzweißen angepflockten Kühe, der Bulle, der die blutunterlaufenen Augen rollte, die Brauerei, in deren Umkreis es stets süßlich nach Malz roch und hinter der ganze Wälder von Brennesseln wuchsen, die Wassermühle mit ihrem Kühlung rauschenden Rad, und schließlich der Damm und das Staubecken." (S.99) dazu läßt sich ergänzen: ein Sägewerk und eine Schreinerei und nicht selten Obstplantagen und eine immer einträglicher werdende Schnapsbrennerei.

Der Dichterin geht es nicht um Wirtschaftsgeschichte in ihrem Roman. Dabei ließe sich über dieses Thema ein hochinteressanter Teil der livländischen Entwicklungsgeschichte aufrollen. Denn diese baltendeutschen Güter tragen in sich den Kern einer Dorf- oder Gemeindegründung und dieser Zusammenhang ist heute an vielen Stellen im Baltikum sichtbar. Der Kern eines solchen Gutes kann die Form, wie in Straupe (LV) besitzen und dann gehört auch eine vergleichsweise mächtige Kirche zum Komplex. Diese Gutshöfe wurden die Pfeiler, auf denen eine besondere Gruppe von Kreuzfahrern eine ganz neue Schicht deutschen Landadels errichtete. Es waren Adelige aus Westfalen und Niedersachsen, denen der lange Ritt über die Alpen ins Heilige Land zu lang und zu gefährlich war. Ihr Marsch ins *Marienland*, wie Livland zunächst noch hieß (daher überall die neugegründeten Marienburgen) war vom Papst schließlich als Kreuzzug mit allen Privilegien anerkannt. Die durch diesen Kreuzzug entstehende Schicht baltendeutscher Großgrundbesitzer wurde und blieb über die folgenden Jahrhunderte eine außerordentlich konservative Oberschicht. Sie hielt an der Leibeigenschaft bis ins 19. Jahrhundert fest und wurden daher als „Ordnungshüter“ auch dann noch in ihrer sozialen und ökonomischen Rolle belassen, wenn das Gebiet zwischendurch den Besitzer wechselte (Polen, Schweden, Russen). Der baltendeutsche Landadel, dessen Zusammenbruch die junge Renata erlebt, war

über mehr als 700 Jahre Herr im baltischen Haus.

baltendeutsch:
Schloß Straupe
(LV)

Je tiefer diese Gutsherren in den überregionalen Handel eingebunden wurden, desto stärker entwickelte sich die Notwendigkeit der Qualitätsverbesserung und der Spezialisierung bei der Verarbeitung ihrer



selbst produzierten Waren. Und je mehr Menschen ihre Existenz an das Gut banden (binden mußten), desto weniger von ihnen konnten in den Gutsgebäuden selber fest wohnen. Etwas abseits vom Gut entstanden die neuen, einfachen Häuser der Landarbeiter, des Dorfschmiedes, eines Arztes oder Heilers, eines Schreiners und Möbelbauers, eine Kapelle, aus der dann bald eine einfache Dorfkirche wurde und von der Hofbrauerei bis zur Dorfkneipe war es auch nur noch ein kleiner Schritt. Diese Entwicklung half allerdings nicht, die Klassengegensätze zwischen der Gutsherrenfamilie und den Dörflern abzubauen. Das wird sehr deutlich in Beiträgen aus der Zeit der Aufklärung, besonders in Schriften von Garlieb Helwig Merkel (*"Die Letten - vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts"*).

Noch trug ich das gestrichelte Baltikum-Bild aus den langweiligen Latein-Stunden im Kopf und versuchte mein Baltikum-Bild durch die Zufalls-Romane auszufüllen. Ein konturenreiches Bild, aber mehr als lückenhaft in dem Moment als alle Beteiligten sich entschieden, daß der nächste FES-Koordinator im Baltikum Elmar Römpczyk heißen würde.

Um was soll es eigentlich gehen?

Drei Monate Vorbereitungszeit in Deutschland, vor allem in Berlin und ein bißchen Brüssel. Danach versuchte ich, am Jahresende 2003, mir die vielen Informationen und Hinweise und Empfehlungen in eine Skizze zu pressen. Am Wirrwarr dieser Skizze wollte ich mich zunächst orientieren, wenn jetzt bald die Fragen aufkamen, welche Institutionen, Programme und welche Partner könnten für unsere Arbeit im Baltikum wichtig sein und welche Wege könnten wir in den nächsten Jahren zusammen mit ihnen gehen, wenn sie jetzt bald EU-Mitglieder wurden.

Mit meinen Kollegen und Vorgesetzten in der Berliner Zentrale saßen wir zusammen, um meine komplexe Baltikum-Matrix zu diskutieren. Aber auch mein Abteilungsleiter verspürte nicht den ganz großen Drang, den komplexen Wirrwarr zu entschlüsseln. Man hoffte sehr, ich würde damit schon zurechtkommen. Und ich hoffte es auch..... Aber die Kollegen versuchten dennoch, einen Schritt weiterzukommen und fragten ganz schlicht: Um was soll es eigentlich gehen? Und ich versuchte, den Rahmen meiner Arbeitsschwerpunkte darzulegen, ohne schon genügend Details der baltischen Politiken und der Profilierung der gesellschaftlichen Akteure zu kennen. Es waren die Themen, die mir aus deutscher-europäischer Sicht wichtig für die baltisch-europäische Entwicklung schienen. Also auch sehr viele lessons learnt aus anderen Kulturkreisen, die sich in meinem Gepäck angesammelt hatten und die ich mitnehmen wollte. Sie würden sich an der Realität jedes der drei baltischen Länder reiben und würden bestimmt korrigiert werden müssen.

- **Es soll gehen um reale Lebensqualität**, nicht die der Video-clips. Nicht das Bisherige besser machen, sondern das *Gesellschaftliche Projekt* mit den gemachten Erfahrungen der vergangenen 50 Jahre neu denken und die Prioritäten umstellen. Manchem wurde die Dringlichkeit dieser Zielsetzung erst durch die **Große Krise ab 2007-2008** deutlich, dem systemischen Signal zur ernsthaften Umstellung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Im Deutschen Bundestag wurde sogar 2013 noch an „das umfassende und systematische Rechenwerk“ erinnert, „mit dem „die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft mit Hilfe der Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Einkommen, Konsum, Sparen, Investitionen, Vermögen, Steuereinnahmen und Staatsausgaben in konsistenter Weise dargestellt (wird). Damit bildet das BIP die materiellen Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung ab.“⁴

Aber zuwenige Beobachter und Leidtragende der Großen Krise akzeptieren, daß „Wohlstand“ und „Fortschritt“ viel mehr sein müssen als nur am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessenes Wirtschaftswachstum. Denn BIP verschleiert, wovon die Zukunftsfähigkeit der deutschen wie der baltischen Gesellschaften gleichmaßen abhängt: Gesellschaftliche Mitbestimmung (Rechte von Bürgerinitiativen, Plebiszite), Erhalt intakter Naturräume (Öko-systeme, Artenvielfalt, gesunde Nahrungsmittel), keine weitere Klimabelastungen (Gesundheit erhalten, Katastrophen verhindern).

Unter „ernsthaft“ verstehe ich auch weiterhin die Bereitschaft zum Wandel bei den staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren der Gesellschaft. Im Gegensatz zu der Filibuster-Politik, mit der sich die Krisenmanager seit 1992 (seit dem Rio-Gipfel) von einem Krisengipfel für den nächsten verabreden und dabei einen Aktionsplan nach dem anderen für die Mülltonne produzieren. Dafür ist die Endlos-Serie der **Klimagipfel** nur ein beredtes Beispiel: 1994 trat die Klimakonvention in Kraft. Als sich die 190 Mitglieder der Vertragsstaatenkonferenz (höchstes Gremium der

⁴ *Jenseits des Bruttoinlandsprodukts? Kritik am BIP als Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand*, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13300 17. Wahlperiode 03. 05. 2013
Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“

Klimarahmenkonvention) Ende 2014 in Lima trafen, war es schon der 20. globale Klimagipfel, bei dem wieder über die Seriosität der Weltklimaberichte der Vereinten Nationen gestritten wurde – mit dem obersten Ziel, keine eindeutigen Klimaschutzziele für die einzelnen Weltregionen zu vereinbaren. Die Weltgemeinschaft der Staatenvertreter ist offensichtlich mit ihrer Sisyphus-Arbeit zufrieden und ausgelastet und hat kein Problem mit den immer weiter steigenden Klimabelastungen, die durch die 2,6-fache Übernutzung der Erdball-Kapazität durch die modern industrielle Lebensweise eingetreten ist.⁵

Um was es damit auch geht - auch in den baltischen Ländern -, ist die geradezu kriminelle Grundhaltung maßgeblicher Industrieland-Regierungen, die nicht nur ihre Zusagen zum Klimaschutz nicht einhalten, sondern oft genug vor solchen Klimagipfeln sogar noch zurücknehmen, weil sie sich dem Druck ihrer Energie-Lobbyisten allzu leicht beugen (Kopenhagen 2009, Warschau 2013). Es geht also darum, das Fehlverhalten der gewählten Regierungen in seinen Konsequenzen für die Gesamtgesellschaft zu verdeutlichen und die Zivilgesellschaft als Akteur des Wandels zu stärken. Im Ostseeraum bot besonders der Klimagipfel in Warschau 2013 den Beleg für eine extrem bürgerfeindliche und naturschädigende Grundhaltung: zwar war Canada wegen seiner Teersande bereits vor dem Warschau-Gipfel aus den extrem niedrig angesetzten Kyoto-Protokoll ausgetreten. Zwar hatte Australien wenige Wochen vor Warschau verkündet, dass seine ohnehin schwache Klimagesetzgebung abgeschafft wird. Zwar hatte Japan – mit Verweis auf Fukushima – während des Warschau-Gipfels eine Absenkung seiner Klimaschutzziele angekündigt, wodurch selbst die USA bei diesem Gipfel 2013 noch mit vergleichsweise sanfter Kritik davonkamen.

Aber die gastgebende polnische Regierung hatte parallel zum Klimagipfel eine internationale Kohlekonferenz organisiert, um zu verdeutlichen, daß ihr auf jeden Fall die polnische Kohle wichtiger war als sich um die Absenkung der Klimagase zu bemühen.

Was bei umwelt- und klimabewußten Bürger – auch im Baltikum - die Verachtung der EU-Institutionen anschließend weiter anwachsen ließ (und bei den Europawahlen im Mai 2014 deutlich wurde) war die Tatsache, daß ausgerechnet der bisherige polnische Regierungschef Tusk 2014 zum Präsidenten des Europäischen Rates bestimmt wurde – also derselbe, der den Klimagipfel in Warschau vor die Wand gefahren und der UN-Gemeinschaft damit eine deftige Ohrfeige verpaßt hatte. Polens Regierung sah sich dann sogar ermutigt, eine Anhebung der EU-Klimaschutzvereinbarungen nur gegen erhebliche finanzielle „Ausgleichszahlungen“ an Polen zu akzeptieren.

„Die Verknappung der sozialen und ökologischen Ressourcen sollte nicht als vorübergehende Krise interpretiert werden, sondern als Spätfolge der vergangenen Prosperität und der gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte. Die einseitige

5 Die Klimaschutz-Verabredung zwischen USA und China im November 2014 ist zunächst auch nicht viel mehr als ein freundlicher Wink hinüber zu den Klimaschützern. Denn Präsident Obama wird nicht einmal für sein unzureichendes Angebot die politische Unterstützung durch den republikanischen Congress erhalten: die USA bieten eine Absenkung ihrer Emissionen bis 2025 im Vergleich zu 2005 um bis zu 28 % an. Der chinesische Präsident Xi Jinping nannte keine konkreten Zahlen, erklärte jedoch, China wolle den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf etwa 20 Prozent steigern

Ausrichtung der Entwicklung, gestützt auf stetiges Wirtschaftswachstum, war Grundlage für die Destabilisierung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Lebensverhältnisse. Zugespitzt formuliert: Der Industrialismus hat begonnen, sich selbst zu zerstören. Die momentane Krise ist schon in den achtziger Jahren in den Entwicklungsländern deutlich geworden. Sie betrifft nun den reichen Nordwesten der Erde, der an die Grenzen seiner Entwicklung gestoßen ist.“ – so resumierte Michael Müller als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag die Lage. Und zwar im Jahre 1994.⁶ Inzwischen war Michael Müller Parlamentarischer Staatssekretär im Umweltministerium (bis 2009) und ist heute Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands. Und immer noch erhebt er seine kritische Stimme, wenn er 2014 die Energiewendepolitik seines Parteivorsitzenden Gabriel kommentiert: "Es rächt sich, dass ein Gesamtkonzept fehlt, und auch, dass der Ausbau der Infrastruktur vernachlässigt wurde. Deshalb muss Schluss sein mit dem "Konsensgesülze".⁷

40 Jahre vor diesen kritischen Anmerkungen hatte der *Club of Rome* in seinem zweiten Bericht „Mankind at the Turning Point“ noch mit leicht optimistischem Unterton seine Botschaft so zusammengefasst: *“The odds seem against man. Yet we are moderately hopeful. The winds of change have begun to blow. A keen and anxious awareness is evolving to suggest that fundamental changes will have to take place in the world order and its power structures, in the distribution of wealth and income, in our own outlook and behavior. Perhaps only anew and enlightened humanism can permit mankind to negotiate this transition without irreparable lacerations.”⁸*

Mit anderen Worten: seit einer Generation wird auf die sich drastisch verschlechternden Lebensbedingungen und die zunehmende globale Ungleichheit der Lebensqualität von politischer wie von wissenschaftlicher Seite hingewiesen; dennoch tragen die maßgeblichen Akteure zu einer immer schnelleren Verschlechterung der Verhältnisse bei. Und die Integration der osteuropäischen Staaten in den westeuropäischen Bund der EU wurde nicht als Chance gesehen, der europäischen Entwicklung eine neue, eine zukunftsfähige Perspektive zu eröffnen (ganz abgesehen davon, daß ich die massenhafte Aufnahme 2004 von gleich 10 unterschiedlichen Staaten in die bestehende EU der 15 für eine übergroße Gefährdung dieser Europäischen Union hielt und heute erst recht halte).

An diesen Fragenkomplex wollte ich also mit meinem baltischen FES-Teram und den neuen baltischen Partnern heran und unser Bestes versuchen.

■ **Es soll gehen** um mehr Lebens-Qualität für mehr Menschen anstelle von Profitmaximierung für wenige Kapitaleigner, und zwar innerhalb der EU und über die „Festung Europa“ hinaus. Damit geht es um den Widerstand gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen ganzer Gesellschaften durch die Beschränkung des Geschäftsmodells großer Konzerne auf reine

6 Übernommen aus dem Referat, das M. Müller im Rahmen einer Konferenz zum Thema „Politik für eine soziale und ökologische Weltordnung“ hielt, die ich als Umweltbeauftragter der Friedrich Ebert Stiftung organisiert hatte; s. E. Römpczyk / F. Schuhmacher: Zukunft der Industriegesellschaft, Bonn 1994

7 Interview vom 15. Februar 2014, in: <http://www.klimaretter.info/herausgeber/michael-mueller/15745-stromtrassen-konsensgesuelze-und-nitrat-im-grundwasser>

8 Mihaljo Mesarovic and Eduard Pestel: Mankind at the Turning Point. The Second Report to the Club of Rome, New York/Rom 1974

Kapitalverwertung - egal welches Produkt dazu beiträgt. Zur Diskussion steht die Beziehungen zwischen den fünf größten Rohstoff-verbrauchenden Volkswirtschaften und dem Rest der Welt, bzw. die Beziehung der 20 größten Verbraucher, zu denen auch Deutschland gehört, gegenüber dem Rest der Welt.⁹ Im ersteren Fall konzentrieren die BRICS-Staaten China, Indien, Brasilien und Russland zusammen mit den USA etwa 54% des globalen Rohstoffe-Konsums auf sich (2008) und die Gruppe der 20 etwa 75% des globalen Rohstoff-Konsums. Wohingegen die 100 Staaten mit dem niedrigsten Rohstoff-Verbrauch zusammen einen globalen Anteil von etwa 1,5% ausweisen.¹⁰

Trotz solcher globaler Verzerrungen zugunsten Nordamerikas und Chinas ließ der Widerstand der Unternehmerschaft gegen Reformankündigungen 2008 nicht lange auf sich warten. So erklärte Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK): "Eine Differenzierung der Steuersätze nach politischen Lenkungszielen führt zu Ungerechtigkeiten, Abgrenzungsproblemen, Verwerfungen und Mitnahmeeffekten. Das kann nicht das Ergebnis nachhaltiger Politik sein." (TAZ, 25.8.2008: Ökologisierung der Ökonomie). Stattdessen sollten die Verbraucher selbst entscheiden. Aber, welche reale Chance hat eben dieser Verbraucher, sich gut zu informieren über artgerechte Tierhaltung oder gentech-freie Kartoffeln und Mais, um sich dann richtig zu entscheiden? Vor allem, wenn die EU-Kommission gerade die Zulassung von gentechnischem Mais (mit indirekter deutscher Zustimmung) auch in der EU beschließt?¹¹ Ich hatte jedenfalls die halbherzige deutsche Politik sehr deutlich vor Augen, die für Länder wie Lettland und Litauen immer auch Orientierungspunkt bedeutet, die aber später im europäischen Gen-Mais-Drama endete:

9 Die Zusammenstellung der Länder kann natürlich auch ganz anders erfolgen. So haben die G8-Staaten - zu denen Deutschland ja auch gehört - in 2008 gemeinsam etwa ein Viertel aller Rohstoffe verbraucht

10 Grafik übernommen aus: Monika Dittrich u.a. (SERI): Green economies around the world ? Implications of resource use for development and the environment, Wien 2012

11 Mit der klaren Abgeordneten-Mehrheit der Großen Koalition im Rücken enthielt sich die Bundesregierung Anfang Februar 2014 in Brüssel ihrer Stimme und ermöglichte damit die Zulassung von gentechnisch verändertem Mais auch für Nahrungsmittel (wobei der Gen-Mais von Monsanto als Futtermittel schon zugelassen war). Aufschlußreich allerdings die Erklärung der SPD zum Thema, kurz zuvor auf ihrem Parteitag im Januar 2014: „Die SPD hatte am Parteitag am vergangenen Wochenende noch gegen eine Zulassung plädiert., erklärte das SPD-Präsidiumsmitglied Ute Vogt nach dem Parteitagsbeschluss. Sie verwies auf den Koalitionsvertrag, in dem sich Union und SPD verpflichtet hätten, „die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen“. Die Bundesregierung müsse die Vorbehalte ernst nehmen und gegen die Zulassung stimmen.“

Die große Mehrheit der EU-Fachminister sprach sich in Brüssel in öffentlicher Debatte zwar gegen eine Anbau-Genehmigung von Genmais 1507 aus. Allerdings kam dabei nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit zustande.

Der umstrittene Genmais 1507 wird mit großer Wahrscheinlichkeit für den Anbau in der EU zugelassen. Damit liegt die Entscheidung nun bei der EU-Kommission. (Süddeutsche Zeitung, 11.2.2014)

das Gen-Mais-Drama in der EU, 2014

Mit der klaren Abgeordneten-Mehrheit der Großen Koalition im Rücken enthielt sich die Bundesregierung Anfang Februar 2014 in Brüssel ihrer Stimme und ermöglichte damit den Anbau von gentechnisch verändertem Mais auch für Nahrungsmittel (wobei der Gen-Mais von Monsanto als Futtermittel schon zugelassen war). Aufschlußreich allerdings die Erklärung der mitregierenden SPD kurz zuvor auf ihrem Parteitag im Januar 2014: „Die Menschen in Deutschland und Europa wollen keine Gentechnik in ihren Lebensmitteln“, erklärte das SPD-Präsidiumsmitglied Ute Vogt nach dem entsprechenden Parteitagsbeschluss. Sie verwies auf den Koalitionsvertrag, in dem sich Union und SPD verpflichtet hätten, „die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen“. "Die Bundesregierung müsse die Vorbehalte ernst nehmen und gegen die Zulassung stimmen.“ Dem schloß sich auch der seinerzeitige Landwirtschaftsminister Friedrich (CSU) voll inhaltlich an.

Gleichzeitig hatte der Agrarausschuß des Europäischen Parlaments die geplante Zulassung von Gen-Mais 1507 des US-Konzerns Pioneer abgelehnt und erklärt, daß die bestehende Europäische Agrarordnung nicht pro-Gen-Mais geändert werden solle. Gleichzeitig hatten mehrerer Hunderttausend europäische Normalbürger einen elektronischen Protest gegen

Gen-Mais 1507 unterzeichnet.

Für die Zulassung von Gen-Mais 1507 bei der direkten Lebensmittelerzeugung hatten sich nur Großbritannien, Spanien und Schweden ausgesprochen. Da die deutsche Enthaltung eben keine Ablehnung war, wurde sie von der Kommission unter dem neoliberalen Vorsitzenden Barroso wie Zustimmung gewertet.



Natur-Mais Vielfalt statt Gen-Mais Einfach

Welcher Normalbürger in der EU kann bei solchen Verfahren noch an Bürgerbeteiligung in den wichtigsten Bereichen des Lebens - Ernährung und Nahrungsqualität - glauben. Vielmehr bewirkt diese Gen-Mais-Entscheidung weiteren Vertrauensverlust in die nationalen Regierungen und erst recht noch größere Distanz gegenüber "Brüssel".

Den größten politischen Widerstand organisieren seit April 2014 parteiübergreifend die Bundesländer. Die Einführung von Genmais in Deutschland ist ein Thema, das für Zorn auf allen Ebenen sorgt: in der Bevölkerung, zwischen Opposition und Regierung, in der

Koalition selbst und in den Ländern. Diese haben darum heute im Bundesrat Front gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen gemacht. Sie verabschiedeten eine - rechtlich unverbindliche - Entschließung gegen EU-Richtlinien, die aus ihrer Sicht den "Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft" in Deutschland untergraben und die Handlungsmöglichkeiten der Länder einschränken.

Obwohl sich in Deutschland etwa 90 Prozent der Bevölkerung gegen die Einführung von Genmais aussprechen und auch die Grünen, Linkspartei sowie SPD und CSU dagegen sind, wird er kommen. Denn die Einführung von Genmais 1507 basiert auf einem EU-Beschluss, bei dessen Abstimmung sich Deutschland aufgrund der Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung enthalten hatte. (Tagesschau.de, 11.4.2014: Genmais kommt, obwohl ihn keiner will)

Allerdings spiegeln sich die großen Widersprüche zwischen „going green“, massivem Lobbyismus und Betrug am Bürger überdeutlich im schon angesprochenen erweiterten Nahrungsmittelsektor – und weisen über die intensiven Spekulationen an Nahrungsmittelbörsen deutlich hinaus. Im Rahmen der „Going Green“-Überlegungen fällt als erstes das Netzwerk der Transnationalen Konzerne im Nahrungssektor in den Blick.



Nahrungsmittelkonzerne, elitäre globale Verflechtung

Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit ganz besonders auf chinesische Konzerne und die chinesische Exportförderungspolitik und reicht bis hin zu den massiven

Gammelfleisch-Skandalen in Deutschland.¹² Eine Green-Economy-Politik muß sich hier gegen das hochaggregierte Netz der Transnationalen Konzerne durchsetzen **wollen**, also gegen Unilever, Bunge, Cargill, DuPont, Procter & Gamble, Monsanto: Eines der sehr konkreten Themen, um die es mir irgendwie auch im Baltikum gehen sollte. Wie - wußte ich zunächst auch noch nicht.

■ **Es muß gehen** um die **Überwindung des „liberalen“ Kapitalismus in Theorie und Praxis**. Dazu gehört eine volkswirtschaftliche Analyse, die die Probleme des „liberalen“ Kapitalismus nicht scheinbar analysiert und behandelt (*ceteris paribus*). Die volkswirtschaftliche Theorie muß sich endlich auf die Ebene der realen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen herablassen. Die Stimmen für die dringende Ablösung des Indikator BIP (Bruttoinlandsprodukt) mehren sich (s.o., S.68). Dennoch ist kaum zu glauben, daß Wirtschaftswissenschaftler, wie Herman Daly, der Begründer der Ökologischen Ökonomie oder Hans Christoph Binswanger und andere jahrzehntlang darauf hinweisen müssen, daß die Standard-Predigten in den Wirtschaftsfakultäten immer weiter einäugige Wirtschaftsstudenten heranziehen. Sie müssen sich mit mathematisch verbrämten Fabeln über die optimale Allokation der Produktionsfaktoren beschäftigen und lernen Sätze über das Spiel von Angebot und Nachfrage, das tendenziell einen Gleichgewichtszustand anstrebt und hören Glaubenssätze über den Markt als bester Ort vollkommener Konkurrenz. Die Studenten müssen sich aber viel zu selten damit auseinandersetzen, daß Energie der entscheidende Produktionsfaktor geworden ist, daß Manipulation und Psychologie in unglaublichem Maße als Produktionsfaktoren eingesetzt werden, um das imaginäre Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage systematisch auszuhebeln.¹³ Immerhin sprach der Generalsekretär der OECD bei ihrem Jahrestreffen 2014 davon, daß das BIP nicht mehr der einzige Gradmesser für Wohlstand und Glück sein könne - man müsse zum „inclusive growth“-Konzept übergehen. Damit sollen auch die Qualität der Arbeit, der Bildung, der Gesundheit, sogar der „resilience“, also die Widerstandskraft des einzelnen gegen die Systembelastungen, in die Messungen dieses neuen Wohlfahrtsfaktors einfließen.¹⁴ Und immerhin wurde 2014 dem Franzosen **Jean Tirol** der Nobelpreis für Wirtschaft von der schwedischen Zentralbank verliehen, weil er sich schwerpunktmäßig mit Fragen der **Marktmacht und Regulierung, der Organisation von Unternehmen und Banken** sowie mit den **psychologischen Aspekten des Wirtschaften** und der „**Märkte**“ beschäftigt. Endlich kein neoliberaler US-Wirtschaftswissenschaftler!

12 „Wegen zahlreicher Pestizidfunde in Biolebensmitteln aus China hat die EU-Kommission schärfere Kontrollen angeordnet. ...“; TAZ, 20.8.2013. „Foodwatch: Überwachung von Lebensmitteln unzureichend, weil völlige Transparenz fehlt und Behörden mauern. Industrie gegen Einsicht in Prüfberichte“; TAZ, 13.12.2013

13 H.Chr. Binswanger setzt sich mit diesen Fragen seit Jahrzehnten intensiv und systemkritisch auseinander, z.B. in : Die Wachstumsspirale, Marburg 2013

14 TAZ, 7.5.2014: Die OECD sucht das Glück. Die Umsetzung dieses Vorschlags dauert erfahrungsgemäß Jahrzehnte

Der Normalbürger sieht immer deutlicher, daß die **Prekarisierung** der eigenen Gesellschaft und in den Nachbarstaaten etwas zu tun hat mit einem falschen Verständnis dessen, was in den Augen ihrer Regierungen für die Gesellschaft angeblich von strategischer Bedeutung ist. Insbesondere die schweren Banken-Betrugsfälle werden von den Regierungen behandelt als müssten sie aus strategischen volkswirtschaftlichen Gründen mit den Geldern der Steuerzahler gelöst werden – obwohl gerade durch die unseriösen spekulativen Manipulationen dieser Banken dem Normalbürger und den Kleinunternehmern unendlicher Schaden entstanden ist. Auf die zunehmende Kritik an den mehrheitlich konservativen europäischen Regierungen reagierten einige dieser Regierungen nach 2012 erstaunlich flexibel, wie etwa der konservative finnische Regierungschef Jyrki Katainen: „Der ESM sollte den Banken nur in seltenen, außergewöhnlichen Fällen helfen. Wir müssen den Einsatz öffentlicher Gelder minimieren. In einer Bankenkrise sollten erst einmal die Eigentümer und die Gläubiger der Institute zahlen.“¹⁵ Vor allem aber wandelte sich die Mehrzahl der Normalbürger in Nordeuropa zu Wutbürgern gegen die Machenschaften von Banken und Regierungen in Südeuropa aufgrund des „Krisenmanagements im Finanzsektor“ in Griechenland, Zypern, Spanien, Italien, und ebenso in Irland oder in Deutschland (z.B. bayerische Immobilienbank *Hypo Real Estate* oder Hamburger *Nord-LB*). Diese Wut hat sehr konkrete Vor- und Nachnahmen:

**Neoliberale Marktwirtschaft bedeutet
systemischer Entzug von gesellschaftlicher Wohlfahrt**

Strukturelle Verarmung

Im September 2012 sendete die damalige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen den Entwurf des Armuts-Berichts wie üblich an die Kabinettskollegen. Zu lesen war, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnet - mit möglicherweise dramatischen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Überlegungen wurden formuliert, die Reichen stärker finanziell in die Verantwortung zu zwingen und mit Lohnuntergrenzen einer weiteren Verarmung vorzubeugen. Wirtschaftsverbände reagierten empört, Parteikollegen zeigten sich irritiert und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) legte sein Veto ein. Der Bericht der Ministerin sei "ausdrücklich falsch" und entspreche "nicht der Meinung der Bundesregierung". Das war ein ziemlich einmaliger Vorgang. Doch Rösler setzte sich durch. Der Bericht verschwand zur Überarbeitung. Ende November 2012 lag eine zweite deutlich veränderte Fassung vor. Strittige Passagen waren gestrichen - wie z.B. der Satz: "Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt." Dem Rotstift zum Opfer fiel auch die Analyse: "Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat zugenommen." Dies verletze "das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung" und könne "den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden".¹⁶ Was von solchen Erkenntnissen aus dem reichen Deutschland wird dann als Handlungsempfehlung an die weitaus ärmeren

15 DER SPIEGEL 4/2013: Europa. Fisch ohne Chips

16 (ARD, 15.3.2013: Kabinett entscheidet über Armutsreport. "Possenspiel" oder "normale Ressortabstimmung"?)

baltischen Staaten weitergegeben und wer kann die „harte Hand“ gegenüber extrem unsozialen Regierungen, wie in Griechenland, noch ernst nehmen?

Geldwäsche

Für internationale Verbrechersyndikate wie die Mafia ist Deutschland für Zwecke der Geldwäsche eines der gefragtesten Länder. „Es gibt unglaubliche Geldströme von Italien nach Deutschland“, erklärte Roberto Scarpinato, leitender Oberstaatsanwalt im Anti-Mafia-Pool in Palermo, in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages. Dabei gehe es um Milliardenbeträge. Seine Behörde habe bei Ermittlungen in den vergangenen 20 Jahren allein in Palermo über vier Milliarden Euro sichergestellt. Dass Deutschland eines von der Mafia für die Geldwäsche ausgesuchten Länder sei, hätten auch 45 Kronzeugen in Vernehmungen bestätigt.¹⁷ Was von solchen Erkenntnissen aus dem reichen Deutschland wird dann als Handlungsempfehlung an die weitaus schwächer aufgestellten baltischen Staaten weitergegeben und wer kann die „harte Hand“ gegenüber korrupten politischen Eliten, wie im Baltikum, noch ernst nehmen?

Verschwendung von Steuergeldern

Besonders unzufrieden zeigt sich der Steuerzahlerbund mit Verschwendung und den Fehlplanungen und bei öffentlichen Bauten oder Großprojekten. Egal ob der Pannflughafen Berlin-Brandenburg (Explosion der Kostenplanung zwischen Baubeginn 2006 und vielleicht erfolgreicher Inbetriebnahme 2016: 2 Mrd. € auf über 6 Mrd. €)¹⁸, die Elbphilharmonie oder die neue BND-Zentrale in Berlin: "Alle sind ein sichtbares Zeichen für ein Versagen der politisch Verantwortlichen", kritisiert Reiner Holznapf, Präsident des Bundes der Steuerzahler.¹⁹ Was von solchen Erkenntnissen aus dem reichen Deutschland wird dann als Handlungsempfehlung an die weitaus schwächer aufgestellten baltischen Staaten

17 (heute im bundestag Nr. 460. Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen, Mo, 22. Oktober 2012. 1.Sachverständiger: Mafia wäscht Milliardenbeträge in Deutschland)

18 Der erste Spatenstich für den Hauptstadt-Flughafen BER erfolgte im September 2006. Eröffnung sollte im November 2011 erfolgen. Der Normalbürger in Deutschland mußte sich längst daran gewöhnen, daß weder solche angekündigten Termine einigermaßen eingehalten werden noch die angekündigten Projektkosten (Steuergelder!) auch nur annähernd den tatsächlichen Kosten entsprechen. Der Normalbürger erkennt darin einerseits die Unfähigkeit der politischen Entscheidungsträger, solche Großprojekte politisch zu managen und hegt immer öfter den Verdacht, daß hier nicht nur Inkompetenz im Spiel ist, sondern auch sehr viele Gefälligkeiten ausgetauscht werden und manche Handsalbe. Nach mehreren Terminverschiebungen, einigen Personalwechseln in der politischen Führung des BER-Projekts stand wie hingezaubert der Berliner Regierungschef Wowereit im Dezember 2013 plötzlich wieder als Vorsitzender des Aufsichtsrates im Rampenlicht - obwohl er im Januar 2013 als Hauptverantwortlicher des BER-Chaos vom Berliner Abgeordnetenhaus entlassen worden war. Wowereit erfreute sich keinerlei Sanktionen für ein finanzielles Debakel, das den Normalbürger mehrere Milliarden Euro kostet und einer der größten wirtschaftlich-technischen Skandale *made in Germany* überhaupt darstellt

19 (DER SPIEGEL online, 17.10.2013: Schwarzbuch 2013: Steuerzahlerbund prangert Verschwendung an).

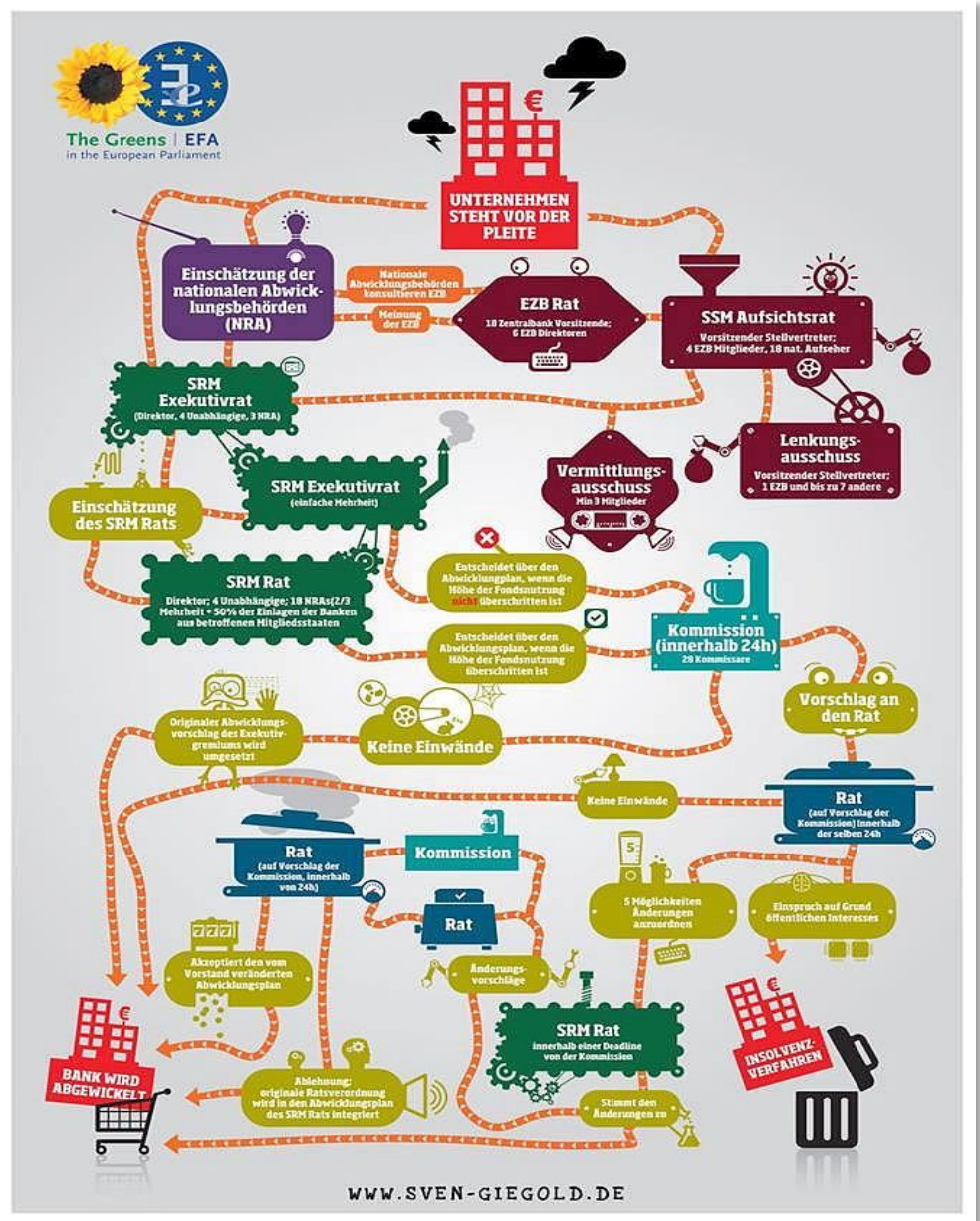
weitergegeben und wer kann die „harte Hand“ gegenüber korrupten politischen Eliten, wie im Baltikum, noch ernst nehmen?

Korruption ²⁰

Corruption alone is estimated to cost the EU economy EUR 120 billion per year, just a little less than the annual budget of the European Union.²¹ The total economic costs of corruption cannot easily be calculated. (Specialised institutions and bodies) suggest that corruption amounts to 5% of GDP at world level.

Die Reaktion der EU-Regierungen auf solchen Bürger-Frust hat der Abgeordnete der Grünen im Europaparlament, Sven Giegold, im folgenden Schema der Bankenrettung für 2014 grafisch erfassen lassen.²²

*gezielter
Wirrwarr
der
europäischen
Bankenrettung*



20 Vgl. auch: EUROPEAN COMMISSION: REPORT FROM THE COMMISSION TO THE COUNCIL AND THE EUROPEAN PARLIAMENT. EU ANTI-CORRUPTION REPORT, BRUSSELS, 3.2.2014 (COM(2014) 38 FINAL)

21 Der Jahreshaushalt der EU-Kommission übersteigt für 2014 die 142 Mrd. €

22 Süddeutsche Zeitung, 30. Januar 2014: Bankenrettung in der EU. Das verrückte Labyrinth

Selbst im Europaparlament wurde der Satire-Charakter dieser Grafik erkannt. Giegolds Grafik beschreibt den Bankenabwicklungsmechanismus SRM (Single Resolution Mechanism). Dabei soll es darum gehen, wie die Banken-Aufsicht innerhalb von 24 Stunden über das Schicksal einer Bank, ihrer Spareinlagen, der Arbeitsplätze entscheidet, ohne das die Märkte in Panik geraten und die Kunden der Bank das Geld absaugen. 24 Stunden sind genau die Zeit am Wochenende, in der auch die Börsen in Amerika und Asien Pause machen. Die Wimmel-Grafik soll nicht zeigen, wie die Bankenrettung funktioniert - sondern dass sie so jedenfalls nicht funktioniert:

■ **Es muß gehen** um die kritische Sensibilisierung für den wichtigsten Zusammenhang unserer Zeit: Monetarismus und freie Marktwirtschaft verstärken die Prekarisierung der Gesellschaft. Seit der Labor-Situation für beide Ansätze in den 1970er und 1980er Jahren in Chile unter General Pinochet sind beide unübersehbar mit militärischer und mit struktureller Gewalt verknüpft. Dabei ist militärische Gewalt noch leicht zu identifizieren. Strukturelle Gewalt verbirgt sich z.B. hinter der Subventionspolitik der EU im Agrarbereich ebenso wie hinter sogenannten Freihandelsabkommen (USA-Lateinamerika (NAFTA); USA-EU (TTIP)) wie auch hinter Internationalen Organisationen vom Typ IWF oder Welthandelsorganisation WTO mit ihren Sanierungsprogrammen und Direktiven.²³

Einige große deutsche NROs machen auf zentrale Schwächen solcher Institutionen, wie WTO, aufmerksam, deren Mitgliedschaft die konservativen Regierungen der drei baltischen Staaten noch vor ihrem EU-Beitritt erreicht hatten: „Die Debatte der UN-Mitglieder im Vorbereitungsprozess zu Rio+20 orientiert sich stark an bestehenden Institutionen und Strukturen, die durch relativ kleine Änderungen ökologischer gestaltet werden sollen. (Die Doha-Runde) unterstreicht nur den Mangel an längerfristigen Konzepten, und nachhaltigen Alternativen zu den vorherrschenden, neoliberal geprägten Wirtschaftsmodellen.“²⁴

Die Integrations- bzw. Erweiterungspolitik des Europäischen Rates und der Kommission haben allerdings alles andere betrieben als eine kritische Auseinandersetzung mit dem längst obsoleten Entwicklungskonzept der EU, das von so viel Korruption und damit verbundenem Lobbyismus und wenig Nachhaltigkeit geprägt ist. Sie verpflichten jedes neue Mitglied auf genau dieses Modell - ob das Basisdokument *Acquis Communautaire* von den neuen Regierungen und Parlamenten gelesen und verstanden wurde oder nicht; ob die neuen Bürger verstanden haben, auf was sich ihre Regierungen einlassen oder nicht...

23 Symptomatisch für das Thema WTO ist die Bilanz des WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo nach der Jahreskonferenz auf Bali (Dez. 2013), der besonders stolz auf die Verabredung war, die bürokratischen Hürden für den globalen Handel abzubauen. In demselben Ergebnis sah der Außenhandelschef des Deutschen Industrie- und Handelstages, Volker Treier, vor allem, daß der globale Handel in dem kommenden 5 Jahren um 60 Mrd. Euro zunehmen werde (TAZ, 9.12.2013: *Historischer Erfolg oder Desaster ?*)

24 Evangelischer Entwicklungsdienst e. V. (EED) und Germanwatch e. V.: Bausteine für die „Green Economy“ in den Trümmern der Doha-Runde?, Berlin/Bonn, 2011

■ **Es muß daher gehen** um die Stärkung der Zivilgesellschaften gegen Willkürentscheidungen der EU-Kommission. Denn

Auch europäische Großbauern haben sich durchgehend den Produktvorschriften der EU-Kommission unterworfen, was gleichbedeutend ist mit dem politischen Kotau der Kommission vor den Lobbyisten der US-Saatgut-Konzerne. Als Symbol dafür stehen die Freihandelsabkommen EU-Canada (CETA) und EU-USA (TTIP). Schon vor Abschluß der Freihandelsverhandlungen schreibt die EU-Kommission genau das als Produktqualität vor, was die Saatgutkonzerne als ihr uniformes Nahrungs-Endprodukt anpreisen. Daher überrascht es nicht wirklich, daß die EU-Kommission den kleinen europäischen Saatzuchtfirmen alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legt, damit deren natürliche Zuchtergebnisse keine Bedeutung für die europäischen Kleinbauern erlangen. Immer mehr Kunden von frischem Gemüse suchen allerdings Alternativen für das in allen Supermarktketten gleichermaßen photogene, wie Nährstoff-arme Gemüse und zeigen immer größere Bereitschaft, auch höhere Preise für Agrarprodukte zu zahlen, wenn sie nur an Vitaminen, an Proteinen, an Geschmack und Duft wieder das geliefert bekommen, was sie aus den Zeiten vor den Designer-Nahrungsmitteln kannten.

Die Kampagnen für freies Saatgut (d.h., natürlich gezüchtetes und nicht von US-Konzernen oktroyiertes) haben daher europäische Dimensionen erreicht und zugleich finden beeindruckende Vernetzungen mit Kampagnen aus anderen Kontinenten statt, alle mit demselben Ziel:

*Europäische
Saatgutbörse in Brüssel
mit großer
internationaler
Beteiligung*

In diese Netzwerke, nicht in die sogenannten sozialen Netzwerke hoffte ich, meine neuen Partner in den baltischen Staaten einbinden zu können.

Denn der große Ärger unter den Normalbürgern

greift weiter aus als "nur" bis zum Genmais oder zum Designer-Saatgut. Der Ärger hat auch andere Sektoren der Ernährungssicherung erfaßt, wie die Meeresfischerei. Und dieses Thema greift unmittelbar bei den Ostsee-Anrainern.



Die Fangregeln für Kabeljau in der Ostsee sind nicht ganz so destruktiv für Europa und die baltischen Staaten, wie CETA und TTIP, aber es reicht. Denn bei dieser Fangregelung wird der Blick auf ganz wesentliche Gesamtzusammenhänge völlig ausgeblendet. Z.B. wurde im Dezember 2013 - wie beinahe jedes Jahr - eine

Aktualisierung der Kabeljau-Fangmenge pro Boot und Fangtour festgelegt. Die Entwicklung des Kabeljau in der Ostsee hängt maßgeblich von den salz- und sauerstoffhaltigen Einspülungen aus der Nordsee ab. Dieses Nordsee-Frischwasser wird aber von den Herbst- und Winterstürmen nur alle paar Jahre in ausreichenden Menge durch die dänische Inselbarriere in die Ostsee gedrückt. Wenn das passiert, "explodiert" die Kabeljau-Population. Die Fischer hieven übervolle Netze aus dem Meer. Da die Schleppnetze sehr schnell vom Meeresboden hochgezogen werden, sterben wohl die meisten Fische durch den zu schnellen Druckabfall und kommen schon tot an Bord. Die Trawler-Mannschaft kann jetzt erst feststellen, daß sie die Fangquote überzogen hat und muß den Überschuß zurückkippen ins Meer. Die Fischer selber sind überaus betroffen, daß sie einerseits ihr Arbeitsprodukt selber wieder vernichten müssen und gleichzeitig massiv toten Fisch ins Meer kippen und damit zu dessen weiterer ökologischer Belastung beitragen. Die Überschußmengen, die zurück ins Meer gehen, werden im Übrigen nicht statistisch erfaßt, nur der angelandete und verkaufte Fisch. Eine Möglichkeit, diesen Unsinn abzustellen, wäre eine saisonale Fangquote pro Boot, die bei guter Saison dann früher erreicht ist als unter schlechteren Bedingungen.


Und dann gibt es da die viel weiter reichenden Implikationen für nord- und westafrikanische „Entwicklungsländer“, für die in der Brüsseler Kommission wie bei den Mitgliedsregierungen noch viel weniger Sensibilität erkennbar ist: Wenn beim Ostsee-Kabeljau eine schlechte Fangsaison befürchtet wird, kauft die EU-Kommission gerne von den westafrikanischen Staaten Fangquoten auf, die an die Ostsee-Fischer weitergegeben werden. Diese senden ihre modernen Boote vor die westafrikanische Küste. Die Schleppnetze räumen dort in den Fischründen ganz anders auf als die einheimischen afrikanischen Fischerboote. Den afrikanischen Fischern wird ihre wichtige Nahrungs- und Wirtschaftsgrundlage durch die europäischen Boote entzogen; sie verarmen. Eines Tages entschließen sie sich zu dem Horrortrip in dieses Europa, um als Wirtschaftsflüchtlinge Asyl zu erbitten. Das wird ihnen in der großen Mehrzahl der Fälle nicht gewährt; tausende von ihnen sterben unterwegs. Gleichzeitig bleibt der allergrößte Teil der europäischen Kompensations-Millionen in den wenigen Händen der westafrikanischen Eliten hängen und trägt nicht dazu bei, in Westafrika alternative Wirtschaftsstrukturen aufzubauen (einschließlich dazu gehöriger Bildung, Infrastruktur, Wertschöpfungsketten...). Für mich ergab sich die Frage: wieviel von dieser Problematik ist schon Bestandteil der gesellschaftspolitischen Diskussionen in den baltischen Gesellschaften. Und: woran kann unsere Arbeit anknüpfen?

Willkürentscheidungen im Regelwerk der EU-Kommission sind Lobbyisten-Erfolge.

Einzelne Bürgerinitiativen und einzelne NROs konzentrieren sich aus guten Gründen auf „ihr“ Thema. Das ist in Deutschland nicht anders als in den baltischen Staaten. Meist ist es ein zentrales Thema, das eine Bürgerinitiative oder eine NRO umtreibt. Allerdings hat die Komplexität der Themen in den letzten Jahren zugenommen. Zugenommen hat parallel dazu die Lobbyarbeit in den Hauptstädten der Industrieländer ebenso wie in der EU-Hauptstadt Brüssel. Erleichtert wurde die massive Lobbyarbeit US-amerikanischer Konzerne gegenüber der EU-Kommission

unter ihrem neoliberalen Präsidenten J.M. Barroso und seinem ebenso Kapitalfreundlichen Nachfolger Juncker. Der Agro-Lobbyismus zugunsten massiver Gentechnik war noch harmlos gegenüber dem Markterweiterungs-Lobbyismus unter dem Titel „Freihandel“ bzw. TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Heute läßt sich wohl der Vergleich anstellen, daß TTIP ebenso viele Emotionen bei den europäischen Bürgern (und einigen amerikanischen) gegen den kommerziellen Imperialismus der USA freigesetzt hat wie bei den ukrainischen Bürgern gegen den militärischen Imperialismus Russlands. Dabei geht es immer auch um die Wirkungen solcher Prozesse. Die Stärkung der nationalen (nationalistischen) politischen Strömungen in vielen EU-Staaten sind auch Folge der TTIP-Geheimdiplomatie der EU-Kommission, ähnlich wie beim Kommissionsentscheid zugunsten gentechnisch veränderten Saatguts und damit zugunsten gentechnischen manipulierter Nahrungsmittel. Die unverantwortliche und nicht mehr nachvollziehbare Zulassung der Lobby-Tätigkeiten von 20.000 professionellen Lobbyisten allein in Brüssel treibt die Anti-Kommissions-Stimmung in den europäischen Gesellschaften immer schneller zur politischen Explosion. Die konservativen und rechtslastigen Stimmengewinne bei der Europawahl am 25.5.2014 waren m.E. noch keineswegs der Höhepunkt der EU-Frustration in Europa. Es gibt zahlreiche weitere Themen, bei denen EU-Bürger befremdet ihren eigenen Regierungen gegenüberstehen wie auch der Kommission. In Deutschland gehört das Thema „Fracking“ dazu. Republikanische Senatoren in den USA nutzen derzeit die prekäre Energiesituation der Ukraine, um ihrem Frackingfreundlichen Präsidenten dringend den Export von Fracking-Gas in die osteuropäischen Staaten einschließlich Ukraine nahezu legen. Die frühere Klima-Kanzlerin Merkel unterstützt diesen energiepolitischen Schachzug durch ihre eigenen pro-fracking-Absprachen mit der polnischen Regierung – in Ergänzung zu ihren eigenen Pro-Atom-Gesprächen mit der litauischen Staatspräsidentin **Grybauskaitė**. Die EU-Bürger, deren Blick durch keine US-Brille getrübt ist, sehen allerdings, daß eine in Wahrheit schon über Jahrhunderte bestehende Partnerschaft mit Russland (teilweise sogar mit der Sowjetunion) für Europa von größerer strategischer Bedeutung ist als die mit den sich selbst überschätzenden USA. Die kritischen EU-Bürger wehren sich daher gegen weitaus mehr als „nur“ gegen TTIP oder Gen-Mais. Sie sind immer stärker auf Distanz zu einer kriegsbesessenen US-Außenpolitik gegangen und einer nicht begreiflichen Abhör- und Spionagetätigkeit der US-Regierungen gegen Deutschland und alle großen EU-Länder sowie weit darüber hinaus (z.B. Brasilien).

Diese Beispiele sind 2015 aktuellste Gegenwart. Aber sie besitzen eine Vorlaufgeschichte und sie betreffen mehr denn je die Zivilgesellschaften. Denn die staatlichen politischen Akteure scheinen längst dem Sireningesang der gut organisierten und gut qualifizierten und gut bezahlten Lobbyisten der großen Konzerne und Banken zu erliegen. Auch in den baltischen Staaten mußte es daher in besonderem Maße um die Stärkung der Zivilgesellschaften gehen.

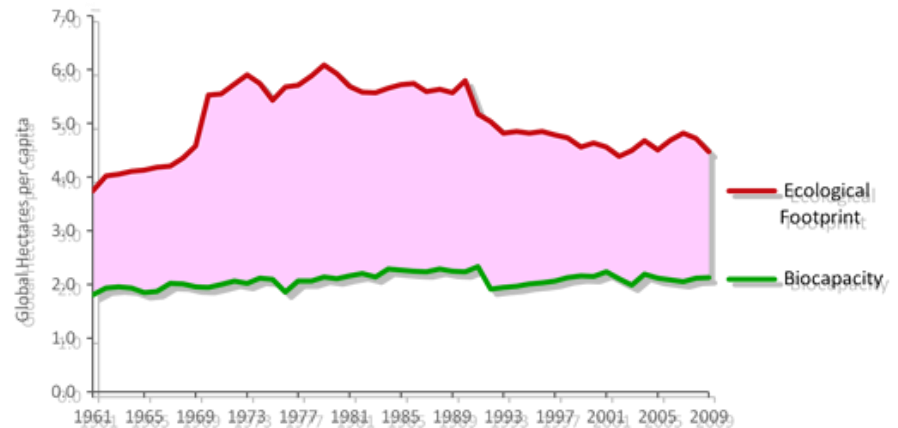
 **Es muß gehen** um die Klärung, wieviel Green Economy ist im Baltikum nötig und möglich und wie läßt sie sich als gesellschaftliches Projekt dynamisieren? Kann sozialdemokratische Politik hierbei hilfreich sein?

Durch die Christdemokratisierung der SPD und die Sozialdemokratisierung der CDU und bei gleichzeitiger politischer Selbstentleerung der Grünen fand eine Kapitalismus-

Kritik per se keinen politischen Widerhall – nicht in Deutschland und erst recht nicht im Baltikum. Als Umweg bot sich das Thema *Ökologische Marktwirtschaft* an (egal, ob das überhaupt möglich ist). Denn die exponentiell gestiegene Nutzung mineralischer, energetischer, biologischer Rohstoffe wird von den sog. Märkten immer weiter beschleunigt und führt u.a. zu weder materiell noch moralisch vertretbaren ökologischen Fußabdrücken in den Ländern der EU:

Ökologischer Fußabdruck Deutschland, auch während der Großen Krise immer noch zweieinhalb Mal so groß wie der vorhandene Naturraum.²⁵

2008 bezifferte die Unternehmensberatung Roland Berger das aktuelle, globale Volumen "grüner Märkte" auf gut 1.000 Mrd. Euro. Dieses Volumen werde sich bis 2020 verdoppeln. Für den damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel (erste GROKO



Merkel) waren das genügend starke Anstöße, um einen Green New Deal in Deutschland zu versuchen. Gabriel verkündete eine Reform des Steuersystems nach ökologischen Kriterien, wonach der ermäßigte Mehrwertsteuersatz nur noch für Produkte zuzulassen sei, die bestimmten ökologischen und sozialen Kriterien standhalten. Unternehmen sollten Investitionen in energieeffiziente Technik schneller und flexibler abschreiben können; große Stromverbraucher wie Zementhersteller nur noch dann steuerlich begünstigt werden, wenn sie sparsam mit Energie umgingen. Genau diesen Effizienzgedanken hat Gabriel in der zweiten GROKO-Regierung, in der er Energiepolitik und Wirtschaftspolitik in Personalunion vertritt, in sein Gegenteil verwandelt. Er wollte die ziemlich chaotische Energie- und Umweltpolitik der schwarz-gelben Vorgängerregierung unter der Überschrift „Energiewende 2.0“ zukunftsfähig machen. Diesmal traf ihn sogar aus den eigenen Reihen sehr deutliche und öffentlich vorgetragene Kritik: "Insgesamt ist eine Deckelung der kostengünstigsten erneuerbaren Energie - Wind an Land - volkswirtschaftlich unsinnig", heißt es in einem Positionspapier von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig von der SPD.²⁶ Auch der Bundesverband Windenergie kündigte Widerstand an, denn so werde die Energiewende ausgebremst. Ebenso machen die Grünen gegen Gabriels Pläne mobil. Parteichefin Simone Peter sprach angesichts der Drosselungs- und Kürzungspläne von einem "Rasieren" der erneuerbaren Energien, während Gabriel nichts gegen die hohe Kohleverstromung tue (auf der die SPD-Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, bestanden hatte). Dem Normalbürger drängt sich die Frage auf: Von welcher Green Economy Vision wird die SPD-Spitze eigentlich inzwischen getragen? (dazu mehr im

²⁵ Quelle: <http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/trends/germany/>

²⁶ Zitiert nach Tagesschau.de, 22.1.2014

KAPITEL ROHSTOFF-BEWUSSTE ENTWICKLUNG, s.u., S.247ff.). Selbst das modernste Gaskraftwerk Europas im bayerischen Irsching soll vom Netz genommen werden, während die Braunkohletagebaue in Garzweiler und in der Lausitz mindestens weitere 10 Jahre eine zügige Energiewende belasten.²⁷ Mir wurde jedenfalls immer deutlicher, daß wir in den baltischen Staaten kein deutsches staatliches Modell anbieten konnten. So blieb nur die bürgernahe Ebene der Städte und Gemeinden und manche Region mit wirklichen Wende-Strategien. Und das sollte in Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften auch in den baltischen Ländern genutzt werden.

Als Umweg bot sich das Thema *Ökologische Marktwirtschaft* an (egal, ob das überhaupt möglich ist). Denn die exponentiell gestiegene Nutzung/Ausbeutung mineralischer, energetischer, biologischer Rohstoffe wird von den sog. Märkten immer weiter beschleunigt und führt weder zu materiell noch zu moralisch vertretbaren ökologischen Fußabdrücken in den Ländern der EU (vgl. den Ökolog. Fußabdruck Deutschlands).

Ein verschlittetes Arbeitsprogramm

In dem baltischen Arbeitsprogramm sollte es um möglichst viele der genannten heißen Themen gehen, von denen einige schon auf dem Tisch lagen, andere absehbar waren (auch wenn sie sich erst Jahre später faßbar wurden). Denn die baltischen Staaten sollten fast zeitgleich mit meinem Arbeitsantritt in Riga Mitglieder in der Europäischen Union werden. Es war klar, daß wir nicht für jedes der drei Länder ein eigenes Programm erstellen und umsetzen können würden. Andererseits wollten wir die unterschiedlichen historischen Profile und die keineswegs deckungsgleichen politischen Kulturen der drei Länder nicht durch eine aufgepöpfte Gemeinsamkeit glatt bügeln. Die Unterschiede bleiben bis heute präsent: Estland eher als skandinavisches Land, überwiegend protestantisch und zum finno-ugrischen Kulturraum gehörig. Lettland als das baltische Land per se, ebenfalls protestantisch, hütet aber zusammen mit Litauen die Minigruppe der baltischen Sprachen innerhalb der indogermanischen Sprachenfamilie. Litauen unterscheidet sich schließlich sprachlich nur wenig von Lettland, dafür aber in seinem historischen und seinem religiösen Entwicklungsweg. Durch seine Jahrhunderte lange Bindung an Polen ist es heute ein formal überwiegend katholisches Land und war bis zur Besetzung durch die Nazis stolz auf seine Metropole Vilnius als dem „Jerusalem des Ostens“.

Trotz der sehr knappen Personaldecke (mit 5 Personen für die drei Länder war meine Mannschaft nur halb so groß wie beispielsweise mein Team in Kolumbien) blieben uns diese Eigenheiten jedes der Länder also bewußt. Dennoch mußte es mir um die Festlegung solcher Arbeitsbereiche gehen, die in jedem der 3 Länder auf Interesse stoßen und dabei gleichzeitig von einer gewissen objektiven Wichtigkeit für das Land

²⁷ Die Welt, 30.3.2015: „Der Energiekonzern E.on hat sich entschieden: Eines der modernsten Gaskraftwerke der Welt im bayerischen Irsching ist unter den Bedingungen der deutschen Energiewende nicht mehr länger wirtschaftlich zu betreiben. Nur wenige Jahre nach der Inbetriebnahme soll die hocheffiziente Anlage baldmöglichst vom Netz gehen.“

und die Region sind. Das Ergebnis war schließlich die baltische Mindmap mit ihren 5 Schwerpunkten, die für die kommenden Jahre unser genereller Fahrplan blieb mit Anpassungen dort, wo die Entwicklung der Länder oder der Region es erforderlich machten. Im Laufe des ersten Jahres vor Ort hatte ich etliche gemeinsame Sitzungen mit den Mitarbeitern (einschließlich Praktikanten) und etliche weitere Treffen mit wichtigen Partnern gehabt, um uns endlich zu einem einigermaßen realistischen Arbeitsrahmen durchzurufen. Dieses Programm in Form einer „mindmap“ lag danach jedem Mitarbeiter und den Praktikanten vor. Die mindmap war nicht die Form, die meiner Mannschaft oder den Partnern als Arbeitsprogramm vertraut war. Aber sie akzeptierten den großen Vorteil eines solchen Instruments, bei dem alle Arbeitsbereiche auf einen Blick zu erfassen sind und die Querbeziehungen zwischen einzelnen Ebenen des Gesamtprogramms ebenso sofort überprüft werden können – und damit auch leicht zu ergänzen oder zu verschieben sind.

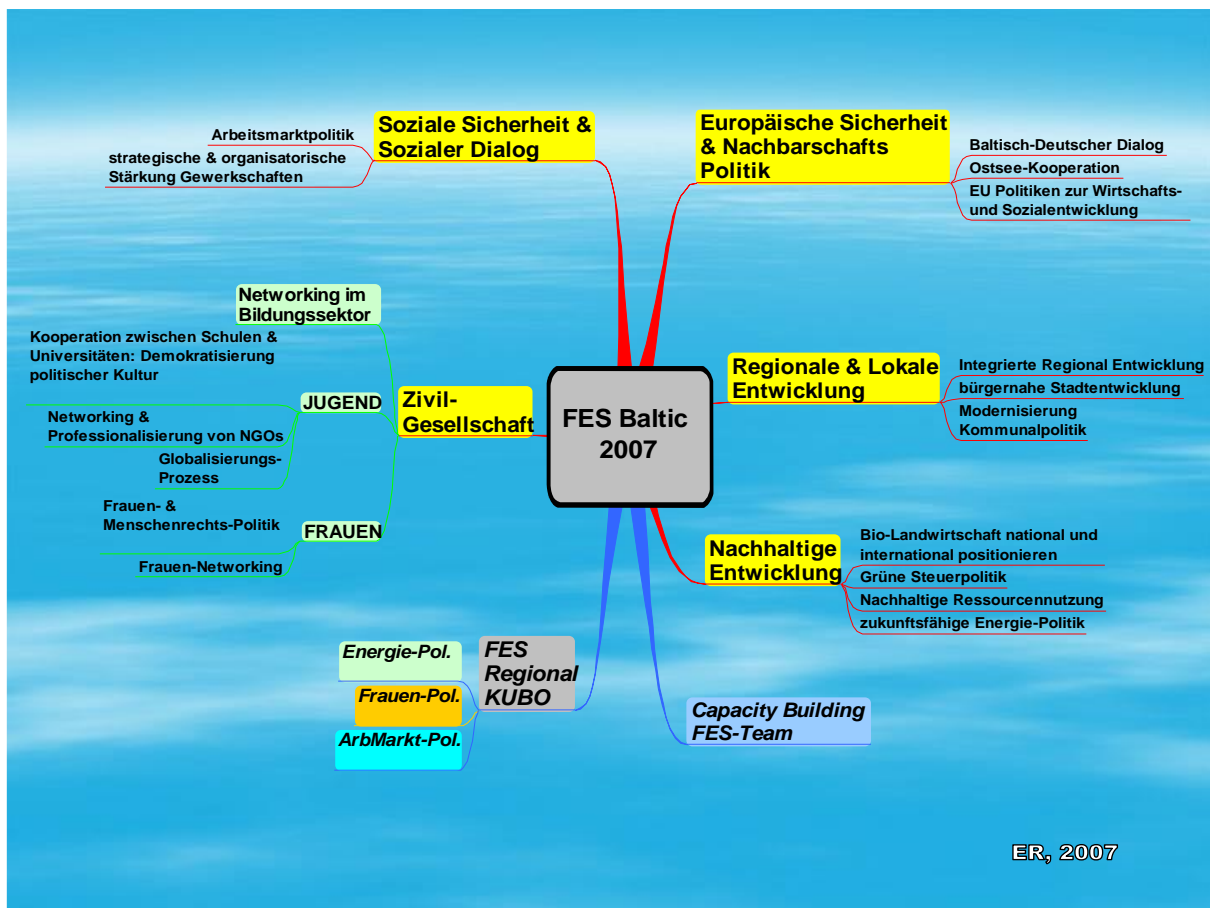
*FES-Programmplanung
resultiert in:
einer Programm-
Mindmap*

Unsere mindmap spiegelte den sogenannten „baltischen Kursbogen“ – das auf etwa 3 Jahre ausgelegte Arbeits-

programm - mit seinen Schwerpunkten, wie wir sie für die baltischen Länder insgesamt festgelegt hatten. Außer den fünf gelb markierten zentralen Programmbereichen mit ihrer landesspezifischen Konkretisierung war der baltische Kursbogen 2007 um die Mittelosteuropa-Komponente (MOE) erweitert worden. In diesem **FES-Regional-MOE** waren die Maßnahmenbereiche erfaßt, für die die baltischen Büros „leadership“ gegenüber den anderen FES-Büros in Mittelosteuropa übernommen hatten, also im Rahmen der Zusammenarbeit mit den FES-Büros in Polen, Tschechien, Slowakei etc. Über die programmatische Zusammenarbeit mit den baltischen Partnern und den anderen FES-Büros hinaus hatte ich noch besonderen Wert auf Fortbildungsmaßnahmen für die baltischen Mitarbeiter gelegt, worin immer auch die jeweiligen Praktikanten eingebunden wurden (neudeutsch: capacity building).



Programmplattform der baltischen FES-Büros ab 2005



ALLES MIT EIGENEN AUGEN SEHEN - oder IRGENDJEMAND IST IMMER DER NEUE

Ich war natürlich eine zeitlang der Neue. Aber dann - ähnlich wie in Peru, wo ich die neu eingereisten Entwicklungshelfer gerne selber in ihre Projektgebiete gefahren hatte und wir uns auf solchen Fahrten erstens besser als im Büro kennenlernen konnten und ich zweitens eine sehr praktische Landeseinführung mit den historischen Bezügen machen konnte - also so ähnlich machte ich das ziemlich bald auch mit den neu anreisenden Praktikanten - egal für welches der 3 Länder. Ich besaß dann allmählich einen immer deutlicheren Kenntnisvorsprung. Aber bei jeder dieser gemeinsamen Fahrten lernte ich zwangsläufig auch selber wieder Neues dazu. Denn es wurde immer eine andere Route gewählt und andere Spontanbesuche, so wie in dieser Bio-Bäckerei, auf die ein kleines Schild bei der Durchfahrt durch Limabzi (LV) hingewiesen hatte. Die 3 Praktikanten im Wagen ließen sich gerne darauf ein, uns von der Bäckermeisterin ihre handgearbeiteten Brote erklären zu lassen - und ihr zum Dank beim Teigarrühren zu helfen.

Dabei wurde aber eben auch deutlich, daß in Lettland noch nicht alles Brotbacken von 5 mechanisierten Großbäckereien abhängt, wie inzwischen in Deutschland, wo regional nur unterschiedliche Etiketten aufgeklebt werden. Und es war auch für mich interessant zu erleben, daß solche absolut spontanen Besuche für uns Ausländer

möglich waren. Die Bäckerfrau war wohl nur etwas verwundert, aber nicht besorgt

...

*beim Bio-Bäcker in Limbazi (LV),
mit neuen Praktikanten*

Zwei andere Praktikanten hatte ich zu einer Besprechung mit der Juso-Führung in Kaunas mitgenommen. Meine beiden konnten sich nicht richtig für die Jusos erwärmen und interessierten sich auch nur gemäßig für die Jusos, daß Kaunas kurzzeitig Litauens Hauptstadt gewesen war (1920-39) und eine attraktive Altstadt besitzt mit den Resten der Burg, eine lange Fußgängerallee mit vielen kleinen Boutiquen und Restaurants, die direkt auf die imposante Garnisonskirche zuläuft. Sie folgten mir allerdings gerne in die kleine Kneipe gleich hinter dem historischen Rathaus, weil es dort die besten Cepelinai gibt. Die waren bei jeder meiner Fahrten hierher ein Muß.



Kaunas, Fußgängerzone

Vielleicht stehe ich so darauf, weil ich als Thüringer auch auf Grünen Klößen stehe. Und Zeppelini sind wie Grüne Klöße eine Mischung aus geriebenen rohen Kartoffeln – allerdings anstelle der thüringischen Bratenscheibe eine Hackfleischfüllung, Zwiebeln, unterschiedlich gewürzt mit Salz, Pfeffer,



Paprika und dann steht immer ein Schüsselchen mit Schmand daneben. Das kam auch bei meinen beiden gut an und noch besser das einheimische Bierchen zum

Nachspülen, Svyturys. Und das Bier war so gut, wie überall auf der Welt, wo es irgendwann einmal deutsche Bierbrauer gegeben hatte, auch wenn sie im normalen Leben Mönche waren.

Die Cepelinai waren eigentlich die perfekte Einführung in das Bauernland Litauen. Sie waren so grau und so einfach, wie die Bauernkaten, die wir bei unserer Fahrt über Land sahen; wie sie sich gut getarnt in die weite Landschaft ducken.

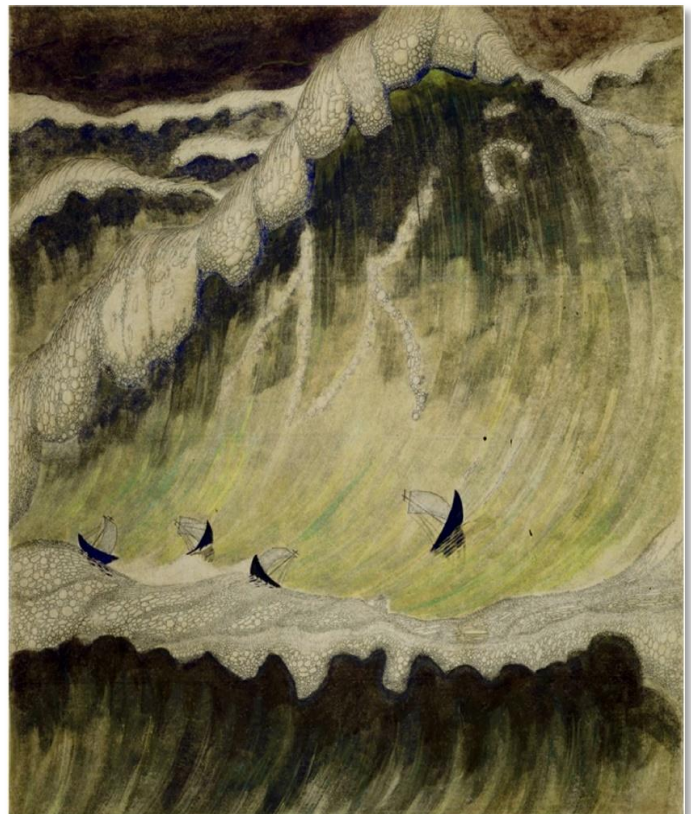


auf dem Lande unterwegs in Litauen

Meine beiden Praktikanten hatten sich nicht sonderlich für die Jusos erwärmen können, aber noch beim schlendernden Rundgang über den historischen Marktplatz von Kaunas sprach mich Felix auf das Museum für Litauens berühmtesten Komponisten und Maler Mikalojus Konstantinas Čiurlionis an. Wir schafften tatsächlich noch das Museum. Felix schien von der Malerei nicht so begeistert zu sein, wie von Čiurlionis' Musik. Er erzählte uns ein bißchen mehr als was ich bisher über den in Litauen wie einen Nationalhelden Verehrten gehört hatte: er hatte sich mit seiner breiten Ausbildung in Deutschland, Russland, Polen besonders der Kompositionen von klassischer, aber auch modernistischer Klaviermusik verschrieben (Typ Schönberg). Dabei war er – wie bei einem Genie üblich – schon mit Mitte Dreißig verstorben. Besonders herausgestellt wird bei Čiurlionis allerdings immer der wechselseitige Einfluß von Musik und Malerei in seinem Gesamtwerk.

im Čiurlionis-Museum: das charakteristische Werk des komponierenden Malers und malenden Komponisten: „Meeres-Sonate (Jūros sonata)“ (1908)

Seine Anhänger behaupten, daß seine Bilder ganz deutlich wie Ton-Kompositionen daherkommen und die Kompositionen eine bemerkenswerte malerische Farbigeit aufwiesen. Ich kann das leider nicht



beurteilen, habe nur versucht, etwas davon im *Čiurlionis-Museum* in Kaunas etwa in der „Meeres-Sonate“ wiederzufinden.

Und dann war Benn mit seinem Interesse am Zug. Kernavė, das vorgeschichtliche Burg-Areal (vorgeschichtlich heißt hier: bevor die deutschen Kreuzritter auftauchten und alles in Grund und Boden missionierten). Dennoch war Litauen das letzte Land in Osteuropa gewesen, das sich dem Christentum anschloß und es war trotz seiner überaus wechselvollen Geschichte, in der es auch schon mal gänzlich von der Landkarte verschwand, bei Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges das größte Land Europas gewesen mit Grenzen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Benn war schon seit ein paar Wochen Praktikant im Büro Riga, aber jetzt zum ersten Mal im Hinterland von Litauen. Wir suchten die kleinen Wege in die Hügel nördlich von Vilnius, fanden sie auch und wanderten in das Gelände hinein, daß ich auch erst einmal, und zwar unter einer Schneedecke, aufgesucht hatte. Jetzt nach der Schneeschmelze sah alles doch ein bißchen anders aus. Während wir an den für Litauen so typischen mannshohen hölzernen Ritterfiguren vorbei zogen, die vor und hinter jedem Dorf in Litauen stehen und meistens auch noch mittendrin, hatten wir bald den vermeintlichen Haupthügel der Kernavė-Burganlage erreicht.

Benn hatte von mehreren alten Lehmburgen oder Schüttburgen gelesen, die im hohen Mittelalter den Unterlauf der Neris bis nach Kaunas und weiter in Richtung Ostsee kontrolliert hatten – bis drüben auf der anderen Flußseite der Deutsche Orden auftauchte und diesen Burgen ein schnelles Ende bereitete. Benn wollte zu gerne die strategische Lage vom ehemaligen Burghügel über das Tal der Neris hinweg durch die Astgabel der einzigen Eiche, die hier herumstand, aufnehmen. Benn ist nicht der Größte. Also nahm ich ihn auf die Schulter und er schoß sein Foto.

*Unterstützung für Benns
Fotoblick vom Kernavė hinunter
auf die Neris-Auen*

Wir dachten gemeinsam und laut nach über diese vielen kleinen Völker, die hier im Mittelalter noch existiert hatten, aber durch die Christianisierung mitsamt ihren Kultur- oder Zivilisationsmerkmalen verschwunden sind. Als die Ritter des Deutschen Ordens in der 2. Hälfte des 13. Jhs in diese Gegend vordrangen war Kernavė noch Hauptstadt dieses



Teils des heutigen Litauen. Die Litauer mit Geschichtsbewußtsein sprechen von Kernavė daher als ihrer ersten Hauptstadt. Es muß im Frühmittelalter auf jeden Fall eine mächtige Stadt gewesen sein, die den unteren Flußlauf der Neris kontrollierte und das mit gleich fünf Wehrburgen. Wir sahen freilich nur noch die Sandhügel, die mit viel Phantasie als Burg- oder Stadtmauern wahrgenommen werden können. Wie das

mit solchen Orten so ist, erzählt eine Sage vom geheimnisumwitterten König *Mindaugas*, dessen Residenz auf dem höchsten der Hügel gestanden haben soll. Einer der nächsten Hügel wird "Opferberg" genannt, weil vor Ankunft der Kreuzritter hier auch schon Menschen getötet wurden – aber sie wurden ja nur geopfert.....

Auf den übernächsten "Berg des Lizdeika" soll sich der letzte nicht-christliche („heidnische“) Oberpriester mit den "Heiligen Jungfrauen" und dem "Heiligen Feuer" zurückgezogen haben. Lizdeika war der Beiname der litauischen Oberpriester. Zwischen diesen Hügeln waren übrigens auch Reste einer noch früheren Siedlung aus dem 3. und 4. Jahrhundert gefunden worden und die UNESCO hatte erst kürzlich (2004) das Kernavė-Gebiet als Weltkulturerbe anerkannt. Also, ein wahrhaft lohnender Abstecher in einen noch wenig beleuchteten Abschnitt der Geschichte unseres Gastlandes.

*Einer aus dem gewaltigen Heer der
hölzernen Ritter in Litauen (Kernavė)*

Benn und ich hatten übrigens zuvor schon unser kleines gemeinsames Abenteuer hinter uns gebracht. Denn Benn war einer der wenigen Praktikanten, die auf Verdacht nach Riga gereist waren und dann einfach mal gefragt hatten, ob er vielleicht bei der Friedrich Ebert Stiftung..... Benn hatte also eines Morgens an die Bürotür geklopft, hatte sein Sprüchlein aufgesagt und hatte Glück. Denn die aktuelle Praktikantin konnte uns nur noch eine Woche lang begleiten. Ich sagte Benn zu und fragte gleichzeitig, ob er einen Führerschein habe. Ja, hab ich. Dann kannst du morgen früh deinen vorgezogenen Einstand geben. Denn ich mußte nach Tartu in Estland, um dort meinen Dienstwagen aus einer Werkstatt abzuholen. Der Wagen war eine Woche zuvor auf einer Fahrt mit unserer Büroleiterin in Tallinn, Ülle, und deren aktueller Praktikantin auf halbem Weg nach Tartu in einem Waldstück „verreckt“. Der Anlasser tat´s nicht mehr. Es lag tiefer Schnee da draußen. Es hatte ziemlich gedauert bis wir einen Abschleppwagen herbeitelefontiert hatten, der groß genug war, um diesen 2,5 Tonne Mercedes-Jeep auf seinen Rücken zu laden und auf diesen Straßen in die nächste Werkstatt zu schaffen. Die nächste Werkstatt gab es in Tartu. Das lag jetzt noch rund 100 Km vor uns und das würde mit Sicherheit 2 Stunden Fahrt bedeuten. Der Abschleppwagen hatte in seiner Kabine nur für 2 weitere Personen Platz. Also kletterte ich hinauf in meinen Jeep, dessen Heizung jetzt natürlich nicht funktionierte. 2 Stunden in einem eiskalten Wagen machte aus mir einen germanischen Eisbären. Aber wir kamen noch vor



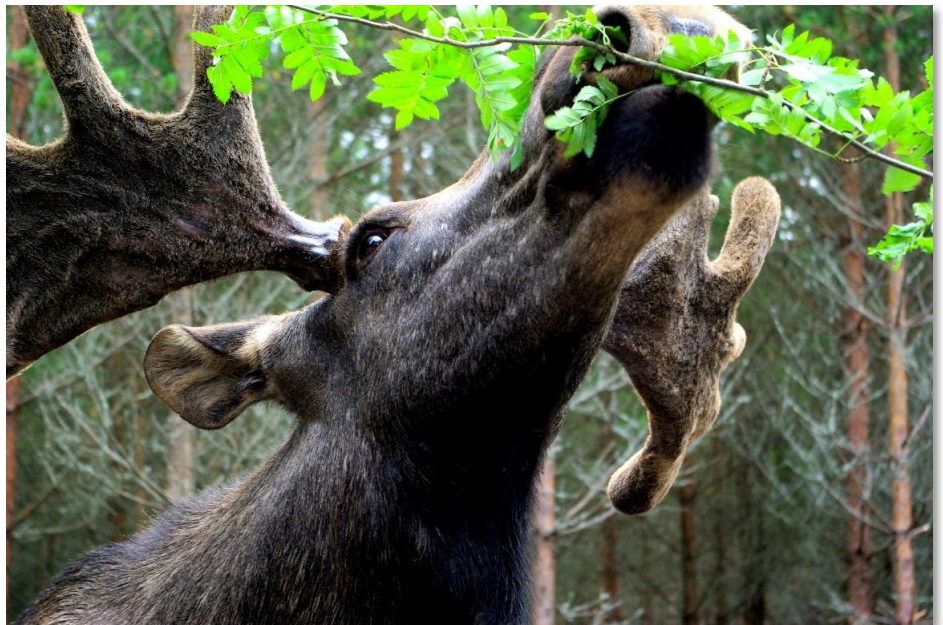
Toresschluß in die Werkstatt und sie versprochen, alles innerhalb von 3-4 Tagen zu regeln. Das war die Vorgeschichte zur Spontaneinladung an Benn, mich nach Tartu zu begleiten.

Die 250 Km der Hinfahrt brachten wir problemlos und gemeinsam in einem Leihwagen hinter uns. Aber jemand mußte den Leihwagen wieder nach Riga zurück fahren während ich den Jeep ausprobierte, ob auch alles gut funktionierte. Wir holten unseren Mercedes ab. Alles sah gut aus. Ich mußte noch ein paar Partner treffen. Die Gruppe von Bio-Frauen, die im Raum Tartu mit einer Gruppe von Bio-Bauern zusammenarbeiten, waren gerade dabei, die Bio-Nahrungsmittel besser bekannt zu machen und wir unterstützen sie dabei. Wir besprachen, wie und wo und mit welchen Kosten ein oder zwei Bio-Läden in Tartu und ebenso in Tallinn eingerichtet werden könnten und wen wir zur nächsten Bio-Food-Messe nach Nürnberg schicken sollten, um sich dort noch besser bekannt zu machen und Erfahrungen auszutauschen und vielleicht noch die eine oder andere Fortbildungsmaßnahme. Benn und ich machten uns daher erst am nächsten Morgen in Zweierkarawane auf die Rückreise, zuerst durch estnischen und ab der Grenzstadt Valga durch denselben lettischen Winterwald.

Kein Elch kreuzte den Weg. Vor allem keiner, wie ich ihn später in Schweden vor die Kamera bekam. Aber man darf auch in Estland und Lettland jederzeit damit rechnen....

schwedischer Elch, wie ich ihn auch in Lettland gerne „geschossen“ hätte

Schnell konnten wir jetzt nicht fahren. Der Schnee war zu glatt oder zu tief oder bei den offenen Feldstücken zu eisig. Als wir dann wieder in Riga waren hatte Benn jedenfalls seine Einstellung gerechtfertigt und für den Rest seiner Zeit blieb er immer genauso



problemlos ansprechbar und zuverlässig. Deswegen war ich ihm in Kernavė gerne beim Fotografieren behilflich gewesen. ...

Meistens und gerne nutzte ich die Anwesenheit unserer Praktikanten oder auch der Mitarbeiter, um einen interessanten Foto-Hintergrund ein bisschen lebendiger zu gestalten und daran dann auch die Geschichte zu der Geschichte aufzuhängen – so, wie mit Esther. Esther hatte bei einer Konferenz in Vilnius schweißtreibend mitgearbeitet und ich würde sie jetzt wieder mit zurück nach Riga nehmen. Aber es war Sommer und da ist kaum etwas so beeindruckend in Litauen, wie diese Festung im See: Trakai – und wie ihre Geschichte.....

*Wasserburg Trakai
mit Praktikantin Esther*

... Auch Trakai war einmal Hauptstadt Litauens, und zwar in Nachfolge von Kernavė und als Vorgänger von Vilnius (und Kaunas und wieder Vilnius). Für 7 Jahre hatte Großfürst Gediminas diese Burg und die gegenüber am Festland liegende kleine Stadt errichten lassen und zum Regierungssitz erklärt. Eine



Wasserburg, die sich leichter gegen die deutschen Kreuzritter verteidigen ließ. In Trakai wurde vielleicht so etwas erreicht, wie die Zementierung der litauisch-polnischen Beziehungen, für die vor allem das Geschlecht der Jagiellonen steht:

Die Jagiellonen

Ursprünglich Großfürsten von Litauen, gelang es den Jagiellonen, im Zeitraum von 1386 bis 1572 ihr Reich durch Heirat und Erbschaft zu vergrößern und zunächst mit Polen, 1471 auch mit Böhmen (einschließlich der Nebeländer Mähren, Schlesien, seit 1490 auch der Nieder- und Oberlausitz) und 1490 mit Ungarn und Kroatien zu einem mächtigen Herrschaftsverbund zusammenzufassen. Ihre Stammresidenzen standen im litauischen Vilnius, im polnischen Krakau, im böhmischen Prag und im ungarischen Buda (dem Teil des heutigen Budapest auf dem rechten Donauufer).

Durch ihre weitsichtige Heiratspolitik verbanden sich die Jagiellonen mit den mächtigsten europäischen Fürstengeschlechtern, darunter mit den Habsburgern in Österreich, den Wittelsbachern in Bayern, den Wettinern in Sachsen und den Hohenzollern in Franken und Brandenburg. Heute ist weitgehend in Vergessenheit geraten, dass auch die Geschichte Brandenburger und des Hauses Hohenzollern durch Eheschließungen eng mit der der Jagiellonen verknüpft ist.

In lebendigem Austausch mit den Nachbarländern und vor dem Hintergrund dramatischer Umbrüche in Weltbild und Glauben gelangten die Künste um 1500 zu einer einzigartigen Blüte. Die Jagiellonen förderten den frühen Humanismus, und die unter ihrer Ägide entstandenen Bild- und Bauwerke gehören zu den frühesten Kunstwerken der Renaissance außerhalb Italiens. Krakau entwickelte sich in der Zeit ihrer Herrschaft zur wichtigsten Universitätsstadt Mitteleuropas.

Die Jagiellonen waren für die europäische Geschichte des Mittelalters ähnlich bedeutsam wie die Habsburger oder später die Hohenzollern in der Neuzeit. Sie förderten die überregionale Vernetzung auf allen Ebenen: die wirtschaftliche und technische Kooperation ebenso wie den Kulturaustausch und die künstlerische Mobilität - Ideale, auf die die Europäische Union heute erneut ihre Zukunft baut.

Erst als die litauischen Großfürsten mit ihren Verbündeten das Heer des Deutschen Ordens in der Schlacht bei Tannenberg 1410 besiegt hatten, verlor Trakai seine strategische Bedeutung und degenerierte später sogar zum Gefängnis für Adelige.

Die Geschichte der heutigen baltischen Staaten ist so eng mit den Eroberungszügen der Deutschen Ordensritter und der Katholischen Kirche und ihren Kämpfen gegeneinander und gegen die Russen und gegen Polen und gegen Schweden und alles wieder zurück verbunden, daß es anmuten kann als habe es für mich und für meine

Praktikanten und Besucher immer nur eine baltische Militärgeschichte gegeben. Das hat es zwar auch, aber eben nicht nur. Zu entdecken gab es eine Unmenge an militärischen Festungen; alten Dörfern und an touristischen Badeorten; an klösterlichen Klöstern und an kirchlichen Kirchen. In Livland bewegten sich und bekämpften sich drei christlich katholische Organisationen: die katholische Kirche unter dem Bischof von Riga, der Deutsche Orden mit dem Stammsitz Marienburg (im heutigen Polen) und der sogenannte Schwertbrüder-Orden (off. *Brüder der Ritterschaft Christi von Livland*). Die Schwertbrüder hatten nach 1200 sehr schnell die lettische und estnische Küste erobert, „um die dort siedelnden heidnischen Völker zu missionieren“. Und zur Festigung ihrer Herrschaft wurden mindestens so viele Burgen und Wehrkirchen und befestigte Klöster pro Quadratkilometer angelegt, wie in der mittelhessischen Burgenlandschaft.



Ordensburg Marienwerder heute (Pol), mit dem markant herausragenden Toilettenflügel, eine der ersten Basisburgen im baltischen Kreuzzug

Als Wehrkirche angelegter Dom des Deutschen Ordens in Cesis (LV), zuvor Hauptstadt der Schwertbrüder

Die Schwertbrüder waren teilweise tief ins Landesinnere vorgedrungen, hatten u.a. das Gebiet um den längsten Fluß Lettlands, die Gauja, erobert und die dort befindliche Burg der Wenden. Sie zerstörten mühelos deren hölzerne Anlagen, errichteten an deren Stelle die größte Festung in Livland und nannten ihre nunmehrige Hauptstadt „Wenden“ in Erinnerung an den besiegten Stamm. Dabei waren die Wenden, ein finno-ugrisches Volk, ursprünglich an der Mündung der Venta in die Ostsee zu Hause gewesen und von dort durch die Kuren an die obere Gauja vertrieben worden. Heute spielt übrigens die Stadt an der Venta-Mündung – Ventspils („Ventaburg“, deutsch Windau) - nach Riga die wichtigste Rolle in Lettland. Dazu ist später noch eine Menge mehr zu sagen. Die Schwertbrüder fühlten sich jedenfalls durch ihre militärischen Erfolge stark genug, um sich auch gegen den Bischof von Riga zu stellen. Erst als sie

in der Schlacht von Siauliai von einem litauischen Heer vernichtend geschlagen wurden, verfügte der Papst die Integration der Reste des Schwerbrüder-Ordens in den Deutschen Orden. Damit reduzierte sich – wie schon gesagt – der christliche Machtkampf in Livland auf die katholische Kirche und den Deutschen Orden. Erst die erwähnte Niederlage des Deutschen Ordens bei Tannenberg (1410) gegen ein großes Heer unter litauisch-polnischer Führung schwächte den Deutschen Orden nach einem Jahrhundert der Kreuzzüge im Ostseeraum ganz entscheidend und die Reformation, der sich Estland und Lettland sehr schnell anschlossen, gaben dem katholischen Orden den Rest. Im heutigen Baltikum und im heutigen Polen sind unendlich viele Ruinen von Burgen, Klöstern, Kirchen die mächtige Spur, die der Deutsche Orden für die folgenden Jahrhunderte und bis heute sichtbar und besichtbar zurückließ. Eine der größten Burganlagen Europas, die Marienburg, lag leider außerhalb meines baltischen Amtsbereichs im polnischen Malbork. Ebenso wie Königsberg, wo im Hochmittelalter an den „Preussentagen“ die wichtigsten Ritterturniere Europas ausgerichtet wurden. Ich denke immer, die Turniertage waren auch eine Generalprobe für die Kreuzzüge des Ordens. Denn zu den Ritterturnieren wurde der kämpfende Adel aus ganz Europa eingeladen und für die nicht erbberechtigten Prinzen zwischen Dänemark und Portugal lockten die Turniere mit hohen Gewinnprämien. Aber die Kreuzzüge gegen die livländischen Heiden garantierten – mit dem Segen des Papstes – noch erheblich größere Einnahmen als nur Königsberger Prämien.

Reich des Deutschen Ordens 1260 - 1410 neben Großfürstentum Litauen-Polen und Deutschem Reich²⁸

Solche kurzen historischen Überblicken gehörten zum Einführungsprogramm für die meisten Praktikanten – nur eine sehr kleine Minderheit der rund 40 Praktikanten in meiner Zeit brachte aufgrund von Osteuropastudien oder aufgrund der eigenen Familiengeschichte historische Grundkenntnisse über den gesellschaftlichen Raum mit, in dem wir uns mit unseren Projekten bewegten.



²⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschordensstaat#/media/File:Deutscher_Orden_1410.png

Ich selbst war dabei ständig mit den Parallelen zwischen der spanischen 500-jährigen Herrschaft in Lateinamerika und den 700 Jahren deutscher Kolonialzeit im Baltikum beschäftigt und wollte nicht in unnötig viele emotionale Fallen tappen, in die man als Deutscher mit solch einem Rucksack voller militärisch-missionarischer Vergangenheit sehr schnell tappen könnte (von den Auswirkungen des Molotow-Ribbentrop-Abkommens ganz zu schweigen).

Auch in der alten Hauptstadt der Schwertbrüder, im heutigen Cesis (deutsch: Wenden) dreht sich zum Glück nicht alles um Kriegsgeschichte oder Missionierung von Heiden. Die Letten, Musik-begeistert, wie sie nun mal sind, nutzen überaus gerne die Burganlagen für große open-air Konzerte – und das bei jedem Wetter. In der alten Schwertbrüder-Stadt wird zudem ein interessantes historisches Museum geführt und manche spannende Kunstausstellung hat dem Museum zusätzliches Renommée verschafft. Da gerade die Letten sehr offen sind für Gesang und Musik, hatte der eine oder andere Praktikant immer mal das Vergnügen, daß ich ihn zu einer solchen Veranstaltung mitnahm – zur Vertiefung seiner/ihrer Empathien für Land und Leute. Denn wir bauten bewußt – wann immer es sich mit einer unserer Veranstaltungen verknüpfen ließ – den Besuch, die Besichtigung wichtiger historisch-kultureller Orte in den einzelnen Länder in die Praktikanten-Ausbildung mit ein. Nicht immer war es ein so spektakuläres Ereignis, wie das Musik-Festival in der Burg von Cesis – aber immer mit eigenen Geschichten und eigener Geschichte verbunden.

*Open-air-Konzert
in der Burgruine von Cesis –
selbst bei Regen*

Auch die Fahrtunterbrechung an der Zisterzienserburg in der estnischen Küstenstadt Padise konnte schon mal ein ähnliches highlight sein.

Eigentlich hatte keiner der Praktikanten eine Vorstellung vom Orden der Zisterzienser, deren Erscheinungsbild für manchen Zeitgenossen im Hochmittelalter

so düster und geheimnisvoll gewesen war, wie der alte Stich es suggeriert, den ich irgendwann in Padise gefunden hatte. Die gesellschaftliche Rolle der reformierten Benediktiner – der Zisterzienser – entsprach dem folgenden Textauszug von Bernhard Nagel (2006): *Die Eigenarbeit der Zisterzienser. Von der religiösen Askese zur wirtschaftlichen Effizienz.* In meinen Augen waren die Zisterzienserklöster ein europaweiter Wirtschaftskonzern, der die mittelalterlichen Bedingungen von Leibeigenschaft mit modernster Technologie und effizienter Kapitalpolitik zu verbinden verstand und damit – nicht im Marx'schen Sinne, aber real – unter frühkapitalistischen Bedingungen operierte, wahrscheinlich ökonomisch so erfolgreich, wie kein anderer Orden. Basis ihrer Ökonomie war eine integrierte Wasserwirtschaft, die beim Auffangen aller Bäche der umliegenden Höhen auf dem



Klostergelände begann, dort in Kaskaden-Teichen mit Fischzucht und ausgeklügelter Frischwasserversorgung der Klostergebäude (inkl. Waschplätze und Toilettenspülung) verknüpft wurde, um dann weiter unten im Tal die Getreidemühlen des Ordens mit Energie zu versorgen. Und im Laufe weniger Mönchsgenerationen waren durch Schenkungen und durch Zukauf des Klosters jeweils große Landgüter entstanden. In entsprechend guter Lage gehörten dann auch schnell einige Weinberge zu diesem klösterlichen Wirtschaftskonzern und vor allem kontrollierte das Kloster die regionalen Vermarktungsstrukturen mit ihren eigenen Ständen und hielten als Kapitaleigner die umliegende Bauernschaft entweder als Leibeigene oder als Dienstbare unter ihrer Kontrolle.



Im Unterschied zu anderen geistlichen Orden waren die Zisterzienser vor allem eine 'Wirtschaftsgemeinschaft'. Sie standen damit in der Tradition der Benediktiner, setzten den Anspruch, von der eigenen Hände Arbeit zu leben und nur davon, jedoch konsequenter um. Ihre Klöster waren Wirtschaftshöfe, ihre Tätigkeit 'Arbeit' im eigentlichen Sinne. Ihr Hauptaugenmerk galt der effizienten Produktion landwirtschaftlicher und handwerklicher Erzeugnisse und deren durchorganisierter Vermarktung.

Klosterburg der Zisterzienser, in Padise (EE)

Das Zisterzienserkloster besaß typischerweise die Produktionsfaktoren Arbeit (teils als Leibeigene), Produktivkapital und Infrastruktur (Maschinenpark der Zeit) sowie immer stärker anwachsendes Finanzkapital und Management-Know-How. Für mich daher ein exzellentes Beispiel für Frühkapitalismus. Die Spuren dieser Klöster finden sich weitestgehend in Westeuropa, besonders in Frankreich (Kloster Clairvaux ...) und Deutschland (Kloster Himmerod oder Eberbach ...). Aber einige wurden auch im frisch christianisierten Livland eingerichtet und wurden damit auch Teil der Besichtigungs- und Einführungsprogramme für die Neuen. Daran schloß sich eigentlich immer eine längere Diskussion über die heutigen Bedingungen einer regional basierten Entwicklungspolitik an – und natürlich die Frage, wie sehr die heutige Globalisierung eine integrierte Regionalentwicklung verhindert. Vielleicht hätte der eine oder andere Praktikant lieber das Sängerfest in Tallinn (bzw. draußen in Pirita) erlebt. Aber das findet ja nur alle paar Jahre statt. In der Zwischenzeit hat Pirita seine spektakuläre Klosterruine anzubieten. Also nahmen wir die Ruine mit ins Programm auf, zumal sie zu dem größten kirchlichen Bauwerk Nordeuropas gehört, das im 15. Jahrhundert errichtet und dann im Livländischen Krieg 1577 schon wieder zerstört wurde. In den östlichen Landesteilen aller drei baltischen Länder nehmen russischer Einfluß und orthodoxe Kultursymbole dann sehr deutlich zu, am

deutlichsten im latgalische Osten Lettlands und um den gewaltigen Peipsi-See herum, den sich Estland und Russland teilen.



*Frauenkloster des
Birgittenordens
in Pirita (Tallinn)*

Zu dieser uralten russische Kulturlandschaft gehört auch eines der besonders attraktiven orthodox christlichen Klöster, das Nonnenkloster im estnischen Kuremäe. Wann immer wir eine Veranstaltung im Osten oder Südosten Estlands organisiert hatten, wurde ein Abstecher nach Kuremäe eingebaut.

Wie häufig bei katholischen Kirchen und Klöstern ist der Standort ein heiliger Platz aus vor-christlichen Zeiten. In Kuremäe spielt eine Quelle die zentrale Rolle, die in Frühzeiten als „heilige Quelle“ geführt wurde und als Lebensquelle des Klosters genutzt wird.

*Russ. orthodoxes
Frauenkloster Kuremäe,
Pühtitsa Convent (EE)*

Das gerät aber schnell in Vergessenheit, wenn man sich durch die klösterliche Burganlage, über den uralten und liebevoll gepflegten Friedhof frei bewegt, dann staunend vor den gewaltigen Brennholztürmen steht, die die eisigen Winter auch für die Nonnen erträglich werden lassen und dann eine der nur russisch-sprechenden Nonnen eine Kirchentür öffnet, um auf den ganzen Stolz der Bewohnerinnen hinzuweisen, auf mannshohe Freskenmalerei:



*Fresken im orthodoxes Nonnenkloster
von Kuremäe*

Und natürlich gehören auch besondere lettische Kirchenbauten in das historisch-kulturelle Einführungsprogramm: z.B. die allererste Kreuzzugskirche, die gegenüber der „heidnischen“ Burg von Ikšķile (Uexküll) lange vor der Gründung von Riga ans Ufer der Düna gesetzt wurde. Von der fast gleichzeitig errichteten Kreuzritterburg in Ikšķile ist praktisch nichts mehr zu sehen; die Düna heißt heute Daugava; der Augustiner-Orden, dem der Kirchenerbauer, Bischof Meinhard ebenso wie sein späterer Ordensbruder Martin Luther, angehörte, ist im Baltikum nicht mehr präsent – aber die Ruine der ersten Kirche von Ikšķile steht heute mitten in der aufgestauten Daugava. An einem sehr heißen Sommertag, bei sehr niedrigem Wasserstand, kann man



sogar schon mal trockenen Fusses vom Städtchen Ikšķile zur Kirchenruine laufen und sich dabei sogar an der mittelalterlichen Straßenführung zur Kirche orientieren: Die in solchen seltenen Momente sichtbare mittelalterliche Strassenführung weist auf die strategische Bedeutung des damaligen Ikšķile hin, denn der Name bedeutet etwa, die Furt, an der der livische Fürst Ikle den Fluß kreuzen kann.

Manchmal sind historische Fußnoten ganz interessant, zumindest nett, wie die, daß das einflußreiche bremer Geschlecht derer von Uexküll seinen Namen auf dieses Ikšķile zurückführt.

*erste christliche Kirche in
Livland bei Ikšķile an der
Daugava (LV)*



Erster Stimmungsbrief an die kolumbianischen Freunde

Riga, April 2004

¿Qué tal?

In der letztjährigen Osterwoche – Semana Santa – sassen wir noch in Villa de Leyva und überlegten, ob wir noch einmal zum Vulkan hochsteigen oder lieber unten im Tal nach Ammoniten suchen sollten. Dabei spielte immer auch der Gedanke an die bleihaltige Luft eine wichtige Rolle. Zumindest schwirren hier im Baltikum keine Kugeln durch die Luft und an Autobomben habe ich bisher auch nur von einer gehört. Oder anders: ich lebe jetzt ein bißchen gesünder.

Aber auch das Baltikum erzeugt seine kleinen politischen und sozialen Wirbel – zumindest nimmt sie der wahr, der mitten drin steckt. Die Weltpresse beißt sich an den großen Schrecken dieser Tage fest: das Bahn-Attentat in Madrid und noch mal Madrid und jeden Tag heftiger Irak und ein bisschen Deutschland und dann noch dieser unsägliche Bush. Kolumbien existiert hier weder in den Medien noch in den Köpfen derer, mit denen ich täglich zu tun habe. Ich bin gar nicht sicher, ob meine Gesprächspartner wirklich immer wissen, wo und was Kolumbien überhaupt ist – so wie mancher in Deutschland an Island denkt, wenn er Estland hört.

Die große Afghanistan-Konferenz letzte Woche in Berlin war allerdings auch in Riga eine dicke Nachricht – immerhin haben viele lettische Soldaten seinerzeit die russischen Verbände in Afghanistan unterstützt (selten freiwillig) und dabei auch ihre soldatischen Opfer gebracht.

Übrigens habe ich schon einen der Letten getroffen, die in Afghanistan dabei waren – er allerdings nicht auf der russischen Seite, sondern bei den US-finanzierten Mudschaheddin. Er – A. Lejiņš – war in den 1980er Jahren mit schwedischer Hilfe über Pakistan nach Afghanistan eingereist und sollte die Letten auf der russischen Seite kontaktieren.... Er hat mir Teile seines Tagebuchs zu lesen gegeben. Da stehen so nette Sätze, wie dieser:

„The muj(jaheddin) eye me steadily. They know who Stalin and Hitler were. They ask - did we fight the Russians? I say our muj fought for seven years in the forests and countryside before they were beaten (die Waldbrüder). I see the horror well up in their eyes – and understood in a flash the unspoken question – will the same fate befall them? I stare at them – nowhere, neither in Australia, America, or Sweden where I have related the same tale about my vanished country (Lettland) have I met the same horrified response? We become brothers.“

Wie die GIs nach Vietnam anschließend in den USA zu wichtigen Drogenkonsumenten im eigenen Land wurden, so auch mancher russische und baltische Soldat, wenn er dann aus Afghanistan zurück kam. Die jetzt in Berlin beschlossenen Milliarden gegen Opium- und Heroin-Handel aus afghanischen Quellen könnten – hoffentlich – auch in dieser Weltgegend ein schönes Ostergeschenk an die Menschheit sein. Nach den noch sehr frischen Kolumbien-Erfahrungen - er möge es mir verzeihen - bleibe ich einigermaßen skeptisch bei den Versprechen von Präsident Hamid Karzai, sein Land werde "sehr hart daran arbeiten", eines Tages "auf eigenen Füßen stehen" zu können; werde sich in Zukunft als loyaler Partner und als Rechtsstaat erweisen und werde den Drogenanbau bekämpfen... Bis man (wer?) eines Tages die großen Kupferreserven oder die Lithium-Vorräte Afghanistans ausbuddelt, werden die Clans und auch der Karzai-Clan noch intensiv vom Heroin-Handel und -Schmuggel leben. Darauf mein österlicher Eid!

(Auch anerkannte Medien haben leider erst Jahre später offen über die besonderen Verstrickungen des Karzai-Klans berichtet, so wie die Süddeutsche: Während der Präsident als "schwach" und "paranoid" beschrieben wurde, stuften die US-Diplomaten seinen Bruder Ahmed Wali Karsai, den Chef des Provinzrates von Kandahar, wiederholt als "reichlich korrupt und in den Drogenhandel verstrickt" ein. (Süddeutsche Zeitung, 20.11.2010: Wikileaks-Enthüllungen - Karsai schont Drogenhändler).

Und wie fast überall auf diesem Globus haben auch in Afghanistan chinesische Staatskonzerne längst mit dem Abbau strategischer Rohstoffe begonnen; darunter durch den Erwerb der Schürfrechte an der zweitgrößten Kupfermine der Welt (nach Chuquibambilla in Chile), Mes Ainak, ca 50 Km südöstlich von Kabul. Kabuls Regierung verspricht sich davon jährliche Einnahmen von ca 300 Mio Dollar p.a. ab 2016).

Was lässt sich sonst noch zum Baltikum an sich sagen? Zunächst vielleicht, dass die hier lebenden Völker sich deutlich stärker von einander abgrenzen als ich es mir früher vorgestellt hatte. Die dort ganz oben im Nord-Osten, die Esten, halten sich sehr viel auf ihre elektronische Modernität zugute und führen schon die Kabinettsrunden als vernetzte e-Konferenz, jeder Minister mit seinem Laptop auf dem Schoß – heißt es. Die nachbarlichen Letten werden von den Esten als bedächtiger (sagen wir mal: bäuerischer) angesehen. Die Letten zeigen dafür eine Spur mehr an Gemütsbewegung. Man könnte glatt sagen, sie lächeln auch schon mal. Letten und Esten haben dann aber auch Gemeinsamkeiten, die sie beide gegenüber Dritten betonen: die beiden nördlicheren sind weit überwiegend lutherisch protestantisch, während das südlich liegende Litauen so katholisch wie sein Nachbar Polen ist, statistisch. Da zählt dann eindeutig weniger, dass das Litauische und das Lettische wiederum sprachlich verwandt sind, wohingegen das Estnische zur finno-ugrischen Sprachfamilie gehört (Helsinki ist gerade mal 80 Km von Tallinn übers Meer rüber). Diese kurze Distanz hat sich übrigens auch an ganz anderen Stellen als sehr nützlich erwiesen, z.B. bei der finnischen Prohibition. Deren Auswüchse hatten sich auch nach 2004 noch nicht entscheidend geändert. Immer, wenn ich in den ersten Monaten in Tallinn zu tun hatte, einen kurzen Schlenker am Hafen vorbei machte, legte praktisch zu jeder Tageszeit eines der riesigen Fährschiffe aus Helsinki an oder machte gerade die Leinen los, um zum schnellen Sprint über die Ostsee nach Helsinki zu starten. Jedesmal ergossen sich hunderte finnischer Tagestouristen über die Altstadt von Tallinn. Sie hatten schon während der Überfahrt in den Restaurants an Bord kräftig steuerfrei zugelangt, korrigierten dann an Land den Promille-Wert noch einmal deutlich nach oben und nahmen am Abend die letzte Fähre wieder zurück nach Hause - als Gepäck Sixpacks mit estnischem Wodka und große Mengen an estnischem Bier. Die estnische Industrie – flexible wie sie ist - hatte sich nach der Unabhängigkeit schnell auf diesen besonderen Alkoholtourismus eingestellt und sogar Sonderbehälter für die finnischen Kunden entwickelt, um die 10 oder 20 Liter Trinkvorräte leichter an Bord schaffen zu können.

Aus meiner Reiseerfahrung mit Finnland aus Schülertagen habe ich gewisse (eher starke) Zweifel, daß ich je Estnisch als Teil des Finno-Ugrischen lernen werde. Zusammenhängende Ausdrücke werden mit Hilfe von Suffixen zu einem einzigen Wort verschmolzen - allerdings nicht ganz so lang, wie im Quetchua oder manchmal im Deutschen. Das so zu erzählen, deutet auch schon ein bisschen die Komplexität der Arbeit an. Ich sitze nun warm und bequem in der größten aller baltischen Städte, in Riga, erinnere mich jeden Tag an neue Details der deutschen Geschichte in dieser Weltgegend oder lese darüber und kann ohne

irgend besondere Anstrengung über Mauern und Burgen und Häfen aus den Gründungsjahren der Deutschen Ordensritter und der Hanse stolpern; auch über die Ruinen der feudalen Zisterzienser-Klöster. Alles ist mit den Erinnerungen an 700 Jahre deutsche Vorherrschaft, deutsche Oberschicht im Baltikum parfümiert – einschließlich des für mich nie begreiflichen NS-Intermezzos mit Ghetto und Völker-mord.

Fährhafen
Tallinn,
Fähren-Stau



Und dann kommt das Kaum-Glaubliche: bisher bin ich noch nicht an den oder die geraten, die deswegen ein Problem mit einem Deutschen oder den Deutschen oder Deutschland haben – anders als mit den Spaniern in Latinolandia. Eher im Gegenteil: selbst die Jahre des Hitler-regimes in dieser Region werden emotional irgendwie auch noch der sowjetischen Okkupation mit ihren fürchterlichen Gewalttaten und Demütigungen zugerechnet.

Eine 84-jährige ältere Dame, die notgedrungen immer noch in einem Museum außerhalb von Tallinn Aufsicht führt, weil sie ihre Rentenauszahlung gleich vergessen kann, hat ihre Familie in diesem Kriegs-Hin und Her zwischen SS und Sowjets verloren, wurde später nach Sibirien verschleppt und kam irgendwann auf wundersame Weise wieder nach Tallinn zurück. Diese Dame hört mich deutsch reden und gibt sofort Erläuterungen zu den Gegenständen in deutsch; kommt ganz rasch wieder in das Vokabular der Sprache zurück, die sie vor Jahrzehnten beherrschen musste und freut sich einfach riesig, daß in ihrem kleinen verstaubten Museum so ein Deutscher Interesse an ihrem Inventar zeigt.

Ich will das nicht überzeichnen, aber die Szene wiederholt sich hier gelegentlich und macht dann vielleicht auch verständlich, dass die anfängliche Befürchtung „wie mag denn das mit den drei ach so verschiedenen Sprachen gehen“ keine Befürchtung mehr ist – es geht eigentlich recht gut. Mit den Älteren radebrecht es sich auf Deutsch; mit den Jungen auf Englisch. Inzwischen habe ich zwar dennoch meine ersten Stunden Lettisch hinter mir, um am Wohnort Riga wenigstens einkaufen zu können und um ein paar Sprüchlein aufzusagen, so wie labrit (guten Morgen) oder paldies (danke) oder lūdzu (bitteschön) etc. und natürlich die Zahlen. Aber erstens ist das nur Lettisch und ich kann diesen Akt allein vom Zeitaufwand nicht noch mal für die beiden anderen Sprachen wiederholen, und zweitens wird es bei aller Sympathie nie bis zum Konversationsniveau wie im Spanischen oder Englischen reichen.

Selbst mein verstopptes Französisch wird immer noch weit präsentabler bleiben. Es passiert aber häufig genug: mit ein paar solcher Floskeln lässt sich ein Lächeln auf das Gesicht des Gegenüber zaubern.

Eigentlich gab es ganz zu Anfang noch eine kaum glaubliche Episode. Weil ich ja – wie ihr euch sicher gerne erinnert – gerade aus der kolumbianischen Karibik gekommen war und ab 2004 in den baltischen Winter geworfen werden sollte, hatten meine Chefs mir vor der offiziellen Ausreise eine Schnuppertour ins Baltikum bewilligt – wahrscheinlich mit der Absicht, mich sanfter an die osteuropäische Realität heranzuführen. Ein sehr willkommenes Angebot. Ich sah zum ersten Mal ein zugefrorenes Meer in der Rigaer Bucht.



zugefrorene Ostsee

Allerdings machte mich tatsächlich etwas anderes nachdenklicher als das zugefrorene Meer. Mein Vorgänger-Kollege fragte mich, ob ich ihn bei seiner anstehenden Fahrt nach Klaipeda (Litauen) begleiten wolle. Natürlich wollte ich. Ich wollte ja möglichst viele Überblicke und



viele Einblicke gewinnen. Wir fuhren also bei wenig Verkehr über ziemlich verschneite Straßen von Riga hinunter an die Memelmündung. Unterwegs kamen wir gleich zweimal von der Piste ab und landeten im Graben. Das eine Mal schafften wir es aus eigener Kraft wieder zurück auf die Straße.

unser Jeep rutscht vor Klaipeda von der Straße

Beim zweiten Mal mußten wir eine Weile warten bis ein Auto vorbei

kam, um zu helfen. Es gab keine Verletzungen und der Jeep (das Mercedes G-Modell, das die Bundeswehr in Afghanistan einsetzt) hielt alles aus. Wir schafften es nach Klaipeda. Warum mein Kollege hierher wollte, blieb mir allerdings verschlossen. Wir trafen dort niemanden außer ein paar nette Touristinnen, die sich wohl mit der Jahreszeit vertan hatten. Noch in derselben Nacht ging es wieder zurück nach Riga. Außer reflektierendem Schnee lernte ich eigentlich nichts über beide Länder. Meist waren es waldige Strecken und die wenigen Dörfer kaum beleuchtet; die in der Landschaft verstreuten Höfe noch weniger.

Nach den Erfahrungen der Hinfahrt fuhr ich diesmal lieber selber. Später in Riga steckte mir ein Mitarbeiter, daß der Kollege erst vor kurzem, im hohen Autofahreralter, in Riga seinen Führerschein gemacht hatte (als Latino vermutete ich: gekaufter Führerschein). Noch bedenklicher fand ich allerdings eine kleine Episode: wir hatten unterwegs tanken müssen. Mein Kollege hatte sein Geld vergessen. Er fragte, ob ich..., ja, ich hatte genug dabei. Eigentlich so, wie es gerne auch in Lateinamerika passiert. Nichts Schlimmes. Als ich dann bald darauf das Büro übernahm und die letzten Monatsabrechnungen durchblätterte, fand ich auch meinen Tankbeleg, der hier als Dienstreise abgerechnet worden war. Vielleicht ein Versehen; vielleicht ein Fall von erfolgreicher Akkulturation eines Westeuropäers an die hiesigen Verhältnisse. Jedenfalls sah ich mich ein bißchen gewarnt vor dem, was hier möglicherweise „üblich“ ist.

(Und tatsächlich mußte ich mich in den kommenden Jahren noch mit manchem solcher Akkulturationsvorgänge auseinandersetzen).

Am liebsten würde ich ja noch ein paar Worte über die Politik dieser Länder fallen lassen. Aber dann hört dieser Gruss gar nicht mehr auf. Immerhin soviel: viel Korruption (allerdings kein Alleinstellungsmerkmal, sondern so wie auch bei unserer TELEKOM, bei SIEMENS oder im berliner Verteidigungsministerium, nur mit stärkerer gesellschaftspolitischer Durchschlagskraft), kleine politische Elite, wenig Pressefreiheit (am freiesten allerdings in Estland), schwache Zivilgesellschaft; Unklarheit bei den meisten Menschen, was die EU-Erweiterung eigentlich wirklich für sie an Zugewinn bringen soll. Dahinter steht die in Brüssel wenig beachtete Frage nach der eigenen Identität der baltischen Völker. Schließlich sind Lettland und Estland erst durch die Wirren des I. Weltkriegs 1918 zum ersten Mal in ihrer Geschichte selbständige Staaten mit diesen beiden Namen geworden. Bis dahin hatten sich jede Menge Herren über diese Länder und Völker gemeldet: Dänen, Deutsche, Polen, Schweden, Russen. ...

Daher ging ein tiefes Aufatmen dieser Tage durch die drei Nationen als sie NATO-Mitglieder wurden und sich jetzt vor dem russischen Bären geschützt fühlen (der auch gleich von hoher politischer Warte die Zähne wegen der „militärischen Bedrohung“ so unmittelbar an der eigenen Westgrenze fletschte).

Kurz: alle diese offenen Fragestellungen lassen auch für meine Mannschaft und mich noch jede Menge Arbeit erwarten. Und die mache ich hier inzwischen eigentlich ganz gerne. Nicht zuletzt hat auch meine Kamera einiges zu tun. Es sind drei Länder mit herber Schönheit bei Schnee wie auch in der ersten Sommerhitze.

Das russische Zähnefletschen wird weitergehen und Estlands Präsident Ilves hat (lange vor der Ukraine-Krise) ein enormes, spektakuläres Freiheitsdenkmal mitten in Tallinn errichten lassen, um jeden Esten, aber auch jeden Russen daran zu erinnern, daß die Zeiten der Okkupation vorbei sind. Die Esten diskutierten untereinander heftig, ob das "Libertas-Kreuz", der Orden, der im Unabhängigkeitskrieg 1919 an Soldaten verliehen wurde, unbedingt diese Säule krönen muß. Die einen erinnert dieses Kreuz vehement an das Eiserne Kreuz der deutschen Wehrmacht, die anderen

sehen darin eine heutzutage überflüssige Provokation der Russen. Darüber erhitzt sich die Debatte, nicht über das Projekt an sich oder die Kosten.



Freiheitsdenkmal auf dem Freiheitsplatz in Tallinn, über den Ruinen der alten Burg

Zweiter Stimmungsbrief an die kolumbianischen Freunde

Riga, Winter 2004

Liebe Abus und Abeds, die baltischen Staaten sind seit ½ Jahr Vollmitglieder in der EU und wie zeigt sich das jetzt, werdet ihr neugierig fragen.

Zunächst für euch als Kaffeebauern in Nariño die wichtige Nachricht: es gibt auch kolumbianischen Kaffee hier in Riga zu kaufen. Was sich darüber hinaus Neues tut? Ja, es ist wieder mal Weihnachten. Im Büro – wie auch in Bogotá – die ziemlich betriebsame Zeit der letzten 2 Monate im Jahr. In den Straßen von Riga massieren sich die ruhigen Letten erst seit diesem Wochenende nervös und hektisch. Sonst halten die Pkw immer an den Strassenbahnhaltestellen, damit die Leute problemlos aus- und einsteigen können. Die Strassenbahn hat ihre Gleise in der Mitte der Fahrbahn. Aber jetzt kommt es vor, dass ein Wagen schnell an der Haltestelle vorbeibraust. Er könnte in Sekundenbruchteilen jemanden schwer verletzen. Ausser Hek-tik ist wahrscheinlich auch noch mehr Alkohol im Spiel als normalerweise. Tja, Weihnachten. In einigen Gegenden ausserhalb von Riga lag in den letzten Tagen schon der erste richtige Schnee. Ist besonders lustig, weil ich gerade einen Vortrag über Kolumbien mit den Fotos von der Karibik und vom Amazonas gehalten hatte. Wenn ich dagegen auf die weißen Bäume am Stadtrand von Riga schaue oder auf das zugefrorene Meer, dann kriecht immer noch eine Gänsehaut langsam von den Füßen hoch bis zu den Ohrläppchen

Schneebirke in Lettland
oder der Winter malt sich selbst

Was mich allerdings selber am meisten überrascht hat, war die tatsächliche Glätte vereister Wege. Selbst mit meinem schweren Mercedes-Jeep bin ich kürzlich von einem vereisten Feldweg in einen Graben gerutscht. Später habe ich gemerkt, das mein Kopf eine kleine Gehirnerschütterung davon getragen hatte. Nur mein Jeep hatte rein gar nichts. Allerdings kam er wie ein Kartoffelkäfer nicht mehr alleine vom Rücken auf die Beine. Und wer half? Ein Bauer, der in der Nähe seine kleine Kate bewohnt und vor allem einen kleinen Traktor zur Hand hatte. Während er und ein Nachbar sich mit meinem 2,5 Tonner abmühten, half mir die Bäuerin mit einem russischen Tee über den Schreck hinweg und lud mich zum Aufwärmen an ihren Holzofen. Sprachlich war da gar nichts ausser ein paar Mal „spasiba“ und ein freundliches

„Druschba“ und von meinen ganz frühen Bulgarien-Reisen noch während des Kalten Krieges war natürlich „Mir“ hängen geblieben. Sprachlich also wenig, aber menschlich sehr viel.

mein Jeep und
ein hilfreicher
russischer



Traktor: unterwegs im lettischen Winter

Ohne Probleme konnte ich 2 Stunden später den Wagen wieder Richtung Riga zurücksteuern. Schön langsam. Nur ein Außenspiegel war zu beklagen. Der ließ sich in Riga ersetzen. Dadurch blieb Zeit, die verschneite Eiskunst in den Ortschaften an der Strecke zu bewundern.

freie Eiskunst in Jelgava

In Rigas Strassen wurde ich dann gleich wieder auf die natürliche Schönheit der besseren Hälfte Lettlands gelenkt: da eilten die einheimischen Damen in Handschuhen und Schal gewickelt zum Einkauf. Aber manch eine mochte sich noch nicht von der Sommerkollektion trennen und zeigt außer ihren hübschen Beinen auch noch ihren Rest von Sommerbräune, die dann aber doch schon einen deutlichen Stich ins Bläuliche annahm...



Und sonst? Bei mir in der Wohnung fließt das warme Wasser immer noch sehr spärlich, dafür ist jetzt aber die städtische Zentralheizung eingeschaltet und es bildet sich kein Eis mehr an den Fenstern. Mein Haus wird seit 6 Wochen renoviert. Der Giebel ist jetzt fertig. Die Strassenseite wohl in wenigen Tagen, dann hat das Haus eine rötlich-orangene Aussenansicht mit wiederhergestellter Jugendstilfassade. Was ist daran wichtig? Es ist das kleine Wunder, daß an meinem Haus die Fassade restauriert wird, obwohl auch dieses Gebäude in seinen allgemeinen Teilen Kommunalbesitz ist (Hausflur, Dach, Fassade), aber jede einzelne Wohnung ihren Besitzer hat, der innen alles bis zu seiner Wohnungstür modernisieren kann, dann aber seine Wasserleitung und seine Stromleitung nicht auf europäischen Standard aufrüsten kann, weil er dazu in den Hausflur muß – und dort stehen alle anderen Wohnungsbesitzer und können sich nicht über die Kostenverteilung einigen (ich hatte schon einmal angedeutet, daß damit ein wirklich großes soziales Problem verbunden ist). Irgendwann müssen wir das mal zum Thema einer Veranstaltung machen. Wichtig ist natürlich auch, daß Miriam jetzt für 3 Monate bei mir einziehen kann, um hier in Riga bei der Handelskammer ihr Praktikum abzufeiern. Ich hoffe, ihr wird es ebenso gefallen, wie letztes Jahr die Zeit in Bogotá.

*Teppich-Frühstück mit Miri
in der Stabu iela, Riga*



Im Folgenden sind diese ersten Eindrücke über die Zeit der kommenden fünf Jahre erweitert, vertieft, bestätigt und umformuliert worden. Und immer als Teilantwort auf die Kernfrage:

"Was wollten wir eigentlich erreichen?"

AUSSENPOLITIK BEDEUTET EIGENINTERESSEN SICHERN - AUCH IN DEN BALTISCHEN STAATEN

„Die Enttäuschung war groß in Brüssel und anderen Hauptstädten in der EU, als die Regierung der Ukraine erklärte, sie stoppe den Abschluss des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der EU. Die Union war in den vergangenen Wochen immer weiter auf den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch zugegangen. Das Abkommen hätte die Ukraine wirtschaftlich und politisch enger an die EU gebunden. Als größtes Land zwischen der EU und Russland bietet sie mit ihren 46 Millionen Einwohnern einen **interessanten Markt**. Die Ex-Sowjetrepublik verfügt über **nährstoffreiche Böden, Rohstoffe** und ein wichtiges Pipeline-Netz für **Öl und Gas**.“ - so hieß es am 21. Nov. 2013 in der deutschen Tagesschau.²⁹

Da klingt weder etwas an von Menschenrechten oder Demokratieförderung oder Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung. Es geht einzig und allein um die Interessen derer, die in der EU das Sagen haben. Im Kreml denkt man genau in dieselbe Richtung, nur mit russischem Vorzeichen. Deswegen soll die Ukraine nicht hinüber in die EU abgleiten. Deswegen Putins Druck auf Janukowitsch, die Assoziierung fallen zu lassen. Wenn die Ukraine nicht Teil des „Neuen Russland“ werden will, soll sie wenigstens ein klassisches Zwischenraumland sein. Der nüchterne Beobachter dieser angespannten Entwicklung zwischen EU und Russland auf Kosten der Ukraine (und darüber hinaus) darf sich mit den Menschen solidarisieren, die diesen Machtkampf ertragen und erleiden müssen. Die sind allerdings oft genug von der jeweiligen Propaganda so verunsichert und verblendet, daß sie ihre eigenen Interessen nicht mehr erkennen und sich in einen Bürgerkrieg einspannen lassen, der nicht der ihre ist.....

Die im Tagesschaubericht von Ende 2013 genannten Gründe und Motive, sich als EU mit dem Zwischenraumland Ukraine zu befassen, sind die gleichen Gründe, die auch 10 Jahre zuvor eine völlig überhastete Integration von gleich 10 Ländern in die damalige EU der 15 bewirkte hatte. Zu diesen 10 neuen Mitgliedern gehörten auch die drei baltischen Staaten. Etwa wiederum 10 Jahre zuvor waren die beiden Skandinavien Finnland und Schweden der EU beigetreten. Damit hatte vor allem Estland durch seine äußerst enge Beziehung zu Finnland sehr guten Anschauungsunterricht, wie sich eine solche EU-Mitgliedschaft entwickeln kann. Estlands Politiker und viele seiner Bürger nutzen den finnischen und schwedischen Anschauungsunterricht, da sie sich ja eher als Skandinavien denn als Balten verstehen. Schon im vergangenen Jahrzehnt konnten Ähnlichkeiten zwischen der estnischen und der finnischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik beobachtet werden (schließlich wurde einiges an finnischem Kapital in Estland investiert). Anders als in beiden baltischen Nachbarländern erinnert

29 Das 1200 Seiten starke Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine wurde bereits seit 2007 verhandelt. Beim EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 wurde es verabschiedet und nur drei Monate später, am 30. März 2012 paraphiert. Im November 2013 lehnte es der ehemalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch dann überraschend ab, den Vertrag zu unterzeichnen - und löste damit landesweite Proteste aus. 2014 folgten die Maidan-Demonstrationen, die Annexion der Krim, der Krieg in der Ost-Ukraine. Und Mitte September 2014 die Aufschiebung des Freihandelsabkommens zwischen Ukraine und EU auf vielleicht 2016, um Putin nicht „unnötig zu reizen“.

man sich in Estland deutlicher an die Entwicklungen in Finnland und auch in Schweden und welche Außenpolitiken für das jeweilige Land die meisten Vorteile gebracht hatten. Das war immer mit einem Tanz auf sehr dünnem Eis verbunden gewesen. Vor allem Schwedens Neutralität im II. Weltkrieg – die erstaunlicherweise von der Wehrmacht respektiert worden war, obwohl Hitlers Armee und Flotte gerade wegen des schwedischen Erz aus Kiruna den norwegischen Ausfuhrhafen Narvik angegriffen und Norwegen und später auch Finnland 1945 mit viel verbrannter Erde zurückgelassen hatten. Noch deutlicher vor Augen hat man in Estland die Rolle Finnlands als Zwischenraumland nach dem II. Weltkrieg, als geopolitische Schnittstelle zwischen Ost und West. Und Finnlands Politiker hatten die damit verbundenen Herausforderungen ziemlich elegant miteinander in Einklang bringen können. Finnlands "ewiger" Präsidenten Kekkonen hatte eine kluge Annäherung an das prosperierende (neutrale) Schweden und damit an Westeuropa betrieben und viele der finnischen Arbeitslosen hatten sich in diesen schwierigen Jahren mit Erfolg in den schwedischen Arbeitsmarkt integrieren können. Dabei war die finnische Wirtschaft in der Nachkriegszeit praktisch nur von den beiden Exportprodukten Holz und Papier abhängig und mit 25% Exportanteil vor allem von der Sowjetunion. Mit seinen Produkten stand Finnland in starker Konkurrenz zu Schweden und hatte die weltweit bekannten industriellen Innovationen - vor allem den modernen Schiffsbau und die Elektronikproduktion von Nokia - ja noch weit vor sich. Bei der Einarbeitung in meine neue, baltische Rolle hatte mir immer Finnlands Balance-Politik und sein Beitritt zum Nordischen Rat (1952) vor Augen gestanden und die dabei erreichten äußerst positiven Wirkungen für dieses über lange Zeit arm gebliebene Land.

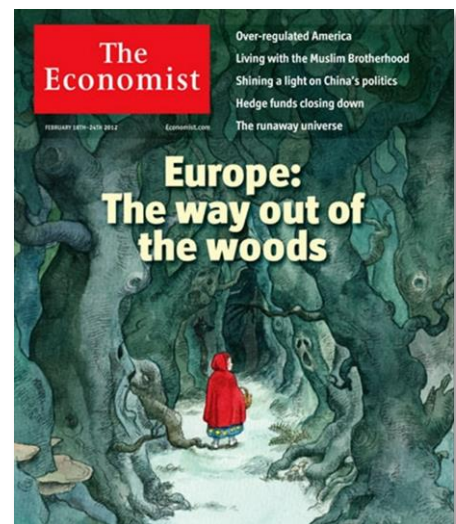
Nur, bis auf Estland blieben die baltischen Politiker endlos lange blind auf dem skandinavischen Auge, strebten weder außenpolitische noch außenwirtschaftliche Ausgewogenheit zwischen West und Ost an. Die politische wie die wirtschaftliche Elite besonders in Lettland und in Litauen spekulierte mit der Angst vor möglichen Repressalien und mit dem großen Schatten ihres russischen Nachbarn und brachte damit die Volksmeinung für einen strikten Anschluß an Westeuropa hinter sich. Gleichzeitig hypnotisierten sich die neuen/alten politischen und wirtschaftlichen Eliten selbst mit den zahllosen Hilfsprogrammen, die Brüssel ständig vor sich herträgt, um diese Eliten für sich zu ködern. Das Ködern fiel in den Jahren vor 2004 nicht schwer, denn es wurden kaum ernsthafte Gegenleistungen von den Erweiterungsstaaten abverlangt und wenn sie verlangt wurden, wurden sie selten genug kontrolliert (wenn auch nicht ganz so krass, wie im Fall Griechenlands). Das sah ich dann allerdings erst als ich nicht nur die touristischen highlights im Baltikum anfahren konnte, sondern mit den real existierenden politischen Strukturen zusammenarbeiten sollte und täglich merkte, wieviel politische DNA aus sowjetischen Zeiten noch in diesen staatlichen Strukturen steckte. Dazu bietet jedes der folgenden Kapitel seine Beispiele. Diese Beispiele sollen nicht die Attraktivität in Kunst, Kultur, Geschichte der baltischen Region klein reden. Im Gegenteil: sie könnten der manchmal omnipotent auftretenden EU-Bürokratie zur Selbstreflektion dienen, damit manche strukturelle Verzerrung in den osteuropäischen Ländern klarer erkannt, korrigiert und damit letztlich die politischen Überlebenschancen der gesamte EU verbessert werden - auch wenn die Zeichen für letzteres im Jahr 2015 nicht sonderlich gut stehen.....

UNSERE DEUTSCH-BALTISCHEN DIALOGE als Plattform für eine offene Gesellschaft

Die außenpolitische Bedeutung der baltischen Länder ergibt sich aus ihrer geostrategischen Lage und aus den letztlich jahrhundertelangen politischen, kulturellen, ökonomischen Beziehungen zum Zarenreich, zur Sowjetunion, zu Russland. Dazu müssen in der heutigen Zeit, in der Zeit einer Europäischen Union, mehr denn je die innenpolitischen Verhältnisse passen. Das ist die Frage nach der politischen Kultur. Sind die baltischen Staaten oder der eine oder andere von ihnen Demokratien im westeuropäischen Sinne; sind sie oligarchisch geprägt wie der große Nachbar Russland oder die Ukraine oder gar autokratisch, wie Weissrussland? Sind sie autoritär organisiert wie die Türkei unter Erdogan? In Lateinamerika hatte ich über viele Jahre sehr unterschiedlich verfasste Staaten kennengelernt und mich darin jeweils eingerichtet: die Militärherrschaft in Peru; die sozialfeindliche Militärdiktatur in Chile; den Autoritarismus unter Uribe in Kolumbien; die kleptomatische Cliquenerrschaft in Haiti und einiges mehr. Ohne einen klaren Blick auf diese politische Verfaßtheit der baltischen Staaten, würde auch keine gute gesellschaftspolitische Arbeit für uns als Friedrich Ebert Stiftung möglich sein.

2004 /2005 fühlte ich mich sehr verwandt mit einem Rotkäppchen, das seinen Weg ziemlich verloren durch einen dunklen Problem-Wald finden muß, voller dicker Problem-Bäume. Wir organisierten den sogenannten „Deutsch-Baltischen Dialog“ (*D-B-Dialog*) mit hochrangigen Teilnehmern (wie es in der FES-Sprache so nett heißt). Sie sollten sowohl mir als auch vor allem sich selber und sich gegenseitig helfen, durch den dunklen Problemwald der EU-Entwicklung den richtigen Weg zu finden. Im Juni 2014 merkte ich, daß auch 10 Jahre später der estnische Staatspräsident Ilves noch immer dieselben großen Bäume vor sich sah, wenn er in seiner Eröffnungsrede der internationalen Lennart-Meri-Konferenz gleich zu Anfang betonte: *“For Europe's response to be credible, we must, among other things, deal seriously with corruption in business and make money laundering impossible in Europe.”* Ilves dachte dabei an Zypern und Griechenland, weniger an das Baltikum, aber auch an das Baltikum. Ilves sieht durchaus diese anhaltenden Probleme als sicherheitsrelevante Aspekte einer Europa-orientierten Außenpolitik. Was 2014 mit Russlands Einverleibung der Krim geschah und natürlich von Ilves und der übrigen internationalen Teilnehmerschaft der Konferenz als völkerrechtswidriger Akt angesprochen wurde, lag auch 2004/2005 als zentrale außen- und sicherheitspolitische Frage auf dem Tisch unserer D-B-Dialoge.³⁰ Die baltischen Teilnehmer unserer verschiedenen Dialoge hatten immer wieder das Menetekel einer russischen Invasion ins Baltikum an die Konferenzwände gemalt.

Titel von The Economist, Feb. 2012



³⁰ Die 7. Lennart Meri Conference, Tallinn, 25.4.2014: “The security of mare nostrum and beyond: the return of northern Europe to the world scene?”

(dazu aus einem ER-Brief 2008:)

Den D-B-Dialog organisieren wir nur für einen kleinen Kreis von etwa 30 ausgewählten Politikern und Politikwissenschaftler aus Deutschland und den drei baltischen Staaten, wobei wir den Veranstaltungsort reihum durch die vier Länder wandern lassen. Der politische Dialog wird sehr deutlich wahrgenommen, am deutlichsten in Estland. So gehört u.a. zu unseren regelmäßigen Teilnehmern Toomas Hendrik Ilves, und gehört weiterhin dazu, auch wenn er jetzt estnische Staatspräsident ist – und zwar nicht nur als „Begrüßungsonkel“, sondern als Referent, der während der ganztägigen Veranstaltung anwesend bleibt und zum Dinner in seinen Amtssitz in Tallinn einläd.

Diese hochrangige Veranstaltungsreihe kann ich meiner Zentrale in Bonn natürlich bestens als politisch sehr relevant „verkaufen“ und mir damit für mein sonstiges Programm den Rücken stärken. Denn tatsächlich bin ich nur begrenzt überzeugt, daß diese allgemein anerkannte gesellschaftspolitische Arbeit auch langfristig die größte Wirkung zur demokratischen und sozial gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft entfaltet. Mir ist daher die Arbeit mit den noch sehr schwachen Organisationen der Zivilgesellschaft mindestens ebenso wichtig und insbesondere die Zusammenarbeit mit der gesellschaftspolitisch interessierten Jugend, die in die neuen europäischen Verhältnisse hinein wächst. In allen drei Ländern lege ich auch gegenüber meinen Mitarbeitern gerade auf diese Bereiche viel Wert und treffe dabei keineswegs in jedem Büro auf sofortige Zustimmung - am aufgeschlossensten ist die Büroleiterin in Tallinn. Schließlich gehören sie alle zu der Generation, die in der Sowjetzeit sozialisiert wurde und da wurde nur von oben nach unten gedacht. Der umgekehrte Prozeß – aus der Gesellschaft heraus den politischen und wirtschaftlichen Prozeß zu beeinflussen / mitzugestalten – war damals staatsfeindlich und konterrevolutionär und wird von allzu vielen auch jetzt noch so empfunden. Teilweise geht den aus der Sowjetzeit stammenden politischen Seilschaften heute das Verständnis ab für eine erheblich komplexere Außenwelt als noch zur Sowjetzeit. Außenpolitische und sicherheitspolitische Beispiele dafür sind etwa der Georgien-Krieg von 2008 und der Cyberkrieg, den Russland gegen Estland (und die NATO) 2007 angezettelt hat. In beiden Fällen läßt sich allerdings auch ohne allzu große Schwierigkeiten von kalkulierter Provokation der georgischen wie auch der estnischen Regierung sprechen. Zumindest haben sie wenig getan, um die Regierung Putin von intensiven Aktionen abzuhalten. Beide Regierungen hatten auf die NATO gesetzt (s.u., S.120: Durch die baltische Brille: Georgien-Krieg 2008.....).



Deutsch-Baltischer Dialog mit
Präsident Ilves, ER, dt.
Botschafter u.a.m.
(hier: in Tallinn)

Nette Fußnoten kann es bei aller Ernsthaftigkeit unserer Debatten immer auf der persönlichen Ebene geben: zu einem der Dialoge in Tallinn war ich wegen des Sommerwetters im Hemd unterwegs, sah dann Präsident Ilves in seinem üblichen Dienstanzug den Saal betreten und fragte den Leiter des Estnischen Politik-Instituts,

wo ich mir auf die Schnelle irgendein Sacko kaufen könnte, um bei der Veranstaltung nicht „halb-nackt“ neben dem Staatspräsidenten zu sitzen. Andres Kasekamp reagierte mehr als schnell und lieh mir sein Sacko

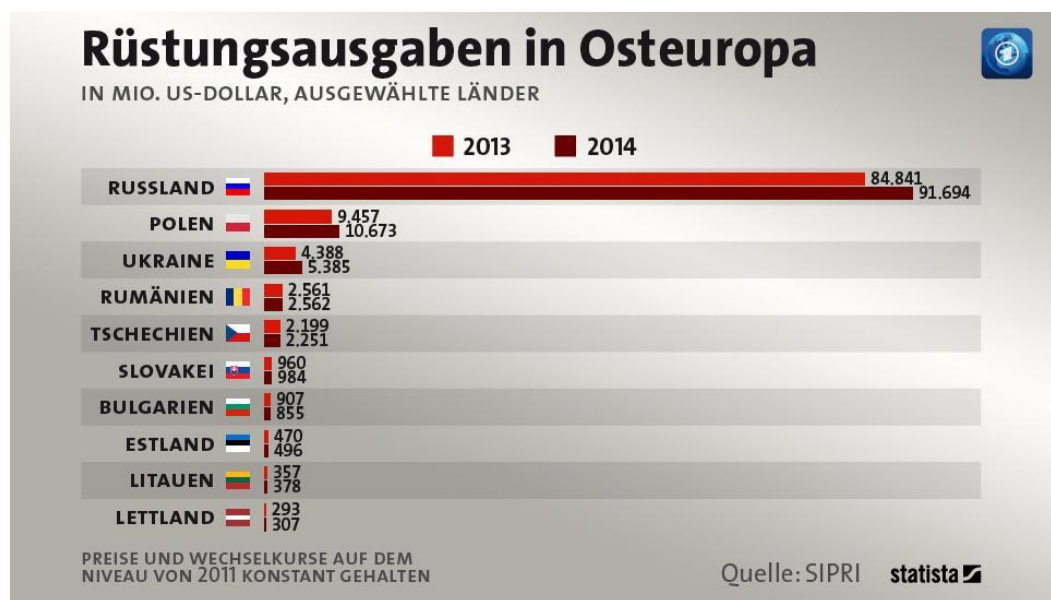
D-B-D-Thema:

Ist die Ukraine-Krise die große Herausforderung für die baltische Region? oder entstehen an falscher Stelle falsche Ängste?

Die Frage nach der Rolle des Zwischenraumländes Ukraine war irgendwie immer auch Bestandteil der verschiedenen Deutsch-Baltischen-Dialoge, egal in welchem der drei baltischen Länder die Veranstaltung stattfand oder ob wir zusammen mit der Stiftung Wissenschaft und Politik nach Berlin eingeladen hatten. Deswegen bin ich selber nicht überrascht, daß seit 2014 die Ukraine-Krise Unruhe, Unwohlsein, Ängste bei der baltischen Bevölkerung ausgelöst hat. Neu war natürlich, daß die NATO-Länder gemeinsame Übungen und das Manöver *Sea Breeze* im Oktober 2014 als Beruhigungsmaßnahme im Baltikum durchführten. Die USA stellten das größte Kontingent, auch die Bundeswehr war mit einer Handvoll Uniformierter anwesend. Die deutsche Kanzlerin reiste nach Riga, um zu sagen, wenn es wirklich mal nötig werden sollte, stehen wir hinter euch. Der lettische Verteidigungsminister Vejonis denkt, wie weit weg ist „hinter euch“ und fragt seinen Gast, ob die großen NATO-Staaten den kleinen baltischen NATO-Staaten nicht ein bisschen konkreter in Qualität und Umfang ihrer Abschreckungs-Aufrüstung helfen wollten..... Die Kanzlerin sagt es nicht, aber denkt sicher an die Meldung der Tagesschau vom November 2013: „die Ex-Sowjetrepublik Ukraine verfügt über nährstoffreiche Böden, Rohstoffe und ein wichtiges Pipeline-Netz für Öl und Gas.“ Ein ausgewachsener Krieg dort in der Ukraine würde den Kalten Krieg zurück bringen und den Zugriff auf die Reichtümer der Ukraine verbauen. Also klingen die Solidaritätserklärungen der Kanzlerin im August 2014 in Riga außerordentlich verhalten, um Russland nicht zur Intensivierung seiner militärischen Aktionen auf ukrainischem Territorium zu nötigen und erst recht nicht, diese auf baltisches Territorium auszuweiten. Da hat der Westen schon akzeptiert, daß die Krim Teil der Russischen Föderation geworden ist.

Mehr als 10 Jahre seit der offiziellen und vollen EU-Mitgliedschaft, finden sich die baltischen Staaten im Schatten der Ukraine-Krise unverhofft in einer eigenwilligen Situationen wieder: zwar im Blickfeld deutscher Außenpolitik, aber nicht im Visier. Im Visier ist allein Russland. Das ist überdeutlich, wenn Frau Merkel unaufgeregt immer denselben Refrain zu wiederholen scheint: *Rache an Putin, Vergeltung für ...* - für was eigentlich? Etwa dafür, daß Herr Putin seinem Volk wieder irgendeinen Selbstwert zu geben versucht - nach dem ganzen Jelzin-Spektakel mit super-korrupten, aber US-befreundeten Oligarchen, wie Chodorkowski und nach Obamas eigentlich dümmlichem Versuch, Russland als globale Provinz öffentlich klein zu reden? Das gelingt leider immer am schnellsten mit theatralischem Waffengeklirr - in das nicht nur deutsche Unternehmen, wie Rheinmetall und Heckler & Koch intensiv verwickelt sind.³¹

31 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr.: „Rüstungsexporte nach Russland“ BT-Drucksache: 18/1076, 2014



Die Bundeskanzlerin ist allerdings nicht politisch unsensibel gegenüber der gespaltenen Stimmung in der deutschen Bevölkerung: schon wenige Wochen nach dem Riga-Besuch und nach der heftigen Putin-Schelte beim G-20-Gipfel in Brisbane (Australien) richtet die Bundesregierung eine Doppelstrategie gegen Russland aus: die Kanzlerin übernahm eindeutiger die Rolle der Putin-Kritikerin und der Außenminister die Rolle dessen, der differenziert den Dialog mit dem Kreml aufrecht erhält (good guy – bad guy). Der Stellenwert der baltischen Länder bleibt davon unberührt. Der Stellenwert der baltischen Länder würde sich allerdings deutlich verbessern, wenn die Kanzlerin ihre allerjüngste Wende zielstrebig weiterverfolgen würde: beim Weltwirtschaftsforum im Januar 2015 in Davos schaute sie endlich über die Ukraine-Krise hinaus mit einer sehr konstruktiven Antwort auf Putins Vision während dessen München-Besuch 2010. Damals hatte er noch als russischer Ministerpräsident von einem "gemeinsamen Kontinentalmarkt" gesprochen und von „der Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“. In Davos erinnerte sich die Kanzlerin an diesen Vorschlag:

"Es wäre wünschenswert, auf der Basis des Minsker Abkommens erst einmal eine gewisse Stabilität herzustellen und dann in einem größeren Rahmen zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Union zu überlegen, welche Kooperationsmöglichkeiten haben wir in einem Wirtschaftsraum, der ja selbst von Präsident Putin benannt wurde, von Wladiwostok bis Lissabon, zu kooperieren. Das muss ja unser Ziel sein. Ich hoffe, dass sich da Möglichkeiten ergeben."

Wie schon gesagt: Die außenpolitische Bedeutung der baltischen Länder ist weniger an die Ukraine-Frage gekoppelt als vielmehr an ihre geo-strategische Lage und an jahrhundertelange politische, kulturelle, ökonomische Beziehungen zum Zarenreich, zur Sowjetunion, zu Russland – und ebenso intensiv zu Westeuropa (Deutschland, Schweden). Die Haltungen und Reaktionen der baltischen Regierungen zur Ukraine-Krise und zur Vorgängerkrise in Georgien lassen allerdings nicht erkennen, daß man dort schon die kontinentale Vision Wladiwostok-Lissabon teilt.

D-B-D-Thema:

Durch die baltische Brille: Der Georgien-Krieg 2008 besaß Test-Charakter für die Ukraine-Krise 2014

Für die baltischen Beobachter des 2008 erfolgten Georgien-Krieges blieb die eigene baltisch-sowjetische Geschichte der Bezugspunkt. Daraus ergab sich bei der Ukraine wie zuvor bei Georgien eine grundsätzliche Schuldzuweisung an Russland und eine nicht hinterfragte Aufforderung an die NATO-Gremien, schnellstmöglich zumindest Georgien und Ukraine in das Militärbündnis zu integrieren. Aus Sicht eines politischen Beobachters hätte den gezeigten Reaktionen schon 2008 mehr Professionalität und weniger Emotionalität gut getan – zumindest, wenn ein langfristiges Kooperationsinteresse zwischen EU und Russland der Maßstab ist und nicht der (bewusste) Rückfall in atavistische Konfliktlösungen mit dem Säbel. Die Diskussionen im baltischen Raum bewegten sich sehr eng entlang der vordergründigen Schuldfrage, aber zu wenig mit Blick auf die historische Gemengelage in der Kaukasus-Region oder mit Blick auf die Entwicklungsszenarien der kommenden 15-20 Jahre. Georgiens Präsident Micheil Saakaschwili tat sich daher nicht schwer, die baltischen Staaten um militärische Unterstützung zu bitten. Eine Vertreterin des lettischen Außenministeriums erläuterte, der Ausdruck "militärische Unterstützung" könne sowohl die Entsendung von Soldaten als auch die Bereitstellung von Ausrüstung beinhalten. Aus Estland waren Gerüchte zu hören, wonach die Entsendung von freiwilligen Soldaten im Rahmen einer "inoffiziellen humanitären Mission" nach Georgien vorbereitet würde. Die Regierung unterband allerdings diese Mission sehr schnell, um nicht in ernsthaftere Schwierigkeiten zu geraten. Aktiv wurden die baltischen Länder unmittelbar nach dem 8.8.2008 dennoch, vor allem auf zwei Ebenen:

- a) Technische Hilfe gab es auf Saakaschwilis Bitte um militärische Unterstützung in Form von **finanzieller Unterstützung** (ca. 190.000 Euro Spenden aus Estland; ca. 217.000 Euro Spenden aus Litauen), **humanitärer Hilfe** (Rotes Kreuz) und **militärischer Hilfe** in Form eines Minensuchtrupps aus Estland und Unterstützung bei der Abwehr von russischen Cyber-attacks durch Entsendung von zwei estnischen Cyber-defense Experten.³²
- b) zur politischen Unterstützung stellten sich alle drei baltischen Regierungen zunächst unisono hinter die US-Positionen (darunter: Ausschluss Russlands aus der G8-Gruppe; kein WTO-Beitritt für Russland; Stornierung der PCA-Gespräche mit Russland – also kein weiteres *Partnerschafts- und Kooperationsabkommen* zwischen EU und Russland). Sie sahen sich dabei an der Seite der polnischen Regierung (wegen der geplanten Raketenstellungen ohnehin fest an Amerikas Seite), aber auch in Einklang mit Schweden und Grossbritannien sowie der Ukraine. Besonders sichtbar wurde dabei die sofort am 9. August veröffentlichte **Solidaritätserklärung** der baltischen und des polnischen Präsidenten. In ihr wird die Rolle Russlands in

32 im Fall von Estland besteht eine besondere Beziehung zu Georgien. Denn Präsident Mikheil Saakaschwili ist ein grosser Bewunderer des estnischen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik einschliesslich der flat-rate Besteuerung. Entsprechend hatte er die unterschiedlichsten estnischen Experten als Berater in sein Land eingeladen

diesem Konflikt verurteilt und eine allgemeine Neubewertung der Beziehungen zwischen der EU und der Russischen Föderation angemahnt.

Joint Declaration on the situation in Georgia by the Presidents of the Baltic States and the Republic of Poland

.....

We regret that not granting of the NATO's Membership Action Plan (MAP) to Georgia was seen as a green light for aggression in the region. We believe that the EU and NATO as the key organizations for European and Transatlantic stability and security should play a leading and crucial role in securing freedom, security and prosperity of countries not only in the EU but also in the neighboring European area. It is a litmus-test for the credibility of the EU and NATO to solve the conflict in its immediate neighborhood and to prove for all EU and NATO members, aspirant countries and democratic partners that it is worth being members and partners of these organizations. This Declaration is open for the accession by the leaders of other democratic countries.

President of the Republic of Estonia Toomas Hendrik Ilves

President of the Republic of Latvia Valdis Zatlers

President of the Republic of Lithuania Valdas Adamkus

President of the Republic of Poland Lech Kaczynski

Über die hier vorgetragene Forderung, Georgien hätte in die NATO aufgenommen sein sollen, dann wäre es nicht zu dem Krieg gekommen, kann man möglicherweise noch streiten. Dreistigkeit und Wahrheitsklitterung steckt allerdings in dem Aufruf sogenannter lettischen NGOs, wie er unmittelbar nach den Ereignissen in Südossetien veröffentlicht wurde:

08.08.2008

Latvian NGO call Latvian government to support Georgia!

Latvian Transatlantic Organisation, joined by Latvian Transatlantic Youth Club, European Movement in Latvia, GLEN Latvia and Latvian Platform for Development Cooperation, is calling upon the President of Latvia, the Government of Latvia and the Parliament of Latvia to immediately clearly state their opinion in the Latvian and international public arena regarding the events which have happened during the last 24 hours in Georgia. We believe that one should not take into account the disinformation of the public opinion performed by the Russian mass media and state institutions. We ask to provide maximal support to Georgian government with regulating the conflict so that it becomes possible to cease the warfare. We also encourage the Latvian government to ask Russian government not to permit illegal entrance from the territory of Russian Federation into the territory of Georgia of armed groupings of volunteers which support the aggression of separatists.

.....
In the name of Latvian NGOs,
LATO Secretary General
Sandis Sraders



Dabei assoziieren Logo und Organisationsname nicht zufällig die große Nähe zur NATO, erhält die lettische LATO doch materielle Unterstützung vom Verteidigungsministerium und von der NATO. Die lettische LATO versuchte den

Eindruck zu erwecken als stünde die gesamte lettische Zivilgesellschaft unisono hinter der Regierungsposition und veröffentlichte noch am 8. August 2008 diesen Pro-Georgien-Text, der vom LATO-Generalsekretär (Sandis Sraders) im Namen alle lettischen NGOs unterzeichnet wurde. Nur wusste praktisch keine der echten lettischen NGOs von dieser Aktion und die große Mehrheit von ihnen hätte sich zweifellos nicht auf diese schlichte Weise in das unkalkulierbare Fahrwasser von Präsident Saakaschwili hineinziehen lassen.³³

(aus einem ER-Brief vom August 2008:)

Durch die baltische Brille gesehen bietet der Georgien-Krieg vom August 2008 also einige wichtige Lektionen, die weniger mit den Kriegshandlungen und den völlig unnötigen Menschen- und Materialopfern in Südossetien und Abchasien zu tun haben. Die Lektion bezieht sich vielmehr auf das Verhalten der baltischen Regierungen mit Sowjetvergangenheit als in Georgien ein "frozen conflict" sehr nahe daran war, zu einem heißen Stellvertreterkrieg zu eskalieren. Denn 2008 waren die Balten schon NATO-Mitglieder und wären im Zweifelsfall bündnispflichtig, will heissen, sie müssten sich bei einer weiteren Eskalation auf ihren direkten militärischen Einsatz einstellen. Genau das wollen - nach den bisherigen Soldatenopfern in Afghanistan - nicht einmal die anti-russischen Hardliner in den baltischen Ländern. Dennoch reisten die Präsidenten / Ministerpräsidenten der drei baltischen Staaten zusammen mit ihren Kollegen aus der Ukraine und aus Polen nach Tiflis, um dort Präsident Saakaschwili ihre Solidarität zu demonstrieren und veröffentlichten unmittelbar nach dem russischen Einmarsch die oben zitierte scharfe Protesterklärung.

Gerade auch durch die baltische Brille betrachtet gehören die russischen Massnahmen in einen grösseren Kontext. Die drei baltischen Staaten und ihre Gesellschaften können sehr leicht die unmittelbarsten Betroffenen der militärpolitischen wie der energiepolitischen Massnahmen Russlands sein, wenn es um russische "Gegenschläge" gegen die langjährigen NATO- und EU-Initiativen entlang der russischen Außengrenzen geht. Im politischen Alltag geben sich hochrangige Politiker im Baltikum jedoch reichlich naiv, wenn sie mit den Erfahrungen des Georgien-Krieges vor Augen gegen Präsident Obamas Entscheidung protestieren, der die Raketenstellungen in Polen und Tschechien nicht errichten wollte. Der litauischen politischen Führung schien es 2008 nicht wichtig zu sein, dass Präsident Medwedjew daraufhin auch die geplanten russischen Raketenstellungen in Kaliningrad von der Liste streichen wollte. Kaliningrad und Vilnius liegen gerade einmal 360 Km auseinander.

Auch der russische Aussenminister Lawrow hatte inmitten der Grossen Finanzkrise an die baltischen Politiker ein paar bedenkenswerte Signale gesendet, ohne dass solche russischen Gedankenspiele eins-zu-eins zu übernehmen wären. Aber der Ton klingt eindeutig anders als das unreflektierte baltische Aufbrausen und trifft weit mehr die Zwischentöne in Präsident Obamas ersten Briefen an Präsident Medwedjew³⁴, in denen es (versuchsweise) um Spannungsabbau in den grossen Krisengebieten hinter der Südgrenze Russlands geht:

Lawrow-Text (Auszug):

³³ <http://www.lato.lv/html/en/activities/newslit/27443.html>

³⁴ The letter to President Dmitri A. Medvedev was hand-delivered in Moscow by top administration officials three weeks ago (beginning of Feb). It said the United States would not need to proceed with the interceptor system, which has been vehemently opposed by Russia since it was proposed by the Bush administration, if Iran halted any efforts to build nuclear warheads and ballistic missiles. (The New York Times, Washington, 2.3.2009)

"Den Luxus geopolitischer Spielchen können wir uns nicht länger leisten, denn wir alle stehen vor Herausforderungen, die unsere Bürger unmittelbar berühren. Deshalb sollten wir die Probleme nicht mehr ideologisieren, wir sollten stattdessen die eigenen nationalen Interessen ehrlich formulieren, die legitimen Interessen der Partner verstehen, keine versteckte Agenda mehr haben, wobei das eine gesagt, hinterrücks aber etwas anderes getan wird. Die Signale, die wir empfangen, deuten darauf hin, dass unsere westlichen Partner auf gleiche Ziele zusteuern."³⁵

Wir wissen aus der Geschichte und wir wissen spätestens seit der sog. Ukraine- und Krim-Krise von 2014, daß auch solche moderaten Töne, wie bei Lawrow, oft hohle Worte sind. Die eine Weltmacht beißt sich ein Stück vom Nachbarland ab, wenn sie das Bedürfnis verspürt. Die andere Weltmacht stampft enpört mit dem Fuß auf und schickt 3 weitere Kampfflugzeuge ins Baltikum. Gleichzeitig werden unter der politischen Gürtellinie Aufregerthemen weggemäuselt, wie die Gefangenen-"Betreuung" von Terrorismus-Verdächtigen durch die CIA in einem Lager nahe bei Vilnius und in Polen – wahrscheinlich, weil Guantanamo schon zu sehr im Licht der internationalen Öffentlichkeit stand. Diese mehr als anrühige Solidarität mit der US-Regierung bestritt der litauische Aussenminister Vygaudas Usackas allerdings auf so plumpe Weise, daß die Staatspräsidenten Dalia Grybauskaite sich genötigt sah, Usackas zu entlassen.

Alles in allem macht dieser kurze Blick zurück auf die politisch unbedarften baltischen Reaktionen angesichts einer sehr prekären Situation in einer für Europa äusserst wichtigen Nachbarregion deutlich, wie viel politische Abstimmungsarbeit nach innen noch zu leisten ist bevor ernsthaft die Frage nach weiteren Mitgliedschaften der EU gestellt werden sollte.

Heftiger Cyber-Krieg in Estland und massive Spionage gegen die NATO

Von estnischer Seite und ganz bestimmt auch von US-amerikanischer Seite hatte die sprachliche Schärfe im Georgien-Konflikt noch eine Vorlaufkomponente, die man der Ordnung halber erwähnen muss: Estlands Präsident Ilves hatte 2007 die Versetzung des wichtigsten russischen Denkmals in Tallinn aus dem Stadtzentrum an den Stadtrand veranlaßt: das Denkmal des Russischen Soldaten.³⁶ Für die Russen verkörpert der bronzene Soldat die Erinnerung an ihren erfolgreichen Kampf zur Befreiung Estlands von der deutschen Wehrmacht. Für die Esten ist der Russische Soldat ewige Erinnerung an die sowjetische Okkupation ihres Landes.

Als Reaktion auf den Streit um das Soldaten-Denkmal wurde von Russland noch 2007 eine bestens koordinierte DDoS-Attacke (Distributed Denial-of-Service) gegen Estland vorgetragen, die durch massive, inhaltsleere Ansprache derselben elektronischen Adresse die estnischen Computersysteme überfrachten und damit lahmlegen sollte (denial of service). Die estnische Regierung ließ sofort verlauten, dass

35 Aussenminister Lawrow in einem SPIEGEL-Gespräch: (DER SPIEGEL 8/2009 vom 16.02.2009, Seite 105)

36 Am 27. April 2007 erfolgte die Umsetzung des Denkmals, die mit den stärksten Unruhen in Tallinn verbunden war seit den Tagen der Unabhängigkeit 1990

die meisten dieser Attacken zunächst von PC-Netzwerken und Servern aus Russland, später auch aus anderen Ländern sowie aus Estland selbst geführt wurden.

der umgesetzte russische Soldat am neuen Standort auf dem Kriegsgefallenen-Friedhof am Stadtrand von Tallinn

Fachleute der NATO und der EU leisteten der estnischen Regierung technische Hilfe, um möglichst schnell die Datenbanken der Streitkräfte vor fremden Zugriffen zu sichern und ebenso die Netze des Internet-Banking und von Regierung und Parlamentsausschüssen. In



der Situation fühlten sich Estlands Regierung und mit ihr die Führung der NATO von Russland schon genauso massiv attackiert, wie anschließend beim Georgien-Krieg. Und dann kam es noch dicker: Aus deutscher Sicht liess sich gleich an Günter Guillaume denken, der über die Parteiarbeit in der SPD den Einstieg ins Kanzleramt bei Willy Brandt geschafft hatte und damit zu den best informierten Menschen in der Bundesrepublik gehörte und damit der wichtigste Spion der DDR in der Bundesrepublik wurde. Der estnische „Guillaume“ heisst Herman Simm und gehörte bis Mitte September 2008 zu den fünf Menschen in der baltischen Republik mit Zugang zu allen klassifizierten Informationen. Dann wurde er verhaftet und Estland hatte einen richtig grossen **Spionageskandal**.

Simm war zwischen 2001 und 2006 Sicherheitschef im Verteidigungsministerium und arbeitete seither als Sicherheitsberater des Verteidigungsministeriums. Er wurde zusammen mit seiner Frau (Anwältin in der Polizeidirektion in Tallinn) verhaftet und beide unter die Anklage auf „Verrat von Staatsgeheimnissen an eine ausländische Macht“ gestellt. In Estland macht niemand einen Hehl daraus, dass die jahrelange Weitergabe von NATO-relevanten Informationen an Russland erfolgte. Von den Behörden wurde Russland allerdings nicht expressis verbis genannt. Die politischen Spannungen zwischen beiden Ländern bewegen sich ohnedies immer wieder auf hohem Niveau. Nach den o.g. Cyber-Attacken auf estnische Regierungsrechner im April 2007 war dieser Spionagefall für die estnische Regierung der zweite und noch gewichtigere Fall, in dem sie ihre Verwundbarkeit gegenüber Russland eingestehen musste. Über das offizielle Bedauern der Regierung hinaus betonte der Verteidigungsminister daher nachdrücklich die rasche Aufdeckung des Falls, um den Beweis der Funktionsfähigkeit und Stärke der estnischen Spionage-Abwehr nachträglich zu erbringen. Nur war die Präventiv-Abwehr ähnlich schwach wie seinerzeit bei Guillaume: Herman Simm war zuvor Generaldirektor der

Polizeibehörde, arbeitete von 1995 bis 2006 im Verteidigungsministerium und konnte dann ab 2001 zum Chef der Sicherheitsabteilung aufsteigen. In eben dieser Funktion hatte er nicht nur Zugang zu streng vertraulichen Informationen, sondern war auch noch zuständig für den Schutz von Geheimdokumenten, die zwischen Estland und anderen NATO-Staaten auszutauschen waren. Sein wichtigster Auftrag von estnischer Seite lautete, ein Sicherheitssystem für die Behandlung von Staatsgeheimnissen aufzubauen (!), dem NATO und EU vertrauen konnten. Man konnte damals vermuten, dass Herr Simm, der zwangsläufig nicht der einzige russische Agent mit derselben Aufgabenstellung war, aus übergreifenden Überlegungen auffliegen durfte, um dem Hauptpartner der NATO - den USA - zu signalisieren, dass die ehemaligen sowjetischen Republiken keineswegs sichere Kantonisten seien. Und wenn es schon für Estland gilt, dann mit größerer Wahrscheinlichkeit für Georgien, Ukraine oder Weissrussland. Ein Warnsignal aus Moskau zum Thema "erweiterte östliche Nachbarschaft" (das die deutsche Kanzlerin weit oben auf ihrer Liste stehen hat). Für Estland hat die Cyber-Affaire allerdings eine Weltneuheit bewirkt: in Tallin baute die NATO nicht nur ihre Anti-Cyber-War Zentrale auf, sondern zum ersten Mal in seiner Geschichte schickte der amerikanische FBI einen eigenen Berater zur Abwehr von Cyber-Attacken ins Ausland, nämlich ab 2009 an diesen neuen Stützpunkt in Tallinn.³⁷

Russisch-Baltische oder Russisch-Georgische oder Russisch-Ukrainische Spannungen: was entgegen EU und NATO ?

Estland ist in jeder Hinsicht ein extrem kleines Land - jedenfalls verglichen mit Russland. Gerade deswegen sagt dieser vielschichtige Streit zwischen den ungleichen Nachbarn so endlos viel über das neue, imperiale Russland aus. An keiner Stelle scheut Präsident oder Ministerpräsident oder wieder Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin den außenpolitischen Konflikt, um sich innenpolitisch abzusichern. Dabei schaut er zwangsläufig weit über Tallinn hinaus, wenn er an sein politisches Ziel denkt: ein neues starkes, imperiales Russland. "Je mehr sich unsere Gesellschaft zusammenschließt", so Herr Putin, desto schneller werde Russland den "schwierigen Weg zur wahren Wiedergeburt des Landes" bewältigen. Seine Mantra lautet: „neurussische Volksgemeinschaft“, in der sich die "geistige Einheit des Volkes" auf der Basis "moralischer Werte" formiert. Da werden Erinnerungen wach an die Doktrin der KPdSU von der "geistig-moralischen Einheit des Sowjetvolkes", die keinen Raum ließ für abweichende Meinungen. Organisierte Opposition galt als Machenschaft

³⁷ In Estland handelte es sich eindeutig um einen russischer Cyber-Angriff und er war gegen die NATO bzw. das NATO-Mitglied Estland gerichtet. Für das Innenministerium in Berlin sind solche Angriffe beinahe schon Alltagsgeschäft, allerdings mit anderem Akzent: ein wichtiger Akzent wird von den US-Geheimdienste gesetzt (NSA, CIA) und ist damit ein heftiger Spionage-Akt gegen den befreundeten und intensiv verbündeten Staat Deutschland. Zu der anderen Gruppe von Angriffen heißt es im Innenministerium: Es gibt eine deutliche Zunahme dieser sogenannten elektronischen Angriffe auf deutsche Regierungs- und Behördennetze. Allein zwischen Januar und September 2010 wurden 1600 derartige Angriffe registriert. Die meisten davon seien von China ausgegangen. 2011 plant die Regierung deshalb, ein nationales Cyber-Abwehrzentrum einzurichten. (SPIEGEL-online, 27. Dezember 2010: Computerspionage - Bundesregierung plant Cyber-Abwehrzentrum)

ausländischer Agenten und als Fall für den Staatsanwalt. Die starken russischen Minderheiten in Estland und Lettland – zwischen 30 und 35 % - (Litauen ~ 5%) sind ein Bausteinchen für dieses neue Russland – nicht wegen ihrer absoluten Zahl, sondern weil sie innerhalb der EU leben und sich bewegen können. Dazu passte die Beseitigung der russischen Symbolik in Tallinn (der Russische Soldat) ganz und gar nicht, schon gar nicht ein Siegerdenkmal aus dem Großen Vaterländischen Krieg.... Einige baltische Stimmen hatten auf den Übergang von Präsident Putin zu Präsident Medwedjew Entspannungs-Hoffnungen gesetzt. Tatsächlich bedeutete diese Ämter-Rochade für die baltischen Staaten keine qualitative Änderung in den politischen Beziehungen; schon gar nicht nach dem ab Herbst 2008 die Gerüchte um Herrn Putins vorzeitige Rückkehr auf den Präsidentenstuhl nicht mehr zu überhören waren. Der EU-Russland-Gipfel in der sibirischen Öl-Millionärs-Stadt Chanty-Mansijsk im Juni 2008 war Dimitri Medwedjews politische Visitenkarte gewesen und die war sehr deutlich mit anti-estnischen und anti-lettischen Anschuldigungen gespickt. Russlands Präsident beschuldigte die Regierungen in Tallinn und Riga, sich hinter die alten Nazi-Freunde in beiden Ländern zu stellen und die Großen Leistungen der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg zu schmähen. Ersteres stimmt weitgehend; zweiteres stimmt für das Stichwort „Befreiung“, aber nicht für alles, was unmittelbar nach 1945 passierte.

Der Präsident der Europäischen Kommission, der Neoliberale José Manuel Barroso, überspielte solche Auftritte von Medwedjew, weil er das größere politische Ziel in den neuen PCA-Verhandlungen sah, deren erste Verhandlungsrunde am 4. Juli 2008 in Brüssel eingeläutet wurde.³⁸ Es ging um das damalige Handelsvolumen zwischen EU und Russland mit rd. 200 Mrd. € Importen aus Russland und rd. 100 Mrd. € Exporte nach Russland. Russlands Investitionen in der EU-27 hatte 2007 rd. eine Mrd. Euro erreicht, mehr als das Dreifache von 2004.

Für die baltischen Länder war der russische Einfluss auf ihre Volkswirtschaften bis vor der Ukraine-Krise (2014) generell deutlich größer als auf die EU insgesamt; dabei ist er ungleich verteilt zwischen den 3 Balten: Litauen weist in absoluten Zahlen das höchste Handelsbilanzdefizit gegenüber Russland aus (Energieimporte); wohingegen Estland und Lettland jeweils einen leichten Exportüberschuss zu ihren Gunsten erwirtschaften.

So wie der Europäische Rat insgesamt (trotz interner disparater Vielstimmigkeit) so stehen auch die baltischen Staaten Russland ziemlich konträr gegenüber bei der Neufassung des Partnerschaftsabkommens PCA – unabhängig vom Ukraine-Krieg. Der Gas-Streit 2009 zwischen Russland und Ukraine mit Auswirkungen auf die EU-Versorgung hatte sich belastend auch auf die PCA-Verhandlungen gelegt. Russland wünschte ein Dokument, das kurz sei und nicht zu viele Details enthalte. Die EU befürwortet jedoch einen differenzierteren Text, der sich detailliert auf Energie- und Sicherheitsfragen bezieht. Von polnischer Seite wünscht man, dass das Abkommen unter anderem die Grundsätze des Vertrags über die Energiecharta berücksichtige.³⁹

38 Partnership and Co-operation Agreement zwischen EU und Russland

39 Durch den Vertrag über die Energiecharta wird ein Rahmen für die internationale Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas und anderen Industrieländern geschaffen, durch den insbesondere das energiewirtschaftliche Potenzial der Länder Osteuropas entwickelt und die Sicherheit der Energieversorgung der Europäischen Union gewährleistet werden soll.

Baltische Stimmen wehren sich gegen die Reduktion der Beziehungen mit Russland auf die Energiefrage. Das neue PCA-Abkommen sollte untrennbar mit Russlands Fortschritten im Hinblick auf demokratische Normen, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verbunden sein. Dazu erinnert Estlands Präsident Ilves an die politischen Vorleistungen, die die Mittel-Ost-Europäischen-Gesellschaften in ihren historischen Befreiungskämpfen erbracht haben. Für ihn sind es nicht nur historische Reminiszenzen, sondern immer auch Gegenwart: opfervoller Einsätze für politische Freiheiten, Menschenrechte, wirtschaftspolitische Modernität. Dafür stehen der Ungarn-Aufstand 1956, der Posen-Aufstand 1956, der Prager Frühling 1968, dazwischen der Arbeiteraufstand in Berlin 1953 und natürlich die baltische Singende Revolution von 1989, die von Estland ausging mit ihren Barrikaden gegen die russische Besatzung, die in Riga und Vilnius im Januar 1991 errichtet wurden und dann noch einmal im August 1991.

Es ist wohl der Politiker und der Psychologe Ilves, der vor diesem Hintergrund seine Betroffenheit über die geringe Unterstützung der baltischen (estnischen) Unabhängigkeitsanstrengungen durch den europäischen Westen auch jetzt noch kaum verhehlen kann. Ilves' Botschaft lässt sich vielleicht so zusammenfassen: wenn wir eine gemeinsame europäische Zukunft haben wollen, müssen wir die Spaltungsgründe und Spaltungsfolgen aus der Vergangenheit auf den Teppich legen, nicht unter denselben kehren. Die vermisste europäische Solidarität für die Befreiungskämpfer in Osteuropa sind wohl eine wichtige Erklärung für Ilves' überzogene und falsch platzierte Solidarität mit Georgien. Und dann spielt bei ihm dieselbe USA-Freundschaft eine ebenso wichtige Rolle wie bei Präsidenten Saakaschwili – denn immerhin hat Ilves für die Amerikaner bei Radio Free Europe in München an der deutschen „re-education“ mitgearbeitet.

Die europäischen wie die baltischen Beziehungen zu Russland sind also seit Jahren in unterschiedlicher Form belastet. Die schwere Ukraine-Krise 2014 habe ich – so schlimm sie im Detail ist – dennoch nicht in einen militärischen Konflikt zwischen EU-NATO-Russland abgleiten sehen. Die größere Gefahr sah ich 2014 vielmehr in der Verbohrtheit der NATO-Führung (Generalsekretär Rasmussen) wie auch bei der russischen Generalität, auf die Präsident Putin seinerseits ein Auge haben muss und natürlich im innenpolitischen Druck, der von der sehr angespannten Versorgungslage in Russland und der strukturellen Schwäche seiner Infrastruktur und Wirtschaftsleistung auf Präsident Putin lastet. Wegen der komplexen Querbeziehungen zwischen dieser Ukraine-Krise, den daraus resultierenden Ängsten im Baltikum und der immer stärker anwachsenden Verärgerung der europäischen Bürger über eine nur noch auf Ökonomie und Finanzen reduzierte Außen- und Sicherheitspolitik ergibt sich seit Jahresende 2014 daher die weitergehende Frage: welche Initiativen zur dringend erforderlichen Reform der bestehenden EU-Einrichtungen und EU-Entscheidungsverfahren können wir von einer EU-Kommission erwarten, die von einem Kommissionspräsidenten J.-C. Juncker angeführt wird, der wegen seiner verantwortlichen Rolle bei der Ausgestaltung Luxemburgs als Steueroase ein erhebliches Legitimationsproblem hat. Möglicherweise sieht er sogar einem Verfahren wegen unlauterer Steuersubventionen zugunsten von Amazon, Starbucks und anderen entgegen.⁴⁰ Zudem hat er

40 Der für saubere Wirtschaftspolitik zuständige Kommissar Joaquín Almunia erklärte das hinreichend deutlich so und hatte dabei automatisch den in den vergangenen 20 Jahren

Kommissare vorgeschlagen, die entweder als Lobbyisten wichtiger Wirtschaftssektoren gelten oder sich im Heimatland schon als unfähig erwiesen haben (oder beides). Die Zweifel sind groß, ob diese EU-Spitze wirklich Spitze ist. Aber ohne eine deutlich klarer profilierte Europapolitik, die auf Zukunftsfähigkeit der Union setzt und nicht nur auf die ihrer Großbanken – ohne solche Klarheit wird sich diese Europäische Union weder als global player behaupten noch erfolgreich mit den großen Krisen umgehen können, in die Europa eingerahmt ist. Das ist nicht allein der Ukraine-Krieg, sondern der die Weltgesellschaft beschämende Bürgerkrieg in Syrien, im Irak und es reicht bis zu den inzwischen geschäftsmäßig organisierten Flüchtlingsströmen aus Nord- und Westafrika; von den ökologischen Bedrohungen durch Klimaveränderungen aufgrund fehlender Energiepolitiken ganz zu schweigen. Daher kommt es gar nicht darauf an, welche dieser Krisen genau betrachtet werden – die politischen und diplomatischen Fähigkeiten zur Konfliktbehandlung und –lösung sind gleichermaßen schwach ausgebildet. Vor allem solange die Regierungschefs (Europäischer Rat) für eine so zentrale europäische Aufgabe wie die EU-Außenpolitik nicht den oder die beste verfügbare Person vorschlagen. Die Britin Ashton bedeutete in den zurückliegenden, äußerst schwierigen Jahren jedenfalls einen eindeutigen Profilverlust für die außenpolitische Arbeit der EU, der von der aktuellen politischen Zusammensetzung der EU-Führung nur schwer zu kompensieren sein wird – sofern das überhaupt gewollt wird.

NATO-Führung und EU-Autoritäten stolpern durch eine Ukraine-Krise, die durchaus auch ihre eigene ist

2012 hatte – wie erwähnt – der britische Economist diesen treffenden Vergleich zwischen der aktuellen EU und Rotkäppchen als Titel gewählt: beide tappen hilflos durch einen finsternen Wald. Im Juni 2014 sah der estnische Staatspräsident *Toomas Hendrik Ilves* noch immer dieselben dunklen Bäume vor sich und betonte – wie ebenfalls erwähnt – öffentlich: *“For Europe's response to be credible, we must, among other things, deal seriously with corruption in business and make money laundering impossible in Europe.”*

Je eindeutiger Ilves sein internationales Politikverständnis aus europäischer Sicht verinnerlichte, desto deutlicher ließ er durchblicken, daß das Ukraine-Desaster sehr viel damit zu tun, daß eine a-historische und obsolete US-Außenpolitik auch nach 1989 nie aufgehört hat, sich als Weltpolizei aufzuspielen. Eine Formel dafür, daß dezidiert

verantwortlichen Ministerpräsidenten von Luxemburg, Juncker, im Blick: "national authorities must not allow selected companies to understate their taxable profits by using favourable calculation methods. It is only fair that subsidiaries of multinational companies pay their share of taxes and do not receive preferential treatment which could amount to hidden subsidies. This investigation concerning tax arrangements for amazon in luxembourg adds to our other in-depth investigations launched in june. I welcome that cooperation with luxembourg has improved significantly." (European Commission, press release, Brussels, 7 october 2014: State Aid: commission investigates transfer pricing arrangements on corporate taxation of amazon in luxembourg). Almunia spricht damit konkret Verträge zwischen Luxemburg und Amazon aus 2003 an, die noch immer gültig sind

eigene US-Interessen durch Kriege in anderen Ländern durchgesetzt und die Gesellschaften und Kulturen dort aus Habgier und Dummheit zerstört werden (Irak, Afghanistan ...). Und – das betrifft auch uns Europäer – diese US-Regierungen bemühen sich aus Legitimationsgründen, die Vereinten Nationen, aber immer mehr auch die EU in ihre Interessenpolitik einzubinden. Als G.W. Bush noch US-Präsident war hat er nicht nur seine mörderischen Lügen gegen den Irak gerichtet, um einen entsetzlichen Krieg vom Zaume reißen zu können, unter dessen Folgen mindestens eine weitere Generation im Irak noch leiden wird. Bush jr. war auch frühzeitig im Baltikum unterwegs gewesen, in seiner Wahrnehmung war er dort an der Ostfront der Guten. Am 23. November 2002 traf er als amerikanischer Oberbefehlshaber und als führender NATO-Kopf mit den drei baltischen Staatspräsidenten in Vilnius zusammen und hielt auch eine kurze öffentliche Ansprache vor dem Rathaus. Das brachte ihm eine in Stein eingelassene Gedenkplakette ob dieses historischen Ereignisses ein, änderte aber nichts daran, dass die Bevölkerung weit weniger überzeugt vom Sinn der NATO-Mitgliedschaft blieb als die baltischen Regierungen. Denn Präsident Bush erklärte dort unumwunden in Richtung Moskau, *dass von nun an, die Feinde Litauens auch die Feinde der USA sein werden. Die tapferen Balten werden nie in ihrer Auseinandersetzung mit der Aggression (!) allein gelassen. Die lange und dunkle Nacht der Angst und Einsamkeit sei vorbei.*⁴¹

Die Litauer auf dem Markt in Vilnius und die Nachbarn in Riga und Tallinn wussten zu dem Zeitpunkt noch nicht, dass dieser US-Präsident sehr bald einen Krieg gegen den Irak vom Zaume brechen würde und dass baltische Soldaten, die bis 1988/89 für russische Interessen in Afghanistan gefallen waren, demnächst als NATO-Mitglieder auch für US-Interessen in Afghanistan sterben würden.⁴² Und ganz bestimmt hatte noch niemand im Baltikum so genau auf die politische Weltkarte geschaut, um wahrzunehmen, daß in 158 von den rd. 200 Ländern der Erde US-Soldaten stationiert sind und daß sich der ehemalige KGB-Mann Putin und seine Generäle immer stärker durch die NATO-Strategie der Osterweiterung eingekreist fühlen müssen. Frau Merkel spielt dabei in herausragender Rolle mit, indem sie beständig die „Osterweiterung“ als Mantra auf den Lippen trägt. Dabei ist das „demokratisierte

41 Die Bush-Aussagen sind übernommen aus einem Bericht des Washington-Korrespondent von BBC-News, der G.W. Bush bei dessen Osteuropa-Tour begleitet hatte. Der Journalist fasste im brigen das Ereignis in Vilnius trocken zusammen: *“ President Bush, who is touring East European countries newly invited to join Nato, scored a resounding success with a rousing speech in the Romanian capital, Bucharest - only a few hours after a disappointing performance in Lithuania.”* (Nick Bryant: Bush in Europe: A tale of two speeches, BBC-News, 23. November 2002, 20:42 GMT)

42 Mit dem Genfer Friedensabkommen von 1988 hatten die Sowjetunion und die USA den Verzicht auf jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans garantiert. Den Abzug ihrer offiziell 100.000 Soldaten aus Afghanistan hatte die Sowjetunion schließlich Anfang 1989 beendet. Als Reaktion auf den Terrorakt in New York und Washington vom 11. September 2001 eröffneten die USA knapp 4 Wochen später ihren Krieg in Afghanistan und erreichten, dass dieser Krieg noch im Dezember 2001 vom UN-Sicherheitsrat und von der NATO legitimiert wurde und dass u.a. auch baltische NATO-Soldaten zum Einsatz kamen. 2010 legte Wikileaks einmal mehr die systematische Verlogenheit der Bush-Administration auch beim Thema Afghanistan offen (vgl. Der Spiegel: <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,708314,00.html>)

Osteuropa“ seit 2004 immer zuerst NATO-Mitglied geworden und wird zum Dank anschließend aus den EU-Förderfonds bei vielen notwendigen, aber genauso vielen fragwürdigen Projekten finanziell über Wasser gehalten.⁴³

Neben die großen Linien, die den Kern der Ukraine-Krise ausmachen, gesellen sich bestimmte Sonderfaktoren, wie vor allem der „Kalte Krieger“ und NATO-Generalsekretär Rasmussen, der sich bis Ende September 2014 durchgehend bemühen durfte, Öl ins Feuer zu gießen. Das Beste, das der NATO passieren konnte, war der Personalwechsel von Rasmussen zu Stoltenberg, weil letzterer zumindest in der Sprache nicht als Elefant durch Porzellanläden stapft.

Das Rasmussen-Reizwort lautete: Raketenstellungen. Bei diesem Thema hatte Präsident Obama die von seinem Vorgänger Bush betriebene Konfrontationslinie gegenüber Russland zunächst herunter gefahren. Die Ukraine-Krise hat allerdings in 2014 wieder die Raketenfrage ganz nach vorn gestellt und außer der Türkei und Polen (Stupsk / Stolpe, 18 Kilometer von der Ostseeküste entfernt in Hinterpommern) werden nun bis 2018 auch Rumänien und Bulgarien aktiv in den Ausbau eines Raketenschirms einbezogen. Und Litauens Regierung meldet sich ebenfalls vernehmlich, um früher schon angedachte Raketenstellungen auf dem eigenen Territorium zu installieren, weil Putin auf die alte Bush-Drohung hin schon seine Iskander Raketen im Raum Kaliningrad aufgestellt hat und damit unmittelbar an der litauischen Grenze. Das Raketenthema ist also nicht Ergebnis der Ukraine-Krise, sondern eher Teil der jahrelangen Einleitung dieser Krise. Am 21.5.2012 hatte die Tagesschau gemeldet: **Die NATO hat die erste Stufe ihrer europäischen Raketenabwehr in Dienst gestellt**. Anderthalb Jahre später (16.12.2013) meldet die Tagesschau Russlands Reaktion:

Russland bestätigt Raketenstationierung nahe NATO-Grenze

16.12.2013, Tagesschau

Russische Raketen irritieren NATO

Russland hat eine Aufstellung atomwaffenfähiger Kurzstreckenraketen vom Typ Iskander" nahe der Grenze zur NATO bestätigt. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte, dass "Iskander-Raketensysteme in der Militärregion West" stationiert worden seien. Der Militärbezirk umfasst unter anderem die russische Exklave Kaliningrad, aber auch Moskau und St. Petersburg. Im Süden reicht die Zone bis zur Ukraine. Kaliningrad liegt zwischen den NATO-Staaten Polen und Litauen.

Zur Beruhigung Russlands (!) wurden die geplanten Raketenabschußrampen an Russlands Westgrenze „gegen mögliche Attacken des Iran“ begründet und im nördlichen Litauen - Šiauliai - wird in 2014 die bestehende NATO-Flugstaffel um einige F-15 Maschinen vergrößert. Die Piloten, die von hier ihre Aufklärungsrunden drehen, müssen wegen der nahen russischen Grenze höllisch aufpassen, daß sie nicht

43 Vor allem aus der NATO-Logik (also der Umkreisung Russlands) läßt sich nachvollziehen, daß die Türkei NATO-Mitglied wurde, weil sie den Bosphorus kontrolliert und von den USA gerne als EU-Mitglied gesehen würde und daß Griechenland NATO-Mitglied wurde und ohne ausreichende Qualifikation viel zu früh EU-Mitglied wurde...

schon beim Start Grenzverletzungen verursachen. Schließlich beginnt die alte Region Königsberg - das heutige russische Kaliningrad - schon 130 Km südlich von **Šiauliai**. Die militärische Gebärdensprache machte es erforderlich, daß 2014 auch noch diverse Militärmanöver der NATO in den baltischen Staaten durchgeführt wurden, an denen sich Soldaten aus bis zu zehn NATO-Staaten beteiligten. Die NATO spricht hier von Air Policing. Neben **Šiauliai** ist auch das estnische **Ämari** als Militärflughafen in diese Policing-Manöver eingebunden (eben das Ämari, das in der Sowjetzeit Ausbildungsflughafen war und von den Sowjets erst 1994 an Estland übergeben wurde und weiterhin nur 45 Km von Tallinn entfernt liegt). Diese „Beruhigungsmanöver“ nimmt die Mehrheit der Balten aller drei Länder auch als solche wahr. Insgesamt jedoch bleiben die NATO-Maßnahmen auf jeden Fall zweischneidig. Die russisch-stämmigen Bevölkerungsteile in Lettland und Estland könnten sich eindeutiger auf Herrn Putins Seite schlagen - wenn sie in erster Linie an Putins „Neues Russland“ glauben wollen und sich von der Klassengesellschaft im EU-Lettland lösen möchten. Sie werden mit großem Interesse die weitere Entwicklung der **Eurasischen Union** beobachten, die am 1.1.2015 zwischen Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgistan ihre Arbeit aufnahm. Putins politische Zukunft hängt sicherlich stärker am Erfolg dieser kleinen Kopie der EU als an der Übernahme der Krim. Spannung im Handelsaustausch zwischen den 5 Ländern gibt es schon reichlich und sie werden durch die Embargo-Politik der EU weiter angeheizt.....

Und weitere Wurzeln der heutigen Ukraine-Krise

Die Ukraine-Krise nährt sich aus Wurzeln, die viel weiter reichen als nur bis 2014. Die westeuropäischen Regierungen, gerade auch die deutsche, hatten allerdings die aussenpolitischen Augen fest geschlossen gehalten, um nicht genauer hinschauen zu müssen.

Aber schon 2004 und 2005 hatten wir als FES unser Büro in Riga als neutralen Ort zur Analyse der Orangenen Revolution in der Ukraine angeboten. An dem Dialog nahmen ein gutes Dutzend bestens qualifizierter Menschen teil, wie der deutsche Botschafter in Riga, die Politikberatungsinstitute der 3 baltischen Länder, Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin) und weitere internationale Fachleute aus Skandinavien. Die Diskussionen waren intensiv und kontrovers und machten unterschiedliche Wahrnehmungen der Orangenen Revolution deutlich, sowohl mit Blick auf die Ukraine selbst als auch mit Blick auf Russland und letztlich für ganz Europa. Dennoch gab es ein paar Elemente, die von den Fachleuten sehr ähnlich bewertet wurden:

- Im Fall Ukraine setzten EU-Führung und NATO-Führung nicht auf das ukrainische Volk, sondern auf 3 oder 4 Oligarchen, darunter auch auf Julija Timoschenka.
- Diese Oligarchen hatten sich seit vielen Jahren mit ihren wie auch immer erworbenen Vermögen starken partei- und parlamentarischen und medialen Einfluß gesichert.
- Sie wollten die Annäherung an die EU ohne ausgesprochenen Konflikt mit Russland, aber klaren marktwirtschaftlichen (neoliberalen) Prinzipien ermöglichen.

- Diese Oligarchen haben - salopp gesagt - ihr Land seither ausgeplündert und wirtschaftspolitisch vor die Wand die gefahren.



Kiew, Zentralmarkt, nur für die, die Geld haben

Am 7. Juni 2014 wurde dann einer dieser Oligarchen – der Schokoladenkönig Poroschenko – in Anwesenheit vieler europäischer Staatspräsidenten sowie des russischen Botschafters (!) als neuer ukrainischer Staatspräsident vereidigt (zunächst egal, wie hier Ukraine definiert wird). Er könnte die Rolle des politischen Mittlers zwischen der expansiven Bundesrepublik Deutschland und dem expansiven Russland ausfüllen und dabei Herrn Putins Allergie gegen die westeuropäische und die NATO-Expansion lindern. Denn inzwischen ist allen klar: einen Ukraine-Beitritt zur EU oder NATO wird es auf lange Zeit nicht geben. Präsident Poroschenko besitzt das gleiche Profil wie der Ostauschuss der deutschen Wirtschaft: beide sind unternehmerisch, durch Direktinvestitionen wie durch Handel sehr eng mit Russland verbündelt. Diese jahrzehntelangen Verbindungen sind nicht weniger eng als die mit der US-Wirtschaft – und sind der Garant für kein kriegerisches Interesse zwischen Russland und EU. Poroschenko weiß das. Und Vitali Klitschko, neuer Bürgermeister von Kiew mit seiner Hamburger Wohnung im Rücken, weiß das auch. Schließlich ist Poroschenko sein politischer Mentor. In der EU, gerade auch in Deutschland hat unsere politische Führung dagegen schon die Orangene Revolution von 2004 nicht richtig einzuordnen gewußt. Da hatte es 2004 einen nur mühsam durchgesetzten Wahlsieg von Wiktor Juschtschenko gegeben, der im Wahlkampf durch ein Säureattentat schwer verletzt worden war und (auch deswegen) in den westlichen Medien als „good guy“ begleitet wurde. Tatsächlich ging es auch damals schon um dieselben internen Machtkämpfe zwischen West-Ukraine und dem Kohlerevier des Donbass mit der heute umkämpften Hauptstadt Donezk. Die Rolle der Oligarchin **Julija Timoschenka**, von Insidern als Multimillionärin eingestuft aus eben diesem Kohlerevier, ist von den deutschen Medien und der politischen Elite in Berlin offenbar noch weniger verstanden worden. Möglicherweise hat ihr zopfgeschmücktes, mädchenhaftes Auftreten allzu leicht

übersehen lassen, daß sie im eigenen Land eine knallharte Akteurin ist, die deswegen wohl keine Chance hatte, Präsidentin zu werden, weil allzu viele der jüngeren Generation in der Ukraine überzeugt sind, daß weder ihre Steuerklärungen korrekt sind noch der Erwerb ihres Vermögens. Allerdings ist sie unter Janukowitsch der internen Machtkämpfe wegen ins Gefängnis gesteckt worden und weniger wegen privatisierter Millionenbeträge aus der Staatskasse. Denn sonst hätte es viel politische Prominenz in ihren Nachbarzellen geben müssen. Vor diesem Machtkampf der Oligarchen hat die politische Elite in Westeuropa und in Deutschland eher die Augen geschlossen gehalten. Sie hat nicht wahrgenommen, daß es auch schon kurz nach der **Orangenen Revolution** in Kiew gut sichtbare Bürgerproteste gegen jedwedes Oligarchen-Regime gab und nicht erst 2014 auf dem Maidan.



*friedliches Protestlager gegen die oligarchische Orangene Revolution
in der Bannmeile des Regierungssitzes, Kiew 2005*

Ebenso wenig haben sich die westeuropäischen Führungen für die wichtigen Informations-Dienstleistungen interessiert, wie sie der Unternehmer **Poroschenko** der US-Regierung jahrelang erbracht hat - vor allem über die Finanzpolitik seines Landes. Die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* nennen ihn deswegen auch einen **IM der US-Regierung**.⁴⁴ Nicht wahrnehmen wollte man in Berlin sicher auch die massiven gesellschaftspolitischen Mobilisierungen mehrerer US-amerikanischer Stiftungen, wie der National Endowment for Democracy (NED), die mit Regierungsgeldern im großen Stil in den ehemaligen sowjetischen Republiken tätig sind, darunter in der Ukraine ebenso massiv, wie etwa in Litauen (besonders seit 2006). Nach eigenen Aussagen beträgt die massive Förderung anti-russischer Gruppierungen und Organisationen durch National Endowment for Democracy und ähnliche US-Institutionen in der Ukraine seit 1991 insgesamt rd. 5 Mrd. US \$ (Jahresbericht NED 2013).

Die teilweise 20-jährige gesellschaftspolitische Arbeit der US-Institutionen in der Ukraine, die Einkreisungsstrategie der NATO gegenüber Russland, die Strategie der Osterweiterung der EU (besonders Merkel, nicht Sarkozy oder Hollande) – alles das und die auch für osteuropäische Staaten seit 1990/91 charakteristische Konzentration von finanzieller und politischer Macht in wenigen Oligarchenhänden hat die Ukraine

⁴⁴ Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 17.6.2014: Poroschenko ist seit Jahren Informant für die USA

in die aktuelle gesellschaftliche Katastrophe abrutschen lassen – auch wenn das für viele Westeuropäer erst durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen sehr unterschiedlichen Oppositionellen gegen die Regierung Janukowitsch auf dem Maidan in Kiew und anschließend als Sezessionskrieg in der Ost-Ukraine sichtbar wurde.

Es ist für die ohnehin schon völlig überfrachtete EU der 28 gut, daß diese Ukraine nicht auch noch Mitglied geworden ist. Darüber sollten sich auch die Balten freuen. Denn die strukturellen Probleme der Ukraine zu lösen, würde auch für sie viel zu teuer werden. Aber die Zusammenhänge werden von den baltischen Regierungen gerne übersehen, weil sie durch die Bank pro-amerikanisch sind und dafür gerne die politischen und die finanziellen Tantiemen kassieren.....

Über die Kämpfe in den einzelnen Landesteilen der Ukraine wurde 2014/2015 über Monate in den westlichen Medien Berichte und Kommentare überspielt – bis fassungslose Reporter noch unglaublichere Berichte über die Mörderbanden des *Islamischen Staates* im Irak präsentierten und Herr Putin ohne Siegesfanfaren begann, seine Truppen aus der Ukraine wieder abzuziehen. Schließlich hatte er die Krim eingenommen und die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU verhindert. Mit diesen beiden Siegen konnte er nicht nur seine Generäle zufrieden stellen, sondern auch die wachsende Opposition in Russland klein halten. In Westeuropa wurde den hier angedeuteten außergeleiteten Interessen der einzelnen Gruppierungen in der Ukraine und der komplexen Innenpolitik in Russland insgesamt zu wenig Raum gegeben. Aber Putin konnte schließlich genau beobachten, daß selbst beim schlimmsten Völkermord nach dem zweiten Weltkrieg, bei der politischen, sozialen, kulturellen, ökologischen Zerstörung Syriens durch einen tatsächlich faschistischen Staatsführer die USA völlig versagt hatten. Und dieses Versagen auf der geheimdienstlichen, der militärischen wie der diplomatischen Ebene hat zwangsläufig auch das imperiale Vorgehen Russlands bei der Annexion der Krim erleichtert, beinahe dazu animiert (was diese Annexion natürlich nicht rechtfertigen kann, aber bei baltischen und anderen europäischen Beobachtern die Zweifel an der engen Beziehung zu den USA verstärkt!).

In den osteuropäischen EU-Staaten hätte die Frage aufkommen müssen, welche Chance haben eigentlich die einzelnen ethnischen, religiösen und regional unterschiedlichen Teile der ukrainischen Gesellschaft, sich auf i h r e Ukraine zu verständigen? - vielleicht eine ukrainische Identität zu erkennen und diese zum Kern einer selbstbestimmten und zukunftsfähigen Entwicklung des Landes zu machen. Die Ukraine-Krise hätte die osteuropäischen Politiker deutlich daran erinnern müssen, daß die eigene Identität der osteuropäischen Völker für „Brüssel“ in keinem Fall von irgendeiner Bedeutung war. Von Bedeutung war, daß Beitrittskandidaten (und auch die Ukraine) irgendwann den *Acquis Communautaire* unterzeichneten. Allein darauf sind die Beratungsprogramme der EU abgestellt, wie etwa das *Twinning-Programm* oder *Phare* oder *Tacis* und natürlich der *Kohäsions-Fonds* und andere.⁴⁵

45 *Twinning*: eines der Programme zur Heranführung der osteuropäischen Länder an die Funktionsweisen der EU. Für die Bereiche Reform der öffentlichen Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit, nachhaltige Wirtschaft, Menschenrechte, ländliche Entwicklung hatte die Kommission für 2007-2014 insgesamt 11,5 Mrd. € bereitgestellt und noch einmal so viel für 2014-2020

*Kosaken-Hetman Sahaidaschny (Kiew),
Freiheitskämpfer gegen das Osmanische Reich
(Frage heute: Freiheit wovon?)*

Weitergehende Fragen wurden auch von der so sehr an einer Osterweiterung interessierten Bundesregierung nicht gestellt. Denn Berlin ist von dem Bedauern geprägt, daß die Ukraine (als Rohstofflieferant und als Markterweiterung für deutsche Produkte) nicht zügig in die EU integriert wurde und derzeit nicht integriert werden kann. Immerhin war das Assoziierungsabkommen zwischen Ukraine und EU schon im März 2012 unterschriftsreif, konnte aber vom ukrainischen und vom Europäischen Parlament im September – aus Rücksicht auf russische Befindlichkeiten – zunächst nur ohne den zentralen Teil „Freihandelsabkommen“ verabschiedet werden.



Präsident Putin fühlt ganz offensichtlich sehr ähnlich unter russischen Vorzeichen. Denn sein Bemühen um eine Anti-EU-Allianz unter dem Namen **Eurasische Union** durch Ausbau der bestehenden Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan sollte natürlich auch die Ukraine einschließen sowie Armenien, Kirgistan und weitere ehemalige Sowjetrepubliken. Auch Herr Putin ist an einigen der strategischen Rohstoffe in diesen Ländern sehr interessiert, vor allem an den Öl- und Gasvorräten. Nicht daß Russland im gleichen Maße wie die EU diese Rohstoffe benötigt. Aber ihre Ausbeutung und deren Handel mit der EU kontrollierend zu beeinflussen, das ist von hohem politischem und ökonomischem Wert für Russlands Regierung.

Wie stellt sich die Ukraine-Krise den baltischen Beobachtern dar ?

Symbolträchtig hatte die ukrainische Übergangsregierung den Tag der Präsidentenwahl auf denselben 25. Mai 2014 gelegt, an dem auch die Europawahlen stattfanden.

Petro Poroschenko wurde konkret mit nur 55% der gültigen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Wahrscheinlich, weil auch die Maidan-Oppositionellen wissen, daß er zu den Oligarchen gehört, die ihr Land ausgeplündert haben, die den Sezessionskrieg nicht politisch verhindert haben und die jetzt erkennen, daß es einen Ukraine-Beitritt zur EU oder NATO auf lange Zeit nicht geben wird – auch wenn Poroschenko die entsprechende Forderung symbolträchtig zu Weihnachten 2014 öffentlich formulierte. Aber was weiß der gemeine Westeuropäer über die Ukraine oder gar über Parallelen zu den baltischen Staaten?

Für den gemeinen Europäer ist es jedenfalls sinnvoll und gut, daß diese Ukraine nicht auch schon EU-Mitglied geworden ist. Diese EU der 28 ist in ihrer bestehenden Form ohnehin schon völlig überfrachtete. Ein großes Mitglied, wie die Ukraine, würde das interne Management von Europäischem Rat und Kommission möglicherweise irreparabel demontieren. Fast so als wäre die Erdogan'sche Türkei Mitglied geworden. Das erkennen auch einige Beobachter in den baltischen Staaten. Denn die strukturellen Probleme der Ukraine zu lösen, würde auch für sie als EU-Mitglieder sehr teuer, viel zu teuer werden. Aber die Zusammenhänge werden von den baltischen Regierungen gerne übersehen, weil sie selber seit ihrer Unabhängigkeit jeweils von einer oligarchischen Elite organisiert werden. In Lettland etwa sind es seit der Unabhängigkeit genau 3 Oligarchen, die das Land politisch und wirtschaftlich und damit sozial lenken. Auch die baltischen Staaten wurden von ihren Oligarchen „vor die Wand gefahren“. Die diversen EU-Aufbaufonds haben noch größere gesellschaftliche Probleme finanziell entschärft, aber bis heute nicht gelöst. Der einflussreichste dieser Oligarchen war bisher klug genug, sich nicht in ein führendes politisches Amt drängen zu lassen. Er nimmt nicht unsichtbar, aber aus dem Hintergrund entscheidenden Einfluss auf fast alles, was im Lande von Bedeutung ist (s.u. **Transformation und Oligarchie**, S.139 ff). Dabei ist die andere baltische Parallele zur Ukraine inzwischen nicht mehr ausschlaggebend: die große Affinität zu den US-Regierungen. Aber sie besteht weiterhin.

Im Baltikum ist die Distanz der Bürger zur offiziellen nationalen wie europäischen Politik schon etwas weiter gediehen als im Krisenland Ukraine. An den nationalen Wahlen in der Ukraine hatten sich trotz der Europa-Symbolik nur 60% der berechtigten Bürger beteiligt, aber immerhin eine Bevölkerungsmehrheit. An den **Europawahlen** am selben 25.Mai 2014 hatten sich in Estland 36% beteiligt, in Lettland 30%, in Litauen 45%. Europaweit 43%. Manche dieser Ergebnisse wurden mit Erstaunen kommentiert, manche nur lakonisch. In Lettland erinnerte man sich an die Anarchistin Emma Goldman mit ihrem Urteil über Wahlen: "Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten". In Litauen winkte die Euro-Mitgliedschaft ab 2015 und die Regierung hatte alles mobilisiert, was sich mobilisieren ließ, hatte auch noch die Präsidentenwahl auf denselben Tag gelegt (2., entscheidender Wahlgang), so daß sie schließlich auf 45% Wahlbeteiligung kam und nur mitleidig auf den Tiefenrekord von 13% Wahlbeteiligung in der Slowakei herabschaute. In den baltischen Ländern hatte es bis auf dieses litauische Sonderinteresse weder von Seiten der Parteien noch von Seiten der Regierung einen sonderlich engagierten oder langen oder thematisch befrachteten Wahlkampf gegeben. Bei den Bürgern besteht einfach kein sonderliches Interesse an „Brüssel“. Große Teil der Bürgerschaft sehen dafür sehr deutlich, daß vor allem ihre politischen und ihre wirtschaftlichen Eliten von einer pro-europäischen Haltung profitieren und sich deswegen pro-europäisch darstellen. Das erinnert immer mehr baltische Bürger daran, daß ihre zentralen Fragen immer offen blieben: welche Chance haben eigentlich die einzelnen ethnischen, religiösen und regional unterschiedlichen Teile der nationalen Gesellschaft, sich auf i h r Estland oder Lettland oder Litauen zu verständigen? Oder auf eine ukrainische Ukraine oder auf ein griechisches Griechenland. In der Ukraine herrscht ein schlimmer Krieg und wird vielleicht mit einer autonomen Ost-Ukraine enden. Nur, die eigene Identität der osteuropäischen Völker wird für „Brüssel“ dadurch keinen höheren Stellenwert gewinnen. Brüssel bleibt am Acquis Communautaire interessiert und am Twinning-

Programm, wird aber keine Empathie für den *Kosaken-Hetman Sahaidaschny* in Kiew entwickeln.⁴⁶ Das bleibt bislang die triste Gemeinsamkeit zwischen Ukraine und Baltikum:

Angst lähmt Denken und Angst macht Dummheit gefährlich

Kann „falsche Angst“ im Baltikum aufkommen?

Die politischen Eliten im Baltikum und die verschiedenen westeuropäischen „Rasmussen“ spielen auf der Klaviatur der Angst vor Russland. Russland gibt dafür leider auch immer wieder Vorlagen (wie z.B. die Manöver im Februar 2015 an der estnischen Grenze – nachdem allerdings US-Truppen am Tag zuvor auf estnischer Seite an der Grenze eine Militärparade zelebriert hatten⁴⁷). Für Ängste gibt es also in der Tat Gründe. Aber die baltischen Bevölkerungen haben die Ukraine während des letzten Jahrzehnts aufmerksamer beobachtet als die allermeisten EU-Außenpolitiker (und nicht nur wegen der Fehlbesetzung der EU-Außenbeauftragten). In den baltischen Gesellschaften ist das ukrainische Szenario bestens bekannt. Dabei beobachten die baltischen Bevölkerungen noch genauer und mit Beklemmung, was sich in Brüssel tut, wie Europäischer Rat (Regierungschefs), Europäische Kommission, Europäisches Parlament auf die Ukraine-Krise reagieren – und tatsächlich immer nur *reagieren*, weil es keine außenpolitische Strategie der EU gibt (auch das nicht nur wegen der Fehlbesetzung der Außenbeauftragten).

Wer verursacht eigentlich offene und verdeckte Ängste im Baltikum und darüber hinaus? Hat nicht G.W. Bush einen bösen Samen ausgestreut, der mit längst erwiesenen Lügen gedüngt wurde und dessen Früchte Barak Obama jetzt in Händen hält, ohne zu wissen, wie er mit diesem Geschenk umgehen soll? Obama lässt – im Gegensatz zu Bush – keine aussenpolitische Strategie erkennen. Das hat wiederum ein gewiefter russischer Präsident erkannt und zieht daraus konsequent und brutal innenpolitischen Nutzen: die Annexion des für die Kriegsmarine strategischen Standortes Krim hat Putin wieder ein besseres innenpolitisches Rating verschafft. Das hält die kritischen Stimmen gerade des jungen Russland wieder stärker auf Distanz und lenkt ab von eklatanten Versorgungsschwierigkeiten, vom Sinkflug des

46 Twinning: eines der Programme zur Heranführung der osteuropäischen Länder an die Funktionsweisen der EU. Für die Bereiche Reform der öffentlichen Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit, nachhaltige Wirtschaft, Menschenrechte, ländliche Entwicklung hatte die Kommission für 2007-2014 insgesamt 11,5 Mrd. € bereitgestellt und noch einmal so viel für 2014-2020

47 FAZ, 26.2.2015: „**Russland startet Manöver an Estlands Grenze**“

Die russische Armee hatte am 25.2.2015 ein mehrtägiges Manöver an der Grenze zu Estland bei Pskow gestartet. Die Übung kam nur einen Tag nachdem Nato-Truppen an einer estnischen Parade in der Grenzstadt Narva teilgenommen hatten. Die Balten in Estland und in Lettland hatten ihre Militärparaden als Teil ihrer jeweiligen Unabhängigkeitsfeiern durchgeführt. Die USA ist unsensibel genug, eigene Truppen daran teilnehmen zu lassen, obwohl sie nichts mit den Unabhängigkeitskämpfen zu tun hatten. Die Russen besitzen ihrerseits nicht die Souveränität, um solche Provokationen zu übersehen. Natürlich machen solche Schaukämpfe den Menschen Angst

Rubelkurses und baut ihn ein bisschen auf in den Augen der chinesischen Staatslenkung. Mit Putin wird sich Russland wieder bewusst, daß es der 8. Kontinent ist und anders als unter Zar Peter dem Großen und anders als sich die Stroganows das seinerzeit erträumen konnten, könnte jetzt der Klimawandel Putin helfen, diesen Kontinent allmählich in Besitz zu nehmen.....

Bei den **nationalen Parlamentswahlen** im September 2014 in Lettland spielten diese sehr unterschiedlichen Gefühle und Wahrnehmungen immer mit. Allerdings erbrachten auch rd. 60% Wahlbeteiligung keine klare politische Aussage. Die Russland-affine politische Gruppierung „Harmonie Zentrum“ konnte mit 23% die meisten Stimmen erringen. Dabei stellt Harmonie-Zentrum „nur“ in Riga und in der latgalischen Metropole Rezekne den Bürgermeister.

De facto wurde die liberal-nationale Koalitionsregierung für weitere 4 Jahre im Amt bestätigt, auch wenn sie keine konkreten Antworten auf die drängenden Entwicklungsfragen des Landes anzubieten hat. Alle bisherigen neoliberalen Regierungen im baltischen Kernland sehen der Aneignung der nationalen Rohstoffe durch ausländische Kapitalgesellschaften und Unternehmen eher tatenlos zu und geben sich weitgehend zufrieden mit der Rolle als verlängerte Werkbank Westeuropas bzw. hoffen auf „chinesische Rettung“. Dadurch haben sich Existenzängste in der Bevölkerung so deutlich manifestiert, daß schon 200.000 Letten im Ausland Arbeit und Einkommen suchen, die sie im eigenen Land nicht finden können. Diese Ängste haben jedenfalls nichts mit einer drohenden russischen Invasion zu tun.

Aufmerksam haben die baltischen Bürger in allen drei Ländern dagegen beobachtet, daß es am 25. Mai 2014 die bisher denkwürdigsten Wahlen zum Europaparlament gab – denkwürdig, weil gleichzeitig einige nationale Wahlen oder Plebiszite in Schottland, in Schweden, in deutschen Bundesländern und auch in Lettland eine ähnliche Stimmung unter den eigentlich sehr unterschiedlichen europäischen Bürgern (Wählern) zu Tage förderten. Die Abstimmung in Schottland zum Verbleib oder nicht in Großbritannien (Sept. 2014), die Parlamentswahlen in Schweden (Sept. 2014), die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg (Sept. 2014) zeigen alle in dieselbe Richtung: die Erkenntnis, daß die politischen und die finanziellen Strippenzieher sich weder in der Ukraine noch in Schweden oder Frankreich, noch in Schottland oder in Katalonien, noch in Thüringen oder Brandenburg und eben auch nicht in Lettland und seinen Nachbarn um die Menschen kümmern, in deren Namen zu sprechen und zu handeln sie vorgeben. Das wollen die Bürger nicht länger hinnehmen. Die Reaktionen der Wähler sind nicht einheitlich. Dennoch gibt es zwei durchgehende Reaktionen auf die Politiken der EU: (a) sehr niedriges Interesse bei den Bürgern als Wähler und (b) deutliche Unterstützung für Europa-kritische Parteien. Die Neue Zürcher Zeitung fasste das am 25. Mai 2014 so zusammen: *Insgesamt blieben die rechtsextremen und europaskeptischen Parteien in Osteuropa hinter den Befürchtungen zurück. Zu denken geben muss in Brüssel jedoch die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung.* Allerdings muss das Erschrecken tatsächlich ein gutes Stück weiter gehen. Denn jenseits der gewohnten politischen Parteien baut sich eine diffuse politische Masse auf, die in Deutschland „PEGIDA“ und AfD heißt. In Skandinavien tritt sie allerdings schon erheblich strukturierter auf. In Norwegen ist die „**Fortschrittspartei**“ (Fremskrittspartiet) seit 2013 an der norwegischen Regierung beteiligt. In Dänemark die „**Dänische Volkspartei**“ (Dansk Folkeparti), die bis 2011 10 Jahre lang eine Minderheitsregierung stützte. Nur in Finnland rutschten die „**Wahren Finnen**“ bei

den Europawahlen 2014 von 22% auf 13% ab und haben damit auch im Baltikum etwas an Einfluss verloren. Allerdings machten die Wahren Finnen diesen Einbruch bei den nationalen Parlamentswahlen umgehend mehr als wett und verdreifachten ihren Stimmenanteil, so daß sie ab 2015 an der liberal-konservativ-nationalistischen Regierung beteiligt sind und damit die EU-kritischen Kräfte in Nordeuropa weiter stärken. In den baltischen Ländern sind die herrschenden Parteien seit der Unabhängigkeit immer liberal/national/neoliberal und eine Melange aus allem gewesen – jedenfalls nicht gegen die EU. Wenn im Baltikum eine politische Gruppierung EU-feindlich titulierte wird, dann kommt im Nachsatz gleich „dafür russenfreundlich“. Tatsächlich bleiben EU-kritische Kommentare in den baltischen Ländern wenig profiliert, weniger präzise als bei den skandinavischen Nachbarn. Es läßt sich oft eine Stimmung erkennen und weniger die Finger, die auf konkrete Wunden gelegt werden. Allerdings ist es auch nicht immer leicht, zwischen einer tatsächlichen Vorgabe der EU-Kommission und einer vorgeschobenen Begründung der eigenen Regierung zu unterscheiden. Auch 10 Jahre Mitgliedschaft in dieser hochkomplexen und außerordentlich widersprüchlichen Verzahnung von Europäischem Rat und EU-Kommission und Europäischem Parlament und Europäischem Gerichtshof und und und ... erlauben noch keinen ausreichenden Durchblick. Auf die Gefahr hin, zu sehr zu vereinfachen: ein Teil der baltischen Bürger hat diese komplexe politische Kultur nie zuvor erleben können (pauschal: die Älteren); der andere Teil ist vor allem fasziniert vom selbstverständlichen Konsumniveau in Schweden oder Schweiz oder Deutschland ohne mit Interesse hinter die Kulissen schauen zu wollen (pauschal: die Jüngeren). Und wenn es im Baltikum außerordentlich schwache Gewerkschaften gibt, wenn es an substantiellem gesellschaftlichem Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft mangelt, und wenn die soziale Spreizung der Gesellschaft (Prekarisierung) stetig anwächst, dann erscheint es manchem Bürger dennoch als Fortschritt gegenüber dem, was sie über Russland erfahren oder wissen. Und sie lassen es mit sich geschehen. Die Friedrich Ebert Stiftung kommentierte das 2014 wie folgt:

Zu Estland

Obwohl die überwiegende Mehrheit der Einwohner die Mitgliedschaft Estlands in der EU befürwortet, ist die Europäische Union dem estnischen Wähler immer fern geblieben. Die politischen Entscheidungsprozesse in der EU erscheinen für die Wähler zu kompliziert. Vorherrschend unter den Wählern ist die Meinung, dass Estland zu klein ist und mit seinen lediglich sechs Vertretern im Europäischen Parlament die Politik der EU sowieso nicht beeinflussen kann. Gleichzeitig gibt es auch in der Zeit zwischen den Wahlen zu wenige Informationen über die Tätigkeit der estnischen MEPs im Europäischen Parlament, und die Presse thematisiert die europäischen Themen nur selten.

Zu Lettland

Vorherrschender Europaskeptizismus der lettischen Wählerinnen und Wähler, geringes Interesse der lettischen Politiker für europäische Angelegenheiten sowie die wenig kompetente Medienarbeit für Europa erklären eine mäßige Wahlbeteiligung von rd. 30%. Auch bei dieser Wahl wählten die Letten eher Persönlichkeiten anstelle politischer Parteien – weil diese (Caudillo-Parteien und) keine Programm-Parteien sind. Diese Persönlichkeiten definieren sich als nationalkonservativ. Entsprechend fehlt generell eine europapolitische Debatte im Land.

Zu Litauen

Die Aufmerksamkeit von Litauens Wählerschaft war bis kurz vor den Europaparlamentswahlen ganz auf die Präsidentschaftswahlen am 11. Mai gerichtet (1. Wahlgang). So begannen der Wahlkampf und die Auseinandersetzung der Parteien über die Europapolitik erst zwei Wochen vor der Europawahl. Die eigentlich euroskeptische Partei der Ordnung und Gerechtigkeit, deren Vorsitzender Paksas Abgeordneter im Europäischen Parlament ist, gehört mittlerweile zusammen mit den Sozialdemokraten der regierenden Koalition im litauischen Parlament an. Ihre skeptische Einstellung gegenüber der EU äußert sie inzwischen sehr zurückhaltend.

Bürgerferne und **Politikverdrossenheit** verstärken sich gegenseitig und sind Ursache für das mäßige Wahlinteresse als europäische Bürger. Als Ursache lässt sich wiederum die Unverfrorenheit benennen, mit der von der EU-Kommission angeblich gesellschaftspolitische Ziele verfolgt werden, die tatsächlich schon bei ihrer Proklamation obsolet sind und für die angesprochenen Bürger (Wähler) heute schneller als früher als Täuschungen (nicht als Fehler) erkennbar sind. Das markanteste Beispiel ist die sogenannte „**Euro-Rettung**“ und die darin eingebundene Europäische Zentralbank. Im Baltikum ist vor allem Lettland markantes Beispiel. Gemeinsam mit dem Weltwährungsfonds unternehmen EU-Kommission und EZB offensichtlich alles, um die Finanzordnung zu **reparieren**, die in die Große Krise ab 2007 geführt hat. Die Bürger (Wähler) können nicht erkennen, daß mit hunderten von Milliarden Euro ein neues, ein anders organisiertes und **zukunftsfähiges System** aufgebaut wird. Ein System, das nicht mehr von Bankeninteressen und ihren Aktionären definiert wird, sondern sich an den Bedarfen des produzierenden Mittelstandes ausrichtet, der noch vor 2 Jahrzehnten als Rückgrat einer stabilen europäischen Gesellschaft angesehen wurde. Von den hunderten von Milliarden Euro-Rettungsgeldern, die die EZB ausschüttet, kommt ganz offensichtlich kaum etwas bei diesen kleineren und mittleren Unternehmen in Form von günstigen Investitionskrediten an.

Hier entstehen tatsächlich Ängste, nämlich **Armuts-Ängste**. Aber wieder hat das nichts mit einer russischen Invasion zu tun, sondern mit der destruktiven Euro-Rettungspolitik und ihren sozial und ökonomisch unkalkulierbaren Folgen. Eine stetig wachsende Zahl europäischer Bürger in Ost- wie in West-Europa äußern sich genau deswegen EU-kritisch. Es sind Bürger, die sich von den Allianzen zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite brutal über den Tisch gezogen fühlen. Brutal, weil die „systemrelevanten Rettungsmaßnahmen“ direkt einhergehen mit der Prekarisierung in allen europäischen Gesellschaften, mit deren sozialem Auseinanderfall und damit der Gefahr einer sozialen Implusion der EU. Im reichen Deutschland wies das Statistische Bundesamt Ende 2013 grob diese Zahlen aus: 3 Mio. Erwerbstätige können von ihrem Lohn allein nicht leben + 3 Mio. Arbeitslose + 0,5 Mio. Rentner, die ihr niedriges Rentenniveau irgendwie aufstocken müssen. Das sind in Deutschland rd. 6,5 Mio Erwachsene. Rd. 4 Mio. Kinder wachsen außerdem in Armutsverhältnissen auf. Alles mit steigender Tendenz. Alle zusammen machen etwa 13% der in Deutschland lebenden Bevölkerung aus.

In Lettland, dem statistisch ärmsten EU-Mitglied, lesen sich die Prozent-Angaben des Central Statistical Bureau of Latvia auch deswegen um einiges dramatischer, weil sich dieser verarmten Gesellschaft derzeit erheblich weniger Möglichkeiten bieten, die Entwicklung umzukehren. Die 19,4% Arme in Lettland erreichen ein monatliches

Einkommen von höchstens 233 Euro. Das höchste Armutsrisiko besteht übrigens bei alleinerziehenden Eltern mit nicht volljährigen Kindern (2012: 38%) ebenso bei einer vollständigen Familie mit 3 oder mehr Kindern (2012: 33%).

Armutsrisiko verschiedener Bevölkerungsschichten, LV 2008-2012 (in %) ⁴⁸

	2008	2009	2010	2011	2012
Anteil an Ges.-Bevölkerung	26.4	20.9	19.0	19.2	19.4
davon nach Altersgruppen					
0-17 Jahre	26.3	26.3	24.7	24.4	23.4
18-64 Jahre	20.5	20.4	20.2	19.3	18.8
65+ Jahre	47.6	17.2	9.1	13.9	17.7

Wenn eine korrupte Staatsverwaltung und die dahinter stehenden an der Macht befindlichen Parteien und die sie wiederum beratenden Lobbyisten – wenn dieses klassische Dreigestirn mit Unterstützung der EZB-Strategie (!) in den einzelnen EU-Staaten alle vereinbarten Kriterien eines nachhaltigen Finanzmanagements vergleichsweise leicht unterlaufen kann, woher soll die bürgerliche Mitverantwortung für eine zukunftsfähige Europäische Union dann noch kommen? Von welchem Demokratieverständnis wird diese EU dann eigentlich getragen – fragen sich nicht nur die Wahl-abstinenten Osteuropäer und auch mancher Ukrainer, sondern immer mehr Bürger in den westeuropäischen Kernländern der EU. Und sie hoffen sogar ein bißchen auf Antwort von diesen populistisch-nationalistischen Parteien und Bewegungen, wie etwa in Griechenland unter Alexis Tsipras, der seine Regierungspartei als linkspopulistisch vorstellt, mit einer nationalpopulistischen Partei die Koalition eingeht und vor allem programmarmen Populist bleibt.

In den baltischen Gesellschaften bleibt bei all diesen Widersprüchlichkeiten durchgängig das Bild vom leicht zugänglichen europäischen Geld, durch das die Oligarchen auch ihrer Staaten vor und nach 2004 in die EU eingekauft wurden und weiterhin „bei der Stange gehalten“ werden. Sie hatten sich schnell an dieses leichte Geld aus den diversen Kohäsions- und Strukturfonds etc. gewöhnt. Jetzt, da die Entwicklungswidersprüche allein durch die unglaubliche Staatsverschuldung vieler EU-Mitglieder (einschließlich Deutschlands) die ganze Union in Gefahr bringen und längst von unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten der Union die Rede ist, jetzt wird dieser Prozeß durch die EZB noch weiter beschleunigt. Auch wenn die baltischen Regierungen sich lieber an der US-Politik des „deficit spending“ als am Versuch der Haushaltssanierung orientieren, werden sie nicht umhin können, ihre Handelsbilanzen zu sanieren, denn die Kapitalströme der EZB landen – wie gesagt – nicht dort, wo sie eigentlich hingehören.

Wie stellt sich das systemrelevante Westeuropa dem baltischen Beobachter dar?

48 Central Statistical Bureau of Latvia: **Each fifth person in Latvia is at-risk-of-poverty**, Riga, 04.02.2014

Unübersehbar ist der Grad der Unverfrorenheit, mit dem Europa-Politik gemacht wird. Die angeblich gesellschaftspolitischen Ziele, die die EU-Kommission verfolgt, sind tatsächlich schon bei ihrer Proklamation obsolet und für die angesprochenen Bürger (Wähler) heute nicht nur schneller als früher als Täuschungen erkennbar. Die Täuschungs-Politik, mit der die politischen Eliten in West und Ost operieren, verursacht immer höhere soziale, kulturelle, ökologische und letztlich steuerliche Kosten.⁴⁹ Sie werden von diesen Eliten in Kauf genommen. Denn die Sprecher dieser Eliten (vor allem die Bundeskanzler seit G. Schröder; Fraktionsvorsitzende; politische Manager im Bundeskanzleramt, im Verteidigungsministerium u.a.m.) sind aufs engste mit den Sprechern des international operierenden Unternehmertums verknüpft (Gazprom, Deutsche Bahn, Allianz, Siemens, Münchner Rück, RWE, EoN, BMW, VW...). Es ist nicht mehr der deutsche Kaiser, der sich mit dem deutschen Großunternehmer Krupp trifft, um das Projekt Bagdad-Bahn abzusprechen. Es ist die weltweit umtriebige deutsche Kanzlerin, die den Sprecher der Deutschen Bank, Ackermann, zu dessen Geburtstagsfeier 2008 in den deutschen Regierungssitz (Kanzleramt) einläd. Aber diese „Deutsche“ Bank richtet sich nur noch zu einem kleinen Teil ihres Portefolios am deutschen Kapitalmarkt und dessen Bedarfen aus. Sie ist vor allem eine international aufgestellte Investmentbank, intensiv vernetzt mit großen anderen internationalen Banken und den größten globalen Hedgefonds (von denen einst ein SPD-Vorsitzender noch als „Heuschrecken“ sprach). Eben diesen schweizer Herrn Ackermann haben vor allem manche deutschen Bürger noch vor Augen wie er bei der Jahreshauptversammlung 2001 stolz auf den Bankgewinn von mehr als 1 Mrd. € verwies und gleichzeitig auf das Geschick seiner Bank, keinen Cent Ertragssteuern an den deutschen Fiskus abgeführt zu haben, weil die Gewinne im Ausland anfielen. Leider nicht wegen dieser Geschäftspraktiken, aber immerhin wegen des Verdachts auf Justiz-Täuschung wurde Herr Ackermann 2014 endlich vor Gericht gestellt.⁵⁰ Herr Ackermann wurde für seine Geschäftsphilosophie selbst in den USA kritisiert: Der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, Simon Johnson, bezeichnete den Deutsche-Bank-Chef als "einen der gefährlichsten Bankmanager der Welt". Die von Ackermann angepeilte Rendite von 25% (!) sei nur möglich, "weil er genau weiß, dass die Deutsche Bank ein Systemrisiko darstellt und daher von den Steuerzahlern gerettet würde, falls ein Konkurs droht" (SPIEGEL). Genau das haben dann auch Kanzlerin Merkel und Euro-Gruppenchef J.-C. Juncker (inzwischen EU-Präsident) und EZB-Chef Mario Draghi (zuvor bei der Skandal-Bank Goldman Sachs) auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise als ihr stärkstes Argument vorgetragen: so große Banken sind systemrelevant und müssen daher mit Steuergeldern dahingehend gerettet werden, daß sie ihre globalen spekulativen Operationen wieder aufnehmen können.

49 Steuerzahlerbund, Schwarzbuch, März 2014: *20 Milliarden Euro könnte der Bund sparen, wenn überflüssige Subventionen wegfielen, meint der Steuerzahlerbund. Der kritisiert nicht nur die großen Posten, sondern auch den Umverteilungswahnsinn im Kleinen. Einige haarsträubende Beispiele von Steuerverschwendung in Deutschland*

50 TAZ, 13.8.2014: Deutsche-Bank-Chef angeklagt. Staatsanwaltschaft beschuldigt ... Ackermann ... Sie sollen die Justiz getäuscht haben

INNENPOLITIK MIT OLIGARCHISCHER FUßSPUR

Es herrscht wieder Demokratie - sagt man

Seit Jahren werden die baltischen Staaten durch den Transformationsindex (BTI) der Bertelsmann-Stiftung erfasst und bewertet. Bei Ausbruch der Großen Krise 2008 hielt der BTI z.B. zu Lettland fest: *There are no constraints on free and fair elections. Allerdings auch: Elected rulers have the effective power to govern. There are no formal veto powers, but the interests of individual power groups have become rooted in political parties, thanks in large part to Latvian society's political passivity. Political parties are in effect lobbying organizations that can easily realize their interests.*

2013, immer noch umfängen von der Großen Krise, stellen schwedische Analysten Veränderungen beim Thema Lobbyismus fest, worüber sich der baltische Bürger freuen darf. Die Schweden sehen allerdings auch gleich die Schatten, die weiterhin auf dem Thema liegen: Einerseits verfügt Litauen inzwischen über das umfassendste Regelwerk unter den 3 Staaten zum Thema Lobby. Darin sind angesprochen „Ethik der öffentlichen Verwaltung“, „Interessenskonflikte“, „Korruptionsbekämpfung“ und eben „Lobbyismus“. Und gerade die Regelungen des Lobbying werden außerhalb des Parlaments von vielen Seiten kritisiert, weil (a) ein exklusiver Fokus auf Parlaments-Lobbying gelegt wird, ohne Regierungs-Lobbying einzubeziehen; (b) nicht unterschieden wird zwischen professionellem Lobbying und gewöhnlicher Interessenvertretung; (c) die Definition von ‘Lobbying’ nicht die sog. ‘in-house lobbyists’ einschließt; (d) die Regelung nur für registrierte Lobbyisten gelten soll. Unterm Strich hält das schwedische Institut IDEA daher fest, daß dieses Lobby-Regelwerk den Normalbürger in Litauen nicht überzeugt, weil es nicht klar genug definiert ist und dadurch nicht weit genug greifen kann, um das hohe Korruptionsniveau im Lande zu senken.⁵¹

Im BTI 2014 stehen die Balten dennoch auf ausgezeichneten Plätzen innerhalb der oberen zehn Länder von insgesamt 129. Wenn man die drei Länder genauer kennt, verwundert diese Platzierung. Deutlich wird, daß sich die baltischen Staaten sehr unterschiedlich entwickeln. Deswegen helfen an dieser Stelle ein kurzes Länderprofil und anschließend der genauere Blick auf einige der für Staat und Gesellschaft wichtigen Sektoren. Als Länderprofil dienen allerdings nicht die überall und leicht auffindbaren Statistiken zu BIP, BSP oder Exportüberschuss / -defizit. Hier folgt eine kurze, vergleichende Zusammenstellung der Sektoren, für die Fördermittel aus dem aktuellen Kommissionshaushalt 2014-2020 zugesagt sind. Sie spiegeln die gesamtwirtschaftlichen Schwerpunkte, die nach Darlegung der drei Regierungen von ihnen selbst für wichtig gehalten werden, für die sie aber nur unzureichende Mittel in ihre Haushalte einstellen können. Aus den diversen Finanzfonds der EU sind insgesamt für 2014-20 vorgesehen:

Estland: 4.361,4 Mrd. €; **Lettland:** 5.632,6 Mrd. €; **Litauen:** 8.277,3 Mrd. €.

Wenn das Fördervolumen als Kriterium genommen wird, finden sich unter den ersten drei Sektoren in allen Länder diese beiden:

51 International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA): Illicit Networks and Politics in the Baltic States, Stockholm 2013

- Erhöhung der **Wettbewerbsfähigkeit von Klein und Mittelindustrien** sowie Unternehmen in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei und Aquakultur; und
- Förderung **nachhaltiger Verkehrssysteme** und Beseitigung von Engpässen in der Infrastruktur

mit den Anteilen dieser beiden Sektoren an den Gesamtzusendungen der EU-Kommission:

Estland: 25% **Lettland:** 34% **Litauen:** 29%.

Zieht man „Umweltschutz“, „CO₂-arme Technologien“, „Energieeffizienz“ zum Sektor

- **Rohstoffe-Energie** zusammen, ergibt sich als weiterer großer Förderblock für die drei Länder:

Estland: 20% **Lettland:** 28% **Litauen:** 29%.

Die Priorisierung auf diese drei Sektoren kann diskutiert werden, klingt aber zunächst vernünftig. Deutsche Unternehmer mit Investitionsbereitschaft in den baltischen Ländern reagieren dennoch mit Sorgenfalten. Sie verweisen auf eine intransparente und hartleibige Bürokratie als wichtigste Hemmschwelle für stärkeres wirtschaftliches Engagement. Das kann als Schutz für einheimische Unternehmen gedacht sein. Oft genug werden aber lediglich hohe bürokratische Hemmschwellen aufgebaut, um die zuständigen Beamten mittels „Freundlichkeiten“ um die beschleunigte Behandlungen der anstehenden Angelegenheiten ersuchen zu können. Die **Bakschisch-Mentalität** findet sich in der Tat auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung, in den Krankenhäusern, selbst beim Lehrkörper der Schulen und Universitäten und belastet nachhaltig (!) die unteren Sozialschichten - nicht als Auswirkung der aktuellen Großen Krise, sondern als Teil der politischen Kultur.

In den BTI-Texten der Bertelsmann-Stiftung stecken weitere Hinweise, die hinterfragt werden müssen. Denn: es klingt nicht direkt nach parlamentarischer Unabhängigkeit, wenn die staatliche lettische Antikorruptionsbehörde die Regierungsparteien wegen erheblicher finanzieller Manipulationen und Machenschaften bei der Wahlkampffinanzierung beschuldigt und gleichzeitig feststellt, daß die Antikorruptionsbehörde KNAB nur bei „peanuts“ einige Erfolge verzeichnet, aber das korrupte politische System insgesamt zu stabil ist, um sich ernsthaft gefährden zu lassen. Das wird wiederum durch einen Ländervergleich unterstrichen, den die englische Fachzeitschrift *The Economist* noch ohne die Verzerrungen durch die Große Krise in 2007 angestellt hatte:

Demokratie - Index im Vergleich

Land	Kategorien mit max. 10 Punkten					
	Rang	Gesamt Punkte	Regierungsleistung	politische Mitbestimmung	Politische Kultur	
Schweden	1	9.88	10.00	10.00	9.38	
Island	2	9.71	9.64	8.89	10.00	
Holland	3	9.66	9.29	9.44	10.00	
Estland	33	7.74	7.50	5.00	7.50	
Litauen	39	7.43	6.43	6.67	5.63	
Lettland	43	7.37	6.43	6.11	5.63	

Die Unterschiede zwischen Bertelsmann-Index (hohes Demokratie-Niveau) und dem Economist-Index (mäßig bis schwaches Demokratie-Niveau) legen allerdings nahe, den Transformationsprozess der Balten empirisch und aus seiner inneren Logik heraus anzusehen und dabei die bisherige Integrationspolitik der EU zu hinterfragen, die in erster Linie unter der Überschrift *Finanzhilfen* organisiert wird.

De facto konzentrieren sich die baltischen Regierungen beinahe zwangsläufig darauf, die für sie bereitgestellten Finanzmittel aus diversen EU-Fonds ins Land zu holen als darauf, die konzeptionelle Grundlage und somit Rechtfertigung für den sinnvollen Einsatz solcher Mittel zu schaffen. Und – was der Economist hervorhebt – es sind gesellschaftspolitische Entscheidungen, die auffallend deutlich der Legitimation durch Bürgerbeteiligung entbehren.

Dies kann nicht wirklich im Interesse der wenigen Netto-Zahler (der Steuerzahler) in der EU sein. Nach Angaben der Europäischen Kommission und bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Staaten war im Jahr 2012 Schweden der größte Nettozahler der EU. Es folgten Dänemark, Deutschland, Frankreich sowie die Niederlande, Belgien und Großbritannien. Auf der anderen Seite waren die größten Nettoempfänger im Jahr 2012 die drei baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland mit einem Überschuss von 4,84 / 4,82 / 4,29 Prozent ihres BIP. Die Vielzahl von EU-Beratungsprogrammen (schon vor dem Beitritt 2004) müsste gelegentlich im baltischen Empfängerland Wirkung zeigen. Der auf bürokratische Abwicklung anstelle von Wirkungskriterien aufgebaute EU-Apparat ist aber an erster Stelle am dokumentierten Mittelabfluß der einzelnen EU-Kommissionen und ihrer Generaldirektionen interessiert, weitaus weniger an einer tatsächlichen Wirkungsanalyse. Und das haben die Empfänger-Institutionen sehr schnell erkannt. Am 17. Mai 2010 berichtete die Süddeutsche Zeitung daher zum Thema:

Ein Computerhacker deckte auf, wie gut sich die Elite des Landes in der Krise bereichert. Nun wurde er in Riga verhaftet

Der 31-Jährige Ilmars Poikans ist für viele Letten ein Held: Der Mathematiker hatte sich Zugang zu Millionen von Steuerdaten verschafft und seit Februar pikante Details der Presse zugespielt oder via Twitter veröffentlicht. So erfuhren die 2,4 Millionen Letten, dass viele Staatsbedienstete weiterhin üppig entlohnt werden - obwohl die Regierung ein Sparprogramm umsetzen muss, um die Auflagen der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erfüllen und eine Staatspleite zu verhindern. Nun wurde Poikans enttarnt.

Er enthüllte, dass der Chef des staatlichen Energiekonzerns Latvenergo Anfang 2008 monatlich offiziell 17.300 Euro verdiente - Ende 2009 waren es immer noch mehr als 4000 Euro, eine mehr als üppige Summe für lettische Verhältnisse. Polizisten lasen, dass ihre Vorgesetzten mit 2800 Euro etwa das Sechsfache ihres Gehalts kassieren. Ein kommunales Versorgungsunternehmen hatte im März 2009 noch 22.500 Euro als Bonus an einen ihrer Manager ausgezahlt. Rentner hingegen bekommen im Schnitt 150 Euro, Lehrer 375 Euro im Monat.

Die Wut über die hohen Gehälter wuchs, weil zeitgleich Schulen und Krankenhäuser geschlossen, Löhne um ein Drittel gekürzt wurden. Nun räche sich, dass die Regierungen in Riga in den Boomjahren anders als etwa Estland keine Rücklagen bildeten. Stattdessen schossen Staatsagenturen mit vielen Beamtenstellen wie Pilze aus dem Boden. Und während

sich der Nachbar Estland über die baldige Euro-Einführung und die niedrigste Verschuldung aller EU-Staaten freut, muss sich Lettland gesundschrumpfen.

Für Aufsehen sorgt zudem, dass die Polizei nach Poikans' Verhaftung zwei Stunden lang die Wohnung der TV-Journalistin Ilze Nagla durchsuchte und ihr Notebook mitnahm. Nagla hatte oft über „Neo“ berichtet und sieht nun die Arbeit der Medien gefährdet. 120 Journalisten haben eine Petition im Internet unterzeichnet, die Opposition fordert den Rücktritt der Innenministerin.

Vergangene Woche demonstrierten Anhänger vor dem Regierungssitz. Mit Kreide schrieben sie Slogans wie „Fangt die wahren Diebe“ oder „Lettland hat kluge und ehrenhafte Straftäter“ aufs Pflaster. Vor der Staatsanwaltschaft posierten geknebelte Männer, auf deren T-Shirts stand: „Unsere Wahl heißt Neo“.

Es war nicht die erste Erfahrung mit staatlicher Willkür und fragwürdigen Rechtsverhältnissen im Lande. Die Bürger erinnerten sich sofort an den sich schon Jahre hinziehenden Transformationsprozeß und sagten im Oktober 2007 sehr deutlich: Es reicht! Und sie sagten es nachdrücklich und sichtbar und liessen dieselbe Entschlossenheit anklingen, wie bei den Unabhängigkeitskämpfen 1991. Sie versammelten sich am Denkmal des Widerstandes gegen die sowjetische Besatzung, den „Barrikaden 1991“ und trugen sehr große und sehr bescheidene Protestschilder mit sich mit Aufschriften, wie: „Ende mit Divide et Impera“ (Nost ar skaldi un valdi), „Hilfe für Arme und nicht für Reiche“ (Atbalstu nabagajiem nevis bagatniekiem),



Schon 2007 hatten sich die Bürger an den **Barrikaden** versammelt, um gegen die Einsetzung von Valdis Zatlers als Staatspräsident zu protestieren. Sehr viel Symbolik, da die Barrikaden gegen die sowjetische Okkupation errichtet wurden. Zatlers Berufung erschien manchem Bürger wie die Okkupation durch die eigene Elite

Und für lettische Verhältnisse waren unmittelbar vor Ausbruch der großen Krise, 2007, einige sehr radikale Formulierungen zu lesen:

„Volkspartei, die 1. Partei und die Grünen / Bauern: Falls ihr aus dem Fenster springt, dann springt alle zusammen - auf das Kommando vom Ministerpräsidenten –

wir schämen uns für so eine Regierung“



Allerdings: 2010, inmitten der großen Krise, waren die Bilder zur sozialen Lage der Bevölkerung um einiges dramatischer geworden und das sogar in der Hauptstadt Riga:

mit einem ähnlichen Schlachtruf, wie dem deutschen „Wir sind das Volk“ (Speks ir tauta), zogen Menschen aus der Provinz nach Riga und richteten sich 2010 in Zelten auf den verschneiten Gehwegen der Hauptstadt ein



Transformation und Oligarchie

2007 hatten die Bürger in Riga (für lettische Verhältnisse) massiv gegen etwas protestiert, das in den USA, aber auch in Deutschland als *Drehtür-Phänomen* bekannt ist. Ein Instrument der Machtsicherung der wirtschaftlichen und politischen Elite, wobei politische Führer auf einflussreiche Positionen in Großunternehmen wechseln und umgekehrt. Prominente Beispiele: Bundeskanzler Schröder (SPD) geht zu Nord-Stream [Gazprom], weil er in Putin einen „lupenreinen Demokraten“ erkannt hat, der für ein gutes Honorar sorgt. Der Chef des Kanzleramts und damit Koordinator aller

deutschen Geheimdienste, Ronald Pofalla (CDU), wechselt in den Vorstand der Deutschen Bahn, weil er sich im Kanzleramt sehr verdient um das Unternehmen gemacht hatte (und vielleicht auch, weil er den anstehenden Riesenskandalen um den Bundesnachrichtendienst auszuweichen versuchte). Der Entwicklungshilfeminister der letzten schwarz-gelben Regierung, Dirk Niebel (FDP), übernimmt ab 2015 die Rolle als zentraler Lobbyist der Rüstungsindustrie. Der ehemalige Außenminister Fischer (Die Grünen) arbeitet als Berater für BMW und für das Gas-Pipeline Projekt Nabucco. Mit ganz besonderem Befremden schaut die Bevölkerung und mit großem Interesse schauen die politischen Eliten der drei baltischen Länder allerdings auf die Drehtür-Praktiken der EU-Kommission, wo ex-Kommissionspräsident **Barroso** nunmehr dem Dachverband aller Brüsseler Lobbyisten, dem **European Business Summit** zuarbeitet. Das wird nur noch von der ex-Justiz-**Kommissarin Viviane Reding** getoppt, die in den **Aufsichtsrat** von Agfa-Gevaert wechselte und gleichzeitig als **Lobbyistin** für den belgischen Rohstoffkonzern Nyrstar tätig ist – und das aus der optimalen Position einer **Europa-Abgeordneten** mit Sitz und Stimme im Handelsausschuss.

In den baltischen Ländern bewegen sich Staatsspitzen und Wirtschaftsspitzen seit jeher auf einem sehr hohen Korruptionsniveau (lt. Amnesty International). Daher besitzt hier das Drehtür-Phänomen an sich sogar geringere Bedeutung, denn die politische und ökonomische Macht ist ohnehin bei einer kleinen Personengruppe in Personalunion verfestigt – wobei das nationale Großkapital nicht ständig selber auf der politischen Bühne erscheint, sondern sich auch mit politischen Stellvertretern begnügt. Prominente Beispiele für politisch-ökonomische Personalunion sind **Aivars Lembergs**, Großunternehmer und Parteichef und Bürgermeister der wichtigen lettischen Hafenstadt Ventspils oder: **Viktor Uspaskich**, russisch-stämmiger Großunternehmer und vormaliger litauischer Wirtschaftsminister und nun EP-Abgeordneter. Für Großkapital mit Durchgriff auf das politische System steht noch direkter der lettische Großunternehmer **Andris Šķēle**, der selber mehrfach Ministerpräsident wurde. Lembergs und Šķēle sind zwei der drei lettischen Oligarchen. Sie müssen nicht mehr selber in politische Rollen schlüpfen. Sie setzen gerne auch ihre politischen Stellvertreter in formal wichtige Ämter ein: Andris Šķēle sorgte dafür, daß Ministerpräsident **Kalvītis** (bis Ende 2007) ins Amt kam und daß **Valdis Zatlers** Staatspräsident wurde (2007-11) etc.

Wegen der Parallelen zur Oligarchenherrschaft in der Ukraine und vor dem Hintergrund der Finanzhilfen aus EU-Fonds erscheint eine kurze Oligarchen-Skizze am Beispiel des baltischen Kernlandes Lettland angebracht:

Oligarch Ainars Šlesers

Ainars Šlesers hat sich seinen Platz in der politischen und wirtschaftlichen Elite Lettlands durch Ministerämter in zahlreichen Kabinetten seit 1998 gesichert. Bis 2008 war er zum wiederholten Male Verkehrsminister. Er entschied damit über viele Millionen teure Investitionsvorhaben im Infrastrukturbereich aus EU-Fonds (Flughafenausbau Riga; Autoschnellstraße *Via Baltica* als Hauptverbindung zwischen Riga und Tallinn bzw. Riga und Vilnius und zahlreiche andere Großprojekte). Für ihn waren seine frühen Beziehungen zur norwegischen Ölindustrie der wesentliche Steigbügel in die nationale Politik. Durch die große Finanz- und Wirtschaftskrise

wurde Lettlands Regierung international (IWF, EZB) stärker in die Verantwortung genommen. Das mag ein Grund sein, weshalb Ainars Šlesers nicht mehr ins Kabinett ging, sondern sich im Juni 2009 als Bürgermeister von Riga beworben hatte, dabei Zweiter blieb und folglich versuchte, dem eigentlichen Wahlgewinner - Nils Ušakovs vom Linksbündnis *Harmonie Zentrum* - den Bürgermeisterposten abzukaufen. Es gelang nicht direkt, weil Šlesers' konservativ-christliche Partei bei den Kommunalwahlen nur auf dem dritten Platz landete. Aber es ist kein Geheimnis, dass Šlesers den jungen Bürgermeister in seine Russland-Geschäfte einzubinden weiß und weitestgehenden Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen der Stadt Riga nimmt. Šlesers - genannt *Bulldozer* - arbeitet mit allen Mitteln daran, doch noch die Nummer Eins in Riga zu werden. Dabei geriet er allerdings zwangsläufig schon ins Fadenkreuz der Antikorruptionsbehörde. Sein Einfluss im Parlament reichte aus, daß ihm dort nicht die Immunität entzogen wurde. Einen Kratzer erhielt das Oligarchensystem erst als der vom zweiten Oligarchen (*Andris Šķēle*) durchgesetzte Staatspräsident Zatlers sich im Fall Šlesers querlegte, indem er 2011 die Parlamentsauflösung erwirkte. Zatlers Hauptargument hieß „Kampf der parlamentarischen Korruption“. Dadurch geriet das Parteiengefüge etwas in Ordnung.

Oligarch Andris Šķēle

Andris Šķēle hat unmittelbar nach der Unabhängigkeit sehr erfolgreich Unternehmen der lettischen Nahrungsmittelindustrie übernehmen können, war Besitzer oder zumindest der starke Mann der mächtigen Mischgruppe *Ave Lat Grupa*, hat - während er geschäftsführender Landwirtschaftsminister war - zahlreiche weitere Nahrungsmittel-Unternehmen gegründet oder erworben und war mit einer Consulting-Firma gleichzeitig Berater der Regierung. Hilfreich waren dabei auch die Offshore-Gesellschaften, die er zumindest auf der Isle of Man registrieren ließ (*Quainton Ltd*), auf den Channel Islands und in Irland. In den 1990er Jahren sicherte er sich insgesamt dreimal das Amt des Ministerpräsidenten. Ende der 1990er Jahre war A. Šķēle dann der unbeliebteste Politiker in Lettland, belastet mit zahllosen Korruptions- und Betrugsvorwürfen staatlicher Kontrollorgane und der Staatsanwaltschaft, aber auch befleckt durch einen Pädophilie-Skandal. Seine konservative Volkspartei fiel bei den Wahlen im Juni 2009 ins Bodenlose. Dennoch bereitete er seit Herbst 2009 zielstrebig seine eigene Kandidatur als erneuter Regierungschef nach den Wahlen 2010 vor und trat damit als wichtigster Konkurrent zum Oligarchen Šlesers an.

Oligarchischer Inbegriff: Aivars Lembergs und sein „Stipendiaten-Programm“

Der ehemalige KP-Funktionär **Aivars Lembergs** hat sich in seinen mehr als 25 Bürgermeister-Jahren (seit 1988) zum „König von Ventspils“ aufgebaut. Er beherrscht alles, was sich wirtschaftlich und finanziell in der Hafenstadt Ventspils bewegt. Zudem bewegt er sehr viel in Riga. Und das ist vor allem das Öl- und Gas-Geschäft. Lembergs finanzielle Beteiligungen an diversen verschachtelten Hafен-, Öl- und Transportgesellschaften und die Überschreibungen an diverse Familienmitglieder sind für kaum jemanden durchschaubar. Immerhin gibt es verschiedene

Investigationspfade, über die lettische Journalisten der Wahrheit näher zu kommen versuchen.

Darin spielt die Grundlage des Lembergs'schen Vermögens eine wichtige Rolle: 1997 verstarb ein sogenannter guter Freund von A. Lembergs plötzlich und unerklärt, Vitalis Lejins. Zumindest verschwand er spurlos. Lejins hinterließ ein Testament, in dem A. Lembergs ein attraktives Erbe übertragen wurde: hohe Bargeld-Beträge, Versicherungsansprüche, Immobilien in Riga, Jurmala und vor allem das Unternehmen „Inter Riga“, ein Büromöbel-Ausstatter. 1998 wurde das Testament für rechtskräftig erklärt. 1999 wurde „Inter Riga“ an eine Firma Bureau Projects Ltd. mit Sitz in Grossbritannien für etwa 1,7 Mio. Dollar verkauft. Das entsprach dem 40-fachen des Grundkapitals. Laut lettischem Unternehmensregister Lursoft besitzt Bureau Projects zu 100% die Inter Riga Anteile schon seit dem 29.12.1998 (also schon vor dem Verkaufsdatum). Im Jahr 2000 kam bei der Staatsanwaltschaft der Verdacht auf, dass die Besitzer von Bureau Projects A. Lembergs selbst und seine Kinder Anrijs und Liga sind. Demnach hätte Lembergs seine Firma „Inter Riga“ an sich selbst verkauft. Er hätte damit die klassische Form von Geldwäsche exerziert.

In seiner Person vereinigen sich umfassend die Möglichkeiten und das Instrumentarium, die der Transformations-Elite seit der Unabhängigkeit zur Verfügung standen, weil sie weder von der eigenen Zivilgesellschaft noch von den tradierten Demokratien West-Europas strittig gemacht werden. Dennoch konnte auch der Caudillo und vor der Wende wohlwollend beurteilte KP-Funktionär Aigars Lembergs vorübergehend zum Störfaktor werden als er in den Energiegeschäften mit Moskau einen falschen Zug machte.

Moskaus langer Arm reicht leicht bis in die lettische Regierungsspitze und machte erheblichen Druck auf Ministerpräsident Kalvitis und andere, um Lembergs Öl- und Gasgeschäfte wieder stärker an den russischen Exportinteressen auszurichten. Lembergs konnte eine Zeit lang alle Avancen und alle Drohungen, auch die der

Lembergs' Stipendiaten

Anfang August 2008 wurde eine sogenannte "Stipendiaten-Liste" bekannt und der Staatsanwaltschaft übergeben, in der Dutzende (möglicherweise mehrere hundert) Personen und Institutionen aufgeführt sind zusammen mit den Geldbeträgen, die ihnen A. Lembergs im Laufe der Jahre zukommen lies. Die Beträge bewegen sich auf sehr unterschiedlichem Niveau, von 10.000 Euro bis 300.000; von karitativen Einrichtungen bis zu den verschiedenen politischen Parteien. Die vorherige Staatspräsidentin, Vaira Vike-Freiberga, sprach in dem Zusammenhang von einem "Damokles-Schwert", das über der politischen Landschaft Lettland schwebte und von dem sie am Ende ihrer Amtszeit schon in einer Rede vor dem Parlament gewarnt hatte. Sie hoffe, dass die Justiz die Courage besitze, endlich konsequent zu sein, weil die "Gesellschaft insgesamt sonst in tiefe Verzweiflung stürzen würde" (LETA, Riga, 4.8.2008)

Am 12.12.09 publizierte die Tageszeitung *Diena* ihren neuen Zwischenstand: Nun schätzten die Journalisten die Summen, die bis 2006 gezahlt wurden, auf sieben Millionen US-Dollar. Begünstigt seien Parteien und einzelne Politiker, die monatlich Zahlungen in der Höhe eines Gehalts erhalten hätten. Betroffen ist vor allem die *Vereinigung der Grünen und der Bauern*. Ihr Vorsitzender Augusts Brigmanis stellt sich aber gegenüber der Presse ahnungslos.

(Aivars Lembergs "Stipendiaten": Die lettische Art politischer Landschaftspflege, in: *Lettische Presseschau*, Münster, 15.12.2009)

Staatsanwaltschaft, erfolgreich abwehren und sein Partnernetz in Richtung Schweiz und USA ausbauen.

Dann wurde Lembergs Knall auf Fall am 14. März 2007 unterwegs im Lande mit der Begründung verhaftet, im großen Stil bestechlich zu sein, im großen Stil erpresst zu haben, Geld in erheblichen Ausmaßen auf den Cayman Islands, in der Schweiz und andernorts gewaschen und falsche Steuererklärungen abgegeben zu haben. Anschuldigungen, wie sie u.a. Transparency International seit Jahren erhebt, wie sie aber auch modellhaft von der russischen Staatsjustiz gegen unliebsame (unbotmäßige) Oligarchen, wie Chodorkowsky, erhoben wurden.

Nach seiner Verhaftung verbrachte Lembergs, der von allzu vielen Menschen in Lettland – wie bei der Camorra – „Papa“ genannt wird, fast vier Monate in einem Rigaer Gefängnis. Anschließend genoss er bis Februar 2008 die Erleichterung des Hausarrests in seiner Stadt Ventspils. Einerseits ein revolutionärer Akt der lettischen Justiz gegen einen der drei lettischen Oligarchen. Andererseits stehen viele Fragezeichen im Raum: es wurde Lembergs und seinen Anwälten von der Staatsanwaltschaft untersagt, sich über Einzelheiten des Prozesses zu äußern. Allzu viele Funktionsträger müssten möglicherweise mit Verfahren rechnen, wenn das ganze Ausmaß der Lembergs'schen Vernetzung und der Umfang der von ihm abhängigen Politiker, Richter, Wissenschaftler, Journalisten offen gelegt würde. Das wäre der Fall, wenn die Justiz der Hoffnung der vorherigen Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga nachgekommen wäre und Lembergs sogenannte „*Stipendiaten - Liste*“ aufgearbeitet hätte (s. Kasten).

Trotz all der Anschuldigungen und Verurteilungen blieb Lembergs als Bürgermeister von Ventspils im Amt. Und mehr noch: zur Jahresmitte 2008 hatte er den lettischen Staat auf Schadensersatz für die nicht nachgewiesenen Anschuldigungen verklagt. Der Richter hatte zumindest teilweise zu seinen Gunsten entschieden. Der Justizminister aber erklärte, der Staat könne die zugesprochenen 2.400 Lats (3.500 Euro) an Schadensersatz wegen der Finanzkrise nicht auszahlen. Durch diesen grundsätzlichen Anspruch gestärkt sah A. Lembergs sich ermutigt, seine anfänglich bescheidene Forderung sofort auf eine Mio. Lats zu erhöhen (knapp 1,5 Mio. Euro), denn er sieht sich längst wieder auf der Gewinnerseite gegenüber der lettischen Justiz. Die lettische Bevölkerung im allgemeinen, aber selbst Unternehmerkreise sind mehr als empört über die extrem schwache Justiz in Lettland: Ein Unternehmer aus dem führenden IT-Sektor äußerte sich gegenüber der internationalen baltischen Zeitung Baltic Times: *“Our court system is completely powerless against all these Lembergs, Slesers and Škēles. They can get through anything with the help of their fancy lawyers and helpers”* und weiter: in Lettland sind die Menschen zu a-politisch: *“Sie kümmern sich nicht darum, wer die Macht hat und wie er sie erlangt hat.”*⁵²

Und dann fädelten eben diese mit allen lettischen Wassern gewaschenen Anwälte das ein, was der interessierte Beobachter so oder so ähnlich schon lange erwartet hatte:

Im Schatten der Gedenken an 90 Jahre lettischer Staat (1918-2008) kommt der Vorschlag auf den Tisch der Re-gierungsparteien, eine Amnestie für alle zu erlassen, die am Befreiungskampf Lettlands Ende der 1980er Jahre gegen die russische Okkupation beteiligt waren. Davon sollen einige aktive lettische Bürger profitieren; ins-besondere sollen aber ex-Funktionäre der KPdSU, wie Herr Lembergs, dadurch gewissermaßen zum unangreifbaren lettischen Freiheits-kämpfer hochstilisiert

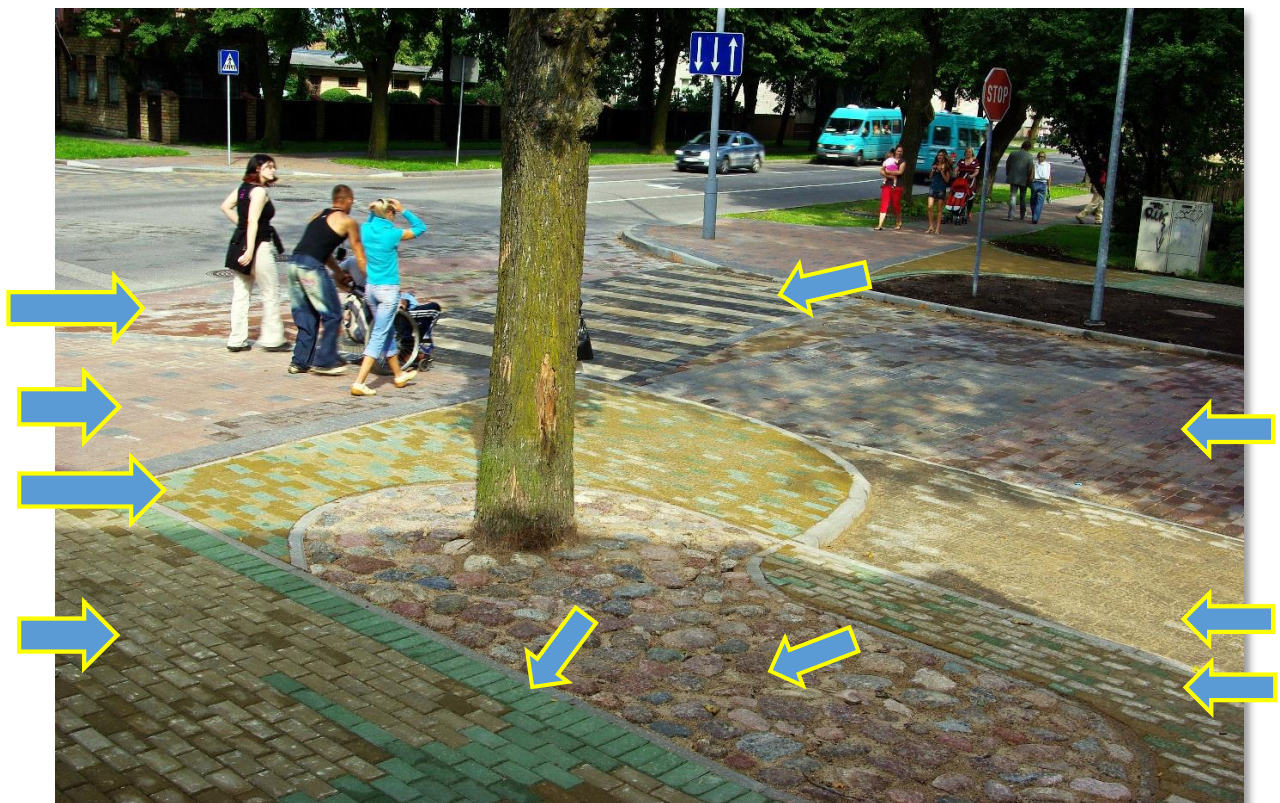
52 The Baltic Times, Sep 10, 2008: 'We are not crooks' by Monika Hanley

werden. Das Bezirksgericht der Region Riga hatte schon verschiedene Verfahren gegen Lembergs zu einem einzigen Fall verdichtet. Die Staatsanwaltschaft konnte sich auf 147 Ordner mit Belastungsmaterial stützen, aber den Beobachtern war schnell klar, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundenen internen Probleme der Regierungsparteien überaus schnell vom Fall Lembergs ablenken würden.

Lembergs' kleines Geheimnis

Bei aller Unübersichtlichkeit im konservativen Lager wird der Oligarch Lembergs offensichtlich von einem großen Teil der Wähler als stabilisierender Faktor im politischen System Lettlands wahrgenommen. Denn den Letten steht die effiziente Verwaltung der Hafenstadt Ventspils deutlich vor Augen. Wenn ich die Verhältnisse in Ventspils meinen Besuchern plastisch erläutern sollte, griff ich gerne zu folgender imaginären Szene:

Frühstückstisch im Hause Lembergs: *Herr Lembergs hat seine große Betonsteinefabrik an seine Frau überschrieben. Daher sehen sich jetzt die Unternehmerin Lemberga und der Bürgermeister Lembergs tief in die Augen. Lemberga: Herr Bürgermeister, ich mache Ihnen ein Vorzugsangebot für die Pflasterung der Straßen und Radwege in Ventspils, das sie nicht ablehnen können. Lembergs: wenn Sie, Gnädigste, den Marktplatz mit einbeziehen, erhalten Sie den Zuschlag.*



Ventspils: Lembergs-Pflastersteine sind vielfältig und haben jeden Flecken erfasst

In der Frühstücksszene hat die Unternehmerin Lemberga nach der zweiten Tasse Kaffee wieder einen beachtlichen Auftrag aus dem Stadtsäckel für ihr Unternehmen gesichert. Der Unterschied zu anderen Städten in Lettland liegt darin, daß in Ventspils

auch tatsächlich die Straßen gepflastert sind und die Symbiose Lembergs – Lemberga in der Praxis, d.h. für den Bürger sichtbar funktioniert. Lembergs' unternehmerische Cleverness und sein Durchsetzungsvermögen gegen Staat und Justiz projizieren dann viele Bürger auf seine konservativ-nationalistische Partei *Bauernunion/Grüne* und hoffen, daß von dort mehr soziale Gerechtigkeit und einige ökonomische Brosamen auch für die breite Masse außerhalb von Ventspils abfallen. Lembergs' Stärke beruht daher nicht allein auf seiner sehr breiten „Stipendiaten-Liste“ zugunsten von Abgeordneten, Journalisten, Richtern u.a.m.⁵³

Außer durch sichtbare Modernisierung seiner Stadt sichert sich Lembergs seine Wiederwahlen in Ventspils zusätzlich durch attraktive öffentliche Feste zwischen Altstadt, Hafenpromenade und Ordensburg, zu der „ganz Lettland“ anreist und sich amüsiert. Lembergs ist Oligarch – aber anders.



*Ventspils:
Lembergs öffentliche
Hafenfeste*

*symbolträchtiges Kunstwerk
im Ventspils-Hafen:
eine Milchkuh sieht aus, wie
ein Stier und ist ein lederner
Geldkoffer
(mit einem Wort: Lembergs,
der offenbar auch
Selbstironie kennt)*



53 An dieser Stelle kann die Frage nicht behandelt werden, welchen „Sauberkeitsgrad“ die Wahlen besaßen. Immerhin hat der Anwalt und politische Beobachter Janis Matulis (Riga) auf die Anfrage zu den gültigen Stimmen der Oktober-Wahl recherchiert und noch am 1. Februar 2011 in einer mail an E.R. festgehalten: “I could not find the correct or the final figures of this fact even in the homepage of Election Commision. But the most discussed figure was 13.000 more envelopes then voters in total. There were numbers of explanations from the officials’ side....”

POLITISCHE KULTUR & SELBSTBEDIENUNGS-STAAT

Innenminister Ivars Godmanis warnte bei Ausbruch der Großen Krise (Dez. 2007) seine Regierung vor einer gefährlichen Bande Krimineller, die sich aus Mitgliedern des parlamentarischen und des präsidentiellen Sicherheits-Dienstes ebenso rekrutierten wie aus früheren sowjetischen Offizieren und früheren KGB-Agenten. Er schränkte vor dem Nationalen Sicherheitsrat allerdings ein, dass die Verwicklung in kriminelle Akte einer Reihe festgenommener Verdächtiger erst noch nachgewiesen werden müsse. Der damals noch im Amt befindliche MP Kalvitis hatte weniger Zweifel und konnte schon Namen und einen "eindeutig terroristischen Akt" benennen. Der zu dem Zeitpunkt frisch ernannte Staatspräsident Zatlers sprach derweil noch offen aus, was als strukturelles Problem im Sicherheitsbereich fortbesteht: die einzelnen Machtgruppen in Lettland halten sich „ihren“ Sicherheitsapparat und verwickeln die Sicherheitsdienste entsprechend den Interessenlagen ihrer Auftraggeber in Machtkämpfe untereinander.

Im Folgenden wird diese ererbte politische Kultur für das baltische Kernland etwas genauer beleuchtet.

Politische Kultur lässt sich etwas abstrakt und gesellschaftsübergreifend verstehen als der politische Raum, in dem sich das gesellschaftliche Individuum zum aktuellen politischen System aktiv verhalten kann. Dabei schließt dieses Verhältnis auch die kritische Distanz zu aktuellen politischen „Spielregeln“ des politischen Systems ein, also z.B. Kritik an oder Ablehnung von Teilen der Verfassung oder Kritik an „Klassen-Justiz“ (z.B. in Zusammenhang mit ethnischer Diskriminierung oder sozial ungerechten Steuergesetzen oder vernachlässigtem Umweltschutz). Größere Teile der Bevölkerung müssen nicht automatisch dieselben Beziehungen zum politischen System besitzen wie die politischen Funktionäre – allerdings muss Kommunikation zwischen ihnen möglich sein. Demokratische politische Kultur ist damit nicht etwas ehern Beständiges, sondern historischem Wandel unterworfen und charakterisiert sich durch den gesellschaftlichen Diskurs.

Die dominierende politische Kultur in den baltischen Ländern hat notwendigerweise zunächst mit der eigenen politischen und sozialen Geschichte dieser Region zu tun, die über viele Jahrhunderte von deutscher, schwedischer, polnischer, russischer Kolonialherrschaft geprägt ist; sodann insbesondere mit der sowjetischen Phase (Juni 1940-August 1991), wie auch mit der eingestreuten kurzen Phase der Nazi-Okkupation. In die sowjetische Okkupationszeit fielen 1949 zwei heftige Deportationswellen. Die eine erfaßte etwa 50.000 Menschen in einer „Säuberungsaktion“ und eine zweite als Strafaktion, weil die Kollektivierung der Landwirtschaft in keinem der Länder zügig genug durchgeführt wurde; aber auch wegen der Guerrilla-Aktionen der sog. „Waldbrüder“, die den sowjetischen Truppen bis spät in die 1950er Jahre immer wieder militärisch zusetzten. Von dieser zweiten Deportationswelle nach Sibirien waren insgesamt etwa 150.000 Menschen betroffen. Hinzu kommen die durch die Nazis ermordeten Juden und andere baltische Bürger, deren Zahl einige Zehntausend beträgt (geschätzt). Zwangsläufig wirken diese traumatischen Erfahrungen bis in die Gegenwart nach und tragen zu den aktuellen Ängsten vor Russlands Übergriffen bei. Für die aktuelle politische Kultur und den gesamten Transformationsprozess spielt über diese Aspekte hinaus eine ganz

wesentliche Rolle, dass während der sowjetischen Okkupation nicht nur Zehntausende von Esten, Letten, Litauer nach Sibirien verfrachtet wurden, sondern umgekehrt Zehntausende von Russen in die baltischen Länder transportiert wurden, um die Sowjetisierung des Baltikums zu beschleunigen.

Für die Betrachtungen der politischen Kultur im „baltischen Kernland“ Lettland ist im Übrigen nicht unwichtig, daß erst nach den blutigen Freiheitskämpfen 1919 ein Staatsbildungsprozeß möglich wurde. In Lettland wurden die drei protestantischen lettisch-sprachigen Regionen Vidzeme, Zemgale und Kurzeme und das katholische Latgalien zum Staat Lettland vereinigt und dieses Lettland ab 1940 (mit der kurzen Unterbrechung während der Nazi-Okkupation) bis 1991 zu einer sozialistischen Republik der Sowjetunion geformt.

Erst Gorbatschows Perestroika (1987) ermöglichte in Lettland die Gründung der beiden Unabhängigkeitsbewegungen: die *Lettische Volksfront* und die radikalere *Lettische Bewegung der Nationalen Unabhängigkeit*. Die Volksfront war charakterisiert durch Gorbatschow-nahe Reform-Kommunisten und gewann die 1989er Wahlen zum SU-Volkskongress und auch die Wahlen zum Lettischen Obersten Sowjet 1990. Die Nationale Unabhängigkeitsbewegung hatte diese Wahlen boykottiert. Im Mai 1990 stimmte das lettische Parlament mehrheitlich für die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit Lettlands. Perestroika und Glasnost erlaubten dann tatsächlich bis 1991 ein paralleles russisch-lettisches Staats-Management und am 21. August 1991 wurde die Unabhängigkeit der Lettischen Republik auch international anerkannt. 1993 richtete die lettische Regierung ihre eigenen staatlichen Institutionen ein und erklärte die lettische Verfassung von 1922 für weiterhin gültig und ergänzte sie lediglich um die Garantie der Menschenrechte und die allgemeinen Bürgerrechte. Zehn Jahre später (im Beitrittsjahr zur EU 2004) wurde die lettische Sprache als die verbindliche Staatssprache festgelegt und hat sich in den staatlichen Institutionen seither weitgehend durchgesetzt. Als Alltagssprache ist das Russische in den östlichen Regionen Estlands und Lettlands, in der Hauptstadt Riga und als lingua franca zwischen den drei baltischen Bevölkerungen allerdings sehr präsent und wird sich schon aus demographischen Gründen langfristig weiter festigen – zumal die baltische Jugend der etwa 20/25-Jährigen erheblich weniger Berührungängste mit der russischen Sprache zeigt als ihre traumatisierten Eltern.

Noch ehe diese historischen Ängste aufgearbeitet sind, sehen sich die baltischen Bürger mit den aktuellen Transformationsansprüchen der Westeuropäer konfrontiert. Ihre Oligarchen haben die neuen Spielregeln der EU am schnellsten verstanden und wenden sie noch immer zum Nachteil der Bevölkerungsmehrheiten an, ohne daß die EU-Kommission ihre eigenen Kriterien von politischer Kultur - Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Transparenz - zur Bedingung der Transformation macht. Unter dem Strich bedeutet es für die politische Kultur in den baltischen Ländern eine beinahe chaotische Mischung aus Elementen historisch sehr unterschiedlicher Wertesysteme, denen ab 2004 nicht minder chaotische Regelungen, Normen und Gesetze des *Acquis Communautaire* übergestülpt wurden. Vor einem baltischen Gericht nutzen die Anwälte noch gültige sowjetische Regelungen oder die *Acquis*-Regeln – je nachdem.....

Auch in Zeiten der Krise bleibt den Oligarchen der Zugriff auf die öffentlichen Kassen

Bevor ich von Bogotá nach Riga wechselte hatte ich Haiti als die No.1 auf meiner Liste der korrupten Staaten. Aber es lag auch daran, daß die haitianischen Politiker, mit denen ich vor Ort Anfang der 1980er Jahre zu tun hatte, sich außerordentlich dreist, um nicht zu sagen: dämlich, verhielten. In Kolumbien gingen alle Akteure gewiefter vor – ungefähr so wie in Deutschland.⁵⁴ Aber Lettland und die beiden anderen baltischen Republiken bedeuteten wieder neue Spitzenplätze auf meiner Liste, vor allem, was die Unverfrorenheit betraf. Vorgewarnt war ich durch Berichte der Weltbank und der Europäischen Kommission. Dort hatte man noch vor der offiziellen Aufnahme der Balten in die EU den Zeigefinger gehoben, um zu sagen, es geht nicht, daß in Lettland durchschnittlich 1,4% aller Unternehmensumsätze als Bestechungsgelder anfallen. In Estland im Schnitt 1,6% und im katholischen Litauen sogar doppelt soviel wie in Lettland: 2,8%.

Zu den allerersten Projektvorschlägen, die dann Anfang 2004 in Riga an mich herangetragen wurden, gehörte eine Studie zur Aufdeckung der parlamentarischen Korruption. Wir haben diese Studie sofort unterstützt, auch weil ich schon durch mein Gespräch mit Transparency International in Berlin auf solche Anfragen vorbereitet war. Ich war natürlich nicht nur an einer einmaligen Maßnahme interessiert. Schließlich ist ein hohes Korruptionsniveau immer ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema. Aber wir wiesen diese Arbeitslinie aus Vorsicht nicht in unserer Programm-Struktur aus (die Erfahrungen mit den Geheimdiensten in Chile oder in Peru hatte ich noch in guter Erinnerung und was es über das aktuelle Russland zu lesen gab, ließ zur Umsicht raten). Ich verabredete vielmehr mit der lettischen Antikorruptions-Organisation PROVIDUS zunächst die angefragte Studie, um das Thema stärker in die öffentliche Debatte zu tragen. Das gelang sogar in gewissem Umfang.⁵⁵ Ich selber wollte allerdings gerne darüber hinausgehen und Korruption als wesensmäßigen Bestandteil von Neoliberalismus öffentlich sichtbar machen. Dazu bot

54 Beispiel Deutschland: Berufung des vorherigen Kanzleramtsministers Pofalla in den Vorstand der Deutschen Bahn, was als Belohnung für seine bahnfrendlichen politischen Weichenstellungen verstanden wurde. Allerdings wurden Pofallas sonstige politische Leistungen – etwa im Abhörskandal der NSA – im Land durchgängig als unterirdisch schlecht eingestuft und es gibt keinerlei Verständnis für ein Millionengehalt für Pofalla ab 2015. Somit ist der „Fall Pofalla“ letztlich auch ein „Fall Merkel“, denn noch ist der Bund Mehrheitseigner bei der Deutschen Bahn AG

55 The Baltic Times (Riga), 8.5.2006: *Corruption study pegs nation's courts as 'lenient'*.

Die Wochenzeitung zitierte und kommentierte die PROVIDUS-Studie jedenfalls sehr deutlich für die internationalen Beobachter:

- When it comes to bribery cases, Latvia's courts are far too lenient with their punishments, a recent assessment of the Baltic state's anti-corruption policy has stated. "This isn't to say that each bribe-taker should end up with a lengthy prison term, but clearly there are a number of cases where the court hasn't taken sufficient consideration of the case," political scientist Valts Kalnins told The Baltic Times.
- Judges are particularly influenced by the severity of the offense, the size of the bribe and, foremost, the post held by the defendant.
- Kalnins (von PROVIDUS) explained. "The pressure to change these practices must come from within the judicial system."

sich später Transparency International als qualifizierter Partner an. Zunächst fand sich in der PROVIDUS-Studie allerdings ein wichtiger Satz: **“The pressure to change these practices (Korruption) must come from within the judicial system.”** Das war der Aufhänger, um den Europäischen Richterbund aus Brüssel mit ins Boot zu holen, um mit deren Hilfe vielleicht eine Reform des Justizapparats von innen nach außen zu organisieren. Christian Lange, Generalsekretär des „Magistrats européens pour la Démocratie et les Libertés“ (MEDEL) ließ sich nicht lange zu Gesprächen nach Riga bitten und faßte den Kern des zu organisierenden Plans am Ende seiner Mission so zusammen:

„Es geht darum, die Richter und Staatsanwälte in neuen EU-Mitgliedstaaten mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, den sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, dem Rechtsstaatsverständnis der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie mit den realen Erfahrungen der anderen europäischen Kolleginnen und Kollegen vertraut zu machen. **Dazu gehört auch die Selbstorganisation der Richter und Staatsanwälte.**“⁵⁶ Dieser letzte Satz war natürlich bei den realen lettischen Verhältnissen die totale Illusion. Darüber diskutierten wir dann in Riga mit einigen wenigen Juristen, die sehr gerne mitmachen wollten. Am Ende blieb es allerdings bei der Illusion. Eine Friedrich Ebert Stiftung und ein Europäischer Richterbund reichen nicht aus, um diesen Systemwechsel zu initiieren. Außerdem erhielten offenbar einige der interessierten Richter unfreundliche Botschaften – zweifellos vom Geheimdienst. Sie meldeten sich wieder ab. Ich hatte noch eine ganz andere Frage an Chr. Lange, der aber auch keine Antwort formulieren wollte: wieso hatte dieser Prozeß, über den wir 2005 nachdachten, nicht längst während der Beitrittsvorbereitungen für die lettische Aufnahme in die EU stattgefunden? Ein weiteres und sehr folgenreiches Versagen der EU-Kommission!

Korruption, Bestechung und großkarätige Mauscheleien waren zwar Charakteristika der politischen Kultur (geworden). Dennoch wurden große Teile der lettischen Bevölkerung immer noch überrascht von manchen Ereignissen, z.B. von der Präsidentschaftswahl 2007:

Staatspräsident mit befleckter Empfängnis

Für die turnusmäßige Nachfolge der ersten Präsidenten-Frau im Baltikum hatte die zu der Zeit dominierende konservative Regierungspartei *Volkspartei* (Oligarch Andris Šķēle) Anfang 2007 den Arzt Valdis Zatlers als ihren Kandidaten präsentiert. Dr. Zatlers hatte bis dahin keinerlei politische Schlagzeilen gemacht, wohl aber für negatives Aufsehen gesorgt, da er als leitender Arzt einer großen staatlichen Rigaer Klinik die Behandlung der Patienten unter anderem von „freiwilligen“ Geldzahlungen abhängig machte. In Medien-Interviews nach seiner Wahl interpretierte Dr. Zatlers diese Praktiken mit dem Lieblingsausdruck aller Politiker dieser Welt: ein ganz normaler Vorgang. Immerhin war von der Staatsanwaltschaft gegen den Kandidaten der Vorwurf der Steuerhinterziehung wegen nicht deklarierten Einnahmen erhoben worden. Aber unmittelbar vor Amtsübernahme als neuer Staatspräsident wurde „Steuerhinterziehung“ zu einer „Nachlässigkeit“ herabgestuft, die Dr. Zatlers per Gerichtsbeschluss durch Zahlung von 250 Lats (375 Euro) ausräumen konnte. Damit

56 Schreiben von Chr. Lange an ER vom 19.5.2005

galt der Kandidat für das höchste Staatsamt als unbescholten (ähnlich, nur auf anderem Niveau, wie der Formel-Eins-Chef Bernie Ecclestone, der 2014 allerdings erst nach Zahlung von 100 Mio. € den Münchner Gerichtssaal als unbescholtener Mann verlassen durfte).

Als neuer Staatspräsident wollte Zatlers dann allen ärztlichen Kollegen durch Gesetzesänderung helfen, dass die ihnen übergebenen „Geschenke“ in Zukunft nicht mehr anstößig seien.⁵⁷ Lettlands Bevölkerung fragte sich zwangsläufig: auf wie viel Ethik darf ein lettischer Präsident eigentlich verzichten? Der Fall machte auch der freundlichsten Seele in Westeuropa deutlich, welche politische Kultur im Osten der Union noch aufgearbeitet werden muss, bevor "zusammenwächst, was zusammen gehört". Lettland ist dabei nicht einzigartig. In Deutschland erinnern wir uns immer noch gerade an die allerletzten Skandale: Hoeness, Schwarzer, Middelhoff und schauen schnell hinüber nach Rumänien und Zypern und Italien und ganz schnell nach Griechenland. Ein EU-Mitglied Griechenland mit einer systemischen Korruption, Vetternwirtschaft und geschäftsmäßigem Regierungsbetrug gegen die übrigen Mitgliedsstaaten der EU, daß es einem den Atem verschlägt. Und dann geht der Blick wieder zurück ins Baltikum, wo die absoluten Dimension von Korruption und systemischem Betrug kleiner ausfallen, aber für die betroffenen Gesellschaften als genauso hart empfunden werden:

„Kolonie der eigenen Elite“

Die Frage steht im Raum: Wozu benötigt die autokratische kleine Gruppe lettischer Oligarchen einen Staatspräsidenten wie Valdis Zatlers? Ein ganz wichtiger Grund liegt darin, eine "Unbotmäßigkeit", wie die der vorherigen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga (VVF) von vornherein zu unterbinden. VVF hatte eine Gesetzesinitiative der Volkspartei bzw. von Ministerpräsident Kalvitis zur besseren Kontrolle aller Geheimdienste dadurch vereitelt, daß sie das vorbereitete Gesetz nicht unterzeichnete. Ihr Nachfolger Zatlers stand nicht im Verdacht, dass er sich ähnlich unbotmäßig verhalten werde, wie seine Vorgängerin. Die politische Operation des Ministerpräsidenten (bzw. der Volkspartei bzw. des Andris Šķēle) von Anfang 2007 hatte ich für meine Zentrale knapp zusammengefaßt:

(Januar 2007:) Es sah nach einer politischen Nacht-und-Nebel-Aktion aus, wie der lettische Ministerpräsident Kalvitis versuchte, die direkte Kontrolle über die lettischen Geheimdienste zu übernehmen. Die Kontrolle über die staatliche Anti-Korruptionsbehörde KNAB lag schon bei ihm, sollte aber offenbar besser vertäut werden.

Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga übte heftige und öffentlich wahrgenommene Kritik an einem Verfahren, das man eher für Moskau-typisch halten könnte: Am ersten Tag nach den Weihnachtsferien, am 8. Januar, hatte Premier Kalvitis eine Novellierung des nationalen Sicherheitsgesetzes mit dem Vermerk "höchste Dringlichkeit" dem Kabinett vorgelegt. Kalvitis hatte bei der letzten Kabinettssitzung im Dezember noch kein Wort über diese Dringlichkeit verlauten lassen. Vike-Freiberga: "Ich hätte es gern gesehen, dass dieses Thema auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt und dort debattiert würde; und ich denke ebenfalls, dass

57 Ausführliches Interview mit dem Chefredakteur der größten Tageszeitung Lettlands, Diena, 25.5.2007

es wünschenswert wäre, die Änderungen zu debattieren und in die Novellierung einfließen zu lassen, nachdem die Überprüfung der Geheimdienste und deren Befragungen abgeschlossen sind.“ Cleverli Kalvitis hatte sich als Ministerpräsident auf Artikel 81 der Verfassung gestützt, wonach die Regierung Novellierungen verabschieden kann, wenn sich das Parlament selbst in der Parlamentspause befindet.

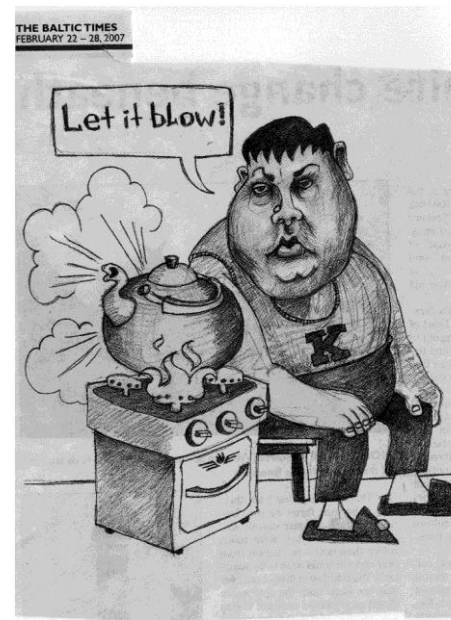
Als Ziel der Kalvitis-Initiative war leicht erkennbar, dass der Premier Vorsitzender des Rates der Staatlichen Sicherheitsinstitutionen werden sollte, zu dem ansonsten noch der Verteidigungs-, der Außen-, der Innen- und der Justizminister gehören sowie – auf Einladung und ohne Stimme – die Leiter der Sicherheitsdienste (Militärs, Geheime Staatspolizei, Geheimdienst). Die Kommentare der Bürger vor Ort, die aufmerksam den politischen Prozess in ihrem Land beobachteten, ließen erkennen, dass die zwei Ansätze in der Kalvitis-Initiative sehr wohl verstanden wurden, nämlich:

- durch die direkte Kontrolle der Dienste und Einschränkung ihrer Unabhängigkeit würde die Machtbasis des Ministerpräsidenten bzw. des hinter ihm stehenden Vaters der Volkspartei und Großunternehmer Andris Šķēle ausgebaut, und gleichzeitig
- würden die Befugnisse der staatlichen Anti-Korruptionsbehörde KNAB de facto eingeschränkt.

Denn die Antikorruptionsbehörde KNAB hat in der Vergangenheit auch manchem Regierungsmitglied, manchem Richter und anderen höheren Funktionären Steine in den Weg ihrer Immobiliengeschäfte, Wahlfälschungen oder Geldwäschereien gelegt. Die Gesetzesänderung sollte KNAB dadurch an die Kette legen, dass für Recherchen und Aktionen von KNAB zunächst die Zustimmung des Oberstaatsanwaltes und des Leiters des Amtes für Verfassungsschutz einzuholen sei.

Die Reaktionen auf die Kalvitis-Initiative waren nicht minder interessant als der eigentliche Vorstoß. Zunächst erhob sich heftige Kritik bei der parlamentarischen Opposition. Dort verteidigte Kalvitis seine Initiative mit dem Argument, die Koordination der Geheimdienste sei notwendig, um dem immer effizienteren internationalen Terrorismus begegnen zu können. (Das Totschlag-Argument „Terrorismus“ hat Kalvitis trotz mangelhafter Englischkenntnisse gerne aus dem Amerikanischen übernommen).

PM Kalvitis: wie seine politische Strategie in der Öffentlichkeit gesehen wurde (2007)



Präsidentin Vike-Freiberga versuchte – ähnlich einigen deutschen Bundespräsidenten – den weiteren Prozess durch den Hinweis auf nicht ausreichende juristische Sorgfalt bei der Vorbereitung der Novelle zu stoppen. Die Präsidentin nutzte die Gelegenheit zugleich zu einem größeren politischen Rundumschlag, indem sie nicht nur die Vorarbeit des Justizministeriums für „schlampig“ erklärte, sondern auch noch das ganze lettische Rechtssystem dafür kritisierte, dass es offenbar Gesetze für die Reichen und andere für die Armen gebe. Die Kritik der Präsidentin am lettischen politischen System liest sich wie die der ganz

wenigen wahren Linken oder tatsächlichen Sozialdemokraten im Lande – und passte daher gar nicht zu ihrem bisherigen Profil als eher vom Volk abgehobenes und in den Grundpositionen konservatives Staatsoberhaupt. Ihre Reaktionen wurden nur verständlich, weil ihr nicht mal mehr ein halbes Jahr Amtszeit verblieb und sie sich – da sie nicht (wie erhofft) UN-Generalsekretärin wurde – im Ausland als Demokratiebeflissen beweisen möchte. Denn an zweiter Stelle ihrer persönlichen Zukunftsplanung stand die Kandidatur als neue Generalsekretärin der UNESCO. Die US-Unterstützung dafür hätte sie sicherlich erhalten

Als Summenstrich unter das ganze Oligarchenkapitel der baltischen Staaten ließe sich mit geringer Abwandlung ein Kommentar des großen alten philippinischen Literaten Francisco Sionil José setzen: „Unsere Eliten haben sich die Gewohnheiten der imperialen Mächte zu eigen gemacht, sodass wir jetzt eine Kolonie der eigenen Elite sind“.

Es sieht aus wie: Politik gegen die Gesellschaft - oder das System schlägt zurück

Lettlands Ombudsman Romans Apsitis zieht die Facette des wachsenden Autoritarismus in Lettland ans Licht der Öffentlichkeit. Er beschuldigt die Polizei in Riga des massiven Verstoßes gegen die Menschenrechte und damit auch gegen lettisches Gesetz. Er bezieht sich dabei im Fernsehen auf die offensichtlichen schweren Folterungen am ehemaligen Geheimdienstagenten Edgars Gulbis, die ihm in den Kellern des früheren KGB (inzwischen Museum in der Stabu iela, Riga) während seiner 4-wöchigen Inhaftierung beigebracht wurden.

Als Gulbis dann anschließend von der Polizei in einen anderen Stadtteil transportiert wurde, fiel er beim Überqueren der vielbefahrenen *Seil-Brücke* (lettisch: *Vanšu tilts*) über die Daugava in selbige. Ob seine Handschellen noch geschlossen waren oder nicht, wollte die Polizei selber untersuchen (!). Jedenfalls hatte er zwei große Chancen: als er aus dem fahrenden Polizeiwagen fiel (?) hätte er leicht von einem der vorbeifahrenden Busse, Lkw oder Pkw überrollt werden können; er schaffte es aber quer über die Fahrbahnen und stürzte sich in den Fluss. Er überlebte auch das, wurde gerettet und im Krankenhaus wieder zusammengeflickt. Die Anschuldigungen aus dem Innenministerium gegen Gulbis lauteten: er sei verantwortlich für eine Autobombe, die gegen den Chef der Anti-Schmuggel-Einheit, Vladimirs Vaskevics, gezündet worden war. Andere Stimmen im Land sahen eine größere Wahrscheinlichkeit dafür, dass Gulbis als früherer Sonderagent des sowjetischen Geheimdienstes gute Kontakte zum aktuellen Sicherheitsdienst der lettischen Präsidentschaft unterhält und zu viele Kenntnisse über illegale Geldtransaktionen auf Regierungsebene gesammelt hat, die falsch genutzt werden könnten. Dabei wurde auch an wenig transparente, dafür millionenschwere Grundstücksgeschäfte erinnert, die Vaskevics' ehemalige Frau in der Nobelgegend **Mežaparks** realisiert hatte. Der Agent Gulbis hatte wohl auch darüber Detailkenntnisse und wurde nicht mehr als ausreichend zuverlässig angesehen.

Die Menschen in Riga ziehen bei solchen Geschichten Parallelen zum Umgang mit Bürgern in Moskau, wie der für Herrn Putin unbequemen Journalistin **Anna Stepanovna Politkovskaya**, die kurzerhand im Eingang ihres Hauses erschossen wurde und fühlen sich unwohl. 2015 fühlte sich ganz Europa unwohl als **Boris Nemzow** mitten in Moskau mit Blick auf den Kreml erschossen wurde und Präsident

Putin sofort von einem „Auftragsmord“ sprach. Europa fragte entrüstet und wütend: wer gab den Auftrag, den populärsten und politisch sehr erfahrenen Putin-Kritiker unmittelbar vor einer großen Anti-Putin-Demonstration zu liquidieren. Nemzow hatte sie noch wenige Stunden vor seinem Tod in einem langen Interview öffentlich angekündigt.

Der Fall des **Edgars Gulbis** roch nach politischem Winter im EU-Mitglied Lettland. Die lettischen Bürger fühlten sich äußerst unwohl, auch weil gleichzeitig der Leiter der Anti-Korruptionsbehörde KNAB, Aleksejs Loskutovs, entlassen wurde. KNAB hat seit Jahren Unterlagen über Unregelmäßigkeiten im großen Stil bei der Verwendung öffentlicher Gelder (einschließlich EU-Mittel) gesammelt und dem Generalstaatsanwalt zukommen lassen. Rechtzeitig vor der möglichen Eröffnung eines öffentlichen Verfahrens wurden gegen den KNAB-Leiter selbst Korruptions-Vorwürfe von höchster Regierungsstelle vorgebracht.⁵⁸ Gott ist weit, Russland ist so nah - würde jetzt wahrscheinlich ein Mexicaner in Riga sagen, in dem er lediglich das Wort USA austauscht.

*Rigas „Seil-
Brücke“, ein
Wahrzeichen
der Stadt;*



unliebsame Geheimagenten können von dort leicht in die Daugava fallen

Erst 2014 wurde dann das ehemalige KGB-Gebäude und Polizeizentrale in Riga-Zentrum, in deren Kellern Gulbis gefoltert worden war (was Mankell in seinem

58 Aleksejs Loskutovs erklärte in der TV talk-show „Kas notiek Latvija?“ (Was ist los in Lettland), 25.9.2007: „... The bureau [KNAB] has conducted and is still conducting a great many investigations, and these affect numerous people. What’s more, the bureau also monitors political party financing, and it has punished parties in the governing coalition on more than one occasion. This is an issue which, perhaps, must be considered in relation to what is happening on the large stage of politics and behind the scenes. Perhaps there are serious changes brewing in the state or the government, and the moment of confusion is being used to make the bureau as harmless as possible“

Roman „Hunde von Riga“ sehr plastisch vorweg nimmt) zur touristischen Besichtigung freigegeben.

Jetzt kann jedermann durch die schwere braune Eisentür in das alte Jugendstil-Gebäude eintreten, Eintritt zahlen und sich in Erinnerungen an Folter und die Deportationen einen Schauer über den eigenen Rücken jagen....

*Innenhof der ehem. KGB-Zentrale,
Riga*



Im Ex-KGB-Gebäude selbst bleiben die Assoziationen mit Auschwitz nicht aus:

*„Deportation nach Sibirien“,
Gemälde in der seit 2014
zugänglichen
ehem. KGB-
Zentrale, Riga*

Unser bescheidener Versuch gegenzusteuern

Das über allen diesen Initiativen schwebende Thema Korruption wurde dann doch von einigen über die eigene Hosentasche hinaus blickenden Zeitgenossen als grundsätzliches Problem Lettlands gesehen. Denn das Land hatte 2003 auf dem Corruption Perception Index (CPI) von 10 möglichen Punkten nur 3,0 erreicht, 2005 immer erst 4,2 Punkte, 2009 4,5 Punkte. Jeder Wert unterhalb von 5 Punkten wird international als kritisch betrachtet. 2013 waren die 3 baltischen Staaten etwas weiter

auseinander gedriftet: Lettland erreichte 5,3; Estland 6,8; Litauen 5,7 auf der CPI-Liste. Zum Vergleich: Deutschland 7,8 und der Spitzenreiter Dänemark 9,1.

Als DELNA dann konkrete Hinweise auf eine allmählich deutlicher werdende Konfliktlinie zwischen Rechtssystem und dem politischen System mit seinen sehr eng gefassten Oligarchen-Interessen gab, vereinbarten wir die Organisation sogenannter "Politischer Salons", in die honorige Vertreter der Rigaer Gesellschaft ad personam eingeladen wurden, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie dem gesellschaftlichen Übel Korruption beizukommen sei. Die ersten beiden Salons trugen den Titel „Medien und gesellschaftliche Bedürfnisse in Lettland“ bzw. „Was ist zu tun nach „Jurmagate“? (in Anspielung an „Watergate“ unter Präsident Nixon war ein großer Immobilienskandal in Rigas Nachbarstadt Jurmala von den Medien Jurmagate benannt worden). Der Stiftungsmitarbeiter Jonas Büchel fasste die entscheidenden Ergebnisse beider Salons danach zusammen:

Bewertung der Politischen Salons

Die beiden Politischen Salons fanden in exklusivem Ambiente eines der bedeutendsten Hotels in Riga statt. Die Veranstalter hatten sehr großen Wert auf eine interessante Raumatmosphäre gelegt. Allerdings führte eine sehr traditionelle und steife Diskussionsführung regelrecht zum „Abwürgen“ von wichtigen Diskussionsbeiträgen. Einem politischen Salon hätte eine lockerere Moderation und eine offenere Diskussion sehr gut getan. Letztlich schafften es aber die Teilnehmer/innen selber, doch noch eine angeregte und lebendige Diskussion in Gang zu bringen.



*Historischer **Politischer Salon** von FES und Transparency International, Riga 2006*

Die Teilnahme von fast 200 Personen war für lettische Verhältnisse ausgesprochen gut. Bei dem zweiten Salon gab es sogar Platzmangel. Besonders Vertreter der Zivilgesellschaft

und der Medien waren in beiden Salons sehr aktiv, aber auch Träger verschiedener politischer Gruppen und sogar größerer bis bedeutender Wirtschaftsunternehmen waren in beiden Salons vertreten. Beide Veranstaltungen wurden von verschiedenen diplomatischen Vertretungen besucht – bei dem zweiten Salon zeigte sich auch der deutsche Botschafter sehr interessiert.

Der erste Salon stand mehr im Zeichen einer anscheinend dringend notwendigen medien-internen Diskussion – die wichtigsten und bedeutendsten Vertreter stritten intensiv um die Bedeutung der Medienlandschaft und die Medienkultur in der lettischen Gesellschaft, aber auch über die grundsätzliche Stellung der Medien und ihre enormen Abhängigkeiten von den großen Wirtschaftskonsortien in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften. ...

Der zweite Salon war insgesamt offener und partizipativer gestaltet, das Thema wurde breiter angegangen, soll heißen, alle anwesenden Gruppen und Vertreter/innen hatten die Chance, zum Thema beizutragen – nur „vergaß“ die Moderation leider, anwesende wichtige politische Vertreter aktiv in die Diskussion einzubinden. Dem Skandal, den die Enthüllungen um den Stadtrat in Jurmala [drittgrößte Stadt Lettlands] ausgelöst hatten entsprechend war dieser Salon insgesamt der dynamischere. Das hing zweifellos auch damit zusammen, dass „Jurmagate“ zeitnah am politischen Geschehen ausgewählt wurde und für die lettische Gesellschaft mit der Frage verbunden war: Wie lassen sich millionenschwere Finanzmanipulationen durch Stadtratsbeschlüsse zukünftig verhindern?

59

Von diesen Entwicklungen, vor allem denen im Hintergrund, bekam der normale Tourist nichts mit, wenn er oder sie in die lettische Sommerhauptstadt, nach Jurmala ans Meer anreiste, um Sonne zu tanken, ein bißchen in Jurmalas Fußgängerzone zu shop-pen, vielleicht auch, um sich selber in diesem kleinen internationalen Schaufenster zu zeigen...

*Jurmala, Fußgängerzone
(Miriam, Rose beim
shopping)*

Jurmala hatte sich deutlich weiterentwickelt gegenüber den Zeiten als es nur erst als „der Strand von Riga“ gesehen wurde und man entsprechend idyllische Postkarten nach Hause verschickte:



59 Jonas Büchel: Bericht zu: Politischer Salon I: Medien und gesellschaftliche Bedürfnisse in Lettland (20.03.06); und Politischer Salon II: Was ist zu tun nach „Jurmagate“? (23.04.06), Riga April 2006

Jurmala, handschriftlich:
Montag den 9-Mittwoch d. 11.
August 1899

Meine Beziehungen zu Transparency International (TI) waren übrigens keineswegs erst in Riga oder im Zusammenhang mit dem Baltikum-Einsatz entstanden. In meiner bonner Zeit bei der FES suchte uns eines Tages Dr. Peter Eigen als Präsident der deutschen TI auf und

bat um ein Gespräch mit meinem Abteilungsleiter und mir (weil ich damals für die Andenländer zuständig war). Er wollte die FES in Ecuador für den Aufbau einer dortigen TI-Vertretung gewinnen. Die Leute, die er auf ecuadorianischer Seite vorschlug, waren uns wohl bekannt, aber keineswegs wohl beleumundet. Unter anderem gehörte der damalige Vizepräsident des Landes dazu. Wir wußten, daß gerade er tief im Korruptionsmorast steckte und blieben Peter Eigen gegenüber reserviert. Ein halbes Jahr später mußte dieser Vizepräsident wegen Korruptionsverdacht fluchtartig sein Land Ecuador verlassen.

Vor meiner Ausreise nach Riga war ich dennoch in der TI-Zentrale in Berlin vorstellig geworden und hatte mit den Kollegen von TI über ihre Arbeit im Baltikum gesprochen. Sie nannten mir Personen und Projekte und ich hatte meine ersten Anhaltspunkte. So war es also nicht schwer gewesen, mit dem TI-Vertreter in Lettland, Robert P., und anderen Mitarbeitern von DELNA Zusammenarbeit zu verabreden.

Allerdings: am Ende steht ein mehr als merkwürdiges Ergebnis

Ohne Einschränkung nahmen beide Politischen Salons das zentrale, aber bisher nicht hinreichend transparent behandelte Thema Korruption sogar zeitnah auf und konnten einflußreiche Teilnehmer aufweisen, wie den deutschen Botschafter, führende Journalisten, auch Parlamentarier. Und trotz des erfreulichen Echos auf diese brisanten Veranstaltungen brachen wir die Unterstützung für den Salon-Zyklus ab. Denn Robert P., der Leiter der lettischen TI, wollte, daß wir (vergleichsweise hohe) Zahlungen auf seine Konten leisteten, ohne daß wir die eindeutigen Rechnungen dafür vorgelegt bekamen. Unsere Praxis war es, Rechnungen der Partner direkt von unseren Konten zu überweisen. Das lehnte Robert P. ab. So kam es am Schluß zu heftigen Beschimpfungen am Telefon und zum unwiderruflichen Bruch mit diesem Partner. Ich habe es sehr bedauert, aber es war leider unausweichlich. Man stelle sich nur vor: eine Organisation, wie TI, die natürlich vom lettischen Geheimdienst überwacht wird, erhält von der FES undurchsichtige Finanzleistungen. Daraus hätte sogar die



Schließung unseres Büros resultieren können. Wenn nicht einmal Transparency International in Lettland zu sauberen Abrechnungen bereit ist, wer dann....?

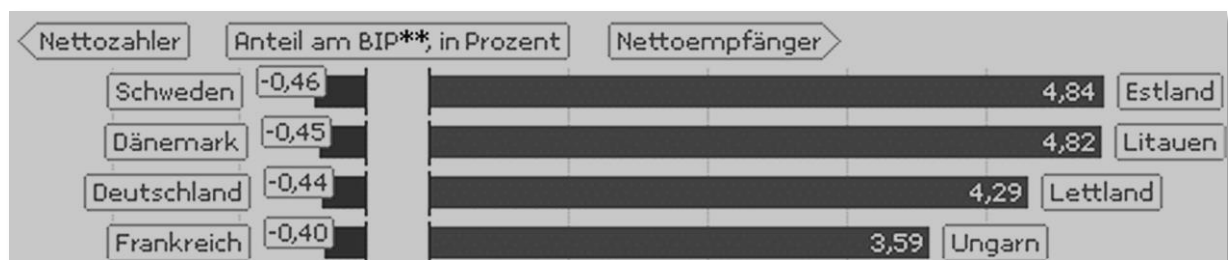
Das gesellschaftspolitisch wichtige Projekt "Salon gegen die Korruption" fand also wegen DELNA ein überraschendes und ein bedauerliches Ende!

Unser gemeinsames Thema blieb der lettischen Gesellschaft nichtsdestoweniger trotz erhalten. Nur geht es immer um erheblich mehr als lässige Steuerschulden eines Staatspräsidenten oder um die Abrechnung eines Politischen Salons.

Unübersehbar: die anhaltende Mit-Verantwortung der EU-Kommission

Die bisherigen Erfahrungen mit der gesellschaftspolitischen Arbeit in den baltischen Ländern hatten viele und sehr unterschiedliche Schwächen in der politischen Kultur, im Selbstverständnis des Staatsapparates u.a.m. erkennen lassen. Das wurde später, im Anschluß an die große Finanzkrise 2008 ff alles noch viel deutlicher als sich gelegentlich Parallelen zu Griechenland oder Zypern aufdrängten.

Bei all dem gab es ein Thema, das mir besonders unter meine entwicklungspolitische Haut ging. Weiter oben wurde es schon angesprochen: die baltischen Regierungen konzentrierten sich mehr darauf, die für sie bereitgestellten Finanzmittel aus diversen EU-Fonds ins Land zu holen als dafür, die konzeptionelle Grundlage und somit Rechtfertigung für den sinnvollen Einsatz solcher Mittel zu schaffen. Solange es keine innergesellschaftlichen Gegengewichte gegen eine kleine oligarchische Elite in den Ländern gibt müßte die EU-Kommission im Interesse der europäischen Steuerzahler durchaus mehr konditionierenden Einfluss auf solche baltische Finanzierungspraxis nehmen. Denn nach Angaben der Europäischen Kommission und bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Staaten war im Jahr 2012 Schweden der größte Nettozahler der EU. Dieser Mittelabfluß entsprach bei Schweden 0,46 Prozent des BIP. Darauf folgten Dänemark mit 0,45 Prozent des BIP, Deutschland mit 0,44 Prozent und Frankreich mit 0,40 Prozent sowie die Niederlande, Belgien und Großbritannien mit jeweils 0,39 Prozent. Auf der anderen Seite waren die größten Nettoempfänger im Jahr 2012 die drei baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland (plus 4,84 / 4,82 / 4,29 Prozent des BIP) sowie Ungarn (plus 3,59 Prozent) und Bulgarien (plus 3,43 Prozent).



Europas Netto-Zahler und Netto-Empfänger ⁶⁰

60 Bundeszentrale für Politische Bildung, 29.1.2014: *Top 5 Nettozahler und Nettoempfänger der EU*

Dabei bleibt mir eine Veranstaltung im Goethe-Institut zum Thema Europapolitik und ihre Bedeutung für die neuen Mitglieder in Erinnerung. Als Regierungsvertreter saß der Agrarminister Roze auf dem Podium. Für mich hatte ein Kernsatz in seinem Referat geheißen: *wir haben bei der gestrigen Kabinettsdebatte über den neuen Staatshaushalt ganz schnell entschieden, über Einzelheiten später zu reden. Zunächst konzentrieren wir uns auf die EU-Gelder, auf die wir jetzt ein Anrecht haben ...*. Aus dem Publikum heraus hatte ich mich als Bürger Westeuropas gemeldet, gesagt, daß ich als Steuerzahler aus einem Geberland sehr gerne die Haushaltsplanung und ihre lettischen Schwerpunkte kennen würde, um zu wissen, wohin und weshalb (und mit welcher Wirkung) auch meine Steuergelder fließen sollen. Die Regie der Veranstaltung verhinderte dann, daß der Minister auf diese Nachfrage antworten mußte – was ich natürlich bedauerte, was mir aber einen weiteren Anhaltspunkt für die herrschende politische Kultur gab.⁶¹

Natürlich bin ich nicht der einzige Beobachter der Praktiken, wie von Regierungs-Seite gerne mit öffentlichen Geldern anderer Quellen umgegangen wird. Aber immer mehr Geber lernen dazu und werden entweder restriktiver bei ihren Vergabekriterien oder rigoroser bei der Kontrolle der Mittelverwendung. Eine Haltung, die weit über die baltische oder osteuropäische oder gar die Griechenland-Debatte hinausreicht. Bei einem so wichtigen Thema, wie Erhalt der Regenwälder in oligarchisch geführten Ländern gab die norwegische Regierung ein klares Zeichen: seit 2007 haben Norwegens Regierungen den Schutz der Regenwälder zum Kern ihres Klimaschutzprogramms „NICFI“ gemacht, in das sie jährlich rd. 370 Millionen Euro fließen lassen. Die Gelder sollen es Regierungen mit Regenwaldarealen erleichtern, diese Wälder unter Schutz zu stellen und sie nicht durch die Holzindustrie zerstören zu lassen. Norwegen hat mit seinem Programm gelernt, daß das inzwischen wichtigste Regenwaldland Brasilien, tatsächlich auch diese Mittel genutzt hat, um Waldflächen aus der Produktionskette herauszuhalten, wobei das Nicht-Abbrennen der ausgeholzten Waldstücke bedeutet hat, daß 3 Mrd. Tonnen CO₂ nicht in die Erdatmosphäre aufsteigen konnten. An der Stelle ist Norwegen also zufrieden. In den meisten sonstigen Regenwald-Ländern (etwa Indonesien) blieb die Korruption der politischen Eliten der Hemmfaktor. Hier hat Norwegen die andere Lektion gelernt, daß nämlich multilaterale Institutionen, wie die Weltbank mit Sonderprogrammen, wie *Forest Carbon Partnership Facility* durch Ineffizienz und Bürokratismus erheblich mit dazu beitragen können, das ein engagiertes Programm, wie NICFI zu wenig Wirkung zeigt. Norwegen zog daraus die Konsequenzen, die Mittelvergabe von NICFI zukünftig selber zu kontrollieren und auf die Wirkung der Finanzhilfen zu achten. Aus der baltischen Erfahrung heraus würde ich mir diesen Weg auch für die verschiedenen EU-Fonds wünschen. Doch die Kommission unter J.-C. Juncker läßt nicht erwarten, daß der Wirkungs-Gedanke der EU-Hilfen einen höheren Stellenwert als in der Vergangenheit erhalten könnte.

61 Am 3.Feb. 2009 meldete dann der österreichische Standart, daß Agrarminister Roze aufgrund heftiger Bauernproteste zurücktreten mußte. Aus der Sicht der Bauern hatte er nicht genug Subventions-Gelder in Brüssel locker gemacht. Aus der Sicht des politischen Beobachters hatte er sich nicht für eine sinnvolle – nachhaltige – Landwirtschaft in Lettland eingesetzt. Lettland mußte z.B. seine beiden Zuckerfabriken auf Kommissions-Druck hin schließen; dafür aber Gen-Raps für Biodiesel massiv anbauen. Ich hätte Roze auch kritisiert, nur aus anderen Gründen als die lettischen Bauern

Die fast unglaubliche Geschichte von der politischen Kultur - top down und sehr persönlich

2006 mußte ich diese Geschichte einigen Freunden erzählen, sonst hätte es mich innerlich zerrissen. Eine Art Katharsis und realer als wenn ich mir einen lettischen Roman ausgedacht hätte.

Korrupte Staatspräsidenten; das Land in den Händen von nur drei Oligarchen; russische Verhältnisse bei Polizei und Geheimdiensten; wenig transparentes Gerichtswesen - das färbt auch auf den Normalbürger ab; sicher nicht auf jeden. Aber bisher habe ich selber schon mehrere Fälle von nachdrücklichem "Handaufhalten" erlebt, die mich schon ein bisschen an die Erfahrungen in Haiti erinnern. An der Universität von Lettland wollte der Lehrstuhlinhaber Ernsteins auf mein Angebot zur Zusammenarbeit in seinem Fachbereich „Nachhaltige Entwicklung“ nur gegen ein deutliches Handgeld eingehen. Für mich hätte es ja nur zusätzliche, freiwillige aber nicht bezahlte Arbeit bedeutet. Dahinter steht die Praxis, daß normalerweise ein Lehrauftrag natürlich mit einem Honorar versehen wird. Der Professor sah das genauso und wollte von mir „seinen Anteil“ für die Vermittlung eines Lehrauftrags. Dieses Angebot hatte ich noch rundweg abgelehnt. Später an der Stradiņš-Universität dann aber tatsächlich einen Lehrauftrag angenommen, zu dem man mich eingeladen und auch bezahlt hat.

Anderes Beispiel: Eine Gruppe von 8 akademischen Gutachtern aus Riga legte mir für einen Auftrag einen Kostenplan vor, in dem z.B. ihre Gruppenbesprechungen in Riga (also zu Hause) mit jeweils 2.500 Euro aufgelistet waren (gut 300 Euro für zwei Tassen Kaffee oder zwei Bier pro Person...!). Der schärfste Fall wurde allerdings der eines Mitarbeiters, der vom ersten Tag der Büroeröffnung vor gut 10 Jahren die wichtigste Ortskraft im Rigaer Büro gewesen war. Ich nutze hier nur seine Abkürzung R.O.. Er verursachte eine Konfliktsituation, die sich über mehrere Jahre hinzog und mir einen tieferen Einblick in die zerrissene lettische Gesellschaftsordnung erlaubte als die eines gekauften Staatspräsidenten oder käuflicher Professoren. Und das kam so:

Zusammengefasste Vorgeschichte zum Fall des R.O.

Im Laufe meines ersten Jahres in Riga (2004) hatte ich R.O. allzu oft morgens mit einer langen "Fahne" ins Büro kommen sehen, ihn natürlich darauf angesprochen, weil das Erscheinungsbild unhaltbar gegenüber jeglichem Besucher war - auch wenn in der lettischen Gesellschaft eine hohe Toleranz gegenüber Alkoholikern besteht, weil es so viele von ihnen in allen Gesellschafts-schichten gibt.

Wir haben gemeinsam eine Alkoholtherapeutin ausfindig gemacht; ich habe ihn dorthin begleitet. Sie erklärte sich in der Lage, R.O. ambulant vom Alkoholismus zu heilen. R.O. brach diese Behandlung ab. Ich schickte ihn daraufhin zur stationären Behandlung in eine Vorortklinik von Riga. Von dort kam er so weit therapiert wieder zurück, dass er im Büro nicht wieder auffällig wurde.

Im Laufe des Jahres 2005 ging aus meiner Sicht die „Schonzeit“ allmählich zuende und ich erklärte wiederholt in freundlicher Atmosphäre, welche Aufgaben und Zuständigkeiten etc. ein Wissenschaftlicher Mitarbeiter (WM) in meinem Büro zu erfüllen habe und dass ich bestimmte intellektuelle und organisatorische Dienstleistungen von ihm als WM erwarten können müsse. Es war unverkennbar, dass analytische Zuarbeit, konzeptuelles Planen (von Konferenzen, Seminarreihen, Publikationen im Kontext) nicht zu seinen bisherigen Aufgaben gehört hatte, obwohl das genau seine Stellenbeschreibung war. Es gab deswegen längere

Gespräche, dann immer häufiger Lügen über geleistete Absprachen mit Partnern etc. Eindeutig umschriebene Aufträge wurden vergessen oder der Auftrag überhaupt bestritten. Die Stimmung sank. Ich kam immer häufiger in die Verlegenheit, vorsichtshalber gemeinsame Absprachen schriftlich festzuhalten und als email von einem Büro zum anderen zu senden (und diese mails als "Beweise" abzuspeichern). Am Jahresende 2005 war R.O. schließlich ein hochgradiger Kandidat für fristlose Entlassung. Mein Zögern hing einzig an dem Gedanken, dass der Mann nie ordentlich in seine Rolle eingeführt bzw. eingearbeitet worden war. Er erhielt als „letzte Chance“ Gelegenheit bei einem mehrtägigen gemeinsamen Planungstreffen der 3 baltischen Büros im Januar 2006, mit mir und den anderen langjährigen Ortskräften die Situation gemeinsam aufzuarbeiten. Wir haben dort u.a. den Planungsprozess einer internationalen Konferenz gemeinsam und mit allen Detailschritten erarbeitet und schriftlich festgehalten. Das sollte nicht zuletzt eine Art Handreichung für R.O. sein. Um die Situation zu entspannen, hatte ich einen sehr erfahrenen und mit der Stiftungsarbeit bestens vertrauten Moderator aus Köln mit der Leitung unseres Wochenendseminars durfte beauftragt.

Parallel lief ein anderer Diskussionsstrang zwischen uns: ich hatte einige konkrete kurze Arbeitspapiere in Auftrag gegeben, die R.O. mir liefern sollte: Warum arbeiten wir so wie wir arbeiten mit den lettischen Gewerkschaften; was ist die lettische Arbeitsmarktlage; wie sind die Positionen der Gewerkschaften dazu; wo wollen/sollten sie sich hinbewegen; was könnte dabei unsere qualifizierte Rolle sein (ungefähr so). Etwas Ähnliches für den kommunalpolitischen Bereich. Warum gerade diese Bereiche und diese Partner? In diesen beiden Sektoren war unser Büro-Riga seit Jahren tätig gewesen, die Kontakte und die Seminare etc. waren immer über R.O. gelaufen und er mußte folglich als die beste resource person im Büro angesehen werden. Die angeforderten Kurzpapiere sollten mir auch helfen, sein analytisches und kreatives Potential genauer zu verstehen. Diese Papierchen wurden über Monate nicht erbracht; mehrere Termine zur Vorlage und Besprechung derselben wurden mit der Ausrede „krank“ nicht eingehalten. Ich bin zwar immer viel unterwegs durch alle drei Länder, weil ja überall Veranstaltungen laufen, in die ich mich oft auch selber mit einbringe. Aber meine Abwesenheit durfte natürlich R.O. nicht als Vorwand dienen. Parallel dazu lief mein Auftrag an ihn, alle Unterlagen über die Entwicklungsgeschichte der Stiftung in Lettland zusammenzustellen, weil ich den legalen Status der Stiftung innerhalb des lettischen Rechtssystems aus den Erklärungen von R.O. nie richtig verstanden hatte. Auch dieser Auftrag wurde nicht erfüllt. Mir färbten sich zwar die Haare allmählich grau und ich wollte jetzt nicht länger an den "Kulturschock" glauben, den R.O. als 50-jähriger möglicherweise beim Übergang von der Sowjet-Gesellschaft in die neoliberale Demokratie erlitt; oder anders: bei dem Übergang von sowjetischer Oberflächlichkeit (formale Erfüllung von Aufträgen) hin zu wirkungsorientiertem gesellschaftspolitischem Management eines Stiftungsbüros.

Ein letztes Vermittlungsgespräch mit einem qualifizierten gemeinsamen Bekannten wurde noch vereinbart. Es brachte kein Resultat. R.O. meldete sich irgendwann Anfang Mai 2006 mal wieder „krank“ und ich beauftrage eine Anwaltskanzlei, die mit lettischen und deutschen Anwälten besetzt ist, mir möglichst schnell alles über den Werdegang unserer Stiftung in Lettland zusammenzusuchen. Die Kanzlei tat dies m.E. gründlich und konnte eine Reihe von schwer verdaulichen Dokumenten aus der staatlichen Registratur beibringen. Darunter fand sich der Nachweis, wie die Aussenstelle Riga unserer deutschen Stiftung in eine lettische NRO (Nichtregierungsorganisation) mit gleichem Namen umgewandelt worden war, gekrönt mit Dokumenten, die u.a. die gefälschte Unterschrift des FES-Vorsitzenden in Bonn sowie weitere gefälschte Dokumente zum Stiftungs-Status enthielten, u.a. auch mit meiner eigenen

– gefälschten – Unterschrift versehen. Und R.O. hatte sich in diesen Dokumenten als Vorsitzender dieser lettischen NRO mit Namen Friedrich Ebert Stiftung eingebracht.

Meine Handlungsstrategie

Da die lettische Rechtsprechung anerkannt intransparent und hochgradig korrupt ist, setzte ich mich umgehend mit der Anwalts-Kanzlei zusammen, um eine Handlungsstrategie zu entwickeln, die nur das Ziel haben konnte, die schnellstmögliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses zwischen FES und R.O.. Vom lettischen Zweig von Transparency International wurde als eine Handlungsalternative ein „Freikaufen“ von R.O. aus dem Arbeitsverhältnis für vielleicht 10.000 Euro genannt. Das lehnt ich ohne lange nachzudenken rundweg ab. Die Stiftung wäre bei der charakterlichen Veranlagung von R.O. erpressbar geworden. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses sollte so effizient, aber auch so legal wie möglich abgewickelt werden.

R.O. hatte durch die Urkundenfälschungen sich selbst den Status des Vorsitzenden der durch ihn bei der staatlichen Registratur eingetragenen lettischen NRO gesichert. Die Aussenvertretung der deutschen Stiftung bestand legal gar nicht mehr (also auch nicht meine eigene Funktion als FES-Vertreter). R.O. hatte den Behörden den vorgeschriebenen 3-köpfigen Vorstand seiner NRO benannt, und zwar ausser sich selbst noch die Putzfrau unserer Stiftung und mich (humorvoll!) als Sekretär seiner NRO. Vorschriftenmäßig fanden regelmässige Sitzungen des Vorstands seiner NRO statt. Von ihm allein verfasste Protokolle lagen vor, legalisiert durch gefälschte Unterschriften der Putzfrau und hineinkopierte Unterschriften von mir.

Die mit der Kanzlei abgestimmte Handlungsstrategie konnte nicht einfach die Entlassung von R.O. ansteuern. Das lettische Arbeitsgesetz ließ das nicht zu. Zunächst mußte die Auflösung der lettischen NRO erwirkt werden. Denn der lettische Gesetzgeber hatte inzwischen zwar EU-Recht übernommen, aber deswegen nicht die Rechtsordnung aus der sowjetischen Zeit außer Kraft gesetzt. Und sowjetisches Arbeitsrecht ist keineswegs kompatibel mit EU-Recht. So konnten sich Verfahrensgegner je nach Sachlage auf den einen Rechtsgrundsatz stützen oder auf den anderen. Für uns bedeutete all das, die Planung großer juristischer Umwege. Zunächst wurde ein formaler Beschluss der deutschen Stiftung erforderlich zur Auflösung der lettischen NRO, da die deutsche Stiftung als Finanzgeber der lettischen NRO benannt war. Ich hatte gewisse Mühe, diesen Schritt meinen Vorgesetzten in Bonn und dem Geschäftsführer der FES zu erläutern. Der entsprechende notarielle Beschluss der deutschen Stiftung traf schließlich im November 2006 ein. Die Auflösung der lettischen NRO konnte eingeleitet werden. Da R.O. aber immer von den Geldern der deutschen Stiftung bezahlt worden war, konnte R.O. erfolgreich die staatliche Arbeitsinspektion mobilisieren, die mich in der Rolle des Arbeitgebers für R.O. mehrfach vorlud, jedes Mal wenn R.O. sich wieder wegen Nichteinhaltung des lettischen Arbeitsgesetzes über mich beschwert hatte. Zunächst führte ich noch Gespräche mit dem zuständigen Inspektor (auch bei uns im Büro), die der Behörde den realen Sachverhalt verständlich machen sollten. Unser letztes Gespräch fand in der Behörde selbst statt, spitzte sich allerdings derart „auf lettische Weise“ zu, dass es zu einem sehr heftigen Wortwechsel kam. Der Beamte wollte mich zu einer „freiwilligen“ Zahlung an ihn überreden, um den Fall damit abzuschliessen. Er wedelte dabei mit dem lettischen Arbeitsgesetz vor meiner Nase herum und versuchte, mich mit der Maximalstrafe von rd. 750 Euro weichzukochen, die er über mich verhängen könnte - es sei denn, wir würden uns auf einen anderen Betrag gütlich einigen. Ich habe ihm mit einem handfesten Skandal, der über die deutsche Botschaft an seinen Minister geleitet würde, gedroht und sehr deutlich gemacht, dass irgendeine allerletzte kleine Urlaubsgeldzahlung an

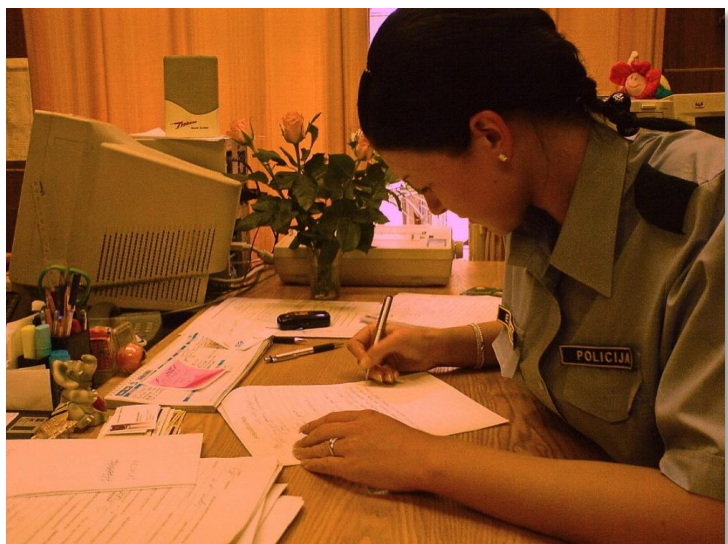
R.O. erfolgen könnte, die er in seinem Arbeitsgesetzbuch ausgegraben hatte und daß für uns die Akte danach geschlossen sei. Danach spektakulärer Abgang. Der Tür knallte sehr laut..... Anstelle der Arbeitsinspektion wandte sich R.O. danach mehrfach an die Kriminalpolizei und auch an die normale Polizei mit wilden Anschuldigungen. Ich bin manchmal in Begleitung unserer Anwälte, manchmal auch alleine zu diesen Anhörungen gegangen. Denn dem Besuch der Polizei konnte ich mich nach lettischem Gesetz nicht entziehen.

Diese polizeilichen Anhörungen blieben zwangsläufig ohne irgendwelche Folgewirkungen, beschäftigten aber immer wieder auch unsere Anwälte, da gem. lettischer Rechtsordnung eine Stellungnahme oder ein Protokoll abgefasst werden musste. Am heftigsten war wohl die Anschuldigung von R.O. bei der Kriminalpolizei, ich würde im Stiftungs-Büro Geldwäsche und andere illegale Operationen betreiben, insbesondere Drogenhandel, da ich zuvor in Kolumbien gearbeitet hätte. Ohne lettischen Anwalt wäre alles schwieriger geworden. Während also der arbeitsrechtliche Konflikt in all seiner Undurchsichtigkeit durch rechtlichen Beistand unterstützt werden musste, lief parallel die rechtliche Auflösung der lettischen NRO und die dann unmittelbar anschliessende neue Zulassung der Aussenvertretung der deutschen Stiftung FES in Lettland mit mir als Repräsentanten. Beide Prozesse legte ich aus Zweckmässig-keitserwägungen in die Hände derselben Kanzlei. Seit 29.12.2006 gibt es wieder die legale deutsche Stiftungsvertretung in Riga.

Die nahe liegende Frage, warum wir nicht R.O. verklagt haben, haben die Anwälte selbst für nicht erfolgversprechend erachtet – obwohl sie zweifellos ein gutes Honorar kassieren würden. Ihre beiden Kernargumente lauteten: (a) unter den konfusen lettischen Rechtsverhältnissen würde aus diesem "einfachen" Fall leicht ein Verfahren mit mehreren Jahren Laufzeit mit den entsprechend nicht kalkulierbaren Kosten; (b) die auch für die Kanzlei klaren Argumente seien aber überhaupt keine Garantie für den Ausgang des Verfahrens, da eben unterschiedliche Rechtsauffassungen weiterhin nebeneinander bestünden und gültig seien.

*eine freundliche Polizistin
fertigt ein nichtssagendes Protokoll
über eine freundliche ER-Anhörung
(und läßt sich dabei fotografieren)*

Für mich kam ein weiteres Argument hinzu: wir würden bei R.O. keinerlei finanzielle Forderungen eintreiben können und es würden sich ausreichend viele lettische Journalisten finden, die eine solche Story ausschlachten würden: eine grosse internationale Stiftungen verfolgt einen kleinen armen lettischen Bürger und will ihn vernichten – oder so. Und das würde die ohnehin nicht immer einfache Arbeit in diesem Land nicht wirklich erleichtern. Es gibt noch eine Menge weiterer Details und Vorkommnisse bei diesem Fall, die allerdings nur das Persönlichkeitsprofil von R.O. bestätigen, der über seine Person hinaus die nicht aufgearbeiteten Widersprüchlichkeiten der politischen Kultur eines zu hastig in die EU integrierten Landes deutlich macht. Deutlich macht dieser Fall auch die Leichtsinnigkeit oder Vertrauensseligkeit westeuropäischer Institutionen gegenüber den realen Verhältnissen eines sehr anders organisierten gesellschaftlichen Systems.



Auch oligarchisch kontrollierte Medien lassen sich nutzen zur demokratische Erneuerung

Wenn man selber zu den Dinosauriern in der FES gehört, fällt die Erinnerung daran nicht schwer, daß die Stiftung bis in die 1990er Jahre eine eigene Medienabteilung führte, weil elektronische wie andere Medien längst zu den wichtigsten Instrumenten für Information und politische Bildung gehörten. Leider hat die Stiftung schon seit Jahren diese Arbeitslinie eingestellt. Aber Demokratie ohne ein demokratisches Rollenverständnis der Medien wird in unseren Zeiten von Internet und Smartphone zwar wie ein Nebenthema behandelt, hat durch das Milliardengeschäft mit illegal eingesammelten privaten Daten (NSA, Google, Facebook, ...) allmählich aber auch den intellektuellen Hinterwäldlern gezeigt, daß investigativer Journalismus in heutigen Zeiten wichtiger denn je für den Bestand einer demokratischen Gesellschaftsordnung ist. So klein wir als Stiftung in den baltischen Länder auch sind, so hatte ich doch immer wieder Besuch von Journalisten der Printmedien, von Radio und Fernsehen, um im Büro Kommentare zu konkreten politischen Ereignissen abzugeben oder solche Teams begleiteten die eine oder andere unserer Aktionen, wie - zusammen mit dem Umweltminister und verschiedenen NROs - die Aufforstung der Dünenlandschaft in der Bucht von Riga. Selbst zum Besuch des deutschen Botschafters, den ich zum Thema Stärkung der Gemeinden in der Küstenregion von Kurland eingeladen hatte, meldete sich journalistische Begleitung an.

Beim Gespräch zwischen Botschafter und Verwaltungsspitze der Küstenstadt Engure ging es um die drastische Verschlechterung der ökologischen Situation der Ostsee, um die drastisch gesunkenen Chancen der traditionellen Fischerei an diesen Küsten und dem eingesetzten Sterben von Städten und Dörfern in diesem Teil von Kurland. Deutschland ist selber Ostsee-Anrainer und müßte die Sorgen dieser Gemeinden nachvollziehen können. Ich denke, der Botschafter konnte, aber er konnte im Namen seiner Regierung auch nichts Konkretes versprechen. Aus meiner Sicht ging es um ernsthafte Fragen der regionalen Entwicklung und besonders um die Stärkung der kommunalen Ebene, weil ich bis heute davon überzeugt bin, daß jede Gesellschaft eine wirtschaftlich und sozial stabile kommunale Ebene braucht, um von dort aus überhaupt nachhaltige Entwicklungsprozesse in Angriff zu nehmen.

Ich hoffte nur, daß unser Botschafter diese hautnahe Begegnung mit der lettischen Realität in geeigneter Form in seine Arbeitsberichte aufnahm.

Nicht alle Bürgermeister und Gemeinderäte tragen dasselbe konservative bis nationalistische Profil, wie die meisten Regierungsvertreter. Auf der kommunalen Ebene sollten die Gemeindevertreter daher wahrnehmen, daß wir ihre Rolle zur Stabilisierung einer demokratischen Gesellschaft als wichtig ansehen und gerne unterstützten. Der deutsche Botschafter ließ sich ohne große Mühe zu einer solchen Gemeindetour überreden. Und ich merkte schon bei der ersten größeren Ortschaft - Talsi - , daß er auch gerne bei unserer kleinen historischen Spurenlese dabei war, die ich in der Regel mit solchen Dienstreisen verknüpfte. Talsi gehört zum frühen Siedlungsgebiet der Liven und der Kuren und es gibt bescheidene Überreste einer Burg des Livländischen Ordens und auf einem der neun Hügel des Städtchens steht eine „süße“ kleine Barockkirche. Aber unser Botschafter war doch vor allem auch als Musikfreund dabei und nutzte gern die Gelegenheit, das Grab von Carl Amenda zu besuchen, der in Talsi sein Berufsleben als Pastor verbracht hatte, aber immer zuerst

als Freund Beethovens erinnert wird. Der Bürgermeister von Talsi marschierte mit uns hinauf in den kleinen Waldfriedhof und zeigte uns die richtige Stelle, die wir sonst sicher nicht gefunden hätten.

*Deutscher
Botschafter auf
FES-Einladung
unterwegs in den
lettischen
Küstengemeinden*

Auch die Stadtverwaltungen der kleinen Küstentstädte, wie Engure oder Roja und ein paar andere, die wir aufsuchten, nahmen die



Gelegenheit war, um dem deutschen Regierungsvertreter ihre aktuelle Lage zu erläutern und dem Botschafter die strukturelle Verarmung der Region näher zu bringen, die trotz der EU-Hilfen eher größer werden. Der Botschafter verstand – glaube ich – sehr genau, daß die meisten EU-Hilfen in Riga stecken bleiben und gerade nicht dem Umbau der regionalen Wirtschaft und damit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen dienen. Ich vermute, er gab später bei irgendeinem der Empfänge einige seiner Eindrücke an den lettischen Europaminister weiter. Das alles ging zwangsläufig nicht ohne Bild-Medien – gerade auch, weil wir als eher linke Institution in einem mehrheitlich konservativ-nationalen Ambiente tätig waren. Ich war also schon interessiert, unsere Arbeit zugunsten verschiedener Zielgruppen in Lettland und zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht im Geheimen, sondern im Licht der Öffentlichkeit durchzuführen. Dazu dienten dann solche gemeinsamen Auftritte mit dem deutschen Regierungsvertreter auch.

Solche Gespräche, wie mit dem Bürgermeister von Roja erbrachten dann für uns interessante „Nebeneffekte“, wie die internationale Jugend-Konferenz, die wir in seiner Stadt organisierten. Dabei ging es um die Treffen, die wir sowieso jedes Jahr mit den Jusos der 3 Länder durchführten, und zwar reihum in einem der 3 Länder, so daß bei ihnen (anders als wie bei ihren Mutterparteien) die Nabelschau nur auf die eigene Organisation allmählich überwunden werden sollte. Nach Roja hatten wir etwas breiter eingeladen, nämlich zusätzlich Vertreter der 3 skandinavischen Jusos-Organisationen plus internationale Fachleute als Referenten. Dazu die gerade in unseren 3 Büros vorhandenen Praktikanten. Für das Städtchen Roja war das schon ein bemerkenswertes internationales Ereignis und für die Jugend ein attraktiver Ort mit schönem Strand, einem kleinen Hotel, frisch renoviert und ganz für sie alleine. Und der Bürgermeister hatte bei der Reservierung geholfen.



*der Teil unserer internationalen Jugendkonferenz in Roja (LV),
der besonders schnell zueinander gefunden hatte*

Als Teil unserer eigenen „grünen Arbeitslinie“ stand im selben kurländischen Küstengebiet die Aufforstung zerstörter Dünenlandschaften an, an der sich tageweise auch der Umweltminister und seine engsten Mitarbeiter unmittelbar beteiligten. Der Minister zeigte sich als Person sehr engagiert und bemühte sich, den neugierigen Bürgern den Sinn und die Notwendigkeit solcher Aktionen zu erläutern – und natürlich den wichtigen Beitrag, den die Friedrich Ebert Stiftung dabei leistete. Durch den Hinweis auf die FES war ich dann auch selber wieder eine Medien-Plattform und gab gerne die gewünschten Interviews und bemühte mich, für das Bürgerengagement bei solchen Aktionen eine große Lanze zu brechen.



*TV begleitet unsere
Aufforstungsaktionen entlang der Rigaer
Bucht*

Durch die mediale Zusammenarbeit hatten wir einen guten Draht zum Journalistenverband aufgebaut und dieser hatte schon 2006 angefragt, ob wir seinen Jahreskongress nicht nur materielle unterstützen könnten, sondern ob ich auch die Begrüßungsrede halten würde. Aus Überzeugung sagte ich gerne zu. Der

Journalistenkongress stand unter der Überschrift „*Wer kontrolliert die Kontrolleure - Journalistische Ethik*“. Für mich selber war es nicht nur wichtig gewesen, auf die großen Spannungen zwischen journalistischer Ethik (Washington Post und Watergate) und Käuflichkeit mancher KollegInnen wie auch ihr Gegenteil, den Enthüllungsjournalismus eines Günter Wallraff, zu erinnern, sondern auch an die

Instrumentalisierung von Presse, Radio, TV unter oligarchischen Verhältnissen (wie ich es aus Lateinamerika bestens kenne, aber inzwischen auch aus dem Baltikum).

*Begrüßungsrede ER beim
Journalistenkongreß, Riga 2006*

Auch anschließende Redner aus anderen europäischen Ländern legten nicht nur ein hübsches Blumengebinde zum Jahreskongreß nieder. Daher konnten wir in den anschließenden Arbeitsgruppen eine offensichtlich sehr heftige Diskussion beobachten. Und die ließ erkennen, daß weder die Gruppenarbeit noch die abschliessende Podiums-



diskussion nur durch die Erfahrungsberichte der verschiedenen ausländischen Teilnehmer und Referenten geprägt war, sondern auch sehr stark durch die angespannten Verhältnisse zwischen den eher regierungsnahen und den eher regierungskritischen Fraktionen im lettischen Journalistenverband, wie auch ähnlich in beiden Nachbarländern.

Zwei für die lettischen Teilnehmer besonders wichtige Fragen gerieten bei der Podiumsdiskussion in den Mittelpunkt: „Befindet sich Lettland auf dem Weg zum nationalen Konsens über die journalistischen professionellen Standards?“ und „Lässt sich der Kleinkrieg oder die professionelle Interaktion zwischen Journalismus und PR-Agenturen überwinden?“

Am Ende mündete die Veranstaltung in die gemeinsame Verfassung einer Resolution zur Gründung eines lettischen Ethik-Rates. Auf die Frage nach der Wirkung unserer Unterstützung hätte ich gesagt: Wenigstens etwas

BALTISCHE PARTEIEN : SPIELBALL DER OLIGARCHEN

Geht es um den demokratischen Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat, werden in den meisten Fällen die politischen Parteien benannt und ihnen diese Funktion zugeschrieben. Das trifft in gewisser Weise auch in den baltischen Ländern zu. Aber die „gewisse Weise“ muss dann doch etwas genauer beschrieben werden. Denn die wichtigen (einflußreichen) Parteien in den baltischen Ländern sind Oligarchen-Parteien.

Was, bitte, ist eigentlich eine Oligarchen-Partei im Baltikum?

Mit Oligarchen- oder Caudillo-Parteien ist das in allen drei Ländern gültige Muster gemeint: Die Führer oder entscheidenden Hintermänner der lettischen *Volkspartei* oder des *Lettischen Wegs* oder der litauischen *Arbeitspartei* oder der estnischen *Zentrumspartei* können jeweils zu recht als von „ihrer“ Partei sprechen. Die Oligarchen Saavisar (Estland), Šķēle (Lettland), Lembergs (Lettland), Uspaskich (Litauen) zeigen nicht den Despotismus eines Robert Mugabe in Simbabwe oder eines Alexander Lukaschenko in Weissrussland; eher die Instrumentalisierung formal-demokratischer Institutionen, wie seinerzeit durch Hugo Chávez Frías in Venezuela oder durch Italiens ehemaligen Premierminister Silvio Berlusconi mit Anklängen an den Autoritarismus des türkischen Präsidenten Erdogan.⁶² Die Caudillo-Parteien haben ihren millionenschweren Chef an der Spitze, der außer als Unternehmer auch Großen Einfluss auf die Medienlandschaft seines Landes hat und damit intensiv öffentliche Meinungsbildung betreibt. Es ist nicht anzunehmen, dass sich diese ehemaligen KP-Funktionäre, wie Saavisar oder Lembergs oder Uspaskich intensiver mit der spanischen Conquista beschäftigt haben, eher vielleicht mit Karl Marx' 18. Brumaire und Bonaparte. Dennoch beherzigen sie die Maxime der spanischen Conquista "Teile und herrsche - aber wenn du schon herrschst, dann teile nicht".

Die politischen Parteien in den baltischen Staaten zeichnen sich durch eine eher mäßig differenzierte Reaktion auf die charakteristischen Besonderheiten ihrer Gesellschaften aus. Am stärksten noch in Estland, am wenigsten in Lettland. Dabei sind gerade auch die Caudillo-Parteien jetzt offenbar - durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beschleunigt - an eine Sollbruchstelle geraten. Die aktuelle Lage kann als Einstieg in eine vierte Entwicklungsphase verstanden werden. Die erste begann mit der Unabhängigkeit 1990/91; die zweite mit dem EU-Beitritt und den EP-Wahlen 2004; die dritte - etwa seit Ende 2007/Anfang 2008 - brachte viel Unruhe und Verwerfungen in die Parteienlandschaft, weil die bisherigen herrschenden Parteien keine Programme anbieten, schon gar keine überzeugenden, um den frappanten Auseinanderfall der Transformationsgesellschaft aufzuhalten und diesen Prozess vielleicht umzukehren. Auch hier wieder die sichtbarste Hinwendung zu den tatsächlichen gesellschaftlichen Herausforderungen in Estland. Und die vierte Phase ist mit dem Europa-weiten Fanfarenstoß anlässlich der Wahlen zum Europaparlament im Mai 2014 eingeleitet. Denn nie zeigten sich die EU-Kritiker stärker und organisierter als an diesem 25.5.2014. Lediglich die Tatsache, daß die herrschenden Parteien und Parteienkoalitionen seit der

62 Viktor Uspaskich ist den schon beschriebenen lettischen Oligarchen Lembergs und Šķēle vergleichbar. Er stammt aus dem russischen Archangelsk, gründete 2003 die litauische Arbeitspartei (Darbo Partija), musste dann wegen Betrugsvorwürfen 2005 das Land in Richtung Moskau überaus eilig verlassen, wurde dennoch 2009 als Europaabgeordneter für Litauen gewählt und vertritt „sein“ Land nunmehr in Brüssel und Straßburg.

Im Falle von Silvio Berlusconi kam es im Laufe der Jahre zu den erwarteten „italienischen Verhältnissen“. Das Verfassungsgericht hob am 14.01.2011 zunächst das äußerst umstrittene Immunitätsgesetz auf. Damit konnte Berlusconi überhaupt erst wegen irgendetwas angeklagt werden. Mitte 2013 kam es im sog. Mediaset-Prozess zur Anklage und Verurteilung wegen Steuerbetrugs. Vier Jahre Haft wurden verhängt, aber „aus Altersgründen“ auf ein Jahr reduziert und ein Verbot öffentlicher Ämter für zwei Jahre. Mitte 2014 bekam der Urteils-spruch Risse als die Richter Berlusconi in zweiter Instanz überraschend für unschuldig beim Punkt Sex mit Minderjährigen erklärten und zugleich vom Vorwurf des Amtsmissbrauchs frei sprachen. Die anderen Anklagepunkte blieben zunächst bestehen und damit die verhängten Strafen

Unabhängigkeit immer eine konservative Führung besaßen, lässt keinen spektakulären politischen Einbruch im Baltikum erkennen, wie in den benachbarten skandinavischen Ländern (die nationalkonservativen „Wahren Finnen“ oder „Wahren Schweden“) oder gar wie in Frankreich mit dem „Front National“.

Dabei lässt sich gerade in Schweden etwa seit 2010 ein interessantes Phänomen beobachten, das auch für die Balten eine Perspektive sein könnte: wachsender Unwille, sich in einer politischen Partei zu organisieren; aber zunehmendes soziales Engagement innerhalb und außerhalb von NROs. Dadurch lässt sich auch der relative Zuwachs an nationalkonservativen EU-Gegnern erklären. Letztere rekrutieren sich aus einer schrumpfenden parteipolitisch interessierten Gesamtwählerschaft und können ihren relativen Stimmenanteil dadurch ausbauen. Sie kommen durchaus auch aus der Mitte der Gesellschaft und nicht nur von ihrem (rechten) Rand.

Zwei Fragen sind in dieser Situation im Baltikum von Interesse: (a) schaffen es die untereinander in Konkurrenz stehenden konservativen Parteien, die bisherige Klondike-Mentalität ihrer Führer abzulegen und ein gemeinsames zukunftsfähiges Entwicklungskonzept für ihre Gesellschaften zu formulieren? Dann haben sie eine Chance, den Transformationsprozess als Russland-kritischen Prozess über eine oder zwei Wahlperioden weiterzuführen und zu konsolidieren.⁶³ Die sog. Ukraine-Krise von 2014f bietet den Konservativen dafür zusätzlichen Rückhalt – aber zugleich auch zusätzliche Herausforderungen. Denn noch immer ist eine starke wirtschaftliche Verflechtung mit dem russischen Markt gegeben und hinter den Balten stehen NATO-Scharfmacher und Rohstoff-fixierte EU-Erweiterer.⁶⁴ Oder (b) schaffen die zersplitterten "Links-Parteien" um die sozialdemokratischen Organisationen und Elemente der Zivilgesellschaft herum, sich ihrerseits auf eine gemeinsame Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung zu verständigen? Dann hätten sie wahrscheinlich bessere Chancen, den Transformationsprozess in eine demokratischere Zukunft zu führen. Dabei gilt für die baltischen Gesellschaften, wie auch in Deutschland und sonst in der Welt, daß die politische Markierung „links“ ihre klassische Bedeutung längst verloren hat (das ist auch den Balten durch die populistische griechische Regierung Tsipras sehr deutlich geworden). Was gemeint ist, sind Parteien, die sich konkreter gesellschaftlicher Fragen annehmen und Handlungs- bzw. Lösungsbereitschaft zeigen. Denn auch im Baltikum geht es seit langem darum, politisch oben oder unten zu sein, es ging eigentlich nie um rechts oder links.

Was sich in LETTLAND lernen lässt: erfolgreiche Parteien sind volatil

63 Klondike-Mentalität in Erinnerung an die Goldgier derer, die sich Ende des 19.

Jahrhunderts in großen und gefährlichen Trecks zum Klondike- und zum Yukon-River im nördlichen Canada zum Goldschürfen aufmachten. Die Goldminen der heutigen EU sind ihre diversen Struktur-, Kohäsions- und sonstigen Hilfsfonds, auf die die politischen Eliten auch der baltischen Länder gerne als Ersatz für eigene Strukturpolitik starren

64 Mit emotionale EU-Erweiterer spreche ich nicht zuletzt Bundeskanzlerin Merkel an, die die Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine, Moldau, Georgien vom Juni 2014 sehr begrüßt – aber diese Akte als emotionalen Sieg über Putin zelebriert anstatt auch hier ihre politische Zurückhaltung zu zeigen, wie wir sie bei ihr richtigerweise gegenüber der Türkei kennen

Bisher war einer der wichtigsten politischen Impulse in Lettland das erste Parteiengesetz vom 1.1.2007 gewesen, wonach sich alle Parteien zunächst im Unternehmensregister einschreiben mussten und anschließend ins neue „politische Parteienregister“ übernommen wurden. Damit verringerte sich die Anzahl von Parteien, die über mindestens 200 Mitglieder verfügen müssen, um registriert zu werden, von bis dato 65 auf dann 45 Parteien. Das bedeutete die Auflösung der extremsten Splitterparteien und damit eine Bereinigung der Parteienlandschaft. Seit den Parlamentswahlen vom Oktober 2006 waren allerdings zwei der drei Oligarchen-Parteien in den Umfragen unter die 5%-Marke abgestürzt und mussten 2009 und 2010 den existenzhaltenden Schritt gehen, sich unter einem neuen Parteinamen mit anderen konservativen oder nationalistischen Parteien zusammenzuschließen. Das galt für die *Volkspartei* des Großunternehmers und dreimaligen Ministerpräsidenten Andris Šķēle ebenso wie für die Partei *Lettischer Weg/Erste Partei Lettlands*, die dem Minister aller Kabinette und 2. Bürgermeister von Riga (bis 2010) und Groß-Unternehmer Ainārs Šlesers gehört.

Mit ihrer Reorganisation waren diese Parteien insofern erfolgreich, als sie nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2010 zu den 4 verbliebenen konservativen Fraktionen gehören, denen seither nur eine Fraktion aus dem eher linken politischen Spektrum gegenüber steht. Auffällig bei dieser parteipolitischen Reorganisation war die Entwicklung der dritten Oligarchen-Partei, der national-konservativen *Union aus Bauernpartei und (konservativen) Grünen*. Ihr Besitzer ist der mächtigste der drei lettischen Oligarchen, Aivars Lembergs. Die besondere Stärke von A. Lembergs hat auch mit seiner Kontrolle über mehrere überregionale Zeitungen zu tun, die er nutzt, um durch darin veröffentlichte Interviews direkt auf die öffentliche Meinung im Lande Einfluss zu nehmen. Das erinnert an den vormaligen italienischen Präsidenten Berlusconi und die politische Instrumentalisierung seines Medien-Imperiums. Die Wirkungen hatten sich bei den genannten Oktober-Wahlen 2010 u.a. darin gezeigt, dass unter den Oligarchen-Parteien nur die *Bauernunion/Grüne* ein gutes Ergebnis erzielen konnte. Sie wurde mit fast 20% drittstärkste politische Kraft und konnten den Wert auch bei den Parlamentswahlen im Oktober 2014 halten (vgl. das folgende Schema):

Lettland: Parlamentswahl Oktober 2010 / 2014
4 stärkste Parteien

Aktueller Partei-Name	Fusion aus den ursprünglichen Parteien	Wähler (%) gerundet 2010	Wähler (%) gerundet 2014	politische Orientierung, einschließlich bisheriger Oligarchen-Partei (X) konservativ-liberal
EINHEIT (<i>Vienotība</i>)	Neue Zeit, Bürger Union, Gesellschaft für eine andere Politik	31	22	
HARMONIE ZENTRUM (<i>Saskaņas centrs</i>)	Unverändert Allianz aus 4 Einzelparteien	26	23	sozialdemokratisch, starker Russland-Bezug
GRÜNE/BAUERNUNION (<i>Zaļo un Zemnieku savienība</i>) FÜR EIN GUTES LETTLAND! (<i>Par Labu Latviju!</i>)	Unverändert Allianz aus 2 Einzelparteien Volkspartei und Lettlands Erste Partei/Lettischer Weg ((AŠ) ² = PLL), die jüngst gegründete Unternehmer-Bewegung "Für ein gutes Lettland"	20 7,5	20 7,5	wertkonservativ (X) konservativ, national, kapitalorientiert (X) (X)

ALLES FÜR LETTLAND ! (<i>Visu Latvijai!</i>)	Für Vaterland und Freiheit/LNNK	7,5	17	nationalistisch, anti-russisch
--	------------------------------------	-----	----	-----------------------------------

Auch im „baltischen Kernland“ wird die Parteienlandschaft allerdings nicht nur durch Oligarchen, wie Lembergs geprägt. Erratisches Wählerverhalten, gepaart mit der unendlichen Leidensfähigkeit immer wieder hintergangener Parteianhänger plus geschürter Ängste gegenüber Russland plus Frustration gegenüber einem intransparenten „Brüssel“ lassen immer wieder einzelne Personen wichtiger erscheinen als einzelne Parteien. Die auch 2014 führende Regierungspartei „Einheit“ war aus der Fusion mehrerer kleiner Parteien hervorgegangen, darunter die „Neue Zeit“. Diese *Neue Zeit* war 2002 ein außerordentlicher Hoffnungsträger für die Menschen im Lande gewesen. Sie erlangte mit ihrem Hauptkandidaten und dessen einzigem Wahlkampfthema „Anti-Korruption“ auf Anhieb 24% der Wählerstimmen. Anfang 2008 war sie schon längst wieder Oppositionspartei und fiel auf unter 5% in den Umfragen zurück. Der einstige Spitzenmann, Einars Repše, hatte wegen eines Skandals gehen müssen. Damit fehlte der Kopf. Nur ein Jahr später (Frühjahr 2009) zeigten die Umfragen wieder gut 20% Zustimmung und dann im Oktober 2010 erreichte die Partei 31% der Wählerstimmen (nach der oben angezeigten Parteienfusion). Die jüngsten Zustimmungswerte ließen sich als Vertrauensvorschuss für den im Amt bestätigten Ministerpräsident *Dombrowskis* verstehen, der – durch die Finanzkrise gedrängt - ein zentrales politisches Ziel verfolgte: die Entschuldung Lettlands und die Rückgewinnung seiner Kreditwürdigkeit. Dabei hielt er an der Vision fest, dass Lettland am 1.1.2014 dem Nachbarn Estland in die Euro-Zone folgen könne – während in Westeuropa die Diskussion über den Fortbestand der Eurozone und die notwendigen Reformen im vollen Gange war.⁶⁵ Aber *Dombrowskis* schaffte es: am 1.1.2014 wurde Lettland in den Euro-Club aufgenommen. Allerdings war der Ministerpräsident kurz zuvor, im November 2013, von seinem Amt zurückgetreten. Er wollte 2014 EU-Kommissar werden. Er wurde es, und zwar einer der 7 Vize-Kommissare unter J.-C. Juncker und zuständig vor allem für die Euro-Politik. Den Zutritt zum Euro hatte sich Lettland durch drastische Sparauflagen des IMF und der Europäischen Zentralbank sowie der EU-Kommission erkaufen müssen. Dabei hat deren „Rettungsprogramm“ mit hohen sozialpolitischen Kürzungen (=> Griechenland) alle europäischen Gesellschaften so stark zerrissen, wie nie zuvor („Prekarisierung“).

65 Einer der wichtigen Sprecher für tiefgehende Strukturreformen in der gesamten EU ist der deutsche Sachverständigenrat, der in seinem Jahresgutachten 2010/11 dafür plädiert, „dass Länder mit unzureichender Fiskaldisziplin konsequent sanktioniert werden“. Ein erheblicher Teil der Fehlentwicklungen sei auf die „ungezügelter Kreditvergabe“ vor allem an private Unternehmen und Haushalte in Peripherieländern zurückzuführen. Daher benötige die Währungsunion eine einheitliche Finanzaufsicht, „die über umfassende Kompetenzen und Durchgriffs-rechte verfügt“. Für den Sachverständigenrat stehen die Defizitländer an der Peripherie Europas „jetzt vor der großen Herausforderung, ihre sehr hohen Defizite abzubauen und ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich zu verbessern, ohne dabei über das Instrument der Abwertung zu verfügen“ (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage: *Chancen für einen stabilen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/11*, Wiesbaden Nov. 2010)

Innovationskraft reformwilliger "linker Parteien" wird gesucht

Während die nationalen und konservativen politischen Kräfte sich spalteten, aber mit Blick auf die Europawahlen 2009 und die nationalen Wahlen 2010 taktische Parteiallianz eingingen, ohne dass sich dadurch ihr politisches Projekt erkennbar veränderte, boten sie den Parteien mit dem „sozialen“ Namen außerordentlich viel Freiraum für deren Neuorganisation. Die „sozialen“ Parteien hätten diesen Freiraum nur noch nutzen müssen, um (wieder) zueinander zu finden, um mit Lösungsabsicht für einige gesellschaftspolitische Schlüsselfragen ihre Kräfte zu bündeln. Ansätze dafür sind erkennbar, allerdings in den drei baltischen Ländern in sehr unterschiedlicher Form.

In Westeuropa besteht allzu häufig der Eindruck, dass die früheren Regimeparteien (KP, Sozialisten) sich im Transformationsprozess quasi automatisch in Links- oder Mitte-Links-Parteien umwandeln. Dafür spräche die große personelle Kontinuität auf der Führungsebene dieser Parteien von vor-1990 und nach-1990/91.

Definitiv sind diese ehemaligen Regime-Parteien aber eher national aufgestellt als etwa sozialistisch-europäisch oder als international-sozialdemokratisch. Ihre Führungskader erweisen sich nicht als besonders engagiert in den anstehenden sozialpolitischen Fragen oder in Fragen einer weniger ausbeuterischen Arbeitsmarktpolitik oder generell bei Themen der sozialen Gerechtigkeit. Die aus Sozialisten, Kommunisten und sozialdemokratischen Splintern fusionierte Sozialdemokratische Partei Litauens steht auch nach Brasauskas Tod noch sehr in der alten Kader-Tradition.⁶⁶ Die Sozialdemokraten Estlands klassifizieren sich selber als Liberale. In Lettland hat die eigentliche Sozialdemokratische Partei LSDSP sich so intensiv gespalten, dass sie inzwischen von der politischen Bildfläche verschwunden ist. Stattdessen stellt die stärkste Oppositionspartei, ein Bündnis unterschiedlicher sozial markierter Parteien unter dem Namen Harmonie-Zentrum (HZ) seit den Kommunalwahlen 2009 den Bürgermeister der Hauptstadt Riga (*Nils Ušakovs*) und ist bei den Parlamentswahlen im Oktober 2010 sogar noch ein bisschen mehr gewachsen und wurde im Oktober 2014 stärkste Parlamentspartei.⁶⁷ Dadurch ist Harmonie-Zentrum seit 2010 die wichtigste lettische Partei (Parteienkonglomerat) mit einem Links-Appeal. Die engen politischen Beziehungen der Führungsgruppe von HZ zu Russland machen sie in den Augen vieler ethnischer Letten zu einer "Russens-Partei", die sie deswegen ablehnen. Dabei ist noch nicht wirklich durchgedrungen, dass Beziehungen zu Russland nichts mehr mit Orientierung am Kommunismus zu tun

66 Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler Algardis Brasauskas war während der sowjetischen Besetzung Litauens schon Generalsekretär der Kommunistischen Partei und bekleidete ein Ministeramt. 2001 fusionierten Reste der KP, die Demokratische Arbeiterpartei und die Sozialdemokraten zur Sozialdemokratischen Partei Litauens und Brasauskas wurde ihr Vorsitzender, wurde Staatspräsident und später Ministerpräsident im unabhängigen Litauen. Seine Parteiführung und seine Kaderpolitik blieben dabei stark durch seine sowjetischen Vorerfahrungen beeinflusst und führten bis zu seinem Tod (2010) immer wieder zu freiwilligen oder erzwungenen Austritten wichtiger Parteivertreter

67 Nils Ušakovs blieb auch nach den Kommunalwahlen vom Juni 2013 weiterhin Bürgermeister. Aber die Wahlbeteiligung lag im ganzen Land immer nur zwischen 40 und 45%. Ušakovs' Wahlsieg verdankt sich im übrigen dem hohen Anteil russischstämmiger Bewohner der Hauptstadt

haben, da dieser schließlich auch in Moskau abhanden gekommen ist. Aber HZ anerkennt bisher nicht öffentlich, dass Lettland durch die Sowjetunion okkupiert war, sondern lässt die Moskauer Version von der „Befreiung“ des Baltikums gelten. Und das ist ein ganz wesentlicher Punkt, um sich mit HZ zu identifizieren oder eben nicht. Aus Deutschland, aus Schweden und Norwegen gab es in den Jahren nach der Unabhängigkeit und noch in den ersten Jahren nach dem EU-Beitritt vielschichtige Unterstützung zur Stärkung einer neuen Sozialdemokratie in den drei baltischen Staaten. Als FES pflegten wir traditionell gute Beziehungen zu sozialdemokratischen oder auch sozialistischen Parteien. Auch in Lettland wurde mit einem gewissen Automatismus freundlich auf dieses Parteienspektrum geschaut. Aber im Gegensatz etwa zu meiner engen Zusammenarbeit mit den linken Parteien in Chile, ist es mir von Anfang an schwer gefallen, mehr als eine Oberflächenbeziehung zu den baltischen Parteispitzen herzustellen. Nur, „die Hoffnung stirbt zuletzt ...“ heißt es gerne. Daher gab es auch immer wieder den Sisyphus-Effekt: wir unterstützten Fortbildungsmaßnahmen unterschiedlichster Art, um die sozialdemokratisch genannten Parteien in den drei Ländern programmatisch und organisatorisch zu stärken.



*LSDSP-
Parteitag 2008
ER-Vortrag
über Willy
Brandts „Mehr
Demokratie
wagen“ und
die europäische
Sozial-
demokratie*

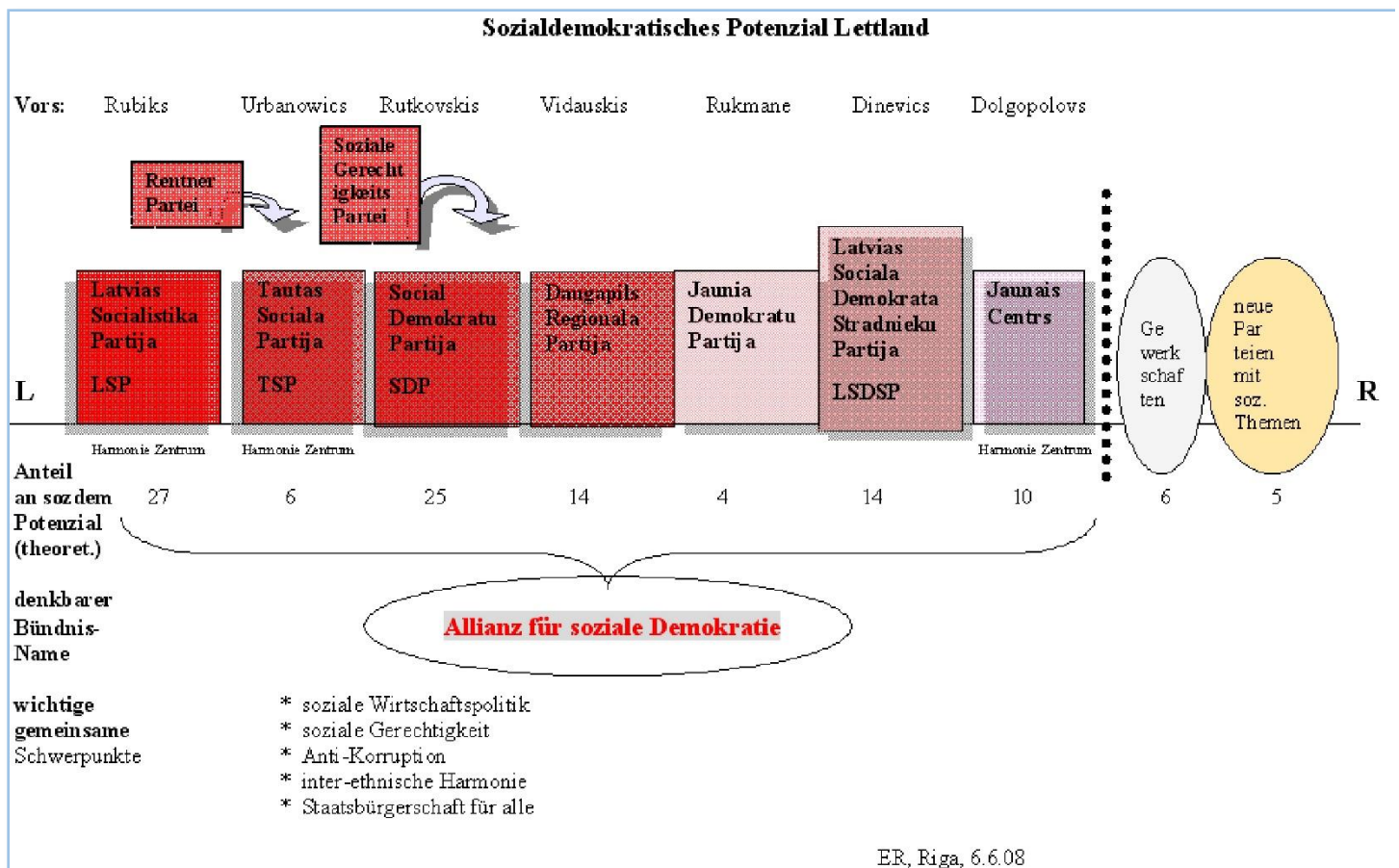
In Wahrheit verstanden wir zu wenig von den internen Seilschaften in

den Organisationen, die sich uns als neue (oder im Exil überwinterte) Parteien vorstellten. Oft genug waren es Verhältnisse, wie bei den „Blockflöten-Parteien“ während der deutsch-deutschen Vereinigung. Echte Zweifel häuften sich allerdings durch Episoden an wie: der Vorsitzende der lettischen Sozialdemokraten, Juris Bojars, ein ehemaliger KGB-Offizier, dessen Sohn zwischenzeitlich zu den besonders korrupten Bürgermeistern Rigas gehörte, veränderte schon mal kurzfristig Datum und Ort eines Parteitages seiner Partei, der LSDSP, weil die Gefahr bestand, daß er nicht wiedergewählt würde. Am neuen Ort war dann eine klare Mehrheit seiner Anhängerschaft versammelt. Er wurde wiedergewählt.

Mein Interesse richtete sich daher stärker auf die Frage, ob sich nicht eine gemeinsame Plattform der linken Parteien und Parteichen als inhaltliche Alternative zu den Oligarchen-Parteien entwickeln ließ und ob wir diese dann unterstützen könnten. Eine Reihe von Gesprächsrunden zu diesem Thema fanden in den Räumen der FES als neutralem Ort statt. Meist waren 5 oder 6 der linken Parteien vertreten, darunter die

LSDSP und das schon zuvor genannte *Harmonie-Zentrum*. Vertreten waren meist nur der jeweilige Parteivorsitzende und sein internationaler Sekretär oder der Generalsekretär. Um einen Gesprächskern zu schaffen, hatte ich jeweils einen anerkannten Fachmann mit einem Impulsreferat zu brennenden politischen Fragen eingeladen: Wirtschaftspolitik, Soziale Sicherungssysteme, Außenpolitik (EU, Russland). Die Themen waren die Themen der europäischen Sozialdemokratie (zu denen jede einzelne der "Parteien" schon Kontakte besaß oder sie suchte - aber nicht zuletzt, um den nationalen Konkurrenten auszusteichen). Mein eigener Beitrag zu diesen *Synergie-Treffen*, wie ich sie selber nannte, bestand in der graphischen Darstellung des linken Parteienspektrum (wie es sich mir zu der Zeit darstellte) verbunden mit der Frage, ob sich daraus nicht politisch etwas machen liesse. Mein Vorschlag hieß: die Parteien schließen sich in einer Allianz für soziale Demokratie zusammen, konzentrieren sich auf 2-3 strategische, für das Land relevante Themen und schaffen damit ein hinreichend großes Wählerpotenzial, um die nationalen und liberalen Caudillo-Parteien vom Thron zu stoßen. Die eindeutig größten Anteile dieses „linken Lagers“ sind in diesem Schema dem *Harmonie Zentrum* zugeschrieben (LSP, TSP, SDP, Jaunais Centrs). Die naheliegende Schlussfolgerung lautete, dass andere sozialdemokratische Parteien in der politischen Versenkung verschwinden würden, wenn keine Bereitschaft zu Mindestgemeinsamkeiten gezeigt werde. Auf der Grundlage der vorangegangenen Gesprächsrunden enthält das Schema auch fünf denkbare konsensfähige Themen, um angesichts der 2008 anstehenden Kommunalwahlen eine gemeinsame Mindestplattform der linken Parteien auszuloten (soziale Wirtschaftspolitik, soziale Gerechtigkeit, ...). Trotz mehrerer Gesprächsrunden in unserem neutralen Büro blieb unübersehbar, dass die persönlichen Animositäten zwischen den Führungskräften der "sozialdemokratischen Parteien" nicht aufzuheben waren. Es war eine klare Situation von kognitiver Dissonanz derart, dass z.B. der Vorsitzende einer nur 800 Mitglieder starken Partei mit einem Wähleranteil von 3,5% unverrückbar daran festhielt, dass das um ein Vielfaches größere *Harmonie-Zentrum* mit einem Wähleranteil von geschätzten 20% sich den Vorstellungen der ersteren anzuschließen habe. Das Ergebnis lautete wenige Monate später: die kleinere sozialdemokratische Partei existierte nicht mehr und in den Parlamentswahlen vom Oktober 2010 verpasste das *Harmonie-Zentrum* nur vergleichsweise knapp die Regierungsübernahme, ebenso wie 2014.

Eine „Allianz für soziale Demokratie“ hätte schon 2010 eine andere Regierungsmehrheit schaffen können! Aber klar geworden war, daß wir es gar nicht mit „rechts“ und „links“ zu tun hatten, sondern nur mit „oben“ und „unten“. Und darum ging es: „oben“ zu sein - egal mit welchem Programm in welcher Papierform.



Theoretische Grundlage für die Schaffung einer sozialdemokratischen Plattform (LV)
(L = linker Rand; R = rechter Rand)

Alles ein bisschen wie bei der SPD nach Willy Brandt: das Grundinteresse heißt seither, „oben“ dabei zu sein. Es hat sich über G. Schröder und S. Gabriel immer weiter zugespitzt – bis im Herbst 2014 sich wieder ein linker Flügel zu Wort gemeldet hat, die „Magdeburger Plattform“, die wieder eine SPD wünscht, die nicht immer nur nach oben und „in die Mitte“, sondern thematisch auch nach links von der Mitte schaut. Der entscheidende Unterschied zwischen SPD und den sog. linken Parteien in Lettland besteht allerdings darin, daß der linke Flügel der SPD nicht aus der Mutterpartei ausschert und eine eigene Partei bildet, sondern für seine Positionen innerhalb der Organisation streitet.⁶⁸ An den politischen Parteien im Baltikum und besonders im lettischen Kernland läßt sich das erkennen, was heutzutage im Unternehmensbereich als **Vasa-Syndrom** bezeichnet wird: für die verschiedenen Segmente eines Vorhabens sind jeweils Verantwortliche benannt. Sie erfüllen ihren jeweiligen Teilauftrag nach bestem Wissen – aber ohne sich mit den anderen Verantwortlichen abzustimmen. Am Ende passen nicht alle Teile fugenlos zueinander. Anstatt wenigstens das verquere Endprodukt nüchtern zu analysieren und möglicherweise zu retten, beharrt jeder auf der Richtigkeit seines Teil und – politisch gewendet – gründet eher seine eigene

68 Die Rolle von Oscar Lafontaine beim Aufbau von „Die Linke“ oder der Anteil ehemaliger SPD-Mitglieder und -Wähler an der Entstehung von „Die Grünen“ müßte an dieser Stelle natürlich angesprochen werden, würde aber den Rahmen dieses Buches sprengen

Minipartei als an tragfähigen Kompromissen mitzuarbeiten. Das größte Segelschiff seiner Zeit, die schwedische Vasa, sankt daher schon während ihrer Jungfernfahrt 1628 und noch im Stockholmer Hafen.....

Es war dann auch nur das *Harmonie-Zentrum (HZ)*, das eine Task Force einrichtete, um z.B. für sich selbst und sein Wählerpublikum eine konsistente Wirtschaftspolitik zu formulieren und der Öffentlichkeit vorzulegen. Das veröffentlichte Ergebnis mit dem Titel "Effektivere Fiskalpolitik mit mehr sozialer Gerechtigkeit" war in Zusammenarbeit mit langjährigen Partnern der FES-Lettland (u.a. Prof. *Jeff Sommers* von der Stockholm School of Economics in Riga) erstellt und vor den Parlamentswahlen 2010 als *ein* wichtiges Element einer reformierten Wirtschaftspolitik vorgelegt worden. Harmonie Zentrum konzentrierte sich dabei auf *ein* wichtiges entwicklungspolitisches Thema, aber eines, das einen zentralen Baustein für eine *nationale* Wirtschaftspolitik darstellt, verglichen mit der bis dahin überdeutlichen Interessenpolitik der Oligarchen-Parteien.⁶⁹ Ich war zu einem Vortrag anlässlich der Vorstellung dieses neuen linken Programms aus Deutschland eingeladen und hatte aus der Perspektive von „Green Economy“ Sympathien für den Ansatz, dessen Kernsatz lautete: *A national vision for success in a globalized world, an economic model of renewing Latvia through a paradigm shift from a neoliberal to a socially responsible market economy and pursuit of energy independence by 2025.* Für mich als FES war darin ein ernstzunehmender programmatischer Schritt zu erkennen, der sich zu einer breiteren Modelldebatte innerhalb des Harmonie-Zentrums wie auch gegenüber der lettischen Gesellschaft ausbauen ließ. Die Richtung wurde etwas später in einer FES-Publikation zwar für Deutschland aufgezeigt, hätte aber auch für die nationale Entwicklungspolitik Lettlands hilfreich sein können: „... (die) Volkswirtschaft braucht ein neues Wachstumsmodell, das vorwiegend auf der Expansion der Binnennachfrage mit produktivitätsorientierter Lohnentwicklung und Expansion von öffentlichen Investitionen sowie Bildungsausgaben basiert. Ökologischer Strukturwandel erfordert massive Sachinvestitionen ... , komplementär begleitet von mehr und breiterer Qualifizierung der Berufsanfänger.“⁷⁰ Aber das hatte niemand in Lettland lesen wollen oder können.

Cuba fragt nach

Ein Besucher war wirklich sehr an dem Parteien-Thema interessiert. Der Mann hatte eines Tages an die Bürotür in Riga geklopft und sich als Cubaner vorgestellt. Er hatte gehört, daß der FES-Vertreter ein alter Latino sei und freute sich ganz offensichtlich,

69 Armands Strazds (ed.): *Latvia Renewed - Economic Development Program*, Riga 2010

70 Jan Priewe und Katja Rietzler: *Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik 1991 – 2010. Ansatzpunkte für ein neues Wachstumsmodell*, in: FES Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Dezember 2010.

Der genannte Ansatz von A. Strazds diente 2014 als Basis einer neuen Projektidee für Lettland, die Gründung einer lettischen Entwicklungsbank (in Anlehnung an die KfW). Zur kritischen Diskussion eines solchen Ansatzes trafen wir uns inzwischen in der GIZ in Bremen, zusammen mit Vertretern der Bremer Aufbau Bank und des Bremer Senats (Ausgang offen)

ohne Rücksicht auf Verluste sein Spanisch mit meinem Spanisch zu kreuzen. Das war nicht sonderlich schwer, da mir alle Gesprächspartner immer wieder nachsagen, ich spreche mit chilenischem Akzent. Und der ist wiederum dem cubanischen recht ähnlich. Erst nach dem zweiten Kaffee ergänzte Francisco seine Vorstellung: er war Cubas Botschafter für den baltischen und den finnischen Raum und wohnte in Helsinki. Sein Comandante (oder sein Führungsoffizier oder wer auch immer) hatten ihm jetzt offenbar aufgetragen, etwas mehr über die Parteienlandschaft der baltischen Staaten herauszufinden. Denn einige ehemalige KP-Mitglieder, heute Sozialdemokraten, aus Litauen waren in Havanna aufgetaucht und boten irgendeine Kooperation an. Mit einem Cubaner im westlichen Ausland läßt es sich in der Regel gut plaudern, denn er weiß, daß in einem Büro einer deutschen Stiftung keine Abhörmikros installiert sind. Er kündigte schon bald seinen zweiten Besuch an. Ich machte ihn mit ein paar Politikern bekannt (darunter dem ersten lettischen Außenminister nach 1990, *Jānis Jurkāns*, der den Kooperationsvertrag mit der FES unterschrieben hatte) und ließ sie sich beschnuppern. Dann waren wir irgendwann in Tallinn verabredet, wo Francisco auch gleich unseren Sohnmann Dani kennen lernte, der mich mit seiner blutjungen Frau und dem soeben geborenen Töchterchen Leoni besuchte. Wir trafen uns alle zum gemeinsamen „Arbeitsessen“ mit Francisco in der „Alten Hanse“.

*Latino-Tisch in der Olde Hansa,
Tallinn: Francisco vorn (Cuba);
Dani diagonal gegenüber (Chile)*



Jetzt war es ein „Latino-Tisch“, der sich die altdeutschen Gerichte der Hanse in der estnischen Altstadt servieren ließ. Francisco hatte es sich angewöhnt, mir immer ein Kistchen Cohibas mitzubringen. Als er merkte, daß ich trotzdem nicht anfang zu rauchen, wechselte er hinüber zu einem Fläschchen *Flor de Caña*

(dem 7-Jährigen). Das war schon eher etwas für mich. Nur hatte Dani diesmal Glück, denn er durfte ihn später als Erinnerung an diesen Latino-Abend im kalten Tallinn mit nach Frankfurt entführen. ...

Francisco hatte meine Analysen der politischen Parteien mit Interesse und mit viel Bedauern aufgenommen. Als dann wichtige sozialdemokratische Leitfiguren, auch Partner der FES aus zahlreichen Veranstaltungen, irgendwann dieses soziale und demokratische Spektrum wegen unüberwindbarer Dissonanzen verließen und es vorzogen, zu den neuen konservativen und liberalen Parteien zu wechseln (wie der weithin geschätzte sozialdemokratische Politologe Prof. *Atis Leijins*, der 2010 zum ersten Mal in die Saeima einzog – aber für die Partei *Einheit*) – da schwand Franciscos Interesse am Baltikum und er konzentrierte sich auf Finnland und das übrige Skandinavien. Ich habe seine Gesellschaft vermißt, konnte ihn allerdings professionell gut verstehen. Ich habe ihn auch deswegen vermißt, weil wir nicht länger über

Ereignisse diskutieren konnten, wie die Folgen des Papst-Besuchs in Havana, während dessen Vorbereitung ich noch mit einigen Münchner Freunden auf der Insel gewesen war. Dass ein schwarzer US-Präsident eines Tages die Beziehungen zu Cuba und den Castro-Brüdern wieder normalisieren würde, war nur eine ganz schwache Utopie.



*irrwitziges Havana 1998
bei der Vorbereitung des
ersten Papst-Besuches,*

Platz vor der Kathedrale

Von dieser Cuba-Reise hatte sich mir das nächtliche Foto vor der Kathedrale weit tiefer ins Gedächtnis eingebrannt als die vielen alten Chevrolets, die

nostalgisch durch die Altstadt schleichen. Für mich war das Foto immer Synonym für die Frage: sind 4 Jahrzehnte cubanische Revolution mit viel Staatsautoritarismus, mit viel Bildungs- und Gesundheitsreformen, mit einem gesellschaftlichen Projekt, das theoretisch immer im Mittelpunkt gestanden hatte, aber – ähnlich wie bei Allendes Chile – massiv von den USA als politischer Bazillus bekämpft wurde – kann ein solches Projekt in unserer neo-liberalen, globalisierten Weltordnung grundsätzlich keine Existenzberechtigung finden oder war die Zeit nicht reif oder wurde mit den unpassenden Instrumenten gearbeitet? Der „handshake“ zwischen Präsident Obama und Raul Castro 2015 war das Signal für eine drastische Wende auf Cuba, aber keine Antwort auf meine Fragen.

Moderate Sozialdemokratie in ESTLAND : der Ilves-Effekt

Estlands parteipolitische Stärke lag vor der großen Finanzkrise und auch seither im politischen Pragmatismus, der generell alle Parteien-Koalition zur Regierungsbildung zulässt. Die aktuelle Koalitionsregierung zwischen der wirtschaftsliberalen Reformpartei und den Sozialdemokraten (SDE) zeigt eine ziemlich andere Sozialdemokratie als in Lettland. Außenminister a.D., estnischer Botschafter in Washington a.D. und Europaabgeordneter a.D.; Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei a.D.; geboren in Schweden, aufgewachsen und studiert in den USA, für den US-Sender Free Europe von München aus für ein anderes Deutschland gearbeitet – das sind Eckpunkte von **Toomas Hendrik Ilves**, der ein bisschen überraschend von der estnischen Wahlversammlung im September 2006 zum Präsidenten der Republik Estland gewählt wurde. Ilves war Vorsitzender der Partei gewesen, die sich bis Anfang 2004 noch "Die Moderaten" nannte und von 1992 bis 1995 sowie von 1999 bis 2001 an der Regierung von Mart Laar beteiligt war, der von Politikern als dogmatisch freimarktwirtschaftlich bezeichnet wird. SDE verstand sich

zwar als das soziale Gewissen der Reformregierung, trug aber deren liberale Wirtschaftspolitik mit. Erst nach dem Sturz der Regierung versuchte sich die Partei unter Toomas-Hendrik Ilves zur inhaltlich definierten Sozialdemokratie zu wandeln. Erst seit Februar 2004 trägt sie den offiziellen Namen Sozialdemokratische Partei Estlands (SDE) und zählt rd. 3.500 Mitglieder.

Ich hatte T.H. Ilves übrigens 2004 in einer filmreifen Szene zum ersten Mal getroffen als ich noch keine Ahnung hatte, wer er war und ich zum ersten Mal in einer Kneipe der Altstadt von Tallinn saß, um ohne die ganzen neuen Partner und ihre Probleme ganz entspannt mein erstes estnischen Bierchen zu testen. Neben mich setzte sich ein Herr und bestellte ebenfalls ein helles Saku. So wie er „Saku“ aussprach, dachte ich, er ist genauso Tourist, wie du selbst und fragte meinen Nachbarn, woher er denn komme. Ich skizzierte aus Höflichkeit noch schnell, wie neu, aber auch spannend das hier alles für mich sei, weil ich im Prinzip gerade aus Lateinamerika eingetroffen sei, einer völlig anderen Welt. Der Nachbar bestätigte das und ergänzte, daß er estnischer Botschafter für Canada, die USA und Mexico gewesen sei. Wir plauderten ziemlich lange bei unseren Sakus. Als dann klar war, wie wenig Zeit er in Wirklichkeit in Estland gelebt hatte und das er noch immer besser englisch sprach als estnisch, da waren wir schon längst über die small-talk-Floskeln hinweg und hatten uns über Mexico in eine Diskussion vertieft, die erkennen ließ, daß sein Blick auf die Region südlich des Rio Grande sehr amerikanisch geprägt war und meiner eben nicht. Zwei Tage später trafen wir uns wieder beim Parteitag der „Moderaten“, die ihn zu ihrem Vorsitzenden wählten und er als erste wichtige Aktion den Namen der Partei in Sozialdemokraten umtaufte. Danach war Ilves als Sozialdemokrat und dann sogar als Staatspräsident regelmäßiger Teilnehmer unserer jährlichen Deutsch-Baltischen-Dialoge. Nach Chile, Ecuador, Kolumbien, Brasilien war er damit mein fünfter Staatspräsident, von dem ich irgendwann in seinen Amtssitz eingeladen wurde. Aber natürlich nicht meiner blauen Augen wegen, sondern weil Friedrich-Ebert-Stiftung auf der Stirn geschrieben stand.

Strategische Ausrichtung eines kleinen Landes auf ein demokratisches Europa

Die Konservativen hatten Ende 2006 auf die Wiederwahl des 78jährigen Amtsinhabers Arnold Rüütel gesetzt, einen Ex-Kommunisten und Symbolfigur einer vergangenen Ära. Die Wahl gegen Rüütel war wohl eher die Abwahl aller sowjetisch-russischen Assoziationen als die Abwahl der Person Rüütel. Estlands Bevölkerung ist heute stolz auf seine neue westliche Modernität. Da lag der Gegenkandidat Ilves mit seiner grossen Sympathie für die USA weit besser im Trend.

Im Laufe der Wahlkampagne war immer stärker eine Kernfrage ins Zentrum gerückt: will Estland weiterhin eine unbedeutende Grenzregion im Nordosten Europas bleiben oder ist das Land bereit, seinen modernistischen Weg ins 21. Jahrhundert noch entschiedener und bewusster zu gehen als schon bisher. Die Kandidaten personifizierten die gespaltene Identität des estnischen Volkes. Toomas Hendrik Ilves wurde in der Presse dargestellt als Ausländer, der für die westlichen Werte und die weite unbekanntere Welt steht. Arnold Rüütel dagegen als Bewahrer des Estnischen. Die Wahlkampagne war polarisiert und demagogisch wie noch nie zuvor. Während die Mehrheit der Bevölkerung sich hinter Toomas Hendrik Ilves stellte, versuchten die

Zentrumspartei und die Volkunion (beide auch an der Regierungskoalition beteiligt) die absehbaren Mitglieder der Wahlversammlung zu manipulieren und sich die notwendigen Stimmen mit finanziellen Versprechungen zugunsten der Kommunen zu sichern.

Als eines der wichtigen Ergebnisse dieser Wahlkampagne kann man wohl die deutlich zugenommene politische Aktivität der ganzen Bevölkerung hervorheben. Es gab beinahe niemanden, den diese Wahlen gleichgültig gelassen hätten. In Estland standen die Repräsentanten der Sozialdemokratie für klare Distanz zu Russland und für ein liberales Verhältnis zur Marktwirtschaft. Die vorherige Familienministerin Katrin Saks gestand mir irgendwann im privaten Gespräch, daß ihre SDE in Deutschland eher den Liberalen entspreche (wobei unklar blieb, ob sie einen Herrn Westerwelle oder eher Professor Maihofers "Sozialen Liberalismus" vor Augen hatte).

Der Sieger und neue Präsident Ilves war in seinem politischen Wertesystem zutiefst durch seine langen Jahre in den USA geprägt. Erst seine zwei Jahre als Parlamentarier und stellvertretender Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses im Europaparlament haben ihn neu auf Europa hin ausgerichtet. Und diese Ausrichtung reichte jetzt weit über die estnischen Sozialdemokraten hinaus. Sie prägt heute die politische Kultur Estlands. Ilves hebt besonders die gespaltene Wahrnehmung der europäischen Fragen bei den „alten“ und den „neuen“ Europäern hervor. Während der EU der 15 erkannte er die wachsende Enttäuschung in der Bevölkerung und bei Politikern über die Langsamkeit der Adaptierung der EU-Spielregeln. Seine Fragen stellte er auch ein bißchen durch die amerikanische Brille: Wieso sind 15 Jahre nach der Unabhängigkeit vom sowjetischen Imperium noch immer keine stabilen politischen Strukturen aufgebaut. Aber vor allem auch: was steckt eigentlich hinter dem neuen „Nationalismus“ in Osteuropa (vor allem Polens Kaczynski-Phänomen) ? Ilves nahm damit die aktuellen Fragen in der aussenpolitischen Diskussion der USA auf (Foreign Affairs, Nov./Dez. 2006). Aber er weist auch auf die positive Seite der Bilanz von 15 Jahren enlargement und Beitritt hin: hat die Osterweiterung den westlichen Ländern nicht grossen wirtschaftlichen Nutzen gebracht? Hat sich nicht auch deren Sicherheitslage erheblich verbessert durch die Verschiebung der europäischen Aussengrenze?

Ilves lenkte schnell den Blick auf die protagonistischen Prozesse, die in den heutigen MOE-Staaten lange vor der EU-Erweiterung politische Freiheiten, Menschenrechte, wirtschaftspolitische Modernität eingeklagt haben und dafür erhebliche Opfer gebracht haben: Warschauer Aufstand 1944, Ungarn Aufstand 1956, Posen Aufstand 1956, Prager Frühling 1968, dazwischen Berlin 1953 u.a.m.⁷¹

Dieser Präsident Ilves mochte auch in seinem hohen Amt diese osteuropäische Geschichte nicht verhehlen und erinnerte z.B. in der kleinen Runde unserer *Deutsch-Baltischen Dialoge* immer wieder daran, dass der damalige deutsche Bundeskanzler Schmidt das polnische Militärregime unter Gen. Jaruzelski als Patrioten begrüßte. Zum Glück fragte er mich nie, ob ich Gerhard Schröders Wahrnehmung von „Putin als lupenreinem Demokraten“ interpretieren könnte.....

Ilves' Botschaft lässt sich vielleicht so zusammenfassen: wenn wir eine gemeinsame europäische Zukunft haben wollen, müssen wir die Spaltungsgründe und -folgen aus der Vergangenheit auf den Teppich bringen, nicht unter denselben kehren.

71 MOE = Mittel Ost Europa

Präsident Ilves ist im Gegensatz zu seinem Vorgänger immer zuerst Aussenpolitiker. Dabei versucht er offensichtlich, auch kleinen EU-Ländern mehr Stimme zu geben. Das findet seinen Ausdruck in seinen ersten Auslandsreisen nach Lettland und nach Finnland und arbeitet – völlig anders als sein Vorgänger Rüttel – an einer kleinen gemeinsamen politischen Plattform. Diese kleidete er in eine Art politische Leitfragen:

- in keinem der EU-Länder gibt es Grund für Arroganz und Selbstgefälligkeit. Demokratie und Bürgerrechte gelten nicht automatisch in jedem Land oder für jede Person. Wir sehen das auch aktuell in Europa bei der Erstarkung fremdenfeindlicher Strömungen und anti-demokratischer Bewegungen.
- Wir haben heute die Verantwortung, jene zu verteidigen und zu schützen, die jetzt ihr Leben im Namen von Recht und Demokratie einsetzen. Wir haben nicht das Recht auf Hohn, nur weil andere sich nicht ebenso gut politisch und anders darstellen können. Waren die Honeckers und Kadars und Jaruzelskis und Breschnews wirklich bessere Partner, nur weil sie System-Stabilität anbieten konnten?
- Und ganz direkt: nebenan, hinter der europäischen Grenze, setzen sich jetzt Menschen für die westeuropäischen Werte ein. Wenn der demokratische Rahmen stimmt, kann auch dort aus einem Heizer ein Präsident werden. Oder ist es uns wieder wichtiger, von stabilen Nicht-Demokraten Energie zu kaufen und das europäische Schisma dafür in Kauf zu nehmen?

Für Ilves hatte die EU-25 eine Chance, wenn die alten wie die neuen Mitglieder im Gesamtkontext der europäischen Entwicklung denken und handeln. Unter anderem fordert er auch die neuen Mitglieder auf, nicht zuerst oder gar ausschließlich auf die brüsseler Geldtöpfe zu schauen, deren Hilfen natürlich auch nicht abzulehnen, aber die **Reformprozesse auch mit mehr Eigenverantwortung nach innen** hinein zu betreiben. Ilves arbeitet ständig an seinem Standpunkt. Wie auch die finnische Staatsführung kann er eine gewisse Reserve gegenüber der EU-Erweiterung auf 28 Mitglieder nicht gut verhehlen. Die gleiche Reserve war übrigens zu erkennen als Martin Schulz, EP-Präsident anlässlich der litauischen EU-Präsidentschaft 2013 gefragt wurde, ob er Grenzen für eine weitere EU-Vergrößerung sähe. Schulz: „The European Union, with its current institutions, is reaching its limit of the capacity to absorb more member states. Before further enlargement we have to reform the European Union to make it more effective.“ Denn ohne echte institutionelle und Grundwertereformen sind weder die drei Handlungsfelder aufzuarbeiten, die Ilves sich im Namen der baltischen Staaten vorstellt noch gar die ganz großen Fragen, wie z.B. eine europäische Föderation oder doch eine Konföderation u.a.m. Ob sich Martin Schulz allerdings an diese seine Sätze noch erinnert, nachdem er im Mai 2015 mit dem Karlspreis der Stadt Aachen geehrt wurde, dem politischen Europa-Siegel per se, ist fraglich.

Mit Ilves als Staatspräsident war es kaum von Interesse für uns als FES, intensiver mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen zu arbeiten. Die SDE-Spitze würde sich eh bei Ilves immer rückversichern. Unsere Zusammenarbeit in Estland konzentrierte sich daher viel stärker auf die politische Stiftung der SDE – die Johannes-Mihkelson-Stiftung mit Sitz in Tartu – und auf die nachwachsende Generation, die estnischen Jusos. Hier waren die klassischen Themen sozialer und demokratisch ausgerichteter

Organisationsen angesagt: Sozialpolitik, Kommunalpolitik, internationale Beziehungen. Von meiner Seite kamen -wie immer - die Animations-Fragen zum umweltbewußten Umbau der Gesellschaft, zum nachhaltigen Beschaffungswesen, zur energiesparenden Baupolitik und grüner Stadtentwicklung dazu. Leider schaffte ich es nicht, die Mihkelson-Stiftung für das andere Themenfeld zu begeistern, das wir auch gerade in Tartu sehr erfolgreich unterstützen: die Organisation der Bio-Bauern oder für den Einbau der sozialpolitischen Dimension in den breiteren Zusammenhang nachhaltiger Entwicklung. Dafür boten sich bald andere Partner an.....

Innovative e-Demokratie mobilisiert die estnische Jugend

Estland hat einen besseren Ruf als Lettland, was seine politische Kultur betrifft. De facto ist das Korruptionsniveau allerdings kaum niedriger und die Konfusion innerhalb des mehrheitlich national-konservativ-neoliberalen Parteienspektrums führt zu beinahe ähnlichen Situationen wie in Lettland. Estland unterscheidet sich allerdings in einem ganz wesentlichen Punkt: die politische Elite arbeitet an sich und an den Strukturen ihres politischen Systems - und hat trotz Großer Krise auch bei den Europawahlen im Mai 2014 kaum kontroverse Debatten gekannt, schon gar nicht mit Blick auf die EU. Im Vergleich zu den meisten EU-Mitgliedsländern hat sich hier keine signifikante EU-Distanzierung herausgebildet oder gar eine ernstzunehmende eurokritische Partei. Die einzige Partei, die den Austritt Estlands aus der EU fordert, die Unabhängigkeitspartei, hat 2014 gerade einmal 1,3 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Ein spannungsfreier Europawahlkampf bedeutet aber zugleich einen hohen Grad an EU-Desinteresse. Es sind nationale Fragen, die den Wähler interessieren, natürlich auch das Verhältnis zum großen Nachbarn Russland. Daß dem so ist, hat vor allem die zweitstärkste Partei, die Zentrumspartei, zur eigenen Überraschung erfahren. Sie und ihr führender Kopf, Bürgermeister von Tallinn, erster Regierungschef nach der Unabhängigkeit und mehrfacher Minister - Edgar Savisaar - hat durch seine gemäßigt Russland-freundliche Haltung die nötigen Stimmen eingebüßt, die die Zentrumspartei zur stärksten Kraft im Riigikogu hätten machen können.

Die im Parlament vertretenen Parteien und damit die Koalitionsregierung einschließlich des Staatspräsidenten demonstrieren einen hohen Grad der Identifikation mit ihrem Land. Estlands Alleinstellungsmerkmal im Baltikum - der systematische elektronische Umbau in der Produktion, in der öffentlichen Verwaltung, in der Kommunikation sowieso - wird von allen politischen Kräften als estnisches Markenzeichen mitgetragen. Zu Estlands Identität gehört eindeutig: Vorreiter in elektronischer Modernisierung zu sein. Daher lassen sich die Parkuhren schon seit Jahren über das handy/smartphone bezahlen; die Steuerklärung kann schon lange übers Internet abgegeben werden (und das in 15-30 Minuten für den Normalbürger); Esten haben das Skype-Programm erfunden (und weiterverkauft) und die Kabinettsitzungen der Regierung erfolgen mit dem Laptop auf dem Schoß - sagt zumindest die Regierungspresse.

Innovationsbereitschaft wird jedenfalls groß geschrieben in Estland. Entsprechend wurde hier die erste elektronisch gestützte Parlamentswahl in der EU durchgeführt. Während die normalen Wahllokale am 4. März 2007 geöffnet waren, konnte die

Stimme über das Internet bereits eine Woche früher abgegeben werden. Mit einer Bürger-ID-Karte und einem Kartenlesegerät am Computer wurde *electronic voting* möglich gemacht. Eine OSZE-Delegation überprüfte die Rechtmäßigkeit der elektronischen Stimmabgabe. Etwa 30.275 der insgesamt 895.760 Wahlberechtigten hatten zum ersten Mal vom *e-voting* Gebrauch gemacht. 2014, bei der Wahl zum Europaparlament, war e-voting schon Routine und 103.000 Wähler nutzten diese Möglichkeit. E-Voting-Experten warnen allerdings noch vor dem Manipulationsrisiko bei diesem Wahlmodus.

Unabhängig vom politischen Wahlergebnis hat diese technische Innovation mal wieder internationales Interesse auf das kleine Land projiziert. Und bei diesem strategischen Ansatz – den Blick Europas oder der Welt auf sich zu lenken – sind sich alle politischen Lager einig. Die innovative Nische zwischen den Großen zu suchen, ist das estnische Motto. Hierin sind sie ein gelehriger Schüler ihrer ethnischen Nachbarn, der Finnen.

E-voting ist derzeit schon fast kein Randgruppen-Programm mehr. Vor allem für die estnische Jugend war es die adäquate Antwort auf ihr stetig sinkendes Politikinteresse. Sie sitzen jetzt in den zahlreichen Cafés der Städte mit WLAN Internet-Anschluss, stecken ihr Lesegerät in das Notebook oder Smartphone, den ständigen Begleiter und tragen so bei nationalen Wahlen zu einer Wahlbeteiligung von rd. 61% bei.



Jugend beteiligt sich an Wahlen, im Rotermanni Kvartal, Tallinn

Präsident Ilves, der zuvor für die Sozialdemokraten im Europaparlament gearbeitet hatte, hat sich sehr sichtbar um das politische Bewusstsein seiner Landsleute bemüht. Er hat öffentlich daran erinnert, dass in anderen Ländern

die Menschen um ihr Wahlrecht kämpfen und dass 50 Jahre lang den Esten freies Wahlrecht verwehrt war. Die daraus gelegentlich aufkommende politische Lethargie müsse nunmehr gezielt und nachdrücklich abgebaut werden. Politik ist Beteiligung an derselben. Ilves selber hatte demonstrativ auf e-voting verzichtet und sich aktiv an der Wahlurne gezeigt. Eine Parlamentarierin, die sich besonders intensiv mit dieser Seite der estnischen politischen Kultur beschäftigte (Partizipation, Teilhabe) ist Katrin Saks. Sie war noch kurz vor meinem Amtsantritt Bevölkerungsministerin gewesen und nun Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Riigikogu, dem nationalen Parlament.

Als wieder einmal ein Familienbesuch anstand (diesmal gemeinsam von Miriam und Rose) ließ sich deren politische Neugier durch ein Treffen mit Katrin Saks an ihrem Arbeitsplatz – dem Parlament in Tallinn – befriedigen.

Katrin Saks erläutert Rose und ER ihren Arbeitsplatz im Plenarsaal des estnischen Riigikogu

Katrin vermittelte uns nicht nur ihren Optimismus, was das grundsätzliche Interesse der jungen Generation an politischen Ereignissen betrifft, sondern sah tendenziell auch gute Chancen, die Minderheiten-Frage um die russisch-stämmige Bevölkerung integrativ zu lösen. Ganz eindeutig sah sie das Verhältnis estnische zu russischer Bevölkerung weitaus entspannter als vergleichbare Gesprächspartner in Riga.



Wir unterstützen innovative Umweltpolitik – mit Partei oder ohne

Der wachsenden Sensibilität bei Estlands Bürgern für die sozialen und die ökologischen Schwächen des Entwicklungsweges entsprechend, konnte nicht nur die SPE an Zuspruch gewinnen, sondern auch die *Grüne Partei* konnte 2007 auf Anhieb mit 7,1% der Stimmen ins Parlament einziehen. Ähnlich wie in den 1970er Jahren in Deutschland hat es in Estland etwa ab dem Jahre 2000 die Institutionalisierung eines bis dahin eher diffusen Umweltbewusstseins in der Bevölkerung gegeben, das dann im Herbst 2006 zur Gründung der neuen Partei geführt hatte. Trotz sehr günstiger Vorhersagen war ihr gutes Abschneiden letztlich doch für manchen Esten die größere Überraschung als das gute Abschneiden der SPE. Für eine neu gegründete politische Kraft, die dazu noch über kein ausdifferenziertes Programm verfügte und wegen ihrer bescheidenen finanziellen Situation keine aufwändige Wahlkampagne betreiben konnte, war es nicht einfach, in die schon ausgeprägte politische Landschaft einzudringen. Ein Teil der Erklärung liegt in den vielen Proteststimmen gegen die alten Parteien (vor allem gegen die Volksunion); sodann bei den Wählern, die nicht nur Protest artikulieren, sondern auch eine konkrete Alternative zu den bisherigen Parteien suchten. Aber ein größerer Anteil der grünen Wähler stimmte aus wachsender Umweltbesorgnis für die Grünen. Wahrscheinlich lässt sich daran auch die größere Nähe der Esten zum skandinavischen Kulturkreis erkennen als etwa bei Letten oder Litauern. Der Protest gegen die etablierte konservative Parteiendominanz setzte sich im Übrigen bei den Europawahlen im Juni 2009 fort als ein einzelner Systemkritiker (sozialdemokratischer Hintergrund, aber unabhängiger Kandidat) -

Indrek Tarand - nur knapp die größte persönliche Wählerunterstützung für einen Kandidaten verpasste.⁷²

Anders als die lettischen Grünen sind die estnischen programmatisch ähnlich aufgestellt wie die deutschen: Sie sind vorrangig von der Energiethematik geprägt. Im politischen Diskurs drängen sie auf alternative und regenerative Primärenergien und lehnen vehement eigene estnische Nuklearenergie ab. Dadurch stimulierten die Grünen Anfang 2008 auch in den estnischen Medien und bei Veranstaltungen die öffentliche Debatte über Atomenergie, die zuvor trotz des baltischen AKW in Litauen (Ignalina) und angesichts der unmittelbaren nuklearen russischen Nachbarschaft im Oblast St. Petersburg nie breiter geführt worden war. Mit nur 6 von 101 Abgeordneten konnten sie jedenfalls genug Druck auf den zuständigen Wirtschaftsminister ausüben, um ihn zum Entwurf eines ersten Entwicklungsplans für die estnische Energiewirtschaft zu nötigen.

Als früherer Umweltbeauftragter der FES hatte ich nicht so lange warten wollen und gleich im ersten Sommer Kontakte zu den Leuten aufnehmen können, die sich in der Regierung für das Thema "Umbau der Energiewirtschaft" interessierten. Und ebenso bei bestimmten NROs (vergleichbar dem Freiburger Öko-Institut), auch bei der Leitung der Jugendorganisation der SPE. Ich war ja von keiner der politischen Parteien im Baltikum als Partei angetan. Dennoch identifizierten wir uns natürlich weiterhin mit sozialen und demokratischen Themen, suchten dafür aber „die richtigen“ Partnerschaften. Für die staatliche Ebene wurde zunächst die Zusammenarbeit mit dem Stockholm Environment Institute (SEI) besonders wichtig. Mit seinem Direktor, *Valdur Lahtvee*, hatte ich schon manches Mal in unserem Büro in Tallinn zusammen gesessen. Wir hatten zusammen mit unserer Büroleiterin *Ülle Kesküla* zu dritt die Flipchart vollgemalt und dabei unsere Kooperationschwerpunkte gefunden: (1) Ökosteuergesetzgebung, (2) Stärkung der öffentlichen Debatte zur nationalen Umweltpolitik und (3) Umbau der estnischen Energiepolitik. Valdur wurde auch durch das Profil, das er dem SEI gegeben hatte, zwei Jahre später Mitgründer der Grünen Partei und Abgeordneter im Riigikogu. Aber jetzt wußten wir das beide noch nicht und konzentrierten uns erstmal auf das Thema **Ökosteuern**. Zusammen mit SEI und dem Staatssekretär im Umweltministerium organisierten wir Fachgespräche im Ministerium. Ich nutzte dazu meine Kontakte ins deutsche Umweltministerium und lud den zuständigen Referatsleiter *Kai Schlegelmilch* als Fachmann nach Estland ein. Er kam nicht mit dem Flieger Berlin-Tallinn, sondern klimabewußt mit dem Bus Berlin-Tallinn und beeindruckte allein dadurch schon unsere estnischen Gesprächspartner. Um auch die Erfahrungen der deutschen Zivilgesellschaft einfließen zu lassen, hatte ich zusätzlich *Matthias Seiche* vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland eingeladen. Er ist im BUND der Ansprechpartner für das Thema Ökosteuern. Er wäre auch gerne mit dem Bus angereist, mußte allerdings zuvor zu einer Konferenz nach Kopenhagen und von dort den Flieger nach Tallinn nehmen, um rechtzeitig einzutreffen. Er fragte mich dann später, ob wir als FES über sein ticket hinaus auch die Klima-Abgabe übernehmen würden. Auch für mich das erste Mal, daß einer unserer Gäste dies nachfragte. Ich sagte „ja, natürlich“ und hatte später einen erklärenden Vermerk an unsere Verwaltung in Bonn zu schreiben, weil eine solche Ausgabe bisher noch nicht

72 Bei der Europawahl im Mai 2014 trat Tarand wieder als Unabhängiger an und wurde mit gut 13% der Stimmen einer der 6 estnischen EP-Abgeordneten

vorgekommen war. Mit solchen umweltpolitischen Überzeugungstätern war allerdings der Erfolg unserer Regierungsberatung fast automatisch gesichert. Es handelte sich zwar um Zusammenarbeit mit den offiziellen staatlichen Strukturen (wenn auch nicht Parteien), aber wir wandelten auf diesem unscharfen Grad zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Regierung und Bürgerinitiativen. Und das blieb während meiner Jahre im Baltikum auch so.

Die **öffentliche umweltpolitische Debatte** konnten wir danach mit Publikationen des SEI befeuern und mit Seminaren, die wir immer gerne kofinanzierten und bei denen ich selber gelegentlich unser westeuropäisches Verständnis von „nachhaltiger Entwicklung“ vortrug. Bestimmte, sehr engagierte Menschen beeindruckten mich etwas später als besonders ein Ehepaar unter den Teilnehmern eines Nachhaltigkeits-Seminars vorsichtig anfragte, ob die FES auch weit außerhalb der Hauptstadt Tallinn Umwelt-Initiativen unterstützen würde. Weit außerhalb bedeutete: im Grenzgebiet Estland-Russland, in der Grenzstadt Narva und Umgebung. Ülle Kesküla und ich luden die beiden zu einem ausführlicheren Gespräch in unser Büro und erfuhren dort viele Details über die zentrale Basis der estnischen Energiepolitik, Ölschiefer. Um sich von Russland unabhängig zu machen, wurde im Osten des Landes, Richtung Narva, massiv Ölschiefer abgebaut. Noch aus russischer Zeit war man daran gewöhnt, sich „nicht unnötig viele“ Gedanken über die Belastung des Grundwassers, die Luftverschmutzung, die gesundheitlichen Risiken für die Arbeiter in den Tagebauen etc. zu machen. Diese Frage wollte das Ehepaar Jansen mit seiner NRO aus Sillamäe bei Narva verstärkt in die estnische Öffentlichkeit tragen. Dafür erfragten der deutsche Erhard und seine estnische Frau Marina jetzt unsere Unterstützung.

Auch Ülle war bereit, uns stärker auf die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu konzentrieren. Denn wir sahen die Dinge ähnlich, wie sie sich auch ein paar Jahre später immer noch dem evangelischen Pfarrer in Tallinn darstellten:

Die Sicht eines „Unpolitischen“:

Gemeindebrief No.31/2014 des evangelischen Pfarrers von Tallinn

*Es gibt in diesen bewegten Zeiten viel zu berichten. Estland hat seit Anfang April einen **neuen Premierminister** und eine neue Regierungskoalition. Regierungschef ist der 34-jährige Taavi Rõivas aus der liberalen Reformpartei des ehemaligen Ministerpräsidenten Ansip. Ansips Rücktritt wurde mit Amtsmüdigkeit begründet. Tatsächlich war seine Amtszeit mit 9 Jahren für einen demokratisch regierten osteuropäischen Staat ungewöhnlich lang und in vielerlei Hinsicht auch erfolgreich. Sein Weg wird ihn wohl nun nach Brüssel führen. Dort wird der Posten eines estnischen EU-Kommissars frei. Verkehrskommissar [Siim Kallas](#) war auf dem Weg, mit Ansip die Ämter zu tauschen, zog sich von den Gesprächen zur Regierungsbildung dann aber für alle überraschend schnell zurück.*

(ER: Hintergrund waren verschiedene Vorwürfe gegen Kallas aus der Zeit bevor er sich nach Brüssel absetzte. Denn er war Präsident der Estnischen Zentralbank gewesen und in seiner Amtszeit waren etwa 10 Millionen Dollar abhanden gekommen....).

Sämtliche andere in Frage kommende Kandidaten waren entweder nicht bereit, oder ihrerseits in Skandale verwickelt, so dass die Wahl auf Rõivas fiel, der bislang eine skandalfreie Parteikarriere vorzuweisen hat, und auch als Sozialminister schon Regierungsverantwortung getragen hat. Allerdings, so die Kritiker, sonst auch nichts. Es fehlen politikfremde Betätigungs- oder Interessensfelder. Rõivas ist kein Start-Up-

Unternehmer und kein Kulturschaffender. Aber seine Lebensgefährtin (und Mutter seines Kindes) ist dafür besonders bei der jungen Generation äußerst beliebt: Die Schauspielerin Luisa Värk verkörpert in Musicals unter anderem den estnischen Kinderstar Lotte, deren Abenteuer auch verfilmt und ins Deutsche übersetzt worden sind.

*Der bisherige (nationalkonservative) Koalitionspartner IRL wurde durch die bisher oppositionellen **Sozialdemokraten** ersetzt. Ob es aus deren Sicht ein kluger Schritt war, der Einladung zu folgen, wird sich bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr zeigen. Bisher war die Partei bemüht, sich als Alternative zur Regierungspolitik darzustellen. Die Umfragewerte stiegen permanent, da besagte Skandale der Reformpartei ebenso zur Unzufriedenheit beitrugen wie die generelle soziale Lage.*

*Wie das auch immer sein mag, **große Herausforderungen** stehen bevor: Der Trend zur Auswanderung hält an, und erstmalig sind die (für Estland so wichtigen) finnischen Wirtschaftsprognosen wenig erfreulich. Zwar will die neue/alte Regierung die Sozialleistungen anheben, aber der mutige Schritt der Erhöhung des Kindergeldes von 19 auf 45 Euro wurde ausgerechnet von den Sozialdemokraten im Parlament gebremst, da eine Gegenfinanzierung derzeit nicht möglich sei.*

*Ansonsten lag der Schwerpunkt des Interesses auf dem, was in der **Ukraine** und in Moskau geschieht. Dass dies bei vielen Esten böse Erinnerungen wachruft, ist klar. NATO und EU versicherten inzwischen ihre unbedingte Treue zu ihren baltischen Mitgliedern. Als Zeichen dafür sind die Anzahl der Kampfflugzeuge, die den baltischen Luftraum überwachen, erhöht worden, und Ende April kamen 150 amerikanische Fallschirmjäger auf der Luftwaffenbasis in Ämari an. Wie lange sie bleiben, ist nicht genau bestimmt. Ob diese Maßnahmen die Sicherheit unserer Länder garantieren, ist eine Frage der Wahrnehmung. Manche sagen, wohl nicht ohne Recht, dass ohne die NATO hier schon dasselbe geschehen wäre, wie in der Ukraine. Die estnische Armee ist klein, aber gut ausgebildet und passabel ausgerüstet und verfügt durch lange Jahre in Afghanistan und dem Irak auch über reichlich Kampferfahrung. Allerdings hilft das u.U. alles nicht viel, wie man am Beispiel Georgiens gesehen hat. Andere fragen, ob die ausländischen Truppen die Konfrontation nicht noch verstärken, und mehr Gelassenheit nötig sei. Und wieder andere ärgern sich darüber, dass nach dem endgültigen Abzug der russischen Truppen 1994 nun zwanzig Jahre später amerikanische Soldaten hier sind. Dadurch würden in erster Linie amerikanische wirtschaftliche Interessen hier durchgesetzt. Was kostet dieser Einsatz Estland politisch, gesellschaftlich und finanziell und was bewirkt er? In der aufgeheizten Stimmung ist das Lagerdenken stark. Jedes kritische Wort wird als Moskautreue gedeutet, und umgekehrt jedes begrüßende als charakterlose Hörigkeit.*

EU-affines LITAUEN

2014 gibt es zwei interessante Initiativen im Litauischen Parlament Seimas. Von der populistischen Anti-Korruptions-Partei, *Weg des Mutes*, (litauisch: *Drąsos Kelias*) kommt der Vorschlag, daß Seimas-Abgeordnete nur zweimal hintereinander ein Mandat ausüben dürfen – mit der Begründung, daß dadurch ein wirksamer Schlag gegen die allgegenwärtige Korruption im politischen Sektor gelingen könnte. Allerdings verfügt *Weg des Mutes* lediglich über 7 Sitze von 141 und damit hat dieser Vorschlag auf Jahre keine Chance. Denn auch, wenn das Parteienspektrum sich sehr anders liest als im benachbarten Lettland, hat das Caudillo-Prinzip und die

Absicherung der finanziellen Selbstbedienung am Steuersäckel auch in Litauen starke Wurzeln.

	<u>Parteiename</u>	<u>Parlamentssitze</u>
Litauen	Sozialdemokraten	38
Parteien in der	Heimatland Union	33
Seimas	Partei der Arbeit	29
	Recht und Ordnung	11
	Liberale Bewegung	10
	Polnische Wahlliste in LT	8
	Weg des Mutes	7
	LT Bauern und Grünen Union	1

Die zweite Initiative, ebenfalls aus dem parlamentarischen Raum, wird von der breiten Mehrheit der genannten Seimas-Parteien getragen, nämlich den Militärhaushalt Litauens deutlich zu erhöhen – von derzeit knapp 0,8% des BIP auf zunächst 1% ab 2015, um dann innerhalb der nächsten 5 Jahre diesen Ansatz auf 2% zu verdoppeln. Natürlich hat dieser Vorschlag sehr viel mit dem Druck der NATO-Verbündeten auf Litauen zu tun und das wiederum mit der Ukraine-Krise bzw. mit einer klareren Positionierung der NATO gegenüber Russland. Auch wenn Litauen – anders als Lettland und Estland – kein internes Minderheitenproblem mit russisch-stämmiger Bevölkerung hat, so liegt doch ein wichtiges Stück Russland in Form von Kaliningrad direkt vor der litauischen Haustür. Und Litauens freundliche Beziehungen zu den USA und zu den neoliberalen Westeuropäern hat Präsidentin Dalia Grybauskaitė schließlich ihre Wiederwahl im Mai 2014 gesichert. Grybauskaitė ist als liberal-konservativ, pro-Atom, pro-Fracking einzustufen. Sie besetzte aber das Amt der Finanzministerin in der sozialdemokratischen Regierung unter Algirdas Brazauskas (bis sie zur EU-Kommissarin im Mai 2004 ernannt wurde). In Brüssel wurde sie dann zur „Europäerin“, der 2013 der Aachener Karlspreis verliehen wurde. Hier muss diese Preisverleihung nicht bewertet werden. Interessant ist in jedem Fall, wie die Würdigung begründet und wie von der Laureatin gedankt wurde:⁷³

Die baltische Europäerin: Präsidentin Dalia Grybauskaitė

Das Karlspreisdirektorium hatte Dalia Grybauskaitė ausgewählt in Anerkennung ihrer „bedeutenden persönlichen Verdienste um die europäische Integration und die für Europa beispielgebende Entwicklung ihres Landes“ und als „eine der herausragenden Persönlichkeiten der baltischen Region“ sowie für ihre Verdienste „um die Bewältigung der aktuellen Krise“ Europas.

In Ihrer Dankesrede am 9. Mai 2013 war dann viel von europäischer Solidarität zu hören, aber auch Sätze, wie dieser: „Die nationalen politischen Maßnahmen, unsere „Hausarbeiten“ zur Lösung struktureller wirtschaftlicher oder banktechnischer Probleme, müssen zuerst einmal in die direkte Verantwortung von Politikern der Mitgliedsstaaten

73 Grybauskaite ist klug genug und politisch hinreichend erfahren, um die EU-Kritiker wie auch ihre blinden Befürworter gleichzeitig zu umarmen. Das hindert die ernsthaften Europäer allerdings nicht, nach der heutigen Sinnhaftigkeit des Karlspreises zu fragen. Wofür z.B. hat auch EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy den Aachener Karlspreis erhalten? Dafür, daß er seinen gut dotierten job sehr unauffällig erledigt hat?

fallen. Schließlich ist die im eigenen Land geleistete Arbeit, wie hart und schmerzlich sie auch sein mag, der Beitrag aller Menschen dort zur europäischen Solidarität und zum effektiven gemeinsamen Handeln.“

Litauens neue Sozialdemokratie gewinnt Wahlen, verliert aber an Demokratie ⁷⁴

Am Start von Frau Grybauskaitės politischer Karriere steht der altkommunistische Sozialdemokrat Algirdas Brazauskas (verstorben 2010). Brazauskas war eine der schillerndsten und mächtigsten Figuren in der litauischen politischen Kultur gewesen, mit einer markanten politischen Vergangenheit während der litauischen Sowjetrepublik. Brazauskas ist so etwas wie ein Referenzpunkt zum Verständnis der sich wandelnden politischen Kultur in Litauen. Er hatte zwar die liberale Frau Grybauskaitė zu seiner Ministerin gemacht. Aber tatsächlich blieb er der gestandene Altkommunist, der auf die Nomenklatura und die Seilschaften aus der Zeit vor 1991 setzte.

Nur besaß Brazauskas genügend politischen Weitblick, um das sogenannte linke Parteienspektrum zusammenzuführen und bei den Parlamentswahlen 2000 zum Wahlsieg zu führen. Ähnlich wie in Lettland hatten sich bis dahin die Litauische Demokratische Arbeiterpartei (LDDP) und die Litauische Sozialdemokratische Partei (LSDP) feindlich gegenübergestanden, weil jede von ihnen die offizielle Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale beanspruchte. 2001 schaffte Brazauskas dann sogar die Fusion von LDDP und LSDP und integrierte in seine neue Sozialdemokratischen Partei auch gleich noch die Neue Demokratische Partei (zuvor Frauen Partei) und die Russische Union. Als Parteivorsitzender dieser neuen Sozialdemokraten hielt er dieses „linke“ Konglomerat zwar zusammen, aber der Altkommunist Brazauskas deckelte intern den ehemaligen LSDP-Flügel, in dem sich mehr junge, linke Demokraten gefunden hatten. Brazauskas geriet dadurch in Konflikt mit solchen „Jusos“, wie dem Vorsitzenden des Ortsverbandes der Hauptstadt Vilnius, Algirdas Paleckis. Anders als der Machtpolitiker Brazauskas, der zur Machtsicherung auch mit nationalistischen und konservativen Parteien (und liberalen Ministern, wie Grybauskaitė) zur Regierungskoalitionen bereit war, lehnte der Flügel um Paleckis das strikt nach Kommunalwahlen in Vilnius ab. Paleckis et alii lehnten eine mögliche Koalition mit der Rechten in Vilnius ab, weil diese *allzu häufig in die Korruptionssfälle tappen* und der Paleckis-Flügel für eine neue politische Kultur in Litauen eintrat.

Solche Koalitionsfragen fallen formal in die Kompetenz des Ortsverbandes, also Vilnius. Dennoch wurden die „Rebellen“ um Paleckis durch den Ethik-Ausschuss der Partei abgestraft – wie es die „Nomenklatura“ über Jahrzehnte praktiziert hatte. Zu der Zeit, etwa Jahresmitte 2007, waren die „jungen wilden Reformer“ in der Sozialdemokratischen Partei allerdings schon nicht mehr allein. Politikanalytiker hatten der Partei-Führung vorgeworfen, dass sie zu wenige Kontakte mit anderen sozialdemokratischen Parteien im Ausland pflege und zu wenig intellektuelle Energie in die tieferreichenden gesellschaftlichen Probleme Litauens investiere. Eines der intellektuellen Zentren dieser neuen Orientierung war das **Centre of Ethnic Studies (CES)**, Teil des staatlichen Instituts für Sozialforschung. Hier lautete die zentrale

74 Aus meiner *Politischen Kurzanalyse: Baltische Staaten No. 24 / 2007*

Forderung: Schluss mit den politischen Luftblasen. Klare Befassung mit den realen Problemen der litauischen Übergangsgesellschaft, besonders mit der eingangs genannten parlamentarischen Korruption. Dazu war Anfang Mai 2007 das „Manifest der neuen Linken“ („Naujoji kairė 95“ Manifestas) bekannt geworden. Diese Entwicklung hat keine Parallele in Lettland, wohl aber in Estland, wo ähnliche politische Frustration in der Gesellschaft ein gutes halbes Jahr zuvor zur Gründung der Grünen Partei geführt hatte, die dann auch prompt mit 7% Stimmenanteil ins Parlament einzog.

Ich selber war zwar auch schon bis in Büro von Brazauskas vorgezogen und einmal sogar zusammen mit der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs. Aber tatsächlich setzte ich viel mehr auf Paleckis und die „jungen Wilden“ in der neuen Sozialdemokratischen Partei. Dabei half zweifellos, daß wir beide uns auch persönlich sehr gut verstanden und ich gelegentlich seinen Bitten nachkam, mit den litauischen Jusos politische Bildungsseminare zu bestreiten. Als Paleckis dann von der Parteitopfe marginalisiert wurde, blieben uns an sozialdemokratischen Partnern eigentlich nur noch der litauische Frauenverband. Mit ihnen, die auch weitgehend die Paleckis-Linie vertraten, war die Zusammenarbeit über die Jahre auch insofern erfolgreich als einige sich durch Fernstudium so weit qualifizieren konnten, um in ihren Gemeinden in die Gemeinderäte gewählt zu werden. Die Finanzierung des Fernstudiums war dabei unser Beitrag gewesen. Spätestens 2008 war es dann deutlich geworden, daß diese Neue Linke Litauens noch zu wenig politischen Spielraum erobert hatte, um den notwendigen Systemwandel einzuleiten, der die sichtbar gewordene große Finanz- und Wirtschaftskrise für das Land vielleicht abgemildert hätte. Jedenfalls hatte die neue Sozialdemokratische Partei ebenso wenig Widerstand gegen die neoliberale Systemkrise im Land und in der gesamten EU formieren können oder wollen, wie in den beiden baltischen Nachbarländern auch.

*In
Brazauskas
Büro mit
Fuchs und
Paleckis*



Abkehr vom Neo-Liberalismus – geht das überhaupt?

Zu Beginn der großen Finanz- und Wirtschaftskrise (2007) hatten die drei baltischen Staaten schon den international gerne zitierten Status als „Tiger-Staaten“ wieder eingebüßt. Aber es dauerte fast bis Ende 2008 bis sich in den baltischen Staaten irgendetwas bewegte, und das auch nur im nationalstaatlichen Rahmen. Auch dazu schrieb ich meine Politische Kurzanalyse an die FES-Zentrale:

Abkehr vom Neo-Liberalismus – geht das überhaupt?
(Politische Kurzanalysen: Baltische Staaten No. 48 / 2008, Auszug)

Baltische Finanz- und Wirtschaftskrise

Bei Lettlands Zentralbankchef Ilmars Rimsevics war nicht deutlich, ob sein persönlicher Humor hervorsteicht oder ein gefährlicher Realitätsverlust. Kurz vor Jahresende verkündete er den baldigen Beitritt Lettlands zur Euro-Zone (2011), und zwar weil die aktuelle Rezession die Teuerung so stark abgebremsst habe, dass Lettland schon bald imstande sei, die Kriterien für die Einführung des Euro zu erfüllen. Gleichzeitig wurde ein Dozent der Vidzeme-Universität verhaftet, weil er die von allen erwartete Abwertung des Lat offen ausgesprochen hatte. Für die Verbreitung solcher von der Regierung nicht gewünschter Einschätzungen sieht die lettische Gesetzgebung Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren vor. In Lettland herrscht auch wegen solcher Attitüden eine Vertrauenskrise in weiten Teilen der Bevölkerung. Der Ministerpräsident und der Finanzminister verneinen eine Finanzkrise und umgehend wird die grösste Privatbank verstaatlicht (Parex-Bank). Der Ministerpräsident und der Finanzminister verneinen notwendige ausländische Unterstützung für Lettland und umgehend werden EU und Weltwährungsfonds um schnelle Unterstützung gebeten – Grössenordnung: mindestens 7,5 Mrd. Euro. Erst auf dieser Grundlage werde sich die Regierung Lettlands in der Lage sehen, ihren Wirtschaftsplan für 2009 der Öffentlichkeit vorzulegen. Bis Mitte Dezember wird auch das neue litauische Kabinett ernannt sein und möglicherweise bis Januar 2009 in der Lage sein, eine neue Wirtschafts- und Steuerpolitik vorzubereiten. Die schon angekündigten Steuererhöhungen haben eine sehr distanzierte Reaktion in Brüssel hervorgerufen. Es werden andere Lösungswege zu beschreiten sein.

Ausländische Investoren hatten allerdings schon in 2007 und dann wieder in der ersten Jahreshälfte 2008 nicht nur vor der gewaltigen Immobilienblase gewarnt, die inzwischen geplatzt ist, sondern auch vor strukturellen Schwächen, die in der aktuellen Krisenlage nur desto deutlicher hervortreten: Überbürokratisierung, hohes Korruptionsniveau auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und ein perspektivisch unzureichend ausgelegtes Bildungssystem, das den Anforderungen von Wissensgesellschaft und zukunftsfähigen Verarbeitungsindustrien nicht genügt. Gegen Jahresende 2008 gelten die baltischen Staaten wegen ihrer erheblichen – wenn auch unterschiedlichen - Leistungsbilanzdefizite und rapide angestiegener Aussenverschuldung eher als Bankrottkandidaten denn als Euro-Anwärter. Sie sind de facto nicht bankrott, weil – anders als im Fall Island – der baltische Finanzmarkt klar von drei schwedischen und einer dänischen Bank dominiert wird und daher auch z.B. die skandinavischen Einlagensicherungen gelten. („Allein die skandinavischen Großbanken SEB, Nordea und Swedbank verliehen nach Berechnungen der schwedischen Finanzaufsicht rund 490 Milliarden Kronen ins Baltikum.“ (FAZ, 9.9.2009)). Die bisherigen hohen baltischen BIP-Wachstumsraten wurden über ausländische Sparguthaben, einen spekulativen Finanzmarkt und die Defizite in der

Leistungsbilanz finanziert und führten zwischenzeitlich zu bis zu 18% Inflation. Die wesentlichen Systemschwächen der baltischen Staaten sind daher nicht nur der externen globalen Krise geschuldet, sondern zu einem Gutteil hausgemacht – die Finanzkrise hat sie nur verschärft. Die baltischen Staaten haben weder bei den Energiepreisen noch bei den Nahrungsmittelpreisen; weder bei der Verarbeitung nationaler (biologischer) Ressourcen noch bei der regionalen Strukturpolitik aktive Lenkungenfunktionen übernehmen wollen, sondern sich in der Rolle der neoliberalen Musterschüler gefallen. Insofern leiden sie schon jetzt und in den kommenden Jahren wohl noch stärker unter der sozialen Schere ihrer Bevölkerung, unter einer durch die Rezession beschleunigten Arbeitslosigkeit und Prekarisierung. Die Fiskalprobleme werden schon ab dem neuen Haushalt 2009 zu deutlichen Absenkungen öffentlicher Ausgaben führen müssen, wobei gleichzeitig der private Konsum sinkt und damit das Steueraufkommen. Das wird u.a. die Blicke der Bevölkerung wie vor allem der politischen und wirtschaftlichen Eliten noch stärker nach Brüssel lenken, in der Hoffnung, dass die Kommission – wie in der Vergangenheit – mit laxer Hand Gelder aus dem Kohäsions- und anderen Fonds ausschütten werde. Aber genau das wird Brüssel nicht länger tun können, wegen der unterschiedlichen Lösungsansätze der grossen Mitgliedsländer in der gesamteuropäischen Krisenstrategie.

Die zentralen Stichworte des Krisenmanagement der kommenden Jahre in der baltischen Region lauten daher: Umsetzung der überfälligen Strukturreformen; Übernahme von Lenkungenfunktionen des Staates; Ausbau des demokratischen Dialogs zwischen Staat und Zivilgesellschaft. An zwei regionalen Themen lässt sich die Notwendigkeit dieser neuen Zielsetzungen besonders deutlich erkennen: den Beziehungen der baltischen Staaten zu Russland und der baltischen Energiepolitik.

Baltische Außenpolitik bedeutet im Klartext immer zuerst Russland-Beziehungen

Die baltischen Staaten sind weiterhin über den Handelsaustausch und über die Energieversorgung mit Russland sehr eng verbunden.

Dennoch musste im lfd. Jahr und schon mit Blick auf 2009 weit über den baltischen Tellerrand geschaut werden. Zum einen wegen des kurzen Georgien-Krieges zu Anfang August. Er war zusammen mit der weiterhin aktuellen Frage der Stationierung amerikanischer Raketen in Polen oder Litauen und russischer Iskander in Kaliningrad das politische highlight in diesem Jahr 2008. Baltische Spitzenpolitiker reagierten auf den Krieg ähnlich eindimensional wie die Regierung Bush und versuchten ihre unterschwellige Angst vor Russland durch heftige Gesten der Solidarität mit dem besetzten Georgien zu überspielen..

Auf die zu erwartenden neuen Akzente der US-Aussenpolitik unter Präsident Obama und Aussenministerin Clinton reagiert die baltische Politik bislang zurückhaltend. Gleichwohl haben sich die drei baltischen Präsidenten Ende November bei Tallinn zusammengesetzt, um ihrem gemeinsamen Interesse an „pragmatischen“ Beziehungen zwischen NATO und EU auf der einen Seite und Russland auf der anderen Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig haben sie ihr gemeinsames grosses Interesse an Georgien, Ukraine und Moldowa als Schwerpunkte der Europäischen Nachbarschaftspolitik und damit Einkreisung Russlands unterstrichen.

Für die baltische Politik – die es nicht wirklich als abgestimmte regionale Politik gibt – haben sich in Zusammenhang mit der Energiefrage und mit der Russland-Frage im laufenden Jahr Herausforderungen abgezeichnet, die in 2009 von erheblichem aussenpolitischen und entwicklungspolitischen Gewicht sein werden. Sie lauten: Entwicklung des Ostseeraums. Die im Laufe des kommenden Jahres vorliegende Ostsee-Strategie, die von Schweden

intellektuell und von der EU finanziell mit wohl mindestens 55 Mrd. Euro vorangebracht werden soll, kann nur Erfolg haben, wenn auch die drei baltischen Staaten ein Verhältnis zur regionalen Mitverantwortung entwickeln. In die Ostsee-Frage sind die essentiellen baltischen Fragen eingebunden: Ostsee als gemeinsamer Wirtschaftsraum der EU-Anrainer und Russlands; hohe ökologische Bedrohung der Ostsee als EU-Binnenmeer; traditionelle und alternative Energieerzeugung und -verteilung zwischen den Ostsee-Anrainern. Am Jahresende war der regionale baltische Blick auf die eigene Zukunft noch einigermaßen verstellt durch nationalistische Massnahmen, wie den Streit zwischen Lettland und Litauen um die neue Energiebrücke nach Schweden. Beide Regierungen wollen den baltischen Pfeiler bei sich aufstellen und anstatt sich als EU-Mitglieder untereinander zu verständigen, rufen sie die EU-Kommission an – die natürlich ein anderes Rollenverständnis von sich selber hat und als Vermittler nicht zur Verfügung steht. Für das laufende Jahr 2008 wurden in den baltischen Aussenpolitiken insgesamt zu wenige perspektivische Schritte zu einem neuen eingebundenen Verhältnis mit Russland getan und zu wenig konstruktiv an der Weiterentwicklung des EU-Russland-Dialogs mitgewirkt.

Baltische Energiepolitik konkret

In drei zentralen Zielen stimmen die Energiepolitiken der drei baltischen Staaten überein:

- Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen
- Anbindung an das westeuropäische Energienetz
- Ausbau der nationalen Energieproduktion.

Anfang 2006 wurde eine so genannte Energie-Strategie zwischen den drei baltischen Regierungen verabschiedet. Sie wurde bis Ende 2008 weder weiter konkretisiert noch gar durch einen Aktionsplan umgesetzt. Baltische Energiepolitik reduziert sich vielmehr bisher auf die Nuklearkomponente Ignalina (das bestehende AKW muss laut EU-Vereinbarung bis Ende 2009 heruntergefahren werden). Ein von Litauen vorgeschlagenes neues Atomkraftwerk basiert auf der Kapital-Kooperation zwischen den 3 baltischen und den polnischen staatlichen Energieversorgern und aus dem geopolitischen Interesse Russlands am Ostsee-Raum. Letzteres manifestiert sich in dem geplanten russischen AKW in Kaliningrad als Konkurrenz zu Ignalina. Bei allen gemeinsamen Absichtserklärungen sind die schwer abstimmbaren Interessengegensätze zwischen den Balten nicht zu übersehen. Litauen zielt auf eine eigene Kapitalbeteiligung von 34% am neuen Ignalina und gesteht den drei anderen Ländern jeweils 22% zu. Estland zeigt die grössten Widerstände gegen die polnische Beteiligung und diese Form der Energiebrücke, weil es selber längst seine Energiebrücke nach Finnland hinüber eingerichtet hat. Lettland steht dazwischen, teilt aber mit seinen baltischen Nachbarn die traumatischen Erfahrungen, von russischen Gaslieferungen weiterhin abhängig und erpressbar zu sein und geht jeden Weg mit, der diese noch immer grosse Bedrohung abzubauen hilft.

Die alternativen Primärenergien sehen in jedem der drei Länder unterschiedlich aus: Estland verstromt seinen Ölschiefer; Lettland nutzt drei grosse Wasserkraftwerke an der Daugava; alle drei Länder nutzen verstärkt Holz und z.T. Torf zur Wärmeerzeugung. Litauen importiert zudem russisches Uran für sein AKW-Auslaufmodell Ignalina und Brennstoffe für das Thermoelektrische Grosskraftwerk in Elektrinai.

Der Ausbau regenerativer Energiegewinnung und economies of scale einer regionalen alternativen Energiepolitik werden bisher gelegentlich zu Papier gebracht, aber nicht gegenüber den staatlichen Energie-Monopolisten konkret weiterentwickelt. Dadurch wird

bisher das grosse Einsparpotential an Energie im Gebäudebereich nicht genutzt (mindestens 50% des aktuellen Wärmebedarfs), ebenso wenig werden die hohen Transportverluste durch die veralteten Stromnetze zügig abgebaut (derzeit bis zu 15%). Alternative Energiegewinnung wäre mit einer dezentralen Energieverteilung (kleinere Stromnetze) und einer rationelleren Transportpolitik zu verbinden. Entsprechende technische Neuerungen sind vorstellbar und finanzierbar, stossen aber auf erheblichen Widerstand bei den staatlichen Energieversorgern (Quasi-Monopolisten). Weitestgehend aussen vorgelassen ist bei den energiepolitischen Aktionen der staatlichen Versorger und besonders bei der Atomenergieplanung die Bevölkerung der beteiligten Länder.

ER, Riga, 30.11.2008

In Lettland herrschte auch wegen solcher Widersprüchlichkeiten in der Finanzpolitik oder in der Energiepolitik eine Vertrauenskrise in weiten Teilen der Bevölkerung vor der Einführung des Euro und kritische Distanz seit der Einführung des Euro (1.1.2012), weil für große Teile der Gesellschaft zur „normalen“ Prekarisierung nun noch die außerordentliche Teuerung der Alltagsprodukte hinzugekommen war.

Immer weniger liessen sich auch die Akademiker von den statistischen Werten Litauens und Estlands einlullen, die nahe an die skandinavischen herankommen, wenn nach tertiären Bildungsabschlüssen gefragt wird. Sie liegen für Finnland bei etwas über 30%; in den baltischen Ländern zwischen 25 und 30%. Den Hochschulabgängern wurde nämlich immer deutlicher, daß der wichtige Unterschied in der erforderlichen Qualifizierung der Hochschulabgänger für zukunftsfähige Industrien liegt und in den zu geringen Einsatzmöglichkeiten der baltischen Ingenieure und Akademiker für eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik ihrer Länder (daher die hohen Migrationszahlen). Auch dieser Umstand trägt dazu bei, daß gleich zu Beginn der Großen Krise (2008) die baltischen Staaten wegen erheblicher (wenn auch unterschiedlicher) Leistungsbilanzdefizite und deutlich zunehmender Außenverschuldung eher als Bankrottkandidaten gelten mußten denn als Euro-Anwärter. Beim Versuch, der EU-Kommission als neoliberaler Musterschüler zu gefallen, hatte akzeptierte die lettische Regierung z.B. die Kommissionsvorgabe geschluckt, die beiden einzigen Zuckerfabriken des Landes und damit den Rübenanbau etc. zu schließen. Die „europäische Zuckermarktordnung“ erfordere das, sagte „Brüssel“ und die Regierung gab das so an die eigene Bevölkerung weiter. Sie erklärte aber nicht, daß die Kommission eine feste Importquote von 15% aus AKP-Staaten (vor allem ehem. französische Kolonien) für Rohrzucker beschlossen hatte. Entwicklungspolitisch könnte das ja für diese SÜD-Länder hilfreich sein. Ihre 15%-Quote erfüllen sie aber nicht, weil die Umwandlung des Rohrzuckers in Biosprit ihnen bessere Preise sichert – solange die EU-Kommission an ihre Politik pro-Bio-Sprit festhält. Innerhalb der EU steigen dadurch die Zuckerpreise. Davon profitieren wiederum diejenigen Zuckerfabriken, wie die deutsche Südzucker, die weiterhin ihre Rübenzuckerproduktion betreiben dürfen. Die geschlossenen lettischen Zuckerfabriken bleiben geschlossen. Manchmal erinnern solche Regelungen an die Regelungen, wie sie seinerzeit die Treuhand gegen DDR-Betriebe durchgesetzt hatte, auch wenn manche marktfähig gewesen wären (Molkereien z.B.). Solche Regelungen schafften keine wirkliche gesamtdeutsche Begeisterung in der ehem. DDR und sie schaffen keine EU-Begeisterung in großen Teilen der baltischen (lettischen) Bevölkerung. Es untermauerte vielmehr die Erwartung unter der arbeitswilligen Bevölkerung, daß sie in den kommenden Jahren wohl noch stärker unter der sozialen

Schere, unter einer durch die Rezession beschleunigten Arbeitslosigkeit und Prekarisierung leiden würden, auf die sie selber keinen Einfluss nehmen könnten. Die zentralen Stichworte für das baltische Entwicklungs-Management können heute erst recht nicht mehr in Form neoliberaler Sprechblasen von „freier Marktwirtschaft“ und dergleichen vorgetragen werden. Anstelle der vermeindlichen Marktwirtschaft ist dringend zielgerichtete staatliche Lenkung bei den sozialen und ökologischen Herausforderungen angesagt. Dezentrale/regionale Entwicklungsschwerpunkte müssen als mittelfristiger Prozeß (> 10 Jahre) vom demokratischen Dialog zwischen Staat und regionaler Zivilgesellschaft begleitet werden. Das könnte in Lettland gelten für die landwirtschaftlichen und Viehzuchtregionen in den westlichen Landesteilen, für die Holzwirtschaft und Tourismus in den östlichen Waldregionen ebenso wie für eine gesamtbaltische Energiepolitik. Es gilt aber vielleicht noch mehr für die Grundbedingung einer zukunftsfähigen Entwicklung des Baltikums innerhalb der Ostseeregion, für die die baltischen Regierungen nur noch ihren politischen Nationalismus überwinden müssen.

BALTISCHE ZIVILGESELLSCHAFT : UNGELIEBTES FREMDWORT

Unsere Beziehungen zu den politischen Parteien waren komplex, deren interne Beziehungsgeflechte kompliziert und häufig - aufgrund ihrer Seilschaften aus der Sowjetzeit - für den Aussenstehenden undurchschaubar. Der Konflikt des Nachwuchspolitikers Algirdas Paleckis mit der Führung seiner litauischen sozialdemokratischen Partei besaß soviel „Moskauer Stil“, daß ich mit großem Bedauern die Partei-Kooperation zugunsten anderer Akteure stark herunterfuhr. Der Akzent unserer Stiftungsarbeit verlagerte sich aber nicht nur in Litauen ziemlich schnell in Richtung Zivilgesellschaft. Dieses Feld ist natürlich noch unübersichtlicher als die politischen Parteien, denn Organisierte Zivilgesellschaft in Form von Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) sind auch in den baltischen Ländern keine eindeutige Kategorie. Also suchte ich mir Hilfe.

Ich hatte eine kleine Studie über die Situation und das Potenzial der estnischen NROs in Auftrag gegeben, und zwar absichtlich an eine konservative Politikerin, an Kadri Kopli.⁷⁵ Sie hatte mir ein kurzes paper geschickt und darin hatten Sätze lose nebeneinander gestanden, die ein klares, aber auch bedauerliches Bild der estnischen NRO-Landschaft abbildeten:

- 4,500 NROs waren im Jahr 2000 in Estonia registriert. Die aktuelle Zahl (2007) ließ sich nicht mit Sicherheit feststellen, weil die Kriterien bei der staatlichen Registratur verändert worden waren
- Ein Drittel aller NROs findet sich in der Hauptstadt Tallinn
- Der normale Este ist sich der gesellschaftspolitischen Möglichkeiten nicht bewusst, die die legitime Arbeit der NROs zur Mitbestimmung der Bürger bietet - insbesondere auf kommunaler Ebene (offenbar besaß die Verfolgung von Bürger-initiativen in der früheren Sowjetzeit und im heutigen Russland immer noch hohen Abschreckungscharakter)
- Als **wichtigste Probleme**, denen sich die Zivilgesellschaft in Estland gegenüber sieht, wurden in der Studie die folgenden vier angeführt:
 - Geringe Bereitschaft, auf regionaler oder gar nationaler Ebene zusammenzuarbeiten (so wie in Lettland)
 - Ausgeprägtes Herrschaftswissen unter den NRO, d.h., man schützt seine Informationen über Kofinanzierungsmöglichkeiten aus nationalen und internationalen Quellen oder über Angebote zur weiteren Qualifizierung etc. (so wie in Lettland und Litauen)
 - Der normale Este, der sich in einer NRO engagieren möchte, besitzt nur minimale Kenntnis über die auch rechtlich abgesicherten Handlungsmöglichkeiten und Durchsetzungsmöglichkeiten für seine Ideen
 - Die meisten NROs besitzen zu geringe bis rudimentäre Kenntnisse über Organisationsmanagement, über erfolgreiche Kommunikations- oder PR-Arbeit.

75 Kadri Kopli wurde später Europaabgeordnete für die Europäische Volkspartei, also CDU-nah

NRO-Arbeit in ESTLAND

Trotz dieser nicht gerade aufmunternden Analyse unterstützten wir so massive es ging, das Ehepaar Jansen mit seiner NRO in Sillamäe, die dort im estnischen Osten den engagierten Teil der Zivilgesellschaft hinter das Energie-Thema versammelte. Mal mit Wochenend-Workshops, mal mit einer mehrtägigen Konferenz dort in der Provinz Narva-Joessu. Provinz hin oder her, wir schafften es gemeinsam, Kommunalpolitiker, Journalisten, die Gewerkschaft der Ölarbeiter und verschiedenste NRO für die Vorbereitung und Durchführung solcher Konferenzen und workshops an einen Tisch zu kriegen und mobilisierten darüber hinaus alles, „was uns vor die Flinte kam“. Das reichte von einer russischen Hochzeitsgesellschaft bis zu den Teilnehmern einer Ostsee-Segelregatta, die erst hinter Narva unmittelbar vor der russischen Grenze vor Anker ging und sich dann ebenfalls vor den Karren einer umweltfreundlicheren Energiepolitik spannen ließ.

Wir merkten an den Reaktionen in Tallinn, daß unsere Veranstaltungen dort in der Provinz, weit im Osten, schon fast in Russland, mit Stirnrunzeln wahrgenommen wurden – aber sie wurden wahrgenommen und damit gewann die breite Problematik um das Thema Ölschiefer an politischem Gewicht. Aus meiner Sicht und natürlich aus der Sicht der NROs ging es immer um politische Wirkung in Tallinn. Dafür war auch diese beinahe apokalyptische Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in der Region um Narva ein probater Ansatz. In Tallinn selber organisierten wir dann in den folgenden Jahren auch mit NROs, aber immer auch mit der Regierung und Stadtverwaltung etc. große internationale Konferenzen zu energiepolitischen Fragen. Mir war die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sehr wichtig, nur, Wirkungen könnten wir nur erzielen, wenn es gleichzeitig belastbare Beziehungen zur politischen Entscheidungsebene gab.



*Russische Hochzeitsgesellschaft
wird zur Ölschiefer-Konferenz in Narva-
Joessu eingeladen*

*Ostsee-Segler
werden in Rufweite der russischen
Grenze von der Umwelt-aktivistin
Marina zur Teilnahme am Ölschiefer-
Protest aufgerufen*

Nach unserer letzten Ölschiefer-Konferenz hatte Erhard noch Termine. Seine Frau Marina wollte sich unbedingt für unsere Unterstützung revanchieren und fragte, ob ich schon mal in Sillamäe, ganz in der Nähe, gewesen sei, dort, wo sie selber wohnten. War ich nicht. Also fuhren wir über die Strandstraße an den Kiefernwäldern entlang ein paar Kilometer nach Westen und ich lernte diesen besonderen Ort mit seiner besonderen Bedeutung in der Sowjetzeit kennen. Sillamäe ist in Estland die Atom-Stadt aus sowjetischer Zeit. Die Parallele zu der litauischen Atom-Stadt Visaginas, nur ohne AKW-Blöcke (s.u., S.285 ff).

Nun waren wir beide keine Freunde der Atomenergie, aber der Ort hatte eindeutig ein anderes Flair als Narva mit seiner alten Kreuz-ritterburg oder als die üblichen kleinen Städtchen entlang der Kiefernstrandküste. Sillamäe war eindeutig ein privilegierter Ort gewesen. Hier hatte in sowjetischer Zeit niemand nach Apfelsinen oder

italienischem Rotwein anstehen müssen. Hier schritt man die ausladenden Stufen von der oberen Stadt hinunter zur Seepromenade, vorbei an mehr als gutbürgerlichen Wohnhäusern.



*Atomstadt
Sillamäe (EE)*

Die Szene brachte mich zu dem spontanen Vorschlag, wir gehen jetzt in das beste Restaurant am Platze und schauen, was heute in der Stadt angesagt ist. Allzu viele Restaurants standen nicht zur Auswahl. Ich fragte, ob wir statt Vodka auch Rotwein bestellen könnten. „Da“. Aus dem Mund der Kellnerin klang das so als hätte sie die Frage beleidigt. Dann kam die angebrochene Flasche; auf dem Etikett stand Georgien, es sah aus wie Rotwein, tiefgekühlt, auf Coca Cola Niveau im Hochsommer und da war mir relativ klar, daß dies die letzte Flasche Roter gewesen sein mußte im Moment des Zusammenbruchs der Sowjetunion, als die Forscher in Sillamäe so hastig ihre letzte Feier verlassen hatten, daß sie diese Flasche schon nicht mehr austrinken konnten. Und das war rd. 14 Jahre her. Da muß man den Wein tatsächlich tiefgekühlt halten, sonst hält er sich nicht.....

Wie sich das für russisch sozialisierte Menschen gehört (ähnlich wie in Lateinamerika) wurde dann meine Einladung in *das* Restaurant von Sillamäe mit einer Gegeneinladung von Marina in ihr Haus ausgeglichen. Hier nahmen wir dann in völlig unbürokratischer Umgebung die eigentliche Auswertung unserer großen Konferenz zur Umorientierung der estnischen Energiepolitik vor.

Auch wenn diese Sillamäe-Wohnung insgesamt nicht besonders groß war, hatte sie doch eindeutig eine völlig andere Ausstrahlung als was ich an Mittelschicht-Wohnungen etwa in Tallinn gesehen hatte.

*unsere Konferenz-Auswertung im
Privathaus von Marina und Erhard,
Sillamäe ...*

Was Marina dann noch alles erzählte, klang eigentlich gar nicht so viel anders als was der evangelische Pfarrer von Tallinn dann 2014 in seinem Gemeindebrief festhielt. Aber das habe ich ja schon zitiert (s.o., S.186)



Lokale NROs aus der Grenzstadt Narva, aus der benachbarten ehemaligen sowjetischen Atomforschungsstadt Sillamäe und besonders aus dem Zentrum der Ölschieferindustrie, aus Narva-Joessu veranstalten seit Jahren nicht nur Demonstration, sondern Fortbildungsseminare und workshops, um die ökologischen und die gesundheitlichen Fragen rund um die Ölschieferverarbeitung möglichst auf Augenhöhe mit dem staatlichen Unternehmer *Eesti Energia* zu diskutieren und zu verhandeln. Dabei sind auch die estnischen NROs ziemlich pragmatisch eingestellt. Sie wissen, daß ihr Land einen Schatz besitzt, auf den die beiden anderen baltischen Länder neidvoll schauen: eben Ölschiefer. Dieser brennbare Stein wird in Estland schon seit rd. 100 Jahren abgebaut, aber erst der Ausbruch der Großen Krise und die folgenden hohen Rohöl- und Gaspreise haben die Regierung und die estnische Wirtschaft dazu gebracht, in großem Umfang in die Erneuerung und Modernisierung der Förderanlagen zu investieren und neue Verfahren im eigenen Land und im Ausland zu entwickeln.

Außer Strom gewinnt der Staatskonzern *Eesti Energia* auch Erdöl und Erdgas aus den Lagerstätten. Estland besitzt rund 17 Prozent der europäischen Ölschieferreserven und ist weltweit der größte Nutzer dieses Rohstoffs. Bei dem aktuellen Förderrhythmus werden die Ölschiefer-Reserven Estlands für geschätzte weitere 50 Jahre reichen. Inzwischen richten sich Estlands marktbewußte Regierungen am globalen Energiemarkt aus und sie haben längst Beratungsverträge mit anderen Staaten (Jordanien) zur Nutzung von deren Ölschiefer geschlossen, haben große Landstriche in Utah (USA) aufgekauft, wo Ölschiefer-Lagerstätten bestätigt sind. Estlands Politik macht sich nicht von den nationalistischen Zänkereien seiner baltischen Nachbarn abhängig, sondern spielt auf anderem, auch internationalem Niveau mit weiterreichenden Visionen mit. Während in Lettland noch über Rapsfelder für die Produktion von Bio-Diesel gestritten wird („Food or Fuel“), zielt der Ausbau der Ölschiefer-Nutzung in Estland über die Verstromung hinaus auf die verstärkte Produktion von Diesel-Treibstoff aus Schieferöl. D.h. Diversifizierung der Produktpalette ist Teil der Energiepolitik und damit die Erweiterung der Wertschöpfungskette und damit die Verringerung der Angriffsflächen für russische Repressionen. Die Technologie-affinen Esten haben schon den Weg zur Verflüssigung

ihres Ölschiefers eingeschlagen mit einer Anlage, die ab 2016 ihre volle Produktion aufnimmt.

Der Großteil der Gesellschaft akzeptiert die Ölschieferpolitik der Regierung, zumal die weitaus höheren Umweltschutz- und Klimaschutz-Auflagen der EU-Kommission berücksichtigt werden und die gesundheitlichen Belastungen auch für die lokale Bevölkerung deutlich niedriger liegen als zu Sowjetzeiten.

Dennoch bleiben wichtige und richtige Kritikpunkte für die estnischen NROs übrig. Sie heben drei zentrale Belastungen vor allem für die regionale Bevölkerung hervor:

- Bei der Verbrennung von Schiefergas und -öl wird mehr Kohlendioxid in die Atmosphäre abgegeben als bei anderen fossilen Brennstoffen. Um eine Kilowattstunde Strom zu produzieren, setzen die Esten doppelt so viel Kohlendioxid frei wie der europäische Durchschnitt.
- bei der Verbrennung von Ölschiefer entstehen große Mengen an Abraum und Schlacken. Eine Tonne Ölschiefer produziert 450 Kilo Schlacke. Dadurch bleiben pro Jahr inzwischen rund 7 Mio. Tonnen Schlacke übrig. So entstand eine ähnliche Hügelandschaft westlich von Narva, wie in den 200 Jahren, in denen im Ruhr-gebiet Kohle gefördert und der Abraum sowie die Hochofen-Schlacken zu „Schlackenbergen“ aufgetürmt wurden. Im Raum Narva sind einige davon inzwischen bepflanzt. Auf einem steht ein Windpark.
- Das Risiko der Grundwasser-Verseuchung ist auch deswegen schon hoch, weil in der Sowjetzeit absolut fahrlässig mit dem Thema umgegangen wurde und z.B. die Schlackenberge ohne Drainagesysteme zum Auffangen von kontaminiertem Sickerwasser aufgeschüttet wurden. Dabei ist die Belastung durch Schwefelverbindungen besonders groß.

Die NROs erhielten für die öffentliche Behandlung dieser Fragen fachkundige Unterstützung nicht nur über uns, sondern auch durch andere ausländische Organisationen, wie z.B. vom *Stockholm Environment Institute*. Für dessen langjährigen Leiter der estnischen Filiale, Valdur Lahtvee, bleibt die Ölschieferproduktion die schmutzigste Energievariante in Europa. Dem hält das Staatsunternehmen *Eesti Energia* entgegen, daß die Ölschieferproduktion im engeren Sinne deutlich weniger CO₂ emittiere als polnische Kohle oder gar deutsche Braunkohle und daß die Emissionen vielmehr von der Nutzung des gewonnen Öls und Gas stammten, das von Pkw und Lkw auf den Straßen verbrannt wird (!). Das Staatsunternehmen hat allerdings noch keine Stellung bezogen zu den klaren **Fracking-Verboten** in Frankreich und im belgischen Flandern. Und selbst der Bundesstaat New York hat Ende 2014 ein Fracking-Verbot ausgesprochen. Beruhigt schaut *Eesti Energia* weiterhin auf das „klimabewußte“ Deutschland. Denn von der deutschen GROKO unter Kanzlerin Merkel geht keine Gefahr für wesentliche Erschwernisse weiterer Fracking-Verfahren aus. Wenn selbst die zuständige Ministerin Hendricks (Umwelt) ihre Zweifel am Sinn der Fracking-Verfahren äußert, aber sich dennoch gezwungen sieht, ein Fracking-Gesetz in den Bundestag einzubringen, wird für jedermann deutlich, daß die interessierten Konzerne sich im großen Deutschland durchsetzen. Desto leichter auch im kleinen Estland.

Betr.: Fracking

„Fracking im Schiefergestein ist in einer Tiefe unterhalb von 3.000 m problemlos auf über 80% der Fläche Deutschlands möglich. Fracking im Schiefergestein in einer Tiefe von 3.000 m bis zur Oberfläche kann erfolgen, wenn dies eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission befürwortet. Dies kann in zwei Stufen erfolgen: In der ersten Stufe kommt es zu Probebohrungen, in der zweiten zur industriellen Förderung. Die Kommission ist dabei so zusammengesetzt, dass kritische Positionen zu Fracking kaum zu erwarten sind. So sind insbesondere Vertreter der Umweltverbände und Bürgerinitiativen nicht als Mitglieder der Kommission vorgesehen.“⁷⁶

Dazu hält SPIEGEL-online am 1.4.2015 fest: „Die Umweltministerin hat es an diesem Mittwoch nicht leicht. Barbara Hendricks (SPD) muss eine Technologie rechtfertigen, für die sie eigentlich nichts übrighat. "Ich bezweifle, dass es einen Bedarf für Fracking in Deutschland gibt", sagt sie in Berlin. Trotzdem präsentiert sie einen Gesetzentwurf, den die Bundesregierung am Morgen beschlossen hat. Und der öffnet grundsätzlich Türen für die umstrittene Methode.“⁷⁷

In Estland werden keine sehr aggressiven Debatten zwischen Energieindustrie und Zivilgesellschaft geführt. Beide Seiten akzeptieren im Übrigen gerne, daß durch die modernisierte Verstromung des Ölschiefers und durch den Wegfall des litauischen AKW-Ignalina Estland heute der größte Energielieferant unter den baltischen Staaten ist und der Staatskonzern *Eesti Energia* einen durchschnittlichen Jahresertrag von rund 1 Mrd. Dollar erwirtschaftet. Das Unternehmen musste – im Gegensatz zu Lettland und Litauen – zwar zusätzliche Emissionsrechte erwerben. Aber die wurden ja von den EU-Regierungen so kostengünstig (teilweise gratis) in den Energiemarkt gegeben, daß sie praktisch keinen Lenkungseffekt zur Verringerung der CO₂-Emissionen mit sich bringen.

NRO-Arbeit in LETTLAND

Dem Namen nach existieren auch in Lettland Tausende von NROs. Der kleinere Teil von ihnen ist staatlich registriert, mit Mitgliederzahlen zwischen 2 und 5. Der noch kleinere Teil ist in der Lage, mit Mitgliederzahlen zwischen 20-30 Personen Seminare, workshops, manchmal (mit internationaler Unterstützung) auch eine Konferenz zu organisieren. Die Zielsetzungen sind äußerst vielfältig, meist steht sozial-karitatives Handeln im Mittelpunkt, wie bei den CVJM-Ablegern. Einige wenige NROs verfolgen politische Ziele, etwa in der Gleichstellungspolitik, in der Bildungspolitik, in der Umweltpolitik. Wenn ich die große Zahl von Projekten mit baltischen NROs im Rückblick überschaue, sehe ich ein noch weitgehend anders orientiertes Selbstverständnis von NROs in einer ehemaligen sowjetischen Republik gegenüber den Gründungsländern der Europäischen Gemeinschaften und sehe, daß am

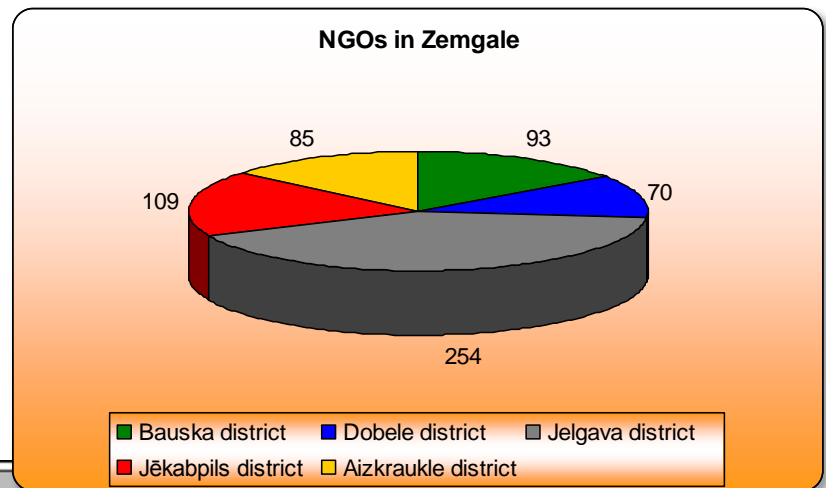
76 aus: BBU-Pressemitteilung: Bundesminister Hendricks und Gabriel führen perfides Spiel zu Fracking auch über Weihnachten fort – Im Festtagstrubel vorgelegtes Fracking-Recht soll Einstieg in die umweltzerstörende Gasförderungsmethode ermöglichen, Bonn/Berlin, 19.12.2014

77 SPIEGEL-online, 1.4.2015: Umstrittener Kabinettsbeschluss: Fracking kommt - Hendricks muss damit leben

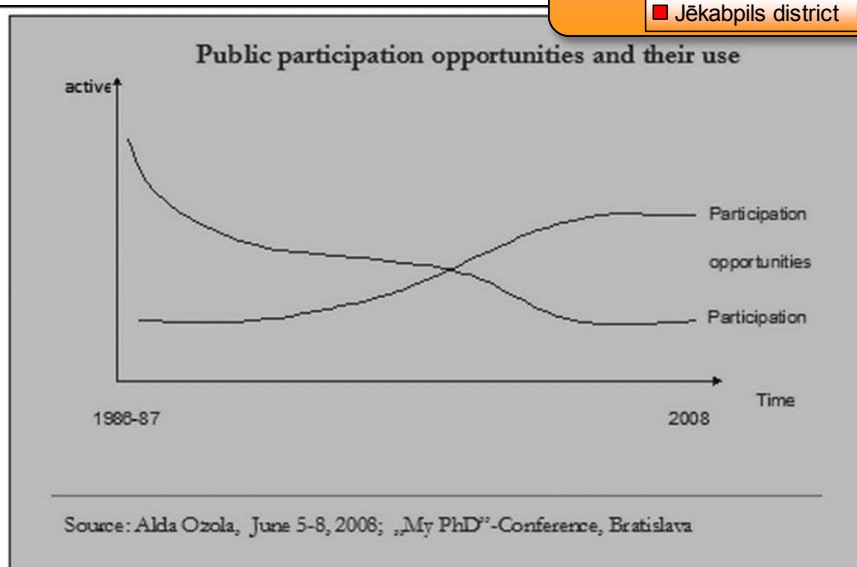
gegenseitigen Verstehen zwischen Menschen aus West-, Nord- und Osteuropa noch sehr intensiv gearbeitet werden muß. Unabhängig von Mitgliederzahl oder Zielsetzung der NROs sieht die lettische Sozialwissenschaftlerin und langjährige Leiterin verschiedener Umwelt-NROs (vor allem Latvian Green Movement), Alda Ozola, das größte Problem im Widerspruch zwischen den in den letzten Jahren verbesserten formalen Handlungsmöglichkeiten einerseits und den nicht genutzten Chancen zu aktiver Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung andererseits. Diese Schere klappte sehr weit auseinander, wie ihre anschließende Graphik.⁷⁸

Anzahl selbstdefinierter NROs
allein in der Provinz Zemgale

ungenutzte Handlungsräume
lettischer NROs,
lt. Grafik von Alda Ozola



2013-14 hatte Alda Ozola die Ernennung zur stellvertretenden Staatssekretärin im Umweltministerium angenommen. Für sie mit mehr politischer Gestaltungsmacht verbunden, für die NRO-Szene in Lettland eine weitere Schwächung. Dennoch ist ein genauere Blick auf die Organi-



sationsformen und -möglichkeiten der Zivilgesellschaften sinnvoll und notwendig, um ein Bild davon zu erhalten, wie sich evtl. die zuvor angesprochenen gesellschaftspolitischen Schwachstellen kompensieren lassen (oligarchische Parteien, Konflikte mit Russland, schwache Gewerkschaften in wenigen übrig gebliebenen Industriesektoren, neoliberale Modernisierung ...).

Vor allem stellt sich die Frage, ob regionale, grenzübergreifende anstelle nationaler NROs und Netzwerke eventuell mit mehr Profil und mehr Durchsetzungswillen in Erscheinung treten. Ein Bündnis skandinavischer, deutscher, baltischer und weiteren

⁷⁸ Alda Ozola-Matule (University of Latvia, Institute for Environmental Science and Management): Environmental activism in Latvia - public participation challenges in energy and climate policies, 5-8. Juni, 2008

NROs aus dem Ostseeraum ist dafür ein guter Referenzpunkt – das sogenannte **Baltic Sea NGO Forum**.

BALTISCHES NRO-NETZWERK eröffnet Perspektiven und

Seit 2001 gibt es das formelle NRO-Netzwerk der Ostsee-Anrainer, **Baltic Sea NGO Forum**. Es macht mit einer Jahreskonferenz reihum in den Ostsee-Staaten auf sich aufmerksam. Die erste Konferenz fand 2001 in Lübeck statt als Deutschland den Jahresvorsitz im Ostseerat (CBSS) innehatte und diese Konferenz als sichtbares Zeichen der Dialogbereitschaft zwischen Staat und Zivilgesellschaft in der Ostseeregion setzen wollte. Seither fanden die weiteren Konferenzen in den skandinavischen Staaten, in Polen, in Russland und in den drei baltischen Staaten statt. Im Kern sieht sich das Forum in der Rolle, alte und neue Strukturen in der Ostseeregion zusammenzuführen. Damit sind sowohl Institutionen gemeint, wie auch der einzelne Bürger aus den einzelnen Ländern. Im Original liest sich das auch 2015 wie ein sehr ambitionierter Anspruch eines starken Akteurs in der Ostseeregion:

„Baltic Sea NGO serves as the way to merge the past and the new structure of the regional co-operation of the region. Through the co-operation system, different sectors such as the economic enterprises, chambers of commerce, ports, cities, regions and states are co-operating to attain general progress and innovation. Civil society also served as the new way to help many ordinary citizens to speak and share their thoughts and ideas about a certain public issue. People can voice out their sentiments because they can make a personal contribution to Baltic Sea co-operation. Ordinary citizens can participate in shaping and attaining innovation in Baltic Sea region.“ (12. Konferenz, Juni 2014 in Turku (Finnland))

Bis 2004 hatte sich das Profil des Baltischen NRO-Netzwerkes einigermaßen geklärt und Schwerpunkte für die eigene gesellschaftspolitische Arbeit waren identifiziert:

- NROs unterstützen die soziale Integration innerhalb der EU
- "Die gesamte Ostsee-Region" muss zusammenstehen bei der Förderung und Stärkung
des lokalen, regionalen und ländlichen Lebens
- NROs treten aktiv ein für Menschenrechte und multikulturelle Gesellschaften
- NROs treten aktiv ein für bessere Arbeitsbedingungen – vor allem in den neuen EU-Mitgliedsländern
- NRO beteiligen sich aktiv am Erfahrungsaustausch in der Entwicklungspolitik.

Unsere eigenen Erfahrungen mit Nichtregierungsorganisationen streuten sehr breit. Die Extreme lagen wohl bei dem lettischen NRO-Verband LPA auf der einen Seite. LPA ist ein seit mehreren Jahren international eingebundenes lettisches Netzwerk.⁷⁹ Das andere Extrem der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft bildete für uns die „EU-Simulation“ mit Schülern und Lehrern in verschiedenen lettischen Gymnasien.

⁷⁹ LPA steht für: Latvijas Pilsoniskas Alianse (Civil Alliance Latvia); nach Eigenaussage eine NRO-Lobby-Organisation mit über 70 Mitgliedsorganisationen

Der NRO-Verband ist aus westeuropäischer Sicht sehr stark auf die Interessen der eigenen Regierung ausgerichtet und hat es nicht geschafft, selbstbewusstes Sprachrohr der Zivilgesellschaft *gegenüber* dem Staat zu sein. Die Schüler dagegen trafen anfangs auf Skepsis bei Lehrern und Direktoren (die auch mir entgegengebracht wurde als ich anfang, einige Schulleiter für die Idee einer EU-Simulation in ihrer Schule zu erwärmen). Am Ende des Projekts hatten alle aber so unendlich viel an politischer Bildung durch das Projekt erfahren, daß sogar an Schulen, die gar nicht beteiligt waren, die Schülervvertretungen uns später aufsuchten und um Unterstützung für ihre "Einmischung" in die Schulpolitik anfragten. In jedem Fall bin ich mir der Langzeitwirkung gerade des Simulations-Projektes sicher. Jetzt alles etwas genauer und der Reihe nach:

Schon in den ersten Tagen nach meinem „Amtsantritt“ in Riga hatte zunächst der Bremer Albert Caspari an die Tür geklopft und mir, dem Neuling im Baltikum, das Konzept und den Prozess des Baltischen NRO-Netzwerkes erläutert, das in allen Ostsee-Anrainerstaaten als **Baltic Sea NGO Forum** organisiert ist. Caspari wollte mich vom Sinn der Zusammenarbeit mit diesem Netzwerk überzeugen. Er hatte sich in Deutschland kundig gemacht und erfahren, daß ich bei solchen Themen ansprechbar sei. Unsere Zusage sollte sehr schnell sehr konkret werden. Denn das **IV. Baltic Sea NGO Forum** stand vor der Tür, sollte im estnischen Pärnu durchgeführt werden und Caspari wollte die Möglichkeiten finanzieller Unterstützung erkunden.

Pärnu, Hafenstimmung

Albert brauchte nicht lange, um mich auf seine Seite zu ziehen.

Und ich war neugierig und interessiert genug, um auch selber nach Pärnu zu fahren; war zunächst angetan von der Atmosphäre in und um diese hölzerne Provinzstadt, die für die Esten und einige Finnen auch gerne die Sommer-Hauptstadt Estlands genannt wird. Damit lernte ich ungefragt, daß es in dem kleinsten der baltischen Länder einen erkennbaren Regionalismus gibt. Denn Tallinn ist fraglos die politische Hauptstadt. Tartu ist seit baltendeutschen Zeiten die akademische Hauptstadt. Und Pärnu eben die Sommer-Hauptstadt, geeignet, um durch die kleine hölzerne Fußgängerzone zu flanieren oder sich an den langen Sandstränden mit endlos flachem Zugang zum Meer zu vergnügen. Ich merkte dann nach einer Weile, daß unser finanzieller Beitrag wohl nicht ausschlaggebend für die Durchführung der Konferenz war. Das Signal war wichtig, daß die FES von nun an konstruktiv mit den Zivilgesellschaften im Baltikum zusammenarbeiten würde.



Partner, die sich ebenfalls als Unterstützer profilierten, waren die Botschaft von Finnland, das Estnische Aussenministerium, das Informationsbüro des Europaparlaments, der Nordische Ministerrat, das Norwegische Aussenministerium, der Ableger der Soros Foundation (Open Estonian Foundation), das Informationsbüro der Europäischen Union, die Stadt Pärnu. Die Ergebnisse der einzelnen workshops zeigten mir dann, daß es einige Themen im **BALTIC SEA NGO FORUM** gab, die sich gut mit unseren eigenen Programm-Schwerpunkten verknüpfen liessen, wie etwa der Förderung von politischer Jugendbildung und politischer Bildung von Frauenorganisationen. Ein weiterer Schwerpunkt im FES-Baltik-Programm - nachhaltige Entwicklungspolitik - war beim NGO-Forum ohnehin angelegt. Die NGO-Vertreter und die in den workshops beteiligten Parlaments- bzw. Regierungsvertreter zeigen sich gemeinsam auffallend besorgt über die weiteren ökologischen Belastungen, die auf die Ostsee zukommen, wenn tatsächlich der von der Weltbank und anderen internationalen Gebern erwartete Ausbau des Transportvolumens an Rohöl, Gas und industriellen Handelsgütern in den nächsten Jahren eintritt. U.a. wurde gerade die Rolle Russlands als harter Verhandler mit zu wenig ökologischer Sensibilität als grosses Problem für die gesamte Region benannt. Das starke Interesse finnischer Immobilienaufkäufer war kein Thema, anders als bei russischen Investoren im lettischen Jurmala.



Pärnu, Fußgängerzone

... BALTISCHES NRO-NETZWERK zerstört Perspektiven

Als dann drei Jahre nach der Pärnu-Konferenz das lettische Netzwerk LPA an uns herantrat, um wieder das **BALTIC SEA NGO-FORUM** zu unterstützen, das VII., das

für Mai 2008 in Riga geplant war, bedurfte es auch dafür keiner großen Überzeugungsarbeit.

Mit den Erfahrungen der vergangenen drei Jahre sagte ich noch deutlicher als in Pärnu "ja, sehr gerne". Denn die Rahmenbedingungen für eine solche Konferenz waren ziemlich günstig. Lettland hatte zwischen Juni 2007 und Juni 2008 den Vorsitz des *Ostseerates* inne. Das mit dem Thema *Northern Dimension* befaßte Referat im deutschen Aussenministerium sprach mich an und hörte mit Wohlgefallen, dass die FES dem Thema Zivilgesellschaft im Ostseeraum so viel Bedeutung beimaß. Ich würde zwar keine zusätzlichen Finanzmittel vom AA für die Riga-Konferenz erhalten können, aber von Seiten des AA würde man das Vorhaben politisch unterstützen. Es klang nach einem Widererwachen der deutschen Aussenpolitik gegenüber der Ostsee-Region, die Deutschland in den letzten Jahren schlicht vernachlässigt hatte und für die demnächst Schweden als EU-Vorsitzender und Norwegen als Energielieferant mehr Aufmerksamkeit einfordern würden. Und dann war da auch noch die deutsch-russische Gas-Pipeline *Nord Stream*. Ich nahm diese aussenpolitische Sensibilität mit Interesse wahr und liess mich über die deutsche Generalsekretärin des Ostseerates CBSS (Dr. Gabriele Kötschau, die zuvor Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags gewesen war) gerne in das Hauptquartier des CBSS nach Stockholm zu einer Ratssitzung einladen. Dort sollte ich über den politischen Stellenwert der Zivilgesellschaften in den baltischen Staaten referieren. Offenbar wollte man hier in Stockholm beim CBSS die profilarmen NROs irgendwie unterstützen. Da kam die Friedrich Ebert Stiftung gerade recht. Ich entwickelte meine Analyse, die in Stockholm etwas weicher formuliert klang, in der Substanz aber die folgenden Stichpunkte enthielt:

Die derzeit aktiven Machthaber werden sogar von ihrer eigenen peer-group als zu autoritär kritisiert (Bürgermeister von Tallinn) oder als Moskau-abhängig (Bürgermeister von Riga). Die einflussreichen Tageszeitungen und Fernsehsender sind noch wenig vertraut mit investigativem Journalismus oder gehören direkt zu einem der beherrschenden Wirtschafts-unternehmer oder werden sogar direkt über die russischen Botschaften beraten. Da ergibt sich zwangsläufig die Frage, wie lassen sich das westeuropäische Demokratieverständnis im nordwestlichen Europa der EU-28, wie die westeuropäischen Kriterien für soziale Gerechtigkeit und Ethik im öffentlichen Sektor, wie die westeuropäische Akzeptanz von Frauenorganisationen, von politischer Jugend, von gesellschaftskritischen NROs für den drängenden Demokratisierungsprozess in den baltischen Gesellschaften fruchtbar machen?

Die politischen Parteien fallen wegen ihres Caudillo-Charakters als Träger politischer Bildungsarbeit noch weitgehend aus. Sie werden noch etliche Jahre mit der Aufarbeitung alter persönlicher Querelen aus der sowjetischen Zeit beschäftigt sein (besonders wenn weitere Konflikte mit Russland auf den Tisch kommen). Die Gewerkschaften sind nach dem indus-triellen Zusammenbruch nur noch in wenigen Industriesektoren übrig geblieben (Eisenbahn, Hafendarbeiter), fehlen aber in den neuen elektronisch gestützten Arbeitssektoren und sind entsprechend uninteressant für die Zivilgesellschaft. Der neoliberalen Modernisierung haben sich am deutlichsten die Kirchen entzogen, stecken aber in einem ähnlichen Überlebenskampf wie die meisten Universitäten. Da all dies so ist, konzentriert sich unsere Stiftungsarbeit stark auf Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und als NROs eingetragene Organisationen. Sie werden von uns als wichtiges Potential für mehr soziales und demokratisches Denken und Handeln in den baltischen Ländern

gewertet. Wo es möglich ist, unterstützen wir Netzwerk-arbeit zwischen NROs und Gemeinden und gelegentlich auch einzelne Projekte oder Aktionen zwischen NROs und Regierungsstellen.

Eine wesentliche Zielperspektive bei aller NRO-Kooperation ist der Blick auf die Ostsee-Region und die Dynamisierung der EU durch Synergien der Ostsee-Gesellschaften und Ostsee-Institutionen, darunter besonders die organisierten Zivilgesellschaften.... Etwa so.

Die Aussprache danach war sehr offen – und ohne Protokoll.

Gabriele Kötschau entführte mich als Dankeschön anschließend in das Vasa-Museum. Wir bewunderten und amüsierten uns zugleich über diese königliche Phantasie eines barocken schwedischen Königs, der gegen alle Vernunft seiner Fachleute das größte Kriegsschiff der Ostsee mit doppelter Kanonen-Ausstattung durchsetze – und sein stolzes Kriegsschiff-Kunstwerk dann unmittelbar nach dem Stapellauf noch im Hafen von Stockholm versank – während er in Polen und Deutschland intensivst am Dreißigjährigen Krieg mitwirkte.

*die aus dem Hafenschlamm
in Stockholm ausgebuddelte „Vasa“*

Aber wichtiger waren dann doch einige Gäste, die Gabriele Kötschau abends zu sich nach Hause einlud, um ein bißchen mehr Tacheles reden zu können. Als erfahrene Politikerin hatte sie auch den lettischen Botschafter beim CBSS dazu geladen. Denn Lettland hatte – wie gesagt – für das Jahr 2007/2008 den Vorsitz im CBSS. Valdis Krastiņš war ein alter diplomatischer Haudegen. Mit ihm kam ich sehr schnell auf eine Wellenlänge. Und wir erzählten uns gegenseitig mit einer politischen Offenheit unsere Einschätzungen und „Sorgen“, wie ich es zuvor wohl nur bei einigen sehr vertrauten Linken in Chile nach Pinochets Abtritt erfahren hatte. Es ging darum, daß das Baltikum immer stärker zu einer



Drehscheibe für den Drogenhandel zwischen Afghanistan und Kolumbien/Mexico in Richtung Westeuropa (Holland, Schweden) geworden ist; daß die Vermarktung der systematisch gestohlenen westeuropäischen Pkw über Polen und die baltischen Länder weiter nach Osten erfolgt; daß intensiver Menschenhandel (Frauen) zwischen osteuropäischen und weiter östlichen Ländern und Skandinavien gerade über die drei baltischen Staaten abgewickelt wird; daß die übergroße Zahl von Casinos, Wechselstuben und einigen Banken in allen drei baltischen Länder sehr häufig „Geldwaschanlagen“ unter russischer Kontrolle sind. Warum ist das so? U.a. wohl,

weil die staatlichen Institutionen und die politischen Entscheidungsprozesse sich noch immer (abgestuft) in allen drei baltischen Staaten von den westeuropäischen Demokratien unterscheiden und auch, weil die Rolle von NROs in Litauen oder Lettland deutlich anders verstanden wird als in Deutschland oder Schweden. Osteuropäische NRO haben in der Praxis eher selten die Rolle des „watchdog“ von Regierung und Privatwirtschaft für sich akzeptiert. Sie suchen eher die kooperative Nähe zu denen, die die politische Macht besitzen und von denen sie weitgehend finanziell abhängig sind und in deren Rolle mancher gerne schlüpfen möchte. Ausnahmen sind in jedem der drei baltischen Länder anzutreffen und auch NROs mit institutionellem Charakter, wie etwa das Stockholm Environment Institute in Tallinn – die sich dann durch bezahlte Studien oder durch Personalkostenzuschüsse aus dem Ausland eine größere Unabhängigkeit sichern können. Unser beider Wahrnehmung des Status Quo im Baltikum war nahezu deckungsgleich. Beinahe schon beunruhigend deckungsgleich, dachte ich später beim Rückflug. Ob Krastiņš kurz vor der Pensionierung stand und deshalb diese offene Sprache führte.....?

Weil ich gerade jetzt während der lettischen CBSS-Präsidentschaft eine Chance sah, die angesprochenen Verhältnisse ein wenig zu ändern und weil das anstehende BALTIC SEA NGO-FORUM in Riga die nächste Möglichkeit bot, hatte ich spontan Botschafter Krastiņš nach Riga eingeladen. Auch er sollte dem lettischen NRO-Verband LPA so intensive wie möglich helfen, aus dem anstehenden VII. BALTIC SEA NGO-FORUM eine erfolgreiche politische Veranstaltung zu machen. Der Botschafter nahm die Einladung an und kam bald darauf in das kleine Wochenendhotel im Dorf Daugmale eine Autostunde außerhalb von Riga die Daugava aufwärts zu dem Vorbereitungstreffen, zu dem wir auch Sprecher aus den meisten Ostsee-Ländern dazu geladen hatten.

*Vorbereitung-workshop für
das VII. NRO-Ostsee-Forum
2008
mit Botschafter Krastiņš als
Referent, in Daugmale (LV)*

Dort sassen wir mit den europäischen NRO-Vertretern am Runden Tisch mit dem freien Blick über den Fluß hinüber auf die erste christliche Kirche im Baltikum, die von Ikšķile. Es klingt wie extremer Widerspruch in sich, daß wir zur



Vorbereitung einer NRO-Konferenz einen Regierungsvertreter dazu luden. Aber erstens war Herr Krastiņš offenkundig ein lettischer Diplomat mit ungewöhnlich großer Sympathie für die Stärkung der Zivilgesellschaft, gerade auch in seinem Land. Und zweitens vermittelte die Führung des lettischen NRO-Verbandes (= offizieller Gastgeber des VII. Forums) den für Lettland typischen Mangel an Selbstbewußtsein gegenüber der eigenen Regierung. Jetzt hatten wir hier einen Regierungsvertreter, der

den lettischen NROs Mut zusprach, die heissen Fragen im eigenen Land anzugehen und sie mit den wichtigen Themen der Ostsee-Region zu verbinden.

An diese erste vorbereitende Sitzung qualifizierter internationaler NRO-Vertreter plus einem sehr offenen Regierungsvertreter reihten sich eine größere Anzahl weiterer Arbeitstreffen in Riga, in unserem Büro wie auch beim lettischen Dachverband LPA. Leider wurde dabei ein unübersehbares Problem in Gestalt der LPA-Vorsitzenden immer bedrückender. Sie entwickelte so unglaublich wenig politisches Gespür für ihre eigene Sache, dass es schon weh tat. Weil mir die Rolle der NROs im Demokratisierungsprozeß Lettlands so wichtig war, spannte ich mich selber und eine meiner Mitarbeiterinnen mit kaum vertretbar viel Arbeitsaufwand bei der Ausformulierung der Ziele des VII. Forums, bei den zentralen Themen, der Arbeitsmethodik, den Kommunikationsformen und manchem anderen ein. Bei aller Bescheidenheit muß gesagt werden, daß diese komplexe internationale Veranstaltung finanziell stark von uns abhing, aber noch viel stärker von unserem eigenen Engagement im gesamten Vorbereitungsprozeß. Wir konnten uns schließlich auf sechs Themenbereiche verständigen, die von übergreifendem Interesse für die Ostsee-Konferenz sein dürften. Dazu gehörte auch als wichtige Frage, wie konkret sich der Netzwerkgedanke zwischen Zivilgesellschaften der Ostsee-Anrainer weiterentwickeln läßt. Meine eigene Rolle in dem Prozeß wurde dabei von einigen NROs kritisch gesehen, von anderen positiv, von noch anderen kritisch-positiv. Ich selber war zunächst zufrieden damit, daß wir "mit harter Hand" wenigstens einen kleinen Schritt vorangekommen waren.⁸⁰

Ich kann mich nicht genau erinnern, doch bin ich ziemlich sicher, daß ich noch nie zuvor bei einer Partnerorganisation den Vorstand offiziell gebeten habe, ihre Geschäftsführerin auszuwechseln oder zumindest eine kompetentere Mitarbeiterin als Kontaktperson für die FES zu benennen. Denn die Geschäftsführerin des lettischen Verbandes mit rd. 70 NRO-Mitgliedsorganisationen strahlte nicht nur uns gegenüber derart viel Inkompetenz aus, sondern auch gegenüber anderen internationalen Teilnehmern am Vorbereitungsprozeß für **VII. BALTIC SEA NGO-FORUM** in Riga. Bei mir (!) trafen mehrere e-mails ein, die verwundert fragten, was denn bei diesen Letten los sei. Das **VII. BALTIC SEA NGO-FORUM** war also allmählich gefährdet und die Nachfragen richteten sich an uns (FES), weil wir von Anfang an ein so starkes

80 Einer der deutschen NRO-Vertreter in Daugmale schrieb mir später: „Mit 15

Teilnehmenden aus diversen Ostsee-Anrainerstaaten waren wir eigentlich gut besetzt. Die Wahl des Ortes (Biber-Zentrum an der Daugava) war hervorragend fuer ein solches Treffen geeignet. Irritierend war das mangelhafte Interesse am Mitwirken seitens litauischer oder polnischer Partner. Albert Caspari und ich repraesentierten beide die lose Gemeinschaft der NGO-Initiative OSTSEKOOOPERATION, als deren Verbindungsmann Albert Caspari fungiert.

Aufgrund des Drucks, den Du im Interesse eines zuegigen Vorankommens in Deiner Rede verbreitet hast, wurden die einzelnen abzuarbeitenden Punkte hinsichtlich der Themenwahl und der Auswahl von zu foerdernden Experten und Moderatoren regelrecht durchgepeitscht. Immerhin war ein tragbares Konzept entstanden, das man durchaus so oder so kommentieren koennte, aber sei es drum.“

aus: Brief an ER von Lutz Huettel, Vorsitzender Freies Institut fuer deutsche und europaeische Angelegenheiten (Hamburg), 25.2.2008

Interesse am Gelingen dieser Ostsee-Konferenz der Zivilgesellschaften gezeigt hatten. Ganz gegen meinen eigenen Willen, war diese NRO-Konferenz urplötzlich unsere Konferenz. Und wir mußten uns kümmern, ob wir wollten oder nicht. Und LPA benannte tatsächlich eine andere Vertreterin, mit der die Zusammenarbeit reibungslos ablief. Und letztlich kam sogar eine ganz ordentliche internationale Konferenz zustande.....

Auf anderer Ebene spielte auch das Thema eine wichtige Rolle, ob nicht die „alten NRO-Länder“, wie Deutschland und Dänemark wieder mehr Flagge bei der Weiterentwicklung gesellschaftspolitischer Fragestellungen an die EU-25 zeigen müssten bzw. wieviel Raum den zum NRO-Forum gehörenden russischen NROs gegeben werden sollte, bei denen immer unklar bleibt, wie es mit ihrer Regierungsnähe steht.

VII. NRO-
Forum im
Hotel
Maritim,
Riga

Mir ging
es damals
und geht
es jetzt
beim
Schreiben
dieser Sei-
ten nicht
um die
Details,



sondern um die Verdeutlichung, wie ungeheuer aufwändig die Umsetzung dieser einzelnen Arbeitslinie innerhalb unseres gesellschaftspolitischen Gesamtprogramms in diesen Übergangsgesellschaften sein konnte. Denn mit unseren Büro-Teams (einschliesslich der diversen PraktikantInnen) wollten wir alles andere als eine Scheckheft-Entwicklungshilfe leisten. Die Erfahrungen mit der LPA-Geschäftsführung hatten uns eine weitere wichtige Lektion gelehrt: An diesen KollegInnen waren ganz eindeutig die jahrzehntealten internationalen Debatten im Westen über das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft weiträumig vorbeigegangen. Gleichermassen galt das für die grundlegenden Arbeitsinstrumente bei der Planung von Seminaren und Konferenzen; um die Vorabklärung der Ziele, der Zielgruppen, der anzuwendenden Arbeitsmethoden und vor allem um ein klar formuliertes Ziel der Gesamtveranstaltung. Ich hatte den Eindruck - allerdings auch bei anderen Partnern -, daß die Veranstaltung an sich schon als das Ziel gesehen wurde, nicht als interessantes Mittel, um ein bestimmtes, dahinterliegendes Ziel zu erreichen. Das Bemühen um Planung und Durchführung dieses VII. NRO-Forums in Lettland war für mich persönlich und für meine Mannschaft (Frauensschaft) um vieles aufwändiger gewesen als wenn ich in Kolumbien oder Brasilien oder Chile ein vergleichbares Vorhaben gefördert hätte. Aber niemand hätte auch nur die Frage andeuten dürfen, ob Lettland vielleicht noch ein Entwicklungsland innerhalb der EU

sei... Manchem Teilnehmer ging sicher erst richtig bei der Après-Konferenz das Herz auf. Das war original Lettland

VII. NRO-Forum,
Riga:
Aprés-Folklore

Die Frustration über die baltischen NROs, die an einem Ostsee-Netzwerk mitwirken sollten, wuchs allerdings in den kommenden Jahren auch bei anderen sehr engagierten Mitstreitern weiter an. Der Bremer Albert Caspari, der mich 2004



von der Notwendigkeit überzeugt hatte, die Zivilgesellschaften in Form der jährlichen **BALTIC SEA NGO-FORA** zu unterstützen, schrieb mir im Frühjahr 2010 einen langen Brief voller verzweifelter Details über das litauische Netzwerk, das sich ähnlich katastrophal verhielt, wie das lettische LPA zuvor (Auszug):

lieber Elmar:

► ... Die litauischen Gastgeber des NGO FORUMs 2010 in Vilnius haben es allen Focal Points (Länderkoordinator/innen) sehr schwer gemacht, an der Vorbereitung überhaupt mitzuwirken. Den ganzen Herbst und Winter über gab es **keinerlei Kommunikation**, ja nicht mal eine Idee, ob es ein NGO FORUM 2010 überhaupt geben würde. Erst seit Ende Januar gibt es eine Verantwortliche beim NGO Centre Vilnius, Frau Judita Akromiene...

► ... Die erste Ankündigung war dann, dass es **kein Vorbereitungstreffen** geben werde. Die von litauischer Seite gemachte Behauptung, es gäbe dafür kein Geld (die Wirtschaftskrise ist eine beliebte Entschuldigung) muss ich aus heutiger Sicht bezweifeln (für andere Dinge, zum Beispiel einen exklusiven Tagungsort, ist Geld da).

► ... Was seit dem 21. Januar jetzt geschehen ist, ist aus meiner Sicht aber lediglich eine Auffüllung von offen gebliebenen Fragen nach Referent/innen und Moderator/innen **mit möglichst hochgestellte Politiker/innen und EU-Funktionären**. Eine qualitativ ausreichende Gewichtung von NGO-Berichten aus der Praxis, von Erfahrungsberichte oder Referaten rund um die **Verbesserung der Arbeitssituation von NGOs in den Ostseeanrainerländern** muss ich leider als **nicht gesichert** ansehen. Und: es wird weder Workshops zu Umwelt noch zu Kultur geben (beides wurde von litauischer Seite pauschal abgelehnt). Nach mir vorliegenden anderen Informationen ist es andererseits aber so, dass das NGO CENTRE offenbar andere Veranstaltungen in Litauen gerade auch in diesen

beiden Bereichen plant und daher offenbar **diese Themen dann für alle anderen einfach streicht.**

► ... Seit gestern nun liegt mir eine kurze, schroffe Stellungnahme von Judita Akromiene vor, die einerseits den Beitrag (der von mir als Deutschland-Vertretung vorgeschlagenen) Inga als unwesentlich und unwichtig darstellt, andererseits ihr sogar persönlich unwahre Unterstellungen macht.

► Daher mein Rücktritt.

Viele Grüße aus Bremen

Albert Caspari (INFOBALT e.V. / Bremen)

Zu dem Zeitpunkt war ich schon zurück in Deutschland und konnte jetzt keinen Druck mehr ausüben. Aber wahrscheinlich hätte ich mich inzwischen zusammen mit Leuten, wie Caspari, anderen Organisationen im Baltikum zugewandt als diesen litauischen NROs, die sich auch in meiner Zeit und bei anderen Themen als außerordentlich unzuverlässig erwiesen hatten.

So weit also das eine Extrem an Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Das andere (sehr erfreuliche) Extrem ergab sich aus einem zeitlich noch aufwändigeren Veranstaltungsprozeß mit mehreren Gymnasien aus Lettland und einem Gymnasium aus Deutschland. Dabei hatten wir Schüler und Lehrer zusammengebracht, um hierarchiefrei über ein EU-relevantes Thema zu diskutieren und so politische Bildung gemeinsam für und mit Schülern und Lehrern zu betreiben.

POLITISCHE BILDUNG DURCH SIMULATION DER EU

- mit Schülern und Lehrern

Von der Zahl meiner Mitarbeiter und vom Budget her mußten wir uns natürlich konzentrieren. Das bedeutete für die Arbeit mit der jungen Generation: konzentrieren

auf Universitäten und Schulen, damit sie konstruktiv mit den Herausforderungen des komplexen Europa-Prozesses umzugehen lernten. Und noch weitere Konzentration auf die Schulen, an denen es Deutschunterricht gibt, um dort mit den Schülern, ihren Lehrern und den Elternvereinigungen leichter zusammenarbeiten zu können und auch auf der Ebene einen deutsch-baltischen Dialog zu führen. Ganz nebenbei also auch sehr praxisnahe Vertiefung der Deutschkenntnisse....

Mischt euch ein! – war der philosophische rote Faden, an dem wir diesen Prozeß der politischen Bildung aufhängten und so hatte auch die Baltische Rundschau nach einem Interview im Büro über unsere Initiative getitelt.



Am Ende des ersten Jahres der EU-Osterweiterung sollte die Diskussion über die Verwirklichung der Idee eines gemeinsamen Europa auch irgendwie in die baltischen Schulen getragen werden – de facto findet das Thema im Unterricht jedoch kaum statt; nicht einmal an den Gymnasien. Das liegt keineswegs in erster Linie an mangelndem Interesse der Schüler. Es ist größtenteils ein Defizit der Lehrerausbildung bzw. der nicht ermöglichten Lehrer-Fortbildung. Eine Gruppe deutscher Studenten der Universität Chemnitz war mit dem EU-geförderten Projekt EURIGA an uns herangetreten und hatte sich als Trainer für *Euriga* in Tallinn angeboten. *Euriga* bedeutete die Simulation des europäischen Integrationsprozesses, durchgeführt von Schülern, Studenten und ihren Lehrern. Dabei erleben die teilnehmenden Schüler politische Entscheidungsfindungsprozesse der einzelnen Europa-Institutionen bzw. der Mitgliedsländer hautnah, in dem sie in die Rollen der politischen Akteure schlüpfen. Schüler werden zu den Staats- und Regierungschefs in der Europäischen Union, die sich mit „ihren“ Ländern auskennen, um ihren Einfluss in der Union und deren Gremien wissen und Koalitionen zur Durchsetzung ihrer Interessen mit anderen Ländern schmieden. Hautnah erleben sie die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Lösungsfindung bei 25 (heute 28) verschiedenen Positionen, suchen Auswege und finden Lösungen.



Planungsgespräche mit Schülervetretern aus Lettland und Deutschland sowie Lehrern im FES-Büro Riga zur Vorbereitung des EURIGA-Projekts „Europa – wie geht das?“

Wir hatten diesen Simulationsprozess zunächst an der Pädagogischen Hochschule in Tallinn finanziell begleitet. Ich hatte von den sehr ansprechenden Ergebnissen dieser Form politischer Bildung beim regelmäßigen "jour fix" in der deutschen Botschaft in

Riga berichtet. Dort waren auch Lehrer lettischer Gymnasien mit einem deutschsprachigen Zweig anwesend. Sie waren sofort von dem Euriga-Ansatz begeistert und baten, sie bei einem solchen Projekt zu unterstützen. Gerne nahm ich die Einladung zu einem Gespräch mit der Direktorin des Agenskalns Gymnasiums an, der wichtigsten weiterführenden Schule Lettlands mit deutschsprachigem Unterricht. Aber die Direktorin reagierte eher kühl mit dem Hinweis: Simulation machen wir doch ständig. Wo ist das Neue? Wieder ein Beispiel für die Verwendung gleicher Vokabeln mit deutlich unterschiedlichen Inhalten in West- und Osteuropa. Die Deutschlehrer überredeten schließlich ihre Direktorin und damit war die Tür geöffnet, insgesamt vier lettische und ein deutsches Gymnasium zur Teilnahme einzuladen. Es war noch viele Wochen lang ein Projekt der FES, weil nur unser eigenes Team vom pädagogischen und gesellschaftspolitischen Sinn des Projekts überzeugt war. Wir gaben uns also Mühe, diese Simulation den ernannten Kontaktlehrern und den Schülervertretern der fünf Schulen zu erläutern und sie zur aktiven Teilnahme zu motivieren:

Exkurs: Euriga-Ansatz

Schüler arbeiten mit ihren Lehrern auf gleicher Ebene zusammen. Es werden Länderrollen übernommen. Niemand vertritt dabei sein eigenes Land, sondern ein adoptiertes Land, das in den EU-Gremien vertreten ist. Um die Komplexität der Europäischen Integration besser nachvollziehen zu können werden sich die Schüler intensiv mit ihrem adoptierten Land und dessen Position zum jeweiligen Thema auseinandersetzen. Erst durch die fundierte Erarbeitung der „eigenen“ Länderposition werden sie den eigentlichen Mechanismus der Integration entdecken können: Das Schmieden von für alle tragfähigen Kompromissen.

Die willkommenen Nebeneffekte des Projektes sind die Begegnung von Schülern aus unterschiedlichen „neuen“ und „alten“ Mitgliedsländern (Lettland und Deutschland), das Kennenlernen anderer Länder und ihrer Positionen (durch die Rollen im Projekt) und die Gewöhnung der Schüler an demokratische Spielregeln und Konflikt-Management beim Lösen von Problemen.

Die Schüler setzen sich von da an ausführlich mit der Europäischen Union und den Entscheidungsgremien, insbesondere dem Europäischen Rat auseinander, deren Zusammenwirken sie bei einer hochbrisanten politischen Frage (Türkei) simulieren. Zusätzlich dazu haben sich die Schüler selbständig Wissen für ihre persönliche Rolle in der Simulation angeeignet. Die 25 Mitgliedstaaten der EU werden doppelt besetzt sein (zwei Schüler aus unterschiedlichen Schulen) und die gesamte Simulation wird zusätzlich von fünf Pressesprechern (je einem aus jeder Schule), im Team mit einer professionellen Journalistin, begleitet und dokumentiert.

Die Entscheidung, welcher Schüler welches Land vertritt, wurde im Losverfahren entschieden, wobei darauf geachtet wurde, dass niemand sein/ihr eigenes Land vertritt.

Dementsprechend haben sich die Schüler intensiv nicht nur mit dem Kennenlernen des adoptierten Landes (Geschichte, Kultur, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Religion, etc.) auseinandergesetzt, sondern auch explizit mit den vielfältigen Beziehungen des Landes zur Türkei, evtl. vorhandenen türkischen Minderheiten, der Einstellung der Bevölkerung zu einem möglichen Türkeibeitritt und weiteren Faktoren, die die Entscheidungen der Schüler-Regierungschefs beeinflussen könnten.

Schließlich waren insgesamt 55 lettische und deutsche Schüler aus insgesamt fünf Schulen am Projekt beteiligt. Darunter 14 Schüler der Robert-Jungk Gesamtschule,

Euskirchen. Die Moderation dieses komplexen Prozesses hatten die Studenten aus Chemnitz übernommen.

Bei einer ersten Test-Simulation in allen Schulen, die Ende Januar stattfand, konnten die Schüler zum ersten Mal erleben, wie sich eine Simulation anfühlt und was es heißt, auf einmal der spanische Regierungschef zu sein und spanische Interessen zu vertreten. Durchgängiger Kommentar: wahrlich keine leichte Aufgabe!!

Der Zwischentest ergab auch, daß die „Junior-Diplomaten“ trotz guter Einarbeitung noch ein gutes Stück Arbeit vor sich hatten. Ihre schon erstellten Positionspapiere, in denen sie als Regierungen ihre Stellung zum Thema darlegen und begründen, müssen noch verfeinert werden, weiteres Wissen über die Procedere im Europäischen Rat verinnerlicht werden und natürlich sollten sie auch ein paar diplomatische Verhandlungstaktiken kennen lernen.

Der letzte Härtetest für die Simulation fand an drei Tagen in einem Schullandheim in Saldus (Kurland) statt. Bepackt mit dem inzwischen angeeigneten Wissen erörterten die Schüler das Thema ausführlich und versuchen, gemeinsam die vorhandenen Konflikte aus dem Weg zu räumen. Hier stellten sie sich dann einer Podiumsdiskussion, zu der wir einige Vertreter des öffentlichen Lebens aus Riga eingeladen hatten und bei der ich selber ein bißchen die Rolle der *vox diaboli* übernahm.

Das hohe Maß an Eigeninitiative der Schüler, das für ein solches schulisch-gesellschaftliches Projekt nötig ist, ergab sich aus dem deutlichen Interesse der lettischen wie der deutschen Schüler an ihrem neuen Europa. Damit verbanden wir als FES und die eingesetzten Moderatoren die Erwartung, dass die beteiligten Schüler im Laufe des Projektes Spaß am außerschulischen, selbständigen Lernen finden, ihr Selbstbewusstsein stärken und somit wertvolle Zusatzqualifikation und nicht zuletzt erfreuliche Erinnerungen an den gesamten Vorbereitungs- und Durchführungsprozess dieser Simulation behalten würden. Der krönende Höhepunkt des ganzen Prozesses wurde dann die simulierte Sitzung des Europäischen Rates in einem realen politischen Raum, dem Plenarsaal des Stadtrates von Riga, am 1.4.2005 (also genau ein Jahr nach dem EU-Beitritt Lettlands). Zu dieser Veranstaltung wurde breiter eingeladen. Andere Schulen, Dozenten der Lettischen Universität, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Botschaften, Medien und nicht zuletzt Eltern und Freunde der Schüler und Lehrer bildeten das Auditorium, als in der simulierten EU-Ratssitzung die zustimmenden und die ablehnenden Argumente zur Frage Türkei-Beitritt vorgetragen, diskutiert und zur Abstimmung gebracht wurden.

Für mich als FES-Koordinator war das Abstimmungsergebnis des simulierten EU-Rats (mehrheitliche Ablehnung der Türkei) nicht das wichtige Ergebnis, wenngleich schon interessant. Vielmehr ergaben sich im Verlauf dieses Projekts einige zusätzliche Erkenntnisse, die ohne einen so komplexen Prozess nicht ohne weiteres sichtbar geworden wären: Für die *FES-Ortskräfte* war die gehäufte Anwesenheit der Schüler und Lehrer im FES-Büro völlig ungewohnt gewesen und wurde als störend empfunden (ebenso, wie übrigens auch die FES-Praktikanten, die es vor 2004 in den Büros nicht gegeben hatte). Für die einheimischen FES-Mitarbeiter hatte politische Bildung nach einem eingefahrenen Schema als Seminar oder Konferenz abzulaufen. Und wenn das Ereignis abgelaufen war, dann war es auch abgeschlossen. Prozesshaftes Denken war ungewohnt. Die *Rektorin* des führenden Rigaer Gymnasiums mit deutschem Zweig hatte bei den Vorgesprächen gewissermaßen

ähnlich die Nase gerümpft: "Simulation machen wir doch schon immer; warum sollen wir dafür noch zusätzliche Zeit opfern und sogar eine Kostenbeteiligung zusagen?" Erst im Prozess selber wurde den Lehrern und Rektoren deutlich, dass ein gemeinsames Europa aktiv betrieben werden muss, erarbeitet werden muss. Dabei gehörte zu den interessantesten Beobachtungen, dass die Zustimmung der Schulautoritäten desto deutlicher wurde, je weiter das Projekt voranschritt, und schließlich in echter Begeisterung während der "Rats-Sitzung" im Plenarsaal des Rigaer Stadtparlaments gipfelte.

*Euriga-Höhepunkt:
unsere Schüler simulieren
den EU-Rat im Stadtparlament Riga,
2005*



Die Schulautoritäten hatten jetzt erkannt, dass ihre Schulen allein nie eine derart komplexe und tiefgehende gesellschafts-politische Bildungsarbeit hätten leisten können. Nach dieser Erfahrung standen der FES in der Folgezeit selbst für ein so hochsensibles Thema wie "Demokratie in der Schule – eine Herausforderung für Lehrer, Eltern und Schüler" die Schultüren weit offen.

Von diesen Schülern beteiligte sich schon bald darauf ein Teil in den örtlichen NROs und interessierte sich erheblich stärker für ihre jeweilige Gemeinde. Natürlich kamen einige von ihnen wieder auf uns zu und fragten nach weiterer Zusammenarbeit und Unterstützung. Es kam dann sogar vor, daß beteiligte Eltern und Schüler und Lehrer von sich aus eine Bewertung eines solchen Projekts vornahmen und ohne ausdrückliche Nachfrage meinerseits einen Bericht an die FES schickten. Für mich war das dann die Antwort auf meine immer im Raum schwebende Frage: welche Wirkung hatten unsere Massnahmen (Auszug):

.....

Programmablauf/-inhalt:

Im Rahmen der von der Friedrich Ebert Stiftung (Rīga) betriebenen Arbeitslinie „Demokratie in der Schule“ unterstützte die FES eine Initiative des Gymnasiums Āgenskalns (Rīga) zur Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Borken. Gemeinsames Interesse aller Partner war die Einbindung von Schülern, Lehrern und Eltern in den kommunalen Entwicklungsprozess. Zur Sensibilisierung für die Probleme der Kinder aus sozial benachteiligten Familien in ländlichen Regionen Lettlands diente der Besuch des alternativen Familienhauses

„Zvannieki“ in der Gemeinde Cēsis. Hauptziel von „Zvannieki“ ist die soziale Integration von Jugendlichen in Schule und Gemeinde.

Als Höhepunkt des gesamten Programms war der Workshop zum Thema „Erfahrungsaustausch über Bürgerinitiativen in Deutschland und Lettland“ anzusehen. Sowohl die deutschen als auch die lettischen Schüler berichteten ausführlich von ihren eigenen Erfahrungen im Bereich Bürgerinitiativen und Demokratie in der Schule. Anschließend wurde den Schülern und Lehrern die bürgernahe Kommunalentwicklung in Āgenskalns durch den bekannten Architekten Pēteris Blūms und einen Vertreter der NGO Urban Baltic vor Ort erläutert.

Der Besuch der Stadt Liepāja erweiterte wesentlich das Verständnis aller Teilnehmer für die sozialen Fragen im Land. Das Treffen mit dem, sich stark im sozialen Bereich engagierenden, Pfarrer Mārtiņš Urdze der evangelisch-lutherischen Kirche in Liepāja war ein weiteres Beispiel für die Einbindung der Bürger in die gesellschaftlichen Aktivitäten der Gemeinde. Dieser Besuch war nicht nur für die deutschen Schüler außergewöhnlich informativ, auch die lettischen Schüler erfuhren einige bisher unbekannte soziale und ökonomische Fakten über Lettland. Die Arbeit dieser Gemeinde zeigte den lettischen und den deutschen Schülern, dass soziales Engagement und Bürgerinitiativen in beiden Ländern zunehmend wichtiger werden und auch die Zusammenarbeit der Schüler, Lehrer und der Eltern benötigt wird.

Beurteilung:

Um das von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Rīga) bereits nachhaltig unterstützte Projekt „Schule und Bürgerinitiative in der Kommunalentwicklung“ fortzuführen, organisierte die FES diesen deutsch-lettischen Austausch. Die von der FES eingeladene Klasse aus Borken (Nordrhein-Westfalen) war nicht nur der ideale Partner für einen lettisch-deutschen Erfahrungsaustausch, ebenso erklärte sie sich für eine zukünftige lettisch-deutsche Zusammenarbeit zwischen den beiden Schulen bereit. Denn neben eigenen aus der Schule kommenden Bürgerinitiativen im kommunalpolitischen Bereich, wird an dieser deutschen Schule praktische Demokratie zwischen Schülern, Lehrern und Eltern angewandt. Dies erweiterte die bisherigen Erfahrungen des Gymnasiums Āgenskalns für das eigene kommunale Engagement. Ebenso liegt dieser Erfahrungsaustausch auf der Linie der gesellschaftspolitischen Arbeit der FES in Lettland. Neben einem umfassenden Gedankenaustausch hinsichtlich deutscher und lettischer Erfahrungen im Bereich kommunalpolitischer Bürgerinitiativen durch die Schulen, sowie im Bereich angewandter Demokratie in der Schule, ist es auch gelungen, die unterschiedlichen Gesellschaften im heute vereinten Europa zusammen zu bringen und von einander lernen zu lassen.

Und es gab viele Maßnahmen, die irgendwo zwischen den beschriebenen Extremen lagen (LPA hier – politische Bildung an Schulen dort). Z.B. die Förderung von gesellschaftspolitischer Sensibilität unter Studenten. Wir nannten es in meiner eigenen Studentenzeit „Bewußtseinsbildung“. Dazu hatte es in meiner Studentenzeit ein paar Dinge gegeben, die hier im Baltikum fehlten und die ich nur mit ganz wenigen Bekannten vor Ort besprechen konnte. Aber ich wollte die unbefriedigenden Erfahrungen mit dem NRO-Verband LPA an der Wurzel packen und die Wurzel hieß u.a. Bewußtseinsbildung.

Politische Bildung an Universitäten - mit Referenz an Ivan Illich und Immanuel Kant

Niemand von den jungen Leuten in den Bürgerinitiativen und NROs hatte sich mit Protagonisten einer gesellschaftspolitischen Bildung anstelle einer schulpolitischen zusammensetzen können, um die Pros und Contras zu diskutieren, wie ich das auf meinen ersten großen Reisen durch Lateinamerika in den 1970er Jahren konnte. Damals, 1972, war es eine hochspannende Angelegenheit gewesen, bei einer Tramptour durch Mexico in Cuernavaca für eine Woche Station machen zu können und mit Ivan Illich über schulische oder außerschulische Bildung und über die Bedeutung von Erwachsenenbildung zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Lateinamerika zu diskutieren. Meine Freundin Monika und ich kannten die Arbeit und die regelmäßigen Publikationen des Instituts CIDOC, dessen Gründer Illich war, von unserer gemeinsamen Arbeit an der Uni. Wir teilten Illich's Thesen, daß es nicht um die Auflösung der Schule an sich gehe, sondern um einen anderen gesellschaftlichen Stellenwert und Charakter von Schule und von schulischer Bildung. In Cuernavaca hatte Illich Zeit gefunden, uns seine Forderung nach „Entschulung der Gesellschaft“ zu erläutern, wie er sie sehr prononciert seit letztem Jahr in die internationale Debatte geworfen hatte. Es war gerade Ferienzeit in Mexico und Illich mußte keine Kurse am CIDOC geben. Er hatte ein bißchen Zeit für uns. Was Illich ablehnte und daher ändern wollte, war der stark konditionierende Charakter der normalen Schulbildung, eine Konditionierung der Nachwachsenden zum Erhalt und Festigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn diese Verhältnisse aber in den allermeisten Gesellschaften in Nord und Süd soziale Ungerechtigkeiten, Menschenrechtsverletzungen, Armut und Marginalisierung bewirken, muss auch die systembejahende Schulbildung in Frage gestellt werden. Illich will weder Schule noch Schulbildung abschaffen. Aber Schulbildung soll die Potenziale des einzelnen Menschen („Schüler“) freisetzen, damit Kreativität erlauben und fördern statt die Fähigkeiten des Lernenden auf ein vorgegebenes Curriculum einzugrenzen und den Lernprozess schablonenhaft durchzuführen und irgendwann für beendet zu erklären (Abschlusszeugnis). Auch nach Beendigung der Schule entwickelt sich der Mensch in Bezug auf sein gesellschaftliches Umfeld ständig weiter. Er sollte daher auch ständig die Möglichkeit erhalten, weiter zu lernen, die neu gewonnen Erfahrungen systematisch und im Dialog mit anderen zu vertiefen und sie zugleich an andere Interessierte weiterzugeben. Dieser letztere Aspekt ist insbesondere (aber nicht nur) für die ärmeren Sozialschichten und hier wiederum vor allem in den Ländern des Südens praktisch unmöglich. Diese ganze Diskussion war mir in den Uni-Jahren so wichtig gewesen, daß ich meine Diplomarbeit zum Thema „Erwachsenenbildung als Faktor Sozialen Aufbruchs“ geschrieben hatte.

Die Basis der Arbeit waren empirische Befragungen in Venezuela unter der „marginalisierten“ Bevölkerung in Guayana gewesen. Allein die Erinnerung an Lebensumstände der Menschen dort und an meine eigene „Forschungszentrale“ am Orinoco zauberten immer wieder ein sauer-süßes inneres Lächeln auf die zuständigen Synapsen.



ER: die „Forschungszentrale“ in Ciudad Guayana und das spätere Produkt der Untersuchung (1973)

Es war übrigens 1973 überhaupt nicht schwer gewesen, die Arbeit umgehend als Buch zu veröffentlichen. Es bestand Interesse am Thema

Solche Überlegungen in die baltischen Gesellschaften hineinzutragen, war nicht nur nicht einfach, sondern fand zunächst gar kein Verständnis bei der eigenen Büromannschaft. Die Mitarbeiter waren in der Sowjetzeit alle „klassisch“ an den Schulen und der Universität „ans Leben herangeführt“ worden. Hier wollte ich jetzt gerne ein bißchen was an Veränderung einleiten. Ein guter Ansatz war zunächst in Riga gegeben, wo ich inzwischen einen Lehrauftrag an der Stradiņš-Universität angenommen hatte. Dabei konnte ich selber 2 Dinge lernen: (a) die Studenten gingen schnell mit, wenn man nicht mehr den gewöhnlichen Frontalunterricht anbot und akzeptierten, daß es mir allemal wichtiger war, wenn die Studenten mitdiskutierten als daß sie sich alles haargenau aufschrieben, und (b) saßen in meiner Vorlesung mit Seminarcharakter häufig auch Dozenten der Stradiņš, um zu sehen, was der Deutsche da eigentlich anders machte. Und während in unseren Bürositzungen noch über die politische Kultur und das Verständnis von Bildung in den baltischen Gesellschaften nachgedacht wurde, flatterte wie gerufen das Thema „kritisches Denken“ auf den Tisch.

..... und SAPERE AUDE! - so viel wie möglich

Kritisches Denken ist trotz aller Pisa-Schelte eine alte deutsche Domäne in Philosophie, Pädagogik, in der Bildungspolitik, um das geistige Potential der Gesellschaft zu entwickeln und auszubauen - und genau das ist ein Riesendefizit in den post-sowjetischen Gesellschaften. „Mischt euch ein!“ in den Schulen ist artverwandt mit „Wage zu denken“, was an den baltischen Universitäten selbstverständlicher werden müßte. Denn Kants „Sapere aude“ ist die Grundformel aller Demokratisierung der gesellschaftlichen und der Bildungs-Verhältnisse. Kant höchstpersönlich gehört zu den gern zitierten Vätern aller kritischen Denker und das zieht sich durch bis in die

Frankfurter Schule unserer Studentenzeit und steht noch immer sehr gut da mit Jürgen Habermas an der Spitze.

In diesem Sommer hatte eine junge Frau an der Universität von Riga die erste und bisher einzige Dissertation zur Auseinandersetzung um das kritische Denken eingereicht. Nach bestandenem Rigorosum bat uns Doktor **Zanda Rubene**, ihr mit den Druckkosten der Arbeit behilflich zu sein. Wir waren es und ich sah die Chance, mit ihr und ihrem Thema gleich eine Serie von Debatten an den Universitäten der drei baltischen Länder zu organisieren. Mit Unterstützung unseres Tallinner Büros (Ülle) waren wir sehr schnell in der Lage, die erste Veranstaltung ziemlich bald in Tartu durchzuführen. Tartu als akademische Hauptstadt Estlands war der ideale Startplatz. Diese alte Dorpater Universität hatte einst den akademischen Massstab für alle anderen Universitäten im Baltikum gesteckt. So war es für uns leicht, die erste Diskussion mit der frisch gebackenen Doktorin und ihrem Buch „sapere aude“ („wage zu denken“ im Sinne von: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“) genau in Dorpat bzw. dem heutigen Tartu zu organisieren. Der Bürgermeister hatte uns den großen Sitzungssaal im Rathaus zur Verfügung gestellt. Auf den 300 Kilometern von Riga durch die lettischen und estnischen Wälder wurde es mit jedem Kilometer kälter und die Bäume immer bizarrer; nur der Elch, den ich gerne am Waldrand sehen wollte, zeigte sich nicht. Wir wollten nach Tartu, aber – wie immer – ist der Weg zumindest ein Teil des Ziels. Lange vor der Grenze, die sich wie früher in Berlin mitten durch die Stadt Valga zieht, hielten wir am ehemaligen deutschen Wasserschloss Straupe mit seiner alten lutherischen Schlosskirche. „Sapere Aude“ hatte hier eine makabre Umdeutung erfahren als das alte deutsche Schloß während der sowjetischen Okkupation in eine psychiatrische Anstalt (für Regime-Gegner) umgewandelt worden war. Wir hatten genügend Zeit und bogen bald hinter Straupe auf eine Landstraße ab, die im winterlichen Sonnenlicht sehr einladend wirkte und tatsächlich spiegelten sich für wenige Glückssekunden in einem Dorfteich grundsolide Holzhäuser der wenigen Landbewohner, denen es auch nach dem EU-Beitritt noch gut zu gehen scheint. Eigentlich hoben sie sich kaum ab von der sehr frühen letgallischen Siedlung Āraiši inmitten eines kleinen Sees, wo sich ein erster kleiner Kaffee lohnte. Denn genau hier standen wir in der ältesten bisher rekonstruierten Siedlung der lettischen Ur-Bevölkerung aus dem 9. Jh.. Gar nicht weit von Cesis, der Hauptstadt des bald darauf intensiv missionierenden Schwertbrüderordens. Am Eingang des heutigen Freilichtmuseums begrüßte uns ein Schild auch auf Deutsch:

Im Ergebnis der archäologischen Forschungen zeigte es sich, dass die Inselsiedlung Āraiši von einer Gemeinde der Lettgallen, eines altlettischen Stammes, gebaut und bewohnt worden ist. Die Siedlung wurde auf dem See als Festungswerk auf einer kleinen, niedrigen, zeitweilig unter Wasser stehenden Insel gebaut und gleich Burgbergen befestigt. In der Kulturschicht wurden gut erhaltene Überreste von Holzbauten entdeckt (bei einigen Häusern sogar bis zur Höhe von 5 Balkenkränzen) und verschiedene Altertümer aus Holz, Bast, Ton, Eisen und Bronze. Die Funde beziehen sich auf 5 kontinuierliche Bebauungsschichten. Die Inselsiedlung Āraiši ist das erste so weitgehend erforschte und rekonstruierte archäologische Denkmal solchen Typs in Nordosteuropa. Viele Funde sind von besonderem wissenschaftlichem und



Āraiši, wohl die früheste lettische Siedlung, mitten im See

Weiter in Richtung estnischer Grenze lagen dann rechts russisch-orthodoxen Friedhöfe. Wir hielten auch hier an, weil mich die Philosophie dieser Friedhöfe nachdenklich machte: es gibt oft keine Absperrung (Zaun, Hecke, Mauer) gegen die Straße, keine Trennung zwischen der noch lebendigen Welt und den Vergangenen. Später sah ich sogar mehr als einmal, wie auf den orthodoxen Friedhöfen mitten auf dem Grab der Geburtstag des Verstorbenen mit Essen und Wodka gefeiert wurde. Der Tod als natürlicher Teil des Lebens. Vielleicht liegen dort auch die Gebeine derer, die noch erfolglos Widerstand gegen Napoleons Truppen geleistet hatten auf dessen Marsch nach Moskau oder die der deutschen Soldaten, die vergessen hatten, aus Napoleons Erfahrungen zu lernen.....



orthodoxer Friedhof lädt zum Verweilen auf dem Grab ein

Und noch ein Haltepunkt lag an der Strecke, schon nahe an der estnischen Grenze: Torfmoore, die abgebaut und z.B. als Gartendünger nach Deutschland exportiert

werden. Während im Emsland und in der Hocheifel und anderswo in Deutschland immer mehr Moore in ihrer ökologischen Bedeutung erkannt und unter Naturschutz gestellt werden, freuen sich sicher die Gartencenter über diese lettische Zulieferung. Gleichzeitig machen einflußreiche Politiker-Unternehmer in Lettland den Vorschlag, den Torf als Heizmaterial zu verfeuern.



Torf-Abbau auch für deutsche Gartencenter, Seda (LV)

Niemand in dem Örtchen Seda konnte uns sagen, wie lange hier noch Torf abgebaut wird.....

Aber dann hatte uns endlich der winterliche Osten schnell und definitiv am Kragen. Die Bäume erinnerten immer mehr an die Weihnachtszeit: der Nebel aus den Sümpfen gefror und blieb als bizarre Dekoration an den Ästen hängen. Die Strasse wurde ein bisschen glatt, der Verkehr war für diese verlassene Gegend ausserordentlich dicht. Einmal waren auf einem Kilometerabschnitt sogar 4 Autos gleichzeitig zu sehen. Schon fast ein Verkehrsstau.

Na ja, wir kamen trotz aller Ablenkungen in Tartu an, steuerten zunächst auf den Domberg hinter der Universität zu, dem historischen und emotionalen Herz der zweitgrößten Stadt im Lande. Auf dieser Erhebung über der Stadt hatte in vorchristlicher Zeit eine mächtige Burg gestanden. Wie in manch anderem Teil der Welt auch wurde dieser markanten Punkte nach der Eroberung durch die Missionskrieger der katholischen Kirche Ort eines mächtigen Doms. Die Tartuer sind stolz auf dieses Kirchengemäuer, auch wenn wir heute vom Dom nur noch eine imposante Backstein-Ruine vorfinden. Als Besucher kann man sich allerdings auch von diesem anderen, etwas kleineren Gebäude in der Altstadt beeindrucken lassen, der evangelischen Johannis-Kirche.

Tartu: Domruine auf dem Domberg

Sie besticht durch ihren einzigartigen Schmuck aus Tonfigurinen am Eingangsportal und als umlaufender Fries an der Außenwand wie im Innenraum. Immerhin sind von den ursprünglich wohl 2.000 Terrakottafiguren noch etwa die Hälfte erhalten. Der Deutsch sprechende Pfarrer wies schon am Eingangsportal darauf hin, daß diese Figuren in Zahl, Größe und künstlerischer Ausprägung ein einmaliges Kulturgut in Europa darstellen.

Durch diese touristisch, historisch, kulturell wertvollen Abstecher perfekt auf Tartu eingestimmt fanden wir letztlich sogar noch zum Rathausaal und dort auf das gewünschte Publikum aus der Universität, dem Bildungsministerium, Stiftungen und anderen Kulturträgern.



Tartu: Jaani Kirik mit Terrakottafigurinen

Bei den emotionsgebremsten Esten kam ein lebendigeres Gespräch allerdings erst mit dem anschließenden Cocktail besser in Fahrt und zog sich dann bei chilenischem Rotwein noch ziemlich lange in die Nacht hinein (ist allerdings auch leicht, wenn die Nacht schon um 4 Uhr nachmittags anfängt...).



Tartu,
Rathausaal,
Absacker nach
Lesung
„Kritisches
Denken“ mit
FES-Team und
Autorin

Welche Wirkung die Veranstaltung bei den Studenten und den Honoratioren der Stadt hinter-

lassen hat, war intensiver Gesprächsstoff auf unserer Rückfahrt. An einem Punkt stimmten wir überein: diese Form der gesellschaftspolitischen Sensibilisierung mittels einer Dissertation über Kant hatte eine erstaunlich große Akzeptanz gefunden. *Sapere aude!* war als Aufruf gehört worden. Als Alt-68er und als Anhänger von Ivan Illich stand ich fest hinter Rubenes Hypothese: die theoretische Absicht der Universität, eine kritisch denkende Jugend heranzubilden, lässt sich in der Praxis verbessern, wenn:

- ▶ die Studenten eine Chance erhalten, ihren akademischen Ausbildungsgang selbst mitzubestimmen;
- ▶ die Studenten in die Forschungsprozesse und die Diskussion der Forschungsergebnisse mit eingebunden werden;
- ▶ die Lernprozesse der Studenten sich in universitärer Theorie und Praxis niederschlagen können und dürfen und in bewusstem individuellem und sozialem Verhalten münden.

Das Wort "Mitbestimmung" in der Hypothese war dabei eine extrem euphorische Formulierung. Denn fast überall im Lande dominierte weiterhin die alte Ordinarienuniversität. Wir diskutierten jetzt auch meine eigenen Erfahrungen an der nationalen **Lettischen Universität** und dann auch an der **Stradiņš-Universität**, wo ich als Privatvergnügen einen Lehrauftrag zu den Themen "Globalisierung" und "Nachhaltige Entwicklungspolitik" angenommen hatte. An diesen beiden führenden Universitäten Lettlands empfand ich die verschulte Didaktik als ziemlich deprimierend und wollte daher gerne den Leitgedanken von Zanda Rubene gewissermaßen zur philosophischen Grundlage unseres FES-Programms erklären. Ein bißchen befremdet waren vor allem die beiden FES-Mitarbeiter. Sie waren jetzt 50-jährige und was Zanda und ich hier veranstalteten war die Aushebelung ihrer eigenen

universitären Vergangenheit. Dennoch wurde noch die erste Folgeveranstaltung an der Universität von Lettland während unserer Nachtfahrt geplant. Und wieder ging es durch eine Winternacht, die allein durch Hinschauen deutlich machte, weshalb es auch Letten gibt, die eher weniger extrovertiert sind. Viele leben noch abgeschieden da draussen in kleinen Katen unter uralten Bäumen und lassen sich nicht für Geld und gute Worte in eine grössere Gemeinschaft hineinziehen oder gar in eine Stadt umsiedeln

Einsiedelei in Ost-Lettland

Diese Landbewohner halten sich offenbar immer noch an die alte lettische Faustregel: so weit vom nächsten Nachbarn weg wohnen, daß man gerade noch das Bellen seines Hundes hört. Diese Landleute hätten ganz bestimmt unsere Einladung zu dem Tartu-Gespräch nicht einmal gelesen, geschweige denn angenommen.

Hinter der einen oder anderen Kurve wartetet ich immer noch auf meinen Elch, der aus den nebeligen Bäumen lässig heraustritt und über die Fahrbahn wechselt, ohne sich um diese dröhnende Blechkiste zu kümmern, die seinen Wald aufschreckt. Aber eigentlich

mußte die ganze Aufmerksamkeit der verschneiten und vereisten Fahrbahn gelten. Einmal war der Abrutscher in den Graben ja noch glimpflich abgegangen. Beim zweiten Mal fressen ihn die Raben oder so ähnlich. Auf halber Strecke hatten wir trotz aller Vorsicht ein Reh überfahren. Es dauerte lange bis die angerufene Polizeipatrouille eintraf. Endlich mit der aufgehenden Sonne rollten wir wieder in Riga ein. Der Wissenschaftliche Mitarbeiter steuerte den Wagen weiter bis zum Büro. Ich stieg vor meinem Haus aus und sah mit den ersten Sonnenstrahlen den frischen Anstrich leuchten und dachte nur noch: dasselbe rötliche Orange, wie bei einem spätbarocken Schloß.....

Die geplante Veranstaltung mit Z. Rubene war dann irgendwann auch in Riga erfolgreich gewesen, wenn auch mehr als inneruniversitäre Veranstaltung. Mit FES-Unterstützung und durch unsere Kontakte zur Altmark hatte sich danach -



überraschend schnell – für Zanda die Möglichkeit ergeben, einen Lehrauftrag an der Universität von Magdeburg anzunehmen. Nachdem sie die Zusage in der Tasche hatte, wurde sie leider nicht wieder in der FES gesehen.

Viele Frauen stecken noch immer in der underdog-Rolle

Schon Gleichstellung oder noch Frauenpolitik? – fragt man sich, wenn regelmäßig am 8. März aus Anlass des Weltfrauentages Frauenorganisationen in den baltischen Städten zusammenkommen. Gender-Förderung stand in unserem Kursbogen. Aber tatsächlich war es immer erst Frauen-Förderung. Wir arbeiteten sehr intensiv und immer wieder auch zufriedenstellend mit den Verbänden zusammen.

*ER-Vorträge "Schon Gleichstellung oder noch Frauenpolitik?"
jeweils zum Weltfrauentag,
Riga / Vilnius*

Da war es kein Wunder, daß ich von den Frauenverbänden in den 3 Ländern regelmäßig um den 8. März herum zu einem Vortrag eingeladen wurde.

In meinen Beiträgen sprach ich gerne auch von ganz anderen

Kulturkreisen mit traditionell hochrangigen Frauenrollen (die Gesellschaften der Anden-Staaten, Westafrika) und erinnerte schon mal an die starken Wikinger-Frauen - nur, um dann wieder auf die „to-do-Liste“ in unserem modernen Europa zurückzukommen.

Natürlich war dann auch von Clara Zetkin die Rede und von den allmählichen Gleichstellungserfolgen in einigen Bereichen – aber eben auch von noch allzu vielen Diskriminierungen (politische und unternehmerische Entscheidungsebene; rund 30% Lohnunterschiede für gleiche Arbeit etc.). Der rote Faden war also die enorme Spannbreite von „Frauenpolitik“ bzw. von Gleichstellung und die Einladung an die baltischen Frauen, sich über ihre eigene Einordnung auf dieser Skala bewußt zu sein und zu handeln. Die Wirkung der sozialdemokratischen Frauen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in Lettland konnte ich vor, bei und nach diesen Veranstaltungen deutlich schlechter erkennen als z.B. in Litauen. Dort, im katholischen Baltikum, war ich besonders stolz auf die Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Frauenverband. Für Frauen in Kleinstädten und Dörfern hatten wir ein Fernstudium zu kommunalpolitischen Themen ermöglicht und einige Teilnehmerinnen waren danach in ihre Stadträte gewählt worden - also nicht mehr



nur über die Parteischiene, über die parteiinterne Anpassung, sondern in erster Linie wegen ihrer erweiterten Qualifikation.

*Gender-Arbeitsteilung in Osteuropa
und selbstbewußte Händlerinnen im
"unterentwickelten" Otavalo (Ecuador)*



Partner, ein Frauen-netzwerk. Die Gewalt gegen Frauen in der eigenen Familie, das mobbing und die schlechter bezahlten Arbeitsleistungen von Frauen, aber auch die hohe Rate als Allein-erziehende und die Auswirkungen der freiwilligen Migration oder von Frauen als bevorzugte Opfer im innereuropäischen Menschenhandel - das alles waren für uns Gründe genug, die Arbeit von Organisationen wie Marta zu unterstützen. Wir taten das in ganz unterschiedlicher Form zugunsten ihres kleinen Frauenhauses oder im Rahmen der Rechtsberatung für Frauen in Opferrollen. Und wir unterstützten methodisch und finanziell Fortbildungsseminare und Seminare zur eigenen Organisationsstärkung, aber auch große internationale Konferenzen mit frauenpolitischen Teilnehmern aus Westeuropa, aus Skandinavien, aus dem Baltikum. Eine solche internationale Konferenz wurde im Februar 2005 unter dem Titel *"Bewertung der Frauenpolitik in Lettland zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Beijing"* in Riga durchgeführt. Ausgangspunkte für die Veranstaltung waren die auf der Beijing-Konferenz 1995 gesetzten Prioritäten zum Schutz der Frauenrechte sowie die relevantesten Leistungen und wichtigsten Mißlagen in der Frauenpolitik Lettlands in der Periode 1999-2005. Von den 12 weltweit akzeptierten Beijing-Schwerpunkten wurden 5 als für Lettland besonders relevante Arbeitsfelder identifiziert: Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Öffentlichkeit. Obwohl Lettland formell fast alle internationalen menschenrechtsbezogenen Dokumente und Verträge unterzeichnet oder sogar ratifiziert hat, erfolgt die Umsetzung der entsprechenden Verpflichtungen auf der offiziellen Ebene nur mühsam und zögerlich.

Dann war 2007 als „Europäisches Jahr der Gleichstellung“ ausgerufen worden. Wir unterstützten weiterhin den lettischen und den litauischen und den estnischen Frauenverband und wurden zwangsläufig von *Marta* um Unterstützung für eine Gleichstellungs-Konferenz gebeten. Ich kannte inzwischen die Kolleginnen von Marta ziemlich gut und setzte mich wenig kompromißbereit damit durch, daß es eine baltische und nicht nur eine lettische Veranstaltung werden müsse. Denn auch die litauischen und estnischen Frauennetzwerke hatten das Thema Chancengleichheit auf ihrer politischen Agenda. Unser FES-Interesse lag (wie bei vielen anderen Veranstaltungen auch) auf der Schaffung von Synergie-Effekten mindestens zwischen den drei baltischen Gesellschaften; idealerweise sogar einschließlich der skandinavischen NROs oder auch deutscher, um gemeinsam mehr politisches Gewicht für Reformen zu erlangen.



gelegentlich wurde eine Frauenkonferenz auch auf einen besonderen Tag gelegt, wo es am Ende einiges zu feiern gab, wie in Sigulda zur 800-Jahr-Feier

Mindestens so intensiv, wie in Westeuropa hat auch im Baltikum der Abbruch der Mittelschichten eingesetzt, die Prekarisierung. Bei baltischen Frauen hat sie zu verstärkter Migration ins europäische Ausland geführt und Familienbande stark belastet. Wo dies nicht der Fall ist, sind Frauen der weitaus größere Teil der Alleinerziehenden, was bei ungerechter Entlohnung für gleiche Arbeit zu sozialer Marginalisierung beiträgt. Denn die Lebenshaltungskosten sind einerseits durch die auferlegte Sparpolitik von IMF, EZB und EU-Kommission ab 2010 und durch die Einführung des Euro ab 2011 (Estland), 2014 (Lettland), 2015 (Litauen) weitaus stärker angestiegen als die verfügbaren Einkommen. Hinzu kommt ein ausgeprägter Menschenhandel nicht allein mit Frauen aus den baltischen Ländern, sondern auch von jenseits der osteuropäischen Grenzen mit Ziel Westeuropa und Skandinavien. Mit all diesen Problemen befassen sich einige Frauen-NROs und betreiben sogar kleine Frauenhäuser, wie z.B. *Marta* in Riga. Sie können diese Frauenförderung (die selten etwas mit Gender-Förderung zu tun hat) eigentlich nur leisten, weil es dafür internationale Unterstützung gibt – nicht weil eine lettische Ministerpräsidentin dies etwa als eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe ihrer Regierung ansähe.

Demokratisierung der Wohn-Umfeld-Kultur von unten nach oben

Stadtteilinitiative Agenskalns: Holzhaustradition und Identität

Die politische Bildungsarbeit mit Schülern und Lehrern (und ein bisschen sogar mit Eltern) ist wie ein Demokratie-Wechsel auf die Zukunft des Landes. Er darf nicht platzen! Die Unterstützung der Frauenorganisationen hat ebenso viel mit der Demokratisierung der lettischen und der anderen baltischen Gesellschaften zu tun, liegt aber schon deutlich näher am Tagesgeschehen. Ganz nahe liegt das Thema „Wohnverhältnisse“, Sicherung eines lebenswerten Wohnumfeldes. In den 3 Hauptstädten lebt die Bevölkerung in einem enormen Spagat, der sie eigentlich zerreißt. Ein durchgängiges Muster ist erkennbar: wenigstens drei sehr unterschiedliche Wohnbedingungen finden sich in der Stadt (außen vor bleiben hier die Menschen, die in den Vorstädten illegal in einer Gartenlaube oder einem Geräteschuppen „wohnen“ und durch die Binnenmigration immer mehr Zuzug erfahren). Die drei Bereiche sind die modernen Villen der neureichen Oberschicht; dann die Wohncontainer aus Kalkstein aus der Sowjetzeit, in denen allein die Bauweise + Arbeitslosigkeit + sehr beengte Räumlichkeiten + sehr prekäre Installationen von Strom, Wasser zu hoher Kriminalität verleiten. Den dritten Sektor bilden einige Stadtteile mit 100-jährigen Holzhäusern + Grünflächen + erträglichem Verkehrsaufkommen.

In **Tallinn** gehört das Viertel *Kalamaja* zu den bunten Wohnumfeldern der Stadt. Das alte Fischerviertel (Kalamaja = Fischhaus) bewahrt noch seine Struktur aus dem 14. Jahrhundert mit einigen hundert ganz typischen Holzhäusern aus der Zeit der ersten Unabhängigkeit (1920-30). **Vilnius** kann mit einem ähnlichen Farbfleck aufwarten, dem Stadtteil *Šnipiškės*, der bis vor wenigen Jahren noch wie an Dorf wirkte, das an der Hauptstadt angeklebt ist, weil nur einige Brücken über die Neris die Verbindung zu Vilnius-Zentrum herstellen. Hier gibt es den alten jüdischen Friedhof und die eher dörflichen Holzhäuser, kleiner aber ebenso attraktiv wie die in Tallinn. In **Riga** steht für die 100-jährige Holzhaus-Kultur vor allem der Stadtteil Agenskalns, an der Westseite der Daugava. Auf dieser Flußseite lag das Reich der ehemaligen Sommersitze der alten deutschen Barone und Kaufleute. Ganze Straßenzüge mit den originalen Holzhäusern von vor hundert oder 120 Jahren geben diesem Stadtteil noch immer sein Gesicht. Auf alten Karten, um 1800, steht über diesem Stadtteil noch „Pinkenhof“ oder „Nordeckshof“ oder „Hagenshof“. Aus Hagenshof und Hagensberg wurde dann nach dem Ersten Weltkrieg Agenskalns und so heißt dieser Stadtteil von Riga bis heute. In jeder der Städte gibt es inzwischen Bürgerinitiativen zum Erhalt (einschließlich Modernisierung) der Holzhausviertel als Teil der kulturellen und historischen Identität. **Agenskalns in Riga** ist ein Beispiel.



*Stadtteil Kalamaja,
Tallinn*



*Traditionelle Holz-
häuser, Halbinsel
Šnipiškės (Vilnius)*

*Holzhaus auf Halbinsel
Ķīpsala (Riga),
traditionelles
Kapitänshaus
mit Blick auf den
Hafen*



*originale
Holz-Villa
modernisiert,
Agenskalns
(Riga 2014)*

Heute ist Agenskalns oder das benachbarte Ķīpsala für niemanden mehr großbürgerliche Sommerresidenz. In vielen der Holzhäuser pfeift im Winter der Schneewind



durch die Ritze; die elektrischen Leitungen sind mit einer 100 Watt Birne plus Fernseher plus Computer überlastet; nach sanitären Einrichtungen im Haus drinnen fragt man besser nicht. Aber die Häuser besitzen auch heute eine gute Wohnlage. Es wohnen schon ein paar höhere Angestellte und Unidozenten hier und haben ihre Häuser allmählich restauriert - obwohl die erneuerte Schnellstraße von Riga-Zentrum zum Flughafen mitten durch Agenskalns schneidet. Sie selbst oder aber ihre Familien haben die Häuser zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg für zwei Äpfel und ein Ei erhalten. Die Deutschen mussten sie gegen irgendeinen Papiergutschein abtreten. Aber das ist Geschichte.

In der Gegenwart galt unser Interesse den jetzigen lettischen Anwohnern und der mit ihnen zusammenarbeitenden Bürgerinitiative. Wir wollten sie darin unterstützen, dass nicht einer der grossen Immobilienhaie der Stadt die Stadtverwaltung „kauft“, um sich der alten Holzhütten zu bemächtigen und sie so saniert, dass die Mieter gleich mit wegsaniert werden oder aber auf Abbruch plädiert und betonerte Hochhäuser dort hinsetzt. Negativbeispiele gibt es genügend. So hat eine Großbank (Swedbanka) auch auf der westlichen Flußseite, direkt neben der Brücke zur Altstadt, einen gewaltigen Betonklotz gesetzt. Die UNESCO droht deswegen, Riga den Status „Weltkulturerbe“ zu entziehen. Auf jeden Fall ist durch den Klotz der Blick auf die historische Altstadt schwer beeinträchtigt.

Die Agenskalns-Initiative ist von einer lettischen NRO ausgegangen, die nicht wirklich als normale lettische NRO angesehen werden kann. Ihre wichtigsten Mitglieder sind renommierte Architekten der Stadt; Handwerker; Lehrer und engagierte *professionals* mit nationalem und auch internationalen Hintergrund. Eines Tages war diese NRO - **Latvia Nostra** - im Büro erschienen, hatte sich als der lettische Zweig von Europa Nostra vorgestellt und zu der kleinen Delegation, die dort in meinem Büro saß, gehörte auch der älteste Vorkämpfer für den Erhalt des stadtdenkmalsgeschichtlichen Erbes von

Agenskalns, der Architekt Peteris Blums. Schon in den 1980er Jahren, also in der Sowjetzeit, hat er als Angestellter der Stadt Riga viel versucht, um von kommunaler Seite her den weiteren Verfall dieses außerordentlichen städtischen Kulturdenkmals zu stoppen. Erst sein Kontakt zu Latvia Nostra hat dann die Wende eingeleitet. Und Blums erzählt mit zurückhaltendem lettischem Stolz, daß er heute für das europäische Netzwerk der Kulturgutschützer - Europa Nostra - und dessen Präsident, den dänischen Prinzen Henrik, die Autorität für das hölzerne alte Riga ist. Nach der Unabhängigkeit war dann der lettische Zweig Latvia Nostra gegründet und Blums Mitglied darin geworden. Dann rückten sie allmählich mit ihrer Kernfrage heraus: ob die FES helfen könne und wolle, die Bewohner der Holzhäuser möglichst aktiv in den Sanierungsprozeß einzubinden. Sie sollten sich mit ihren Holzhäusern identifizieren können. „Soziale Säuberungen“ sollten auf jeden Fall vermieden werden. Daher die Frage: wie macht man das unter den herrschenden Bedingungen Lettlands. Ich hatte vor dem Uni-Studium zwar meine Lehre in einem Oberhausener Architektenbüro absolviert und war allein deswegen schon sehr offen für das Thema. Aber eine spontane Antwort hatte ich nicht parat. Aber wozu hat man Freunde in aller Welt, auch in Berlin. Mir wurde Frau Hella Dunger-Löper empfohlen, ihres Zeichens Staatssekretärin im Senat von Berlin und als solche zuständig für die Bau- und Wohnpolitik in Berlin und für die Stadtentwicklung in der Hauptstadt, erfahren im Quartiersmanagement. Genau die richtige Fachfrau für diesen Mix aus Kommunalpolitik, Sozialer Sicherheit, technische Machbarkeit und Bürgerbeteiligung. Ich bot an, sie nach Riga einzuladen. Denn sie würde vor allem aus den Stadtteilen Kreuzberg, Neukölln oder Prenzlauer Berg die Sicht der Stadtentwickler vermitteln können. Sie kannte natürlich die vorliegenden OECD Begleitstudien zur Berliner Stadtentwicklungspolitik und hatte damit spannende lessons learnt anzubieten. Als Einstieg in eine gut denkbare längerfristige Kooperation zwischen Berlin und Riga verabredeten wir daher im Wesentlichen 4 Programmpunkte, nämlich:

- Gespräche mit der Leitung der Stadtentwicklungsbehörde Riga
- Gespräch mit der Vertretung des für die Sozialpolitik zuständigen Wohlfahrtsministeriums
- Ein Gespräch mit dem Projekt-Komitee und seinen diversen Mitgliedern
- Stadtbegehung des Projektviertels Kalnciema Iela und anderer Stadtteile von Riga-Zentrum.

Anders als in Berlin bilden die wenig demokratische politische Kultur Lettlands, sein hohes Korruptionsniveau und der niedrige Entwicklungsstand der Zivilgesellschaft wesentliche Hemmfaktoren für Quartiersmanagement mit Bürgerbeteiligung. Deshalb ging es mir und ging es Latvia Nostra um Quartiersmanagement als Prozeß, nicht als kurzzeitiges Projekt.

Betroffene Anwohner, besonders schützenswerte und häufig marginalisierte Gruppen (Kinder, alleinerziehende Frauen, ältere Menschen), Hausbesitzer, KMU, Bezirks- und Stadtverwaltung, städtische Denkmalschützer und Stadtentwicklungsexperten, Initiatoren des unabhängigen Stadtentwicklungs- und Denkmalschutzprojekts, haben sehr spezifische, teilweise sehr unterschiedliche und konflikträchtige Interessen und Anliegen, die bislang nur in einem informellen Rahmen, aber nicht in einer direkten und offenen Begegnung ausgetauscht wurden. Einerseits müssen die Holzhäuser vor dem Verfall geschützt werden (der städtische Entwicklungsplan sieht eine als

besonders kritisch zu beurteilende Office- und Apartmentbebauung in der unmittelbaren Nachbarschaft vor. Diese Planung hätte eine starke Störung der seit zwei Jahrhunderten gewachsenen sozialen und baulichen Struktur zur Folge), andererseits haben die Bewohner und Hausbesitzer ein legitimes Interesse, die allgemeine Lebensqualität im Zielgebiet zu steigern und zu sichern. Hinzu kommt die wachsende Belastung durch die Verkehrsführung auf der Hauptdurchgangsstraße von Riga-Zentrum zum Flughafen und in die wichtige Nachbarstadt Jurmala. Diese innerstädtische mehrspurige Schnellstraße (Kalnciema iela) wurde vor mehr als einhundert Jahren geplant und realisiert und hat sich seitdem nicht verändert. Sie ist den heutigen Verkehrsbelastungen in keiner Weise mehr gewachsen und belastet dadurch immer mehr die Wohnumfeld-Kultur in diesem Teil der Stadt.

Eingestimmt und mit viel eigener politischer Erfahrung als Staatssekretärin sollte Dunger-Löper der Rigaer Stadtverwaltung Sinn und Zweck von Stadtteilsanierung aus ihrer eigenen Zuständigkeit heraus darlegen und tat das auch sehr überzeugend. Gewachsene Stadtteile mit Bürgern, die sich mit ihrem Quartier identifizieren sind ein Lebenselixier für eine große Stadt, die sich an anderer Stelle sonst schnell in Anonymität verliert und sich dabei kriminellen Horizonten nähert. Später haben wir beide uns bei Peteris Blums zum Kaffee einladen lassen. Er berichtete noch ein paar Episoden aus seinem Kampf gegen Bürokratie und Ignoranz und für den Erhalt von Agenskalns und zeigte uns auch seine fachliche Arbeit als Architekt. Denn Peteris trägt die vielen kleinen technischen Details über den Holz-Hausbau zusammen und legitimiert sich auch damit als Ideengeber für das, was Dunger-Löper in Berlin tut: Quartiersmanagement. Blums ist so etwas wie die Seele der Agenskalns-Initiative. Mit ihm hatte ich bei anderer Gelegenheit die noch vorhandenen Zeugnisse handwerklicher Holzkunst, vor allem die alten Holztüren der Häuser, fotografiert, um sie zu archivieren. Aber in unserer netten kleinen Runde mußte ich dann irgendwann die Rolle des Pragmatikers übernehmen und auf die Feinabstimmung unserer nächsten großen Aktion drängen. Wir wollten einen erfahrenen Methodiker einladen, der weiß, wie man die Bürger von Agenskalns zu einer aktiven und strategisch handelnden Bürgerinitiative formt, damit die notwendige Modernisierung dieses

historischen Stadtteils nach menschlichem Maß erfolgt und nicht nach den Regeln des Haifisch-Kapitalismus.



traditionelle Holztüren im Umfeld der Kalnciema-Straße (Riga)

Wir wollten eine mehrtägige

Veranstaltung, die die Zeit beläßt, um sich mit den eigenen und den Argumenten der

anderen näher zu beschäftigen. Wir wollten mit Open Space arbeiten. Wer Jahrzehnte lang vor allem an Direktiven gewöhnt war, tut sich nicht leicht bei mitbestimmender Eigeninitiative, vor allem, wenn sie auch noch gegen einzelne Abteilungen der Stadtverwaltung gerichtet ist. Ich hatte – zugegeben – Bedenken, dass wir mit zuviel neuem Instrumentarium in eine Gesellschaft einbrechen, die erst in Teilen und erst an der Oberfläche eine (west-)europäische Gesellschaftsordnung für sich akzeptiert. Denn Open Space ist eine sehr gut geeignete Methode für den partizipativen Planungsprozess, der hier modellhaft für Riga ablaufen sollte.

Exkurs: Open Space, die partizipative Methode zur Partizipation

Bei Open Space wird nur das zentrale Thema der Veranstaltung vorgegeben, von dem klar ist, dass es für alle Teilnehmenden von Bedeutung ist. Die zwei oder manchmal drei Tage der Gesamtveranstaltung werden durch die Teilnehmer selbst strukturiert. Auch die Tagesordnung wird von den Teilnehmenden zu Beginn der Konferenz selbst erstellt. Vorgegeben werden von dem Trainer-Team lediglich ein einfacher Rahmen sowie eine zeitliche Struktur. Jeder Teilnehmer kann bei Beginn eine aus seiner Sicht wichtige Frage, die zum Veranstaltungsthema gehört, auf die Tagesordnung setzen. Er /sie schreibt sie auf eine flipchart und ist dann auch Gastgeber für die spätere Diskussion dieser Frage mit allen aus der Versammlung, die sich ebenfalls damit beschäftigen möchten – sei es, weil sie dazu Informationen geben können, weil sie selber dazu etwas lernen möchten, weil sie für oder gegen dieses Teilthema sind. Die Methode eröffnet viel Raum für kreative Prozesse. Sind alle Themen an der Zeit- und Raumwand markiert, wird der Marktplatz eröffnet. Alle Teilnehmenden tragen sich nun bei den Themen ein, bei denen sie mitarbeiten möchten.

Dann beginnt die Arbeit in den Arbeitsgruppen. Wie die Gruppe arbeitet, ist ihr überlassen. Einzige Vorgabe ist die Erstellung eines Ergebnisprotokolls. Dieses wird nach Abschluss der Arbeitsgruppe für alle sichtbar und lesbar an eine Nachrichtenwand gepinnt. Wichtig ist, daß jeder Teilnehmer, mit Ausnahme der Themen-Initiatoren, das Recht hat, eine Arbeitsgruppe zu verlassen, wenn er das Gefühl hat, in dieser Situation nichts zu lernen oder nichts beitragen zu können. Damit bestimmt jeder über Inhalt und Form mit und ist verantwortlich für die Effektivität der Veranstaltung. Entsprechend gibt es "Hummeln" und "Schmetterlinge". Hummeln sind diejenigen Personen, die sich die Freiheit nehmen, von einer Gruppe zur anderen zu fliegen, sich zu vertiefen, weiterzufliegen und so von einer Gruppe zur anderen befruchtend zu wirken. Schmetterlinge nehmen es leichter, sie fliegen ebenfalls von einem Thema zum anderen, vertiefen sich aber in keins.

Wie beim Welt-Café gehen die Gespräche auch beim Kaffeeholen auf dem Gang oder bei einer Zigarettenpause weiter. Helfende Hände haben auch Fingerfood vorbereitet. Alle schwingen irgendwie mit in diesem Prozess. Jeweils abends und morgens sowie am Schluss der Gesamtveranstaltung treffen sich alle Teilnehmenden im Kreis. Sie kommentieren das Ganze oder Detailerfahrungen. Den Abschluss des Open Space bildet die Dokumentation aller Arbeitsgruppen einschließlich der Vereinbarungen und Verpflichtungen, die man gegenseitig eingegangen ist für den weiteren Prozeß.

An diesem Wochenende, am 2. Advent, verlief dann der Open Space in der Aula des Agenskalns-Gymnasiums, die uns die Direktorin nach dem so erfolgreichen EU-Simulations-Projekt gerne zur Verfügung gestellt hatte, äußerst konstruktiv und als erste erfolgreiche Open-Space-Veranstaltung in Lettland.

Open Space in Agenskalns

Ich erwartete jetzt, dass uns nach Weihnachten und im neuen Jahr noch eine Menge an Hindernissen in den Weg gerollt würden. Denn ein erfolgreiches Projekt von Stadtteilsanierung mit



hoher Bürgerbeteiligung und ohne Vertreibung der bisherigen Mieter dürfte symbolische Ausstrahlung für viele andere Stadtteile in Riga und im Land besitzen. Das ist bei aller weihnachtlichen Christlichkeit nicht die Wunschvorstellung der normalen hiesigen Bauunternehmer, Makler, Banker und auch nicht der von ihnen mit „Handsalben“ bedachten verantwortlichen Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Einige Jahre später konnte ich feststellen, daß unsere Mitarbeit bei diesem Prozeß der Stadtteilsanierung mit Bürgerbeteiligung nicht ganz folgenlos geblieben war. Denn seither hat ein junges Team aus Architekten und Holzhandwerkern ein festes Standbein in Agenskalns, um diesen historischen Stadtteil in seinem Charakter zu erhalten und dabei gleichzeitig den Innenausbau nach westeuropäischem Standard (Elektrik, Wärmeisolierung, ...) zu gewährleisten.

Meine persönlichen Ambitionen zielten - trotz solcher erfreulicher Wirkungen - von Anfang an noch ein Stück darüber hinaus. Denn seit ich bei der FES in Bonn angefangen hatte und seit ich irgendwann auch für Brasilien zuständig gewesen war, hatte mich der brasilianische Prozeß der Bürgerhaushalte sehr angesprochen. Und meine Vision (Helmut Schmidt möge mir diesen pathologischen Ausrutscher verzeihen) hieß seither: wir wollen einen hohen Grad an bürgerlicher Mitbestimmung bei der kommunalen Haushaltsplanung und bei der Ausgabenkontrolle erreichen. Und das wollte ich zu gerne auch in Agenskalns parallel zur Stadtteilsanierung ermöglichen. Die Gelegenheit dafür bot sich allerdings erst einige Zeit später, dann als wir eine internationale Mieterkonferenz gemeinsam mit dem Bürgermeister von Riga und dem Deutschen Mieterbund organisieren konnten.

Wohnraumpolitik für die Hauptstadtbürger

Eine moderne europäische (Groß-)Stadt muss interessiert sein an einem hohen Grad an bürgerlicher Mitbestimmung, insbesondere bei dem sensibelsten aller Themen, der kommunalen Haushaltsplanung und bei der Ausgabenkontrolle der Steuergelder. Das

Stichwort dazu lautet: **Bürgerhaushalt**. Wir führten bei Gelegenheit ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Riga, **Aivars Aksenoks**, und sagten von unserer Seite die organisatorische und finanzielle Unterstützung für eine baltische Mieterkonferenz zu. **Aksenoks** war aus Stiftungssicht eine sehr eigene Persönlichkeit: einerseits hatte er den hochkorrupten, moskaufreundlichen, sozialdemokratischen Bürgermeister Gundars Bojārs Anfang 2005 abgelöst; andererseits gehörte er zum rechten Flügel der liberalen Partei *Jaunais laiks* (Neue Zeit). Aber er zeigte sich sehr interessiert am genannten Thema.

In der FES-Zentrale traf ich sofort auf best mögliche Unterstützung. Die FES-Vorsitzende Anke Fuchs nutzte ihre Möglichkeiten als Vorstandsmitglied des Deutschen Mieterbundes und versprach, für „hochrangige Vertretung des deutschen Mieterbundes“ zu sorgen. Sie löste die Zusage bestens ein. Damit hatten wir dann die Planung einer großen international besetzten Konferenz begonnen. Der Mitarbeiter R.O., in dessen Ressort das Thema fiel (und den ich später wegen schweren Betrugs fristlos gekündigt hatte; s.o. S.160ff) legte mir den Zwischenstand zur Konferenzplanung vor. Danach hatten sich die ursprünglich von ihm angesetzten Kosten von 5.000 Euro ungefähr verdreifacht (das Lernbeispiel Berliner Flughafen BER lag allerdings noch nicht vor und Wowereit und Mehdorn waren noch keine Referenzpersonen). Mein Vater, der Offizier, hätte jetzt wahrscheinlich gesagt: der Mann wurde gehörig zusammengeschissen. Natürlich bröckelte ab jetzt das Vertrauen in die Fähigkeiten bzw. die Untadeligkeit (Korruptions-Freiheit) von R.O. drastisch ab und mir fiel auf, daß es auch bei den Gewerkschaftsseminaren irgendwie ähnlich lief. Auch die lagen in der Verantwortung von R.O.. Auch da merkte ich erst bei genauerem Hinschauen, daß der Austragungsort der Seminare meistens im Gewerkschaftseigenen Seminarzentrum in Ķekava, vor den Toren Rigas, lag, daß die Betriebs- und Catering-Kosten dort draußen doch sehr üppig waren und der Verdacht, daß hier mein Mitarbeiter eine Nebenverdienstquelle aufgetan hatte, verdichtete sich sehr schnell.

Unsere Mieterkonferenz wurde natürlich weiter geplant und - um es vorwegzunehmen - die Hauptbeteiligten an der Konferenz zeigten sich zwischendurch sehr zufrieden mit ihrem Verlauf.

Da die Wohnungspolitik ein gesamt-baltisches Thema ist, trug unsere Konferenz den entsprechenden Titel: „Die Wohnungspolitik in den Baltischen Staaten: Perspektiven für Lettland“. Mit Oberbürgermeister Aksenoks' Hilfe hatten wir einen würdigen Ort für dieses so wichtige gesellschaftliche Thema gefunden, das sog. Kongreßhaus.

Aus Deutschland waren zwei Vorstände des Deutschen Mieterbundes als Referenten angereist; aus Litauen u.a. die Abteilungsleitung Wohnungspolitik im Umweltministerium; aus Estland u.a. die Forschungsabteilung der Universität Tartu, die vornehmlich zu diesen Fragen in Estland arbeitet und natürlich das breite Band lettischer Institutionen, die sich als Politik und Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit dem Problempaket beschäftigen.

Mehr für die ausländischen Teilnehmer als für die Letten selbst wurde von verschiedenen Referenten die Lage skizziert: eine offizielle Mietpreisbindung ist in Kraft, die jedoch eine jährliche Preiserhöhung von durchschnittlich 30% pro m² zulässt, aber ab 2007 neu geregelt wurde. Seitdem können die Mietpreise von den Eigentümern je nach der Situation am Wohnungsmarkt frei festgesetzt werden. In einer sozialen Lage, wo über mehr als zwei Drittel der Haushalte als sozial schwach gelten,

ist die Freisetzung der Mietpreise als „soziale Zeitbombe“ zu betrachten, die dringend beseitigt werden muss. Gleichwohl ist die noch bestehende Mietpreisbindung eine Belastung für Hauseigentümer, die mit den niedrigen Mieteinnahmen keine Instandhaltungs- und Sanierungskosten decken können. Der kommunale soziale Wohnungsbau kann den aktuellen Bedarf jährlich nur zu 10 % abdecken. Bei all dem mangelt es an einem Regierungsprogramm zur Milderung der Wohnungsnot. KNAB (Staatliches Büro zur Korruptionsbekämpfung) hat andererseits viele Fälle aufgelistet, wo Unmengen von Wohnflächen leer stehen und eigentlich als Geldwaschanlagen dienen. Die existierenden Mieterverbände (Plural!) sind gespalten, weil teils parteienabhängig, und sind nicht in der Lage, eine einheitliche Lobbyarbeit zugunsten einer sozialverträglichen Wohnungspolitik gegenüber den politischen Entscheidungsebenen durchzusetzen.

Der Oberbürgermeister will wiedergewählt werden, der Leiter des Wohnungsamtes will seinen Posten behalten. Das zuständige Ministerium (Regionalentwicklung) charakterisierte die wohnungspolitische Situation landesweit als zufriedenstellend, weil die meisten Probleme „nur“ für Riga und drei weitere Großstädte gelten. Auf die Probleme wurde dennoch eingegangen, auch erfolgten von offizieller Seite Versprechungen zur Verbesserung mancher Auswüchse. Einer der Mieterverbände war dennoch nicht zufrieden zu stellen. Man sprach von Menschenrechtsverletzungen und davon, dass gesetzlich festgelegter Mieterschutz kaum irgendwo beachtet wird und sich vor Gericht auch nicht durchsetzen lasse. Eine außerordentlich dynamisch daher kommende Konferenz mit vielen kontrovers geführte Debatten.



3 Hauptverantwortliche der intern. Mieterkonferenz sehr entspannt, Riga 2005: ER mit Aivars Aksenoks, Oberbürgermeister; Franz-Georg Rips, Deutscher Mieterbund

In allen Medien wurde ziemlich viel über und von dieser Konferenz berichtet und die Nachrichtenagenturen LETA und BNS resumierten, daß unsere Konferenz Auslöser dafür war, daß gut 2 Wochen später dann doch ein gemeinsames Bündnis aus Mieter- und Vermieterorganisationen aus der Taufe gehoben wurde. Wir wollten an die Sinnhaftigkeit dieser Meldung glauben, weil das eine schöne Wirkung unserer Veranstaltung wäre Jedenfalls war Bürgermeister **Aksenoks** nach der Konferenz vor die Medien getreten und hatte **einige Ergebnisse als Stichworte** in die Mikrofone diktiert, von denen er annahm, daß sie sich besonders gut "verkaufen" liessen:

- Lösungsansätze gefunden für Mieterprobleme in restituierten Häusern durch verstärktes (gezieltes) Engagement der beteiligten Behörden, Kommunen, des Parlaments und der NGO.
- Förderung von Initiativen zur Verbesserung der kommunalen Wohnungssituation in Aussicht gestellt.
- Notwendigkeit der Gründung eines lettischen Mieterdachverbandes...

Unsere deutschen Fachleute hatten zwar auch zu den Ergebnis-Stichworten gesprochen, hatten aber auch einige andere Herausforderungen benannt, denen sich die Wohnungsbaupolitik mit Engagement stellen müsse.

Das war auch auf dem Vorplatz des *Kongresu Nams* gehört worden, dort, wo sich Vertreter der Bürger versammelt hatten, die schon viel zu oft mit den verschiedensten „Lösungen“ ihrer Wohnraumprobleme vertröstet worden waren und deren Alltag von den Immobilienspekulationen definiert wurde, gegenüber denen sie sich als „einfache Bürger“ hilflos fühlten.



Protest gegen reale Wohnungspolitik vor dem Kongresu Nams in Riga

Unser aller (Selbst-)Zufriedenheit mit diesem Konferenzergebnis wurde durch die Protestbürger (fast schon Wutbürger) vernehmbar gestört. Als ich diese Bürgerdemonstration draußen vor der Tür unserer Konferenz sah, fielen mir die Gespräche ein, die ich mit den Initiatoren unseres Agenskalns-Projekts gelegentlich geführt hatte, insbesondere mit dem Holzhaus-Architekten Peteris Blums. Ihm hatte



ich von meinen Erfahrungen mit dem brasilianischen Prinzip der Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung erzählt, auf Portugiesisch **Orçamento Participativo** (Bürgerhaushalt). Peteris Blums hatte sehr schnell innerlich und dann auch sichtbar mit dem Kopf geschüttelt: *dafür sind wir in Lettland noch lange nicht reif. Der Widerstand unserer politischen Führung im Land wie in Riga selbst ist viel zu groß. Es käme einer kulturellen Revolution gleich ...* Orçamento Participativo ist eine kulturelle Revolution. Nur wußten auch die Demonstranten draußen vor dem *Kongreß-Haus* nichts davon, sonst wären ihre Forderungen an Rigas Bürgermeister konkreter gewesen. Und ich selber hatte mich in meinem Referat an Peteris Blums Empfehlung gehalten und das Thema für irgendwann später aufgehoben.

Ich wußte, daß Orçamento Participativo, dieser Demokratisierungsimpuls auch schon in Europa wirkt. Schließlich hatte ich selber im Namen der FES den damaligen Bürgermeister von Porto Alegre, Tarso Genro, Ende der 1990er Jahre nach Bonn und nach Berlin eingeladen. Wir hatten u.a. ein Gespräch mit Bonns Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und mit einem Vertreter des Berliner OB, Eberhard Diepgen, geführt, die sich die brasilianische Demokratie-Innovation auf kommunaler Ebene sehr interessiert anhörten – freilich ohne sich gleich von einem Land des SÜDENS belehren lassen zu wollen.

Exkurs: Bürgerhaushalt, Erfahrungen aus Porto Alegre

*Porto Alegre, die brasilianische Millionenstadt an der Grenze zu Argentinien und Uruguay wurde ab 1996 weltweit bekannt für ihren außergewöhnlich hohen Grad an bürgerlicher Mitbestimmung im städtischen Planungsprozess. Das Experiment lief damals schon seit 8 Jahren, war von der Arbeiterpartei PT entwickelt und von ihren Bürgermeistern schnell in viele weitere brasilianische Städte getragen worden. Worum geht es? Auf brasilianisch geht es um **Orçamento Participativo (OP)** (Mitbestimmung bei der Haushaltsplanung):*

Auf Initiative des Bürgermeisters war das Stadtgebiet von Porto Alegre in 16 Bezirke eingeteilt worden und in jedem Bezirk hatten danach die insgesamt vielleicht 1.000 Bürgerorganisationen das Recht, ihr Vertretergremium einzurichten und über das Gremium Vorschläge für eine bürgernahe Kommunalpolitik der Stadtverwaltung vorzutragen. Die ist gehalten, sich mit diesen Vorschlägen und den Bürgervertretungen so lange auseinanderzusetzen, bis eine tragfähige Form der Maßnahmenplanung und der Haushaltsaufstellung zur Finanzierung der beschlossenen Projekte gefunden wurde. OP ist also ein politisches Instrument der Zivilgesellschaft und funktioniert über eine doppelte Arbeitsstruktur:

-  *zum einen gibt es die Versammlungen in den 16 Bezirken der Stadt über bezirkliche Fragen*
-  *zum anderen die Foren zu bezirksübergreifenden Belangen, die in mehrere Themengebiete unterteilt sind.*

In diesen Versammlungen bestimmen neben den Einzelbürgern vor allem die unterschiedlichsten Vertreter der Zivilgesellschaft bzw. die Sprecher der vielen Hunderte von NROs, die es insgesamt in Porto Alegre gibt. Pro Jahr festgelegt sind insgesamt 21 Vollversammlungen dieser NRO, die im ersten Fall allen Einwohnern des jeweiligen Bezirks, im zweiten Fall allen Einwohnern der Stadt offenstehen.

Im März und April, der ersten Versammlungsperiode des OP-Rates, wird in Anwesenheit städtischer Vertreter über den aktuellen Stand der Arbeiten, die im Vorjahr beschlossen

wurden, und über den Investitionsplan für das laufende Jahr berichtet und debattiert. Außerdem werden die Delegierten für das Bezirks- oder die 5 Themenforen gewählt. Das Mandat der Delegierten erstreckt sich über ein Jahr und kann einmal verlängert werden.

Anschließend folgt eine Interimsphase bis Ende Mai, in der sich die Bevölkerung selbständig versammelt, um eigene Prioritäten zu setzen und eine Rangordnung ihrer Forderungen hinsichtlich möglicher Bauvorhaben und Dienstleistungen aufzustellen.

Die zweite Periode beginnt am 1. Juni mit der Versammlung z.B. zum Thema "Wirtschaftsentwicklung und Steuerwesen" und endete am 14. Juli. In jedem Bezirks- oder Themenforum wurden zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter für den Rat des OP gewählt, der auf städtischer Ebene tagt und dem Bürgermeister die Ergebnisse aus den Versammlungen der Interimsphase vorträgt.

Dann erfolgt die Begutachtung der Forderungen aus den 21 Versammlungen durch einen Planungsausschuss des Stadtrates während sich der OP-Rat konstituiert und Einblicke in die städtischen Finanzen erhält. Der Rat nimmt Stellung zu einer ersten Vorlage eines Haushaltsentwurfs, der dann im September in einen Haushaltsentwurf mündet. Am 30. September wird dieser Entwurf vom Bürgermeister dem Stadtrat übereignet, der als einziger gesetzlich befugt ist, den Haushalt zu verabschieden, was bis zum 30. November geschieht. Vom 1. Oktober bis 30. Dezember diskutiert und erarbeitet der OP-Rat dann den Investitionsplan für das Folgejahr - aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre und davon ausgehend, daß der Stadtrat nur noch kleinere Änderungen am vorgelegten Haushaltsplan vornehmen wird.

Für mich persönlich endete diese große, international gut besetzte Mieterkonferenz mit einem großen Fragezeichen: könnten wir auch in Riga / Lettland helfen, Bürgerbeteiligung zum Teil der politischen Kultur zu machen? Die Konferenz hatte uns dazu noch keine tragfähige Antwort gegeben.

Kommunalpolitik mit hohen Ansprüchen in der Provinz: Kuldiga

Kuldigas seinerzeitiger, ambitionierter Bürgermeister, Edgars Zalāns, sah in 3 Dingen eine echte Chance für seine kleine Stadt, mit dem UNESCO-Weltkulturerbe geadelt zu werden: da ist zum einen die alte, fein restaurierte Backsteinbrücke über die Venta von der der Blick des Besuchers automatisch auf den breitesten Wasserfall des Baltikums (manche Reiseführer sagen vorsichtshalber: Europas) fällt und drittens ist Kuldiga, das die deutschen Gründerväter **Goldingen** taufte, der wichtigste Marktplatz für die noch verbliebene echte Leinen-Produktion in Lettland. Edgars Zalāns, war mit seiner Büroleiterin eines Tages in unserem Büro in Riga erschienen und hatte seine volle Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die drei Charakteristika von Kuldiga bestens ausreichen sollten, um seiner Stadt die UNESCO Anerkennung zu sichern. Ich war doch ganz bestimmt auch schon in und um Kuldiga herum unterwegs gewesen und würde das bestimmt genauso sehen. Ja, ich war schon des Öfteren in Kuldiga und auch an einigen attraktiven Plätzen in der Nähe, z.B. dem ausserordentlich großen Open-air-Kunst-Freigelände von Petvale. Ich war jetzt - 2007 - auch schon lange genug im Baltikum, um zu wissen, daß die Ordensritter in der Mitte des 13. Jh. noch immer gegen die Kuren kämpften und am Wasserfall der Venta deswegen eine Burg errichten liessen, die Jesusburg, die dann später der Kern von Goldingen wurde. Goldingen war in den Jahrhunderten immer wieder ein wichtiger Handelsplatz gewesen, sei es als

Hanse-Stadt, sei es unter den kurländischen Herzögen, sei es unter polnischer oder unter russischer Oberhoheit. Und Kuldiga wies immer einen sehr hohen jüdischen Bevölkerungsanteil aus. Das wurde Kuldiga dann in der kurzen Zeit der Nazi-Herrschaft zum Verhängnis. Denn die Wehrmacht kämpfte im Kurland-Kessel nicht nur gegen die Rote Armee, sondern war immer noch besessen vom Vernichtungsfeldzug gegen das Judentum. In die – wie man mir sagte – schönste Synagoge Lettlands hatten die Nazis alle jüdischen Einwohner der Stadt getrieben, sie später alle umgebracht und ihre Habseligkeiten unter der Restbevölkerung versteigert. Mir ging noch einiges mehr durch den Kopf als wir jetzt wegen Kuldiga zusammen saßen.



Venta-Backsteinbrücke bei Kuldiga (LV)

Vor allem war ich nicht automatisch von den drei Argumenten des Bürgermeisters überzeugt. Aber wir wollten auch schwächer fundierte Initiativen unterstützen, weil damit auch die Bürger in Kuldiga motiviert werden, sich (weiterhin) für ihre Stadt und das Umland zu engagieren – denn die Nationalregierung schaut (vereinfacht) nur auf Riga so wie Lembergs nur auf Ventspils schaut. Zalāns´ Bitte lautete dann (a) ihn bei der Organisation und Finanzierung einer internationalen Konferenz zu unterstützen und (b) bat er mich, diese Konferenz zu moderieren. Wir arbeiteten in der Folgezeit gut mit seinem Büro zusammen, halfen einige Experten aus Holland und Finnland zum Thema „nachhaltige Stadtentwicklung“ zu gewinnen. Irgendwann fuhren unsere Projektmanagerin Dace und ich dann früh am Morgen los, erreichten die gerade restaurierte Venta-Brücke, die geradeswegs auf die Burgruine von Kuldiga zuführt und waren rechtzeitig – in der alten Synagoge zur Stelle. Es war tatsächlich die alte Synagoge, die schon in der Sowjetzeit in ein Kino umgebaut worden war und nun seit der Unabhängigkeit weiter umgewandelt wurde zur Stadtbibliothek. Genau dort fand unsere Konferenz statt. Das unmittelbar Wichtige für den Bürgermeister war zunächst, daß die Medien über die Veranstaltung berichteten. Das wurde zumindest erreicht.

Zeitungsbericht über die intern. Konferenz in Kuldīga „Nachhaltige Stadtentwicklung“

Die internationalen Fachleute und ich selber ebenso, wir wollten natürlich etwas mehr erreichen als nur eine PR-wirksame Veranstaltung, die der Bürgermeister

– zumindest auch – als politisches Sprungbrett auf die höhere politische Ebene nutzen würde. Ich hatte meine Moderation um Fragen zu einer Grünen Stadt und dem hoffentlich gemeinsamen Marsch von Stadtverwaltung und Bürgerschaft hin zu einer solchen grünen Stadt organisiert. Die Beiträge der Experten machten auch Edgars Zalāns klar, daß eine UNESCO-Entscheidung ein längerer Prozeß ist, der keinen garantierten Ausgang kennt und für den ein gewisser langer Atem erforderlich ist. Langer Atem bedeutet in dem Sinne, daß die Stadt sich auch später weiter um ihr kulturelles Erbe kümmern muß. Denn die Anerkennung als Weltkulturerbe kann man schließlich erlangen und auch wieder verlieren. Das alles erläuterten die Fachleute aus Erfahrung und liessen sich auch gerne auf Nachfragen ein, wenn ich den Eindruck hatte, beim Publikum sei noch nicht die volle Botschaft angekommen.....

Venta-Wasserfall bei Kuldīga, läßt sich gut für eine Kneipp-Wanderung nutzen



Tilts, Ventas rumba un drupas

Izvirzot kļieģu tiltu, Ventas rumbu un drupas par videi labvēlīgas pilsētas attīstības un tūristu piesaistes trim balstiem, trešajā starptautiskās konferences dienā sākās diskusijas, ko vadīja Fridriha Eberta fonda (Vācija) pārstāvis Baltijā Elmārs Rempčīks (Elmar Römpezyk).

Runājot par vietējiem dārgumiem, politiskais zinātnieks (kā diskusiju vadītājs sevi nosauca) plašākā mērogā uzsvēra upju aizsardzību (jo tās ieplūst jūrā). Bet tāpat kā ekoloģiskais aspekts svarīgi ir arī citi: ekonomiskais, vēsturiskais, arhitektoniskais, sociālais, lauksaimnieciskais. „Ja tik daudz dimensiju, ir daudz iekšēju konfliktu. Jādoma, kā tos risināt sabalansēti.” viņš nīcināja.

bojot un atjaunojot vecos, šeit izveidojies savdabīgs stilu mikslis, atzina G.Kalniņš. Ar fotoaparātu viņš fiksējis, cik atšķirīgas vienas un tās pašas vietas ir dažādos gadalaikos, dienas stundās, apgaismojumā, klusās darbdienās un lielos pasākumos. Muzeja fondos, pētot teritorijas izmaiņas no 1242. gada, kad Kuldīga pirmoreiz minēta hronikā, līdz mūsdienām, atklājusies nianse, par kurām daudzi pat nezina. Piemēram, gar komturijas pils dienvidu pusi savulaik tecējis Pipevalks – tikpat ievērojama upe kā otrā pusē Alekšupīte (toreiz Dzirnāvupīte). Pirms tās ietekas Ventā (kur savienojas Dīķu un Pils iela) bijis koka tilts ar slūžām, kas redzams vēl 19. gs. sākuma fotogrāfijās. Tagad tur ierikota vienkārša caurtece. Pirms Otrā pasaules kara Ventas krasti nebija ošiem un kļāvām aizauguši, tur ziedēja ceri-

Diskusijas vadītājs **Elmārs Rempčīks** (otrais no labās) un Kuldīgas arhitekts **Guntis Kalniņš** (pirmais no labās).

unikālajai pilsētas individualītei? konferences dalībniekiem jāautāja tūrisma speciālisti no dīties parādīt pasaulei individualitāti, taču darīt to rūpīgi un uzmanīgi.

*Leinen-Markt in
Kuldiga*

Am Ende der Kuldiga-Konferenz wurde mir vor allem der Unterschied deutlich zu der Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative in Rigas Stadtteil Agenskalns, wo die Lebens- und Wohnqualität eines Stadt-



vierfels von den Bürgern gesichert werden soll, nicht von einem Bürgermeister, der die mögliche UNESCO-Anerkennung für seine weiterreichenden politischen Ambitionen nutzen würde. In Agenskalns war es uns eindeutig mehr um die professionelle und um die politische Unterstützung der dortigen Bürgerinitiative gegangen als hier in Kuldiga. Jetzt war es wieder gut, jemanden von der FES-Mannschaft dabei zu haben, um uns selbst Klarheit darüber zu verschaffen, wie wollen wir mit dem Thema Kuldiga umgehen. Wir würden unsere Rückfahrt nach Riga nicht nur für Kaffee-Pausen nutzen. Aber Dace denkt zum Glück nicht immer nur an Arbeit. Für die Rückfahrt schlug sie diesmal nicht einen Spaziergang durch die offene Kunst-landschaft von Petvale vor, sondern einen Abstecher zu Lettlands einzi-gem Wein-berg und als besonderes Bonbon einen Abstecher in Lettlands Cine-City. Ich hätte nichts gegen das große Kunst-Freilicht-Museum Petvale einzuwenden gehabt, weil dort bei langen Spaziergängen auch der Phantasie viel Raum gelassen wird. Aber jetzt sollte es zum lettischen Weinberg gehen. Ich war schon mehrfach durch das Örtchen Sabile gefahren, hatte bisher aber nie auf den Weinberg geachtet. Er ist auch nicht als Weinberg beeindruckend, wenn man selber des Öfteren durchs Ahrtal oder die Pfalz gewandert ist. Aber die Lage! Wahrscheinlich der nördlichste Weingarten Europas – und abgesperrt, wie wir an einem anderen Interessenten erkannten, der sich am Gatter die Nase platt drückte. Dace behauptete, daß der Staatspräsident seinen wichtigen ausländischen Gästen gerne eine Flasche von diesem Sabile-Wein zur guten Erinnerung überreicht. Ich bin sicher, jeder der Staatsgäste verglich diese Flasche automatisch mit einem Spätburgunder vom Kaiserstuhl und ließ das Präsent die nächsten hundert Jahre in seinem Keller verstauben.....

Mir wurde auch klar, weshalb ich diesen besonderen Weinhügel bislang nicht wahrgenommen hatte: die Bürger auf der Straße hatten mich immer abgelenkt. Sabile ist so etwas wie eine Zigeuner-Stadt; sagen wir, hier leben auffallend viele Roma. Den Grund kenne ich noch nicht. Zuvor in Kuldiga hatte man uns nur erzählt, daß vor dem Einrücken der Nazis in Sabile weit über die Hälfte der Bevölkerung jüdisch gewesen war und daß dort auch einst eine Burg des Deutschen Ordens gestanden hatte. Davon

war jetzt nicht mal mehr eine Ruine zu entdecken. Da der Weinberg verschlossen blieb, machten wir uns zum nächsten Ziel an diesem langen Wochenende auf. Wenn ich den Weinberg auch noch selber gefunden hätte – aber die lettische *Cinecittà* ganz bestimmt nicht! Sie lag hinter irgendwelchen Staubwegen versteckt und bei Regen gerade noch mit unserem Jeep problemlos erreichbar.



*Petvāle,
Freilich-
Kunstparks,
Objekt
„Ikarus“
- diesmal
nicht*

Ich besaß kein Navigationsgerät, war noch gewohnt, auf eine Karte zu schauen.

Dace hatte

weder eine detaillierte Karte vom Zielgebiet noch war sie selber je in *Cinecittà* gewesen. Sie war aber sicher, daß es existierte und wo es ungefähr liegen mußte. An einem kleinen Fließchen (beides: klein und Fließchen) mit Namen Vecslampe bogen wir von der Hauptstraße nach Süden ab und ich mußte laut lachen. Vec heißt auf Lettisch „alt“; bei slampe sehe ich die balten-deutsche Wurzel *Schlampe*. Demnach heißt das Fließchen *Alte Schlampe*. Natürlich hatte Dace das so nicht gesehen. Am Ende schafften wir die vielen kleinen Feldwege und fanden nach ein paar freundlichen Auskünften auch *Cinecittà*.

*am „Set“ des lettischen
Cinecittà*

Die Sonne war zurück, aber dafür ließ sich heute am Sonntag sonst niemand sehen. Wir strolchten durch ein Filmdorf, gut geeignet für lettische Seifenoper und den einen oder anderen Kinofilm. Zurück in Riga holte uns der Arbeitsalltag sehr schnell wieder ein.



Nord-Süd-Sensibilisierung statt Globalisierung

Selbst für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit hatte sich eine NRO gefunden: GLEN (Global Education Network of Young Europeans).⁸¹ Bei den GLEN-Leuten war irgendwie durchgesickert, daß ich zu den wenigen Menschen in diesem Land (der Region) gehöre, die auch schon intensiv in anderen Kontinenten tätig waren. Es erinnerte mich irgendwie an meine ASA-Reisen in der Studentenzeit (Indonesien zuerst, dann Venezuela) als eines Tages 2006 eine kleine Gruppe lettischer Studenten in der Bürotür stand und die Idee eines entwicklungspolitischen Projekts unter dem Titel "Letten auf beiden Seiten des Äquators" vortrug.

Letten waren nur einmal in ihrer politischen Geschichte Kolonialmacht gewesen, und zwar als der Reichsfürst Jakob zugleich Herzog von Kurland war, der Livländische Orden zerschlagen am Boden lag und der Dreißigjährige Krieg zur Neige ging. Herzog Jakob erhandelte sich von den klassischen Kolonialmächten einen Stützpunkt in Westafrika (Mündung des Gambia-Flusses) und die Karibikinsel Tobago. Als der Herzog 1682 starb war ein Jahr später auch das lettische "Kolonialreich" beendet. Das Motiv der Studenten war also nicht Wiedergutmachung kolonialistischer Ausbeutung oder Greuel. Es war schlichter. Seit 2004 muß die lettische Regierung nicht nur ihren NATO-Beitrag leisten, sondern ist auch Geberstaat für EU-Entwicklungshilfe. Aber weder weiß man in der lettischen Regierung so richtig, was da zu tun wäre; noch sind im Staatshaushalt mehr als Placebo-Mittel für die Nord-Süd-Kooperation eingestellt. Das deutsche Ministerium für internationale Zusammenarbeit (BMZ), dasselbe aus dem auch meine Projektmittel kamen, unterstützte die Initiativgruppe dieser Studenten, die sich den Organisationsnamen *GLEN-Latvija* gegeben hatten, weil sie ein Element des in Deutschland kreierte GLEN-Netzwerkes sein wollten.

Im Kern ging es GLEN darum, Verständnis für Nord-Süd-Kooperation in der lettischen Gesellschaft und besonders bei der Jugend für persönliches Engagement in Nord-Süd-Projekten zu wecken. Die kleine Führungsmannschaft von GLEN hatte das ASA-Programm in Deutschland kennengelernt und drei von ihnen hatten daraufhin Entwicklungsprojekte in Sri Lanka, Ghana, India, Namibia besucht und daher selber schon ein bisschen über den Äquator geschaut.

Entweder kannten sie meine Biographie oder es war der absolute Zufall, daß sie bei dem FES-Vertreter auf einen alten ASAten gestoßen waren, der für ihr Ansinnen entsprechend offen war - obwohl ich formal gesehen, keine Ausgaben zugunsten von GLEN tätigen durfte, da FES wie auch GLEN aus demselben BMZ-Haushalt finanziert wurden. Aber wenn unsereiner etwas im Süden gelernt hat, dann, daß man Vorschriften nur immer richtig interpretieren muß, um trotzdem sein Ziel zu erreichen. Wir starteten also mit einem Sensibilisierungsseminar draussen auf einem kurländischen Bauernhof, weil die ausgebaute Scheune kostengünstig und angemessen war. Ich hätte den ersten Tag und die Nacht und den zweiten Tag etc. in einem fort erzählen können, wie ASA entstanden war, wie es irgendwann am Boden

81 Das „Global Education Network of Young Europeans“, kurz GLEN, schafft Synergien zwischen Nord und Süd und Ost und West. GLEN ist eine neue und bisher einzigartige Initiative von europäischen Partnerorganisationen und dem ASA-Programm. GLEN ist ein Qualifizierungsprogramm im Bereich Globales Lernen und bildet MultiplikatorInnen für Globales Lernen in Europa aus. Im Mittelpunkt stehen Wissen und Methoden zu Globalem Lernen und entwicklungspolitischer Bildungsarbeit.

lag, wie wir Studenten mit Kulturschocks in unseren Gastländern umgegangen waren, welchen Nutzen wir selber und welchen Nutzen möglicherweise die Gastländer aus dem Programm gezogen hatten. Nur, daß der langjährige Leiter unseres damaligen ASA-Programms, der blinde Dr. Harbs eines Tages tot in einem schwedischen See trieb, daß erzählte ich ihnen nicht Als konkrete eigene *lesson learnt* aus meinem ASA-Aufenthalt in Indonesien hatte ich meist den Hinweis auf die Gründung des „Arbeitskreises Dritte Welt“ (AK3) an der Uni Bochum. Ich hatte für AK3 die räumliche und ein bißchen auch finanzielle Unterstützung des Instituts für Entwicklungspolitik an der Uni gefunden. Wir vernetzten uns mit anderen AK3 in der BRD und hatten das Gefühl in der politischen Kultur der 1970er Jahre die öffentliche Diskussion über Respekt vor anderen Kulturen und Kritik an den Ausbeutungsverhältnissen zwischen Nord und Süd mit anzuschieben. Dafür wollte ich jetzt bei den lettischen Studenten die Motivation stärken und zu nüchternen Einschätzungen der aktuellen neokolonialen Verhältnisse zwischen NORD-SÜD und WEST-OST wie auch OST-SÜD etc. beitragen

(etwas später was das übrigens auch der Grund, weshalb wir die *Stockholm School of Economics* in Riga dabei unterstützten, die Bibliothek des verstorbenen Andre Gunder Frank zu übernehmen und den Studenten in Riga zugänglich zu machen).

ER bei seinem ASA-Einsatz auf Kalimantan (Borneo) mit konkreter Anschauung, wie die Ölindustrie den Regenwald zerstört..... und jetzt als Berater in einem



entwicklungspolitischen open-air Seminar mit GLEN zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz „Lettland im Nord-Süd-Dialog“ (hier: lettische Küste bei Jurkalne)

Am Ende kam eine mehrjährige Zusammenarbeit zwischen GLEN und FES heraus und ich war noch mehrere Male von ihnen als Referent an verschiedenen Universitäten Lettlands eingeladen, um den interessierten Studenten ein Gesprächspartner für ihre vielen Fragen zu sein. Die Zusammenarbeit wurde von unserer Seite erst heruntergefahren und dann eingestellt als das lettische Außenministerium sich auf das GLEN-Projekt „draufsetzen“ wollte, das aber mit derart hochnäsigen und rein bürokratischen Mitarbeitern tat, daß für uns als FES die weitere Zusammenarbeit nur peinlich gewesen wäre. Natürlich habe ich es bedauert, in erster Linie, weil die GLEN-Mannschaft nicht weniger interessiert und engagiert war als wir damals in den 1970er Jahren. Das Interesse des lettischen Außenministeriums an GLEN hatte allerdings nichts mit einem aktiven Interesse an Entwicklungszusammenarbeit mit dem SÜDEN zu tun. Vielmehr war die lettische Regierung nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen als EU-Mitglied nachzukommen und suchte jetzt auch nach kleinen Strohhalmen, um sich daran festzuhalten. Noch in 2008 veröffentlichte *Baltic News Service* problematische Daten zum Thema: *“The minister (of Foreign Affairs) admitted though that the public is insufficiently informed about development cooperation. ... The choice of the term itself -- development cooperation policy -- is not very successful either, the minister said ironically, blaming Latvian linguists for that.”*

“Old EU member states have committed to allocate at least 0.51 percent of GDP to development cooperation till 2010, and the new members have pledged 0.17 percent of GDP. Latvia's development cooperation budget is 500,000 lats, while Lithuania and Estonia are contributing 1.8 million lats and 1.4 million lats respectively.” ⁸²

Nicht ungewöhnlich an dieser Erklärung des Außenministers ist die Schuldzuweisung an die Linguisten Lettlands !! Die eigentliche Ineffizienz der lettischen Führung kommt jedoch durch die EZ-Beiträge der beiden Nachbarn zum Ausdruck: Estland wendet dreimal soviel für Entwicklungszusammenarbeit auf wie Lettland und Litauen fast viermal soviel. Dabei bleibt natürlich die Frage nach effektiver Verwendung dieser Beiträge offen – so, wie sie auch in vielen Teilen der deutschen EZ mit Fragezeichen zu versehen ist.

82 BNS Riga, 31.1.2008: *Latvian formin wants govt to consider bigger allocation for development cooperation*

ROHSTOFF - BEWUSSTE ENTWICKLUNG



Die Rohstoff-Frage ist die Kernfrage aller weiteren entwicklungspolitischen Überlegungen: Rohstoff-Identifizierung, Rohstoff-Gewinnung, Rohstoff-Verarbeitung, Rohstoff-Rückgewinnung, Rohstoff-Konflikt-Management ohne Krieg. Weltweit stehen die Rohstoffe Energie und Wasser und Nahrungsmittel im Mittelpunkt aller zukunftsfähigen Entwicklungskonzepte und dahinter, auf der Metaebene, der Erhalt der Artenvielfalt. Alle übrigen großen Fragen lassen sich davon ableiten (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität...). Wenn es bei den internationalen Konflikten und Kriegen und Genoziden nicht um Ideologie bzw. Religion geht, dann geht es um die Verfügung über Rohstoffe – und manchmal ist auch die Religion nur das Mäntelchen über den Öl- oder Gasfeldern. Im rohstoffreichen Lateinamerika ist im neuen Jahrtausend durch einige sozialdemokratische und ähnliche Regierungen das eingetreten, was genaue Beobachter der Region „Neuer“ oder „Progressiver Extraktivismus“ nennen.⁸³ Danach hat es einen leichten Ruck hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit bei den Erlösen aus den Rohstoffe-Exporten gegeben: mehr Investitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor vor allem (Chile, Brasilien, Uruguay, Ecuador, Venezuela, Costa Rica ...). Allerdings ist damit nicht die Überausbeutung von Rohstoffen zurückgefahren worden – ihre Legitimation hat sich lediglich etwas vergrößert. In vielen Fällen allerdings auch nicht, vor allem dort nicht, wo die neuen Kolonialisten - Chinas Unternehmen - Bergwerke und anderes aufgekauft haben, die Förderung intensiviert und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die einheimischen Beschäftigten durchgesetzt haben – oder

⁸³ Eduardo Gudynas: Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: FDCL & RLS: Der neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin 2012

gleich die eigenen chinesischen Arbeitskräfte mitbringen und dadurch die einheimische Bevölkerung sogar außen vor lassen. Progressiver Extraktivismus ist also alles andere als nachhaltige Rohstoff-Bewirtschaftung.

Nachhaltigkeit – ein Begriff in Auflösung

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) blickt auf die Nachfolge der Millenniums-Ziele der Vereinten Nationen ab 2015, auf die „Ziele Nachhaltiger Entwicklung“ und fordert: **Armut bekämpfen – durch Umweltschutz!** Dabei ist der Kerngedanke sehr ähnlich meiner eigenen Vision: „weniger vom Mehr – mehr vom Weniger“. Beim WBGU liest sich das so:

„Konsumentenscheidungen und Lebensstile der Mittel- und Oberschichten tragen am stärksten zur Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen bei, etwa durch deren hohen Ressourcen-verbrauch oder CO₂-Ausstoß pro Kopf. Gleichzeitig haben diese Gruppen aber den besten Zugang zu nachhaltigen Technologien. Damit obliegt ihnen die Verantwortung, Vorreiter für den Schutz des Erdsystems zu werden und Raum für eine nachhaltige Entwicklung der armen Bevölkerungsgruppen zu schaffen. ... Hier ist die Politik gefordert, passende Voraussetzungen für nachhaltige Produktions- und Konsummuster zu schaffen. Ordnungsrecht sollte in Form von Ge- und Verboten den Rahmen zur Einhaltung von Leitplanken setzen ... Konsumenten und Produzenten benötigen zudem ausreichend Informationen zur Beurteilung des eigenen Handelns. Gleichzeitig sollten tägliche Konsumentenscheidungen, etwa durch Aufklärungskampagnen und Bildungsprogramme, stärker problematisiert werden, damit individuelles Handeln die politische Gestaltung unterstützt.“⁸⁴

Als FES hatten wir – wie einige wenige andere Akteure in den drei baltischen Ländern auch - bei jeder passenden Gelegenheit nicht nur auf die globalen Zusammenhänge von Rohstoffnutzung und Armut abgestellt, sondern auch bodenständig darauf hingewiesen, daß der begrenzte Bestand an natürlichen Rohstoffen nicht in die immer noch benutzte Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. BSP eingeht. Somit geht auch die tendenzielle Verschlechterung der Ressourcenausstattung der baltischen Länder nicht in eine realistische *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* ein und wird in absehbarer Zeit zu strukturellen Problemen für die Nationalökonomie führen.⁸⁵ Im Rahmen meines Lehrauftrages an der Stradiņš-Universität in Riga habe ich in meinen Veranstaltungen zumindest auf das hingewiesen, was in Lettland bisher nicht stattfand: die Diskussion um das sog. *Material Flow Accounting* (MFA), also den Materialfluß, den die jeweilige Volkswirtschaft für ihre bestehende Funktionsweise benötigt. In den baltischen Volkswirtschaften – wie fast überall auf der Welt – wird Wirtschaftswachstum oder -Rückgang immer noch unabhängig von Energieeffizienz und von nicht-erneuerbaren Rohstoffen gerechnet. Die simple Formel vom

⁸⁴ WBGU: Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken, Berlin 2014, S.3

⁸⁵ Zum Thema BIP gibt es eine pikante Fußnote: die EU-Kommission hat beschlossen, ab 2015 auch Prostitution, Drogenhandel, Schwarzarbeit u.a.m. als anrechenbare volkswirtschaftliche Leistung zu behandeln. Die Bundesregierung hat schon 2014 darauf reagiert und auf diese Weise ihre BIP-Statistik geschönt. U.a. verringert sich dadurch z.B. die Verschuldungsquote der öffentlichen Hand

Entkoppeln volkswirtschaftlicher Entwicklung vom Rohstoff- und Energieverbrauch hatte in meiner Zeit die wichtigen Universitäten in Riga, Tallinn und Tartu oder Vilnius noch nicht wirklich erreicht. Lediglich in Kaunas saß ich eher zufällig einmal mit einem Ökonomen an der dortigen Uni zusammen und wir diskutierten das Thema MFA und BIP so, daß ich den Eindruck gewann, der Mann wird noch ein bißchen als „Spinner“ unter den dortigen Dozenten angesehen. Dabei ist MFA ein ganz wichtiger Indikator, um abzuschätzen, ob sich ein Land erfolgreich dem immer größeren Druck auf nicht-erneuerbare Rohstoffe langfristig entziehen und damit viele Folgeprobleme vermeiden kann, wie steigende Verschuldung wegen steigender Rohstoffpreise, politische Erpressbarkeit wegen Importabhängigkeit von Rohstoffen (Energie) etc.. Die sogenannte „low-carbon-economy“ bedeutet hierbei wiederum einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung und wird in einem EU-Versuchsprojekt derzeit gefördert, in das als baltischer Teilnehmer immerhin die Stadt Tallinn eingebunden ist. Das Projekt mit dem Namen **TraCit** hat sich ein klares Ziel gesetzt:

Aim of TraCit ⁸⁶

identify and share knowledge and best practice between partner regions on schemes and policies with the potential to reduce carbon intensive travel while at the same time supporting the development, economic growth and sustainability of new and existing urban environments

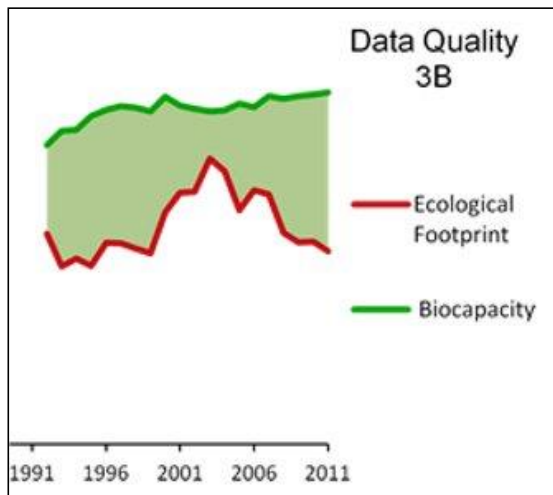
Der andere, ebenso wichtige, aber ebenso vernachlässigte Indikator für nachhaltige Entwicklung heißt auch im Baltikum **Ökologischer Fußabdruck** („Footprint“). Auch 2015 gibt es noch keine uneingeschränkt belastbaren Angaben für die baltischen Länder. Im Kapitel über die politische Kultur im Baltikum wurde erkennbar, daß die konservativ-liberalen Regierungen dem Thema zuwenig oder keine Bedeutung beimessen, obwohl auch in den baltischen Volkswirtschaften tendenziell ähnlich stark auf Rohstoffimporte gesetzt wird, wie in dem Hochindustrieland Deutschland. Global Footprint Network arbeitet mit Daten, die den UN vorliegen und hat daraus für die baltischen Länder die Verlaufskurven für den Ökologischen Fußabdruck im Vergleich zur Biokapazität eines Landes aufgezeigt. Die Gegenüberstellung mit Deutschland hilft bei der Einordnung dieser Footprint-Daten:⁸⁷

Die Grafiken demonstrieren sehr eindeutig den Widerspruch zwischen der vorhandenen biologischen Ausstattung (biocapacity) des führenden Industrielandes Deutschland und dem tatsächlichen Naturverbrauch (ecological footprint). Dieser Widerspruch muß irgendwie aufgelöst werden, denn er gilt nicht für Deutschland allein, sondern ist ein EU-Problem. EU-Europa verbraucht mehr als das Doppelte seiner vorhandenen Biokapazität. Die Weltbevölkerung insgesamt hatte am 19. August 2014 schon den Naturverbrauch für das gesamte Jahr erreicht. Das Wuppertal Institut nennt diesen Tag daher den „**Overshoot Day**“. Die baltischen Staaten sind – wohl auch aufgrund ihrer sinkenden Bevölkerungszahl und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit – dabei, sich in die EU-Footprint-Entwicklung einzureihen. Am

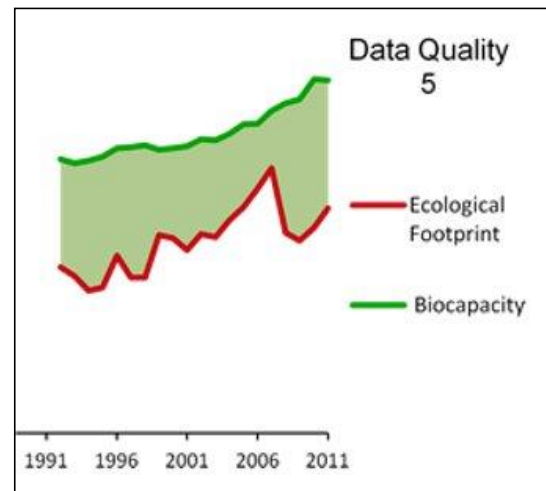
86 POWER ist ein Interrec-Programm der EU, das zunächst in 7 EU-Ländern CO₂-arme Ökonomien erproben soll (vgl.: <http://www.powerprogramme.eu/>).

87 **Global Footprint Network**, Letztes Update am: 16/03/2015

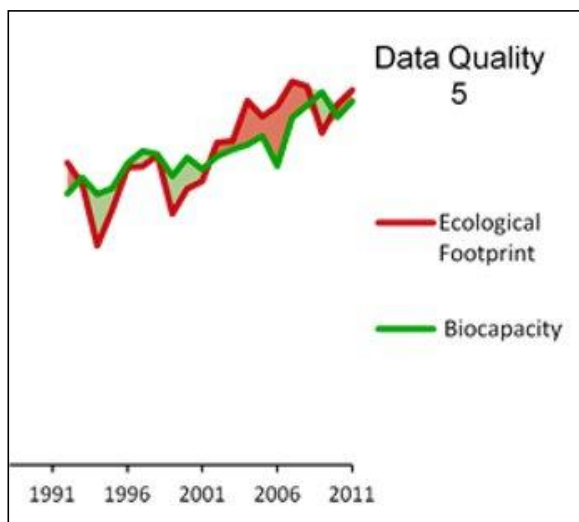
deutlichsten erkennbar in Litauen, gefolgt von Lettland und Estland. Dabei zeigt die Datenqualität für Estland die niedrigste Zuverlässigkeit.



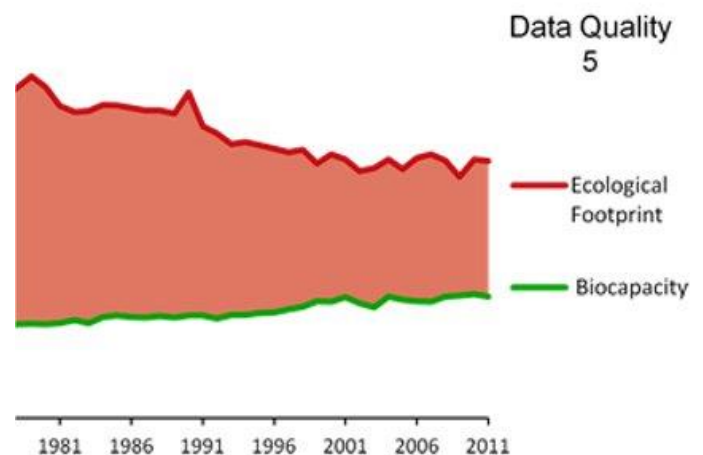
Estland



Lettland



Litauen



Deutschland

Hinter diesen und den gesamteuropäischen Footprint-Angaben verbirgt sich allerdings das vielleicht größte Problem der aktuellen internationalen Entwicklung. Denn Politik und Wirtschaft arbeiten zum Teil an der Verringerung der Schere zwischen Ressourcen-Verbrauch und eigener Ressourcen-Verfügung. Die meiste Anstrengung zielt allerdings darauf ab, die großen Überschüsse an (biologischem) Rohstoffen in Lateinamerika/Karibik und selbst aus dem hungernden Afrika etwa als Nahrungsmittelimporte in die EU fließen zu lassen. Damit läßt sich für die EU die Footprint-Diskrepanz ausgleichen.

Oder anders gesagt: unser europäischer Standard läßt sich nur zu Lasten einer anderen Region (Lateinamerika, Afrika) in der jetzigen Form aufrechterhalten! Dabei verbleiben die gesamten ökologischen Belastungen dieser Nahrungsmittelproduktion (z.B. Bananenplantagen mit Pestiziden; Gemüseanbau mit teurem Wasserverbrauch)

in den Ursprungsländern, verschlechtern deren Umwelt- und Klimabilanz und begrenzen eine auf deren eigene gesellschaftliche Bedürfnisse ausgerichtete Nahrungsmittelproduktion. Mit der sozialen Folge, daß die Verarmung in den Ländern mit Biokapazitäts-Überschuß immer stärker zunimmt und die Notleidenden nur in der Migration in die reicheren Länder des Nordens einen Ausweg sehen (Typ „boat-people“). Aber marode mit Hunderten von Flüchtlingen überfüllte Boote sind nicht der Ausweg. Nach dem Untergang eines solchen Bootes mit rd. 850 Passagieren im April 2015 gab es einen leichten Ruck bei den EU-Innenministern.⁸⁸

Sehr deutlich hatte die *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* unter dem Vorsitz von *Joseph Stiglitz* und auf Einladung von Präsident Sarkozy 2009 die Herausforderungen zusammengefasst, vor denen insbesondere die sogenannten hoch-entwickelten Staaten stehen. Der Bericht der Stiglitz-Kommission hält u.a. fest:

“Since the mid-1980s humanity's footprint is larger than the planet's carrying capacity and in 2003 humanity's total Footprint exceeded the Earth's biocapacity by approximately 25 per cent (we would have needed an extra 25% Planet to meet our needs, to say it informally). While 1.8 global hectares per person are available world-wide, Europeans use 4.9 global hectares per person and North Americans use twice that amount, that is much more than the actual bio-capacities of the two geographical zones.”⁸⁹

Hinsichtlich der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen (in den Ozeanen, im tropischen Regenwald, in den *hotspots* der Artenvielfalt) bedeuten die Zahlen im Stiglitz-Report, dass wir vor allem von den sogenannten hoch entwickelten Ländern aus nicht die natürlichen Ressourcen nutzen, sondern eher einen Vernichtungsfeldzug gegen sie führen.

Noch gravierender für die Umwelt der Rohstoffländer ist der Abbau von industriellen Rohstoffen, wie Gold, Kupfer, Uran, „wertvolle Erden“, Coltan, die fast ausschließlich in die sog. hochentwickelten Länder exportiert werden.

Trotz dieser Entwicklungen beziehen sich Politiker, aber auch litauische oder lettische NRO immer noch auf den Brundtland-Bericht „Our Common Future“ von 1987 mit der berühmt gewordenen Kurzdefinition von Nachhaltigkeit: *„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“* Da die gegenwärtigen Bedürfnisse unserer europäischen Konsumgesellschaften durch intensive Werbekampagnen, Imagewerbung, „Sonderangebote“ aufgebläht werden und damit weitgehend künstlich sind, kann diese Brundtland-Definition heute nicht mehr gelten. Sie galt auch 1987 schon nicht.

88 ZDF, Heute, 23.4.2015: „EU-Flüchtlingshilfe: Viele Fragen offen ... Die Pläne sind knapp und ungenau. Das Budget von "Triton", eigentlich eine Grenzschutzoperation, läge selbst bei einer Verdopplung immer noch ein Drittel unter der Summe, die Italien für sein inzwischen beendetes Seenotrettungsprogramm "Mare Nostrum" ausgegeben hatte. Zudem hat die EU keine eigenen Schiffe und keine Hubschrauber, sondern ist auf die Mitgliedstaaten angewiesen - und einige zieren sich“

89 *Joseph Stiglitz, Amartya Sen and Jean-Paul Fitoussi : The Measurement of Economic Performance and Social Progress Revisited - Reflections and Overview, September 2009, Paris, S. 245*

Die zukunftsfähige Nutzung der eigenen natürlichen Ressourcen im Baltikum (vor allem Wälder, Süßwasser-Seen, windreiche Küsten) wäre ein guter Ansatz, um footprint-bewußte Entwicklung zu betreiben. Die Möglichkeiten dazu unterstreicht auch der WWF-Bericht „Living Planet 2010 – Biodiversity, Biocapacity and Development“ mit einigen Angaben zu den baltischen Ländern.⁹⁰

Für dieses gewaltige Themenfeld war der blutleere Bericht über nachhaltige Entwicklungspolitik der lettischen Regierung an die Vereinten Nationen ein Augenöffner gewesen. Es war der offizielle Länderbericht Lettlands zum Johannesburg-Gipfel der UN im Jahre 2002. Im EU-Tempo hielt der Europäische Rat unter Österreichs Vorsitz dann schon im Juni 2006 *Lettlands* Regierung dringend an, diesen Bericht zur nachhaltigen Entwicklungspolitik zu überarbeiten. In der ersten Jahreshälfte 2007 lag ein Regierungs-Entwurf vor. Das sahen wir als gute Gelegenheit, uns einzumischen – nicht direkt als FES, sondern über qualifizierte lettische NROs. Mit unserer finanziellen und materiellen Unterstützung erarbeiteten zehn lettische NROs einen eigenen Schatten-Bericht zur Nachhaltigkeitspolitik Lettlands. Zugrunde gelegt waren darin die zurückliegenden fünf Jahre mit Schlussfolgerungen für eine zukünftige nachhaltige Entwicklung – einschließlich der Rohstoffbewirtschaftung. Es gelang, dass die NRO-Gruppe zu gemeinsamen Gesprächen mit den zuständigen Ministerien vorgelassen wurde und dass die Regierung den NRO-Bericht als Anhang zum offiziellen Regierungsbericht an die EU Kommission übernahm.⁹¹

*NROs erarbeiten
alternativen
Entwicklungsbericht
für Lettland
im FES-Büro, 2007*

Politisch gesehen ein erster Schritt der Anerkennung professioneller NRO-Arbeit durch die Regierung und der Bereitschaft, den Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft zu führen. Dennoch wurden Lettland und auch Litauen

in der folgenden Evaluierung ihrer Nachhaltigkeits-Strategie (2008) weiterhin *expressis verbis* als die Mitglieder genannt mit „sehr niedriger Übereinstimmung mit



90 WWF: *Living Planet Report 2010. Biodiversity, Biocapacity and Development*, Gland/Schweiz 2010

91 <http://www.mk.gov.lv/lv/mk/tap/?pid=30298748&mode=mk&date=2007-06-26>

der EU-Strategie und mit sehr wenigen verfügbaren Informationen zur aktuellen Umsetzung der Strategie im Lande“.⁹²

Das heißt, es fehlt in beiden Ländern nicht nur an einer überzeugenden umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie, sondern es fehlt auf Regierungs- und Parlamentsebene bislang auch das Verständnis dafür, dass Nachhaltigkeit nicht einfach nur bedeutet: *mehr wirtschaftliches Wachstum, damit etwas mehr verteilt werden kann* (wie es auch gerne bei dem neoliberalen Kommissions-Präsidenten Barroso während seiner 2 Amtsperioden anklang).

2012 hat die Regierung in Riga dann einen *Plan zur Förderung von Green Economy* vorgelegt. Für jeden, der das Land und seine politische Kultur und die hier skizzierte Vorgeschichte ein bisschen kennt, ist es faszinierend, die Erläuterungen des Parlamentarischen Staatssekretärs des Entwicklungsministeriums (**Einārs Cilinskis**) zu diesem Plan zu lesen – und es ist unendlich traurig, diesen Schwachsinn lesen zu müssen, den niemand in Lettland auch nur im Ansatz für ernst gemeint akzeptieren kann. Für wie dumm halten lettische Politiker eigentlich noch immer ihr Volk? Die haarsträubendsten Sätze des Papiers lesen sich so:

Zusammenfassung

PSts Cilinskis

Anmerkungen ER

<ul style="list-style-type: none"> • Zur Zeit heißt unser allgemeines Ziel Energie-Effizienz. In diesem Augenblick sollten wir uns <u>nicht auf Erneuerbare Energien konzentrieren</u>, denn die Menschen in Lettland sind absolut sicher, daß Grüne Energie teuer ist. • Wir besitzen den Nationalen Entwicklungsplan 2014-2020. Die große (Grüne) Vision wurde darin <u>nicht vollständig</u> übernommen, nur einige Teile • Lettland besitzt eine <u>Strategie der Nachhaltigen Entwicklung 2030</u>. Leider gibt es dafür keine Instrumente zu ihrer Umsetzung • <u>Dänemark hat eine Nachhaltigkeitsstrategie</u> für Energiepolitik 2050. Deren Umsetzung läuft. Alle politischen <u>Akteure</u> stehen hinter dieser Strategie, weil sie die politische Kontinuität dieser Planung <u>garantiert</u> • Unsere größte Herausforderung lautet: für alle diese Planungen <u>haben wir keine makroökonomische Perspektive</u>. Wir besitzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wieso besteht diese Einschätzung bei den Bürgern, da die Regierung immer betont, daß Lettland schon einen Anteil an Erneuerbarer Energie von > 30% erreicht hat und 40% in 2020 erreichen will. Hat evtl. die Lobby der Gas- und Öl-Wirtschaft massives Interesse, gegen Grüne Energien zu arbeiten? • Welche Teile der Grünen Vision wurden übernommen? • Wie kann man dann von einer Strategie sprechen? • Was hat das mit Lettland zu tun? • Welche Akteure, die in Dänemark oder die in Lettland? • Was wird hier garantiert und von wem? • Welche Wirkungen hat denn die Strategie?
---	---

92 ebda, z.B. S. 144

keine Daten, wie Grüne Wirtschaft praktisch funktionieren könnte

- In keinem der Entwicklungsländer, in denen ich arbeiten durfte, habe ich je solche konfuse Sprechblasen gehört

Beeindruckend peinlich ist die Inkompetenz eines verantwortlichen Staatssekretärs, wenn es bei Herrn Cilinskis heißt:

*„Lettland besitzt eine **Nachhaltigkeits-Strategie 2030**, die eine ganze Reihe an Grundbedingungen für eine Grüne Wirtschaft enthält. Es mangelt allerdings an der Umsetzung und an Instrumenten, wie diese Strategie bei der Entwicklung weiterer Entwicklungskonzepte berücksichtigt werden kann. ... „*

„Dänemark besitzt auch eine Strategie. Dort ist als positiv anzusehen, daß fast alle politischen Kräfte diese Strategie unterstützten, da sie die politische Weiterführung des Planungsprozesses garantiert“

Was, bitte, bedeutet es für die politische Elite des Landes, wenn der Staatssekretär freimütig erklärt: *„die größte Herausforderung von allen liegt im Mangel an einer makroökonomischen Perspektive in all den vorgelegten Plänen und visionären Dokumenten. Wir verfügen über keine detaillierten Daten, wie eine Grüne Wirtschaft in der Praxis funktionieren sollte. Grüne Wirtschaft besitzt beste Voraussetzungen in Lettland, bedarf allerdings noch weiterer Debatten“*

2014 wurde derselbe **Einārs Cilinskis** zum **Umweltminister** ernannt. Aber dann die gute Nachricht: Cilinskis blieb nur 51 Tage im Amt. Denn er ist Mitglied der Nationalen Allianz, die sich durch aktive Sympathie für die Nazis in Lettland hervortut. Cilinskis hielt sich nicht an den Kabinettsbeschluß, einer öffentlichen Veranstaltung der SS-Legionäre fernzubleiben. Damit wollte ihn Ministerpräsidentin Straujuma nicht länger halten.

Einige der Cilinskis-Stichworte deuten allerdings auf bedenkliche Defizite in der lettischen Entwicklungsstrategie hin. Es wäre für das Land und seine Menschen hilfreicher, wenn nicht immer neue Pläne vorgelegt würden, sondern vielleicht ein gut durchdachter, zu dem alle in Lettland vorhandenen Fachinstitute ihren jeweiligen Beitrag liefern, den das zuständige Ministerium (auf der Ebene der Staatssekretäre) vernetzt und dabei die Synergie-Möglichkeiten realistisch prüft.

Fachleuten in der baltischen Region sind diese weißen Flecke in der Entwicklungs-Matrix der Landesregierungen längst bekannt. Als halb-offizielles politisches Dokument hatte schon Ende 2007 die staatliche Agrarbank *Latvijas Hipoteku un Zemes Banka* ein sogenanntes Strategiepapier unter dem Titel *Latvia's Sustainable Development - Strategy 2030* vorgelegt. Der Inhalt enthält in geraffter Form Fragestellungen, Überlegungen, Vorschläge, die den zuständigen Ministerien als Orientierung hätten nützlich sein können (Ministerium für Umwelt; für Regionalentwicklung; für Landwirtschaft; für Wirtschaft und Energie). Und es enthält die Erkenntnis: *„Die bestehende Ungleichheit zwischen wirtschaftlicher Konkurrenz, sozialer Integration und nachhaltigen Umweltzielen führt in eine Situation, in der ökonomische Konkurrenzfähigkeit über die Prinzipien von nachhaltiger Entwicklung dominiert.“*⁹³ Damit wurde deutlich, dass die Anmahnungen der EU-Kommission auch von den Fachleuten im politischen System als rechtens angesehen wurden.

93 Latvia's sustainable development strategy 2030 - background review, October 2007; erstellt im Auftrag der staatlichen Latvijas Hipoteku un Zemes Banka, dort S.38

Deshalb lässt sich zwangsläufig wieder fragen, was hat die EU-Kommission mit ihren vielen und teuren Fortbildungsprogrammen (Twinning etc.) eigentlich geleistet, um Grundbedingungen von politischer Entwicklungsplanung in einem Land wie Lettland zum Standardinstrument von politischem Management zu machen?

Entwicklungspolitisch lassen sich im Baltikum durchaus reale Entwicklungspotenzialen benennen, die, wie in vielen Entwicklungsländern auch, nicht verknüpft sind. Z.B.:

Was findet sich im Baltikum zum Aufbau einer Green Economy?

Ressourcen	geeignet für
<ul style="list-style-type: none"> • Attraktive Landschaften in den 4 Jahreszeiten • Wenig chemisierte Landstriche • Große zusammenhängende Waldflächen • Lange Ostseeküste 	<ul style="list-style-type: none"> → Öko-Tourismus → Bio-Nahrungsmittel → nachhaltige Wald-, Holz-, Energiewirtschaft → Fischzucht, -verarbeitung; Windparks

Was hindert im Baltikum den Aufbau einer Green Economy?

<ul style="list-style-type: none"> • Casino-Kapitalismus mit hohem Korruptionsniveau • Stark Lobby-gesteuerte politische Führung (stärker in Lettland und Litauen als in Estland) • National-konservative Handlungsmaximen • Stark chemisierte „moderne“ Landwirtschaft • Wenig entwickelte Wertschöpfungsketten 	<ul style="list-style-type: none"> → geringe/keine grenzübergreifende Kooperationsbereitschaft → Eutrophierung der Ostsee, Reduzierung der Fischbestände → besonders deutlich in der Holz- und Waldwirtschaft
---	--

Dabei lässt sich in SÜD-Ländern einiges für das Baltikum und für die ganze EU lernen. Den wichtigsten Ansatz zur ernsthaften Änderung der Rohstoff- bzw. Extraktionspolitik haben weniger sog. linke Regierungen eingebracht, sondern indigene Völker in Lateinamerika, von denen die Bewohner des Yasuní-Nationalparks in Ecuador die bekanntesten wurden. Sie wollten ihren Lebensraum erhalten wissen und drängten ihre nationale ecuadorianische Regierung, wenigstens in einem Teil des Yasuní-Regenwaldes keine weiteren Konzessionen zur Erdölförderung zu vergeben. Yasuní wurde gescheitert, und zwar – pikanterweise - unter hoher Mitverantwortung der deutschen Bundesregierung. Es lohnt etwas genauer hinzuschauen, denn der gangbare Ausstieg aus neokolonialer Rohstoffpolitik wird auch weiterhin von der deutschen GROKO-Regierung vermieden, wie auch von der EU-Kommission unter J.-C. Juncker und damit auch den baltischen Regierungen leicht gemacht, die ihre vorherigen Ministerpräsidenten als Kommissare nach Brüssel entsandten und damit auf hohem politischen Niveau mit den EU-Politiken identifiziert bleiben.

Nachhaltigkeit wird zu *Buen Vivir* – oder: wir lernen nachhaltige Lebensführung vom indigenen Süden

In Litauen und Lettland und auch in Estland schauen Politiker und Unternehmer nicht immer mit Begeisterung, aber mit Interesse auf die deutsche Politik und ihre EU-Implikationen. Sie nehmen dann mit gewisser Beruhigung zur Kenntnis, daß die nationale deutsche Entwicklungspolitik und das erklärte Interesse an Klimaschutz und Rohstoffsicherung keineswegs frei von Widersprüchen ist. Dann darf man als kleines Land vielleicht auch die EU-Schelte wegen Unfähigkeit in der Nachhaltigkeitspolitik nicht so ernst nehmen. Wenn dann in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands auch noch demonstrativ auf Klimaschutz und Rohstoffsicherung zugunsten transnationaler Ölkonzerne verzichtet wird, dann wird auch im Baltikum denjenigen aller Wind aus den Segeln genommen, die sich gerne für einen veränderten Lebensstil einsetzen, für einen ausgewogeneren ökologischen Footprint. Frappant sind in dem Zusammenhang die Ereignisse um das genannte Yasuni in Ecuador.

In einer echten Bananenrepublik, in Ecuador, machten 2008 in besonders eindrucksvoller Weise indigene Völker im amazonischen Erdölgebiet deutlich, was sie unter Nachhaltigkeit verstehen. Das Volk der **Huaorani** hatte sich massiv geweigert, dass in seinem Lebensraum - dem Nationalpark Yasuní - weiterhin nach Öl gebohrt und damit der Regenwald noch stärker zerstört wird (die Ölgesellschaften sagen: in Wert gesetzt wird).

*Yasuní-Gebiet – noch ohne
Fördertürme (Ecu)*

Ihren Umgang mit der Natur und die Existenzsicherung der eigenen Zukunft fassen sie unter das Motto „Buen Vivir“, sinngemäß „richtig leben“.⁹⁴ Die ecuadorianische Regierung stand dem Erhalt des Yasuní und Buen Vivir bis Herbst 2013 sehr positiv und konstruktiv



94 Auch wenn es sich wie ein Plagiat von Adorno anhört, denke ich, buen vivir so zu verstehen ist der einzig gemeinte Sinn und nicht etwa „gut leben“. Allerdings muß auch gleich Adornos Gesamtgedanke mitgedacht werden: richtiges Leben ist nicht möglich innerhalb eines falschen – sozusagen als abgekapselte paradiesische Insel. Und da Adorno das während seines Exils in Kalifornien formuliert hatte, ist das „falsche Leben“ – wie heute weiterhin – die sogenannte nordamerikanische Zivilisation. Und genau dagegen wehren sich die Indigenen in Lateinamerika ebenso wie alle sonstigen Menschen, die über den Tellerrand hinaus blicken

gegenüber. Buen Vivir wurde als ein Verfassungsrecht festgeschrieben.⁹⁵ Die Regierung kalkulierte, daß der Verzicht auf die Erdölförderung einen Verzicht von geschätzten 7,2 Mrd. \$ US Einnahmen bedeuten würde. Ecuadors Regierung schlug vor, dass die Hälfte davon von der internationalen Staatengemeinschaft als Kompensation in einen UN-Treuhandfonds eingezahlt werden sollte, den der Staat für zukünftig erforderliche ökologische und soziale und sonstige Investitionen nutzen könne. Ecuador war demnach also bereit, die übrigen 3,6 Mrd. \$ als seinen eigenen Beitrag zum Klimaschutz (kein weiteres Erdöl aus dem Yasuní) und zum Erhalt der Artenvielfalt seiner Regenwälder zu leisten. Bis Ende 2013 wurden von verschiedenen Staaten insgesamt nur 177 Mio. \$ US in den Fonds eingezahlt bzw. zugesagt.

Die globale Bedeutung von Buen Vivir war damit der Versuch eines Erdöllandes, in die Post-Öl-Gesellschaft einzusteigen. Das 1989 von der UNESCO als Biosphärenreservat ausgewiesene fast 17.000 Km² große Territorium des Yasuní wird von Biowissenschaftlern als einer der sehr wichtigen sogenannten **Hotspots für Biodiversität** beschrieben. D.h., daß die dortigen Provinzen Orellana und Pastaza mit die höchste Artenvielfalt der Welt aufweisen.⁹⁶

Natürlich war auch in Deutschland Buen Vivir bekannt, wo eine Bundesregierung die internationalen Klimaschutzziele und damit den Artenschutz schon seit vielen Jahren lautstark vertritt. Der damalige BMZ-Minister Dirk Niebel (FDP) hatte 2010 im Rahmen eines Ecuador-Besuchs dann allerdings deutlich gemacht, daß die Bundesregierung sich nicht an dem UN-Treuhandfonds beteiligen werde, weil dessen korruptionsfreie Bewirtschaftung nicht sicher gestellt werden könne.⁹⁷

Ecuadors Staatspräsident Correa sagte als Reaktion auf diese Ablehnung seinen geplanten Staatsbesuch in Deutschland ab (Nov. 2010) und die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind seither belastet. Der politische Schaden, den dieser „Entwicklungsminister“ Niebel damit zu verantworten hat, verdeutlicht nicht nur sein persönliches Nicht-Verstehen (Ignorieren) komplexer Zusammenhänge von Klima- und Ressourcenschutz und Post-Öl-Ökonomie. Er untergrub damit auch

95 In der Verfassung von 2008 heißt es in Art. 14.- “Se reconoce el derecho de la población a vivir en un ambiente sano y ecológicamente equilibrado, que garantice la sostenibilidad y el buen vivir, sumak kawsay.”

96 In den 1990er Jahren als Umweltbeauftragter der FES war ich übrigens zusammen mit unserer damaligen FES-Büroleiterin für Ecuador, Dörte Wollrad, schon in Pastaza unterwegs, um die schon damals bekannten Verteidigungsanstrengungen der Indios gegen die Erdölkonzerne von Stiftungs-Seite sichtbar zu machen und zu unterstützen

97 „Klimakanzlerin? Die doppelte Angela Merkel“, nennt Franz Alt seinen Kommentar zur Klimakanzlerin auf seiner website, und er hält fest: „es ist vor allem die Merkel-Regierung, die zurzeit in Europa jeden Fortschritt im Klimaschutz und bei der Energie-Effizienz torpediert. Im Streit darüber innerhalb der Bundesregierung zwischen den Ministern Rösler und Altmaier hat es die Kanzlerin versäumt, sich eindeutig auf die Seite ihres Umweltministers zu stellen. ... Reden und handeln beim Klimaschutz und bei der Umsetzung der Energiewende klaffen immer mehr auseinander. Vor allem deshalb ist es auf EU-Ebene bisher nicht gelungen, die Treibhausgas-Emissionsziele von bisher 20% auf leicht erreichbare 30% bis 2020 zu erhöhen. Als vor kurzem die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, den Versuch scheitern ließen, den CO₂-Emissionshandel wiederzubeleben, hielt sich Angela Merkel vornehm zurück. Aber jetzt auf dem Petersberg sagte sie, Europa sei „Vorreiter“ beim Klimaschutz. Anderswo wird darüber nur noch gelacht. (Franz Alt: Sonnenseite.com, 2013)

einmal mehr die Glaubwürdigkeit deutscher Regierungserklärungen zum Klimaschutz und zu nachhaltigen Entwicklungszielen, wie sie Bundeskanzlerin Merkel immer wieder gerne vor sich her trägt. Zu Herrn Niebel, von Beruf Fallschirmspringer, passte es dann gut, daß er nach dem Ausscheiden seiner Partei FDP aus der Regierung seit 2015 als Chef-Lobbyist der Rüstungsindustrie sein Auskommen findet. Letztlich wurde Yasuní also gescheitert, und zwar mit hoher Mitverantwortung der deutschen Bundesregierung. Am 4. Oktober 2013 stimmte das ecuadorianische Parlament dann nach 6 Jahren vergeblicher Hoffnung auf Zusammenarbeit mit den Energie-intensiven Industrieländern der zukünftigen Ölförderung im Yasuní-Nationalpark doch zu. Daraufhin gründete sich ein breites Bündnis ecuadorianischer NROs, YASUNIDOS (= Yasuni unidos), da mächtige internationale Unternehmen sich nun entspannt an der weiteren Ausbeutung des Regenwaldes beteiligen können: die brasilianische Petrobras ebenso wie das US-Unternehmen Chevron und die staatliche PetroEcuador, aber vor allem PetroChina, die alleine mehr als 60% des ecuadorianischen Öl-Exports kontrolliert. Keines dieser Unternehmen - am wenigsten Petro-China - hat sich bisher als umweltbewusster Energiekonzern vorgestellt Auch das weiß man eigentlich in Berlin und in Brüssel.

*ER und Dörte
im ecuadorianischen Regenwald
bei Puyo zu den Folgen der
Erdölförderung*

Ähnlich wie beim Thema Cuba kommen mir auch jetzt beim Schreiben wieder die Fragen in Erinnerung, die sich meine damalige FES-Kollegin Dörte Wollrad und ich stellten als wir in den 1980er Jahren gemeinsam in Richtung Yasuni unterwegs waren, wegen der schwierigen Wetterbedingungen aber



nur bis Puyo kamen und auch dort mit den Indigenen über ihren schon zerstörten Regenwald durch die Ölförderung der Shell sprachen. Dörte leitet das FES-Büro in Quito (ILDIS); ich war der FES-Umweltbeauftragte; wissenschaftlicher Mitarbeiter im ILDIS war Alberto Acosta, derselbe, der sich Jahre später als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung im In- und Ausland so massiv für den Yasuní einsetzte. Mit Alberto gab es viele Gespräche darüber, welche Allianzen wir knüpfen müßten, um die Zerstörung der Biodiversitätsreserven im ecuadorianischen Regenwald zu stoppen und in welcher Form mit den indigenen Organisationen kooperiert werden sollte. Aber auch die weiterreichende Diskussion über den Wandel einer Ökonomie, die auf die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen setzt

.....

Chancen für *Buen Vivir* in den baltischen Staaten - oder: um welche Rohstoffe kann es eigentlich gehen ?

Yasuní ereignete sich also unter einer sog. linken Regierung in Ecuador. Im Baltikum gibt es keine linken (auch keine sogenannten linken) Regierungen. Es gibt die Politik des „oben“ oder des „unten“ – und jede politische Gruppierung will notwendigerweise „oben“ dabei sein. Sie sind konservativ, national, neoliberal und eine Mischung aus allem. Daher ist eine weitaus weniger progressive Rohstoffpolitik zu erwarten und wird ein bisschen auch durch das europäische (deutsche) Versagen im Fall Yasuni legitimiert.

Die zukunftsfähige Nutzung der eigenen natürlichen Ressourcen im Baltikum (vor allem Wälder, Süßwasser-Seen, windreiche Küsten) wäre ein guter Ansatz, um im Sinne von Stiglitz footprint-bewußte Entwicklung zu betreiben. Die grundsätzlichen Voraussetzungen dazu unterstreicht der WWF-Bericht „Living Planet 2010 – Biodiversity, Biocapacity and Development“ mit einigen Angaben zu den baltischen Ländern. Danach verfügen alle drei über deutlich größere Pro-Kopf-Kapazitäten an Naturräumen als etwa Deutschland. Estland und Lettland verfügen im Waldbereich über große Reserven, Estland in der Fischerei über mehr als Lettland und Litauen zusammen. Dafür liegt in Litauen das größere landwirtschaftliche Potenzial. Diese Daten sind wie ein gewaltiger Weckruf an die baltischen Politiker, mit ihren Potenzialen sorgfältig umzugehen – und das heißt immer: nicht den falschen Entwicklungsparametern der führenden EU-Staaten hinterherzuhecheln. Tatsächlich reichen die baltischen Potenziale noch über die Angaben in Living Planet 2010 hinaus. Dabei hat die baltische Region zunächst großes Glück, daß sie nicht in Afrika liegt und sie hat noch einmal Glück, daß sie nicht über nennenswerte Rohstofflager an wertvollen Erden, Gold oder Uran oder gar Erdöl verfügt. Denn sonst würde die baltische Region ebenso Opfer gnadenloser Investitionsgier werden, wie es seit Jahren und Jahrzehnten vielen afrikanischen Staaten passiert.

Sand-Raub durch Sand-Mafia (hier: Sierra Leone), wie es auch an den baltischen Stränden eines Tages denkbar ist



Nicht einmal die chinesischen Staatsunternehmen sind sonderlich an den Rohstoffen der baltischen Staaten interessiert. Und trotz der vielen hunderte Kilometer Sandstrand an der litauischen, lettischen, estnischen Küste stiehlt die globale Sand-Mafia bisher noch nicht die baltische Küste. Die Sand-Mafia hält sich zur Zeit noch an Indien oder Westafrika und verursacht damit gewaltige Umweltzerstörungen im Namen des internationalen (Öko-) Tourismus und seiner Hotelbauten und solcher Mega-Cities wie Doha im autoritären Emirat Qatar.

Weit weniger utopisch als der Sandraub an den baltischen Küsten ist wahrscheinlich die Erweiterung der verfügbaren Biomasse (Mais, Weizen, Raps oder Algen) als menschliche Nahrungsmittel, als Tierfutter, als Energiequelle.

Dabei ist das Thema Algen für die langen Ostseeküsten ein attraktives, aber bisher vernachlässigtes Thema. Ebenso das Thema gentechnikfreies Soja, wie sie seit vielen Jahren in Österreich, aber auch in Thüringen (das eher baltische Bedingungen aufweist) produziert wird.

Soja-Versuchsfelder ohne Gentechnik, bei Weimar (D); auch im Baltikum denkbar?

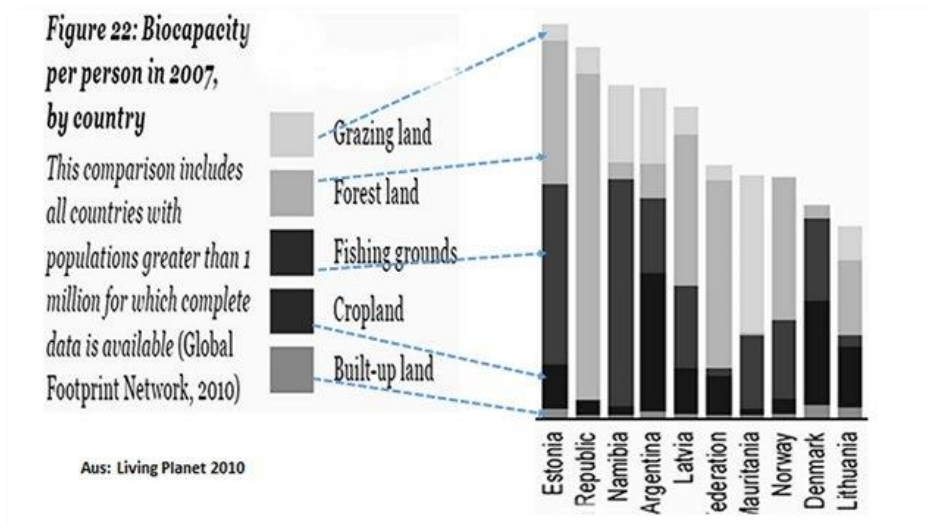


Wobei in jüngster Zeit eine weitere Möglichkeit für neue baltische Rohstoffe dazu kommen könnte: Süß-Lupinen als noch attraktivere Innovation für Nahrungsmittelprodukte aus dem baltischen Naturraum.

Lupinenfeld (Quelle: Internet)

Denn:

"Die Lupine hat den Vorteil, dass sie sehr protein-, also eiweißreich ist; dass sie in Mitteleuropa wächst



und anspruchslos ist an die Böden, sodass sie an beliebigen Standorten angebaut werden kann. Wir können zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern auf sandigen Böden die Lupine anbauen. Auf diesen Böden wächst sonst eigentlich nur noch Roggen, und die Bauern haben kaum eine Alternative, etwas anderes als Roggen anzubauen. Aber auf diesen Standorten können wir die Lupine anbauen." Außerdem binden Lupinen Stickstoff aus der Luft und verbessern damit die Bodenqualität und verhindern chemische Belastung.

Für alle Balten ist – durch die sowjetischen/russischen Abhängigkeiten bedingt – noch immer Energie der gefühlt wichtigste Rohstoff überhaupt. Dabei muß auch im Baltikum ebenso wie im übrigen Europa und sogar weltweit erheblich stärker an der Rück-Gewinnung von **Müll-Energien** gearbeitet werden. Biogas aus „Müll“, d.h., aus agrarischen Rückständen, Nahrungsresten, Dung, Abwasser und weiteren biologisch abbaufähigem Abfall sowie das recycling von Rest-Müll. Ganz besonders gehört die höhere Stufe des recycling – Kreislaufwirtschaft – zur Energiesicherungspolitik. In allen großen baltischen Städten sind Müll-Deponien angelegt und damit die Chance, Biogas zu gewinnen. Die großen unter ihnen, wie in Tallinn oder Riga, besitzen die Chance, Müll-Recycling zu einem attraktiven Thema der Kommunalpolitik zu machen. In Lettland sind wohl die größte Deponie von Riga – Getlini – und die Deponie von Liepaja die interessantesten Installationen, um über weit mehr als nur Biogas nachzudenken.

Ich hatte das Müll-Thema selber immer wieder bei Vorträgen (zuletzt 2014 in Riga) so konkret wie möglich angesprochen und als eindrucksvolles Beispiel den Umgang mit Müll als Rohstoff am Beispiel *Metabolon* in Leppe (Oberbergischer Kreis) aufgezeigt. Die Gemeinde Leppe gewinnt dort die im Müll gebundene Energie zurück, versteckt die Müllmengen der Bürger aber nicht vor den Bürgern, sondern führt den Bürgern ihren Müll als begehbaren Berg vor Augen, und verbindet damit vor allem vor Ort Rohstoff-Bildungsarbeit (Aufklärung, Information über Müllvermeidung, Müll-Arten, Umgang mit Müll) für die großen und kleinen Besucher. Der Müllberg Metabolon ist sogar ein attraktiver Ort für Familienausflüge. Im lettischen Liepaja funktioniert eine moderne Müll-Rückgewinnungsanlage. Sie wird hinter einem großen Zaun abgeschirmt. Der pädagogische Umgang mit dem so wichtigen Thema Müll könnte auch in Liepaja Teil einer modernen Müll-Politik werden. Die Prioritäten werden jedoch anders gesetzt.

Bei den baltischen Regierungen steht – im Einvernehmen mit den Energieunternehmen – derzeit noch der Ausbau nicht-regenerativer Energiepotenziale sehr weit oben auf der politischen Tagesordnung. In Litauen träumt man vom Fracking-Gas. In Lettland träumt man. In Estland wird seit langem Öl-Fracking betrieben. Die Traum-Komponente der Esten (Politiker und Unternehmer) besteht darin, über das schon florierende Fracking-Geschäft mit Finnland hinaus Träger einer neuen energetischen Revolution werden zu könnte. Grundlage dafür sind die jahrzehntealten Erfahrungen aus der Ölschiefernutzung, mit denen sich Estland inzwischen schon international präsentiert. Das Ölschiefer-Thema geht damit weit über die Frage nach der klassischen Rohstoff-Ausstattung des kleinen Estland oder gar des ganzen Baltikums hinaus.



Recycling-Großprojekt Metabolon, Leppe (D), integriert in die regionale Gesellschaft

Modernste Ölschiefer-Verarbeitung, Ida-Virumaa Region (EE) (Werksfoto)

Wir platzierten die orthodoxen und die unorthodoxen Formen von Energie als Themen im Rahmen unserer Energiepolitik-Dialoge vor allem in Tallinn auf die Tagesordnungen (s.u., S. 301ff)



Die Gier nach MEHR übersteigt alle Grenzen

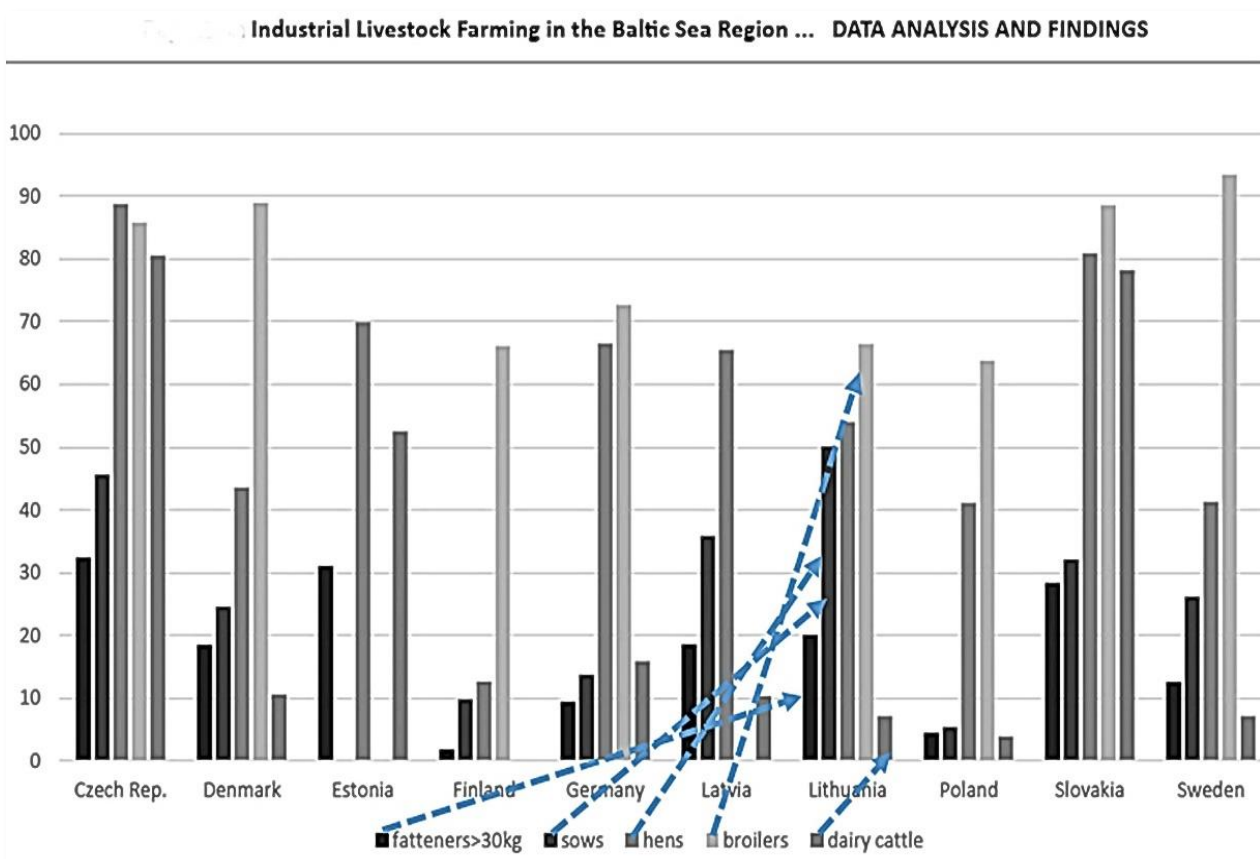
Ein wirklich zukunftsfähiges Verständnis von Entwicklung muss als erstes weg von der alles überspannenden Forderung nach „**mehr**“. Dieses **Mehr** ist eine Unterform der in allen gesellschaftlichen Bereichen dominanten **Gier**, die zur zentralen Handlungsphilosophie der letzten 3 Jahrzehnte mutierte. Die politischen Führungen unserer hoch-industrialisierten Staaten lassen sich kritiklos vor den Wagen der auf

immer größere Umsatzzahlen erpichten Produzenten und Logistiker spannen – ohne daß gefragt wird, welche Bedürfnisse und in welchem Umfang müssen sinnvollerweise abgedeckt werden. Es wird nur die Forderung in den Raum gestellt: **mehr** Nahrungsmittel werden gebraucht (obwohl wir in Westeuropa mindestens 1/3 der Nahrungsmittel unserem Müll zuführen); **mehr** Energie wird benötigt. Obwohl die diversen Krisen in Syrien, in Palästina, in der Ukraine den Politikern angeblich den Angstschweiß auf die Stirn treiben, weil es zu einer empfindlichen Energieverknappung kommen könnte, können sich diese Kriegs-Krisen über Jahre hinziehen und werden nicht entschieden unterbunden. Im Gegenteil: der Ölpreis sank deutlich trotz Ukraine-Krieg, trotz eines desolaten Venezuela, trotz zahlreicher Kriegsschauplätze in den arabischen Ländern. Logisch wäre, alle Möglichkeiten im privaten, im öffentlichen und im unternehmerischen Bereich schnell und systematisch auf Verschwendung zu überprüfen und diese drakonisch abzuschaffen. Gerade auch im Baltikum werden rd. 40% der Primärenergien durch ineffiziente Heizungsanlagen vergeudet – und nicht nur dort. Energieeinsparung sollte vor allem in der Agrarchemie erfolgen, d.h., diese deutlich zurückfahren. Die Armut auf dem Lande ist in dem Zusammenhang sogar ein baltischer Vorteil. Denn weil chemische Zusatzstoffe (Dünger, Pestizide etc.) zu teuer für die meisten der Kleinbauern sind, sind ihre Böden besser für ökologische Landwirtschaft geeignet als etwa in Holland, Frankreich oder Deutschland. Energieeinsparung sollte ganz bestimmt im großen Sektor der Kriegswaffenproduktion erfolgen, die schließlich der größte Energie- und Umweltvernichter per se ist – ohne deren drastische Reduktion auch der Genozid in Syrien, im Irak, im Afrika südlich der Sahara, in Afghanistan, in Libyen nicht beendet werden – von der Ukraine ganz zu schweigen.

Die Gier und das sinnlose „immer noch mehr“ führt gerade in der Nahrungsmittelerzeugung zu Kollateralschäden durch die Nahrungsmittelchemie: Vergiftung der Ackerböden, künstliche Haltbarkeitsverlängerung von Lebensmitteln, Eutrophierung der Ostsee vom Skagerag bis etwa auf die Höhe des finnischen Turku. Allergien bei Menschen und Tieren. Einer biologisch gesünderen Nahrungsproduktion steht die Nährstoff-arme Massenproduktion entgegen, wie sie durch die Agrarpolitik der EU-Kommission noch immer stimuliert wird. Ihre Förderpolitik zugunsten agrarischer Großunternehmen hat zur Reduktion der Nahrungsvielfalt in der EU geführt. Nahrungsvielfalt lässt sich wiederum durch Stabilisierung kleinräumiger Produktion und Vertrieb erreichen, also dezentrale Landwirtschaft anstelle von Erzeugermonopolen bei Milchprodukten, Fleisch oder Getreide, Gemüse und Obst. Dafür bieten die drei baltischen Länder – trotz EU-Beitritt - eigentlich noch immer gute Voraussetzungen.

Automatisch stellt sich die Frage: besteht eine Wertschöpfungskette im eigenen Land (oder arbeitet man wenigstens daran, um sie entstehen zu lassen); gehen die wertgesteigerten Produkte (zumindest teilweise) in den Export; verbessern damit die Leistungsbilanz der Volkswirtschaft und erleichtern es dem Staat, seine strategischen Funktionen besser wahrzunehmen? Oder werden die Rohstoffe von ausländischen Investoren abgegriffen, in andere Länder exportiert und erweitern dort die Wertschöpfung und belassen nur die ökologischen Kosten im Ursprungsland? Sicherlich sind die Dinge nur sehr selten so sauber abgrenzbar; auch im Baltikum nicht.

Aber: Die EU-Förderpolitik zugunsten industrieller Agrarwirtschaft mit vergleichsweise kapitalintensiven Methoden bei gleichzeitig preisgünstigem Agrarland hat inzwischen auch in die baltischen Länder schon Agroindustrielle aus Dänemark, Deutschland, Niederlande gelockt. Das zeigt sich sehr deutlich im industriell wirtschaftenden Viehzucht-Sektor. Die Intensität stellt sich allerdings sehr unterschiedlich dar: Litauen verfügt nur über eine vergleichsweise geringe Anzahl von Betrieben mit Milchwirtschaft. Estland hat demgegenüber sehr viele solcher Betriebe. Alle drei Länder betreiben intensiv Geflügelmast (bzw. wie die Industriebauern sagen: Turbomast). Besonders Litauen, aber auch Lettland betreiben intensive Schweinemast; Estland so gut wie gar nicht. HELCOM, die zwischenstaatliche Kommission der Ostseeanrainer, die für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum eingerichtet wurde, hat diese Daten 2014 mit Blick auf die Belastungsquellen für die beinahe schon „umgekippte“ Ostsee zusammengefaßt.⁹⁸



Prozentanteile industrieller Tierhaltung

Als ganz besonderes Symbol für Gier, die keine Nachhaltigkeit zulässt, sehe ich das **Smartphone**. Die Werbung suggeriert den jährlichen Wechsel der smartphones - wobei ihre Haltbarkeit von den Herstellern künstlich verknüpft wird und gleichzeitig die erforderlichen „kostbaren Erden“ unter sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen (vor allem in Afrika, in den Coltan-Minen des Kongo, abgebaut werden). Ein technisch wie moralisch abzulehnendes „Mehr“.

98 HELCOM: Report on Industrial Livestock Farming in the Baltic Sea Region – Environmental Protection Context, Helsinki, 2014

Ähnlich destruktiv erleben wir den **Knopfdruck-Käufer**. Internet-„Logistiker“ wie **Amazon**, ziehen ihn heran. Dieser Käufer erscheint schon von einer Mischung aus Gier und Einfalt getrieben zu sein. Er ist schon zu so viel Unselbständigkeit konditioniert, daß er nicht mehr in ein Geschäft geht, dort mit einem (qualifizierten) Verkäufer über sein Interesse oder Bedürfnis spricht, sondern sich von Werbefotos zum Kaufbedürfnis überreden lässt. Er lässt sich ein Produkt schicken, schickt dieses in >60% der Fälle aus diversen Gründen aber wieder zurück - mit doppeltem Transportaufwand (Energieaufwand) und ohne Interesse dafür, daß er in all seinen Kundenbewegungen elektronisch voll erfasst wurde, um noch mehr überflüssige Konsumanreize gezielt platzieren zu können.

Letztlich ist es diese dümmliche Gier, die die sehr hohen Migrationszahlen in den baltischen Ländern produziert. Diese hohen Zahlen lassen erkennen, daß die nationalen Rohstoffe nicht optimal zur Dynamisierung der nationalen oder regionalen Entwicklung eingesetzt werden und den Menschen zuwenig Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung in der eigenen Region belassen. Allein aus Lettland mit seinen 2,1 Mio. Einwohnern befinden sich mehr als 200.000 im europäischen Ausland und weitere 100.000 migrieren im eigenen Land. Dabei zeigt die östliche Provinz Latgale mit ihren Rohstoffen Holz und Wasser den höchsten Einwohnerschwund seit 2000 (-21%). Selbst die beiden großen Städte Daugavpils und Rezekne sind jeweils um knapp 20% geschrumpft. Um Riga herum hat die interne Migration gleichzeitig zum Anwachsen der Einwohnerzahl geführt. In der internationalen Entwicklungsdiskussion

spricht man hier gerne von einem Human-Resources-Problem (also auch ein Rohstoff-Problem...). Ein typischer Kapitalismus-Anglizismus, der auch den Menschen nur unter Verwertungsgesichtspunkten wahrnimmt.

*Rückseite der Migrations-Medaille:
Dorf der verlassenen Frauen (LV,
unbekannter Maler)*



In früheren Zeiten sprach man in Deutschland gern von „Gastarbeitern“. Gastarbeiter, Migranten, Human Resources haben typische Hauptursachen: Krieg oder fehl laufende Rohstoff- und inadäquate Bildungspolitik gepaart mit politischer Inkompetenz und Korruption auf der einen Seite. Die Einladung westeuropäischer Unternehmer z.B. an Letten, als überqualifizierte, aber unterbezahlte Arbeitskräfte in Großbritannien, Irland, Schweden, Österreich, Deutschland und einigen anderen Ländern zu dienen, auf der anderen Seite.

Die Rohstoff-Frage ist also ein bisschen anders zu verstehen als immer nur nach „mehr“ von irgendetwas zu fragen. Denn bisher hat die Philosophie des **Mehr** im

wirtschaftlichen Handeln auch im Baltikum schon automatisch zu viel Weniger geführt, z.B.:

Das baltische Meer, nur noch von bedingter Qualität

Die Ostsee-Anrainerstaaten stehen vor dem Problem der Eutrophierung dieses vergleichsweise flachen Binnenmeeres. Die unkontrollierte Einleitung von urbanen und industriellen Abwässern plus Überdüngung einiger landwirtschaftlicher Regionen (Kurland) bietet heute eine Ostsee, die ein Mehrfaches an Stickstoff und Phosphaten enthält als noch vor 100 Jahren. Der *Estonian Fund for Nature* (ELF) bietet nüchtern die erschreckenden Daten:

Gegenüber dem Jahr 1900 hat sich der Eintrag an Stickstoff vervierfacht (+ 400% !) und an Phosphaten verachtfacht (+ 800 % !). Die gewaltige Belastung der Ostsee mit 660.000 t Stickstoff (im Jahr 2000) bzw. 28.000 t Phosphate erfolgt in erster Linie über die 5 größten Zuflüsse der Ostsee: die russische Newa, die weißrussisch-litauische Nemunas (Memel), die weißrussisch-lettische Daugava (Düna), die ukrainisch-weißrussisch-slowakisch-polnische Weichsel und die tschechisch-polnisch-deutsche Oder. Die Stichworte verdeutlichen, daß die baltischen Staaten an der Eutrophierung der Ostsee stark beteiligt sind, aber die benachbarten Ostseeanrainer nicht minder. Die Qualität des „Rohstoffs“ Ostsee zu erhalten bzw. erheblich zu verbessern, muss daher zwangsläufig eine kollektive Aufgabe dieser Staatengruppe sein - müsste!. Der estnische ELF kommt wenig überraschend zu dem Schluss: *The expected development of agriculture in the new EU countries around the Baltic Sea will worsen the conditions measurably if no measures are taken to reduce the harmful effects of nutrient losses.*⁹⁹

Die Auswirkungen der Eutrophierung, d.h. des verstärkten Algenwuchses im Meer, des dadurch verringerten Sauerstoffgehalts und des auch daraus resultierenden verringerten Fischbestandes (Kabeljau oder Hering) zeigt sich in den vielen traditionellen kleinen Hafenstädten entlang der baltischen Küste. Es zeigt sich an den verrottenden Booten, weil die Fischer kein Geld zum Leben und noch weniger für die Instandhaltung ihrer Boote verdienen; zeigt sich an den ehemaligen Fischfabriken, die weitgehend zweckentfremdet wurden - z.B. in ein Hotel, wie in Roja (LV), wo der Gast den authentischen Duft der alten Fabrik als kostenfreie Zugabe erhält.

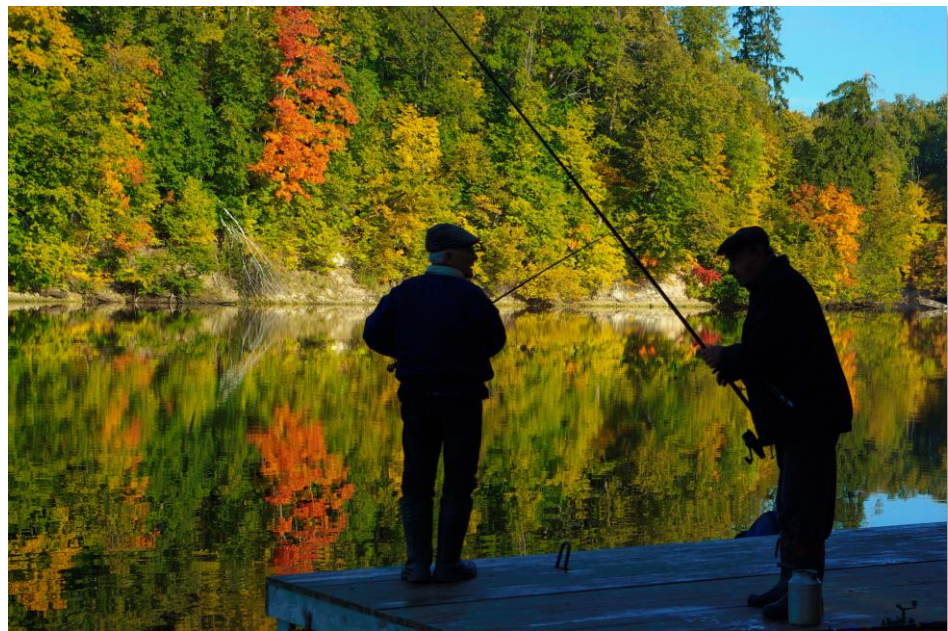
Die Reaktion der EU-Kommission bleibt sehr traditionell: Weil in Europas Gewässern die Fischbestände hoffnungslos überfischt sind, ist die EU-Flotte inzwischen weltweit unterwegs. Um in den Besitz von Fangrechten zu kommen, bezahlt die EU jährlich 160 Millionen Euro. "Cash for Fish" heißt das Geschäft. Doch gerade in West-Afrika (Marokko ...) versickert das Geld in undurchsichtigen Kanälen und beschleunigt die Verarmung der einheimischen Fischer, zerstört die lokalen Marktstrukturen und lässt diese Menschen am Ende als Boat-People und Migranten im Mittelmeer ertrinken.....
(*Der Spiegel: Europa kauft die Meere leer, 28.8.2010*).

⁹⁹ <http://elfond.ee/en/about-elf>. Im Übrigen schätzt die EU-Kommission, dass drei Viertel der Fischbestände in Europa überfischt sind - verglichen mit einem Viertel der Bestände weltweit. Im Mai 2013 hatten die EU-Staaten Änderungen in ihrer Fischereipolitik beschlossen. Demnach sollen die Quoten stärker auf Basis wissenschaftlicher Daten festgelegt werden. Die Bestände der wichtigsten Speisefische sollen sich erholen können.



traditionelle
baltische
Küstenfischerei,
ziemlich auf dem
Trockenen
(Liepāja, LV)

artesanales
Angeln
funktioniert noch
(bei Koknese, LV)



Wälder & Forsten - Gewinn durch nationale Wertschöpfung

*„There is almost 8 million ha of forestland in the Baltic states, which is part of the Boreal forest, which are of exceptional quality and comparable with the best in the world.
Forestry in the Baltic states remains an immature market, land values are around one third of the forestland values of their Scandinavian neighbors. An anticipated adjustment of land prices across the Baltic Sea is attractive to investors“ –*

so lauten die üblichen Werbetexte, um ausländische Investoren für den Ankauf von Waldflächen oder zumindest den Ankauf von Rundholz aus den baltischen Wäldern aller drei Länder zu animieren.

In Estland trägt der Forst-Ertrag in Form von Holz mit rd. 15% zur Exportbilanz bei. Dabei gehen die Holzexporte überwiegend in europäische Länder. Um das Jahr 2000 lag die estnische Holzproduktion noch bei etwa 13 Mio. m³. Sie ist seither kontinuierlich auf etwa die Hälfte gesunken. Das hat auch mit der stärkeren Kontrolle der illegalen Holzfällerei zu tun und mit der verbesserten Überwachung offiziell geschützter Waldflächen. Dennoch kalkuliert der Estonian Fund for Nature, daß - alles eingerechnet - noch immer 50% der Holzwirtschaft illegal erfolgen.¹⁰⁰

Legal und illegaler Holzexport ist nicht nur ein estnisches Problem. Das gilt ebenso für Lettland. Es geht um die volkswirtschaftlichen und die gesellschaftspolitischen Widersprüche. Auch Lettland exportiert sein Rundholz weitgehend ohne Mehrwert-Schöpfung im eigenen Land, ohne Aufbau eigener Holzverarbeitungskapazitäten etc. in Länder wie Finnland oder Schweden oder Deutschland, die selber über extensive Wald- und Forstwirtschaften verfügen, aber ihre eigene Wertschöpfung und qualifizierte Facharbeiterschaft aufgebaut haben (Möbel, Parkett, moderne Holzhäuser) und gleichzeitig ihre eigenen Wald- und Forstressourcen auch durch die baltischen Importe entlasten. Warum z.B. macht man sich in den walddreichen Ländern Lettland und Estland nicht die Berechnungen und praktischen Erfahrungen zunutze, die an den Universitäten von Oslo, Tromsø oder Ås längst vorliegen: in Ås wurden beispielsweise 5-stöckige Studentenwohnheime als Passivhäuser aus Holz gebaut. Im bayerischen Bad Aibling steht das erste 8-stöckige massive Holzhaus, dem schnell weitere folgen werden, weil Bayern führend werden will in diesem Bausektor mit nachwachsenden Rohstoffen.

Mehrwert durch qualifizierte Holzverarbeitung:

- Holzhäuser lassen sich schneller errichten als Betonbauten;
- sind weniger gesundheitsschädlich für die Bauarbeiter;
- der Baustoff Holz weist eine erheblich günstigere Klimabilanz auf als Beton;
- der wichtigste Klimabelaster (CO₂) beim Hausbau entsteht nur im Aufbauprozess, liegt nicht im Material;
- die Erkenntnis sickert allmählich durch, daß die stoffliche Verwertung von Holz erheblich mehr zum Klimaschutz beiträgt als dessen Verbrennung in Form von Pellets oder Kaminholz

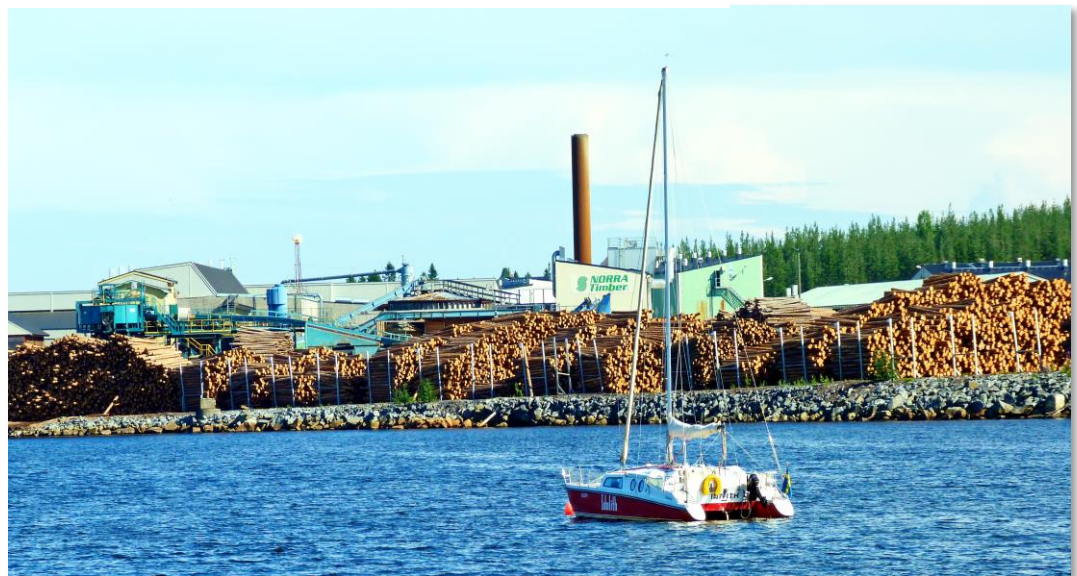
Diese Holz-favorisierenden Argumente aus Bayern oder aus Skandinavien liessen sich ebenso für baltische Wertschöpfung anwenden. Auch Finnland verzeichnete noch vor Jahren hohe Rundholzexporte (vor allem nach Schweden). In Skandinavien ist man davon aber längst abgekommen und belässt die Mehrwertschöpfung immer stärker bei nationalen Unternehmen mit nationalen Arbeitskräften. Entsprechend sind auch die Migrationszahlen erheblich niedriger als in Estland oder in Lettland.

100 ELF: Estonian Corporate Timber Procurement Policy and Practice, 2008



*exportfertiges
Rundholz wie ein
hölzernes Meer im
Hafen von Riga
(„konkurrenzlos“
steht auf dem Schild)*

*Holz-Fabrik
bei Pitea
(Schweden)
– der
Rohstoff
vielleicht
aus
Lettland*



Der geschicktere Umgang der Skandinavier mit den eigenen Ressourcen zu Lasten etwa der baltischen erfolgt allerdings immer noch unter der großen Überschrift: wir brauchen immer noch mehr..... Dagegen muss heute stärker noch als gestern auch in den Waldregionen des Baltikums auf weniger und sparsamer und effizienter umgeschaltet werden, und zwar in Kombination mit neuen eigenen Produkten, die den Regionen sowohl wirtschaftliche Attraktivität verschaffen als auch die verlorene Identität zurückgeben können.

Es gibt auch im Baltikum Klugmenschen, die bei der Forderung nach Entschleunigung unseres globalen Lebens- und Produktionsrhythmus milde lächeln. Angesichts der äußerst problematischen weltweiten Rohstoffverknappung bleibt die Kombination aus Entschleunigung mit Sparsamkeit die Vernunft-gesteuerte Handlungsgrundlage. In dieser Kombination verliert die Drohung von Arbeitsplätzeverlusten der umsatzgeilen Unternehmer und Casino-Kapitalisten sehr schnell an Schärfe. Denn die einzelnen Gesellschaften und ihre Kulturen (Plural) könnten die Zwangsjacke der Globalisierung / der umsatzfördernden Gleichförmigkeit weltweit wieder lockern

und über zurückgewonnene Lebensweisen auch wieder einen Teil ihre Identität zurück gewinnen – auch wenn man wegen der baltischen Geschichte die Identitätsfrage immer genauer prüfen muss.

Sicherung des Rohstoffs Holz: Aufforstung mit Bürgern & Minister

In meinen GTZ-Projekten in Kolumbien konnte ich letztlich mit Millionen-Euro-Beträgen kalkulieren, allerdings in deutlich engerer Absprache mit den jeweiligen Partnerorganisationen (vor allem mit der kolumbianischen Regierung). Als FES im Baltikum hatte ich erheblich mehr Handlungsfreiheit, aber deutlich weniger Finanzmittel und Personal zur Verfügung, um immer die Akzente zu setzen, die mir notwendig erschienen. Aber etwas geht immer. Wir konzentrierten uns auf die schon genannten drei Schwerpunkte Naturschutz, gesunde Ernährung, zukunftsfähige Energiesicherung. Alle drei Themen fächerten weiter auf. Der Naturschutz enthielt eine Komponente *Regionalentwicklung* und damit verbundenen *Öko-Tourismus*. Gesunde Nahrungsmittel bedeutete konkret Stärkung der Organisation der Bio-Bauern und damit verbundene Qualitätssteigerung bei Produktion und Vermarktung von Bio-Nahrungsmitteln. Zu den Energiefragen gehörten nachhaltige Wald-, und Holzwirtschaft sowie effizienter Energieeinsatz in den Städten. Bei dem niedrigen Problembewußtsein der politischen Führungen wurde grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zwischen baltischen und deutschen und skandinavischen Partnern) wichtiger als ich es je in Lateinamerika fördern mußte. Dabei ergaben sich viele Schnittmengen zwischen den fünf Sektoren der eingangs gezeigten Mindmap unseres FES-Programms – vor allem zwischen Zivilgesellschaft; Regionale/Lokale Entwicklung; Rohstoffe/Energie (s.o., S.85).

Das wirkte auch für meine Büromannschaft anfangs viel zu komplex und forderte von ihnen an persönlichem Einsatz und Mitarbeit weitaus mehr als sie in den zurückliegenden Jahren gewohnt waren. Manches Wochenende wurde dienstlich verplant (dafür erhöhte ich allerdings auch jedes Jahr von mir aus die Gehälter um 10% und Überstundenausgleich war immer möglich).

Beispiel dieser Komplexität: Ein breit angelegter Aufforstungsprozeß zum Schutz der Dünenlandschaft an der kurländischen Ostseeküste bezog den Umweltminister als Person und als Institution genauso mit ein wie mehrere Bürgermeister der Küstenregion, wie NROs, wie Lehrer und Schüler und solche Aktionen waren gerne auch von Journalisten begleitet. Dadurch ließ sich das Vorhaben gegenüber unterschiedlichen Zielgruppen, die hieran teilnahmen, immer als authentisch präsentieren – was wir auch taten. Für die Aufforstungsaktionen an der Ostseeküste hatten wir mit Stiftungsgeldern viele tausend Kiefernsetzlinge gekauft und Familien vom Großvater zum Enkel pflanzten manchmal hunderte davon in einem Küstenstreifen, den die führende NRO, *Foundation for Environmental Education - Keep Latvia Tidy*, unter ihrem Direktor Janis Matulis eingeteilt hatte (also praktische Umwelterziehung). Die begleitenden Journalisten führten ihre Interviews und drehten für ihre TV-Berichte (also Verstärkung des öffentlichen Problembewußtseins). Der Minister mit seinem Stab nahm z.B. einen ganzen Tag lang an einer Pflanzaktion teil

(also demonstrierte Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik)¹⁰¹. Meine eigene Büromannschaft, einschließlich Praktikanten, war ebenso eingespannt (konkretes Engagement der FES). So reichte die Wirkung bei unserer Arbeitslinie *Wald als Rohstoff* von der Aufforstung an der Ostseeküste bis zum Thema Wertschöpfung in Klein- und Mittelindustrien in Latgale (in Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt/Altmark) bzw. der energetischen Verwertung von Restholz als konkretes Thema unserer Energiekonferenzen in Riga und Tallinn bei wiederholt starker skandinavischer Beteiligung. In Erinnerung ist mir allerdings der etwas holprige Start der Zusammenarbeit mit Umweltminister Raimonds Vejonis geblieben. Als ich das erste Mal in seinem Vorzimmer um ein Gespräch bat, verlief dieses Gespräch zwar mit einer Kaffeetasse in der Hand, aber doch sehr hölzern und distanziert von seiten des Ministers. Da war viel Mißtrauen gegenüber dem Deutschen, der ihm da Ideen präsentierte, wie z.B. solche Aufforstungsmaßnahmen, die die FES auch noch finanzieren würde. Warum? Wer verdiente in Wirklichkeit dabei?... Erst als wir die erste von vielen gemeinsamen Aktionen hinter uns gebracht hatten und Vejonis verstand, daß ich ihn weder über irgendeinen Tisch ziehen wollte, noch mir irgendwelche Waldflächen mit seiner Hilfe unter den Nagel reißen wollte. Als er erkannte, daß viel-mehr der große Gewinner sein Land und seine politische Karriere waren, erst von da an konnte ich gewissermaßen jeder-zeit an seine Tür klopfen und über die nächste Aktion mit ihm und seinem Stab plaudern.

Eine erste Aus-wertung unserer Aufforstungs-aktionen nahmen wir 2008 vor, immer noch in sehr enger Zusammenarbeit zwischen Umweltministerium und den besonders engagierten NRO „Keep Latvia Tidy“ und „Latvian Green Movement“. Ähnlich wie in anderen Sektoren unseres Programms auch, nahm ich eine Anfrage von Janis Matulis, dem Direktor von *Keep Latvia Tidy* gerne auf als er weiteren Professionalisierungsbedarf bei den lettischen NROs ansprach und auch gleich eine Möglichkeit benannte, mit Unterstützung des uns gut bekannten Albert Caspari aus Bremen an einem Qualifizierungsprogramm für Küsten-Ranger in Deutschland teilzunehmen. Die Planung mit Casparis Hilfe war perfekt. Wir finanzierten das Ganze. Die beteiligten lettischen NROs kamen begeistert und hochmotiviert aus Deutschland zurück und ich war einigermaßen sicher, daß unsere Aufforstungsaktionen keine Eintagsfliegen bleiben würden.....

101 Raimonds Vejonis war und ist weiterhin ein Mann des Oligarchen Lembergs und 2014 sogar Vorsitzender von Lembergs Partei „Grüne und Bauern“. Als wir mit ihm zusammengearbeitet haben, hatte er allerdings viel Bürgernähe entwickelt und sich uneingeschränkt mit diesen verschiedenen Maßnahmen der FES solidarisiert. 2014 übernahm ein ganz anderer Vejonis in einer konservativ-nationalistischen Koalition unter Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma dann das Amt des Verteidigungsministers und war zwangsläufig auf die Ukraine-Krise fixiert

Minister Vejonis (r.) mit
NROs und FES bei Vorort-
Planung der
Aufforstungsstrategie in den
kurländischen Küstenwäldern



3 Generationen Normalbürger
beteiligen sich an den Aufforstungs-
Aktionen

der internationale Erfahrungsaustausch
zwischen baltischen und deutschen
Umwelt-NROs ist praxisbezogen

Letten finden Urlaubsranger einzigartig

Lettische
Umweltaktivisten
haben sich in Göhren
über das Projekt
Urlaubsranger
informiert. Sie waren
begeistert.

Von ANDREAS KÜSTERMANN

Göhren. „Zurzeit arbeiten wir in Lettland noch gegen den Tourismus. Dieses Hand in Hand von Naturschutz und Tourismus wie beim Projekt Urlaubsranger ist uns noch nicht so bekannt“, sagt Jānis Matulis, Mitglied der Nichtregierungsorganisation „Lettische grüne Bewegung“.

„Parteien sind uns allerdings ebenso suspekt. Wir arbeiten in diesem Fall jedoch eng mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen.“ In

Kooperation mit acht weiteren Umweltaktivisten aus einer ehemals militärisch dominierten und früher gesperrten Region im Westen Lettlands waren sie auf das deutsche Projekt Urlaubsranger in Göhren aufmerksam geworden. Und gleich mittels

Auto und Fähre den langen Weg angereist.

In Göhren erfassen beispielsweise Touristen Vögel in der geschützten Having, Landtiere oder Amphibien. Sie sind dabei zu Fuß an Land unterwegs oder auf dem Kutter namens

„Seedüwel“. Diese Ergebnisse fließen in wissenschaftliche Untersuchungen beteiligter Umweltverbände mit ein, die dieses Material schon nicht selbst erheben könnten. „Die Urlauber freuen sich zudem, etwas Spannendes und Nützliches im Ur-

laub machen zu können“, weiß Ideengeber Georg Heissler.

Jens Otto, Projektmanager von Discover Rügen, betreute die Gruppe einen Tag lang. Er erzählte, wie es am Beachcamp mit Mikroskopen und Unterweisungen für die Kladden losgeht. Ist das Projekt Urlaubsranger einmalig? Die Gäste berichteten, dass sie bei ihren Recherchen nichts Vergleichbares gefunden hätten und deshalb hier seien. „Es ist einmalig mit dieser engen Verbindung von Naturschutz und Tourismus und der Erhebung von Daten mit Hilfe von Touristen“, sagt Jānis Matulis.

„Wir haben in Lettland noch andere Probleme. Bei uns werden wild Häuser am Strand und in den Dünen gebaut. Durch windige Absprachen mit Bürgermeistern ist dem Wildwuchs keine Grenze gesetzt. Kurverwaltungen sind unbekannt, Tourismus entwickelt sich ungerichtet. Unsere Strände sind noch vollkommen wild und wenig erschlossen. Dafür findet Verkehr und Camping statt, es gibt Feuer und am Ende den Müll“, so Matulis.

Foto: A. K.



Bio-Nahrung durch organisierte Bio-Bauern : schwierig aber möglich

Die Schublade, auf der „Rohstoffe“ stand, war die größte in unserem FES-Portfolio. Und in dieser Schublade engagierte ich mich besonders gern für das Päckchen mit der Aufschrift *Bio-Nahrungsmittel*. Im Maritim-Hotel in Riga hatte es eine Ausstellung zu lettischen Nahrungsmitteln gegeben. Ich hatte mein ganzes Büro mitgenommen. Wir sprachen mit dem 2-Sterne-Koch, der durch diese Ausstellung führte und alle Gerichte umfänglich dem handverlesenen Publikum erklärte. Wir durften durchprobieren. Weil ich an einigen Ständen ein bestimmtes Logo gesehen hatte, nutzte ich die erste kurze Gelegenheit, den Koch zu fragen, ob er hier tatsächlich immer nur lokale-/regionale Zutaten aus biologischem Anbau verwendet habe. Seine Antwort lautete ungefähr: doch, doch - bis auf das Mango-Püree und den cubanischen Rohrzucker für die Vanille-Creme.

Die Schlußfolgerung daraus besprach ich später mit meinen Leuten. Liene, die Buchhalterin, kannte jemanden auf dem Stadtteilmarkt *Vidzemes Tirgus*, der dort selbst angebautes Gemüse, eingekochte Rote Beete, frische Eier und anderes verkaufte. Am Wochenende gingen wir zusammen dorthin, von meiner Wohnung in der *Stabu iela* nur 4 Straßen entfernt.



*Bio-Bauern mit Zertifikat und ohne
auf Rigas Stadtteilmarkt Vidzemes Tirgus*



Die Bauersfrau hatte überraschend viele frische Produkte ausgelegt (Möhren, Kartoffeln Rote Beete und Apfelsorten, die keine Elstar waren, sondern eher Cox Orange oder die Sorten, die man im Alten Land bei Hamburg noch sieht). Aber auch einige Gläser Eingemachtes (Sauerkraut, Gurken, Rote Beete). Ich kaufte mehr als ich eigentlich normalerweise konsumiere, aber die Bäuerin sollte Liene auch möglichst viel erzählen, wo es noch ähnliche Biobauern, wie sie selbst gab etc..

Wir erfuhren tatsächlich eine ganze Menge Neuigkeiten. Zunächst den Hinweis auf das beste Brot in diesem exquisiten Brotland Lettland, auch nur wenige Straßen von meiner Wohnung entfernt im *Berga Bazars*.

*Schlange stehen für
Bio-Brot in Berga
Bazars, Riga*

Vor allem wußte ich jetzt, daß es sogar einen Verband der Bio-bauern in Lettland gab, nämlich die Vereinigung biologischer Landwirte Lettlands ("Latvijas Bioloģiskās Lauksaimniecības asociācija", **LBLA**).

Am Ende meiner Straße eröffnete wenig später ein Bio-Laden. Drinnen sprach man leider nur ein paar Brocken Deutsch (immerhin), kein Englisch und ich ebenfalls nur meine wenigen Brocken Lettisch, in erster Linie die Namen für Nahrungsmittel. Insofern kamen wir sogar überraschend gut zurecht und die



Konversation endete mit der Einladung auf den Bio-Hof meiner neuen Nachbarn. Das folgende Wochenende war daher wieder dienstverpflichtet für alle. Wir machten uns auf die 60 Km lange Reise nach Malpils. Fanden auch den Hof. Wir wurden außerordentlich freudig begrüßt und das lange Nachmittagsgespräch besaß eine bezaubernde empirische Komponente, insofern wir alles probieren mußten, was dieser Hof und das Ehepaar Vermes produzieren.



*FES-Team bei den Biobauern
Vermes in Malpils (LV)*

Natürlich bin ich auch persönlich an solchen gesund erzeugten Nahrungsmitteln sehr interessiert (und „öko“ war schließlich immer mein Markenzeichen in der FES). Als politischer Mensch ging es mir allerdings nicht zuletzt um die strukturelle Verstärkung solcher Bauern-initiativen; es ging jetzt um die organisatorische Stärkung des Verbandes LBLA. Wie das auch in Lateinamerika nicht anders ist, kommt man erst gegen Schluß eines langen Gesprächs auf die verzwickten Punkte zu sprechen. Sie lagen bei den nicht deckungsgleichen Interessen der LBLA-Führungsfiguren. Frau Vermes machte von sich aus die Bemerkung, daß es im Vorstand von LBLA ein „Frauenproblem“ gäbe. Aus anderen Bemerkungen gewann ich den Eindruck, daß die Konflikte vielleicht auch etwas mit Arbeitsüberlastung des Vorstands zu tun haben könnten, denn dieser ganze rein weibliche (!) Vorstand arbeitete nur ehrenamtlich, mußte also anderweitig für das Familieneinkommen sorgen.

Ich war schon jetzt auf dem Malpils-Hof innerlich bereit, LBLA nicht nur bei irgendwelchen Veranstaltungen oder Seminaren zu unterstützen, sondern auch personell. Es kam dann tatsächlich ziemlich schnell zu einem Treffen mit den LBLA-Vorstandsfrauen. Die Vorsitzende war Hochschullehrerin an der Agraruniversität in Jelgava. Ursprünglich das fulminante Barock-Schloß, das einst von Herzog Jakob von Kurland dort ans Ufer der Lielupe gesetzt worden war. Jetzt residieren dort die Agrarstudenten. Ein edler Campus!

*dort, im Uni-Schloß von
Jelgava, möchten die
beiden auch irgendwann
Agro studieren*



Als wir zum Thema strategische Zusammenarbeit LBLA-FES

vorgestoßen waren hatte die Vorsitzende tatsächlich auch gleich einen Personalvorschlag zur Hand, nämlich eine gerade in Jelgava graduierte Betriebs- und Landwirtin. Sie sollte jetzt auf FES-Kosten als Assistentin der Geschäftsführung für maximal 1 Jahr tätig werden und dabei das Bindeglied zwischen LBLA und FES bilden. Und es zeigte sich, daß *Lāsma Augustova* eine gute Wahl war. Und darüber habe ich mich in den folgenden Monaten ganz besonders gefreut, denn ich war schon langsam an dem Punkt, daß sich ziemliche Zweifel hinsichtlich Arbeitstempo, Durchblick, Imagination bei „den Letten“ zu einem gefährlichen Vorurteil verdichteten. *Lāsma* war anders, war ganz nach meinem Geschmack, hatte ein konstruktives Verhältnis zum vereinbarten Arbeitsprogramm, organisierte viele Veranstaltungen eigenständig und erfolgreich und – auch das war wichtig – harmonierte sehr gut mit der Büromannschaft (Frauenshaft), so daß sie mit Dace gemeinsam die nächste lettische Delegation in die Altmark auf die Beine stellten. Notabene: mit der Altmark arbeiteten wir inzwischen nicht nur beim Thema Regionalentwicklung (Latga-le) zusammen, sondern intensiv auch beim Thema Bio-Produktion, Öko-Märkte, alternative (nachhaltige) Lebens- und Arbeitsformen.

*Was Lasma mir beibrachte:
Birkensaft im Frühjahr zapfen und
als Naturmedizin genießen*

Mit Lasma und ihrer LBLA-Chefin konnte ich auch strategische Fragen ansprechen, die mir die eigentlichen Kopfzerbrechen machten: Das UN-Welt-ernährungsprogramm, die Weltbank und eine ganze Reihe weiterer Organisationen machten zunehmend mehr auf die Entwicklungen am globalen Nahrungsmittelmarkt aufmerksam.¹⁰² Die



Klimakrise und die noch immer zunehmende Weltbevölkerung lassen auch für die kommenden Jahrzehnte Nahrungssicherungskrisen erwarten. Darauf reagieren längst die großen Kapitalgesellschaften, angefangen bei der Deutschen Bank mit ihren spekulativen Beteiligungen an Warentermingeschäften im Nahrungsmittelbereich; aber erst recht die global operierenden Hedge-Fonds mit massivem *land-grabbing*. Um meine Sorgen zu verdeutlichen und die LBLA-Frauen noch konkreter zu sensibilisieren, erzählte ich ein bißchen aus der deutschen Erfahrung:



Für die Deutsche Bank zählt der Rohstoffhandel zu den lukrativen Segmenten im Kapitalmarktgeschäft. "Hier wird seit einigen Jahren kräftig Gas gegeben", sagt ein Banker. Speziell im Nahrungsmittelgeschäft würden ordentliche Renditen erzielt. Für Kritiker ist das der Hauptgrund, warum die Deutsche Bank trotz möglicher Imageschäden an dem umstrittenen Geschäft festhält. "Die Investmentbanker wollen sich diese Wachstums-Story nicht wegnehmen lassen", sagt ein Insider auch 2013 noch.¹⁰³ Ordentliche Renditen suchen

102 Süddeutsche Zeitung, 11.8.2010: Weltbank warnt vor Ernährungskrise.

Umweltkatastrophen in mehreren Ländern gefährden Getreideernten. Die Preise für Agrargüter steigen wieder

103 SPIEGEL-online, 19.1.2013: Fitschen auf der Grünen Woche: *Deutsche Bank spekuliert weiter mit Nahrungsmitteln*, Foto: SPIEGEL-online 27.5.2013

internationale Investoren längst auch in Deutschland, gerne auf den ehemaligen LPG-Flächen.

*Großflächen-Landwirtschaftsindustrie
auf ehem. DDR-LPGs
behindern Ökolandwirtschaft
und laden zu „land-grabbing“ ein*

Ehem. LPG-Land wird immer öfter von Kapitalgesellschaften bewirtschaftet, wie die inzwischen mehr als 40.000 ha der KTG.¹⁰⁴ In Litauen hat KTG alleine über 7.000 ha Agrarland zusammengekauft. Ebenso kaufen deutsche Kapital-



anleger neu zugeschnittene Agrarflächen von 1.000 ha in Lettland auf, um für den internationalen Markt zu produzieren.¹⁰⁵ Ich saß 2006 im Flieger nach Berlin neben zwei dieser neuen deutschen Großbauern, die im Raum Talsi (LV) gerade einen solchen Landkauf vertraglich abgeschlossen hatten und davon mit leuchtenden Augen erzählten.

Angesichts dieser konkreten Erfahrungen aus Deutschland wollten wir den lettischen Ökobauern bzw. ihrem Verband LBLA helfen, über den Tellerrand des kleinen lettischen Bio-Bauerntums hinauszuschauen und sich auf diese Entwicklungen organisatorisch nach innen und als (kooperativer) Marktteilnehmer nach außen vorzubereiten. Das war gewissermaßen mein politisches Interesse an diesem Bio-Bauern-Projekt. Und Lasma trug jetzt diese Dimension mit in ihrem Hinterkopf als die neuen Kooperationsprojekte mit Sachsen-Anhalt vorbereitet wurden. Das detaillierte Besuchs- und Arbeits-Programm für die Altmark im Frühjahr 2006 enthielt die für Lettland und Estland ungeklärten Fragestellungen: wie wird auf deutscher Seite die Bio-Produktion organisiert, welche Vermarktungsformen setzen sich in der Region Altmark durch, wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen regionaler Politik (Gemeinderäte-Landrat-Landesregierung in Magdeburg), welche Konflikte entstehen und werden wie geregelt. Dadurch besaß das Programm eine wirtschaftliche, eine umweltorientierte und eine soziale Dimension (zukunftsfähige Arbeitsplätze) und eine politische sowieso. Da wir mit dem Innovations- und Gründerzentrum in Salzwedel gewissermaßen eine Standleitung unterhielten, war die Palette der besuchten Initiativen und Bio-Höfe und Bauernmärkte, dazu die Kombination aus Schullandheim mit Ökoscheune und Naturschutzbildung in Tangermünde-Buch so inhaltsreich geworden, daß jede einzelne der baltischen Delegation bis zur Unterlippe angefüllt war mit neuen Anregungen. Hinzu kamen sehr konkrete Gespräche im Ökodorf „Sieben Linden“ in Poppau, der beliebte Besuch einer Ökobrauerei, von Bio-Bäckern, einer Ölmühle für biologische Ölsaaten bis hin zu einer Nudelwerkstatt für

104 Auf ihrer website stellt sich die KTG so vor: *Die KTG Agrar SE ist seit 20 Jahren Landwirt. Heute bewirtschaften wir rund 42.000 Hektar Ackerland in Deutschland und Litauen. Damit sind wir einer der führenden Agrarbetriebe in Europa.* (<http://www.ktg-agrar.de/>)

105 Verantwortlich für diese Entwicklung in der ehem. DDR ist die Nachfolgeorganisation der einstigen Treuhand, die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG)

biologisch hergestellte Teigwaren. Ich war natürlich an all den Gesprächen immer beteiligt, beobachtete aber gleichzeitig mit großem Interesse, wie die Bürger aus der ehemaligen Sowjetrepublik Lettland und dann auch unsere estnische Delegation auf die verschiedenen kollektiven Initiativen reagierten und ob sie die dominante moderne deutsche Landwirtschaft mit ihrer großunternehmerischen Organisationsstruktur überhaupt mit Ökodörfern etc. in Einklang bringen konnten. Und ganz nebenbei waren es viele Lehrstunden über engagierte Bürgermeister, Landräte oder Planungsbehörden in Sachsen-Anhalt.

Besonders der Genossenschaftsgedanke wird im Baltikum und gerade auch im baltischen Kernland noch immer stark zurückgewiesen und Bürgerinitiativen, die sich und ihr gemeinsames Geld selber verwalten, werden immer auch ein bißchen skeptisch betrachtet: greift da kein Vorsitzender mal in die Kasse, um die eigene Tasche besser auszulapeln? Das Ökodorf „Sieben Linden“ in Poppau wurde zum Modell, um solchen Fragen auf den Grund zu gehen. Funktioniert das wirklich, die komplette Umstellung von Lebens- und Arbeitsformen einer Grossgruppe von Familien, einschließlich der Klein- und Schulkinderbetreuung und der gerechten Arbeitsteilung in Haus und Hof...? Wir steckten unsere Nase in alles, denn auf ihrer Website hatten die Poppauer sich unserem Besuch förmlich aufgedrängt:

“Das Ökodorf Sieben Linden ist ein zukunftsweisendes Gemeinschaftsprojekt. Mit zur Zeit 140 BewohnerInnen verwirklichen wir seit 1997 nachhaltige Lebensstile in den Bereichen Ökologie, Soziales, Kultur und Ökonomie. In vielfältigen Bildungs- und Besuchsangeboten geben wir unsere Erfahrungen an Interessierte weiter.”

Die meisten der konkreten Beispiele, die wir sehen, anfassen, begutachten konnten, sind nicht von einem anderen Stern – und selbst Latgale liegt noch auf unserem Stern. In dem Sinne resumierte ich selber später in Riga das Erlebte. Aus meiner Sicht lag eine wesentliche *lesson learnt* der Altmark-Reisen in der (hoffentlich) erreichten Haltungsänderung bei denen, die ihre Sozialisation in einer Gesellschaft erlebt hatten, die immer auf „Papa Staat“ setzten und auf die Zustimmung der Partei warten mußten. Die Bürgerinitiativen in der Altmark hatten unterstrichen, daß Eigeninitiative und Gemein-schaftsdenken die soziale Hefe waren, ohne die der neue Kuchen sich nicht backen ließ.

Poppau: Öko-Bäuerin ackert mit Kind auf dem Rücken (fast wie in Peru....)





Poppau: gemeinschaftlich erbautes Null-Energie-Gemeinschaftshaus aus Holz

Auch unser dritter Besuch aus Lettland bzw. aus Estland war den regionalen Medien nicht verborgen geblieben und es gab – wie immer – sehr freundliche Berichterstattung in den Regionalzeitungen. Aber auch diese Delegationsreisen alleine reichten mir noch nicht wirklich. Mit Lasma zusammen erarbei-

teten wir Kernfragen für ein Fortbildungsprogramm in Lettland. Ich war mit dem Ergebnis einverstanden – nur sollte es ein Programm sein, an dem unsere Partner aus Lettland und aus Estland teilnahmen. Schließlich hatten wir auch für beide Länder – zunächst getrennt – die Informationsreisen in die Altmark ermöglicht. Wir einigten uns als Austragungsort auf Pärnu, die „Sommerhauptstadt“ Estlands mit langen Stränden für die Mittagspausen und netten Holzhauskneipen für den Schlummertrunk.

sehr freundliche Aufnahme der baltischen Delegationen in der Altmark

Für das Pärnu-Seminar gelang es uns, den Leiter von Bioland aus Deutschland als zentrale Ressource-Person einzuladen, Thomas Dosch. Die Ressource, auf die ich hier anspiele, hieß in dem Fall nicht Holz oder Fisch oder Raps, sondern „Wille zum Blick über den Tellerrand“, bzw. „grenzüberschreitend denken und handeln“.... Ein eher knapper kultureller Rohstoff in der Region, auf den jetzt aber mehr als auf technische Vertiefung von Bio-Fragen im Fortbildungsprozeß abgestellt werden sollte. Bei diesem gemeinsamen workshop mit Esten und Letten sollte Thomas einen holistischen Ansatz fahren und seine Erfahrungen und Erkenntnisse umfassender einbringen als nur für Bioproduktion zu werben. Thomas sollte authentisch über den engen Zusammenhang zwischen Bioproduktion als Beitrag zum Klimaschutz (weniger Energieaufwand für Kunstdünger und andere Chemikalien); Bioproduktion als Beitrag zum Naturschutz (Erhalt der Biodiversität); Bioprodukte zur Sicherung gesunder Ernährung (gegen gentechnische Massenware); Bioproduktion als Bereitschaft, gegen die falsche Agrar-

Baltische Delegation knüpft Kontakte in die Altmark / Wirtschaftliche Kooperationen sind das Ziel

Biobauern aus Lettland ließen sich Bier aus Neuendorf schmecken

Eine Informationsreise durch die Altmark unternahmen derzeit acht Biolandwirte aus Lettland. Sie besuchten unter anderem Höfe ihrer Kollegen in der Region, eine Landbäckerei, das Ökodorf bei Poppau sowie gestern die Brauerei in Neuendorf und den Hof von Dr. Jürgen Meyer-Roschau in Jahrsfeld.

Von Siegmund Riedel

Neuendorf. Die Bedingungen für Biolandwirte in Lettland sind denen in der Altmark ähnlich“, begründete Dr. Elmar Römpezyk von der Friedrich-Ebert-Stiftung, warum die Letten sich gerade in der Altmark umsehen. Er ist Koordinator der Stiftung für die drei baltischen Länder Lettland, Estland und Litauen. Römpezyk begleitet die acht Biolandwirte bei ihrer Informationsreise und war gestern auch bei dem Besuch in der Demmert-Brauerei mit dabei.

Beim Gerstensaft zeigte Daumen nach oben

Nachdem die Gäste das Neuendorfer Bier probiert und dessen Geschmack mit nach oben zeigenden Daumen gepriesen hatten, sahen sie sich die „heiligen Hallen“ für die Bierherstellung an. Dabei informierte Brauereibesitzer Wolfgang Demmert nicht nur über die Geschichte des Familienbetriebes von den Anfängen bis in die heutige Zeit, er gab auch einen Einblick in die

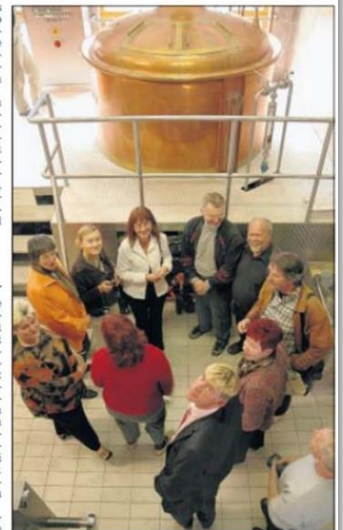
Geheimnisse des Bierbrauens in seinem Unternehmen. So zeigte er den Gästen Rohstoffe für die Bierherstellung, die Mühle zum Mahlen, die Kessel, in denen das Bier ange-setzt wird und die Tanks in den Kühlhäusern.

Seit zwei Jahren bestehen wirtschaftliche Kontakte zwischen Lettland und der Altmark. „Das ist bereits die dritte Delegation, die hier zu Gast ist“, berichtete Elmar Römpezyk. Sie folgt damit der Einladung zu einem Gegenbesuch, nachdem Altmarkler im vergangenen Jahr ihrerseits Kontakte in dem baltischen Land geknüpft haben.

Planungsgesellschaft organisierte Rundreise

Organisiert wurden ist die Reise der Letten von der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark. Mit im Boot sitzt auch Jürgen Barth, Regionalmanager von „Regionen aktiv“. Er und Elmar Römpezyk umschreiben das Ziel des Informationsbesuchs so: „Wirtschaftliche Beziehungen sollen geknüpft und Kooperationen auf dem Gebiet der ökologischen Landwirtschaft entwickelt werden.“ Gelungen sei das bereits im Bildungssektor. Zum Beispiel liefere die Fachhochschule Stendal Bücher zu Lehrzwecken nach Lettland.

Heute stehen der Bauernmarkt in Salzwedel und eine Ökostalle auf dem Programm, bevor die Letten am Freitag ihre Heimreise antreten.



Wolfgang Demmert (hinten) erläutert den Gästen aus Lettland, wie in seiner Brauerei in Neuendorf Bier hergestellt wird. Foto: S. Riedel

subventionierung der EU-Kommission zu kämpfen (also auch politisch zu denken und so gemeinsam wie möglich zu handeln).

Thomas Dosch hatte sich offenbar gerne auf diese komplexe Rolle eingelassen und er nahm relativ schnell die Unterschiede zwischen unseren Lettinnen und den Estinnen wahr und empfahl, in der Folgezeit durchaus spezifischer auf die organisatorischen Kapazitäten und die persönlichen Einstellungen einzugehen. Gemeinsam blieb für alle Teilnehmer jedoch die Herausforderung, biologisch gute Erzeugnisse auch gut zu vermarkten. Denn von irgendeinem Geld mußte sie in Estland wie in Lettland schließlich (über-)leben. Wir übernahmen auch diesen Ratschlag von Thomas, so daß es Organisations- und Professionalisierungsseminare im estnischen Otepää oder Tartu und Tallinn gab ebenso wie im lettischen Jaunpiebalgs, Jelgava oder Riga.

*beim gemeinsamen lettisch-estnischen
Bio-Food-Seminar
mit Thomas Dosch (Bioland), Pärnu 2007*

Nur die Litauer liessen sich in diesen Prozeß nicht einbinden. Unsere Büroleiterin in Vilnius, Jolanta, hatte keine Erklärung. Ich selber habe allerdings bei diesem wie bei anderen Themen ganz bewußt immer wieder Wert darauf gelegt, ähnlich strukturierte Probleme in den drei Ländern gemeinsam mit unseren Partnern anzugehen. Auch wenn es ein dickes Brett blieb.



Solange ich im Baltikum arbeiten durfte, gab es diese Unterstützung für „unsere Biobauern“ durch anerkannte deutsche Experten und durch die Finanzierung der Teilnahme an der **BIOFACH-Weltleitmesse** für Bio-Lebensmittel in Nürnberg und weitere Unterstützung. Bei unser aller (besonders meinem eigenen) Enthusiasmus blieb in meinem Hinterkopf allerdings immer eine Rest-Angst, daß gerade in Deutschland Skandale um die Manipulationen mit Bio-Lebensmitteln eintreten könnten. Aber es passierte – wenn auch etwas später:



Skandale

Noch gibt es Bio-Märkte in den drei baltischen Ländern. In den Hauptstädten sowieso, weil dort Männer und Frauen der Mittelschicht ähnlich

bewusst einkaufen, wie in Westeuropa. In kleineren Städten gibt es sie auch, weil dort der einzelne Gartenbesitzer irgendwelche seiner Gartenprodukte in kleinen Mengen anbietet, sei es frisch oder als Eingemachtes, um seine sehr bescheidene Rente zu ergänzen. Im Sommer gibt es außerdem die fliegenden Händler an den großen Durchgangsstraßen zu den beliebtesten Küstenabschnitten. Von denen bieten viele allerdings Früchte an, die sie zuvor selber am Großmarkt gekauft haben (also z.B. spanische Erdbeeren). Wenn man in Tallinn oder Tartu oder Riga als Ausländer lebt, findet man irgendwann den richtigen Bio-Händler, der seinen festen Stand hat, dort selbst angebautes Gemüse, eingekochte Rote Beete, frische Eier und selbstgemachte Butter und selbstgemachtes Brot verkauft. Oft hat die Bauersfrau auch einige der typischen lettischen Produkte ausgelegt, vor allem das einmalige Sauerkraut, die selbst eingelegten Gurken und eine wahnsinnig scharfe Paste mit viel zerstampftem rotem Paprika. Produkte, die an die eigene Großmutter aus Ostpreußen erinnern. Auf jeden Fall ist jedes einzelne dieser Nahrungsmittel von so unglaublich beeindruckender Qualität in Geschmack und Duft, daß man die Supermarktketten Rimi oder Maxima möglichst ganz meiden möchte, wo in unglaublich großen Mengen Tomaten aus Spanien, Äpfeln aus Neuseeland oder sonstige „Frischware“ so zusammengeschüttet liegt, daß der Kunde sich beeilt vorbeizukommen.



rege Nachfrage nach biologischen Produkten, auf dem Bio-Markt mit der neo-maurische Markthalle in Liepaja (LV)

Dabei wird deutlich, daß die großen Handelsketten (also z.B. Rimi) nicht sonderlich erbaut sind, über die ökologische Nischenökonomie vom Lande. Das erinnert ein bisschen an die Erfahrungen in Westeuropa als die ersten fair-gehandelten Kaffeesorten sich ihre Nische suchten

und Tschibo schon unruhig wurde, als die fair gehandelten Produkte erst 1% Marktanteil erobert hatten. Ältere Mitglieder im Biobauern-Verband erinnern sich an den ersten Staatspräsidenten Lettlands nach der ersten Unabhängigkeit. Dieser Karlis Ulmanis war Landwirt, hatte sich in Deutschland, der Schweiz und den USA fortgebildet und dann die lettische Landwirtschaft sehr erfolgreich dynamisiert. Lettische Butter und Schinken etwa wurden Renner in London, Hamburg, Stockholm. Zu diesem Qualitätsstandard möchten die Biobauern zurück. Das setzt einen nüchternen Blick auf den Landwirtschaftssektor voraus. Der wird gegenwärtig in Lettland durch gut 80.000 Betriebe gebildet. Davon bewirtschaften 1/3 bis zu 20 ha;

gut 50% bis zu 100 ha. Nur 3% sind baltische Großbetriebe mit mehr als 250 ha Fläche. Der Anteil an Bio-Höfen liegt bei knapp 8-10%. Das kann als viel oder als wenig angesehen werden. Es entspricht z.B. den deutschen Verhältnissen. Wichtiger für das Verhältnis der Landbevölkerung zu ihrem Land ist das bäuerliche Selbstverständnis. Es sind zu 80% Familienbetriebe, die am Existenzminimum wirtschaften, aber ihr Stück Land als Erbe des Urgroßvaters verwalten und an die eigenen Enkel weitergeben möchten. Ihr kleines Gehöft ist mindestens so wichtig für die kulturelle Identität wie für das wirtschaftliche Auskommen. Und beides macht gerade den Ökobauern unter ihnen gleichermaßen große Sorge. Einerseits steigt die Nachfrage nach gesunden Nahrungsmitteln bei der urbanen Mittelschicht in Tallinn, Tartu, Riga, Ventspils, Kaunas, Vilnius. Andererseits können die Öko-Höfe nur noch wirtschaftlich und ökologisch produzieren, wenn sie weit entfernt von diesen Vermarktungszentren geführt werden. Die geringeren Erträge gegenüber normaler Landwirtschaft bei vergleichsweise hohen logistischen Kosten, um zu den Märkten zu kommen, in Zeiten, in denen die Mittelschichten unter der Prekarisierung leiden, lassen dem einzelnen Ökobauern nur eine äußerst geringe Gewinnspanne – wenn überhaupt.

Eine aktuelle Untersuchung über kleinbäuerliche Betriebe in Estland und Lettland ergab ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 15.000 €. „Wenn überhaupt“ kann dann bedeuten, daß der Ökobauer (aber auch andere Subsistenzbauern) sich gezwungen sehen, ihre Waldstücke z.B. an ein schwedisches Holzunternehmen zu verkaufen, um sich Liquidität zu verschaffen. Wegen anderer Bedürfnisse wird danach aber keine ausreichende Aufforstung betrieben. Die ökonomische Basis dieses Kleinbetriebs verschlechtert sich weiter. Am Ende kann der Notverkauf der gesamten Betriebsfläche stehen. Das passiert vor allem dort, wo durch die Gletscherwanderung während der letzten Eiszeit fruchtbare Senken entstanden sind – dort kaufen kapitalintensive Großbetriebe besonders gerne Land zur Unternehmensvergrößerung dazu. Dieser Prozeß ist stärker in den westlichen Landesteilen als in den östlichen zu beobachten. Die Großbetriebe verschlechtern – wie in Westeuropa auch – die allgemeinen Produktionsbedingungen für Öko-Betriebe, weil sie das Grundwasser durch Chemikalieneinsatz (Dünger, Pestizide, Wachstumshormone, Gülle) belasten, weil sie die Artenvielfalt der Regionen durch Monokulturen zerstören, weil auch mit gentechnisch veränderten Pflanzen gearbeitet wird (Raps, Mais).

*Baltische Ökobauern nutzen
Störche statt Chemie*



Der Bundestagsausschuss für Technikfolgenabschätzung spricht dieses Problemspektrum an, zwar mit Blick auf Deutschland; es gilt aber ebenso für Lettland und seine Nachbarn:

„Der hohe Stickstoffeintrag aus der Landwirtschaft ist sowohl für das Grundwasser als auch für die Oberflächengewässer problematisch. Daneben sind Belastungen durch den Eintrag von Phosphor, Pestiziden, Industriechemikalien und auch Arzneimittelrückständen von Bedeutung. Ganz wesentlich über den Luftpfad verursacht sind die Belastungen durch Quecksilber, die zu einer flächendeckenden Überschreitung der für Biota gültigen Umweltqualitätsnorm in den deutschen Oberflächengewässern führen.“

Es sind nicht zuletzt die Subventionen der EU-Agrarpolitik, die hier zum Tragen kommen. Agrarsubventionen, die in erster Linie für industriell wirtschaftende Agrobetriebe, für Mastbetriebe mit zehntausenden Schweinen, Hühnern, Rindern gewährt werden, wo die Tiere auf kriminelle Weise als Industrieprodukte gehalten werden, aber nicht wie Lebewesen und schon gar nicht artgerecht. Kommentar des Mitteldeutschen Rundfunks im Januar 2015: *In Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind Schweinemastanlagen mit einer Kapazität zwischen 80.000 und 95.000 Mastplätzen geplant. Die Anlagen sind dann fünfmal so groß wie die größte Anlage, die 2001 gebaut wurde.* Nach ihrem EU-Beitritt ist auch in den 3 baltischen Ländern die industrielle Tierproduktion sprunghaft angestiegen, vor allem mit Schweinen und Hühnern – allerdings nirgendwo in der EU so gewaltig, wie in Polen, in dem heute fast 60% aller Mastbetriebe rund um die Ostsee arbeiten. Das erforderliche Futter wird u.a. aus Brasilien und Argentinien in solchen Mengen importiert, daß die dortige Lebensmittelproduktion schon in Schwierigkeiten gerät. „Unser Konsumverhalten geht auf Kosten der Lebensverhältnisse von Menschen in anderen, oft ärmeren Erdteilen“, so Klaus Töpfer, heute IASS-Exekutivdirektor (Potsdam). "Wir nutzen Flächen anderer Staaten, die oft ihre eigenen Bürger nicht mit Grundnahrungsmitteln versorgen können." In Paraguay etwa, einem der großen Lieferanten für Futtermittel wie Soja, liege der Anteil Unterernährter bei gut 22 Prozent. Das sei nahezu eine Verdopplung im Vergleich zu 2004, so der frühere Umweltminister und ehem. Direktor des UN-Umweltprogramms in Nairobi, Prof. Klaus Töpfer. ¹⁰⁶

Im Baltikum führen diese angedeuteten Bedingungen u.a. dazu, daß auf dem Lande bzw. in den kleinen ländlichen Orten Öko-Produkte durch Direktverkauf an den Kunden gebracht werden und dabei sogar eine starke Konkurrenzsituation für die Öko-Bauern entstehen kann: denn hier kennt jeder jeden, die Landbewohner können aber noch weniger für den Kauf ihrer Nahrungsmittel ausgeben als der städtische Bürger, der Öko-Bauern muss immer gute Qualität liefern, sonst arbeiten die „Buschtrommeln“ so schnell, daß seine Kunden mit den Füßen abstimmen und sich einen anderen Versorger suchen. Die Landesregierungen fühlen sich allerdings in allen drei Staaten der sogenannten „Freien Marktwirtschaft“ verpflichtet, d.h. ihre Bereitschaft, den rein privatwirtschaftlichen Öko-Sektor gezielt zu fördern, ist sehr begrenzt. Sie verhalten sich damit analog zur EU-Agrarpolitik. Der Anteil an Bio-Höfen ist daher in den baltischen Ländern besonders seit Ausbruch der Großen Krise um etwa 10% geschrumpft.

Die Hoffnung für die Bio-Produzenten liegt in allen baltischen Ländern auf dem noch bestehenden tradierten Wertesystem, was insbesondere gesundes, nahrhaftes, geschmackvolles Gemüse und Obst betrifft (vor allem: keine radioaktiv bestrahlten

106 Zitiert nach einer Mitteilung des DNR, 8.1.2015: **Europa verbraucht weltweit die meiste Landfläche**

holländischen Kartoffeln, keine farbechten, aber geschmacksneutrale Tomaten, keine güllegedüngten spanischen Erdbeeren u.ä.m.). Dabei weist ein Teil des vorhandenen Bio-Potenzials sogar schon über die eher kleinräumige Vermarktung hinaus. Denn ganz besonders bei Milchprodukten (Butter, Milch, Joghurt) ist gerade lettische Qualität um einige Stellenwerte besser als deutsche oder holländische oder dänische. Ebenso etwa bei Honigsorten und bei Medizinpflanzen. Die Ökobauern (-Verbände) sehen daher mit großer Hoffnung auf die Bio-Märkte in Westeuropa und ahnen ihre Chancen, vor allem wenn z.B. in Deutschland die großen Manipulationen im Bio-Sektor noch weiter zunehmen und die gefälschten Sendungen aus Rumänien und aus China immer öfter vom Zoll abgefangen werden und den Kunden verunsichern. Auch unter den baltischen Bauern weiß man um die Klimakrise und die noch immer zunehmende Weltbevölkerung und die zu erwartende Nahrungsmittelkrise der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Aber werden sie lange genug durchhalten können? Bei der Grünen Woche in Berlin 2015 (Lettland war Partnerland) haben sie mit Unterstützung ihres Staatspräsidenten jedenfalls viel Hoffnung ausgestrahlt und sicherlich einige neugierige Touristen für die nächste Saison gewonnen.

Die Fuchs-Zäsur

Als sich eines guten Tages unsere oberste Chefin, die Vorsitzende der Friedrich Ebert Stiftung, Anke Fuchs zu einem dienstlichen Baltikum-Besuch ansagte und dazu auch gleich ihren Mann als Verstärkung mitbrachte, hatte ich 2 Wochen Zeit, den beiden „Füchsen“ einen ausgiebigen Querschnitt unseres breit angelegten Gesamtprogramms zu präsentieren. Die Zentrale in Berlin hatte mich zwar gebeten, einen Fahrer für die vielen Kreuz- und Querreisen durch die 3 Länder anzuheuern. Aber erstens vertraute ich einem angemieteten Fahrer weniger als mir selbst in denkbaren Problemsituationen, zweitens hatte ich meine Dienstherrin immer so im Blick, daß ich bei den endlos vielen Gespräche auch mal spontan unsere vorgedachte Reiseroute abänderte und irgendwo über die Dörfer fuhr, weil dort eine interessante Kirche oder ein gerade restauriertes baltendeutsches Anwesen zu einem geistigen Exkurs aus unseren dienstlichen Gesprächen einlud.

Und diese immer auch auf die persönlichen Interessen von Herrn und Frau Fuchs eingehende Reiserei bescherte uns am Ende 2.000 Km Baltikum in 14 Tagen mit politisch wichtigen Gesprächen (Ministerpräsident Brazauskas in Vilnius), hochinteressanten Museen (Mikalojus-Konstantinas-Čiurlionis-Kunstmuseum), netten Rotwein-Absackergesprächen in Tallinn oder Tartu wie auch Besuchen wichtiger geschichtsträchtiger Orte, wie der Schwertbrüder-Burg in Cesis und zukunftsorientierter Projektförderung, wie bei unseren Biobauern. Dabei wurde auch Frau Fuchs allmählich deutlich, warum es in vielen Fällen leichter und verlässlicher war, mit Letten und Esten zusammenzuarbeiten als die Litauer in eine stärker regionale Zusammenarbeit einzubeziehen und sie akzeptierte, daß ich deutlich weniger mit vermeintlichen Sozialdemokraten zusammenarbeitete als man es gemeinhin von der FES erwarten würde. Sie zeigte sich genauso überzeugt von der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den Universitäten von Pärnu und Tartu (in Estland) wie von der Sicherung der Lebensqualität durch Stärkung der Ökobauern (in

Letland) wie durch die gelegentliche politische Kooperation mit bestimmten Ministern oder dem Regierungschef Brazauskas (in Litauen):



A.Fuchs auf dem Biobauernhof Lielkruse bei Jaunpielbalgs (LV)

A.Fuchs mit Matti Raudjäro, Rektor der Universität Pärnu (EE)



Und dann hatte der litauische Frauenverband (LWA) zufällig, aber im richtigen Moment ein Schreiben an das Vilnius-Büro übersandt, das auch unsere Vorsitzende mit großer Zustimmung zur Kenntnis nahm (Auszug):

The Lithuanian Women's Association (LWA) has been collaborating with the Fr. Ebert Foundation since its establishment in Lithuania. The projects intended for women's education and consolidation of their equality in the society have been carried out for a number of years.

.....

The project is unique in terms of the adapting of the training course to the women's needs, i.e. providing the knowledge which is not easily accessible in other educational institutions. The results of the research which was carried out before producing the training programmes have shown that it was very important for women to raise their self-confidence, learn to work in team, resolve the disputes, learn to schedule the time, thus enabling to combine family duties and public activities.

Am Ende konnte ich jedenfalls eine sehr zufriedene und von unserem nicht ganz typischen FES-Programm überzeugte Vorsitzende wieder zu ihrem Flieger zurück nach Berlin begleiten und erhielt wenig später einen sehr herzlichen Dankesbrief und tief-grünes Licht für die weitere Arbeit unserer drei baltischen Büros. Für unsere drei baltischen Büros ging die normale Arbeit in der Tat sehr intensiv weiter – jetzt vielleicht etwas beschwingter, weil der ausgedehnte Besuch von der FES-Chefetage nicht nur

zusätzliche Anstrengungen bedeutet hatte, sondern auch für das ganze baltische Team „weiter so“ bedeutete. Der Chefin war klar geworden, daß wir für unsere Programmlinien einen langen Atem brauchten und ein engagiertes Team, weil es um die Änderung der bisherigen Denkmuster in diesen Übergangsgesellschaften ging und noch lange gehen wird....

BALTISCHE ENERGIEPOLITIK: ZU WESSEN GUNSTEN ?

Das Szenario



Naturpark Ignalina (Werbefoto)

Baltische Energiepolitik muß sehr unterschiedliche Komponenten im Blick haben. Da gibt es immer noch die Vision der litauischen Regierungen, auch nach dem EU-Beitritt das zwangsweise geschlossene AKW in Visaginas mit seinen zwei Blöcken vom Typ Tschernobyl irgendwie neu zu errichten. Ignalina heißt der Nationalpark, in dem die Stadt Visaginas mit ihrem AKW aus sowjetischer Zeit liegt. Die Assoziation einer bestechenden Naturlandschaft – Ignalina – wurde den Atommeilern mitgegeben, um ein wenig vom Bedrohungscharakter zu verschleiern.

Offiziell spricht man daher immer vom AKW Ignalina. Der Naturpark Ignalina gilt in Litauen übrigens als der schönste Nationalpark, weil er das litauische «Bergland» mit seinen „1000 Seen“ ebenso einschließt, wie ausgedehnte Wäldern und Moore. Auf den Seen machen vor allem die Litauer selbst häufig ihren Kanu-Urlaub und wenn sie Glück haben, sehen sie dabei Hirsche oder einen Luchse oder einen Elch oder Wildschweine oder sogar Wölfe. Und das Gebiet ist ein Paradies für Vogelkundler. Wahrscheinlich war mein Jeep viel zu laut als ich damals mit meinen beiden Praktikanten zum ersten Mal eine Erkundungstour durch dieses Seengebiet und hinauf zur Kernkraftanlage unternommen hatte. Wir sahen jedenfalls weder Elch noch Luchs Aber nicht zu übersehen waren zunächst die beiden **AKW-Blöcke** hinter der Stadt Visaginas und nicht zu übersehen ist der **russische Einfluß auf diese Stadt** mit orthodoxer Kirche und Luxus-Hochhäusern für die damaligen sowjetischen Atom-Techniker.

*AKW-Ignalina
mit seinen beiden Reaktoren*

An den AKW-Blöcken macht sich noch immer litauische Energiepolitik fest, die Vision, das von der EU zwangsweise geschlossene



AKW Ignalina irgendwie neu zu errichten. Hätten die litauischen Regierungen nicht den ersten der beiden Blöcke schon vor dem EU-Beitritt 2004 abgeschaltet, hätte es den Beitritt nicht gegeben. Und der zweite Block mußte ab Ende 2009 still stehen. Doch den Traum eines neuen, modernen AKW, ein „Ignalina III“, träumt seither jede litauische Regierung und hofft damit, wieder die zentrale Rolle als baltischer Energieversorger einzunehmen, wie in der Sowjetzeit.



Visaginas, einst russische Atom-Stadt in Litauen

Nachdem Litauen seine beiden AKW-Blöcke abschalten mußte, fahren die bisherigen litauischen Regierungen daher eine Doppelstrategie:

■ einerseits wird die EU finanziell massiv in den **Rückbau** der Tschernobyl-Typen eingebunden. Als Handlungsgrundlage hatte das litauische Wirtschaftsministerium 2001 eine Atommüll-Behörde

eingerrichtet. Deren Aufgabe war und ist es, sich um den Rückbau der Ignalina Reaktoren und die sichere Lagerung der verstrahlten Materialien sowie der abgebrannten Brennstäbe zu kümmern. 2007 hatte die Behörde dann in der nahen Umgebung des AKW den passenden Ort für ein quasi oberirdisches Endlager ausgemacht. Die französische Areva, die deutsche Nukem und andere Firmen sollten bis 2017 für 10 Mio. € ein Endlager für die verstrahlten Materialien aus dem Ignalina-Abriß bauen. Sämtlicher Atommüll soll dann bis 2030 endgelagert sein. Kein aussenstehender Beobachter erwartete ernsthaft, daß diese Planungen umgesetzt würden oder irgendwie sinnvoll klingen. Gegenwärtig sind vor allem die Abklingbecken des AKW noch bis zum Rand mit gebrauchtem Brennmaterial gefüllt. Einige abgebrannte Brennstäbe lagern in Trockencontainern auf dem AKW-Gelände. Wie in jedem anderen Atomstaat auch, wird die Kostenfrage des Gesamtpakets Atomenergie bei dieser Planung in verschwommenem Licht gehalten. In einem Bericht der Generaldirektion Energie an den Europäischen Rechnungshof ((Doc-No.: C(2014)8104/F1)) klingen auch 2014 noch Bedenken an, die die genannten Planungsdaten erheblich in Frage stellen: bisher hat die EU schon 1,4 Mrd. Euro für Stilllegungsmaßnahmen an Litauen gezahlt. Aktuelle Hochrechnungen beim Europäischen Rechnungshof gehen von einer Verdoppelung dieser Kosten aus. In demselben Bericht von 2014 heißt es weiter: in der vorgelegten Kostenplanung werden keine konkreten Mengenangaben über die verschiedenen Arten verstrahlten Mülls gemacht. Daher liegen auch keine belastbaren Kostenkalkulationen für deren Endlagerung vor. Und: für die Behandlung des Atommülls stehen die erforderlichen Anlagen und Technologien gar nicht zur Verfügung. Dabei ist von Wiederaufbereitung noch keineswegs die Rede, auch nicht bei den litauischen Atomgegnern. Würden sie ins britische Sellafield hinüber schauen (wo auch Deutschland seinen Atommüll behandeln

läßt), würde schnell deutlich, daß „Aufbereitung“ ein weiteres technisches und finanzielles und immer ein gewaltiges Umweltthema darstellt. Denn in Sellafield befinden sich ebenfalls die Abklingbecken unter freiem Himmel. Sie befinden sich in einem desaströsen Zustand, weil die Betonbehälter immer nur begrenzte Zeit der Strahlung widerstehen und inzwischen bröckeln. Der angedachte Abriß in England soll rd. 90 Mrd. Euro kosten. Kaum jemand in Litauen macht sich Gedanken, wie Litauen seinen Atommüll evtl. aufbereiten und das dann auch noch finanziert werden könnte – denkbar nur mit Mitteln aus dem Kohäsionsfonds der EU-Kommission. Anders als das marode Sellafield oder die kriminell fahrlässige Bewirtschaftung der deutschen Deponie Asse erstellt die AKW-Großmacht Frankreich derzeit eine Hightech Atommülldeponie in dem abgelegenen Dorf Bure (bei Nancy). Hier sollen in Zukunft in 500 m Tiefe 240.000 Fässer hochradioaktiver Müll durch ferngesteuerte Roboter eingelagert werden. Die Energiekonzerne Areva, EDF und der Staat planen Investitionen von rd. 20 Mrd. Euro für die Errichtung der Anlage. Also, sehr unterschiedliches europäisches Anschauungsmaterial für das litauische Problem Atommüll bzw. Atommüll-Endlager.

*Atom-Müll-Endlager Bure
in Frankreichs Ost-Provinz
(TAZ, 12.8.2014)*

Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė schaut allerdings beim Thema Atomenergie interessiert auf Skandinavien, denn die französische Atomfirma Areva ist nicht nur in Ignalina engagiert, sondern auch im finnischen Olkiluoto. An der finnischen Westküste soll mit Arevas Hilfe bis 2018 ein Atommüllendlager fertiggestellt sein. Tatsächlich besitzt das finnische Olkiluoto für die litauische Regierung an anderer Stelle einen erheblich größeren Anschauungswert, nämlich beim Bau eines neuen AKW. Und da bietet Olkiluoto und der AKW-Erbauer Areva eine außerordentlich wichtige lesson learnt:

- **Neubau eines AKW** lautet die zweite Teilstrategie der litauischen Regierung. Die Vereinbarungen mit der EU-Kommission zur Schließung der Anlage Ignalina wurden von Anbeginn an nur sehr zögerlich umgesetzt. Schon 2006 hatten die baltischen Nachbarländer die Einladung des litauischen Regierungschefs Brazauskas angenommen, sich zur Dreierunde der baltischen Ministerpräsidenten (Andrus Ansip, Aigars Kalvitis und Algirdas Brazauskas) zusammengefunden und ihre Unterstützung für ein neues, gemeinsames AKW-Projekt in Litauen bekannt gegeben. Im Oktober 2006 legten die 3 Regierungen dann eine politische Ideenskizze vor („Road Map der baltischen Energiepolitik“)

Rund 16 Milliarden werde „Cigéo“, wie das Projekt heißt, insgesamt kosten, schätzen die Betreiber. Ab 2030 sollen hier 240.000 Fässer für einen Zeitraum von bis zu 100.000 Jahren gelagert werden. Jahrelang werden dann jede Woche zwei Atommülltransporte per Straßentransport oder mindestens eine Lieferung per Zug durch die Region gehen – doch das will sich heute noch kein Einheimischer so recht vorstellen.

„Gegen dieses Wahnsinnsprojekt, „muss einfach was unternommen werden“, meint die 50-jährige Bernadette, die an einem Wochenende nach Bure gereist ist. „Niemand glaubt dieses Märchen von den 100.000 Jahren Sicherheit“, sagt sie. „Deshalb muss ein für alle Mal Schluss sein mit der Atomkraft.“ Die Betreiber der Testanlage werden nicht müde zu beteuern, dass das Projekt ausgereift und sowieso sicher ist.



und teilten mit, dass sie einen neuen AKW-Bau mit einer Leistung von bis zu 1.600 MW und bis zu 4,5 Mrd. Euro Baukosten für sinnvoll halten. Dieses neue AKW Ignalina III könnte dann bis etwa 2017 den Betrieb aufnehmen. Im Blick haben muss man dabei vor allem die drei baltischen (staatlichen) Energieversorger: *Lietuvos Energija AB*, *AS Latvenergo* und *Eesti Energia AS* sowie den polnischen staatlichen Energieversorger *Polskie Sieci Elektroenergetyczne*. Polen möchte sich via Litauen gerne im Baltikum engagieren und bevor die **Fracking-Euphorie** in Polen ausbrach war Warschau daher am Projekt Ignalina III sehr interessiert.¹⁰⁷ Im Blick haben muss man ebenso das starke geopolitische Interesse Russlands an der Kontrolle des Ostsee-Raums und damit auch an der Kontrolle über die baltische Region. Ein zentraler Hebel dafür ist die baltische Energiesicherheit. Und wenn die Balten wieder in die Atomenergie zurück wollte, dann wollte Moskau dabei ein Wörtchen mitreden.

Um ihre Interessen zu wahren, begannen die Russen, den estnischen Energieversorger zu drängen, gemeinsam ein Unterwasserkabel von den russischen AKWs bei St. Petersburg nach Tallinn zu bauen, um russischen Atomstrom in das EU-Baltikum fließen zu lassen. Das zeigt gleich zwei taktische Ansätze bei Russland: (a) ein neues Projekt Ignalina III zu unterlaufen und (b) die baltische Energieversorgung über russischen Atomstrom noch stärker vom großen Nachbarn abhängig zu machen als nur über die Öl- und Gaslieferungen. Estland spielt ganz offensichtlich nicht mit, bleibt weiter auf Finnland und auf Skandinavien ausgerichtet und baut seinen nationalen und internationalen Ölschiefersektor zielstrebig aus (dazu weiter unten „Ölschiefer in Estland“, S.317 ff).

Im Laufe der Zeit verdichteten sich die Anzeichen, daß Putins Russland mit seinem Atomstrom nicht nur auf Estland hoffte. Es gab ja auch noch mitten in der EU das russische Kaliningrad. Es lässt sich festhalten, daß bis in die erste Jahreshälfte 2008 die litauische Regierung nicht wahrhaben wollte, daß es schon weit entwickelte russische Pläne zur Errichtung eines brandneuen russischen Kernkraftwerks in Kaliningrad gab. Die Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Rosatom und Siemens waren 2007 schon so weit abgeklärt, dass sehr bald mit dem Bau eines Atomkraftwerkes in der Nähe der Stadt Neman und nahe der litauischen Grenze begonnen werden konnte.¹⁰⁸ Das russische AKW Baltijsk sollte über 2.300 MWe Kapazität verfügen und möglichst schon 2014 ans Netz gehen. Die geschätzten 5 Mrd. Euro wollte Russland selbst mit 51% finanzieren; 49% sollten von ausländischen Investoren getragen

107 BALTIC NEWS SERVICE, February 26 - March 5, 2007: *Baltics: Poland signs on to Baltic N-plant project. Lithuania and Poland signed in Warsaw on March 2 a political agreement on the construction of new nuclear power reactors in Lithuania.*

108 Offizielle russische Erläuterung: Rosatom State Nuclear Power Corporation (or Rosatom) was founded in accordance with the Order of the President of Russian in December of 2007 and is intended to replace Federal Nuclear Power Agency (Rosatom). Rosatom ensures carrying out the state policy and maintains the unity of management of nuclear power usage, stable functioning of nuclear power and industrial complex and nuclear weapons complex, nuclear and radiation safety. Rosatom is charged with the tasks of observing Russia's international obligations in the area of peaceful use of nuclear power and nuclear materials nonproliferation regime. The creation of the company was intended to facilitate the performance of federal target program of nuclear industry development approved by the State Duma and the President of Russia.

werden. Zur Erinnerung: es hatte schon unter den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt sehr konkrete Verhandlungen mit Moskau über den Bau eines AKW in Kaliningrad gegeben, um von dort West-Berlin mit Strom zu versorgen. Das ist in den 1970er Jahren aufgrund US-amerikanischer Einwände nicht zum Tragen gekommen (die USA wollten nicht nur Siemens, sondern auch Westinghouse am Projekt beteiligen).

Die jüngsten AKW-Pläne unter Präsident Putin haben weniger mit Stromerzeugung als mit einer weiteren Drohgeste Russlands gegenüber der EU und vor allem gegen die ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken zu tun. Denn ein solches politisches Energieprojekt kann Russland trotz seiner internen Krisen mit Sicherheit schneller ermöglichen als der Bau von Ignalina III zwischen den Balten und der EU-Kommission und den diversen technischen und finanziellen Partnern je abgestimmt wird.

2013 wurde die litauische Staatspräsidentin und vorherige EU-Kommissarin *Dalia Grybauskaitė* mit dem Europäischen Karlspreis ausgezeichnet. Sie zeigt sich leider nicht sonderlich interessiert am Thema regenerative Energien als Beitrag ihres Landes zur europäischen Energiewende. Die litauischen Regierungen hatten vielmehr erfreut den Vertreter der japanischen Hitachi Corporation (Erbauer von Fukushima!) empfangen, der seine Dienste beim Aufbau des neuen AKW anbietet. Hitachi möchte das mit finanzieller Unterstützung von Euratom ermöglichen. Es spricht für die Cleverness der Japaner, lässt aber gleichzeitig ein sehr fragwürdiges Verhältnis der litauischen Regierung und der „Europäerin“ Grybauskaitė zur EU erkennen. Zeitgleich hatte die Staatspräsidentin in Schweden ihren ersten Staatsbesuch absolviert und ihn vor allem auch mit der Bitte um Schwedens Unterstützung in der Atom-Energiepolitik verbunden. Besonders erfreut war zuvor schon 2009 das kanadische Angebot zur Kenntnis genommen worden, schon bis 2016 mit kanadischer Hilfe Ignalina III zu errichten. Kanada stößt mit seinem nuklearen Angebot, das Handelsminister Stockwell Day wie ein Sonderangebot aus dem energetischen Winterschlussverkauf auch gleich Lettland, der Tschechischen Republik und Rumänien offerierte, in eine empfindliche energiepolitische Lücke der Transformationsländer innerhalb der EU. Und dann machte Bundeskanzlerin Merkel im September 2010 der litauischen Regierung einen Staatsbesuch und brachte als Gastgeschenk die Zusage der deutschen Unterstützung beim Bau eines neuen AKW mit.¹⁰⁹

Canadian minister on the tour in the member states of the European Union aimed at the "support for nuclear energy."

The goal of this trip is to introduce Canada's nuclear power technology, CANDU reactors and their advantages.

"The new nuclear power plant is intended to be built by 2016. And our industry would manage to do that by the set deadlines,"

Canadian International Trade Minister Stockwell Day said at a news conference, speaking about a possible contract with Lithuania.

(ELTA, Vilnius, May 4, 2009)

109 Die Welt-online, 7.9.2010: **Merkel will Litauen beim AKW-Neubau helfen.** Angela Merkel hat der litauischen Regierung klare Unterstützung beim geplanten Bau eines neuen Atomkraftwerks zugesagt. "Wir werden alles tun, damit der hier gewollte Bau von uns unterstützt wird", sagte Merkel nach einem Gespräch mit Präsidentin Dalia Grybauskaitė in der litauischen Hauptstadt Vilnius.

Sehr viele Ungereimtheiten. Was für den Beobachter allerdings gar nicht schlüssig erscheint, ist das Phänomen **Elektrėnai**. Es ist die litauische Energiestadt, die in sowjetischer Zeit nicht weit von Kaunas aus dem Boden gestampft wurde, ein Elektrizitätswerk, das mit Gas, Öl und einer Bitumen-Emulsion bis 1992 befeuert wurde und dann von seiner theoretischen Leistung von 1.800 MW (= größeres AKW) auf lediglich 5% seiner Leistung heruntergeregelt wurde. Die Bitumen-Emulsion, ein Abfallprodukt der venezolanischen Erdölförderung, war zwar aus ökologischen Gründen keinesfalls weiter tragbar als Litauen der EU beitrug. Aber die EU-Kommission stellte die Finanzmittel für unterschiedliche technische Modernisierungen zur Verfügung, um die riesige Anlage als Ersatz für das stillgelegte AKW Ignalina wieder voll nutzen zu können. Die litauischen Regierungen und der staatliche Energiekonzern haben die Runderneuerung von Elektrėnai aber offensichtlich mit wenig Enthusiasmus betrieben und wahrscheinlich um noch mehr EU-Unterstützung sowohl bei **Elektrėnai** als auch bei **Ignalina** gepokert. Die EU-Kommission hat sich - trotz Frau Merkels erklärter Unterstützung für eine neue Atomkraftanlage - nicht unter Druck setzen lassen, so daß Litauen heute die mit Abstand größte Importabhängigkeit von russischen Primärenergien aller baltischen Staaten ausweist und selber verantworten muß. Ein gesellschaftspolitisches Thema allererster Ordnung.

Da es bei der AKW-Vision eines Ignalina III nicht nur um Litauen geht, wollten wir die öffentliche Diskussion zu einer baltischen Energiepolitik auch in den drei Ländern führen und planten eine Sequenz internationaler Energiepolitik-Dialoge.

Für unsere Veranstaltungen waren jetzt allerdings die Erfahrungen mit dem finnischen **AKW in Olkiluoto** an der Westküste ein gutes, weil realistisch negatives Anschauungsobjekt für Litauen und die baltischen Nachbarn. Ich hatte mir vor unserer Konferenz diese Baustelle Olkiluoto angeschaut. Ich hatte mich nicht nur im Internet informieren wollen und nutzte den Besuch im Besucherzentrum in Olkiluoto dort mit Personen über die Anlage zu sprechen, aber auch im benachbarten Städtchen Rauma.

*AKW Olkiluoto,
Finnland*

Vor allem ging es um zwei Punkte. Der eine wurde gelegentlich auch international angesprochen, wie noch 2014 vom Deutschlandfunk: *„Das größte und sicherste Kraftwerk der Welt sollte das finnische Olkiluoto 3 sein, ein in Beton gegossenes Comeback für die Kernenergie. Heute ist es mit über acht Milliarden Euro die wohl teuerste Baustelle der ganzen Welt.“*¹¹⁰ Dieser Bericht enthielt noch nicht das kleine, aber für die Finnen wie für jeden Balten wichtige Detail, daß der



¹¹⁰ *Kostenexplosion beim finnischen AKW-Bau, Deutschlandfunk, Sendung vom 10.3.2014*

französische Atombaukonzern Areva in ernstzunehmenden unternehmerischen Schwierigkeiten steckt und sich der AKW-Bau noch weiter in die Länge ziehen wird. Darin liegt ein wichtiger Grund, weshalb auch Finnland sich den erneuerbaren Energien stärker zuwendet.

Als zweites Thema interessierte mich, wie groß die Sensibilität beim Thema Atommüll ist. Das Thema „Atomendlager“ war erstaunlich wenig präsent an der finnischen Westküste. So, wie es auch im Baltikum ein weitestgehend unbeachtetes Thema ist. Über die technischen Fragen zur Atomenergie hinaus werden auch bestimmte politische Implikationen aus der baltischen Debatte herausgehalten: Russland kann für seinen Atom-Strom politische Dumping-Preise anbieten und damit einen starken Keil zwischen die EU-Länder der Region treiben. Würde Ignalina III dann aus unternehmerischen und finanziellen Gründen nicht gebaut, würde der mächtige Schlussstein der litauischen Energiepolitik fehlen. Denn von einem litauischen „Plan B“ wurde bisher wenig bekannt, obwohl es schon erste Photovoltaik-Anlagen im Raum Kaunas mit ein paar Tausend Watt elektrischer Leistung und einige Windparks an der Ostseeküste zwischen der russischen Grenze und dem Modebadeort Palanga mit gut 200 MWe Leistung gibt.

Die einzelnen kleinen Projekte zur Windkraftgewinnung sind noch keine Energiepolitik und noch keine Energiewende. Wenn Litauens Regierung sich seinerzeit vielleicht am finnischen Olkiluoto orientiert hatte, könnte sie jetzt (2014/2015) erneut auf Finnland schauen. Denn Finnlands Regierung hat offenbar in den letzten Jahren dazu gelernt. Inzwischen sind interessante Windparks in Betrieb gegangen und andere mit der neuesten Generatoren-Generation im Bau. Das konnte ich allerdings erst 2014 bei einer Reise durch Finnlands Norden mit einer gewissen Überraschung feststellen. Der spanische Ingenieur, den ich an einer Baustelle nördlich von Tornio bei Kemi antraf, zeigte mir eine lange Liste von fertiggestellten bzw. im Bau befindlichen Wind-Generatoren bzw. solchen, die gerade eine Baugenehmigung beantragt hatten. Geplante Gesamtleistung: rd. 9.500 MW, d.h. die Leistung von 6 großen AKW!

*neuer Windpark im Aufbau
in den Wäldern bei Kemi (Fin), (Juli 2014)*

So ermutigend die regenerativen finnischen Ansätze auch für Litauen und seine Nachbarn klingen müßten, bietet Finnland gleichzeitig eine außerordentlich widersprüchliche Lektion für Litauen. Denn Finnlands konservative Regierung hat mit Russlands Staatsunternehmen Rosatom einen Vertrag über den Neubau eines weiteren (des sechsten) AKW im westfinnischen Pyhäjoki geschlossen. Darüber ist die Mehrheit der Bevölkerung noch erbitterter als über das Milliardengrab Olkiluoto. Die ursprüngliche Begründung finnischer Regierungen, Atomstrom zuzulassen, wurde von dem Argument getragen,



sich stärker von Russlands Energielieferungen unabhängig zu machen. Nun soll ausgerechnet Russland das nächste AKW bauen, es betreiben und auch noch größter Anteilseigner sein. Die AKW-Gegner weisen außerdem darauf hin, daß die russischen Brennstäbe aus der berüchtigten Wiederaufbereitungsanlage Mayak im Südrural kommen sollen, „eine völlig veraltete Anlage, die mit großen Radioaktivitäts-Emissionen die Umwelt verstrahlt“ – „von dort Brennstäbe zu beziehen, legitimiert Mayak und stärkt Russlands schmutzige Atom-Politik“.

Und dann gibt es wieder eine sehr beachtenswerte Entwicklung in Finnland: die administrative Straffung aller Energiepolitik in einer neuen Energie-Agentur anstelle verschiedener Ministerien. Damit soll neben der Energieproduktion vor allem Energieeffizienz gesichert werden und das zugleich als wichtiger finnischer Beitrag zum Klimaschutz gelten. Es sieht danach aus als bereite sich Finnland – trotz unverständlichem russischem AKW-Projekt – auf ein neues internationales Standbein vor, als diversifizierter Energieerzeuger und -exporteur. Nur die widersprüchlichen Ansätze müßten den europäischen Nachbarn wie der eigenen Bevölkerung noch erklärt werden.

Energiepolitik-Dialoge - ein großes Fenster für Baltikum und EU

Es ging darum, mit einer Sequenz von **Energiepolitik-Dialogen** in den baltischen Ländern und darüber hinaus ein neues Fenster in einer extrem wichtigen Debatte zu öffnen. Wichtig, weil die Energie-Sicherungs-Frage zur zentralen Achilles-Ferse der drei baltischen Staaten gehört. Die Achilles-Ferse wird überdeutlich, wenn auch ein Viertel Jahrhundert nach der politischen Unabhängigkeit von Russland die Energie-Sicherheit des Baltikums weiterhin maßgeblich in russischen Händen liegt. Das macht diese Grafik französischer Forscher für 2013 deutlich.¹¹¹

COUNTRY AND FIRM	OWNERSHIP OF FIRM BY RUSSIAN COMPANIES (rounded to nearest %)	OWNERSHIP OF FIRM (rounded to the nearest %)
Estonia Eesti Gaas	47% (Gazprom + Itera)	37% Gazprom 34% E.ON Ruhrgas 18% Fortum Oil and Gas 10% Itera Latvija 2% Private investors
Latvia Latvijas Gāze	50% (Gazprom + Itera)	47% E.ON Ruhrgas 34% Gazprom 16% Itera Latvija 3% Private investors
Lithuania Lietuvos Dujos	37% (Gazprom)	39% E.ON Ruhrgas 37% Gazprom 18% Lithuanian state 6% Private investors

Schon ab 2006 organisierten wir drei Konferenzen in den drei baltischen Hauptstädten mit viel Gesprächs- und Planungsaufwand und mit sehr unterschiedlichen Wirkungen. Zwei Ziele standen im Vordergrund: die Zivilgesellschaft in den ehemaligen sowjetischen Republiken weit besser mit den verschlungenen Zusammenhängen der europäischen Energiesicherungspolitik vertraut zu machen. Und die am Thema interessierten Nichtregierungsorganisationen stärker zu professionalisieren, um an Attraktivität gegenüber den grossen „Spielern am

111 Agnia Grigas: ENERGY POLICY: THE ACHILLES HEEL OF THE BALTIC STATES, in: Studies & Reports No 98, Notre Europe – Jacques Delors Institute, July 2013

Energiemarkt“ zu gewinnen, also gegenüber den nationalen Regierungen und Energiekonzernen. Die NRO sollen daher durch solche Dialog-Veranstaltungen eine Plattform für den tripartiten Dialog mit Ministerien und Unternehmen gewinnen.

Inhaltlich mußte es natürlich um die Dollpunkte von falschem Energieeinsatz (Verschwendung) und um die Nutzung erprobter Alternativen gehen.

Letzteres betrifft überall die Energieversorgung in Gebäuden und im Transportwesen und betrifft ein Thema, das noch zu oft ausgeklammert wird: die Dezentralisierung der Energieversorgung. Wer in Riga selber wohnt, hat oft genug die aufwändigen Sanierungserfolge vor Augen, die an den Jugendstil-Fassaden vorgenommen werden und einigen Stadtbezirken ihre großbürgerliche Ästhetik zurückgeben. Das ist zweifellos förderlich für die Ausstrahlung der Stadt

und macht Riga zum Jugendstil-Konkurrenten für Wien und andere. Dennoch fallen weiterhin >40% des Energieverbrauchs (vor allem Heizung) im Bausektor an - und werden dort auf vorsintflutartige Weise verschwendet. Tendenziell ähnlich verhält es sich mit dem Transport von Menschen und Gütern.

*Energetisch wohnen?
restaurierter Jugendstil mit Freimaurer-Symbol
und Karyatiden-Kopf, Riga*



Anstelle des weiteren Ausbaus von privatisierten Autobahnen durch Polen wäre auch energiepolitisch eine durchgehende Eisenbahnverbindung von Paris über Berlin, Warschau, Kaunas, Riga, Tallinn bis Helsinki (eines Tages auch bis St. Petersburg) höchst sinnvoll. Dabei geht es um etwa 3.000 Km als europäische West-Ost-Verbindung. In großen Teilen besteht sie schon. 700-800 Km durchs Baltikum und Polen fehlen noch. Darüber wurde seit 1994 in Brüssel und in den baltischen Hauptstädten geredet und geredet. Eines der maßgeblichen Hindernisse waren immer die litauischen Regierungen, die nicht akzeptieren können, daß eine direkte Einbindung der Hauptstadt Vilnius einen gewaltigen Umweg bedeutet und das Gesamtprojekt wegen solcher Prestige Gründe enorm verteuert. Mit ihrem Fuß auf der Bremse gaben sich die litauischen Politiker sogar noch nationalistischer als ihre lettischen Nachbarn. Hätten sie den Blick ein wenig gehoben, wäre ihnen aufgefallen, daß andere Akteure etwas größer denken. Vor allem China hat sogar schon eine Zugstrecke zwischen Hamburg und Zhengzhou (China) für den Güterverkehr so gezielt unterstützt, daß inzwischen ein Containerzug die 10.000 Km in 14 Tagen schafft.¹¹² Unabhängig davon, wie sinnvoll das für Europa ist, verbilligt sich der Warenverkehr im Vergleich zum Flieger und ist schneller im Vergleich zum Schiff. Chinas Interesse an dieser neuen Seidenstraße ist so groß, daß gleich zwei Routen eingerichtet wurden: eine auf der Marco Polo-Route für die Eisenbahn und die andere durchs Rote Meer für die Schiffe. Ähnlich wie beim Thema Stadtplanung und Wohnraumpolitik hatten mir allerdings die Partner in Lettland und Litauen abgeraten, die Agenda der Energie-Dialoge von Anfang an zu breit anzulegen. Das mußte ich akzeptieren, wenn auch mit einem weinenden Auge. Denn ich hatte mit Interesse gesehen, daß sich die Jugend in Riga deutlich zukunftsorientierter zeigte als die politische Führung und – wie auch in Westeuropa – ihre zunehmende Bereitschaft zeigt, vom Auto aufs Rad umzusteigen:



Jugend demonstriert Pro Rad vor dem Hauptbahnhof, Riga; erhält aber noch Polizeischutz vor den Autos



¹¹² Anfang August 2013 erreichte der erste Güterzug aus Zhengzhou den Hamburger Hafen. Der mit 51 Containern beladene Zug benötigte für die 10 214 km lange Strecke gut zwei Wochen.

Konkret konzentrierten wir uns also zunächst darauf, in jedem baltischen Land eine dieser internationalen Konferenzen so zu entwickeln, daß sie aufeinander aufbauen und wie beim Staffellauf jeweils den Stab der Erkenntnisse an die nächste Konferenz weitergeben. Lieber nach und nach die notwendigen thematischen Erweiterungen in den Prozeß einbauen. Soweit der politische Ansatz.

Mit Unterstützung aller FES-Kollegen in den Landesbüros wurden Teilnehmer aus den skandinavischen Ländern, aber auch aus Deutschland, Polen, der Tschechischen Republik und den europäischen Nachbarn Ukraine und Moldova eingeladen. Das FES-Netzwerk funktionierte.

Antworten werden gesucht auf die Frage: „Ist Atom-Energie im Baltikum akzeptabel?“

Der erste Energiepolitik-Dialog sollte in Riga starten. Wir hatten mit dem lettischen Wirtschaftsministerium (zuständig für die Energiepolitik) für Ende September 2006 eine internationale Konferenz in der Bildungsstätte des staatlichen Energieversorgers *Latvenergo* vereinbart. Es traf sich gut, dass ebenfalls 2006 die EU den Primat einer *europäischen* Energiepolitik hervorgehoben und in ihrem energiepolitischen Basispapier – Grünbuch – die drei Hauptziele formuliert hatte, die problemlos zu unserem eigenen Programm passten: ¹¹³

- Nachhaltigkeit für Energieangebot und Energienachfrage
- Wettbewerbsfähigkeit und Marktfähigkeit erhöhen
- Versorgungssicherheit.

Wenige Tage vor Beginn des ersten Energiepolitik-Dialogs zog die staatliche *Latvenergo* dann ihre Teilnahme bzw. Zusammenarbeit überraschend zurück, obwohl das Konferenzthema "Energy security beyond Ignalina" das gemeinsam vereinbarte Thema war. Der Direktor des Energiemonopolisten *Latvenergo* wollte sich in letzter Minute ebenso wenig dieser Debatte aussetzen wie die politisch zuständigen Vertreter des Wirtschaftsministeriums.¹¹⁴ Wenn dahinter das Kalkül gesteckt haben sollte, durch den überraschenden Boykott auch die öffentliche Debatte der Atomenergie-Politik zu verhindern, so ging dieses Kalkül nicht auf. Ein vertrauter Partner der Stiftung, die *Stockholm School of Economics*, stellte spontan ihr Rigaer Auditorium zur Verfügung.

Die *Stockholm School* war uns verbunden, weil wir schon mehrere wirtschaftspolitische Forschungsarbeiten finanziell unterstützt hatten. Aber vor allem

113 EU-Kommission: Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006

114 Dabei spielten zu dem Zeitpunkt die Korruptionsvorwürfe gegen den Direktor von *Latvenergo*, **Kārlis Miķelsons**, noch gar keine Rolle. Zu dem gegen ihn eingeleiteten Gerichtsverfahren konnte man erst am 17.6.2010 in dem Nachrichtenmagazin *Baltic Course* (Riga) lesen: „*Riga Central District Court today ordered Latvenergo President Kārlis Miķelsons held in custody, as requested by the Corruption Prevention Bureau investigators. Miķelsons was arrested in a criminal process on suspected illegal activities by Latvenergo managers in the period from 2006 to 2010 – abuse of office, taking bribes and money laundering on a large scale.*“ (www.baltic-course.com)

hatte mich der Direktor, Anders Paalzow, eines Tages in Begleitung eines amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers (Jeff Summers) aufgesucht und beide wollten wissen, ob wir den Ankauf der Nachlaßbibliothek von André Gunder Frank finanziell unterstützen könnten und wollten. Sie waren sich nicht ganz sicher, ob Frank ein Begriff für mich war und stapelten ein paar Argumente vor mich auf den Schreibtisch. Sie konnten natürlich nicht wissen, daß meine Studentengeneration alle wichtigen Schriften von AGF gelesen und verarbeitet hatte. Sie konnten auch nicht wissen, daß ich als Student in Bochum einen Arbeitskreis Dritte Welt geführt hatte, wo wir uns sehr intensiv mit den zentralen Analysen von André Gunder Frank, von Eduardo Galeano, von Paolo Freire und vielen anderen Analysten der Dependenztheorie nächtelang auseinander gesetzt hatten. Die beiden wußten, daß ich später in Chile gearbeitet hatte, so wie A.G. Frank. Sie wußten nicht, daß ich in Peru extra in die Region der Bauernaufstände - La Convención - gereist war, wo Hugo Blanco als Guerrillero eine Agrarreform gegen die Großgrundbesitzer angeführt hatte. AGF hatte auch darüber geschrieben. Ich ließ die beiden ein bißchen zappeln bis ihnen nur noch einfiel, daß A.G. Frank doch auch Deutscher gewesen sei. Jetzt seufzte ich ein bißchen, damit nicht ein falscher Zungenschlag aufkäme und fragte nach den Titeln, die in der Bibliothek der Stockholm School untergebracht werden sollten - und da waren sie: *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika; Lateinamerika: Entwicklung der Unterentwicklung; Weltwirtschaft in der Krise. Verarmung im Norden, Verelendung im Süden; Economic Genocide in Chile. Monetarist Theory Versus Humanity; Hugo Blanco Must Not Die ...* und viele andere vertraute Titel. Ich war total begeistert, daß ich jetzt ein bißchen beitragen konnte, um diese wichtigen Zeitdokumente für die akademische Arbeit der Stockholm School zu retten.....

Das kleine Problem hieß nur noch: Finanzrichtlinien der FES. Darin sind solche Ausgaben nicht vorgesehen. Aber, wie schon gesagt, in diesem Gewerbe muß man schnell lernen, eine tragfähige Begründung für eine nicht vorgesehene Maßnahme zu finden. Meine stressfreie Beziehung zu der Oberbuchhalterin der FES in Bonn machte zunächst nur ein Telefonat erforderlich, um in Richtung Paalzow und Summer den Daumen zu heben. Danach gingen wir in die Details: wie, wann, wieviel, wie teuer, wer hat die Verantwortung. Und ein paar Wochen später feierten wir wie drei Lausbuben die Integration der Frank-Bibliothek in die Bibliothek der Stockholm School of Economics.

*Symbol für gute Zusammenarbeit:
FES ermöglichte Nachlaßübernahme der
André Gunder Frank Bibliothek
in die Stockholm School of Economics
(J. Summers, ER, Direktor A. Paalzow, 2008)*

Als wir jetzt einen Konferenzraum brauchten, war es ebenfalls nur eine kurze telefonische Anfrage bei Paalzow und er hob den Daumen.

Es war natürlich nicht nur diese kleine und feine Rettungstat für A.G. Frank. Wir teilten auch das Interesse, die noch sehr schwach organisierte Zivilgesellschaft dabei zu unterstützen, sich mit den verschiedenen



Facetten der Atomenergie konkreter auseinander zu setzen - von den Uranminen bis zum Endlager. Und wir wollten den NGOs wie den Studenten dabei helfen, sich zugleich mit praktischen Erfahrungen des Energieumbaus aus anderen europäischen Ländern vertraut zu machen. Um einen europäischen Erfahrungsaustausch bzw. um europäisches Know How zum Ausstieg aus der Kernenergie und möglichen Einstieg in regenerative Energien zu erleichtern, hatten wir sehr erfahrene Energiefachleute eingeladen: angefangen vom Umweltdezernenten der Stadt Freiburg, Referenten des International INFORSE network aus Großbritannien, dazu Fachleute aus Dänemark und Finnland und natürlich aus den baltischen Nachbarstaaten sowie aus Polen. Am ersten Tag der Veranstaltung bis gegen Mittag war ich noch im Zweifel, ob alle baltischen Teilnehmer - gerade auch die etwas emotionsfreien Esten - so aus sich herauskommen würden, wie es beim *Welt-Café* sein muß, um über offene Diskussionen gute Ergebnisse zu erzielen. Aber dann nickte mir Gerd Hilger zu, ein erfahrener Moderator, den ich extra aus Köln hergeben hatte, weil er schon in vielen unterschiedlichen kulturellen Kontexten für die Stiftungsbüros diese Aufgabe erfolgreich übernommen hatte und wir uns aus Deutschland, aus Brasilien und anderen Länder gut kannten. Er schaffte auch diesmal eine dynamische und kreative Veranstaltung. Als Alternativen zur Atomenergie und als Ausblick für den weiteren Dialog waren die Möglichkeiten diskutiert worden, den strukturellen Niedergang der Landwirtschaft dadurch zu entschärfen, daß die entstehenden ländlichen Freiflächen für die Produktion von Bioenergien genutzt würden. Ebenso wurden - wie in Westeuropa - die Nutzung von Biomüll und weitere Formen regenerativer Energien angesprochen. An diesen Fragen zeigten sich vor allem die estnischen Teilnehmer sehr interessiert und erreichten, dass Tallinn der Konferenzort für den zweiten Energiepolitik-Dialog wurde.

*auch fleißige Praktikantinnen hatten
ziemlichen Anteil daran,
daß der erste Energie-Dialog als „Welt-Café“
letztlich akzeptable Ergebnisse lieferte
(im FES-Büro, Riga)*



Als sichtbares Diskussionsergebnis des Ersten Energiepolitik-Dialogs lag letztendlich eine "draft-resolution" zur Energiepolitik im Baltikum vor, die in den angedachten Folgekonferenzen in Estland und Litauen in ihre endgültige Form gebracht werden sollte. Diese Resolution materialisierte aus FES-Sicht, dass es gelungen war, Vertreter sehr unterschiedlicher nationaler Standpunkte zur Energiefrage an einen Tisch zu bekommen und gleichzeitig einen gemeinsamen Handlungswillen unter den nationalen und internationalen Teilnehmern zu stimulieren. Die Stiftung wurde förmlich gezwungen, die Ergebnisse dieser Konferenz

als einen Materialband zum Thema zu veröffentlichen und kam dem auch gerne nach.¹¹⁵

Draft Resolution zur Baltischen Energiepolitik 2006 (Auszug)
Energy security beyond Ignalina

- *The high energy intensity of the economy and low energy efficiency offers the Baltic States a unique opportunity to make huge savings. This can become a reality only if all parts of society and state are educated and motivated, and adequate financial resources are made available (both, from national and EU sources). This will enable measures to be rapidly deployed resulting in clear and binding standards and targets in each sector, including the need for green public procurement requirements.*
- *Priority must be given to decentralised energy sources which can capture both heat and electricity [the Combined Heat and Power units (CHP)], thus radically increasing the overall efficiency of the system. While strengthening international links to an increase diversity of energy sources can further develop supply security.*
- *The phase out of oil shale transformation must be accompanied by labour and environmentally friendly renewables, while bio-energies must be given better opportunities to transform part of traditional agriculture.*
- *The phase out of nuclear power in Lithuania must be completed as quickly as possible and the halt for plans for no new nuclear construction.*
- *There must be a reduced reliance on fossil fuels, including the increased risk level of oil and gas transportation through pipelines and cargo and their possible targets for international terrorism*
- *The participating organisations and institutions understand themselves as the relevant partner within this social dialogue and their network will monitor the necessary discussion of above mentioned measures. Only an active involvement and participation of strengthened civil society actors guarantees the implementation of sustainable energy strategies in the Baltic States and the Baltic Sea Region.*

Diese Resolution wurde deswegen als „draft“ verfaßt, weil sie wie ein Stafettenstab an die nächste Energiekonferenz weitergereicht und dort von den Teilnehmern weiter entwickelt, verbessert, korrigiert werden sollte. Entsprechend wurde ein zweiter Energiepolitik-Dialog im Mai 2007 in Tallinn organisiert, bei dem die in Riga angesprochenen Ausstiegsszenarien aus der Atomenergie im Mittelpunkt standen.

**Antworten werden gesucht auf die Frage:
„Wen interessieren eigentlich Bioenergie-Strategien?“**

Der **zweite Energiepolitik-Dialog** fand, wie geplant, Mitte Mai 2007 in der estnischen Hauptstadt Tallinn statt. Als Thema hatten wir vereinbart: „Stakeholders experiences on implementing national bio-energy strategies“. Für dieses Thema interessierten sich außerordentlich stark sowohl das Umweltministerium als auch das Landwirtschaftsministerium in Estland. Letzteres stellte sein eigenes Haus und seinen

115 Elmar Römpczyk & Ahto Oja (eds): Energy policy dialogues in the Baltic Sea region : Riga: nuclear-energy - out? Tallinn: Bio-energies - in?, Riga-Tallinn 2008.

Konferenzsaal spontan als Veranstaltungsort zur Verfügung. Ein kleiner Unterschied zu Lettland.

Bei der Organisation des zweiten Energie-Dialogs hatten wir uns zunächst auf die nachfragenden Institutionen in Estland sehr eingelassen (darunter Agrarministerium und Bund der Landwirte). Sie waren am direkten Gegenteil von Atomenergie interessiert, an Bio-Energien. Nachdem der erste Energie-Dialog ein breiteres Echo gefunden hatte, als ich (ehrlich gesagt) erwartet hatte, war die große Nachfrage für den Tallinn-Dialog schon keine Überraschung mehr. Aber sehr erfreulich! Teilnehmer meldeten sich aus allen skandinavischen Ländern an; dazu aus Deutschland, Großbritannien, Ungarn und Polen sowie von der Europäischen Energie-Kommission und natürlich aus den drei baltischen Ländern. Wir wollten nicht mehr als 60 Teilnehmer zulassen, der partizipativen Arbeitsweise des *Welt-Cafés* wegen, woran ich auf jeden Fall festhalten wollte – auch wenn vor jeder Veranstaltung der methodische Ansatz kurz erklärt werden mußte:

Exkurs: Welt-Café – zur Sicherstellung der umfassenden Teilnehmer-Beteiligung

Anstelle einer Seminar-Atmosphäre wird eine Café-Atmosphäre geschaffen. Es werden in einem großen Raum (Universität, Hotel) so viele Tische aufgestellt, daß alle Teilnehmer sich zu sechst oder zu acht auf die Tische verteilen. Jeder Tisch hat einen "Gastgeber", der als Diskussionsleiter eines bestimmten Unterthemas der Gesamtveranstaltung fungiert. Er (oder sie) bleibt die ganze Zeit über am selben Themen-Tisch. Die "Gäste" der einzelnen Tische sollen nach einer vereinbarten Zeit (z.B. 20 min) ihren Tisch verlassen und zu einem anderen ihrer Wahl mit einem anderen Unterthema wechseln und auch von dort später weiterwechseln. Der immer verbleibende "Gastgeber" sorgt dafür, daß die Diskussionen an seinem Tisch schriftlich festgehalten werden.

Jedes Argument wird als Stichwort auf ein Kärtchen geschrieben. Der Gastgeber jedes Tisches heftet die Kärtchen an die Pinnwand seines Tisches, ordnet die Argumente und trägt sie am Ende dem Plenum vor. So macht es jeder Tisch. Auf diese Weise bleiben alle Argumente aller Diskussionsabschnitte dokumentiert und transparent und können später für ein Gesamtprotokoll bestens genutzt werden. Der Wechsel der "Gäste" zwischen den Tischen sorgt dafür, dass die Diskussion zu jedem Unterthema die ganze Zeit über lebendig bleibt und durch neue "Tisch-Gäste" immer wieder neue Argumente eingebracht werden. Das intellektuelle Potenzial aller Teilnehmer wird optimal genutzt. Niemand kann sich in der letzten Reihe zu einem kurzen Nickerchen zurückziehen – denn es gibt keine letzte Reihe. Zur Café-Atmosphäre gehört, daß während der gesamten Veranstaltung immer Kaffee und andere Getränke und Snacks auf einer Anrichte zur Verfügung stehen und jeder sich durchgehend bedienen kann - in dem Sinne eine Auszeit nehmen kann.

Die Stiftung gewann durch die Energie-Konferenzen erheblich an Profil und Reputation in Tallinn. Das zeigte sich ganz schlicht darin, dass die *Estnische Ländliche Entwicklungs-Agentur* die vielen zusammengetragenen Erfahrungsberichte aus dem gesamten Ostseeraum vollständig auf ihre Website hochlud, ebenso wie die *Umwelt-Kommission des estnischen Parlaments*. Damit konnten wir als Stiftung davon ausgehen, dass der zweite Energie-Dialog auf jeden Fall das Thema Regenerative Energien in Estland weiter vorangebracht hatte. Die an der Organisation beteiligten estnischen NROs sahen in dem starken staatlichen Interesse kein Risiko staatlicher Bevormundung. Wichtiger NRO-Partner waren im Übrigen erneut das sehr professionell arbeitende Stockholm Environment Institute, SEI, mit dem wir auch

schon beim Thema "Ökosteuern" zusammengearbeitet hatten, und die estnische Beraterfirma Mönus Minek SEES – Sustainable Energy and Environment Solutions unter der Leitung von *Ahto Oja*.



Energie-Dialoge in Form eines Welt-Cafés (Tallinn)

Für mich persönlich war die Konferenz eine hervorragende Gelegenheit, das Thema Bio-Energien als breiteren Ansatz in diesen Energie-Dialog einzubringen und dabei nahe an der

baltischen Realität zu bleiben: nämlich die enge Verbindung zwischen dem recht großen Energiepotenzial des ländlichen Raumes (Holz, Grün-Abfall) und der viel zu großen Verschwendung dieses Potenzials durch ineffiziente Nutzung in den städtischen Räumen – und dem dadurch unnötig großen ökologischen Fußabdruck, den der Energiesektor verursacht.

Vor allem aber interessierte die Frage, die in deutschen Gemeinden inzwischen intensiv diskutiert wird: wie läßt sich die Energie-Autarkie einer Kommune (möglichst im kommunalen Verband) erhöhen. Hilfreich war jetzt, daß ich mich zuvor schon in europäischen Musterprojekten unterschiedlicher Größe kundig machen konnte, darunter in Jühnde (800 Einwohner) bei Göttingen und in Växjö (65.000 Einwohner, Süd-Schweden). Allein diese beiden Beispiele hatten mich überzeugt, dass der Effizienzgedanke und die Klimafreundlichkeit der Energiegewinnung und -verwertung in beiden Orten an die baltischen Bedingungen anzupassen seien. Deswegen wurden auch sachkundige Vertreter aus diesen beiden Projekten gezielt nach Tallinn eingeladen. Die technischen und finanziellen Einzelheiten, die zum Erfolg beider Energie-Gemeinden geführt haben, sind komplex, aber lösbar. Komplexer und leider weniger leicht lösbar sind die sozialen Prozesse, die um ein solches Projekt herum funktionieren müssen. Vor allem deswegen wurde diesen Aspekten bei der Konferenz Raum gegeben.

Bioenergiedorf Jühnde

Das deutsche Jühnde ist eine kleine Landgemeinde, mit kleinen Gemeinden im Baltikum prinzipiell vergleichbar. Auch wenn Jühnde so etwas wie das Muster-Bioenergiedorf in Deutschland ist, so haben sich inzwischen hunderte weitere Energiedörfer und Energiegenossenschaften gegründet. Nicht alle sind gleich strukturiert. Aber wichtiger als das ideale Schema für ein Bioenergiedorf ist der soziale

Prozeß, der in den Gemeinden von der ersten Idee bis zur technischen und finanziellen Umsetzung abläuft, und beispielhaft auch in Jühnde abgelaufen ist. Die soziale Kohäsion und die wissenschaftliche Begleitung durch die Universität Göttingen verlieh und verleiht noch immer der Bioenergiegemeinde wichtige zusätzliche Stabilität. Diese Zusammenhänge und Synergien eines sehr erfolgreichen Bioenergiedorfes mussten die deutschen Referenten detailliert erläutern, weil die baltischen ökonomischen, finanziellen und vor allem die sozialen Verhältnisse in allen drei Ländern ziemlich anders gelagert sind.

Herausragende Merkmale des Bioenergiedorfes Jühnde

Partizipatives Prinzip

Im Wesentlichen sind es drei Akteure, die für das Bioenergiedorf verantwortlich sind: die Bewohner des Dorfes Jühnde mit dem Wunsch nach autarker Energieversorgung; die Universität Göttingen als Ideengeber und wissenschaftliche Begleitung; das zu-ständige Ministerium (Verbraucherschutz & Landwirtschaft) als politischer und finanzieller Sponsor. Die Dorfbewohner sind hierbei gewissermaßen Auftraggeber des Projekts Bioenergiedorf, sind die zentralen Nutznießer des Projekts und wollten und sollten daher von Anfang an auch die Manager des Projekts sein.

Ministerium wie auch der Universität war klar, daß ein Vorhaben mit den Komponenten Biogasanlage, Holzhackschnitzelheizwerk und Nahwärmenetz nicht allein durch Gesetze und Verordnungen erfolgreich implementiert werden kann, sondern nur über eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Daher war von Anfang an die aktive Einbindung der Bewohnung – zumindest eine deutliche Mehrheit – eine wesentliche Startbedingung.

Mitbestimmung im Prozeß

Die Mitbestimmung als prinzipieller Grundsatz wurde als Prozeß mit vielen Facetten umgesetzt. Einwohnerbefragungen, Besichtigungen anderer Projekte, Dorfversamm-lungen, thematische Arbeitsgruppen und Workshops zu technischen und rechtlichen Weiterbildung der Einwohner qualifizierten die Dorfbevölkerung so, daß sie sich auf Augenhöhe mit den anderen Akteure bewegen konnte. Für das eigentliche Projekt-management haben die so qualifizierten Dorfbewohner dann ihre einzelnen Arbeitsgruppen gebildet: für die Betreibergesellschaft, für die Biogasanlage, für Biomasse Holz, für Biomasse Pflanzen, für das Nahwärmenetz, für die Holzhackschnitzelanlage, für die Haustechnik und für Öffentlichkeitsarbeit.

Jede Arbeitsgruppe hat einen Sprecher oder Sprecherin, wodurch die Arbeitsgruppe nach außen vertreten wird. Eine Zentrale Planungsgruppe hat die Funktion, die jeweiligen Ergebnisse und Vorschläge der Arbeitsgruppen zu prüfen und ggfls. Konfliktmanagement zu betreiben. Letztlich wird auf der Grundlage der abgestimmten Gesamtsicht entschieden, welche Maßnahme(n) unter welchen Bedingungen tatsächlich erfolgen.

Soziale Qualitätsmerkmale

Zusammengefasst liegen die qualitativen Charakteristika des Bioenergiedorfes in der flachen Hierarchie; eindeutiger Festlegung von Verantwortlichkeiten; Mög-

lichkeit der Teilnahme für alle an allem; gleichberechtigte Kommunikation bzw. gemeinsame Erörterung anstehender Fragen; konsensorientiert, aber mit der Möglichkeit zur Mehrheitsentscheidung.

Marktwirtschaftlicher Erfolg

Jühnde ging 2005 mit viel Steuergeld als **Modell-Vorhaben** an den Start. Viele Jühnder riskierten zudem eigenes Geld und die Genossenschaft nahm 3,5 Mio. Euro Fremdkapital bei Banken auf, auch für ein effizientes Nahwärmenetz im Dorf. Jährlich wird jetzt eine Million Euro aus Stromverkauf erzielt, aus Wärme 250.000 Euro. (Göttinger Tageblatt, 4.3.2013).

Nebeneffekte auf der Meta-Ebene

Nur zusammen mit einem konsenssichernden Prozeß, in den die ganze Gemeinde eingebunden ist (auch wenn nicht jeder einzelne mit jedem Detail einverstanden ist) kann die erreichte Autarkie in der Strom- und Heizungsversorgung für die Gemeinde als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Technisch gesehen basiert die bioenergetische Versorgung selbstverständlich auf Kraft-Wärme-Kopplung, auf kurzen Transportwegen, aber auch auf „Nebenwirkungen“, wie qualifizierten Arbeitsplätzen, zusätzlichen Gemeindesteuern durch erhöhte Kaufkraft im Ort und seiner Umgebung.



Jühnde, Biogas-Anlage der kurzen Wege zum Dorf, wie es inzwischen viele gibt

Zu den technischen Fragen, zur Finanzierung, zur wissenschaftlichen Begleitung des Projekts Jühnde gab es von Seiten der Stadtplaner und Ingenieure zunächst die meisten Fragen. Das größte Fragezeichen muss im baltischen Kontext bis in die Gegenwart allerdings hinter den benannten sozialen Prozeß gesetzt werden. Er gehört nicht zur baltischen Identität, müßte sich aber mit Geduld und Überzeugung durch solche Projekte wie Jühnde vermitteln lassen – wenn ein korruptionsresistentes Management gesichert werden kann. Das blieb immer meine Hoffnung. In diese Richtung bewegten sich während der Konferenz immer mehr die Fragen der NROs. Und sie fanden in den deutschen Sprechern aus Jühnde die wichtigen und die richtigen empirischen Antworten: Die Gemeinschaft macht uns stark !

Die Gemeinschaft macht uns stark!

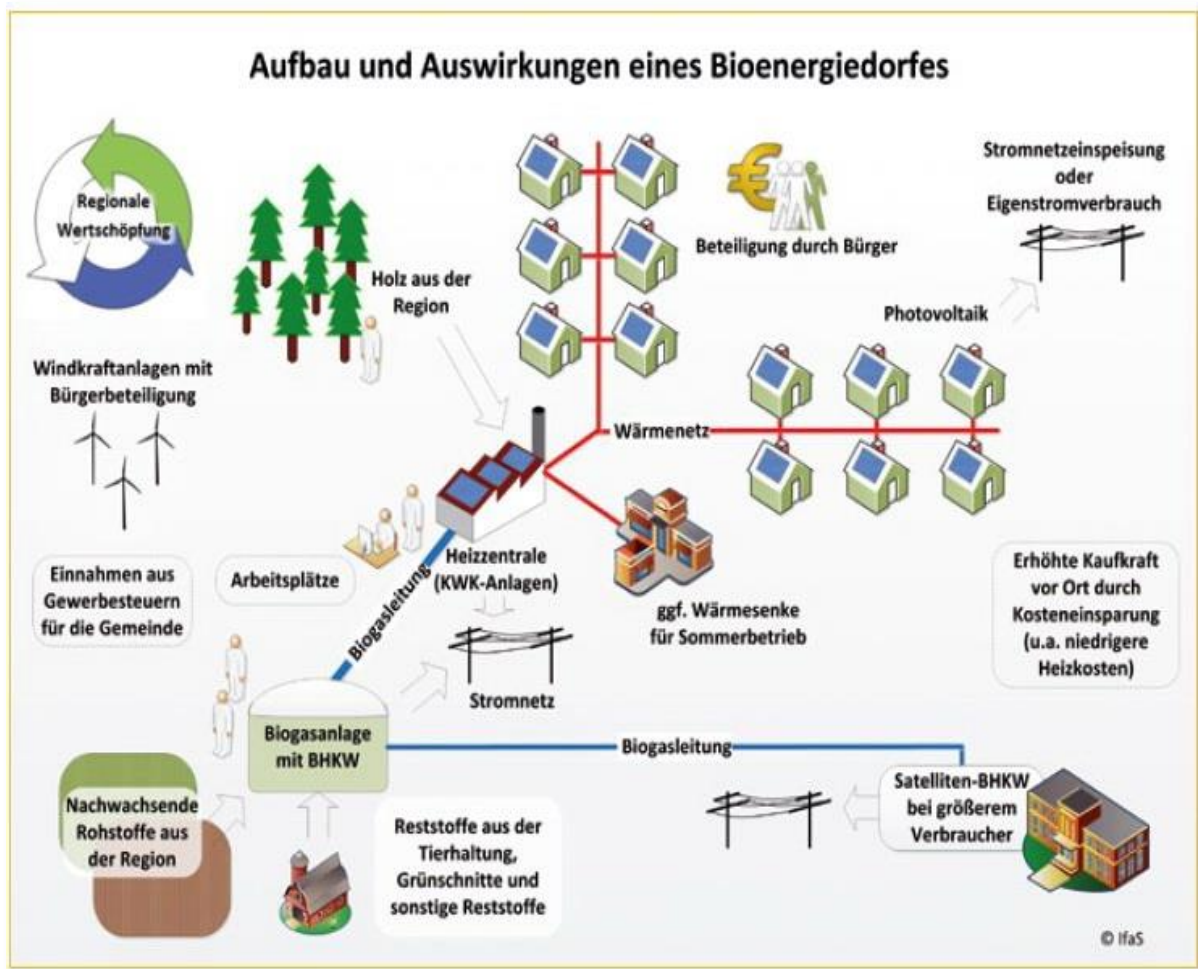


Jühnde: Erfolg-sichernde soziale Prozesse der Konsensfindung, Planung und Fortbildung

Bioenergieregion Latgale

2014, also 7 Jahre nach der Energiekonferenz in Tallinn, gab es einen hervorragenden Anknüpfungspunkt an die beschriebenen energiepolitischen Initiativen, und zwar in Zusammenhang mit der schon Jahre zuvor angestoßenen Regionalentwicklung in der waldreichen Region Latgale, im Osten Lettlands. Die einstige Zusammenarbeit mit der Altmark war wegen personeller Umbesetzungen bei FES-Lettland wie in Sachsen-Anhalt nicht fortgesetzt worden. In gewisser Weise ging es 2014 um den Versuch eines Neustarts der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Das Vorhaben stand unter dem Titel „Bioenergien als Motor der Regionalentwicklung in Latgale“. Die von lettischer Seite angedachte Idee lehnte sich an das Bioenergiedorf Jühnde an. Die wissenschaftliche Begleitung war durch die Technische Universität Rezekne gegeben; es sollte zur externen Finanzierung ein Antrag an die EU-Kommission vorbereitet werden, da die lettische Regierung sich nicht engagieren wollte. Nutznießer sollte eine kleine Gruppe von ländlichen Gemeinden werden, eine Art Bioenergie-Netzwerk. Mein Nachfolger als FES-Koordinator in Riga hatte mich gebeten, beide Fäden wieder aufzunehmen – diesmal als externer Berater der FES. Das tat ich natürlich gerne, und nicht nur, weil es mir ein bißchen schmeichelte, sondern, weil es objektiv einfach sinnvoll und heute vielleicht noch dringlicher und auch für Außenstehende deutlicher erkennbar ist, als damals zu meiner Koordinatorenzeit.

FES-Riga organisierte zunächst im Mai 2014 einen strategischen Vorbereitungsworkshop für eine Sequenz von Maßnahmen in Latgale. Als einer der beiden Referenten war ich eingeladen, so konstruktiv und umfassend als möglich auf das Thema einzugehen und dabei die Entwicklungen der letzten Jahre in Deutschland und Skandinavien mit einzubeziehen. Da ich von Prozessen, wie in Jühnde und ähnlichen grundsätzlich überzeugt bin, präsentierte ich u.a. auch die Grundstruktur der in Westeuropa funktionierenden Bioenergiedörfer, damit sich die latgalischen Gemeindevertreter mit der Machbarkeit einer solchen Struktur bis zur Folgekonferenz im Oktober auseinandersetzen konnten.



Das Ergebnis des Workshops war eine klare Aufgabenteilung für die Folgekonferenz im Oktober 2014, logischerweise in Rezekne, der heimlichen Hauptstadt von Letgale. Für meinen Teil nutzte ich die Zeit, um meinen Kenntnisstand durch Besuche mehrerer regionaler Energiezentren in der Eifel und im Bergischen Land zu aktualisieren. Zwei Dinge wollte ich dabei abklären: (a) die bisher gesammelten Erfahrungen mit Bioenergien als Stimulatoren für kommunale und regionale Entwicklung, und (b) die Bereitschaft dieser Energiezentren, sich ggfls am weiteren Prozeß in Letgale aktiv zu beteiligen. Besonders das ZEBIO in Gummersbach zeigte viel Interesse an einer Zusammenarbeit (einschließlich von Hilfestellung bei erforderlicher Anträgen an die EU-Kommission) und konnte mich mit seiner jahrelangen Erfahrung in der Netzwerkarbeit mit Gemeinden und Universität und Umweltbehörden überzeugen. Eine entsprechende Rückmeldung ging an die FES in Riga wie vor allem auch an die Organisatoren der Oktober-Konferenz in Rezekne (Dekanat der Technischen Universität). Im Oktober fand diese Konferenz in Rezekne auch statt. Allerdings als eher peinliche Angelegenheit und ohne irgendein tragfähiges Ergebnis. Mein **Kurzbericht (Auszug)** an die alles finanzierende FES in Riga las sich anschließend so:

ER-Bericht, 11.10.2014 (Auszug)
Sustainable Bioenergy as a driver for Rural Development in Letgale
Stakeholder workshop, Rezekne, 9.10.2014

.....

Programm in Rezekne, 9.10.2014

Das Arbeitsprogramm wurde den beiden deutschen Fachreferenten (Krug, Römpczyk) zwar rechtzeitig vor der Veranstaltung zugeschickt. Die genaue Aufgabenstellung war darin allerdings nicht klar genug umschrieben. Am Vorabend des workshop baten beide deutschen Referenten daher die Dekanin zu einer klärenden Absprache hinsichtlich technischer und methodischer Punkte sowie hinsichtlich der spezifischen Zielsetzung dieses konkreten WS. Das Treffen fand statt und half auch beiden Referenten, einen Feinschliff an ihren Beiträgen vorzunehmen.

Veranstaltung

Der WS fand in einem der modernen Hörsäle der Technischen Universität Rezekne (TUR) statt. Allerdings ohne Übersetzungstechnik und nicht alle Teilnehmer verfügten über ausreichende Englisch-Kenntnisse.

Wie im Programm ausgewiesen, wurden die angezeigten Referate gehalten.

Bemerkenswert aus ER-Sicht: vor allem der Beitrag des Unternehmers Edgars Romanovskis (Einsatz von Biowärme für Frühgemüsezeit) und des Ingenieurs Leonids Kakitis (Hackschnitzel-Heizwerk in der Gemeinde Ludza). Der ER-Beitrag konzentrierte sich auf die Faktorausstattung der Region und die einzubindenden Akteure, um eine tragfähige und nachhaltige Entwicklungsstrategie zu erarbeiten.

Zu allen Vorträgen wurde die Möglichkeit von Nachfragen aus dem Publikum gegeben, die in bescheidenem Maße auch genutzt wurde. Außerordentlicher Schwachpunkt dabei: eine katastrophale Dolmetscherleistung (d.h. personelle Fehlbesetzung vonseiten der Veranstalter).

Bewertung

Den Veranstaltern müssen erhebliche organisatorische Mängel zugesprochen werden: die Einladung wichtiger Akteure der Region war (aus welchen Gründen auch immer) absolut unbefriedigend; der workshop war nicht danach ausgelegt, den von der FES intendierten internationalen Erfahrungsaustausch zu leisten oder überhaupt leisten zu können.

Empfehlung an FES-Riga: derartige Veranstaltungen (die gerade in den Provinzen ausserordentlich wichtig sind, um diese nicht noch mehr als bisher zu marginalisieren) sollten schon im Planungsprozeß deutlich stärker von FES begleitet werden, damit auch methodisch ein sinnvollerer Ansatz gefunden wird.

In der durchgeführten Form konnten die im Mai angedachten Ergebnisse nicht erreicht werden.

Persönliche Vermutung

Rezekne ist die einzige andere Stadt in Lettland, die neben Riga unter der politischen Führung des Russland-affinen „Harmonie Zentrums“ steht. Die Dekanin der TUR ist führendes Mitglied der Nationalen Partei und hat bei den Septemberwahlen für das nationale Parlament Saeima kandidiert.

Hier liegt demnach ein erhebliches politisches Spannungsfeld zwischen Universität (Rektor der TUR ist Ehemann der Dekanin) und Stadtverwaltung Rezekne plus weiteren wichtigen Akteuren vor.

Möglicherweise läßt sich die Abwesenheit der Regionalen Entwicklungsagentur für Latgale und die Abwesenheit der sonstigen eingeladenen Gemeinden / Städte der Region auch auf die politischen Spannungen beziehen.

Erklärung des Veranstalters

Vonseiten des Veranstalters wurde die mangelnde Beteiligung der Gemeinden (die aus meiner Sicht tragendes Element jeder regionalen Entwicklungsstrategie sein müßten) auf die nicht erkennbare unmittelbare Attraktivität der Veranstaltung für diese Gemeinden

geschoben. Unmittelbar attraktiv wären danach klar erkennbare finanzielle Zuwendungen gewesen.

ER-Empfehlung

Das Thema ist ohne Einschränkung in seinen beiden Komponenten außerordentlich wichtig: Regenerative Energie, Regionalentwicklung. Die Regionen leiden unter starkem brain-drain und Ausbeutung durch Auslandskapital (Schweden, Finnland beherrschen zunehmend den Holzsektor in Latgale....). Daher geht es als Thema um einen integrierten Entwicklungsansatz – so bescheiden er auch formuliert sein mag.

Sollte FES-Riga trotz administrativer Umstellungen in 2015 dieses Themenfeld weiter bearbeiten können, würde sich z.B. die Abfrage wichtiger gemeinsamer Schwachstellen bei den Gemeinden der Region anbieten. Daraus liessen sich vielleicht 2 oder 3 zum Kern einer 2-tägigen Veranstaltung machen. Dabei präsentieren Kommunalvertreter (sei es in Form eines „Welt-Café“ oder ähnlich) ihre Probleme, ihre bisherigen Bemühungen, ihre erhofften Unterstützungen (etwa durch ein Interreg-Projekt mit EU-Mitteln) und diskutieren die Perspektiven mit anderen regionalen Akteuren plus evtl. dem Ministerium für Regionalentwicklung.

Ansprechpartner für das Problemprofil könnten der lettische Gemeindeverband, das Institut für Regionalforschung an der TUR (!), Institute der Sozialforschung in Rezekne und Daugapils, der Unternehmervorband und vielleicht einige NROs sein.

Hilfreich wäre sicher, wenn eine solche Veranstaltung dann eine FES-Veranstaltung mit Partnerbeteiligung sein könnte.

Besonders beeindruckend für mich war am Beispiel Latgale also, daß trotz ausreichender Faktorausstattung der Region (Wald, Landwirtschaft) die maßgeblichen Akteure sich nicht miteinander auf ein gemeinsames Vorhaben verständigen können und wohl auch nicht wollen, weil jeder nur auf seine eigene Gewinnerwartung setzt. Die war aber – anders als bei EU-finanzierten Projekten – nicht ohne Eigenleistung der einzelnen Akteure zu erkennen. Wenn das die Realität nach 10 Jahren EU-Mitgliedschaft ist, dann läßt sich sehr wohl von einer „Bananenrepublik“ sprechen.

Aber zurück zu unseren zuvor angesprochenen energiepolitischen Dialogen. Sie hatten zum Glück auch andere Dimensionen besessen, durchaus erfolgreichere. Und ich hoffe weiterhin, daß an diese Erfahrungen wieder angeknüpft werden kann.

Regenerative Energien für die Stadt: „Green Housing in the Baltics“

Der **dritte Energiepolitik-Dialog** sollte eines der drängendsten Energieprobleme des gesamten Baltikums aufgreifen: die enorme Energieverschwendung in Wohnhäusern und Gebäuden aufgrund äußerst ineffizienter Heizungssysteme aus der Sowjetzeit, z.B. ohne individuelle Regulierung der Heizkörper. Es bot sich daher an, den Teilnehmern eines weiteren Energie-Dialogs Mut zu machen mit ganz unterschiedlichen, aber konkreten Hinweisen auf zukunftsfähige urbane Energieversorgung.

Mit dem Leiter der litauischen Umwelt-NRO "Atgaja", *Saulius Piksrys*, sowie dem litauischen NRO-Netzwerk ECAT, beide aus der früheren Hauptstadt Kaunas, wurde daher vereinbart, den dritten Energie-Dialog 2008 in Kaunas zu den Fragen urbaner

Energie-Effizienz durchzuführen. Leider hielten die Kaunas-Institute mehrfach getroffene Vereinbarungen ohne überzeugende Begründung nicht ein und hätten dadurch den Planungsprozess für den dritten Energie-Dialog fast zum Scheitern gebracht. Ein befreundeter Journalist aus Vilnius (als Vilnius-Bürger ist man allerdings immer kritisch gegenüber Kaunas) nannte als Erklärung, daß die vereinbarten Honorare wahrscheinlich zu niedrig waren. Nur, aus Kaunas war dazu kein Ton zu hören gewesen. ...

Die Konferenz wurde kurzfristig umorganisiert und mit den bewährten estnischen Partnern durchgeführt. Die Stadtverwaltung der Hauptstadt Tallinn war besonders an dem Thema "städtische Energieeffizienz" interessiert und beteiligte sich ebenso an Planung und Kosten wie zuvor das Landwirtschaftsministerium. Der dritte Energiepolitik-Dialog konnte also Ende Mai 2008 stattfinden, und erhielt das Leitthema: Bewusstsein für Energiesparen und Energieeffizienz im Bereich Bauplanung und Stadtplanung in der Bevölkerung, bei den Unternehmern, in den lokalen und überregionalen Verwaltungen stärken.

Wir verständigten uns auf konkrete, ganz unterschiedliche Beispiele als Impulsgeber des dritten Dialogs und luden die entsprechenden Repräsentanten ein:

- Die mittelgroße schwedische Stadt Växjö. Sie steht – nach eigener Anschauung – für eine klare langfristige energiepolitische Strategie, für deren Umsetzung die nationale Regierung, die Kommunalverwaltung, NROs und die regionale Industrie zusammengearbeitet haben. Gemeinsam wollten und wollen sie alle ihre Stadt mittelfristig CO₂-frei zu machen. Växjö lässt den Besucher erkennen, daß der Erfolg einer sich wandelnden Energiepolitik nicht von der Kleinheit / Überschaubarkeit einer Gemeinde abhängig ist, sondern von dem gemeinsamen Handlungswillen derer, die am Ende alle ihren Nutzen aus dem Projekt ziehen.

- Die Großstadt Bonn. Auch größere, komplexere Städte können in Eigenregie oder als PPP-Projekte (Public Private Partnership) wichtige, richtige Zeichen setzen, wie z.B. die

Nutzung öffentlicher Bauwerke zur Gewinnung von Solarenergie. Bonn verfügt über eine Rheinbrücke als *Solarbrücke*, die ihren eigenen Strom produziert.



Bonn setzt

damit ein sehr überzeugendes städtebauliches Energie-Zeichen. Dasselbe läßt sich an Schulen, Rathäusern, Bahnhöfen umsetzen

- Die regionale Zentrale Freiburg mit ihrem Stadtteil Vauban. Es ist ein Öko-Stadtteil mit einer dynamisierenden Wirkung auf die Gesamtstadt und die Region durch Einkaufszentren und Parkhäusern, die solarbetrieben sind und damit der innerurbanen, dezentralen Energiegewinnung eine Bresche schlagen. Als Wirkung von Vauban können eine Reihe von Niedrigenergie- sowie Nullenergiehäusern in Freiburg und Umgebung angesehen werden.



*Freiburg, im Stadtteil
Vauban, Solardächer über*

dem Einkaufszentrum „Sonnenschiff“

Diese unterschiedlichen Beispiele sollten den zentralen Gedanken des dritten Dialogs nachvollziehbar machen, daß urbane Energiepolitik heute noch wichtiger ist als die ländlich produzierten Bioenergien. Schließlich ist die weltweite Urbanisierung längst und mit hoher Geschwindigkeit unterwegs. Freiburg mit seinem Stadtteil Vauban ist auch für baltische Bedingungen eine wichtige Orientierungshilfe für zukunftsweisende Urbanität. Und gerade zu Freiburg bestand eine ziemlich alte Beziehung. Ich hatte schon in meiner Bonner Zeit als Umweltbeauftragter der FES eng mit dem Freiburger Öko-Institut zusammengearbeitet und besonders mit Rainer Grißhammer lange bevor er als Mitglied der Geschäftsführung des Öko-Instituts 2010 den Deutschen Umweltpreis zugesprochen bekam. Ich hatte deswegen Rainer um die Teilnahme an unseren Energie-Dialogen im Baltikum gebeten. Er war verhindert, half aber dabei, daß wir den Umweltdezernenten der Stadt Freiburg in Tallinn begrüßen konnten und er authentisch die Erfahrungen aus seiner Stadt und dem südlichen Schwarzwald darlegen konnte.

Bei diesem Thema – *energiebewußte Urbanität* – gibt es auch für eine deutsche Stiftung natürlich erheblich mehr als nur deutsche Erfahrungen zu diskutieren. Vor allem für die Balten lohnt sich der Blick auf die schwedische und die moderne finnische Architektur. Kreativ wird dort an der best möglichen Abstimmung zwischen den wesentlichen Parametern gearbeitet: Sommer-Winter-Tauglichkeit bei regenerativem Energieansatz; kostengünstige Baumaterialien; fortschrittliche öffentliche Bauten als Wegweiser moderner kommunaler Architektur. Genau dafür steht seit Jahren das finnische Kuopio, wo der gesellschaftlich so wichtige Sektor Bildung sich auch in der Architektur der neuen Schulen bzw. bei der Renovierung älterer Schulgebäude durchgesetzt hat. Alle diese europaweiten Erfahrungen müssen schnellstens genutzt werden, um in den meisten baltischen Städten die energetische Renovierung ganzer Stadtteile einzuleiten, Stadtteile, die aus der Sowjetzeit stammen und heute ein gewaltiger Kostenträger für jede der Kommunen im Baltikum darstellen und politisch gesehen, die Abhängigkeit von russischem Gas automatisch hochhalten. Die eine,

auch für baltische Dimensionen spannende Umorientierung der urbanen Energieversorgung bietet das schon genannte schwedische Växjö mit seinen knapp 60.000 Einwohnern. Andere Stadtverwaltungen aus Europa schicken gelegentlich Delegationen nach Växjö, um die Langfristwirkungen der Kraftwärmekopplung zu überprüfen.



Växjö
Biogas-Anlage /
Kraftwärmekopplung

Dieses weite Spektrum zukunfts-fähiger kommunaler Energiepolitik bündelten wir dann zum Themenblock des dritten Energie-Dialogs. Zunächst sorgte besonders bei den lettischen Teilnehmern eine finnische Alternative zur kommunalen Verstromung von Torf für ganz großes Interesse. Denn in Lettland wird in bestimmten Regionen noch sehr viel Torf verstromt und kürzlich hatte einer

der 3 lettischen Oligarchen, *Andris Šķēle*, öffentlich vorgeschlagen, die Torfbestände massiv zur Verstromung zu nutzen. Unter den ökologisch denken Bürgern hatte das zu einem ziemlichen Protest geführt. Auch nahm jedermann an, daß *Šķēles* Initiative durch seine Mehrheitsanteile an den Torfunternehmen bestimmt war. Dem setzte also ein Referent aus dem benachbarten Finnland die Anlage *Alholmens* in Jakobstad an Finnlands Westküste entgegen, direkt gegenüber dem schwedischen Umeå (das 2014 mit Riga zusammen Europäische Kulturhauptstadt wurde). An *Alholmens* interessierte die Teilnehmer nicht allein, daß es eine Bio gasanlage mit Kraft-Wärme-Kopplung ist (davon gibt es ja inzwischen mehrere), sondern, daß der bisherige Anteil an Torf, der dort in elektrische und in Wärmeenergie umgewandelt wurde, mit 40% sehr hoch lag. Aber die Finnen hatte inzwischen erkannt, daß Torf-Verstromung kontraproduktiv ist, weil Torf (und die Moore) ein viel zu wertvolles ökologisches Gut darstellen als daß sie nur zur Stromgewinnung ausgeräumt werden dürften. Torf wird daher in *Alholmens* durch nach-wachsendes Canary Grass (Reed-Gras) sukzessiv ersetzt.



Canary statt Torf in Alholmens bei Jakobstad (Fin)

Tatsächlich stellten wir allerdings nicht große Energieversorgungsunternehmen in den Vordergrund der Debatte, sondern konstruktive Einsparansätze von Energie. Und zu meiner freudigen Überraschung hatte sich auch eine Reihe von Unternehmen eingefunden, die ihre Energieeinsparmaßnahmen auf unserem "Markt der Möglichkeiten" präsentieren wollten. Aus methodischen Gründen war wieder eine maximale Teilnehmerzahl eingeplant (100); auf starkes Bitten der Tallinner Stadtverwaltung mussten aber letztlich mehr als 130 Teilnehmer zur Konferenz zugelassen werden. Für die inzwischen vertraute Welt-Café-Methode wurde es schon eng. Dafür bauten wir am zweiten Tag sowohl eine Exkursion zu den ersten Energiesparhäusern in Tallinn in das Programm ein als auch den Besuch der ersten Anlage zur Rückgewinnung von Energie aus urbanem Müll.



Exkursion über die Dächer der ersten Energiesparhäuser in Tallinn

Eine Konferenz mit Exkursion war für das baltische Publikum kein üblicher Konferenzcharakter, der aber letztlich auch bei den estnischen Hausherrn

große Resonanz fand. Wichtig blieb, die Tallinn-Beispiele im Lichte der ausländischen Projekterfahrungen zu diskutieren. Dabei achteten wir an den Weltcafé-Tischen weiterhin darauf, daß die behandelten Fragestellungen anwendungsorientiert blieben.

*Exkursion zur Deponie Tallinn:
Deponiegas-Gewinnung
aus Müll*



Selber hätte ich sehr gerne norwegische Erfahrungen beim ökologischen Hausbau mit in die Veranstaltung eingebracht, wie sie mich bei Skandinavien-Reisen immer wieder technisch und emotional ansprechen, und zwar als selbstverständliche Bauweise, nicht als exotische. Sie sind seit Jahrhunderten Teil der technischen wie der sozialen Identität. Zunächst sehen solche Grün-Dächer 1000x schöner aus als Eternit, Wellblech oder auch als Betonflachdächer. Sie passen sich in die Landschaft ein. Aber ich sehe gerade auch für den städtischen Hausbau zahlreiche weitere Gründe: sie schaffen ein kleines Stück Natur, und zwar je nach Bepflanzung neuen Lebensraum für solche

Insekten, deren Lebensräume durch die glattrasierten Rasenflächen und keimfrei geharkten Gartenwege und Beete immer kleiner werden. Gründächer speichern Regenwasser, erhalten den Pflanzenbewuchs damit automatisch und erhöhen die Sauerstoffproduktion in der Stadt. Gründächer binden den Staub und schützen die eigentliche Dachkonstruktion vor Starkregen oder Hagel. Ich sehe eigentlich nur Vorteile und denke, die norwegischen Erfahrungen seit Wikinger-Zeiten bestätigen das. Gemeinsam ist solchen Grasdachhäusern natürlich, daß sie extrem wenige schädliche Stoffe an die umgebende Natur abgeben (verglichen mit Eternit z.B.) und in der Herstellung eine unvergleichlich gute CO₂-Bilanz aufweisen (gegenüber Wellblechdächern oder Kunststoffschildeln z.B.). Jedes Grasdach-Stadtviertel in unseren Städten würde den Charakter dieser Stadt sehr deutlich positive verändern und damit wohl auch das Sozialverhalten seiner Bewohner. Aber für Grasdächer war es noch zu früh in Tallinn.....

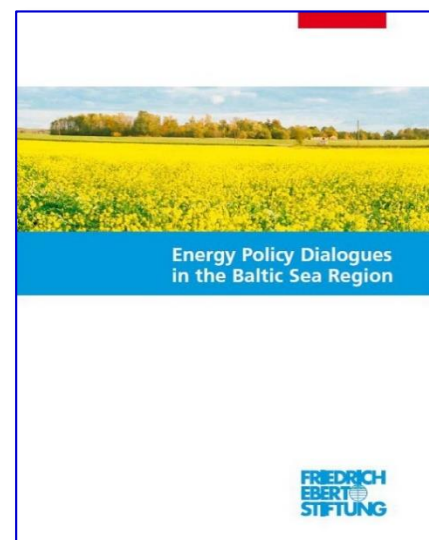


modernes Einkaufszentrum mit ökologischem Grasdach, Lom (N)

In meinem eigenen Vortrag in Tallinn ging es daher auch vor allem um die gesellschaftspolitischen Fragen urbaner Energiepolitik: Welche nichttechnischen Barrieren (finanzielle, verhaltensbedingte, gesetzliche und institutionelle)

bestehen und wie lassen sie sich überwinden? Auch die Klärung der Frage: Wie und wie intensiv sollen/müssen Beamte und Angestellte der Verwaltungen geschult werden? Und wie könnte Lobbying für Energiesparmassnahmen aussehen? Meine Standortsorge bei solchen Veranstaltungen ist immer die Frage: welche Wirkung wollen wir erzielen und welche Wirkung konnten wir erzielen? Beim dritten Energie-Dialog gab es eine beruhigende Antwort: Die Veröffentlichung der Konferenz-erkenntnisse, der vorgelegten Erfahrungen, der Handlungsvorschläge war der Stadtverwaltung von Tallinn wichtig genug, um neben der FES-Version in englischer Sprache auf eigene Kosten auch eine in estnischer Sprache zu erstellen und breit zu verteilen.

Ergebnisband der Energiekonferenz, Tallinn



Dem waren in den Wochen nach der Konferenz einige sehr intensive Arbeitstage bis spät in die Nächte vorausgegangen, an denen wir als

kleines Redaktionsteam mit unserer Büroleiterin Ülle in ihrem Tallinner Büro zusammengehockt hatten, um jetzt die Ergebnisse des Energiedialogs in eine attraktive Broschüre zu gießen. Und bei einigen der gehaltenen Referate fiel uns bei dieser Nacharbeit immer mehr die tiefergehende Attraktivität für das gesamte Baltikum auf.

Transnationale “Modernisierung” der Energieproduktion

Die baltische Energiepolitik weist dieselbe systemische Schwäche auf wie die EU-Energiepolitik insgesamt: Sie wird vor allem als Energie-Außenpolitik von jeder der Regierungen vorgetragen, zielt aber – wie jede normale Außenpolitik – immer auf nationale innenpolitische Wirkungen. So ist Energiesicherheit immer bezogen auf gleichen oder größeren Energie-Import und kaum auf nationale Energie-Effizienz, nationale Energie-Einsparung. Erneuerbare Energien werden noch mit Einschränkungen gefördert, aber Veränderung des Konsumverhalten (und damit des hohen Energieverbrauchs) ist keine ernsthafte Zielperspektive für die nationale Entwicklung. Die Energie-Außenpolitik der baltischen Staaten besitzt dabei nur wenige gemeinsame Zielvorstellungen. Die wichtigsten lauten:

- Unabhängigkeit von russischen (Gas-) Lieferungen erlangen,
- Steigerung der Strom- und Wärmeenergieproduktion,
- Anbindung an das westeuropäische Energienetz.

Die drei baltischen Staatsführungen hatten – wie erwähnt – im Jahr 2006 eine gemeinsame *Energy-Road-Map* verabschiedet. Im Nachhinein lässt sich sagen, daß die Road-Map wohl nur formuliert wurde, weil die EU-Kommission im selben Jahr das EU-Grünbuch als Grundlage einer EU-Energiepolitik vorgelegt hatte. Die Road-Map enthielt verschiedene Planzahlen zum Energiebedarf, aber es lag ihnen kein darstellbares gesellschaftliches oder auch nur wirtschaftliches Entwicklungskonzept für eine abgestimmte *baltische* Energiepolitik zugrunde.¹¹⁶ Tatsächlich verfolgt *Estland* seine estnische Energiepolitik. Sie besteht sichtbar und uneingeschränkt aus der aktiven Vernetzung mit Finnland und dem starken staatlichen Willen, die Verstromung des nationalen Ölschiefers möglichst lange fortzusetzen bzw. auszubauen. *Lettlands* Energiepolitik besteht im Festhalten an der russischen Gaslieferung – eventuell in Verbindung mit einem neuen Gaskraftwerk, das die russischen Miteigner am lettischen Energieversorger *Latvijas Gaze* seit 2008 immer wieder in die Diskussion einbringen. Ebenso verfolgt *Litauen* eine vornehmlich nationale Energiepolitik. Sie ist charakterisiert durch Kapitalkooperation zwischen großen privaten Unternehmen und den staatlichen Energieversorgern bei der Errichtung eines neuen Kernkraftwerkes mit einer Gesamtkapazität von bis zu 1.600 MW_e. Zum Vergleich: die beiden größten derzeit noch in Betrieb befindlichen AKW in

116 Estland/Ministry of Economic Affairs and Communication: Long-term National Development Plan for the Fuel and Energy Sector until 2015, Tallinn 2004. Lettland/Ministry of Economics: Guidelines for Energy Sector Development 2007-2016. Project. Riga 2007. Litauen: National Energy Strategy. Approved by Resolution No. X-1046 of the Seimas of the Republic of Lithuania of January 18, 2007

Deutschland – Brokdorf und Isar2 (München) – besitzt eine Nennleistung von 1.480 MW_e. Litauens Regierungen sehen ihre Vision eines neuen AKW als Bezugspunkt jeglicher baltischer Energiedebatte - stabilisiert durch Bundeskanzlerin Merkel, die im September 2010 der litauischen Regierung deutsche Unterstützung beim Bau eines neuen AKW zugesagt hatte.¹¹⁷

Erst das neue Thema „Fracking“ brachte auch im Baltikum eine thematische Erweiterung, aber immer noch keine intensivere Zusammenarbeit, vor allem nicht beim Thema Energie-Effizienz.

Gas-Fracking in Litauen & Polen

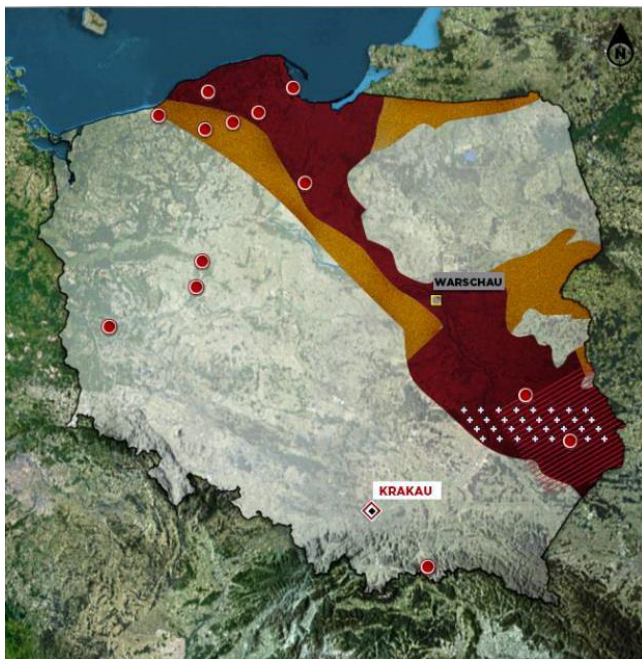
Die deutsche Regierungschefin unterstützte direkt modernisierte Atomenergie in Litauen (aber was ist daran „modern“, wenn nirgendwo die Arbeitsbedingungen in den Uran-Minen thematisiert werden und es nach einem halben Jahrhundert AKW-Betrieb keine einzige sichere Atommüll-Deponie gibt ??). Zumindest indirekt unterstützt die deutsche Regierungschefin auch das andere Problemthema in Ost-Europa: Fracking. Denn so wenig sich die frühere Klima- und Umweltschützerin Merkel um die Kohleverstromung in Polen kümmert (vgl. den katastrophalen **Weltklimagipfel** in Warschau 2013, zu dem sie erst gar nicht anreiste, ebenso wenig, wie zum folgenden Klimagipfel, den der UN-Generalsekretär im September 2014 nach New York einberief), so wenig eindeutig äußert sich Frau Merkel auch zum Thema **Fracking**, das inzwischen eine Säule der offiziellen polnischen wie litauischen Energiepolitik werden soll. Dabei sind weder im Heimatland der Kanzlerin, Mecklenburg-Vorpommern, die Proteste der Bürger zu übersehen noch der Kommentar der Präsidentin des Umweltbundesamtes („nicht beherrschbar“ und „wenig sinnvoll“, TAZ, 31.7.2014). Denn beim Fracking wird tief unter der Erde Gestein mit hohem hydraulischen Druck aufgebrochen, in der Hoffnung, dort eingelagertes Gas zu finden. Dabei wird in der Regel ein flüssiges Gemisch aus Wasser, Sand und vor allem ein Chemikalien-Cocktail in den Boden gepresst. Es entstehen Risse im Gestein, durch die das Gas entweichen und über Bohrrohre an die Oberfläche gelangen kann. Dabei steht bei allen Kritikern die Sorge um die Intoxikation der Grundwasserschichten im Vordergrund, durch die das eingesammelte Gas geleitet wird und durch die das eingepresste flüssige Gemisch wieder an die Erdoberfläche zurückgeholt werden muss. Daß im Gebiet der Bohrlöcher auch immer wieder Erdbeben verursacht werden, würde in der Debatte fast im Hintergrund verschwinden, wenn es nicht immer mehr seriöse Untersuchungen dieser

117 Im Rahmen ihres zweiten Besuchs als Kanzlerin im Baltikum sagte Frau Merkel am 7. September 2010 der litauischen Regierung die Unterstützung der Bundesregierung beim Bau eines neuen AKW zu - wobei sie gerade aus einem Deutschland angereist war, in dem an vielen Orten heftig gegen die Atomenergiepolitik ihrer Bundesregierung protestiert wurde, insbesondere gegen die im Halbdunkel gehaltenen Verträge zwischen Regierung und Atomindustrie, an deren Unterzeichnung nicht einmal der für die Atompolitik zuständige CDU-Umweltminister Röttgen beteiligt wurde (*Heute im Bundestag* No. 291, 15.9.2010 und bei Welt-Online am 7.9.2010 unter der Überschrift "Merkel will Litauen beim AKW-Neubau helfen")

Zusammenhänge gäbe, wie die von Robert Skoumal et al. "Earthquakes Induced by Hydraulic fracturing in Poland Township, Ohio", Jan. 2015.

Heftige Debatten werden weltweit darüber geführt, wer beim Fracking eigentlich welchen Nutzen hat und wer sich mit welchen Schäden abfinden muss. Selbst im Protagonisten-Land USA gehen die Meinungen zu Fracking sehr weit auseinander: der Präsident sieht darin den großen energiepolitischen Schritt zu mehr Unabhängigkeit von den arabischen Ölländern. Viele US-Bürger fürchten sich dagegen vor Bilder, wie in den Filmen „Gasland“ (2010) oder „Promised Land“ (2013). Auf jeden Fall ein hochkomplexes Thema, das die westlichen Industrienationen spaltet, aber wegen der vergleichsweise schwachen Zivilgesellschaften im Baltikum insgesamt erst wenige kritische Stimmen erkennen lässt.

In Osteuropa ist **Polen** wohl das wichtigste Protagonistenland. Polen scheint von mächtigen Schiefergas-Flözen durchzogen zu sein, wohl den größten in Europa. Das hatten zahlreiche ausländische Fracking-Konzerne aus den USA, Canada, Italien, Großbritannien so erkundet. Aber ganz große unter ihnen, wie Exxon, Chevron haben sich schon nach einem oder zwei Jahren wieder zurückgezogen und ihre in Polen erworbenen Bohr- und Förder-Lizenzen wieder verkauft. Denn zum einen wurden die Schätzungen der staatlichen US Energy Information Administration von 2011, die sich auf 5,3 Millionen Millionen (5.300.000.000.000) m³ Gas beliefen, von offizieller polnischer Seite schon ein Jahr später auf ungefähr 500.000.000.000 m³ reduziert, also auf etwa 1/10. Dann stellte sich heraus, daß die Förderkosten etwa dreimal so hoch liegen, wie in den USA und schließlich baute sich auch in Polen immer stärkerer Widerstand aus der Bevölkerung gegen die ökologischen und direkt gesundheitlichen Auswirkungen des Fracking auf. Polens Regierungen haben sich traditionell wenig um Umweltfragen gekümmert. Einige der Bürger in ihren traditionellen Dörfern dafür immer mehr.



Polens Schiefergas-Gürtel: hellbraun markiert „förderungswürdig“ aus Chevron-Sicht; Kreise markieren wichtige Orte des lokalen Widerstandes der Bevölkerung

Dann wurde Polens Regierungschef Donald Tusk ab 2014 zum EU-Ratspräsidenten gewählt und seine bisherige Infrastrukturministerin Elżbieta Bieńkowska erhielt unter Juncker als Kommissarin für Finanzen und als eine der 6 Stellvertreter von Juncker starkes Gewicht. Polnische Positionen lassen sich seither innerhalb der EU-Kommission leichter als je zuvor durchsetzen. Schon bald nach seiner Ernennung zum Ratspräsidenten ließen sich Tusk

und die polnische Kommissarin Bieńkowska ihre Zustimmung zu den EU-Klimaschutzvereinbarungen nur gegen hohen „Finanzausgleich“ an Polen abhandeln.

Ob diese Euro-Milliarden dann auch tatsächlich in den Umbau der polnischen Energiewirtschaft fließen, muss erst noch bewiesen werden. Jedenfalls darf bisher von außerordentlich großer „Umleitung“ von EU-Fonds in die absolut falsche Richtung gesprochen werden, wenn es in den Nachrichten heißt: **Polen investiert EU-Geld für Klimaschutz in die Kohle-Industrie.**¹¹⁸

Außerdem ist höchst fraglich, was dort eigentlich als „Klimaschutz“ verhandelt wurde, denn Polens Regierung Tusk hatte den vorherigen UN-Klimagipfel in Warschau (Nov. 2013) äußerst provokativ scheitern lassen und das nationale Interesse an massiver Kohleverstromung dadurch weltweit sichtbar gemacht, daß sie parallel zum UN-Klimagipfel in Warschau eine internationale Kohle-Konferenz abhielt.

Innerhalb der aktuellen EU-Kommission (2014-19) ist auch vom neuen Energie-Kommissar, Miguel Arias Cañete, kein Widerstand gegen Fracking zu erwarten, gehört er doch bekanntermaßen zu den Lobbyisten der spanischen Energiewirtschaft. Wie in der Vergangenheit auch, war von der deutschen Bundesregierung kein substantieller Kandidatenvorschlag für eine der wichtigen Kommissionen (Energie, Finanzen, Agrar) vorgelegt worden. So bleibt denn zwar Herr Oettinger weiterhin in Brüssel – aber weder als Energie-Kommissar noch gar als einer der 6 Stellvertreter von Herrn Juncker, sondern lediglich als Kommissar für digitale Handelsangelegenheiten. Dem Fracking-Freund Tusk werden also von der Kommission (die 2014 noch konservativer zusammengesetzt ist als 2009) keine Stolpersteine in den Weg gelegt werden. Weder von seinen baltischen Nachbarn noch von der deutschen Bundesregierung. Und das wird aufmerksam im Baltikum notiert.

In Litauen fanden diese europäischen und besonders die polnischen Entwicklungen jedenfalls schnell ihre Entsprechung. Offiziell heißt es in beiden Staaten: wir müssen uns von russischer Energieversorgung unabhängig machen. Weniger offiziell sind wichtige politische Entscheidungsträger von der Gier nach gold-glänzenden Energiegeschäften mit Fracking-Milliarden geblendet. Da kursierten Zahlen wie: der Wert der Fracking-Gas-Reserven im britischen Lancashire belaufe sich auf 170 Mrd. Euro. Bei solchen Zahlen glänzten die Augen vieler litauischer Politiker wie auch ihrer polnischen Kollegen, wenn sie auf die vorgelegten Karten mit den geschätzten Gasreserven in ihren Ländern schauten. Die litauische Präsidentin Grybauskaitė schaute weniger auf die wachsende Protest-Bewegung in Polen und Polens westliche Nachbarn. Sie sah im Fracking die attraktivere Zukunft für die vor sich hin stolpernde Energiepolitik in ihrem Land und erklärte bei ihrem Staatsbesuch im November 2011 in Warschau, daß beide Länder nun sehr eng zusammenarbeiten sollten, insbesondere

118 Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 24.9.2014: **Polen investiert EU-Geld für Klimaschutz in die Kohle-Industrie.**

„Durch die falsche Verwendung der Gelder verstößt Polen auch gegen die Vereinbarung der Mitgliedsstaaten beim Klima- und Energiepaket 2020. Dafür wurden Polen unentgeltliche Emissionszertifikate für seine Stromproduzenten angeboten. Die Kommission hoffte dadurch auf Investitionen in kohlenstoffarme Bereiche. Polen hatte nämlich versprochen (!!), in die Modernisierung und die Diversifizierung des Energiemixes zu investieren. Allerdings war die Absprache rechtlich nicht bindend. So gibt Polen die **7,5 Milliarden Euro** aus dem Transfer der unentgeltlichen Emissionszertifikate für die Kohleindustrie aus.“ Dieser Bericht basiert auf einer gemeinsamen Untersuchung von Greenpeace, WWF und Climate Action Network

in der Energiepolitik: "As Lithuania and Poland mark the twentieth anniversary of their diplomatic relations, they are united by a number of joint projects and common goals, such as power and gas links, cooperation between oil companies. These projects will be beneficial to the people of Lithuania and Poland and they will guarantee security in the entire region." ¹¹⁹

Aber auch in Litauen zogen sich große Fracking-Konzerne nach extrem kurzer Zeit wieder zurück, wie Chevron, die ihre Lizenzen schon wieder zum Jahresende 2012 verkaufte. Der frühere litauische Umweltminister Valentinas Mazuronis, selber ein heftiger Befürworter des Fracking, versuchte eine kurze Erklärung für das, was da in Litauen passierte: (a) die Erfahrungen mit Chevron seien so etwas wie der Lakmus-Test, wie Litauens Politik mit neuen Herausforderungen umgeht; (b) so wie man sich verhalten habe, seien alle aus diesem Deal als Verlierer heraus gegangen: „einige von uns haben aus Unverständnis verloren und weil sie überzeugt sind, daß sie Litauens Natur und die Gesundheit der lokalen Bevölkerung verteidigen. Andere verloren aus Gier, weil sie glaubten, daß mit der Ankunft von Chevron das ganz große Geld strömen würde; einige sind sicher auch von bestimmter Seite über den Tisch gezogen worden, die ihre ganz eigenen Pläne verfolgten, die gar nichts mit litauischen Interessen zu tun hatten.“¹²⁰ Letzteres spielt auf die immer wieder ins Spiel gebrachte vermeindliche Unterstützung der Fracking-Gegner durch Moskau an – weil Moskau natürlich lieber weiterhin sein Gazprom-Gas verkaufen möchte. Litauens politische Elite spielte Pingpong zwischen dem US-Konzern Chevron (et alii) und dem russischen Gazprom. Die Handgeldforderungen führender Politiker an die Amerikaner trugen diese Gier in sich, von der Ex-Minister Mazuronis spicht und verprellten Chevron. Die Russen verbesserten ihre Lieferbedingungen, forderten dafür aber langfristige Lieferbindungen, um sich die Gas-Konkurrenz vom Halse zu halten.

Der frühere konservative Ministerpräsident und heutige Oppositionspolitiker und überzeugte Neoliberale Kubilius sieht sich als Retter in dieser Not: "The government has promised to put in order the shale gas legislation within a year, but that did not happen... With the Chevron leave Lithuania has not only lost a quarter billion litas (100 million USD), but also has harmed future investors' interest in Lithuania and cut the state's future revenues." Genau das ist eines der ganz großen Probleme in der litauischen wie in der lettischen Außenwirtschaftspolitik: die nationale Gesetzgebung wird von den in der Regel konservativen Regierungen den Wünschen der ausländischen Investoren angepaßt – egal ob es direkt um Gazprom oder indirekt um die von Gazprom abhängige Gashandelsgesellschaft Itera in Lettland geht oder um einen US-Gas-Produzenten Chevron in Litauen. Der aktuelle Ministerpräsident Algirdas Butkevicius (seit 2012) und sogenannter Sozialdemokrat beeilt sich daher auch, zu erklären: "Das Umweltministerium ist schon damit beauftragt, im Herbst (2014) eine neue Ausschreibung zu organisieren ... Die erforderlichen Änderungen beim Schiefergas-Gesetz sind vorbereitet und vom Strategischen Komitee der Regierung (Prüfung von Großprojekten) gebilligt. Wir gehen davon aus, daß alle

119 Nachrichtenagentur ELTA, Vilnius/Warsaw, Nov 11, 2011

120 <http://www.naturalgaseurope.com/chevron-lithuania-pullout> (July 15th, 2014):
Chevron's Lithuania Pullout

notwendigen Novellierungen im Parlament ihre Zustimmung gefunden haben, wenn die erneute Ausschreibung eingeleitet wird ...".¹²¹

Eben darin liegt der Unterschied zu dem kleinen und in der Nachkriegszeit noch sehr armen Finnland – dort behielt das Interesse des Landes seine Priorität vor einem politischen Klüngel.....

Für die politische Kultur Litauens ist allerdings nicht unerheblich, daß es wohl doch die Proteste der Anwohner in der **Region Samogitia** waren, die vor allem in 2013 immer mehr Parlamentarier auf Distanz zu den Testbohrungen von Chevron gehen ließen. Die Regierung hatte Chevron schon grünes Licht gegeben als die NROs aus der Region um den NATO-Flughafen **Šiauliai** zum Parlament marschierten und das forderten, was die Regierung für überflüssig erklärt hatte: eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Am Ende traten sowohl die Regierung wie auch Chevron den Rückzug an. Der Name „Samogiten“ hat mit Erde zu tun, mit den Menschen, die von der Erde leben. Ihre Vorfahren waren die, die besonders intensiv und sehr lange unter dem Druck der deutschen Ordensritter gestanden hatten und sie waren das letzte der mittelalterlichen baltischen Völker, die zum Christentum gezwungen werden konnten. Offenbar ist noch einiges vom dem frühen Kampfgeist erhalten geblieben. Denn für sie sieht es nach einem Sieg über Chevron aus.

Ölschiefer in Estland

Es gibt einen weiteren kleinen Unterschied zwischen den baltischen Ländern und der betrifft das schon angesprochene Ölschiefer-Fracking in Estland, verglichen mit dem Gas-Fracking in Polen oder Litauen. Im Osten Estlands werden seit fast hundert Jahren bergmännisch in Tiefen von weniger als 100 Metern und im Tagebau ölhaltige Gesteine gefördert und oberirdisch direkt zur Stromerzeugung verbrannt oder das Öl wird aus dem Gestein gepresst und entspricht dann in seiner Konsistenz in hohem Maße dem gewöhnlichen Rohöl.

Estlands Regierungen gehen einigermaßen transparent mit dem Thema um. Der staatliche Energiekonzern *Eesti Energia AS* läßt als Besitzer des Ölgesteins im Nordosten des Landes keinen Zweifel daran, daß estnisches Schieferöl **die** große Entwicklungschance für Estland ist (nicht für Chevron oder Exxon).

Die seit einem Jahrhundert angewandte Technologie der Energiegewinnung aus Ölschiefer ist über die Jahrzehnte fast unverändert geblieben und hat in der Sowjetzeit die Energieversorgung von Leningrad bzw. St. Petersburg unterstützt. Inzwischen richten sich Estlands marktbewußte Regierungen am globalen Energiemarkt aus und haben längst in moderne Anlage im eigenen Land investiert; haben Beratungsverträge mit anderen Staaten (Jordanien) zur Nutzung von deren Ölschiefer geschlossen; haben große Landstriche in den USA aufgekauft, wo Ölschiefer-Vorkommen bestätigt sind. Estlands Politik macht sich nicht von den nationalistischen Zänkereien seiner baltischen Nachbarn abhängig, sondern spielt längst auf anderem, auch internationalem Niveau mit weiterreichenden Visionen mit. Während in Lettland noch über Raps-Felder für die Produktion von Bio-Diesel gestritten wird („Food or Fuel“), zielt der Ausbau der Ölschiefer-Nutzung in Estland über die Verstromung

121 ebenda

hinaus auf die verstärkte Produktion von Diesel-Treibstoff aus Schieferöl. D.h. Diversifizierung der Produktpalette ist Teil der Energiepolitik und damit die Erweiterung der Wertschöpfungskette und damit die Verringerung der Angriffsflächen für russische Repressionen. Zur Diversifizierung an der Energiefront gehört ebenso der Aulepa-Windpark an der Westküste und dessen Erweiterung auf der Halbinsel Pakri.

Estlands internationale Angriffslinie hat mit dem wachsenden Energiebedarf in Schwellenländer, wie China und Indien zu tun. Dort will Estlands Staatsversorger Eesti Energia möglichst direkt mitspielen. Denn man weiß um die großen Ölschiefer-Vorräte in zahlreichen anderen Ländern, die noch vor sich hinschlummern. An deren Förderung will Estland mit seinem technologischen Vorsprung Teil haben. Dynamisch und effizient, wie die Esten sind, wird Ihnen das vor allem dann gelingen, wenn das US-Fracking-Gas nicht die Energiemärkte durcheinander wirbelt und wenn Öl als Treibstoff weiterhin genutzt wird. Da die USA auch über die weltweit größten Ölschiefervorräte verfügen (umgerechnet ein Mehrfaches der Ölvorräte in Saudi Arabien) wird es wohl über kurz oder lang von US-Seite ein „Angebot geben, das Estland nicht ablehnen kann“ und US-Konzerne hätten sich die estnische Technologie angeeignet. Es sei denn, die chinesischen Staatskonzerne machen ein deutlich lukrativeres Angebot....

Die kritischen Stimmen in Estland sind nicht grundsätzlich gegen die Nutzung des Ölschiefers. Ein kleinerer Teil der kritischen Stimmen aus der estnischen Umwelt- und Klimaschützer-Gemeinde stünde Verkaufsoptionen der estnischen Technologie ablehnend gegenüber, weil dann automatisch auch ein Rückgang der bisher erreichten Umwelt- und Klimaschutzstandards befürchtet wird – auch im eigenen Land. Auf die Argumente des größeren Teils der Umweltorganisationen hört auch die Regierung. Denn die Einwendungen stammen von qualifizierten Ölschiefer-Kritikern, wie unserem alten Partner *Valdur Lahtvee*, der den sehr hohen Energieaufwand bei der Verbrennung des Ölschiefers zur Stromerzeugung kritisiert und festhält, daß auch mit moderner Technologie der Effizienzgrad unter 40% bleiben wird. Lahtvee und andere Umwelt- und Klimaschützer sehen zudem, daß der hohe Wasserverbrauch bei der Förderung des Ölschiefers und die Freisetzung von CO₂, Schwefel und Flugaschen eine ziemliche Umweltbelastung für Flora und Fauna in der Bergbauregion bleiben – auch wenn *Eesti Energia* nach dem Auskoffern eines Landstreifens sehr zügig mit der Aufforstung beginnt. Sehr ähnlich dem Prozess beim Braunkohle-Abbau in der Kölner Bucht. Trotz solcher ökologischer Nachrüstung bleibt die Belastung der Oberflächen-, wie der Grundwasser ein immer größer werdendes Problem, das vom estnischen Energiemonopolisten noch weitgehend ignoriert wird.

Der Bundestagsausschuß für Technikfolgenabschätzung spricht dieses Problemspektrum zwar für Deutschland an; es gilt aber ebenso für Estland: **stoffliche Belastungen des Wasserkreislaufs** erfolgen auch durch „das sogenannte »fracking«, die Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Gesteinsporen, entstehen. Bei dieser Technik werden in tiefliegende Gesteinsschichten Wasser, Chemikalien und Sand unter hohem Druck injiziert. Hinsichtlich der dadurch entstehenden Umweltgefahren bestehen noch erhebliche Unsicherheiten und weitergehender Untersuchungsbedarf; eine abschließende Einschätzung ist daher nicht möglich.“¹²²

122 Bundestag Drucksache 18/2085, 10.07.2014: Herausforderungen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft

aktuelles Großprojekt Enerfit 280 zur Verdopplung der Ölschiefer-Verstromung, bei Narva (EE) mit einem CO₂-Ausstoß halb so groß wie bei der Braunkohle-Verstromung in der Lausitz (Unternehmens-Foto)



Zusammen mit Marina, der NRO-Chefin aus Sillamäe, haben wir uns in einem stillgelegten Ölschiefer-Stollen im Museum von *Kohtla-Järve* von einem ehemaligen Bergmann die Arbeitsbedingungen dort unter Tage erläutern lassen. Dieser Bergmann war jetzt Rentner und verbesserte mit solchen Führungen ein wenig sein Einkommen.

Für uns war besonders interessant, daß

er inzwischen mindestens so kritisch dem ganzen Zyklus vom Ölschieferabbau bis zur Verstromung gegenüber stand, wie die grünen NROs. Und er war ein jahrzehntelanger Praktiker!

Wegen der auch vom Bergmann bestätigten Umweltbelastungen hatten wir als FES schon lange vor der Fracking- und der Ölschiefer-Bonanza mit Umwelt-NROs aus Sillamäe und den regionalen Gewerkschaften (=> Gesundheit am Arbeitsplatz) sowie kommunalen Behörden aus dem Ölsand-Landstrich zwischen Kohtla-Järve und der einst so bedeutenden Hanse-Stadt Narva zusammengearbeitet. Dabei hatte unser Akzent zunächst auf der organisatorischen Unterstützung der dort organisierten Zivilgesellschaft gelegen und auf verbesserter Professionalität (vgl. Kapitel BALTISCHE ZIVILGESELLSCHAFT). Aber in Zusammenhang mit der Serie der Energie-Dialoge hatte sich auch bei uns der Akzent der NRO-Kooperation stärker in Richtung „estnische Energiepolitik“ konkretisiert.

Zukunftsfähig nur mit dem Volk

Im Baltikum haben die Bürger bis heute nur gelegentlich die notwendige Souveränität gezeigt, um Behörden und Unternehmer zu befragen und sich objektive Informationen zu beschaffen – sei es über die damalige Tschernobyl-Katastrophe oder über die aktuellen „Endlagerungen“ von Atommüll im AKW Ignalina oder zu den anderen genannten gesellschaftspolitischen Themen in unserem FES-Portfolio.

Beim Energie-Thema sind sie noch viel weniger über die so katastrophale (im Grunde: kriminelle) Behandlung von Atommüllfässern wie in der deutschen Schachtanlage Asse in Niedersachsen informiert und wissen sich nicht gegen ähnliche Machenschaften in der eigenen Region frühzeitig zu wehren.¹²³ Wie stark die

¹²³ Wehren müssen sie sich allerdings so intensiv wie möglich, damit nicht ähnliche Meldungen demnächst über baltische Nachrichtenagenturen verbreitet werden müssen: NDR Regionalmagazin "Hallo Niedersachsen" : *Asse - Deutlich mehr Leukämiefälle in der Region.* „Nach Angaben des Niedersächsischen Sozialministeriums gegenüber dem NDR

Bewohner in Litauen oder Lettland schon jetzt von „verlorenen gegangenem Strahlungsmaterial“ aus Labors und Krankenhäusern und deren ungeklärter Deponierung betroffen sind, ist ebenso wenig bekannt. Und noch viel weniger hat die Bevölkerung eine Vorstellung von den extremen Kosten für den Abbaus eines abgeschalteten AKW.¹²⁴ Bürgerinitiativen zu dieser Thematik sind praktisch nicht vorhanden und werden auch nicht gerade gern von Regierung und Stadträten gesehen. Der Versuch, eine kritische Diskussion zur Atom-Energie in der Öffentlichkeit zu führen, hat daher eher tragisch-verzweifelte Formen, wie ich selber als privat-dienstlicher Unterstützer einer Anti-Atom-Demonstration vor dem Kreistag in Daugavpils erleben konnte.



*Daugavpils:
Anti-Visaginas-Demo
mit Beteiligung von Riga-NROs,
Nov. 2007*

Mit Vertretern von NROs waren wir – als kleines Häuflein der Unentwegten – den langen Weg aus Riga mit meinem Dienstwagen angereist, um die bunt gemischten Stadtbewohner in Daugavpils etwas mühsam auf das Thema „Widerstand gegen Atomenergie“ aufmerk-

sam zu machen. Dabei arbeiten selbst in Russland NROs wie *Green World* mit relevanten Daten, um auf die schon bestehenden und zu befürchtenden Probleme mit Atomanlagen aufmerksam zu machen: Die auch international aktive NRO *Green World* aus Sosnovy Bor bei St. Petersburg beschreibt den Reaktortyp, zu dem auch Ignalina gehört, als Reaktortyp, der mit „Graphit-Moderation arbeitet, die Unfälle durch den Ausbruch von Feuer erleichtert und keine doppelte Hülle besitzt, um das Ausströmen radioaktiver Gase im Fall eines Unfalls zu verhindern. ...“ Und als Warnung aus den Leningrader Erfahrungen mit den ähnlichen Reaktortypen heisst es in demselben Bericht: „Im Verlauf der 33 Jahre, während der die Leningrader AKW arbeiten, sind radioaktive Abfälle im Umfang von 50 Tschernobyl-Unfällen in Zwischenlagern an der Ostseeküste deponiert. Es gibt keine verlässliche und wirtschaftlich tragbare Technologie zur Wiederaufarbeitung der radioaktiven Abfälle aus diesen RBMK-1500

liegt bei Männern die Zahl der Neuerkrankungen im Untersuchungszeitraum bei zwölf - statistisch erwartbar wären 5,2. Die Erkrankungsrate für Schilddrüsenkrebs bei Frauen hat sich laut der Untersuchung sogar verdreifacht.“ (Quelle: NDR.de - Regional - Niedersachsen - Braunschweig / Harz / Göttingen;
<http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/harz/asse533.html> [26.11.2010 12:24:56])

¹²⁴ Die Kosten für den Abbau des deutschen AKW Würgassen können sicher nicht 1 zu 1 auf Litauen übertragen werden. Aber sie sind ein Anhaltspunkt: der Abbau kostet fünfmal so viel wie der Neubau und dauert fünfmal so lange, wie der Neubau (TAZ, 20. 10.2014: *Teures Nachspiel, langes Nachspiel*)

Anlagen. Erst recht gibt es keine gesicherte Langzeitdeponie für diese gefährlichen Abfälle.“¹²⁵

Auch die skandinavischen Nachbarn sind nicht überzeugt von manchem Argument der regierungsnahen litauischen Experten. Das Umweltkomitee des Nordischen Rates und die parlamentarische Baltische Versammlung hatten sich kurz vor unserer Aktion schon im Januar 2007 in Daugavpils, Lettlands zweitgrößter Stadt, gleich hinter der litauischen Grenze und beinahe in Sichtweite des AKW Ignalina zusammengesetzt. Den Vorsitz hatte Lettlands ehemaliger Ministerpräsident und zu der Zeit Vorsitzender der lettischen Grünen. Er eröffnete eine recht kritische Debatte über die litauische Atompolitik. Ihn unterstützten sehr eindeutig die nordischen Politiker, wie der dänische Ministerpräsident Kristin Touborg Jensen, der darüber hinaus vor allem an die Potenziale zu regenerativen Energien erinnerte, über die auch Litauen verfügt, aber trotz der *Energy Road Map* nicht nutzt. Vor Augen hatte er dabei vor allem den Fast-GAU im schwedischen AKW Forsmark vom Juli 2006 (also rd. 20 Jahre nach Tschernobyl), das Feuer im AKW Ringhals vom November 2006, aber auch 10 Jahre zuvor den Riss im Kernmantel des dritten schwedischen Reaktors in Oskarshamn.¹²⁶ Einigermaßen ernüchternd hat dann Mitte 2009 sicherlich auch auf die litauischen AKW-Unternehmer die Nachricht aus Italien gewirkt, dass mehr als 10.000 Tonnen litauische Holz-Pellets radioaktiv verunreinigt waren und die italienischen Behörden deswegen den Verkauf dieser Waren sofort gestoppt hatten.¹²⁷ Für die Atom-Befürworter war bis dahin nur das Gutachten für Ignalina III von Bedeutung, das von der finnischen Gesellschaft Pöyry Energy Oy und dem Litauischen Energie-Institut Ende 2007 vorgelegt wurde, das erwartungsgemäß aber keine Antwort hinsichtlich der Sicherheit der bestehenden Anlagen noch hinsichtlich der Behandlung des Atommülls anbietet.¹²⁸

Auf solche Mobilisierung der Bevölkerung gegen den Neubau eines AKW im Naturpark Ignalina am Grenzdreieck Litauen-Lettland-Weißrussland hatten wir seit 2006 in den drei Ländern mit unseren Energie-Dialogen gleichermaßen hingearbeitet. Mit unterschiedlichen Erfolgen. Aber ich denke im Nachhinein, daß unser Bemühen nicht ganz umsonst war, denn bis zum Referendum in 2012 wuchs der Widerstand in der litauischen Bevölkerung auf 63% gegenüber 34% Befürworter.

125 Angaben von: GREEN WORLD, Sosnovy Bor, St. Petersburg region, phone/fax +7 81369 72991

126 Derselbe staatliche schwedische AKW-Betreiber Vattenfall war später (2009) auch in Deutschland für die schweren Störungen am AKW Krümmel bei Hamburg verantwortlich und wurde von der konservativen schwedischen Regierung scharf zur Rechenschaft gezogen

127 Süddeutsche Zeitung, 15.6.2009: Italien nimmt radioaktive Holzpellets vom Markt: Es darf angenommen werden, dass der Rohstoff für diese Pellets aus dem walddreichen Gebiet um Ignalina stammte

128 Pöyry ist eine weltweit operierende Consulting mit den Schwerpunkten im Bereich Energie, Forstindustrie, Umwelt und beschäftigt 8.000 Fachleute. Die Nachrichtenagentur ELTA (Vilnius) berichtete über den Inhalt des Pöyry-Gutachtens am 16.11.2007: Environmental impact of new Ignalina Nuclear Power Plant assessment programme ratified.



*Vilnius: deutlich aktiverer
Protest gegen Visaginas III,
Feb. 2008*

Nur noch wichtiger als die Menschen zu motivieren, damit sie sich im eigenen Land gegen unsinnige und gefährliche Politiken mobilisieren, war uns das über die Energie-Frage hinaus reichende Thema: vernetztes Denken und vernetztes Handeln zu intensivieren und möglichst auszubauen.

Wir haben dabei nicht zuletzt mit der neuen Generation, mit Schulen und Universitäten, zusammengearbeitet. Zu den konkreten Inhalten für vernetztes Denken (s.o., S.219: „sapere aude“) gehörte zwangsläufig auch das Thema Energiepolitik.

Bei Vorträgen, an der Stradiņš-Universität und auch bei unseren Energiepolitik-Dialogen stellte ich dazu immer wieder den Aufbau der Energiegenossenschaft in Schönau (Schwarzwald) vor. Nicht nur, weil ich anfänglich selber von Bonn nach Freiburg gefahren war, als es um breite Unterstützung für die Gründung der Energiegenossenschaft Schönau ging, auch nicht, weil Präsident Obama die Schönauer Energiegenossenschaft mit dem US-Umweltpreis ausgezeichnet hat, sondern vor allem, weil der in Deutschland hochgehaltene Genossenschaftsgedanke in den baltischen Gesellschaften leider durchgehend auf Ablehnung stößt. Die Erfahrungen mit der zwangsweisen Kollektivierung in der Sowjetzeit verschleiern den Blick darauf, daß in der heute gültigen Wirtschaftsordnung die Rechtsform einer Solar- oder Wind-Genossenschaften gewählt wird, weil eine gleichberechtigte demokratische Mitsprache unabhängig von der Höhe der Beteiligung des Einzelnen möglich ist. Damit kann Bürgerwille direkt und basisdemokratisch umgesetzt werden. Mit der Genossenschaft steht den Initiatoren eine Rechtsform zur Verfügung, die es erlaubt, viele solcher Energieprojekte als Wirtschafts-Gemeinschaft zu realisieren. Und was eine Genossenschaft noch auszeichnet und das war mir auch bei dem Beispiel Schönau das Wichtigste - sie verbindet soziale Leitbilder durch die praktische Umsetzung mit einer wirtschaftlichen Betriebsform. Genossenschaften stehen damit für Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung, unternehmerische Mitbestimmung.

Natürlich fehlten in den baltischen Ländern ganz bestimmte gesellschaftliche Erfahrungen, wie sie im Fall Schönau und manchen anderen gemacht werden konnten: Als Genossenschaft hatte man im Breisgau in jahrelangem Kampf Anteile von einem großen Energieversorger abgekauft und - getragen von der Motivation der Atomenergie-Gegnerschaft - eine Energieversorgung aufgebaut, an der inzwischen über 150.000 Kunden bundesweit angeschlossen sind. Eine Stromversorgung, die heute nur auf regenerativen Energien aufbaut und klimaschonende Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen betreibt und dies jährlich vom TÜV-Nord prüfen und zertifizieren läßt.

ERFAHRUNGEN MIT DER BALTISCHEN ENERGIEPOLITIK

Mit einigen Wochen Distanz zu den Energiepolitik-Dialogen fragte ich mich, was diese Veranstaltungen für uns als FES an weiterreichenden Erkenntnissen gebracht hatten und mit welcher Perspektive wir das Energie-Thema weiter vorantreiben sollten / könnten? Zunächst hatte sich die Durchführung der *Baltischen Energie-Dialoge* als "eye-opener" erwiesen für uns als baltische FES und offenbar ebenso für einige Partner und Teilnehmer (wie z.B. die Stadt Tallinn). Dabei lautete eine zentrale politische Erkenntnis auf jeden Fall:

Baltische Energiepolitik zur Unterstützung nachhaltiger Entwicklung ist nur *mit* EU und *mit* Russland denkbar. Dabei müssten EU und Russland allerdings zusammenarbeiten.

Das so zu formulieren, machte im selben Moment deutlich, daß es - aus unterschiedlichen Gründen - ein sehr dickes Brett sein würde, an dem fast alle Beteiligten bohren mußten und dafür nur einen kleinen Handbohrer zur Verfügung hatten. Denn weder standen beim Ausbruch der Großen Finanzkrise (2007/08) schon die erforderlichen Mehrheiten hinter der gleichgewichtigen Zusammenarbeit mit EU und Russland noch beförderte die Große Krise eine entsprechende Mehrheitsbildung und erst recht nicht die massive Ukraine-Krise ab 2014. Denn:

Deutschland und Russland booten die baltische Region aus :

Nord - Stream

Im Abschnitt zur Außenpolitik ist schon die große Mitverantwortung der EU bzw. der dort maßgeblichen Regierungen für viele politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen (und Fehlentwicklungen während des Erweiterungsprozesses) angesprochen. Das Energie-Großprojekt Nord-Stream ist ein ganz besonderes Beispiel dafür, daß es nicht um eine Optimierung von Gemeinschaftsinteressen (EU) geht, sondern um die win-win-Lösung für die Großen in der EU und in diesem Fall auch um die Interessen Russlands. In vielen öffentlichen und geheimen Konferenzen spielte die rund 1.200 km lange Gaspipeline zwischen dem russischen Vyborg und Lubmin bei Greifswald mit Baukosten zwischen 7 und 8 Mrd. Euro über Jahre eine wichtige Rolle unter der Überschrift „Europäische Energiesicherheit“. Nord Stream wurde schließlich, unter einflussreicher Beteiligung von Ex-Kanzler Gerhard Schröder, die wichtigste, weil größte Gaspipeline zur Versorgung Westeuropas - unter Umgehung der früheren sowjetischen Republiken Ukraine, Baltikum, Polen. Für Deutschland (und dahinter die Niederlande, England, Frankreich) bietet die Pipeline die direktere Zuliefersicherheit für Erdgas.

Nord-Stream ¹²⁹

An Nord-Stream sind der russische Gasmonopolist Gazprom (51 Prozent), die deutschen Konzerne EoN und BASF/Wintershall (je 20 Prozent) sowie der niederländische Versorger

129 <http://www.verivox.de/nachrichten/bau-der-gaspipeline-nord-stream-hat-begonnen-51778.aspx>, 7.4.2010

Gasunie (9 Prozent) beteiligt. Anfang März 2010 hatten die Gesellschafter auch den Einstieg des französischen Energiekonzerns GDF Suez mit 9 Prozent der Anteile zugelassen. Die beiden deutschen Partner verringerten entsprechend ihre Beteiligungen zugunsten der Franzosen um je 4,5 Prozentpunkte. Seit November 2011 ist die Pipeline in Betrieb. Die Abnehmer sitzen in Deutschland, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Großbritannien. Nach der Fertigstellung einer zweiten Röhre fließen seit Ende 2012 pro Jahr 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas von Russland nach Westeuropa. Das entspricht elf Prozent des Gesamtbedarfs der EU. Nach Angaben von Nord Stream können damit 26 Millionen Haushalte in Europa versorgt werden.

Diese Ostseepipeline ist zugleich Teil von Russlands Strategie, selber in seiner Zulieferpolitik unabhängiger von über Land, durch die Ukraine oder gerade auch durch das Baltikum geführten Pipelines zu sein. Für Herrn Putin und für führende deutsche Industrievertreter wie auch für die beiden letzten Bundeskanzler ist Nord-Stream allerdings auch eine symbolhafte Verbindung zwischen (West-)Europa und Russland als großem strategischem Wirtschaftsraum bei der globalen Neuordnung der Märkte.¹³⁰ Die Ukraine-Krise 2014 bzw. die russischen Interventionen auf der Krim und in der Ost-Ukraine haben die Westeuropäer und auch die deutsche politische und wirtschaftliche Führung unvorbereitet getroffen und dadurch etwas irritiert. Sobald dieser Konflikt beigelegt ist, werden auch die Beziehungen Russland - EU wieder von gegenseitigem Interesse bestimmt sein. Denn hinter dem Ukraine-Konflikt und der wiederum dahinter liegenden innenpolitischen Schwächen der russischen Entwicklung ist mittelfristig eine verstärkte Partnerschaft zwischen EU und Russland zu Lasten der "klassischen" Beziehungen Europa-USA zu erwarten. Die innen- wie die außenpolitische Schwächung der USA ist nicht zu übersehen und die Arroganz US-amerikanischer Außen- und Außenwirtschaftspolitik spätestens seit dem Afghanistan- und dem Irak-Krieg hat weltweit zu viele massive Krisen verursacht, in die Europa sich nicht länger mit einbinden lassen darf. Aber genau dieses Risiko vergrößert sich je aussichtsreicher die Chancen der Republikanischen Partei werden, den nächsten US-Präsidenten ab November 2016 zu stellen. So sehr Vladimír Putin auch innenpolitisch durch die prekäre Versorgungslage in Russland, durch die geschwächte Finanzlage, durch die schleppende Industrieproduktion besonders seit 2014 unter Druck steht, besitzt er ganz sicher mehr strategischen Weitblick für diese Entwicklung als viele europäische Politiker, die sich in tagespolitischen Fragen verheddern (*Autobahnmaut nur für Ausländer*) und dadurch ihrerseits EU-Mitgliedsländer irritieren statt europäische Synergien zu schaffen. Bei dem strategischen Energieprojekt Nord Stream gehören die baltischen Staaten und Gesellschaften zumindest solange zu den Verlierern bis EU-Rat und EU-Kommission endlich begriffen haben, daß es um eine europäische Energiepolitik gehen muss. Bei den Beteiligten lassen sich unterschiedliche Bewertungen ausmachen, je nachdem, wie weit der Blick geöffnet wird:

130 So sprach MP Putin in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung im November 2010 von der Schaffung eines "gemeinsamen Kontinentalmarkts". Das Ziel müsse die Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok sein und möglichst eine gemeinsame Freihandelszone und gemeinsame Industriepolitik. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik-putin-herzt-europa-1.1027966>

Lettland und Litauen sowie Polen beklagten nach der vertraglichen Einigung der Pipeline-Betreiber die drohenden zusätzlichen Umweltrisiken für die Ostsee, bestritten aber nicht, dass ihre Hauptsorge der möglichen Abkopplung von russischen Erdgaslieferungen auf den bisherigen landgestützten Wegen gilt und den dadurch für sie wegfallenden Transitgebühren.¹³¹ Polen führte zudem an, dass die endgültigen Kosten der Ostseepipeline wahrscheinlich drei- oder viermal so hoch liegen würden wie für herkömmliche Pipelines – z.B. das Projekt „Amber“, das von Russland über Lettland durch Polen geführt werden könnte. Noch stärker setzte sich Polens Regierung für "Nabucco" ein, in der Annahme, dass dort der russische Einfluss weitestgehend ausgeschaltet sei. Sollte die Nabucco-Pipeline je fertig gestellt werden, könnte Westeuropa in der Größenordnung von etwa 20% der russischen Pipeline-Kapazität seine Abhängigkeit reduzieren.

Was im Baltikum noch keine vergleichbare Debatte wie bei Nord-Stream auslöst, ist zunächst das Projekt South Stream. Dieses Element der russischen Energiepolitik verschärft die negativen Nord-Stream-Effekte für das Baltikum zusätzlich, weil Russland damit auch die Transportleistungen von Nord-Stream nach Westen drosseln könnte und die Region zwischen Vyborg und Greifswald erst recht wenig Chancen böte, das Baltikum in die Gasversorgung mit einzubinden. Ende 2014 haben sich die beiden Autokraten Putin und Erdogan angenähert. Für das Baltikum, aber auch die übrige EU könnte sich die Energieversorgung aus Russland noch verschärfen. Denn beide Autokraten stellen sich hinter das sog. South-Stream-Projekt, mit dem russisches Gas in die Türkei geleitet werden soll, um es gemeinschaftlich nach Europa zu vermarkten. Gerhard Schröder nannte Putin einst, einen lupenreinen Demokraten. Es lässt sich nur spekulieren, ob er auch den Türken Erdogan ähnlich einstuft. Die meisten anderen Beobachter sehen in Erdogan einen autokratischen Staatspräsidenten, der Nicht-Anhänger (= Gegner) in der Justiz, bei Polizei und Armee, bei den Medien, den Intellektuellen und sonstigen Türken nicht viel anders als Vladimir Putin seine russischen Gegner (Politskaja 2006; Nemzow 2015) verfolgen lässt – nur in größerer Anzahl.

Aus westeuropäischer wie aus osteuropäischer Sicht ist der Türke Erdogan ebenso wenig ausrechenbar, wie „die Sphinx“ Putin, zumal Erdogan sich gerne als neuer Imperator des Vorderen Orients sieht und die Weiterleitung von russischem Gas in die EU jederzeit an starke Bedingungen zu knüpfen bereit sein dürfte.

Zudem bleibt das türkische Territorium selbst mit hohen Sicherheitsrisiken behaftet, da die PKK – je nach Ausgang des Krieges gegen den sog. Islamischen Staat (IS) - Pipeline-Projekte auf türkischem Territorium vergleichsweise leicht sabotieren kann. „Die Guerilla hat in der Vergangenheit wiederholt Anschläge auf die Pipeline zwischen Kirkuk und dem türkischen Hafen Ceyhan verübt.“ (NZZ, 5.6.2010). Im dramatischen Irak-Konflikt zwischen Schiiten, Sunniten, Christen, Kurden wurden 2014 die Kurden als die Gewinner dieses mörderischen Konflikts gewertet – und zwar, weil sie jetzt die gewaltigen Ölfelder um Kirkuk mit ihren Peschmerga-Einheiten kontrollieren. Sollten die Kurden daraus einen Kurdenstaat formen oder wenigstens ein autonomes Gebiet, blieben sie ohne eigenen Zugang zum Meer dennoch abhängig von der Türkei. Schon vor seiner Präsidentenwahl

131 Fachleute schätzen die Waffenlagerungen in der Ostsee aus beiden Weltkriegen auf 400.000 Tonnen konventioneller Kampfstoffe und weitere 65.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe (Drucksache Bundestag 16/8627, vom 14.3.2008).

hatte Erdogan begonnen, sein Verhältnis zu den Kurden aus taktischen Gründen völlig neu darzustellen. Plötzlich ist der Kurden-Hasser ein Kurden-Freund. Auf diese Weise versucht Erdogan zu verhindern, daß die Kurden sich über Umwege Westeuropa annähern und Erdogan kann weiter davon träumen, die EU mittels der Energie-Pipelines unter Druck zu setzen sobald es ihm nötig erscheint. Etwas kompliziert wird dieser Aspekt noch dadurch, daß Deutschland Waffen an die Peschmerga-Kurden liefert, aber nicht an die PKK-Kurden, um gegenüber Erdogan nicht sämtliche außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten zu verlieren. In dem Zusammenhang kann sich jeder Westeuropäer übrigens nur wünschen, daß die deutsche Kanzlerin Merkel weiterhin ihre Türkei-kritische Haltung beibehält.¹³²

Die Entwicklung des South Stream Projekts bzw. diese Direktleitung Russland-Türkei waren beim Beschluss der Nord-Stream Pipeline von den baltischen Regierungen nicht in Einzelheiten vorhersehbar. Aber in jedem Fall wurden die Klagen gegen Nord-Stream von den Balten und den Polen sehr spät vorgetragen und sie haben sich gleichzeitig wenig überzeugend in ihrem eigenen Handeln gezeigt (AKW Ignalina; Streit zwischen Lettland und Litauen um die richtige Führung eines neuen Stromkabels zwischen Baltikum und Schweden durch die Ostsee u.a.m.). Am Ende siegt auch hier nationalistischer Opportunismus: in dem Maße, in dem sich eine Energiebrücke zwischen Litauen und Schweden konkretisierte, reduzierte sich umgehend der litauische Widerstand gegen Nord-Stream. Denn ein Gutachten der Vilnius-Universität hatte darauf hingewiesen, dass das angestrebte Stromkabel nach Schweden wohl die Zustimmung der Nord-Stream-Eigner erforderlich mache, dass deren Zustimmung also für Litauen von hoher Bedeutung ist.¹³³

Estland besaß zwischen 2007 und 2011 eine sehr aktive Grüne Partei im Parlament.

Entsprechend kritisch äußerten sich der Umweltausschuss und der Außenpolitische Ausschuss des Riigikogu zu Nord-Stream. Die estnischen Kommentare beschäftigten sich sehr detailliert mit der bis dahin vorgelegten Umweltverträglichkeitsprüfung und benannten im Einzelnen eine Reihe von nur oberflächlich bearbeiteten Umweltrisiken. Bemängelt wurde zudem, dass bislang keine russischen Angaben vorlägen über die von der Sowjetunion nach Kriegsende in der Ostsee versenkte brisante chemische und andere Munition.¹³⁴

Vor allem aber reagierte die estnische Regierung pro-aktiv und intensivierte, gemeinsam mit dem staatlichen Energieversorger Eesti Energia, ihre eigenständige energetische Vernetzung mit Skandinavien und baut die Ölschiefer-Verstromung auch international weiter aus.

132 Vgl. Verschiedene Berichte der Neuen Zürcher Zeitung und der Süddeutschen Zeitung zu diesen Fragen. Ähnlich der Deutschlandfunk, 8.8.2014: **"Die Kurden sind die Gewinner der regionalen Unruhen"**

133 Nachrichtenagentur ELTA, Vilnius, 27.3.2009

134 Estlands Umweltministerium begründete seine Kritik an dem im März 2009 vorgelegten Espoo-Bericht zu Nord-Stream am 8. Juni 2009 u.a. damit, dass der Estland betreffende Teil gerade einmal mit 1,5 Seiten abgedeckt wurde und dass zahlreiche Kernfragen überhaupt nicht behandelt, andere noch nicht abgeschlossen wurden. ESPOO ist die seit 1997 gültige Konvention, wonach grenzüberschreitende Projekte zur Vorbeugung von Umweltschäden einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden müssen. Russland hat bis heute die Konvention nicht ratifiziert und legt deswegen auch keine Berichte vor

Das Europäische Parlament versuchte die komplexe Lage zu entschärfen.

Es wurden öffentliche Anhörungen zu Nord Stream unter Beteiligung von Umweltberatern, von EU-Kommissaren, von NROs organisiert. Der bis Februar 2010 für Umweltpolitik zuständige Kommissar Stavros Dimas, mahnte dabei durchgehend, die ökologischen Risiken des Pipelinebaus sehr ernst zu nehmen. Die dänische Consulting-Firma für Umweltmanagement, *Rambøll A/S Oil & Gas*, habe den Auftrag, dem Europaparlament ein umfassendes Gutachten zur Ostseepipeline vorzulegen mit Erläuterungen, wie die denkbaren Umweltbelastungen durch eine entsprechende Trassenführung minimiert werden könnten. Dessen ungeachtet blieb die Debatte lange hoch emotionalisiert, wie z.B. durch den konservativen litauischen EP-Abgeordneten *Vytautas Landsbergis*, der von Deutschland als der letzten europäischen Kolonialmacht sprach und davon, dass die EU sich dem Druck von Gazprom unterwerfe.¹³⁵

Die EU Kommission hatte lange Zeit Nord-Stream als im EU-Interesse bezeichnet.

Das wurde am deutlichsten ausgesprochen als der Lette *Andris Piebalgs* noch Energie-Kommissar war (2004-10). Für Piebalgs lag ebenso das gegen Russland gerichtete Nabucco-Energie-Projekt im europäischen Interesse. Nord Stream verstand Piebalgs ganz nüchtern als ein zusätzliches Element der Energiesicherungspolitik der EU und ermahnte die Betreibergesellschaften lediglich zur Einhaltung strenger Umweltstandards.¹³⁶ Politisch gesehen versuchte Energiekommissar Piebalgs - stärker als der ihm folgende profillose Energiekommissar Oettinger oder der eher zögerliche Kommissionspräsident Barroso - wenigstens für die Energiepolitik und damit automatisch für die Klimapolitik eine koordinierende Rolle gegenüber den Mitgliedsländern zu übernehmen. Ob der intensiv mit der Ölindustrie verbandelte Spanier Miguel Arias Cañete als Energie- und Klima-Kommissar 2014-19 den Weg in eine europäische Energie- und Klimapolitik findet, lässt sich bisher leider nicht erkennen.

Die Balten könnten helfen, Russlands Dominanz ausbremsen

Bisher ist die Region insgesamt zu 70% abhängig vom Import russischer Primärenergien (Öl, Erdgas, Kohle). Auf der Basis dieser Importe gilt für die baltischen Staaten, dass sie zwar international gut vernetzt sind, aber jeder einzelne vor allem mit Russland und mit Weißrussland; teilweise noch miteinander; Estland außerdem (vor allem) mit Finnland; Litauen mit Schweden. Einen zentralen Beitrag, sich gegen die russische Dominanz zu wehren, leistet allen voran Estland, das schon seit Anfang 2007 durch eine Kabelverbindung mit Finnland verbunden ist (*Estlink 1*; 350 MWe-Leistung) - um Finnland mit Strom aus estnischem Öl-Schiefer zu beliefern.¹³⁷ Seit

135 Europa Parlament-Hearing, 31.1.2008

136 Die Nachrichtenagentur ELTA (Vilnius) zitiert in diesem Sinne am 31.1.2008 den EU Observer mit der Überschrift "EU energy commissioner defends controversial Baltic gas pipeline"

137 Estlink gehört dem Gemeinschaftskraftwerk Nordic Energy Link AS. Eigentümer sind fünf Kraftwerke aus dem Baltikum und aus Finnland: Eesti Energia, Latvenergo, Lietuvos Energija, Helsingin Energia and Pohjolan Voima. Estlink verbindet das Stromnetz der Balten mit dem skandinavischen Nordel Netz

Februar 2014 ist auch die zweite Kabelverbindung - *EstLink 2* - zwischen dem estnischen Püssi und dem finnischen Anttila in Betrieb. Damit erreicht der Stromtransfer zwischen Estland und Finnland eine Gesamtleistung von 1.000 MWe. Die Bedeutung von Estlink 1 und 2 kommentiert der Erbauer Siemens: *Die neue Hochspannungs-Gleichstromübertragungs-Verbindung verdreifacht nicht nur die Stromübertragungskapazität zwischen Finnland und Estland, sie leistet auch einen maßgeblichen Beitrag zur geplanten Integration der Energiemärkte in den baltischen Staaten und in den skandinavischen Ländern.*¹³⁸

Auf Druck der EU-Kommission wurde 2014 nach jahrelangen Gezänk zwischen der litauischen und der lettischen Regierung endlich auch der Bau eines 400 Km langen Unterwasserkabels mit 700 MWe Transportleistung zwischen dem litauischen Klaipeda und dem schwedischen Nybro begonnen, das ab 2016 in Betrieb sein wird. Russland hat auf diese baltischen Initiativen (und auf die Anti-Atom-Debatte nach Fukushima) Anfang 2012 mit Planungsänderung bei seinen beiden AKW in Kaliningrad reagiert, wird sie zwar weiterhin bauen (oder zumindest eines von beiden), aber mit geringerer Kapazität, weil das ursprünglich geplante Stromvolumen selbst zu dumping-Preisen wohl nicht mehr zu verkaufen wäre. Russland wird daher seine Vormachtstellung am baltischen Energiemarkt nicht weiter ausbauen können, sondern ist schon jetzt in seiner Marktmacht deutlich geschwächt. Die wichtigste Kompensation für seinen Marktverlust hat Russland in der Gas-Pipeline **Nord-Stream** gefunden. Trotz aller internationalen Bedenken und kritischen Erfahrungen mit dem Bau von AKW und mit der ungelösten Frage der Atommülllagerung und trotz mehrfacher Störfälle (Dez. 2014) im größten AKW Europas, im AKW Saporischschja im Südosten der Ukraine, wird Russland **in Weissrussland ein neues Atomkraftwerk** nur etwa 20 Km von der litauischen Grenze in Ostrowez errichten. Es soll 2018 für 6 Mrd. Dollar fertig gestellt sein. Begünstigt wird dieses Projekt durch die Unterdrückung jeglicher kritischer Stimmen in Weissrussland und der notorisch schwachen Zivilgesellschaft dort. Auch Weissrussland wird dann seinen Überschußstrom gerne an die Nachbarländer verkaufen wollen. Die baltischen Regierungen sollten bis dahin verdeutlicht haben, daß sie nicht länger auf Atomstrom setzen, sondern ihre schon 2007 vom Nordischen Rat (s.o., S.319) angemahnten regenerativen Potenziale nutzen und zügig ausbauen. Bis dahin sollte allerdings endlich auch eine EU-Energiepolitik gelungen sein - am besten unter Einbindung Russlands.

Energiesicherheit funktioniert nur durch aktive Regionalentwicklung aller Ostsee-Anrainer

Die Ostsee-Region ist Teil der EU (bis auf Russland). In manchen internationalen Gremien wird auch Norwegen und Island als Ostsee-Anrainer geführt, so im von H.D. Genscher mitbegründeten Ostseerat. Energiepolitik für die Ostsee-Region ist damit auch EU-Energiepolitik - nur könnte sie mit ihren Mitgliedsländern dynamischer verlaufen und dabei die übrige EU mitziehen, theoretisch. Immerhin gehören

¹³⁸ siemens.com/presse (Erlangen), 23.12.2010: Siemens errichtet Stromrichterstationen für HGÜ-Verbindung zwischen Estland und Finnland - Verdreifachung der Übertragungskapazität zwischen beiden Ländern

Schweden, Finnland, Lettland zu den Mitgliedern mit dem größten Anteil an erneuerbarer Energie in ihrem Energie-Portfolio. Ihre Erfahrungen (die positiven wie die negativen) mit regenerativen Energien sollten genutzt werden, um die Erpressbarkeit der EU durch den hohen Anteil an Energieimporten beschleunigt abzubauen und das Bedrohungsszenario durch neue AKW in Weissrussland, in Russland, in Litauen, in Finnland oder in Schweden oder gar in Polen zu unterlaufen. Bei diesen beiden Themen hatten wir als FES unsere Partnern immer wieder drängen müssen, initiativ zu werden. Zwar hatte schon die EU der 15 in ihren letzten Jahren außenpolitische Impulse zur Dynamisierung des Ostseeraums mit der sog. *Northern Dimension* gesetzt. Darin spielen die parlamentarische Versammlung der Ostsee-Anrainer (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) wie auch die Vertretung der Regierungen (*Ostseerat / Council of Baltic Sea States, CBSS*) eine - wenn auch unterschiedlich intensive - Rolle.

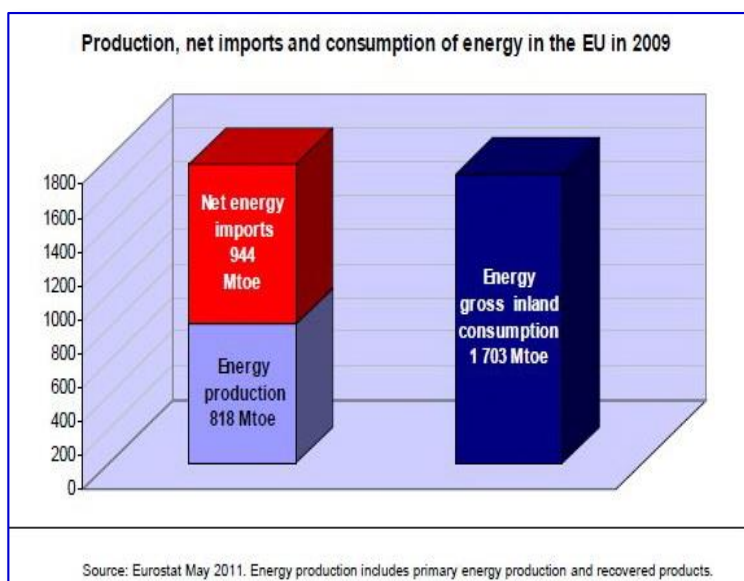
Die baltischen Regierungen hatten gute Chancen, in diesen Gremien das Thema Ostsee-Kooperation im eigenen Interesse mit mehr thematischer Klarheit und politischer Zugkraft zu versehen. Denn der Ostseerat wechselt jährlich den Vorsitz, wobei Lettland die Präsidentschaft zwischen Juni 2007 und Juni 2008 innehatte und Litauen die anschließende zwischen Juli 2009 und Juni 2010. Die wichtigsten Themen auf der lettischen Agenda hatten gelautet: Umweltbedingungen der Ostsee, wirtschaftliche Integration des Ostseeraums, Bildungspolitik. Hinzu kamen die kontrovers diskutierten Themen Energiepolitik und Nachbarschaftspolitik gegenüber Russland sowie Möglichkeiten der intensiveren regionalen Zusammenarbeit mit dem Mittelmeer- und dem Schwarzmeerraum.¹³⁹

Als FES-Lettland nutzten wir solche günstigen Rahmenbedingungen und setzten, geleitet von dieser Themenpalette und gemeinsam mit dem Außenpolitischen Institut Lettlands, die Debatte der Energiesicherheit, der Diversifizierung der Energieversorgung und der Mobilisierung der eigenen baltischen Ressourcen als Thema auf die Tagesordnung des Deutsch-Baltischen Dialogs wie auch kleinerer

politischer Gesprächsrunden. Einer unserer Dialoge trug den unscheinbaren Titel „Baltic Sea Region (BSR) project workshop“ und gehörte zu den *Ad-Hoc-Dialogen*, die in noch engerem Kreis als der Deutsch-Baltische Dialog, aber auf gleich hohem politischen Niveau und z.T. im neutralen FES-Büro stattfanden.

Energieimporte der EU > 50%

Die Ergebnisse wurden nicht breit publiziert, sondern als strategische Ideenskizze dem Außen- und dem



139 Der zusammenfassende Abschlussbericht wurde vom lettischen Außenministerium auf dessen website abgelegt: www.mfa.gov.lv/en/cbss/

Verteidigungsministerium übergeben. Vertreter dieser Ministerien hatten auch an dem Dialog teilgenommen und ebenso Vertreter der Swedish Defence Research Agency (FOI), des Estonian Foreign Policy Institute (EFPI), des Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), des Nordic Council Ministers' Office in Latvia und der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Beim Thema Energiesicherheit mit Blick auf die Beziehungen der baltischen und anderen Ostseeanrainer zu Russland trug als key-speaker der lettische Außenminister Pabriks die Sicht seiner Regierung vor. Die schwedischen Teilnehmer erweiterten den lettischen Blick sehr schnell entsprechend der „EU-Strategie für den Ostseeraum“, wie sie Schwedens Regierung schon seit 2007 fordert. Wegen dieses Europa-weiten Blicks hatten wir besonders auf die schwedische Teilnahme Wert gelegt.¹⁴⁰

*Letlands Außenminister Pabriks
als key speaker zur EU-Strategie für den
Ostsee-Raum*

Die Wirkungen dieser Ad-Hoc-Dialoge hätten sich während der lettischen Präsidentschaft im Ostseerat (CBSS, 2008) zeigen können und sollen. Die politischen Treffen zwischen den CBSS-Staaten während des lettischen Jahres fanden zwar pflichtgemäß statt, blieben aber weitestgehend ohne verbindliche Vereinbarungen. Eine gemeinsame *Erklärung von Riga zur CBSS-Reform* wurde verabschiedet, wonach sich der Ostseerat zukünftig stärker als bisher mit eigenen Projekten in fünf Bereichen beschäftigen werde. Das konnte niemanden vom Stuhl reißen.



Litauens Regierung nutzte ihren anschließenden CBSS-Vorsitz 2009 bis 2010 ebenso wenig, um von der Basis der Rigaer Erklärung aus konkretere baltische bzw. Ostseepolitik zu betreiben. Litauens Regierung war offensichtlich mit der Organisation der 1000-Jahr-Feierlichkeiten ausgelastet, so dass Finnland die Initiative ergriff und für den 10. Februar 2010 in Helsinki den "Ostsee-Aktionsgipfel" für alle 10 Ostsee-Anrainerstaaten organisierte. Zentrales Thema, das auch in allen drei baltischen Staaten fortwährend als großes Problem benannt wird, war die Abstimmung von Maßnahmen zur Rettung der extrem kontaminierten Ostsee, mit nachhaltigen Wirkungen für die baltische Küstenfischerei und damit auch für die baltische Regionalwirtschaft und den baltischen Tourismus. Finnland knüpfte mit seiner Initiative gewissermaßen an die politische Vorarbeit Schwedens (und nicht der beiden baltischen Regierungen) an, das seit 2007 von der EU-Kommission die erwähnte „EU-Strategie für den Ostseeraum“ verlangt hatte. Als Schweden dann 2009

140 vgl. z.B. die Rede der schwedischen Außenministerin Cecilia Malmström vor dem Europäischen Parlament, Strassburg, 12.12.2007 (<http://www.sweden.gov.se/sb/d/8660/a/94598>)

den EU-Vorsitz einnahm, wurden Umwelt- und Klimaschutzpolitik aller Ostsee-Anrainer mit hoher Priorität versehen.

Als FES hatten wir bei diesen Dialogen zwar unsere Kontakte zur Regierung und zu internationalen Organisationen erfolgreich nutzen können. Aber noch wichtiger war mir selber die Zusammenarbeit mit den Ostsee-NROs gewesen. Wir hatten sie parallel zu den Dialogen dabei unterstützt, aus Sicht der Zivilgesellschaft zur Agenda der lettischen Regierung Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war eher bescheiden. Dazu sind im Kapitel *BALTISCHE ZIVILGESELLSCHAFT* ein paar Punkte festgehalten.

Die baltischen Regierungen halten sich nicht einmal an ihre eigene o.a. Themenpalette wenn es um die Ostseeregion geht und reduzieren ihre regionale Aufmerksamkeit allenfalls auf das Thema Energiesicherheit. Auch bei diesem Thema ist das Ostseebewußte Schweden zu aktiver Kooperation mit den baltischen Nachbarn bereit. Allerdings wurde Schwedens Geduld durch die Nationalismen der baltischen Regierungen und der staatlichen Monopolbetriebe für die Energieversorgung auf eine harte Probe gestellt. Denn über Monate klammerten die lettische und die litauische Regierung jeglichen Gedanken an eine Ostsee-Gemeinschaft aus ihrem politischen Handeln aus, stritten vielmehr heftig über die Anlandung eines neuen schwedischen Stromkabels auf lettischem oder auf litauischem Boden. Beide Regierungen blieben starrköpfig. Der Gipfel wurde durch eine Anmerkung des lettischen Staatspräsidenten Zatlers (der Arzt mit dem Empfängerhänden, s.o., S.149) erreicht: „Es kann in der Tat irgendein Standort in Lettland und irgendein Standort in Schweden sein. Das ist nicht weiter wichtig, da wir uns alle gemeinsam Sorgen um die Energiesicherheit der Region machen.“ (!)¹⁴¹ Schweden forderte indigniert, was die baltischen Regierungen bisher nur vorgeben, nämlich baltische Gemeinschaftlichkeit wenigstens in der Energiepolitik. Nur durch zusätzlichen Druck der EU-Kommission wurde dann zugunsten des litauischen Standorts für das Stromkabel entschieden und die EU-Zuschüsse von 175 Mio. Euro daran gebunden, dass 2010 mit dem Bau zu beginnen sei. Dessen ungeachtet versuchte der staatliche lettische Energieversorger *Latvenergo* das Vorhaben weiterhin zu blockieren – übrigens unter Vorsitz desselben Karlis Mikelsons, der dann 2010 wegen Betrugs auf offener Straße verhaftet wurde (Kapitel *POLITISCHE KULTUR und SELBSTBEDIENUNGSSTAAT*).¹⁴² Für ihre eigene Arbeit mußten die baltischen Stiftungsbüros aus dem Kontext dieser einen kleinen, aber politisch gewichtigen Arbeitslinie die Erkenntnis gewinnen, dass große Herausforderungen (Energiesicherheit) allzu häufig auf „kleinkariertes“, eng national ausgerichtetes politisches Handeln treffen und wir mußten erkennen, dass die politische Beratung der Stiftung dem Bohren an sehr dicken Brettern entspricht, wobei Wirkungen vielleicht nach vielen Jahren systematischer Arbeit erkennbar werden.

Daß auch die EU-Kommission de facto so wenige konkrete Ansätze für eine schlagkräftige Klimaschutzpolitik vorlegt und daß es auch 10 Jahre nach dem EU-Beitritt der Balten noch immer keine EU-Energiesicherungspolitik gibt, versucht die Kommission mit einer gewissen Offenheit zu entschärfen / zu entschuldigen:

141 Die Nachrichtenagentur LETA (Riga) berichtete darüber am 15.9.2008 unter der Überschrift: *Swedish ambassador to Lithuania: Pan-Baltic unity needed on energy issues*

142 „Latvia could block power cable project. If Lithuania tries to push Latvia out of the project on linking up energy grids of the Baltic countries and Scandinavia, Latvenergo will be prepared to block the project, said Latvenergo board chairman Karlis Mikelsons“. (LETA, Riga, 13.5.2009)

Es kann unmöglich vorhergesagt werden, ob das Ölfördermaximum erreicht wird, da wiederholt neue Vorkommen entdeckt wurden, in welchem Umfang Schiefergas in Europa wirtschaftlich sein wird, ob und wann die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage, d. h. die CO₂-Abscheidung und -Speicherung) kommerziell ausgereift ist, welche Rolle die Kernenergie in den Mitgliedstaaten spielen und wie sich der weltweite Klimaschutz entwickeln wird. Gesellschaftliche, technologische und verhaltensbezogene Änderungen werden ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf das Energiesystem haben.....¹⁴³

Bis zur großen Krise (sagen wir: 2008) gab es noch keine **TTIP-Diskussion**, auch kein russisches Anknabbern des **ukrainischen Territoriums** (lediglich in Georgien) und kein „selbstverständliches“ **Ausspionieren der EU-Mitgliedsländer** durch das EU-Mitgliedsland Großbritannien und die dahinter stehenden USA mit NSA etc. . Während der großen Krise halfen die **Staatsverschuldungen** korrupter Regime, wie in Griechenland und Zypern, von allen anderen wichtigen EU-Themen abzulenken. Und das insbesondere, weil sich der aufstauende Volkszorn nur auf die sogenannte **Bankenrettung** konzentrierte und ihre desaströsen Folgen für die Volkswirtschaften und die Bewohner der hochverschuldeten Länder (z.B. Spanien, Portugal, aber auch Frankreich und Italien). Auch die meisten Medien folgten eher der zornigen Stimmung in der Bevölkerung als genauer auf solche **strategisch problematischen Personalentscheidungen** zu achten, wie die Besetzung der IWF-Spitze 2011 mit Frau Lagarde (vorherige französische Finanzministerin) und vor allem die Besetzung der EZB-Spitze 2011 mit Herrn Draghi (vorher Führungskraft bei der Skandalbank Goldman Sachs und Mitglied in der Lobbyistengruppe für Großbanken „Gruppe der Dreißig“!!). Weil diese gewichtigen Themen noch nicht auf der politischen Agenda standen, war ich mit meiner Mannschaft weiterhin sehr mit der Frage ausgelastet, wie sich die baltischen Staaten in eine Ostsee-Region besser einbinden lassen können. Daß wir dafür die Energiepolitik als Vehikel nutzten, hatte damit zu tun, daß ich auf Energiepolitik als zentrales Instrument für den dringend erforderlichen Umbau der Wirtschaftspolitik hin zu einer tatsächlichen **Green Economy** setzte (und nicht nur zugunsten einer grün angestrichenen Wirtschaftspolitik).

Es geht nur mit mehr persönlichem Engagement

Die dringend erforderliche Gestaltung einer baltischen, also grenzübergreifenden Energiepolitik und anderer Regionalpolitiken war alles, nur nicht einfach. Und so luden wir einerseits die schon genannten Politiker, Fachleute, NRO-Vertreter aus allen Anrainer-Staaten der Ostsee zu unseren Veranstaltungen ein, damit unsere baltischen Partner die Botschaft auch von anderer Seite als nur von der Friedrich Ebert Stiftung vernehmen sollten. Oder ich fuhr selber in die Nachbarländer im Ostsee-Raum, um mir ein authentisches Bild von den Prozessen und Debatten dort zu machen, sei es zu Veranstaltungen oder im Urlaub. Oder ich fuhr in die Nachbarländer, um einen Vortrag über die baltische Situation zu halten oder an solchen Gesprächen

¹⁴³ EU Kommission, 15.12.2011: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament , den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß und den QAusschuß der Regionen. Energiefahrplan 20150

teilzunehmen, bei denen die Ostsee-Region als Perspektive angesprochen war. Die dabei gewonnenen Eindrücke /Erkenntnisse flossen dann wieder ein in Vorträge und Diskussionen mit unseren baltischen Partnern oder an deren Universitäten.

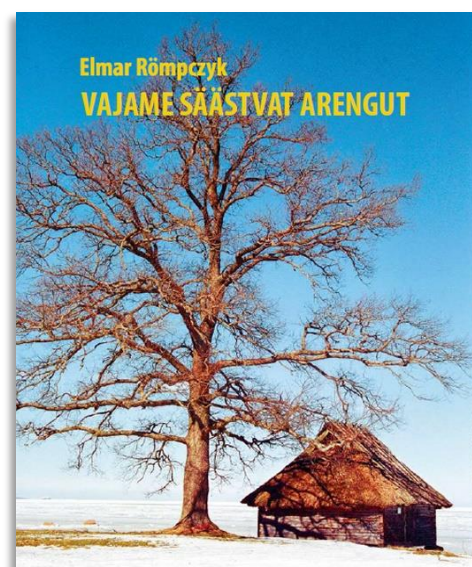
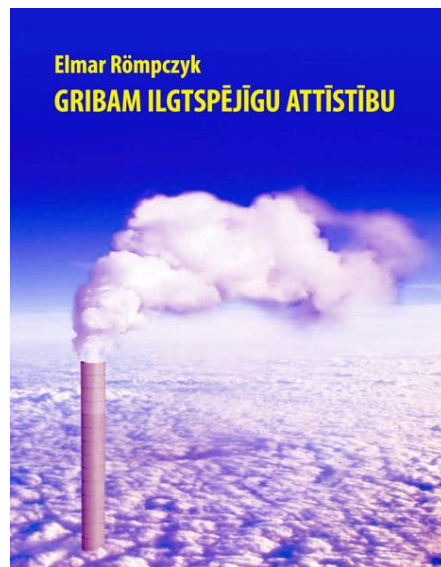
Durch die Vorträge bzw. die anschließenden Diskussionen mit den Studenten und oft genug auch anschließend mit einigen Dozenten wurde mir selber klar, daß solche Power-Point-Vorträge in den meisten Fällen zu wenig konkret für das Publikum blieben, weil auch die Dozenten selber (noch an sowjetischen Universitäten ausgebildet) die internationale Diskussion nicht wirklich präsent hatten, um sie zu vermitteln. Aus diesen Diskussionen und Gesprächen entwickelte sich dann ziemlich schnell die Anregung, doch ein Buch in Lettisch zu schreiben. Ich schrieb das Buch mit dem Titel „Wir wollen nachhaltige Entwicklung“ und ließ es übersetzen und mehrfach gegengelesen. Ein aufwändiger Prozeß, der manchmal zu längeren Gesprächen mit Übersetzer und Verlag um einen einzelnen Begriff ging. Zum Glück wohnte die Übersetzerin außerhalb von Riga in den Kiefernwäldern von Vecāki am Ostseestrand. Die Fahrt dort hinaus war auch eine gute Entschuldigung, um kurzzeitig dem Büro-Stress zu entgehen. Besonders intensiv wurde die Diskussion in dem Moment als das Manuskript druckreif vorlag und der Verlag meinen Namen nicht schreiben wollte, wie er nun mal geschrieben wird, sondern die lettische Sprachkommission zitierte, wonach alle Autorennamen und Buchtitel lettisiert sein müssen. Ich hatte das in den Buchläden längst beobachtet, wie aus dem englischen John ein lettisches Djons wurde. Allerdings ging ich soweit, von meinem Namen als Teil meiner Persönlichkeit zu reden und die willkürliche lettische Schreibweise als Verstoß gegen die Menschenrechte zu brandmarken. Der Verlag wollte das Buch herausbringen. Die Verlegerin schaffte eine Verständigung mit der Sprachenkommission. Mein Name (so wenig attraktiv er sein mag) kam auf den Umschlag. Und weil wir einmal dabei waren, wurde das Büchlein (mit einigen Abwandlungen) auch gleich noch für Estland mitproduziert.

Dort gab es keine Diskussion um die Schreibweise des Namens. Schließlich kennen die Esten auch Umlaute.

*ER, baltische
Buchtitel*

Ich hatte damit zwei Bücher geschrieben,

die ich selber nicht lesen konnte. Was mir allerdings viel wichtiger war: Das Buch „Wir wollen nachhaltige Entwicklung“ (2007) wurde vom lettischen Umweltministerium als Volltext auf dessen Website geladen und an die Sekundarschulen und öffentlichen Bibliotheken verteilt, denn es reflektiert die internationale Nachhaltigkeitsdebatte, trägt Erfahrungen auch aus außereuropäischen Ländern zusammen und schlägt



schließlich den Bogen zu den baltischen Staaten – und alles auf Lettisch (bzw. Estnisch). Damit konnte ich die Zielgruppe der bisherigen Vorträge (Gymnasiasten, Studenten, Journalisten, Vertreter der öffentlichen Verwaltung) erheblich besser erreichen. Vielleicht ein bißchen Stolz, aber vor allem ein erheblicher Schuß Zufriedenheit kam bei mir auf, weil endlich ein sichtbares Echo auf das Thema erfolgt war, daß mir in all unserer Arbeit am meisten am Herzen lag. Wir erhielten Journalisten-Besuch im Büro von Print-Medien und TV, weil die Journalisten mehr über das Thema Nachhaltigkeit oder Green New Deal hören wollten. Allerdings kam auch zusätzlicher stress auf, denn jetzt wurden noch ein paar weitere Vorträge angefragt. Und Arbeit hatte ich in allen drei Ländern eh genug. Aber, was tut man nicht alles für die gute Sache, vor allem wenn man Mitarbeiter hat, die einen Teil der Last ohne zu murren mittragen und auch einige Praktikanten nicht nur mit im Land umherreisen durften, sondern sich auch ernsthaft in Arbeitsprozesse einspannen liessen.

Auf die Kernfragen der Journalisten gab es meist die Kernantwort: im Baltikum wie in Westeuropa ist ein Perspektivewechsel in der Entwicklungspolitik unserer Länder äußerst dringlich. Darauf müssen auch die Lehrinhalte an den Schulen und Universitäten ausgerichtet werden. Das war meist der Diskussionskern mit den Studenten der Sozialwissenschaften an der Rigaer Prestige-Uni Stradiņš ebenso wie an den Provinz-Unis von Daugavpils oder Liepaja.

Die Überzeugungsarbeit blieb trotz allem ein mühsames Geschäft. Weil es natürlich Kommentare gab, wie: „ja, ihr im großen, reichen Deutschland ...“, habe ich

gelegentlich versucht, mit konkreten Daten und Erfahrungen aus Nachbarländern mit ähnlichen Rahmenbedingungen unsere Gespräche zu unterfüttern, etwa die Aktivierung schwedischer Erfahrungen für Litauen.



*Hintergrundgespräch mit TV-Journalisten
im FES-Büro, Riga*

Vorgespräch für einen Vortrag über nachhaltige

*Entwicklungspolitik im Baltikum im
Rektorat der Uni Liepaja*

Im Ausland fand sich dann meist größeres Interesse, etwas über die irgendwie unbekannteren baltischen Länder zu erfahren als daß Balten sich intensiver für Erfahrungen ihrer nördlichen oder westlichen Nachbarn

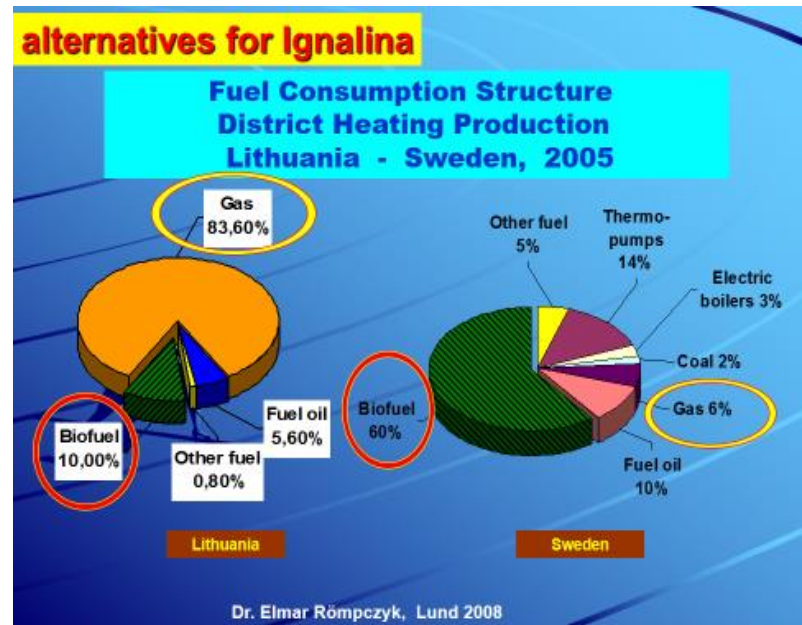


interessierten. Allerdings liefen die akademischen Diskussionen, z.B. an der schwedischen Universität Lund auf einem deutlich anderen Niveau ab als in der *Stradiņš-Uni* in Riga oder der *Lomonossow-Uni* in der Moskauer Vorstadt von Riga. Die Einladung nach Lund hatte ich sehr gerne angenommen, um auf die unterschiedlichen Entwicklungsstrategien im gemeinsamen Europa einzugehen. Beispiel: Energiepolitik. Beispielländer: Schweden und Litauen.

*Aus ER-Vortrag in Lund.
Tenor: auch Litauen besitzt
Alternativen zu Ignalina, muß
sie jedoch viel systematischer
ausbauen*

Der Hintergrund der Konferenz in Lund stand der weltweit fast ununterbrochen gestiegene Konsum an Rohstoffen seit mehr als einem Viertel Jahrhundert (pro Kopf wie absolut) in Verbindung mit der Frage, wie läßt sich (1) die Entkopplung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Rohstoffverbrauch beschleunigen und (2) wie läßt sich negatives wirtschaftliches Wachstum (negatives BIP) so organisieren, daß es gesellschaftlich akzeptiert wird?¹⁴⁴ Vereinfacht gesagt ging es um Degrowth als Kern einer Green Economy, also die Thematik, die ich auch in dem lettischen Buch angesprochen hatte und um die entsprechende Anpassung der Energiepolitik.

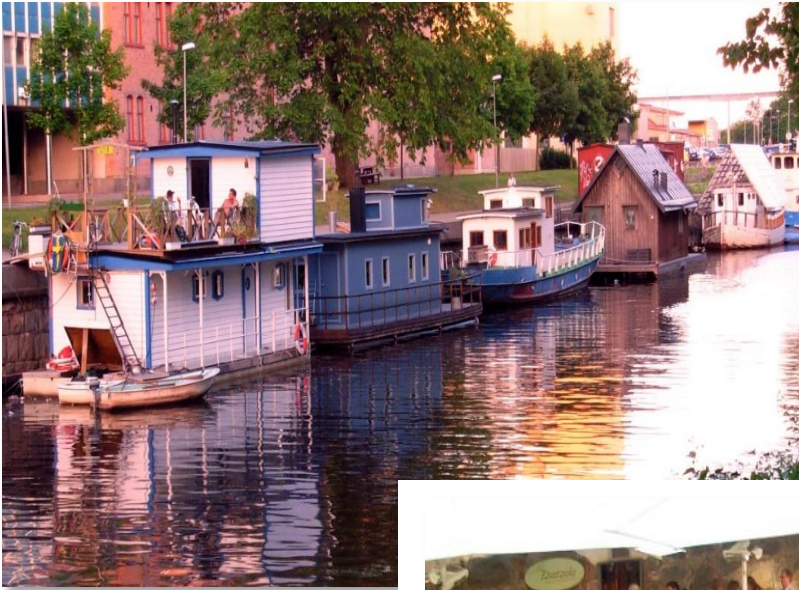
Ein für mich erheblich emotionaleres Treffen fand etwas später in Uppsala statt. Dabei verlor ich mich fast mehr in Erinnerungen an die indirekten Beziehungen, die ich schon vor dem Einsatz in Chile nach Uppsala unterhielt, zur dortigen *Dag-Hammarskjöld-Foundation (DHF)*. Denn die KollegInnen dort im Norden hatten 1975 die Publikation „What Now?“ in die internationale Entwicklungsdebatte geworfen und damit viele Fragezeichen hinter das gültige Modell von wirtschaftlichem Wachstum gesetzt. Von der DHF erhielt ich regelmäßig ihre Vierteljahresberichte, eine Plattform für spannende alternative Entwicklungsprojekte weltweit – nicht nur Berichte über anhaltende Mißstände. Genau das hatte mir als Ansatz immer gefallen. Die Beziehungen zu der Uppsala-Stiftung wurden dann in Chile plötzlich noch viel lebendiger durch die Zusammenarbeit mit Manfred Max-Neef, der seinerseits exzellente Beziehungen zum Direktor der DHF, Sven Hamrell, unterhielt und die Mannschaft in Uppsala als „seine Familie“ bezeichnete. Diese intime Beziehung zu Uppsala hatte sich für Manfred 1983 noch einmal verstärkt als er den Alternativen



144 Aus der Studie des österreichischen SERI: Green Economies around the world? (Monika Dittrich, Stefan Giljum, Stephan Lutter, Christine Polzin), Wien 2012

Nobelpreis der Üxküll-Stiftung erhalten hatte.¹⁴⁵ Der Kernpunkt des Ökonomen Max-Neef hieß und heißt „Barfuß-Ökonomie“ und das, was wir in einigen Konferenzen und Publikationen in Chile gemeinsam gefördert hatten, trug auch seine Überschrift: Entwicklung nach menschlichem Maß (Desarrollo a Escala Humana).¹⁴⁶ Jetzt nutzte

ich die Pausen unserer aktuellen Uppsala-Konferenz („Chancen von Barfuß-Ökonomie in Zeiten des Hai-fisch-Kapitalismus“) zu einem Stadtbummel entlang des Uppsala-Stroms Fyris. Dort auf ihren Hausbooten war die Antwort auf unser Konferenzthema zu sehen, dort leben Menschen nach menschlichem Maß. Wahrscheinlich war es auch



in den 1980er Jahren schon so gewesen und vielleicht war diese menschliche Atmosphäre sogar der Ideengeber für Manfreds Arbeiten geworden.

*Uppsala: am Fyris-Fluß
wohnen und leben nach
menschlichem Maß*

Beides fand sich in Uppsala: wohnen und leben nach menschlichem Maß;

bei beidem hoffte ich auf Impulse für eine zukunftsfähige baltische Entwicklung. Auch wegen solcher Eindrücke und Impulse war mir die Einbindung der skandinavischen Gesellschaften und Institutionen in unser baltisches Arbeitsprogramm immer wichtig geblieben.

145 Jakob von Uexkull und seine private Stiftung “Right Livelihood Award Foundation” verleihen diesen Preis jedes Jahr in Stockholm an Personen oder Organisationen, die ihre Arbeit in besonderer Weise in den Dienst der Menschheit gestellt haben

146 Etwas mehr zur Arbeit in Chile und ihrer Wirkung ist im vorangehenden Band festgehalten: Arbeit-Abenteuer-Wirkung, 2014

DEZENTRALE, ABER INTEGRIERTE REGIONALENTWICKLUNG

Der größte gemeinsame Nenner der baltischen Staaten ist die Ostsee. In diesem Ostseeraum, im baltischen zumal, herrscht große Besorgnis wegen mindestens 13.000 Tonnen giftiger Substanzen, die in der Ostsee in zumindest zwei großen „Deponien“ in Fässern vor sich hin rosten: nahe der Insel Bornholm und zwischen der Insel Gotland und den baltischen Staaten. Wissenschaftler vermuteten, dass die Fässer auf dem Meeresgrund mit Senfgas, *Chlorpikrin*, *Phosgen* und *Arsen*-Verbindungen früher oder später durchrosten und dass ab 2020 die Korrosion soweit fortgeschritten sein werde, dass Gifte austreten können. 16 Prozent der bekannten versenkten Giffässer reichten schon aus, um die gesamte Ostsee abzutöten. Und zwischen solchen Hoffnungen auf Vermeidung und solchen Ängsten vor naheliegenden Katastrophen werden von Politik und Wissenschaft der Ostsee-Anrainer konkrete Vorschläge plaziert, manchmal als regionale Aktionspläne. Dazu gehören dann z.B. die Vergabe einer „*Clean Baltic Sea Shipping*“-Flagge für Reedereien. Denn der intensive Schiffsverkehr zwischen Russland und Dänemark verursacht Verschmutzung auf See, sowie in den Hafenstädten. Die gilt es für alle zu reduzieren und das geht auch nur gemeinschaftlich. Solche Pläne haben allerdings nur dann eine gewisse Chance, wenn ersten nicht zwischendrin mal schnell ein Krieg geführt wird, wie Russland gegen die Ukraine und alle Ostsee-Nachbarn Russlands berechtigte Zweifel äußern, ob auf russische Zusagen in der Ostsee-Politik noch Verlaß sein kann. Und zweitens geht es nie nur um die Küstenstreifen. Es geht auch um das Hinterland, wenn z.B. im Rahmen einer „*Clean Baltic Sea Shipping*“-Flagge von landseitiger Strom- und Erdgasversorgung für die in den Häfen liegenden Schiffe die Rede ist. Denn das bedeutet im Klartext: Einspeisung von Biogas bzw. von verflüssigtem Erdgas (LNG), das auch im Hinterland gewonnen wird sowie die Bereitstellung von Abwasserauffang- und sonstigen Entsorgungsanlagen, die ihrerseits Teil von Recycling-Prozessen im Lande sein müßten. Schließlich ist die dann erreichte Reduzierung der Wasser- und der Luftverschmutzung wieder ein Beitrag zur Anhebung der Lebensqualität der gesamten Ostsee-Bevölkerung.

Viele Organisationen der Zivilgesellschaft lassen das komplexe Ostsee-Thema als regionales Thema außen vor wegen des gebremsten Dialoginteresses auf Seiten der Regierungen. Für die NROs bleiben genügend andere Fragen zur Regionalentwicklung innerhalb jedes einzelnen der drei Staaten. Einige sind dabei von ganz besonderer strategischer Bedeutung, im sicherheitspolitischen wie im entwicklungspolitischen Sinne – auch wenn sie sich hinter einer unspektakulären Überschrift verbergen, wie Ökotourismus.

Hätten wir uns dennoch mit diesem komplexen Themenfeld Ostsee beschäftigt, hätten wir alle unsere Energien und Mittel nur auf diesen Sektor konzentrieren müssen, um irgendwo irgendeine Wirkung zu erzielen. Also blieb die Ostsee als regionales Thema außen vor. Wir suchten stattdessen die regionale Zusammenarbeit mit Gemeinden und NROs in Regionen mit strategischer Bedeutung, solchen an der russischen oder an der weißrussischen Grenze oder auch andere, die in sich selbst sehr interessant sind.

Anker für Regionalentwicklung: Öko-Tourismus und mehr

Die estnische Region Peipsi-See

In Estland ist es der gewaltige Peipsi-See, der zwischen Russland und Estland geteilt ist und durch seine schiere Größe und seine kulturelle und entwicklungsgeschichtliche Vergangenheit beeindruckt und eine große Herausforderung für Estland darstellt wie auch eine große Chance zur Entspannung der Beziehungen mit Russland. Die Entspannungschancen hatten sich unmittelbar vor Ausbruch des Ukraine-Konflikts so verbessert, daß die Außenminister schon ein Grenz-Abkommen unterzeichnet hatten, darin kleine pragmatische Gebietsregulierungen am Peipsi-See vornahmen und alle sonstigen gegenseitigen Gebietsansprüche, die seit 1991 bestehen, damit auflösten. Die Ukraine-Krise hat die Ratifizierung des Vertrages durch beide Parlamente auf unbestimmt verschoben.....

Knapp die Hälfte des Sees liegt auf estnischem Gebiet. Insgesamt gehört er zu den fünf größten Seen Europas. Mit seinen knapp 3.600 Km² ist er zwar noch deutlich kleiner als Schwedens größter, der Vänern-See mit seinen 5.500 Km². Aber der Peipsi ist – wenn man Ober- und Untersee des Bodensees zusammen nimmt – 7- bis 8-mal so groß wie Deutschlands größter See. An den Stränden des Peipsi entlang zu wandern oder zu fahren, vorbei an den kleinen verstreuten Fischersiedlungen hinterlässt einen ähnlichen Eindruck, wie die breiten Sandstrände der Ostsee. Erst am Wasser selber merkt der Besucher, daß es sich um ein Binnengewässer, um Süßwasser handelt. Der Peipsi hat viele Zuläufe auf der russischen Seite, ist dadurch wasser- und fischreich, aber ziemlich flach mit 6-8 m Durchschnittstiefe und hat dann im Narva-Fluß den einzigen Ablauf in die Ostsee. Dabei bildet die Narva die Fortsetzung der Grenzlinie zwischen Estland/EU und Russland hinaus in den Finnischen Golf. Die geringe Seetiefe lässt den Peipsi entsprechend schnell in den langen Wintermonaten zufrieren. Er ist dann weit hinaus begehbar. In der kurzen Sommer-Saison erwärmt er sich allerdings ebenso schnell auch wieder und ist der ideale Badesee überhaupt mit langen flachen Sandstränden und Uferzonen auf der Südseite und den hohen Sanddünen auf der Nordseite.

*Der Peipsi-See ist immer
auch Meer*



Die zuvor schon erwähnten **Altgläubigen** (s.o., S.33f) haben einigen Dörfern am See einen gewissen russischen Charakter verliehen. Und wie in Russland auch bauen die Altgläubigen so intensiv ihre Zwiebeln und Knoblauch an, daß es am Peipsi eine „Zwiebelstraße“ gibt. Traditionell sind alle ökonomischen Aktivitäten in den Dörfern eng mit dem Fischfang verbunden. Erst in den letzten Jahren hat sich allmählich der nationale, aber auch internationaler

Tourismus langsam nach vorne geschoben. Einige Hotels, Pensionen, Restaurants, Campingplätze sind rund um den See entstanden, besonders an der Nordseite. Aber von einem Bodensee-Tourismus ist man hier noch Jahrzehnte entfernt.

Für den geschichtsbewussten Reisenden, besonders für einen Russen, ist das Wichtigste am Peipsi die große Schlacht auf dem zugefrorenen See 1242. Die deutschen Ordensritter mit ihren dänischen und estnischen Truppen waren auf dem Weg nach Nowgorod, das seinerseits den Mongolen zwar tributpflichtig, aber dadurch auch souverän geblieben war. Nach einigem Hin und Her war es zum Kampf am zugefrorenen Ostufer des Peipsi gekommen. Der erfahrene russische Heerführer Alexander Nevski schaffte den Sieg über die Kreuzritter. Danach wurde die Grenze zwischen dem deutschen Ordensreich und Russland quer durch den Peipsi und entlang der Narva zur Ostsee gezogen - und gilt noch heute. Zwei Festungen wurden am Narva-Fluß errichtet, auf deutsch-estnischer Seite die Hermannsfeste, auf russischer Seite die Festung Iwangorod.

Wenn der Besucher vom mächtigen Turm der Hermannsfeste über den Fluß hinüberschaut auf Iwangorod, kommt das Gefühl auf, daß hier eine Grenze für die Ewigkeit gebaut werden sollte. In russischen Geschichts- und Schulbüchern hat die **Peipsi-Winterschlacht den Stellenwert der Varus-Schlacht** an der Porta Westfalica.

Die Rolle des römischen Feldherrn hatte am Peipsi der deutsche Bischof von Dorpat gespielt.

Unter Stalin wurde die Peipsi-Schlacht gerne als Synonym für den Kampf gegen die deutsche Wehrmacht herangezogen. Noch prägender als die Frage der Landesherrschaft ist allerdings die Wirkung der Peipsi-Schlacht in Bezug auf den Herrschaftsbereich der katholischen und der orthodoxen christlichen Kirchen.



*Hermannsfeste an der Narva,
gesehen von der russischen Seite*



*Feste Iwangorod, gesehen von der
Hermannsfeste über die Narva*

Auch die Religionen zogen von da an ihre Grenzen am Peipsi und an der Narva. Und die großen orthodoxen Kathedralen tragen den Namen des zum Heiligen

auferstiegenen russischen Heerführers, Alexander Nevski (z.B. die in Tallinn, die in Konkurrenz zum evangelischen deutschen Dom neben diesen auf den höchsten Punkt der Stadt gesetzt wurde, den Domberg).

Die litauische Region der großen Seen

Stadtwappen von Zarasai, NO-Litauen

Das Stadtwappen von Zarasai, an der Nordostecke Litauens, an der Grenze zu Lettland und zu Weißrussland zeigt in seiner mythischen Kombination aus Rotwild, Fisch und Vogel den ganzen außerordentlichen natürlichen Reichtum der großen Seen-Platte im sog. Hoch-Litauen. Hoch bedeutet irgendetwas zwischen 200 und 300 m Meereshöhe. Ein Bayer oder Österreicher würde dieses Hochland gar nicht wahrnehmen. Das Schwert erinnert allerdings auch an



die vielen Kämpfe der Bewohner gegen die deutschen Ordensritter, die auf der lettischen Seite der Grenze, ihre Dünaburg als gewaltige Festung errichtet hatten und von dort immer wieder in das endlos erscheinende üppige Waldland Litauens vorstießen. Hier fasziniert Litauens Natur durch die gegenseitige Bedingung der **zahlreichen Flüsse und Seen**, der **unberührten Wälder** und **Sümpfe** sowie der **sanften Hügellandschaft** von Hoch-Litauen. Die Litauer zählen 800 Flüsse und 3.000 Seen und sind von diesem Teil des Landes ebenso fasziniert wie von ihrer Ostseeküste und den Badeorten zwischen Palanga, Klaipeda (Memel) und Nida auf der Kurischen Nehrung. Nicht nur im Nordosten, aber hier besonders finden einheimische und

immer mehr auch ausländische Besucher in den Naturschutzgebieten und National- sowie Regionalparks naturnahe Erholung und Entspannung und, wer will, auch genügend Abenteuer. In diesen Wäldern hoch im Nordosten kann man Rehe, Füchse, Marder und Wildschweine antreffen. Mit ein bisschen Glück und Umsicht lassen sich – ähnlich wie in den Naturparks im Osten Estlands und im Osten Lettlands - auch **Biber, Wölfe, Luchse, Elche, Störche** und viele **verschiedene Wasservögel** beobachten.

Wer aus dem Ruhrgebiet anreist, kann sich auch schon mal in einem Margaritenfeld verlieren, so wie unsere Mara



Wer die erforderliche Ausdauer mitbringt, kann mit seinem Kajak von der lettisch-weißrussischen Grenze quer durch Litauen über die zusammenhängenden Seen hinunter

in die Neris und weiter in die Nemunas (Memel) paddeln, um am Ostseestrand auszukommen.

Nur wer auch die ehemalige russische Forscherstadt Visaginas mit ihren AKW-Blöcken besucht, wird erfahren, daß durch den größten der Seen dieser Region, den **Drūkšiai**, nicht nur die Grenze nach Weißrussland verläuft, sondern daß er gleichzeitig das Kühlwasser für die **Atomreaktoren in Ignalina** lieferte und solange liefern wird bis die Brennelemente abklingen und irgendwann in einem Endlager endgelagert werden können.

Die Litauer sind die Südländer unter den Balten. Sie tun sich daher auch etwas leichter mit Touristen aus Westeuropa. Sie setzen mit einigem Recht auf den Naturtourismus der Seen-Region, wie ihn Mittelschichtler aus Deutschland, Holland, der Schweiz, aber auch die jüngeren Radwanderer lieben, die hier auf Entdecker-Tour gehen (fahren) können.

Die lettische Region an Russlands Grenze: Latgale

Am 10. Mai 2014 besuchte Staatspräsident Andris Bērziņš zum ersten Mal die östliche Provinz Latgale, die Provinz, die an Russland und an Weissrussland und an Estland grenzt. Nicht selten stauen sich hier am lettischen oder am estnischen Grenzübergang nach Russland hunderte 40 t-Lkw, weil Russland wieder irgendeinen Vorwand nutzt, um westeuropäische Importe zu boykottieren oder weil in den lettischen oder estnischen Medien ein unfreundlicher Kommentar über Putins Verständnis der Menschenrechte gefallen war.



Grenzübergang Riga – Pskov beim estnischen Luhamaa, Truck-Schlangen warten häufig und lange an einer baltisch-russischen Grenze auf ihre Abfertigung

Die Trucker sitzen nicht nur 2 oder 3 Tage in ihrer Kabine. Es entwickelt sich schnell der Road-Strich, es gibt Drogenhandel, es gibt Hygieneprobleme, es kommt zu Streit oder Delinquenz. Natürlich verdirbt auch manche Warenladung. Alles unabhängig von der wechselseitigen Sanktionspolitik wegen der Ukraine-Krise. Es gibt viele Begründungen. Und an den ehemaligen Sowjetrepubliken lässt der Herr im Kreml besonders gern seinen Ärger aus

Bei dem zuvor erwähnten, mehr als auffällig seltenem Präsidentenbesuch fiel dann Bērziņš' Satz: „Es ist ein Irrglaube anzunehmen, Latgale sei eine rückwärts gerichtete und unkalkulierbare Region. Ich stimme niemals mit solchen Aussagen überein, denn ich weiß, daß in Latgale starke Menschen leben, die schon immer in der Lage waren, Krisen und Mühen auszuhalten und vorwärts zu gehen.“¹⁴⁷ Man könnte eine solche Bemerkung des Staatspräsidenten zynisch nennen, weil sie es ist. Aber sie ist zugleich mehr als das und man kann sich fragen, ob Dummheit schlimmer ist als Zynismus. Denn es geht nicht um den Überlebenswillen der Latgaler. Es geht um die Ausbeutungsmechanismen, mit deren Hilfe Latgalen seines wichtigsten (beinahe einzigen) Rohstoffes beraubt wird – Holz -, ohne zu den Nutznießern zu gehören. Es geht darum, daß sich viele regionale Bewohner nicht gegen die Agenten der „freien Marktwirtschaft“ wehren können, obwohl „in Latgale starke Menschen leben“. Und als Folge dessen ist der „brain drain“, der Verlust an den Best-Qualifizierten der Region in Richtung Riga oder gleich ins Ausland besonders groß.

Latgales besondere Position innerhalb der lettischen Politik war für mich ziemlich bald erkennbar geworden als ich die Büros 2004 übernahm. Daher hieß sehr schnell einer unserer neuen Programmschwerpunkte „Regionalentwicklung Latgale“ – allerdings aus der gegensätzlichen Einschätzung als der von Präsident Bērziņš. Latgale ist erkennbar die arme Provinz in Lettland, verfügt aber prinzipiell über Entwicklungspotenziale, insbesondere seine Wälder und Seen. Diese Potenziale entfalten aus irgendwelchen Gründen keine Entwicklungsdynamik für die Region. Wieso?

*Latgale,
traditioneller 1-PS-Transport*



Einige Behörden in den beiden latgalischen Großstädten Rezekne und Daugavpils hatten schon vor dem EU-Beitritt Projektmittel aus dem EU-Entwicklungsfonds akquirieren können. Das zeigen verschiedene Projektaufkleber, die voller Stolz an Bürotüren der Behörden kleben.

Hier war also durchaus schon europäisches Geld geflossen. Aber wo war die Wirkung zu erkennen? Die regionale Entwicklungsbehörde, mancher Bürgermeistern aus den größeren latgalischen Städten (Daugavpils, Rezekne, Kraslava, Balvi u.a.m.), die Universitäten von Daugavpils und Rezekne - sie alle waren irgendwie in Fördermaßnahmen der EU involviert. Was hatten sie an Erfahrungen beizusteuern? Wie nutzten sie ihre Ressourcen und ihre fachliche Kompetenz?

147 The Baltic Course, 10.5.2014: *President: Latgale to become rapidly-growing EU region soon*

Diese Fragen bewegten mich eine ganze Weile. Dann brachte mich ein Zufallsgespräch mit der damaligen deutschen Landwirtschaftsministerin Renate Künast auf die Idee, ein Interreg-Projekt mit einer deutschen Region ähnlichen Zuschnitts wie Latgale anzubahnen. Bei einem Botschaftsempfang in Tallinn waren wir mit dem üblichen Glas Weiswein in der Hand ineinander gelaufen und da Frau Künast in dem Augenblick nicht ausweichen konnte, waren wir sehr schnell beim Thema regionale ländliche Entwicklung im Baltikum. Ich fasste meine Eindrücke zusammen und sie erzählte von mehr als einem Dutzend erfolgreicher INTERREG-Projekte, die ihr in Deutschland aufgefallen waren. Später in Riga recherchierte ich das ganze Thema im Internet und fand, daß in Sachsen-Anhalt eigentlich gute Kooperationsbedingungen gegeben sein mußten: denn auch in der ehem. DDR hatte es kollektivierte Landwirtschaft gegeben, die nach der Wende in die neue, die „marktwirtschaftliche“ Richtung gedreht wurde. Ähnlich wie in Latgale - nur mit mehr struktureller Unterstützung von Politik, Unternehmern, wissenschaftlicher Begleitung. Und das INTERREG-Programm der EU zielt darauf ab, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union und die transeuropäische Zusammenarbeit und Integration des europäischen Raums zu stärken. Damit war auch eine finanzielle Projektperspektive gegeben

Die Reaktion auf meine Anfrage in Salzwedel war außerordentlich positiv. In Sachsen-Anhalt würde man sich sehr über eine solche Zusammenarbeit etc. freuen. Nachdem die erste lettische Delegation über Salzwedel hinaus viele interessante Ansätze in der Altmark kennen gelernt hatte, war auch schnell eine Altmark-Delegation nach Riga und Latgalen

angereist. Sie mußten sich allerdings ziemlich abrupt an die latgalischen Winter gewöhnen und daran, daß die Landstraßen nicht gestreut sind und längst nicht jedes Auto Winterreifen kennt.



Latgale im Winter

Allerdings hatte der Anblick immer etwas von Urlaubsreise.....

Die Potenziale, die uns die Regionale Entwicklungsbehörde aus Rezekne zeigte, blieben überschaubar. Es sind die in ganz Lettland berühmten Töpfereien, die auch im Winter ihre Brennöfen für die Keramik- und die schwarzen Tonarbeiten nicht ausgehen lassen. Es sind erweiterte Familienbetriebe, die in kleinen Sägewerken Holzpaletten und anderen einfachen Zuschnitt fertigen. Und es gibt den einen

innovationswilligen Jungunternehmer, der die Abwärme von Heizkraftwerken für Gewächshäuser nutzen will, um die Produktion von Frühgemüse schon im Winter zu starten. Einer unserer ortskundigen Begleiter zu verschiedenen Weilern und Kleinindustrien in der Region Latgale war inzwischen Mark, mein Neffe, der gerade im FES-Büro Riga ein Praktikum absolvierte, von mir aber sehr schnell zur Verstärkung der Beziehungen FES-Regionalentwicklung Latgale in die dortige „Metropole“ Rezekne versetzt worden war. Über die Regionalbehörde hatten wir für Mark eine nette kleine Wohnung in Rezekne gefunden. Ich hatte Mark mit seinem Rucksack auf ein paar Umwegen dort hingefahren („Vertiefung der Landeskenntnisse“), auch um zu sehen, daß er in würdigen Verhältnissen untergebracht war. Denn sein job als „FES-Vertreter“ vor Ort war nicht gerade leicht, zumal ohne Russisch- oder Lettisch-Kenntnisse.



*Mark als FES-Außenstelle,
Ankunft am Wohnort Rezekne*

Bei solchen Delegationsbesuchen, wie den Altmärkern half Mark jetzt, das zu organisieren, was wir konkret sehen wollten: Akteure der latgalischen Regionalentwicklung:



*Besuch einer latgalischen
Marken-Töpferei*

und

*Besuch einer latgalischen
Holzverarbeitungsfabrik*



Die Hauptaufgabe für Mark lautete allerdings, die website der Regionalbehörde zu modernisieren. Und mit der Beziehung zur Altmark konnte er auch gleich die neue deutsch-latgallische Kooperation adäquat auf der website unterbringen und – da er als Schüler sein Austauschjahr in den USA sehr erfolgreich abgeleistet hatte – sollte er in Rezekne für die sachgerechten Übersetzungen ins Englische sorgen. Wir wollten also von Anfang an auch gebührend aufmerksam machen auf die deutsch-latgallische Zusammenarbeit, ein bißchen auch als Wink an die Zentralregierung in Riga.

Mark, die Altmark-Delegation, meine Büromannschaft aus Riga, ich selber – wir alle versammelten uns gerne zum Aufwärmen bei handgemahlenem Kaffee und dem Kälteschutz Wodka am interessantesten Ort von Rezekne, am unteren Ende der Stadt. Dort in einem alten kleinen Stadthaus war das *Café MAKŠALAS SALONS* eingerichtet. Aber mehr als nur irgendein gemütliches Café. Es war vor allem das Schaufenster der Region. Dieses kleine Kaffeehaus bot den besten Überblick über die handwerklichen und kunsthandwerklichen Produkte der Region. Für unsere deutschen Projektpartner boten sich dort nicht nur Souvenirs für die Freunde in Salzwedel – das kleine Kaffeehaus war der Katalog der Entwicklungspotenziale in Latgale und der Qualitätsnachweis ihrer Handwerker.

*Café
MAKŠALAS SALONS
wie eine Handwerks-
Messe für Rezekne,
2008*

Die Altmärker hatten wegen der winterlichen Strassenverhältnisse (einige behaupteten wegen meiner Fahrweise) gelegentlich Schweißtropfen auf der Stirn. Dabei sahen die altmärkischen Fachleute dem



Ausbau dieser deutsch-baltischen Kooperation optimistischer entgegen als ich selber. Wir weiteten die Überlegungen zur regionalen Zusammenarbeit sogar noch auf die estnische Region um Tartu aus. Von Tartu und von Rezekne machten sich gemischte Delegationen aus Bürgermeistern, Regionalentwicklern und –forschern in beide Richtungen mehrmals auf den Weg. Nach etwa einem Jahr latgalisch-altmärkischer Kontakte hatte die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark die erreichte Grundlage für mittel- oder langfristige Zusammenarbeit in den zentralen Punkten konkret zusammengefasst. Gerade der Grad an Konkretisierung klang nach einer ausbaufähigen Basis für die weitere Regionalentwicklung Latgales:

Erreichte Abstimmung über Kooperation Latgale-Altmark (Auszug)

Ergebnis 1:

Ministerium (Magdeburg) hat bereits Verbindung aufgenommen; es besteht Interesse am Landesplanungsgesetz von Sachsen-Anhalt, da für Lettland ein neues Gesetz erarbeitet werden soll, Strukturen und Erfahrungen in der Altmark sollen in die Erarbeitung mit einbezogen werden; weitere Kontakte sind beiderseits erwünscht

Ergebnis 2:

Aus Latgale ist Interesse daran signalisiert, Schulungen zum Thema „Regionalmanagement“ durchzuführen. Die grundlegende Struktur zur Förderung/Stärkung in diesem Bereich ist gegeben. Aufgrund der vorhandenen Situation wäre dies für ca. 10-15 Personen sinnvoll, die in den entsprechenden Gebieten ähnliche Aufgaben übernehmen könnten.

Ergebnis 3:

Die Handelskammer Rezekne bietet an, für deutsche Firmen Kontakte vor Ort zu vermitteln, insb. auch in die Nachbarregionen Weißrusslands und Russlands.

Ergebnis 4:

Mittlerweile konnten Kontakte mit der dortigen Hochschule aufgenommen werden. Die zuständige Leiterin der Auslandsamtes hat Interesse an einem Austausch von Studierenden gezeigt. Die Kontakte zur Hochschule Stendal-Magdeburg sind vermittelt worden.

Ergebnis 5:

Die Regionen Altmark und Latgale weisen ähnliche Strukturen auf. Der Entwicklungsstand befindet sich jedoch auf unterschiedlichem Niveau. Bei Interesse könnte versucht werden, gemeinsam ein Projekt zu entwickeln, welches sich mit Lösungsansätzen für gleiche bzw. ähnliche Probleme im Tourismus beschäftigt. Dieses könnte z.B. über Interreg-Projekte gefördert werden.

Ergebnis 6:

Das Treffen mit den Biobauern zeigte, dass ein großes Interesse an Information über die Vermarktungsstrukturen in Deutschland besteht. In Kürze wird eine regionale Konferenz zum Thema Bioproduktion stattfinden, an der auch eine Vertreterin des Landwirtschaftsministeriums aus Sachsen-Anhalt teilnehmen wird. Ein Vertreter des Bioeinzelhandels aus Salzwedel ist bereit, ebenfalls an diesem Treffen teil zu nehmen und in Lettland über verschiedene Vermarktungsformen in Deutschland zu berichten. Weiterhin besteht insbesondere Interesse daran, Bioprodukte, die in der Altmark nicht erhältlich sind, wie Beeren und Pilze, zu importieren.¹⁴⁸

Der im Bericht erkennbare Kooperationsstand zwischen Latgale und Altmark zeigte schon, daß wir genügend Ansatzpunkte gefunden hatten, um über unser Einstiegsthema „Bioproduktion“ hinaus zu gehen. Unser deutscher Partner war ja auch die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark. Die Schwerpunkte begannen, sich etwas zu erweitern. Es wurde deutlich, daß die einzelnen Arbeitslinien unseres FES-Programms nicht wirklich getrennt voneinander zu behandeln waren. Die Auseinandersetzungen mit einem dringend zu ändernden Lebensstil, wie wir es in der Genossenschaft Poppau in der Altmark gesehen und diskutiert hatten, waren ebenso wichtig, wie die Klärung der verbesserten Wertschöpfungskette in Latgale (vor allem beim Holz). Zwangsläufig gehörte auch die Qualitätssicherung der Ausbildung an den Schulen und Universitäten in der Region dazu (vor allem an der technischen Uni von Rezekne und der Universität von Daugavpils, an die ich auch schon mal zu einem Vortrag über nachhaltige Entwicklungspolitik eingeladen wurde). Und Innovationen

148 Peter Hustedt (Regionale Planungsgemeinschaft Altmark): *Besuch der deutschen Delegation in Lettland vom 16.03.- 20.03.2005*

beim Energiethema waren angesagt. Kurz: es ging immer mehr um den holistischen Blick auf die Region als um sektorale Regionalentwicklung.

Erst einige Wochen später, als ich Mark mal wieder in Rezekne besuchte, wurde auch hier die größte gesellschaftliche Krankheit Lettland deutlich: Korruption. Da hatte der frühere Bürgermeister seinen Neffen auf den Stuhl des Leiters der Regionalen Entwicklungs-Agentur geschoben. Dieser war damit mein oberster Projektpartner für Latgale. Also setzten wir uns zusammen. Aber ich hätte die Zeit wahrlich besser nutzen können. Ich hatte gehofft, seine Stellvertreterin, die mit uns in der Altmark gewesen war, wäre bei der Personalrochade nach oben gerutscht. Leider nein. Ihre Beziehungen hatten nicht ausgereicht. Wieder einer zu viel auf dem falschen Stuhl mit einem stattlich subventionierten EU-Gehalt. Es blieb dennoch nicht der letzte Delegations-Austausch, den wir zwischen Lettland und Estland einerseits und der Altmark in Sachsen-Anhalt andererseits organisierten. Wir wollten die Hoffnung nicht zu schnell aufgeben. Nur: Ende 2014 hatte ich wieder einen Beraterinsatz in Rezekne und es wirkte als habe der Wind alle Spuren dieser Altmärkisch-Latgalischen Zusammenarbeit verweht. In meinen Augen ein fulminanter Rückschritt. Nur ein paar Zeilen über das Warum dieser Enttäuschung:

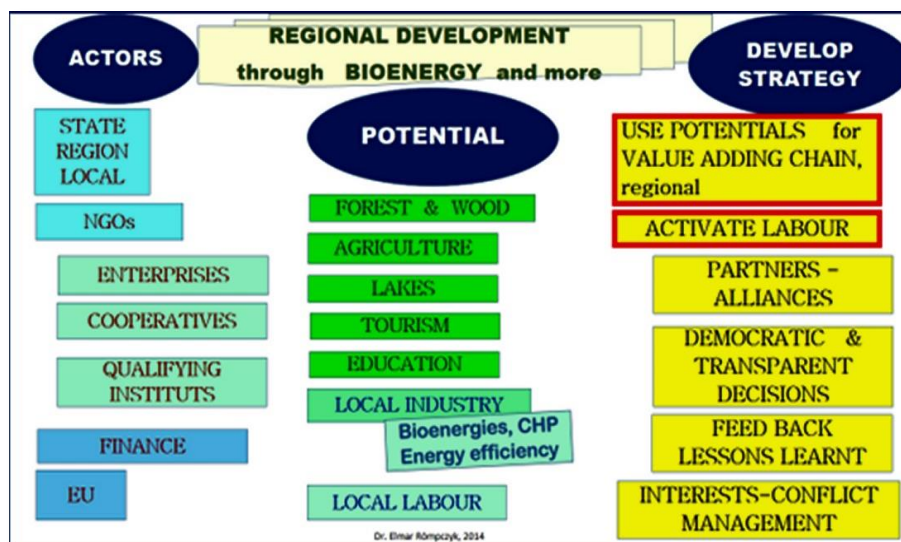
Im Mai 2014 war Latgale wegen der Ukraine-Krise zu einer äußerst exponierten Region an der russischen/weißrussischen Grenze geworden. Jetzt war ich nicht mehr der FES-Leiter in Riga, erhielt aber vom aktuellen FES-Büro die Einladung zu einem Vortrag mit dem Thema „Bioenergieregion Latgale“ (s.o., S.305ff).

Erneut versuchte also die FES, die Regionalentwicklung von Latgale zu unterstützen. 2014 war das Thema „Bioenergien“ in den Vordergrund der Entwicklungsdiskussion gerückt. Mein Akzent lag auf der energetischen Nutzung von Holz erst am Ende einer materiellen Wertschöpfungskette. Holz soll immer zunächst stofflich genutzt werden für moderne Energiesparhäuser; für Parkett; für Büromöbel etc.. Erst der Holzabfall soll als Pellets oder ähnlich in Kraft-Wärme-Anlagen optimal energetisch vor Ort verwertet werden. Die regionale Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, regionalen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und allgemein der Zivilgesellschaft stellten sich als deutlich konturloser heraus als in den früheren Jahren. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der „latgalischen Hauptstadt“ Rezekne schienen sich eher rückwärts entwickelt zu haben. Die vom Gesetz her wichtigste Autorität für latgalische Entwicklung, die Agentur für Regionalentwicklung, bietet ebenso wenig Anknüpfungspunkte wie die Technische Universität Rezekne, obwohl dort ein eigenes kleines Forschungsinstitut für Regionalentwicklung eingerichtet ist. Es fällt wirklich schwer, diesen zuvor zitierten substanzlosen Optimismus des Staatspräsidenten zu teilen, denn sie sind offenbar abhandengekommen *die starken Menschen in Latgale, die schon immer in der Lage waren, Krisen und Mühen auszuhalten und vorwärts zu gehen ...*

Mein Bericht an die FES-Riga nach dem erneuten Einsatz im Oktober 2014 enthielt entsprechend weniger begeisterte Aussagen als der Bericht der Altmark-Delegation von 2005 (s.o., S.306). Im Gegensatz zu den vielen konkreten Vorschlägen der Altmärker lautete jetzt mein zentraler: *Den Veranstaltern müssen erhebliche organisatorische Mängel zugesprochen werden: die Einladung wichtiger Akteure der Region war (aus welchen Gründen auch immer) absolut unbefriedigend; der workshop war nicht danach ausgelegt, den von der FES intendierten internationalen Erfahrungsaustausch zu leisten oder überhaupt leisten zu können.*

In der durchgeführten Form konnten die im Mai angedachten Ergebnisse nicht erreicht werden.

Ganz offenkundig ein deutlicher Rückschritt innerhalb von 10 Jahren! Äußerst bedenklich war in meinen Augen, daß der wichtigste latgali-sche Rohstoff – Holz – noch immer überwiegend als Rundholz exportiert wird. In den Häfen von Riga, Ventspils und ein paar kleineren schwimmen die Transportschiffe in einem Meer aus Baumstämmen. Offenbar ist der Begriff „Wertschöpfungskette“ weiterhin ein Fremdwort – so wie in jedem besseren Entwicklungsland. Diese Holzexporte gehen weiterhin vor allem in waldreiche Länder, wie Schweden, Finnland, Deutschland, auch England. D.h., dort schont man klug die eigenen Wälder und beläßt es dabei – wie Präsident Bērziņš sagt –, daß die Latgaler schon mit ihrer Situation alleine zurechtkommen. Noch mal gefragt: solche präsidialen Worte sind nur zynisch oder schon dumm – und damit gefährlich für das Land ?



Elemente einer regionalen Entwicklungsstrategie für Latgale (aus einem ER-Vortrag in Rezekne, Okt. 2014)

Dabei wollte ich gerade als deutsche Institution immer gerne am Entwicklungsprozess in Latgale beteiligt sein.

Kamen doch einst aus dieser Region wichtige Impulse für lettische Identität: In der Siedlung um die Ordensburg *Aluksne* (von den Ordensrittern einst als *Marienburg* gegründet) im Grenzgebiet Latgale-Russland-Estland wohnte der Bibelübersetzer Johann Ernst Glück, einer der deutschen Geistlichen, die im 17. Jh. die lettische Schriftsprache entwickelt und dann auch gleich auf die erste Bibelübersetzung ins Lettische angewandt haben (1689). Als die Russen gerade wieder einmal Aluksne erobert hatten, gerieten Glück und seine Ziehtochter und Magd Martha, deren schwedischer Mann soeben gefallen war, in russische Gefangenschaft. Glück kam nach Moskau, aber Martha blieb im russischen Lager, hatte letztlich enge Beziehungen zum Fürsten Menschikow, einem guten Freund des Zaren. Es dauerte dann immerhin ein paar Jahre bis aus der Geliebten des Zaren Peter und aus der Magd Martha die Zarin *Katharina Alexejewna I (Jekaterina Alekseowna)* wurde, die dem Zaren dann zwar 11 Kinder gebar, aber nie Lesen und Schreiben lernte.

Region mit großem kulturellem Fussabdruck: Selia

Latgale ist nur ein Ansatz, Regionalentwicklung in Lettland zu verstehen und ggfls. mit EU-Mitteln zu unterstützen. Mit anderen lettischen Akteuren kommen auch

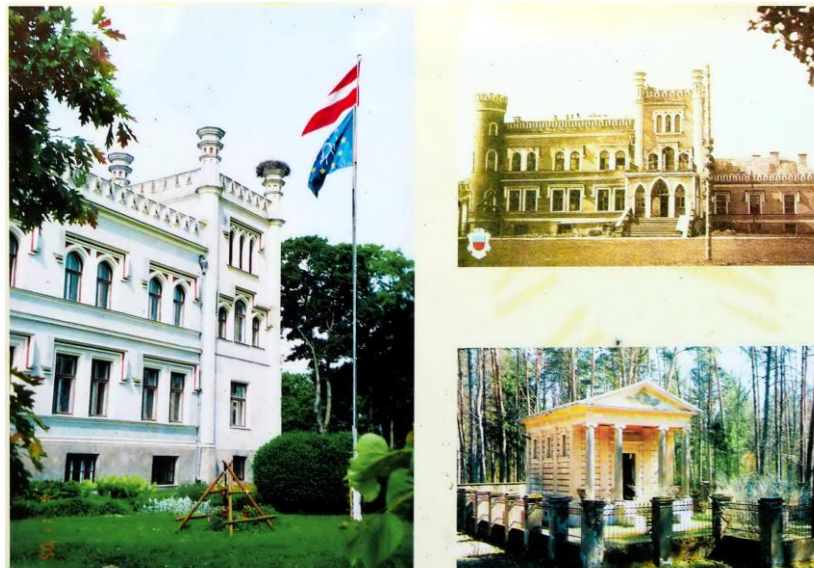
andere Gesichtspunkte ins Spiel und andere Regionen. Die *Akademische Geographen Gesellschaft* ist ein solcher Akteur, der sich auf 2- oder 3-tägigen Märschen in eher abgelegene Regionen begibt, um mit wissenschaftlicher Anleitung zu erkunden, welche Möglichkeiten der regionalen Entwicklung lassen sich fördern, etwa attraktiver Öko-Tourismus und attraktive Bio-Produktion von Nahrungsmitteln. Mehrere Exkursionen dieser Art hatten wir finanziell gefördert. Ich hatte immer auch meine Büromannschaft mitgenommen. Denn es waren auch für die Mitarbeiter Gegenden, in die sie selber bisher nicht vorgestoßen waren. Eine solche Exkursion führte in die südliche der vier lettischen Provinzen, nach Zemgale. Es liegt zwischen dem Hauptfluss Daugava und der litauischen Grenze, blieb aber immer etwas abseits der Hauptverkehrsadern. Wahrscheinlich ist das ein Grund, weshalb die baltischen Semgaller-Volksstämme den Christianisierungsversuchen des Deutschen Ordens am längsten widerstanden und erst 90 Jahre nach der Gründung Rigas unterworfen werden konnten. Der abgelegenste Teil Zemgales ist wiederum die Region Selia, wo einst die Selonen siedelten.

Die Region **Selia** ist vielleicht die fruchtbarste des ganzen Landes. Sie liegt sehr tief, zum Teil unter dem Meeresspiegel und ist von einem weit verzweigten Netz von Wasserwegen durchzogen. Die meisten dieser Gewässer münden im Fluss Lielupe (lettisch: Großes Wasser), der schon nach kurzem Lauf zwischen Riga und der Stadt Jurmala in die Ostsee mündet.

Für einen Deutschen gibt es allerdings noch eine ganze Menge anderer Überraschungen als nur die Naturschönheiten der Region. Auch in diesem hinteren Winkel hatten einst deutsche Großgrundbesitzer ihre Schlösser und Villen erbaut und waren durch das fruchtbare Land und besonders durch den Getreideanbau und die Schnapsbrennereien reich geworden. *Schloß Gārsene* ist dafür ein Beispiel.

Schloß Gārsene in Selia (LV)

Eine Art Hausmeister kann zur Geschichte des Hauses einiges erzählen. Danach stammt dieser neugotische Bau aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Zu der Zeit wurden alle deutschen Landbesitzer automatisch „Baron“ betitelt. So hießen auch die Besitzer dieses Schlosses Baron Budberg-Beninghausen. Dem lettischen Verwalter ist der kleine Unterschied zwischen niederem Adel und Großgrundbesitzer nicht wichtig. Er zieht ein altes Foto aus seiner Mappe, um mir zu zeigen, wie das Esszimmer ursprünglich aussah. Und voll Stolz erzählt er dann, daß das Schloß 1940 in eine Schule umgewandelt wurde, zu deren Einweihung sogar der Staatspräsident seine Aufwartung machte. Heute beherbergt das Gebäude immer noch eine Schule und eine Ausstellung zur Geschichte des Hauses und der Familie. Damit hatten wir für unsere Exkursion durchaus ein



interessantes highlight. Als ich das beim Weitermarsch unsere Ober-Geographin erzählte ging sie mit mir ein paar Schritte in Richtung offizieller Zufahrt und zeigte mir das Hinweisschild zum Schloß – sogar mit deutschem Text.

Ganz unbekannt war der Ort dann wohl doch nicht, auch wenn wir keine Besucher gesehen hatten und uns durch die Hintertür, auf Waldwegen dem Schloß genähert hatten.

Meine Gesprächspartnerin war jetzt Zaiga, die Vorsitzende der Geographen Gesellschaft. Neben Geographie war ihr zweites Standbein an der Lettischen Universität Geschichte der baltischen Völker. Sie konnte detailliert die Entwicklung Zemgales als Teil Kurlands mit seinen Wurzeln in der Wikingerzeit und dem starken skandinavischen Einfluß von der Ostseeküste bis hierher ins Hinterland von Selia skizzieren.

Als demnach die deutschen Kreuzritter im 12. Jahrhundert eindringen verschob sich einiges auch in Zemgale. Insbesondere versuchten die vielen kleinen kurischen und semgallischen Landherren eine Vereinigung gegen den gemeinsamen Feind – Deutscher bzw. Livländischer Orden bzw. Schwertbrüderorden – zu organisieren. Und irgendwann waren sie soweit und gewannen eine große Schlacht bei Šiauliai (heute der größte NATO-Standort im Baltikum). In dem Stadtnamen Šiauliai steckt übrigens das Wort „Sonne“ (saule). Zur Zeit der Kreuzritter wurde die ganze Region „Sonnenland“ genannt. Das Volk (wohl eher viele Stämme als ein Volk) der Semgallen hat durch diesen militärischen Erfolg in Sonnenland und generell durch seinen langen Widerstand gegen die deutschen Ritter und die deutschen Barone seinen bis heute anhaltenden besonderen Ruf erlangt. Es sind ihre Nachfahren, die heute als litauische Bürger wieder am deutlichsten gegen Fracking im eigenen Land protestieren (s.o., S. 319).

Wie in der Nachbarprovinz Latgale auch, beeindruckt die ungeheuer wechselvolle Geschichte Zemgales – über Jahrhunderte hin und her gerissen zwischen Deutschen, Polen, Russen, wobei der deutsche Landadel so etwas wie eine Konstante blieb, auch vom russischen Zaren unbelästigt, weil diese konservative deutsche Oberschicht immer die politische Stabilität in den baltischen Provinzen sicherte. Daher auch kein Wunder, daß die Leibeigenschaft in ganz Kurland und dem Küstenstreifen Livland zumindest formal erst ab 1818 aufgehoben wurde. Die ethnische Vielfalt (oder Zerrissenheit, jenachdem) solcher Regionen, wie Latgale oder Zemgale war daher nur identitätsstiftend solange es den gemeinsamen äußeren Feind gab, die deutsch-baltische Herrenschaft. Schlösser, wie das von Gārsene wurden dann aber im Laufe der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts immer öfter zurück gelassen als die baltendeutschen Besitzer vor der wachsenden Nationalbewegung in Lettland und Estland nach Deutschland flohen (auch ein Thema im Film „Poll“, s.o., S.32). Zu der Zeit stand allerdings die Hauptstadt Zemgales, Jelgava (deutsch: Mitau), noch bis zum Ersten Weltkrieg in voller Blüte als wichtigstes Handelszentrum zwischen Riga und Litauen. Wie wichtig Mitau tatsächlich war, zeigte uns das herzoglich-kurländische Schloß, das heute längst als Lettlands Agrar-universität dient (mit der Geschäftsstelle des Bio-bauern-Verbandes, unserer anderen Freunde).

Die Spurensuche der Akademischen Geographen in Selia ging munter weiter. Eine Mikroregion um einen See oder Waldstücke mit sehr alten und sehr endemischen Bäumen führte schnell und zwangsläufig in lebendige Diskussionen dieser Gruppe. Dann lagen die Holzhäuser des Dorfes *Nereta* vor uns. Hier war kurz nach dem

deutsch-französischen Krieg 1877 einer der bekanntesten lettischen Dichter, Jānis Jaunsudrabiņš als Sohn eines einfachen Landarbeiters geboren worden.

Und nicht weit davon lässt sich noch heute das spätere Wohnhaus des Dichters und Lyrikers besuchen, das seinen Großeltern gehört hatte, die es "Riekstiņi" (Lettisch: Nüsslein) nannten. Eine ältere Dame, Cousine des Dichters erzählt, wie die ganze Familie nach Vaters Tod auf das kleine Gehöft *Riekstiņi* zog; wie der noch junge Sohn selten zur Schule gehen konnte, denn er musste sich in erster Linie um das Vieh kümmern; wie er erst als junger Mann in die große Stadt Riga fahren konnte; wie er zwar in der Landwirtschaftsschule aufgenommen wurde, dann aber bald auf eine Kunstschule wechselte. Von dort war es – dank eines Mäzens - ein Riesensprung nach Berlin.



*Mit den Geographen unterwegs
in Selia*

*vor Riekstiņi, Jaunsudrabiņš'
ehem. Wohnhaus;
heute Museum;
zugleich original erhaltener
Hof aus dem 19. Jh.*

Er wurde Schüler von Lovis Corinth (die Cousine sagte: Meisterschüler).

Jaunsudrabiņš kam allerdings zurück nach Lettland und nach Selia und zog wieder ein im *Riekstiņi*. Und das „Nüsslein“ entwickelte er dann zu seinem inspira-

tiven Zentrum für seine Erzählungen, für sein Hauptwerk, „Das Weiße Buch“ und für seine Malerei. Ich hatte trotz Übersetzungshilfe nicht alles mitbekommen, was die Cousine erzählte. Aber unter meinen Geographen gab es auch in lettischer Literatur Bewanderte. Sie faßten am Abend noch einmal alles zusammen und hatten ein paar zusätzliche Anmerkungen zur Deutschland-Beziehung des malenden Dichters.





Riekstiņi,
Jaunsudrabiņš'
Werkstatt

Als ich jetzt den Letten zuhörte hatte ich den Eindruck, wenn sie über Jānis Jaunsudrabiņš reden, dann schwingt da durchaus etwas von der Suche nach der eigenen Identität mit:

Jānis Jaunsudrabiņš oder die Suche nach der eigenen Identität

Bei seiner schwachen Konstitution war der Junge nicht gut für die Landarbeit geeignet. Er war vielmehr bildungshungrig. Aber für den Schulbesuch musste Schulgeld aufgebracht werden. Das verdiente er zunächst als Schweinehirt. In der Volksschule lernte er freiwillig Deutsch und Rechnen, um auf der deutschsprachigen Landwirtschaftsschule angenommen zu werden. Er schaffte die Landwirtschaftsschule und nahm Stellen als Gutsverwalter in Kurland an. Dabei entdeckte er zunächst sein Maltalent. Dies erforderte weiteren Unterricht. Bald besucht er eine Zeichenschule in Riga. Dort empfiehlt man ihn dem Impressionisten Lovis Corinth in Berlin. Jaunsudrabiņš etablierte sich als Maler, stellt seine Bilder in Berlin aus. Geht aber 1909 zurück nach Lettland. Erst jetzt entdeckt er sein Talent als Schriftsteller und ist bereit, ganz von vorn zu beginnen. Der Weltkrieg lässt ihn näher an die Kommunisten heranrücken; er wird Mitglied im sowjetlettischen Schriftstellerverband. Und er wird mit seinen Büchern einer der populären Autoren der Nachkriegszeit; wird durch den Erfolg wohlhabend. Über den eher problematischen Charakter und sein Macho-Verhalten gegenüber seinen 4 Ehefrauen hört man in Lettland eher weniger.

Die Sowjetisierung der Stalinzeit lässt ihn auch öffentlich auf Distanz gehen. Er muss fliehen und flieht noch vor Kriegsende (1944) zurück nach Deutschland. Obwohl er gut Deutsch sprach suchte Jaunsudrabiņš keinen Kontakt zu seinem deutschen Umfeld. In der Bundesrepublik wird auch kein einziges Buch zu seinen Lebzeiten ins Deutsche übersetzt. Jaunsudrabiņš trug selbst wenig dazu bei, sich an ein deutsches Publikum zu wenden.

In einer Literaturkritik aus dem Jahre 1955 heißt es: *„Seine Werke seien an Letten adressiert und für diese am besten nachzuvollziehen, deswegen freue er sich vielmehr darüber, wenn man seine Werke in Sowjetlettland (die Sowjetische Republik Lettland) herausgebe, als wenn man diese in übersetzter Form im Ausland präsentiere.“*

Die Parallelen, die lettische Intellektuelle gelegentlich bei sich und bei Jaunsudrabiņš zu erkennen meinen, bestehen danach in der permanenten Suche nach dieser Identität

und ein bisschen im Monadentum derer, die sich nur Ihregleichen gegenüber (ein wenig) öffnen wollen oder können. Die heutigen Letten (oder Esten) halten sich an den kulturellen Elementen ihrer kurzen eigenen Geschichte im 19. Jahrhundert fest: *Dainas, Lāčplēsis, Kalevipoeg, Religionsvielfalt*. Eine zukunfts-gestaltende Identität, etwa durch gemeinsame Sicherung ihres sehr ähnlichen und sehr eigenen baltischen Lebensraumes bleibt wohl die große Herausforderung an die nächste Generation. Die Cousine öffnete uns ein kleines Seitengebäude, genauso alt, wie das Haupthaus. Es sei die Werkstatt des Künstlers gewesen. Ich denke, bei geöffneter Tür hätte er darin vielleicht noch sein Hauptwerk „Das Weiße Buch“ schreiben können, aber bei dem Licht malen? - ganz bestimmt nicht. Aber vielleicht hatte das lettische Wort *Darbnīca* auch noch eine umfassendere Bedeutung als nur „Werkstatt“. Es wirkte eher wie die Ausstellung lokaler Handwerkskunst. Handwerkskunst war wiederum ein weiterer Punkt auf unserer Liste eines regionalen Profils für Selia.

Später in Riga erfuhr ich von einem guten Kenner der baltendeutschen Literatur, daß Jaunsudrabiņš bei Kriegsende in Miriams Geburtsstadt Bielefeld geflüchtet war und etwas später endgültig im Sauerland an der Möhnetalsperre seine zweite Heimat gefunden hatte. Dort am Möhnesee hatten er und seine Frau die *Mondschein-Villa* als Treffpunkt lettischer Landsleute und westfälischer Künstler und Schriftsteller eingerichtet.

Ob das irgendjemand am Möhnesee noch weiß, daß es dort einen Mitbürger gab, der in den 1920er Jahren der meist gelesene Erzähler in Lettland war? Ihm ging es um das feine, aber einfache Nachzeichnen der Lebensbedingungen der kleinen Leute, immer als Grenzgänger zwischen Malerei und Erzählkunst.... Und dieses künstlerische Grenzgängertum hatten wir ja schon im litauischen Kaunas bei Malerei und Musik des Mikalojus Konstantinas *Čiurlionis* gefunden.

Exkursionen setzen Assoziationen frei

Zu den Besonderheiten solcher langen Wanderungen gehören für mich die immer neuen Assoziationen, die sich hinter jeder Wegbiegung ergeben und die Gedanken, zu denen die bizarren Bäume und Minilandschaften verleiten, denen man ohne auf Straßenverkehr zu achten, nachgehen kann; z.B. wie schnell sich in so einem kleinen baltischen Land herumspricht, welche Schwerpunkte eine ausländische Institution sich gesetzt hat und wo sich eine Beziehung knüpfen ließ. Das war sehr schnell der gute Kaffee, den Maiga, unsere Bürohilfe, kochte und jedem Besucher servierte. Das war auch bei den exkursionsfreudigen Geografen nicht anders gewesen. Herumgesprochen hatte sich allerdings auch bald, daß man nicht nur über die Höhe finanzieller Unterstützung mit der FES verhandeln konnte, sondern daß zu allererst die Projektidee klar sein mußte. Denn die Diskussionen führte ich nie ohne eine flip-chart Tafel. Alle Planungsschritte werden dort festgehalten und bleiben dort stehen. Es gibt kein „sich verheören“. Denn bei der nächsten Besprechung hängt dasselbe Blatt wieder an der Tafel und kann nur noch verbessert, präzisiert, mit Datum und Verantwortlichkeiten angereichert werden. Das ist zweifellos ein arbeitsintensives Verfahren. Deswegen war ich auch sehr froh, daß meine wichtigste Mitarbeiterin – Dace – nicht um 17.30 Uhr den Griffel fallen ließ, sondern abends meistens genauso wenig auf die Uhr schaute, wie ich selber. Und sie investierte häufig auch ein

Wochenende, um mit mir zu einer Konferenz in einer anderen Stadt oder sogar in ein anderes Land zu fahren und später das Gehörte oder Gesehene auf der Rückfahrt zu diskutieren. Dace ist Riga-Geborene und eine ausgezeichnete Lehrerin, um näher an die lettische Seele heran zu kommen, um Letten besser zu verstehen. Sie lud mich zu ihren Verwandten und Freunden ein, mit denen ich als Ausländer sonst nie in Berührung gekommen wäre. Und sie wußte, in welchem Landesteil das beste Brot gebacken und der beste Honig geschleudert wurde oder an welcher Quelle das beste Trinkwasser selber geschöpft werden konnte. In dem Sinne waren die vielen Touren mit Dace immer auch ein bißchen Erweiterung der Landeskenntnis und zugleich ein bißchen Einkaufstour.



Dace schöpft – wie andere Letten auch – ihr privates Trinkwasser an einer ihr bekannten Quelle

Eine ähnliche Rolle übernahmen mit abgestuftem Zeitaufwand auch Ülle, die Büroleiterin in Tallinn und Jolanta, die Büroleiterin in Vilnius. Nachdem wir gleich zu Anfang für Jolanta erst einmal ein ordentliches Büro in Vilnius gesucht hatten, bei dem sie nicht mehr über schummrige Hinterhöfe stiefeln mußte und durch Flure, die im Winter nur eine mickrige Notbeleuchtung kannten – als das geschafft war, war Jolanta entspannt genug, mir ihr Land allmählich näher zu bringen. Noch mehr Exkursions-Dienstreisen gab es mit Ülle: zu der großen Insel *Saaremaa* (deutsch: Ösel) mit der gewaltigen Ordensburanlage oder auf die walddreiche Insel *Hiiumaa* ebenso wie zum Peipsi-See, den Estland sich mit Russland teilt. Auch der Südosten war vor uns nicht sicher, weil sich im Skigebiet von *Otepää* gut Seminare organisieren ließen und eine Exkursion zum *Großen Eierberg* (estnisch: Suur Munamägi) dann keinen besonderen Aufwand bedeutete. Esten sind stolz auf ihre höchste Erhebung mit ungefähr 317 Metern über Null - wenn man noch ein bißchen von unten drückt. Ich habe Ülle nie im Detail von den schneebedeckten Sechstausendern in Kolumbien oder von den 5.000 m hohen Paßstraßen in Peru erzählt. Denn sie ist wirklich nett und der estnische Eierberg ist nun mal das Höchste im Lande. Den zusätzlichen organisatorischen Aufwand der KollegInnen, die mein Arbeitsstil mit sich brachte, versuchte ich bei den 2 oder 3 Gelegenheit pro Jahr an das Gesamtteam aller drei Büros zurückzugeben,

indem wir unsere gemeinsamen jährlichen Planungstreffen oder gemeinsame Fortbildungsseminare jeweils an einen anderen Ort in eines der drei Länder legten, so daß auch die baltischen KollegInnen mit der Zeit Orte und Regionen aus den Nachbarländern kennenlernten, in die sie sonst wohl nicht gereist wären.

*FES-Mannschaft mit
Praktikanten
nach Besteigung von Estlands
Eierberg*



Und ihre jeweiligen Praktikanten waren dann auch dabei. Nur in Estland ergab sich gelegentlich die Besonderheit, daß Ülles Mann Arvo auch sehr gerne mitfuhr, wenn wir nicht nur zu einer offiziellen Veranstaltung unterwegs waren. Er

behauptete jedes Mal, er freue sich auf unsere breit angelegten Gespräche und Diskussionen unterwegs und vor Ort beim Dämmershoppen.

Dabei spricht er selber - echter Este - eigentlich eher weniger, platziert aber immer wieder Kommentare und Fragen, besonders über Lateinamerika.

*Kurzer Kneipen-Stop im
Lahemaa-Nationalpark mit
Ülle und Arvo*



So wie unser Wanderweg durch

Selia ständig neue Szenen produzierte, so sprangen die Assoziationen auch in meinem Kopf von der letzten Wanderung mit Ülle und Arvo durch den Lahemaa-Nationalpark an der estnischen Küste zu den Schneehügeln von Otepää und schon war die Assoziation an Kurland und die verschneiten Küsten im Winter da. Kurland bietet einem offenäugigen Besucher eigentlich sehr viel: ausgedehnte Kornfelder und seit der Bio-Diesel-Debatte ebenso ausgedehnte Rapsfelder; Großfamilien von Störchen auf Feldern und Telegrafmasten und den Höfen; Wälder wie in Selia, die wir gerade sehr entspannt durchstreiften und sogar das Phänomen eines zugefrorenen Meeres,

bei dem im Winter nicht mehr ersichtlich ist, wo die Düne aufhört und wo das Wasser beginnen müsste, wie beim *Slitere Nationalpark, der einfach ins Meer übergeht*

Mit diesen gedanklichen Abschweifungen waren wir jetzt allerdings ans Ende unserer langen Selia-Wanderung gelangt. Wir (vor allem ich selber) hatten einen „vergessenen“ Teil Lettlands mit vielen spannenden Einzelheiten entdeckt. Auf jeden Fall bestens geeignet für die Mischung aus ökologischem-historischem-künst-lerischem Tourismus, den die Menschen suchen, die nicht zum „Abhaken“ in eine neue Region reisen, sondern um sich ihr zu nähern und um sie zu verstehen. Darin waren wir uns einig als der Summenstrich von den Wissenschaftlern, uns von der FES und mitgewanderten Familienangehörigen gezogen wurde:

*Bilanzierung der Selia-Exkursion
durch Akademische Geographen
Gesellschaft und FES*



Regionale Kooperation zwischen baltischen Staaten – mehr aktives Engagement für eine zukunftsfähige Ostseeregion

Was ich bisher beschrieben habe, ist überwiegend mit jeweils nationalen Partnern in jeweils einem der 3 Länder geplant, organisiert und durchgeführt worden. Die wichtigste Erfahrung, die wir als FES dabei machen mußten, ist die äußerst klein geschriebene Bereitschaft in jedem der 3 Staaten, mit den beiden anderen oder weiteren Staaten zusammenzuarbeiten, um ein alle betreffendes Problem soweit irgend möglich gemeinsam zu lösen. Noch vor meiner allerersten „Schnupper-Tour“ ins Baltikum (2003) hatte ich angenommen, das Wort „Solidarität“ hätte gerade hier noch seinen alten Sinn behalten. So etwas wie solidarische Ökonomie könnte in den

baltischen Gesellschaften noch eine geistige Basis besitzen, also eine Antenne für demokratische wirtschaftliche Beziehungen. Zusammenarbeit anstelle von reinem Konkurrenzdenken. Dem Menschen einen höheren Wert geben als dem Profit, der lokalen Identität und Erfahrung Respekt entgegen bringen, soziale Gerechtigkeit angemessen verteidigen, die natürlichen Lebensbedingungen schützen. *Sozialromantik* würde das ein Neoliberaler ganz cool nennen. Was ich dann fand und erfuhr war tatsächlich etwas anderes. Jede der nationalen politischen Führungen wartete jeweils auf „Brüssel“. Von dort sollte die Hilfe kommen, sollte die Finanzierung kommen, die immer als alleine Lösung angesehen wurde. Einerseits steckt darin noch immer der politische Paternalismus aus sowjetischen Zeiten. Andererseits zeigt dieser Hang zum Paternalismus, daß die EU-Kommission mit ihren diversen „Erweiterungsprogrammen“ (*Enlargement*) mehr als fahrlässig umgegangen ist. Die Kandidaten-Länder für die EU-Erweiterung waren nie mit ausreichend viel Zeit ausgestattet, um erstens die Bevölkerung in einen Willensbildungsprozeß einzubeziehen, der im positiven Fall irgendwann eine klare Zustimmung zum EU-Beitritt hätte bringen können. Stattdessen wurde ein eher willkürliches Datum für den EU-Beitritt vorgegeben, sobald „in Brüssel“ beschlossen wurde, daß die Mindestkriterien vom Kandidatenland erfüllt seien.¹⁴⁹ Vor allem aber wurden – zweitens – 2004 gleich **10 neue Mitgliedsstaaten auf einmal** in die bestehende Union der 15 aufgenommen! Unter dem Gesichtspunkt des politischen Management war dieser heroische Integrationsakt einfach nur Schwachsinn. Nicht in ihren Details, aber grundsätzlich war für jeden normal denken gesellschaftspolitisch sensibilisierten Beobachter klar, daß eine solche radikale und bürokratische Integration eine riesige Fülle unterschiedlichster Probleme aufwerfen mußte.

Offen ist bei den baltischen Staaten, wie stark die Verantwortlichkeit für die völlige Umkehr von der „Singender Revolution“ auf dem „Baltischen Weg“ (1989) zum nationalen Egoismus als Staatsräson (2014) diesem EU-Integrationsprozeß zuzuschreiben ist – oder wie stark die „Singende Revolution“ lediglich ein konjunkturelles Phänomen war. Am einfachsten läßt sich darauf wieder anhand der Energiepolitik eine Antwort versuchen:

LNG – Beispiel nur vorgeblicher Zusammenarbeit bei einer essentiellen regionalen Herausforderung

Die schon mehrfach betonte Kritik an der politischen Kultur in den baltischen Staaten wurde auch Mitte 2013 – zehn Jahre nach dem EU-Beitritt – noch einmal sehr prononciert vom Jacques Delors Institute festgeschrieben:

149 Um die EU-Mitglied formal zu erringen, musste ein Staat drei Bedingungen erfüllen:

- Politisches Kriterium: institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten
- Wirtschaftliches Kriterium: funktionsfähige Marktwirtschaft und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten
- Acquis-Kriterium: Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen (Übernahme des „Acquis communautaire“, d. h. des gemeinschaftlichen Besitzstands)

„To-date the success of Baltic cooperation has been limited as the three states often compete with one another for the EU funding and locations of energy integration and diversification projects. Likewise, as interconnection projects such as LitPol Link have demonstrated, cooperation with neighbouring states is fruitless if there is no promise of EU funding and support.“¹⁵⁰

Wenn das also so ist, dann darf sich auch eine lettische Regierung nicht wundern, wenn ein Teil der Bürger der russischen Propaganda erliegt und mit Spannung auf den Ausgang der Ukraine-Krise schaut und ein bisschen auch auf die Eurasische Union, die als Wirtschaftsbündnis zwischen Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgistan am 1.1.2015 ihren Testlauf begann. Bei all dem geht es noch immer um eine der zentralen Herausforderungen der gesamtbaltischen Zukunftsgestaltung, es geht um die Loslösung aus der russischen Energie-Abhängigkeit. 2014 wurde das Jahr, in dem sich tatsächlich eine Wende abzeichnete. Die Versorgung mit skandinavischem Flüssiggas (LNG) anstelle der bisher alleinigen russischen Gas-Versorgung nahm konkrete Gestalt an. Westeuropa baut seit Jahren die LNG-Terminals systematisch aus. Am wenigsten hatten sich bis 2014 die baltischen Staaten konstruktiv mit dem Thema beschäftigt. Sie müssen in den drei Ländern die notwendige Infrastruktur für das Anlanden der LNG-Tankschiffe organisieren und die Umwandlung des Flüssiggas in Gas (Wiederverdampfung).

Wie seinerzeit beim Stromkabel zwischen Schweden-Litauen oder Schweden-Lettland gab es eine ähnliche Argumentation, in welchem baltischen Hafen ein LNG-Terminal gebaut werden sollte. Der seinerzeitige lettische Ministerpräsidenten Dombrovskis (inzwischen EU-Kommissar) wollte dem Bau eines solchen Hafens nur auf lettischem Gebiet zustimmen. Damit zeigte er den gleichen pathologischen Nationalismus, wie seinerzeit Staatspräsident Zatlars (s.o., S. 333). Die Litauer und Esten zogen sich dadurch aus der Affäre, daß sie einem lettischen Standort dann zustimmen würden, wenn die EU dort den objektiv besten Standort bescheinigte. Nur: Estland läßt sich durch solche Eskapaden nicht sonderlich beeindrucken. Im Februar 2014 waren die Verhandlungen mit Finnlands Regierung abgeschlossen, im früheren U-Boot-Hafen Paldiski einen LNG-Hafen zu bauen sowie das Gegenstück in Finnland; dazu eine Gaspipeline zwischen beiden Häfen. Wahrscheinlich werden auf beiden Seiten sogar mehrere kleinere LNG-Häfen ausgebaut. Die EU wird 40% der Kosten tragen.¹⁵¹ Litauen richtete ebenfalls einen kleinen LNG-Hafen in Klaipeda an der Memel-Mündung ein. Ende Oktober 2014 ging dort der erste LNG-Tanker („The Independence“) vor Anker. Er lieferte die ersten 170.000 m³ Flüssiggas. Mit Staatspräsidentin Grybauskaitė voran wurde das Schiff in einem großen Staatsakt willkommen geheißen. Die Independence war das sichtbare Symbol für den dahinter stehenden Vertrag zwischen Litauen und dem staatlichen norwegischen Energieriesen *Statoil*. Dieser Vertrag beinhaltet die Lieferung von 540 Mio. m³ Gas pro Jahr zur Wärme- und Stromgewinnung. Litauens Energieminister unterstrich gleichzeitig den

150 The Baltic States in the EU: Yesterday, Today and Tomorrow. PART 3 ENERGY POLICY: THE ACHILLES HEEL OF THE BALTIC STATES (by Dr. Agnia Grigas), Jacques Delors Institute, July 2013, p.84

151 Brüssel hatte zwar noch ein paar Anmerkungen zum vorgelegten Projekt, aber keine grundlegenden Einwände, so daß noch in 2014 mit grünem Licht von allen Beteiligten zu rechnen ist

sofort eingetretenen positiven Effekt für die litauischen Konsumenten: denn Gazprom hatte seine Gaspreise um etwa 20% gesenkt.



Independence, Klaipėda (LT)

Damit haben Litauen und Estland aktiv auf ihren Ausschluß beim Nord-Stream-Projekt reagiert. Derweil scheint die politische Führung in Lettland noch deutlicher als gedacht von russischen

Lobbyisten beeinflusst bzw. wirken diese Politiker so, als scheuten sie sich, einen Blick auf die Pipeline-Karte zu werfen, die die realen Abhängigkeitsverhältnisse auch 2014 eindeutig abbildet. Und sie scheinen auch die Willkürakte der russischen Energielieferanten (Gazprom und Itera) zu verdrängen, die in zurückliegenden Jahren nie zimperlich waren, wenn sie ihre Geschäfte durchsetzen wollten.

Gas-Versorgungsleitungen der baltischen Staaten aus Russland und Weissrussland



Noch vor dem baltischen EU-Beitritt hatte Russlands Regierung viel Druck ausgeübt, um (mit Blick auf den in Aussicht stehenden westeuropäischen Markt) die Kapitalmehrheit im lettischen Öl-Konzern *Ventspils Nafta* zu erringen. Russland konnte sich nicht durchsetzen und sperrte daraufhin einfach mal die Ölzufuhr (2003 bzw. 2006). Lettlands Politik träumt seither davon, daß der große Gasspeicher *Incūkalns* (östlich von Riga) mit seiner Kapazität von rd. 4,4 Mrd. m³, wenn er denn immer gut aufgefüllt wird, das Land (und sogar die beiden Nachbarn) gegen russische energiepolitische Erpressung schützen werde.

Auch diese Überlegungen hatten wir in unseren Energie-Dialogen ernst genommen; sie fand allerdings bei den Experten kein besonderes Gehör. Gehör und Emotionen fanden sich dagegen bei der Debatte über die einzige Öl-Raffinerie im Baltikum, *Mažeikių Nafta*, die inzwischen mit ihren 3.000 Mitarbeitern dem staatlichen polnischen Öl-Konzern ORLEN gehört und im Norden von Litauen produziert. Denn *Mažeikių Nafta* ist wohl das eklatanteste Beispiel für energiepolitische Erpressungsversuche des russischen Staates gegen die baltischen EU-Mitglieder. *Mažeikių* ist ein Beleg dafür,

wieweit Russlands Regierung geht, wenn sie versucht, ihre Aussenwirtschaftspolitik durchzusetzen:

litauischen Öl-Raffinerie Mažeikių Nafta

Litauens Regierung teil-privatisierte Mažeikių Nafta 1999, suchte dafür bewusst einen nicht-russischen Interessenten und fand ihn in der US-Gruppe Williams. Williams hatte sehr bald danach wirtschaftliche Probleme (!) und verkaufte seinen Anteil weiter an die russische Yukos. Kurz darauf bekam Yukos die bekannten politischen Probleme mit Präsident Putin (Verhaftung des Yukos-Chefs Chodorkowski) und musste u.a. Mažeikių Nafta veräußern. Litauens Regierung fürchtete, der russische Staatskonzern Rosneft würde Mažeikių Nafta übernehmen und arrangierte den Verkauf an die polnische ORLEN. Russland fühlte sich verletzt und es gab zunächst einen „Unfall“ an der Zuliefer-Pipeline für Mažeikių Nafta, der Druschba. Mažeikių Nafta war dadurch gezwungen, Öl zu höheren Preisen über die russische Eisenbahn und über russische Tankschiffe zu importieren. Druschba arbeitete irgendwann in 2006 zwar wieder, aber dann brach sehr plötzlich ein Feuer in Mažeikių aus und zerstörte die Hälfte der Anlagen. Solche „Zufälle“ stärken nirgendwo im Baltikum das Vertrauen in das Russland-Geschäft – schon gar nicht im hochpolitischen Energiesektor

In allen unseren energiepolitischen Dialogen hatte Russlands Haltung und die konkreten Aktionen von Gazprom immer auch eine Rolle gespielt, weil es bis heute um Russlands differenzierte Drohhaltung geht. So wundert mich nicht, daß auch 2013 immer noch dieselben Kritiken von Wissenschaftlern formuliert werden, wie bei unseren Veranstaltungen zwischen 2006 und 2008:

*The most powerful interests groups in the Baltics, particularly in Latvia and Lithuania, are in the business of energy imports from Russia and in energy transit. These include national gas companies such as **Eesti Gaas**, **Latvijas Gāze**, and **Lietuvos Dujos** as well as Russian gas distribution company **Itera** that has daughter companies operating in Latvia and Estonia, as well as local gas distributors such as **Lithuania's Dujotekana**, **Stella Vitae** and **Vikonda** whose ownership structure has been linked to **Gazprom**. While there is limited verifiable documentation of the influence of business groups, unofficial testimony from Baltic decision-makers and media accounts shed light on such activities. The resulting domestic conditions often make it difficult for the three Baltic states to carry out coherent energy policy or foreign policy towards Russia.¹⁵²*

Allerdings bestehen auch jenseits von Russland zwei ganz wesentliche Hemmschwellen für eine regionale Energiepolitik zwischen den baltischen Staaten. Die eine ergibt sich aus dem besonders hohes Korruptionsniveau im Energiesektor. Die andere, weil bei der EU-Kommission keine nachvollziehbare europäische Energiepolitik entwickelt wird, die die baltische Region erkennbar mit einschließt. Ein ganz wichtiger Sektor hat allerdings nach langen verschleppten Diskussionen wieder an Profil gewonnen: die baltische **Transportpolitik**. Zumindest wurde 2014 mal wieder ein Punkt erreicht, an dem „**Rail Baltica**“ von den drei baltischen Regierungen für endgültig abgestimmt erklärt wurde und im Oktober für die auszubauende Strecke Tallinn-polnische Grenze (728 Km) mit einem Kostenplan von

152 A. Grigas, A. Kasekamp, K. Maslauskaitė, L. Zorgenfrei, „The Baltic states in the EU: yesterday, today and tomorrow“, *Studies & Reports No 98, Notre Europe – Jacques Delors Institute*, July 2013, S.73.

3,6 Mrd. Euro unterschrieben wurde. Die finanzielle Beteiligung der EU und weiterer Kreditgeber ist im Detail noch nicht entschieden. Wenigstens scheint jetzt die Streckenführung geklärt: die Endpunkte sollen eines Tages Berlin und Helsinki heißen – und wenn die Ukraine-Krise nicht noch mehr Schaden anrichtet, wird auch St. Petersburg in das Projekt eingebunden. Man kann nur hoffen, daß nicht ein gewisser Herr Mehdorn mit dem Projekt betraut wird, nachdem er 2015 seine Verantwortung für den Un-Bau des Jahrzehnts (Flughafen Berlin) niedergelegt hat. Denn dann würde *Rail Baltica* nicht nur unsäglich viel teurer, sondern spielte wahrscheinlich eher der Auto-Industrie und ihren Lobbyisten mit neuen Straßenbauprojekten in die Hände – ähnlich der schwarz-gelben Koalition in Berlin als sie die Mobilität in Deutschland liberalisierte und der Deutschen Bahn ein Fernbussystem entgegenstellte mit allen steuerlichen Privilegien – zum Nachteil der Bahn. Dabei enthält gerade dieses gesamtbaltische Eisenbahnprojekt eine ganz wichtige Energiesparkomponente, wenn der Massengütertransport von der Straße auf die Schiene verlegt werden kann. Schon 2001 war der Bau zwischen den baltischen Regierungen, Deutschland, Finnland, Polen beschlossen worden mit dem Fertigstellungsdatum 2015. Nach endlos vielem nationalstaatlichem Gezerre steht als Baubeginn jetzt 2018 fest mit Fertigstellung 2023. Besonders viel haben die Sonderwünsche Litauens zu dieser Verzögerung beigetragen. Litauens Regierungen wollten unbedingt den Umweg über Vilnius als Hauptstrecke anstelle der normalen Durchgangsstrecke über Kaunas. Natürlich hat Litauen nicht die erforderlichen Zusatzmittel – und die anderen Länder auch nicht. Die Erfahrungen mit baltischer Kooperation lassen jeden Beobachter zunächst noch zweifeln, daß der Planungs- und Finanzierungsstand von 2014 schon der endgültige sein wird. Deswegen kann auch nur vage spekuliert werden, wie viele der denkbaren Innovationen in das Projekt *Rail Baltica* mit hineingelegt werden, damit die Attraktivität der Ostseeregion stärker zum Tragen kommt, z.B.:

- *Klimaschutz durch Reduzierung von Klimagasen des Autoverkehrs*
- *Elektroautos in den Städten der beteiligten Länder, um den Klimaeffekt noch zu verstärken*
- *Ausbau eines Netzes mehrdimensionaler Transportmittel zwischen den Ostseeanrainern auf der Basis von Eisenbahn und Schifffahrt anstelle der immer längeren LKW-Karawanen und der Landverbauung für Autobahnen und Straßennetze.*

Bei *Rail Baltica* könnte es zum ersten Mal nach der Singenden Revolution wieder zu einer großen baltischen Handreichung zwischen Staatsverwaltungen und Zivilgesellschaften kommen. Als größter Stolperstein dürfte „nur“ die übliche Korruption in den Weg rollen und ein vielversprechendes gesamtbaltisches Projekt behindern. Es könnte zu einer großen baltischen Handreichung zwischen Staatsverwaltungen und Zivilgesellschaften kommen. Denn solche Projekte und Projektideen sind technisch vorstellbar und finanzierbar, stoßen aber immer zuerst auf erheblichen Widerstand bei den klassischen Energieversorgern mit vorherrschender Dinosauriermobilität (Autos). Das hat durchaus mit den „politischen Nebenkosten“ zu tun, vielleicht mehr als mit den technischen. Weitgehend ungewohnte politische Nebenkosten ergeben sich im Baltikum, wenn der Grad an Mitbestimmung der Bevölkerung steigt, wenn technische bzw. politische Entscheidungen der Energieerzeugung und -verteilung, der Effizienz und korruptionsfeindlichen

Transparenz von Bürgern und ihren NROs eingefordert werden und ihnen die politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht entgegen kommen wollen. Große Teile der Zivilgesellschaft und gerade auch der Jugend haben ihre Bereitschaft zum Umdenken längst erklärt (s.o., S. 295: Radfahrer-Demonstration).

*Rail Baltica, 2014 vereinbarte
Streckenführung Tallinn – Berlin,
und die von Litauen favorisierte
Alternativeroute
heutige lettische Eisenbahn beim Hbf
Riga*



Drogenhandel – Herausforderung weit über die Region hinaus

Den Potenzialen für einen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung des Ostseeraums stehen Drogen- und Menschenhandel als destruktive Elemente entgegen. Die baltische Region als Ganze ist sowohl zur Durchgangsregion für internationalen Drogenhandel geworden als auch zum aktiven Produzenten vor allem von Designerdrogen, wie **Crystal Meth**. Davon ist auch schon die Schulwelt betroffen. Das bestätigen gelegentlich Vertreter von Schülermittverwaltungen und einige Vertrauenslehrer. Aber Schüler wie Lehrer zögern, daraus ein öffentliches Thema zu machen. Nur: das Thema schiebt sich selbst immer stärker in den Vordergrund. Wir wollten das Thema nicht gegen Lehrer und Schüler aufrufen und hielten uns daher mit Veranstaltungen zurück. Ich machte lediglich mit einer meiner Kurzanalysen an die FES-Zentrale und die SPD-Fraktion auf das wachsende Problem aufmerksam:

Einbindung der baltischen Region in den internationalen Drogenhandel, 2006 nicht anders als 2012

Vor ganz wenigen Jahren gab es gelegentliche Meldungen, wie diese beiden:

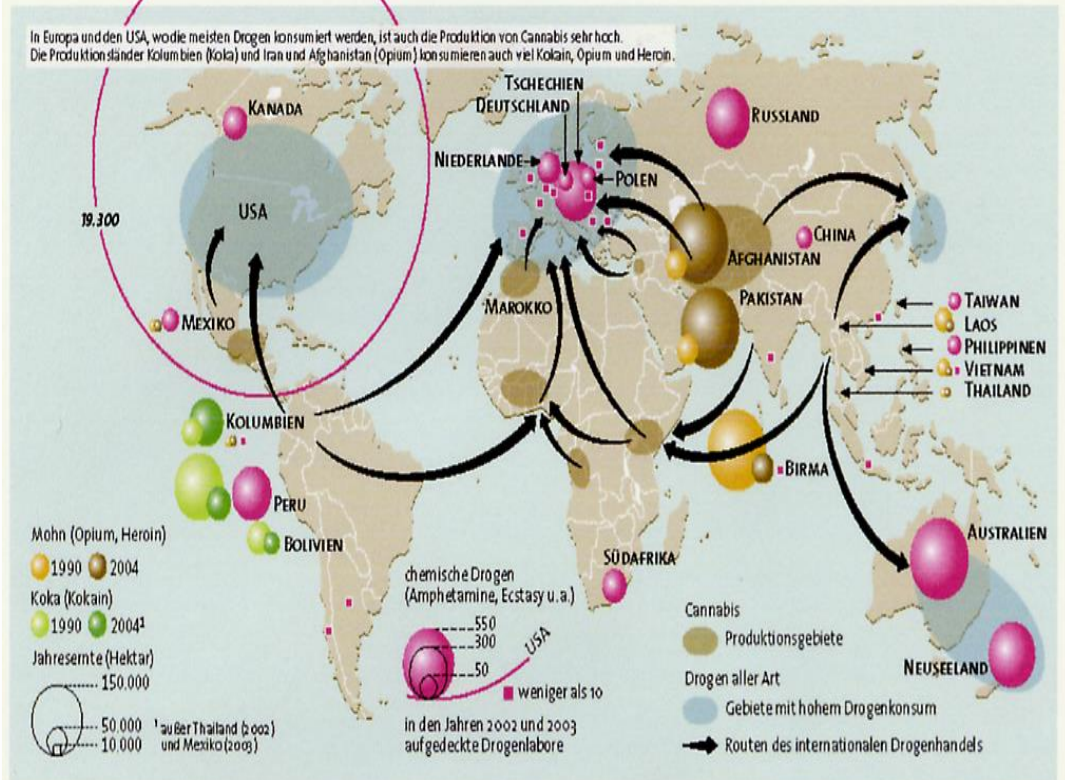
"Begonnen hat es im Osten, an der russischen Grenze, direkt nach der Unabhängigkeit. Viele Russen, die dort lebten, konnten den kleinen Grenzverkehr nutzen, um sich billig Drogen zu besorgen. Damit kam auch das Aidsvirus ins Land. Wir wollten etwas dagegen tun, aber wir fanden einfach kein Gehör. Damals gab es die meisten Fälle in der russischsprachigen Bevölkerung, heute ist ganz Tallinn Problemgebiet. Und die Infizierten sind sehr jung, zwischen 15 und 30 Jahre alt." (Deutschlandfunk, 19.5.2006)

A kg of cocaine was found in the stomach of an Estonian drug courier in Canary islands.

TALLINN, January 22 (LETA), 2007 - A young man from Estonia was arrested in Lanzarote, one of the Canary islands, last week, as his stomach contained more than 1 kg of cocaine. The local police arrested the 23-year-old Denis in the Arrecife airport on January 16, reports Isla Canaria.Net. The local law enforcement authorities had preliminary information about the young man arriving there with a large quantity of cocaine in his stomach, only the time of arrival was unknown. When Denis arrived, X-rays showed that the preliminary information of drug agents was true: Denis' stomach contained 1,030 grams of very pure cocaine that doctors managed to get out of his body in the natural way.

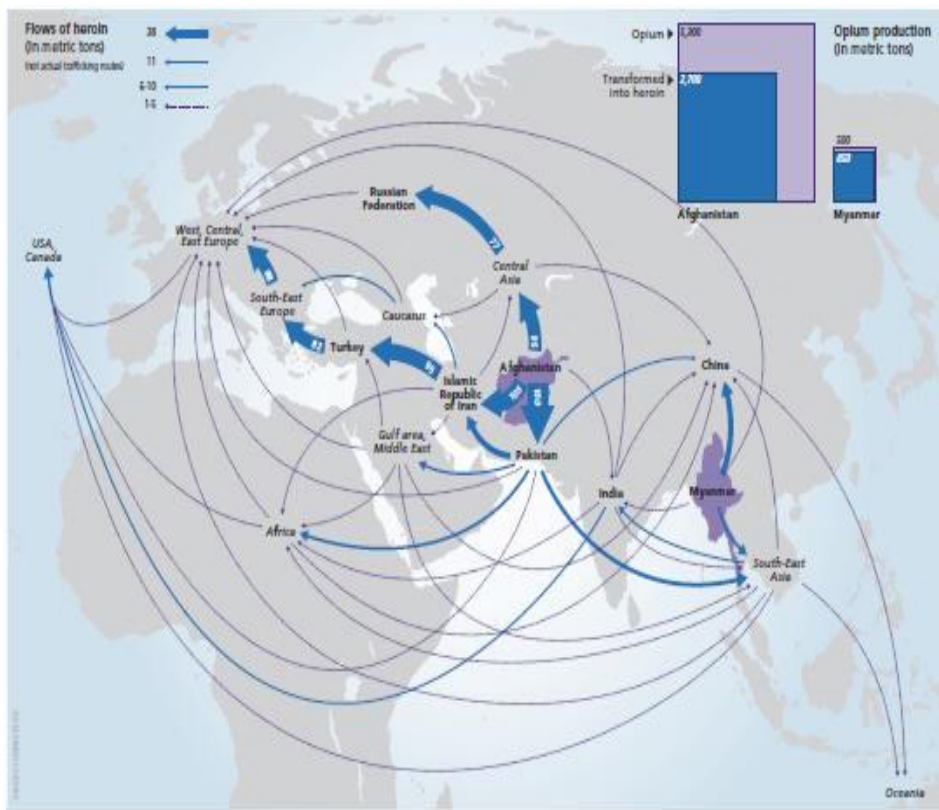
Inzwischen klingen im *European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction* bzw. bei der *Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht für 2014* schon deutlichere Töne an. Hier wird mit zunehmender Besorgnis festgestellt, daß die chemischen Drogen gerade auch in den osteuropäischen EU-Ländern nicht nur als Transitware zunehmen, sondern dort auch in vielen kleinen Labors produziert werden. Dabei hat der Handel mit so genannten kristallinen **Methamphetaminen**, eher bekannt als **Crystal Meth** 2013 besonders in Estland und in Litauen eine erhebliche Steigerung erfahren. Die baltischen Länder schließen damit beim Konsumverhalten wie auch beim Handel zu Westeuropa auf, wo an erster Stelle des Drogenkonsums zwar immer noch Alkohol steht, aber gefolgt von Crystal Meth und erst an dritter Stelle Cannabis. Die NO-Peripherie der EU hat jedenfalls in den zurückliegenden Jahren auch beim Drogenkonsum an Bedeutung zugenommen. In Estland ist zusätzlich der Konsum von Opiaten deutlich angestiegen, gleichzeitig auch die damit zusammenhängenden Todesziffern und vor allem auch die Fälle von Drogen-bezogenen HIV-Fällen. Litauen folgt an zweiter Stelle und an dritter Lettland. Neben den gestiegenen illegalen Geldströmen und den „Waschvorgängen“ in baltischen Casinos und einigen Banken spielt auch das „leichte Geld“ aus den diversen EU-Fonds und deren viel zu geringe Effizienzkontrolle und Wirkungs-Analyse eine gewisse Rolle bei der Finanzierung von Drogenhandel und Drogenkonsum in der Region. Die **Drogenbeobachtungsstellen** konzentrieren sich auf die Phänomene der Substanzen und wie vergleichsweise leicht sie von geschickten Chemikern variiert und vergleichsweise einfach hergestellt werden und welche neuen gesellschaftlichen Fragen von den Regierungen aufgegriffen werden müssen.

Europol schaut weitaus stärker auf die kriminelle Seite des Drogenhandels und seiner Vernetzung, d.h. beobachtet z.B. im *EU Drug Market Report 2013* die Entwicklung der sog. OCGs (Organized Criminal Groups). Danach haben OCGs in Litauen intensive Beziehungen zu albanischen OCGs und sind in deren Vertriebsnetz für **Heroin** in Nord-Ost-Europa eingebunden. Dies wird im Weltdrogenbericht der Vereinten Nationen 2014 durch den Hinweis auf eine enorme Steigerung der Opium-Produktion in Afghanistan bestätigt.



Drogen: wo sie produziert und wo sie konsumiert werden

Drogenhandel global: Karte aus Le Monde Diplomatique 2006
 Karte der Opium- und Heroin-Ströme 2012



Danach wurden in Afghanistan innerhalb des vorangegangenen Jahres die Anbauflächen für Opium um 36% ausgeweitet. Das führt zwangsläufig zu der angezeigten Zunahme an Opiaten, die auch durch die baltischen Staaten transportiert werden. Mit dem Grundstoff für Heroin lässt sich nach Ansicht vieler Afghanen schnell viel Geld verdienen. Natürlich fragt sich der geneigte Leser des Drogenberichts, hat die US-Außenpolitik eigentlich irgendwo nicht versagt oder nur gegenüber der Drogen-Dealer- und Präsidenten-Familie Karsai??



reiche Mohnnernte, reiche Opium-Produktion, reiche afghanische Elite.....

Beim Heroin-Handel spielt die gute litauische Vernetzung mit russischen Organisationen keine unwichtige Rolle, die ihrerseits mit den ehemaligen sowjetischen Republiken in Zentralasien und Afghanistan verbündelt

sind. Von Litauen aus geht der Vertrieb über Polen weiter nach Westeuropa und zu einem gewissen Teil nach Schweden und Norwegen. Der Skandinavienverkehr wird überwiegend über die Fährverbindungen abgewickelt. Allerdings funktioniert der Handel nicht nur in Ost-West-Richtung, sondern auch umgekehrt. D.h., für den baltischen Raum lässt sich kein eindeutiges Handelsmuster erkennen. In zurückliegenden Jahren hat Europol immer nur einen Teil dieser Waren aufbringen können, z.B. 2010 an **Kokain**-Sendungen:

- Hafen von Riga: 200 Kg auf einem Schiff, das nach Nowgorod unterwegs war
- Hafen von Riga: 80 Kg in einem Container für Uzbekistan
- Flughafen Tallinn: 48 Kg
- Hafen Klaipeda: 400 Kg auf einem Schiff aus Südafrika.

Unter den 3 baltischen Ländern kommt Estland sowohl im nationalen Produktionsvolumen von Crystal Meth als auch in der Zulieferintensität nach Finnland die größte Bedeutung zu. Wohingegen Polen einen Großteil der klassischen und der Designer-Drogen von seinen baltischen Nachbarn aufnimmt, um zusammen mit der Tschechischen Republik besonders Deutschland zu bedienen.

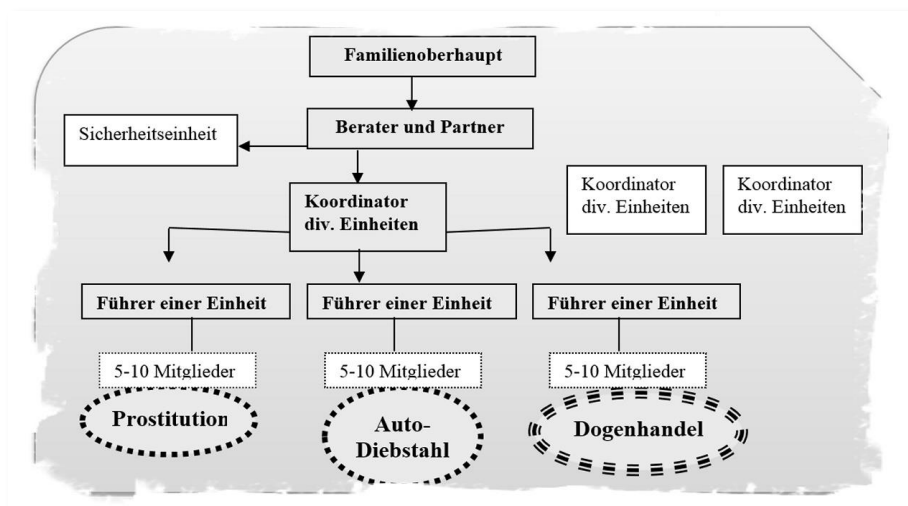
Der Europapolizei fällt zudem auf, daß in wachsendem Maße Einheimische als Drogenkuriere eingebunden sind, und zwar sowohl im Baltikum selbst als auch in anderen europäischen Ländern wie auch in Lateinamerika. Die erfasste Intensität ist nicht unerheblich: 2009 wurden litauische Boten mit insgesamt 99 Kg Kokain gefasst; 2010 waren es schon 665 Kg. Nicht erkennbar ist, ob diese Steigerung auf wachsende Nachfrage zurückgeht oder auf gestiegene Effizienz der Polizeiarbeit. Für Europol ist bemerkenswert, wie dominant litauische und polnische Drogenhändler und -kuriere gerade auch die Niederlande als Drehscheibe nutzen für ihr Zuliefersystem in die

baltischen Staaten, nach Skandinavien, nach Irland und Großbritannien, aber auch in die USA und nach Russland. Alles in allem spielt Litauen die größte Rolle im baltischen Drogenhandel. Unklar ist noch, welchen Anteil dieser baltische Drogenhandel schon am weltweiten Drogenhandel erreicht hat, dessen Volumen derzeit auf etwa 330 Mrd. Dollar geschätzt wird.

Management des baltischen Drogenhandels

Der Exekutivdirektor des UN Drogen-Büros, Antonio Maria Costa, wies schon vor 10 Jahren (September 2005) auf die steigende Drugs-and-Crime-Entwicklung hin und betonte, dass das Baltikum, die skandinavischen Länder und insgesamt Ost-Europa sich immer stärker zur Drehscheibe des internationalen Heroinhandels entwickelt würden. Für ihn war erkennbar, daß damit gleichzeitig auch eine Verschiebung der Drogensubstanzen hin zu Amphetaminen verbunden war, denn besonders in Litauen wuchsen immer mehr kleine klandestine chemische Labors für die Crystal Meth-Produktion aus dem Boden, vorwiegend für den Export. Für das UN-Drogenbüro wie auch für Europol war es eine eher überraschende Erkenntnis, wie schnell und wie ähnlich sich die Management-Strukturen in Litauen mit Blick auf Albanien und die wiederum in Anlehnung an die süditalienische Mafia entwickelt haben. Ich hatte die Präsentationen dieser Drugs-and-Crime-Entwicklung für unsere interne Diskussion in einer einfachen Skizze zusammengefaßt. Aber befreundete Journalisten in Vilnius rieten deutlich davon ab, eine öffentliche Veranstaltung zum Thema zu organisieren.¹⁵³ Wir akzeptierten das.

Struktur/ Aufbau eines Drug & Crime Netzes in Kaunas (LT)



¹⁵³ Die Skizze fußt auf Darstellungen im Rahmen der Konferenz *Organized Crime and Narcotics in the Baltic Sea Region: Issues of National and Regional Security*. Report from the Central Asia and Caucasus Institute & Silk Road Studies Program, Stockholm, Sweden (2005)

WAS KANN DIE EUROPÄISCHE ZENTRALE VON DER BALTISCHEN PERIPHERIE EIGENTLICH LERNEN?

Es wäre unzureichend, die verschiedenen Facetten der baltischen Staaten und Gesellschaften nur darzustellen und sich auf sie zu beschränken. Wichtig erscheint mir die Frage, wieviel Europäische Union spiegelt sich eigentlich in den heutigen baltischen Ländern. Wieviel haben sie als ihre eigene Geschichte in die EU hinüber gerettet; haben sie es geschafft, nach Jahrhunderten der Fremdherrschaften eine eigene Identität auszubilden? Oder steht eigene Identität gegen den Trend unserer Zeit - wie es die „cloud“ als anonymer Ort der elektronischen Kommunikation immer stärker indiziert? Aber vor allem: welche Lektionen für die weitere Entwicklung einer Europäischen Union bietet die Integrationsgeschichte der osteuropäischen Balten in die westeuropäisch dominierte Union? Unter dem Strich lässt sich fragen, schaut „Brüssel“ eigentlich hin auf die bisherigen **politischen Kulturen** bei aufnahmewilligen Ländern, wie den baltischen und bleibt „Brüssel“ interessiert an neuen Mitgliedsstaaten, wenn sich zeigt, daß die auferlegte **Wirtschafts- und Finanzpolitik** dort die gesellschaftliche **Prekarisierung** beschleunigen anstatt sie abzubauen? Und lässt sich an den drei Mitgliedsländern erkennen, daß eine politisch konservative Europäische Kommission die notwendige Sensibilität entwickelt, um erheblich stärkere Selbstverantwortlichkeit der **staatlichen Institutionen** in den EU-Staaten zu fordern? Oder reduziert sich „Brüssel“ auf die sog. „Bankenrettung“ in der Überzeugung, daß dies ausreicht, um ein zukunftsfähiges Europa zu gestalten? So klein die baltischen Länder an sich sind, so umfassend ist tatsächlich die Lektion, die sich von ihrer Integration in die EU lernen lässt.

Deutlich geworden ist durch die Innensicht auf die baltischen Länder, daß „Brüssel“ sehr viel dazu beiträgt, daß - mit Abstufung - das geförderte Gebilde der staatlichen Institutionen nicht in der Lage ist, einen zukunftsfähigen Entwicklungsprozess für die baltischen Gesellschaften zu organisieren. Der Staat ist konzeptionell und strukturell ein schwaches Gefüge, dessen Schwäche nicht allein auf Korruption und individuelle Gleichgültigkeit gegenüber der Gesellschaft zurückgeht (Oligarchen). Die sog. „Freie Marktwirtschaft“, die als Mantra den heiligen Vers von der **Privatisierung** für alles und jedes vor sich herträgt, bedarf dringender Reform in den baltischen Ländern, aber mindestens ebenso für die Neuorientierung der EU an sich. Die Innensicht auf die baltischen Länder lässt erkennen, wie wichtig für ein stabiles Europa eine gut organisierte **Zivilgesellschaft** ist. Sie muss organisatorisch und professionell in der Lage sein, den verbürokratisierten Staat vor sich herzutreiben und muss ihn zu Transparenz und **Bürgerbeteiligung** zwingen können (Bürgerhaushalte, Anhörungen, Plebiszite). Viele aufgeworfene Fragen und Themen sind in den baltischen Ländern noch nicht beantwortet, aber sie lassen sich besser erkennen als in komplexen größeren Staaten wie Deutschland oder Spanien oder Italien. Das gilt auch für systematisch unterdrückte Themen innerhalb der EU, etwa die Frage nach der **Identität** der Völker.

Mit dem Blick über die baltischen Staaten hinaus auf Europa werden im Folgenden einige der gelernten Lektion zusammengefasst:

Lektion 1:

***De-Growth* Vision braucht keinen Arzt – die Stolpersteine müssen nur weg**

Bis hierher wurde in erster Linie beschrieben, was in den baltischen Staaten und den baltischen Gesellschaften vor allem seit ihrer EU-Mitgliedschaft an Entwicklungen sichtbar geworden ist und wie sich manche dieser Entwicklungen historisch herleiten lassen. Wichtig zum besseren Verständnis dieser lange hinter dem Eisernen Vorhang verborgen gehaltenen Region ist allerdings auch, was sich (noch) nicht entwickelt hat. Dabei geht es um den Spannungsbogen zwischen dem klassischen Verständnis von volkswirtschaftlichem Wachstum und einer zukunftsfähigen Entwicklung. Erstere wird vom konservativen Kommissionspräsidenten Juncker, vom EZB-Präsidenten Draghi, von der IMF-Direktorin Lagarde ungebrochen propagiert, treibt aber durchaus die Sorgenfalten auf die hochkarätigen Gesichter der Teilnehmer beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos (Januar 2015). Dem steht die Vision einer zukunftsfähigen Entwicklung entgegen, die sich nicht auf weitere Klimakatastrophen und Rohstoff-Überausbeutung gründet. De-Growth, solidarische Ökonomie, sharing economy: die Visionen tragen noch unterschiedliche Namen – und Helmut Schmidt möchte möglicherweise alle diese Visionäre gemeinsam zum Arzt schicken. Aber es muss eine reale Antwort auf den rapiden Auseinanderfall der einzelnen Gesellschaftsformen und ihrer Wertesysteme geben.¹⁵⁴ In Westeuropa wird an manchen Stellen schon intensiv über De-Growth-Economy nachgedacht. Ab 2008 (Paris) bis 2014 (Leipzig) wurden insgesamt 4 Internationale Degrowth-Konferenzen organisiert, bei denen die Fixierung auf Wirtschaftswachstum als Kern aller Wirtschaftspolitik hinterfragt wird und stattdessen die Förderung von sozial-ökologischen Alternativen im Mittelpunkt steht. Dabei reichen die Argumente von der rein materialistischen Begründung (begrenzte Rohstoffe) bis zu sozialpsychologischen Verhaltensanalysen, wie bei der Stiftung Futurzwei („Die Kehrseite des Wachstums ist die innere Ruhelosigkeit, das Gefühl, nie an ein Ende zu kommen. Nicht einmal der Konsum macht noch richtig Spaß, wenn so wenig Zeit dazu bleibt.“¹⁵⁵).

In den baltischen Staaten geht es noch weitgehend um klassisches volkswirtschaftliches Wachstum, manchmal mit einem Nachhaltigkeits-anstrich, so wie noch im Dezember 2014 in der Nachbarstadt Rigas, in Jurmala, wo eine große internationale Konferenz zum Thema „Schaffung von Nachhaltigkeits-Bewußtsein“ (Education for Sustainable Development, ESD) organisiert wurde. Es standen zahlreiche Bildungsinstitutionen aus dem Ostseeraum als Sprecher im Programm. Aber die Beziehung zwischen ESD und gesellschaftlichem/individuellem Lifestyle; die Beziehungen ESD zur Transparenz politischer Entscheidungen; die Beziehungen ESD zur unternehmerischen Wertschöpfung und zum Einfluss der professionellen Lobbyisten von Brüssel über Berlin bis Tallinn – diese Beziehungen wurden nicht in

154 Zunehmende Verarmung ist keineswegs nur ein Problem in Spanien, Griechenland oder auf Zypern. Es gilt genauso für das reiche Deutschland, wie der „Armutbericht der Wohlfahrtsverbände. Kluft zwischen den Ländern wird größer“ vom 19.02.2015 aufzeigt

155 Harald Welzer: Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand Alle mal umdenken! (2013) Oder: FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2015/16

den Beiträgen thematisiert. Ohne solche thematische Vernetzung besitzt ESD keine gesellschaftliche Bodenhaftung, schwebt in der Luft.

Dynamik der Degrowth-Konferenz 2014, Leipzig

Die Degrowth-Economy wird von den Fachleuten für möglich gehalten, wenn wirtschaftspolitische Begleitmaßnahmen von einem Staat organisiert oder gefördert werden, der vorrangig zur Regelung von Bürger-Belangen da ist und sich nicht als Büttel von Bankern und Unternehmern legitimiert.

In der internationalen Debatte und erst recht in den baltischen Gesellschaften, stellt dieser Ansatz noch eine Nischendebatte dar. Aber im Rückblick hat es gar nicht so lange gedauert, bis sich allmählich eine internationale Bewegung gegen die selbstzerstörerische Wachstumspolitik und die sie begleitenden Globalisierungsprozesse aufbaute.

Allein in diesem Zusammenhang ist es ein erfreuliches Zeichen für Wertewandel in der Wirtschaftspolitik, daß der Nobelpreis für Wirtschaft 2014 seit vielen Jahren zum ersten Mal nicht an einen Vertreter US-amerikanischer Mainstream-Wissenschaft verliehen wurde, sondern an Jean Tirole von der Universität Toulouse. Dort arbeitet Tirole zu Themen, wie „Marktmacht – wie und wer organisiert sie“ oder „Regulierung und die Rolle des Staates für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik“. Genau dieser Ansatz gehört so schnell wie möglich auch in die Lehrveranstaltungen baltischer Universitäten.

Im Deutschen gibt es für „Degrowth“ unterschiedliche Übersetzungen und damit verschiedene Bedeutungen: beispielsweise „Postwachstum“, „Schrumpfung“, „Wachstumswende“ oder auch „Entwachstum“. Gemeinsam ist die Einsicht, dass als „grün“ deklariertes Wachstums nicht ausreicht, da weiterhin Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß nicht nur in China und Indien gewaltige Ausmaße besitzen, sondern auch in der klimabewußten EU (?) weiter zunehmen. Erleichtert werden diese sich verschlechternden Entwicklungsbedingungen, wenn selbst bei den UN-Klimagipfeln, wie im Dezember 2014 in Lima/Peru, von den Regierungen (und den dahinter drängenden Lobbyisten) keine ernsthafte Handlungsbereitschaft signalisiert wird. Es ist an der Zeit, wachstumsunabhängige Formen von wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung zu denken und zu fördern bzw. zuzulassen, um konsensfähige Alternativen zum derzeitigen Wachstumszwang sichtbar zu machen! Allerdings ist ein solches Unterfangen schon in Westeuropa schwer zu realisieren. Noch schwerer in Osteuropa, wo viele Politiker und viele Bürger den Eindruck haben, sie müssten Jahrzehnte an Konsumverzicht nachholen. Sie sind (noch) kein guter Resonanzboden für einen Weg raus aus der klassischen Konsumgesellschaft. Die

Leipzig – on 14 March the last submission period closed for contributions to the International Degrowth-Conference 2014 in Leipzig, Germany. After a first quick review it is clear that all expectations have been exceeded: more than 350 scientific papers were received from a broad range of disciplines such as economics, psychology, geography and urban planning.

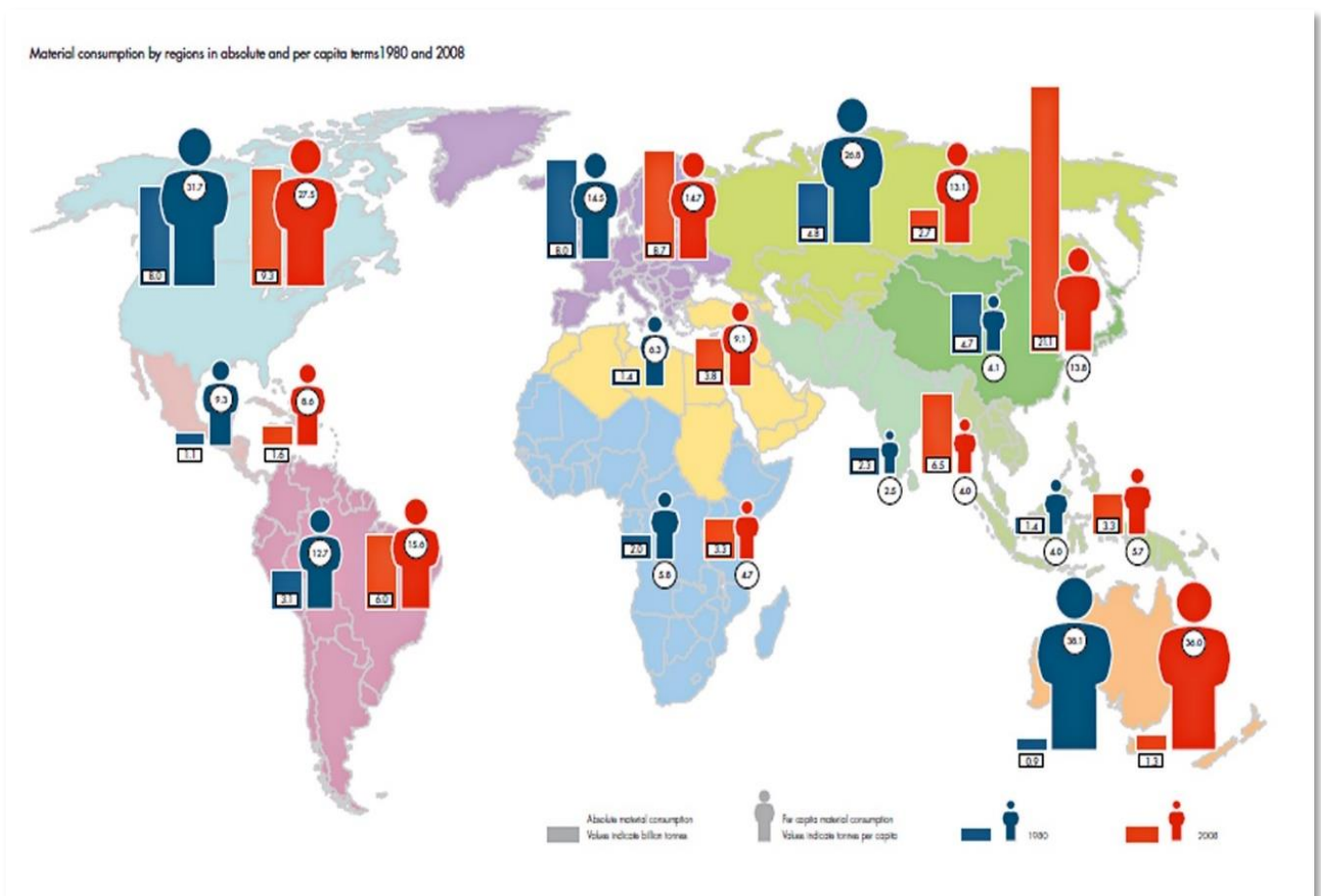
Further 260 proposals for practice-based activities were submitted by various civil-society organizations and initiatives.

The majority of the contributions came from European countries, although there were also submissions from Japan, India, Mexico, Brazil and the United States.

Press release, 2.4.2014

dortigen Mehrheiten haben vielleicht auch noch weniger als in Westeuropa verstanden, daß die Überausbeutung der Rohstoffe im eigenen Land und in der eigenen Region immer weniger ausgeglichen werden kann durch die Okkupation rohstoffreicher Länder in Afrika, Lateinamerika oder Asien, wie in der Hochzeit des Kolonialismus. Jeden Morgen im Frühstücksraum meiner ersten Unterkunft in Riga, hatte ich einem großen Wandgemälde gegenüber gesessen, das die wenigen Jahre festhält, in denen Kurlands Herzog Jakob im westafrikanischen Gambia eine Insel für sein Herzogtum besetzte und auch in Tobago an Land ging und dort Neu-Kurland gründen ließ. Es war die expansivste Zeit des europäischen Kolonialismus und Herzog Jakob wollte ab 1650 durch Sklavenhandel und Gewürzhandel sein Ländchen ähnlich wohlhabend machen, wie sein Vorbild Holland.

Heute betreiben - allen voran - chinesische Staatsunternehmen neo-koloniale Rohstoffsicherung. Aber sie sind damit noch weniger Orientierungshilfe als wie es Holland noch für Herzog Jakob war.



Rohstoffverbrauch nach Region und per capita, 1980 (blau) bzw. 2008 (rot) ¹⁵⁶

Heute heißt die wichtigste lettische Rohstoffregion daher Latgale und liegt an der Grenze zu Russland und Weissrussland, versammelt ganz unterschiedliche Ethnien und ist die wichtigste Waldzone im Staate. Heute läßt sich zukunftsfähige Entwicklung für die baltischen Gesellschaften nur denken als Kreislaufwirtschaft, die

156 Entnommen aus: Weltatlas zur Ressourcennutzung, Wien 2012 (erstellt am Sustainable Europe Research Institute (SERI))

die Weiterverwertung gebrauchter Materialien für neue Produkte sicherstellt und dadurch den Bedarf an Rohstoffen drastisch reduziert. Dazu gehört die Entkopplung von Energieeinsatz und Produkterzeugung. Denn der Abbau von nicht erneuerbaren Rohstoffen, der weltweite Handel damit und vor allem der Verbrauch der Rohstoffe hat absolut und pro Kopf auch nach den warnenden Studien des Club of Rome weltweit noch zugenommen. Diesen Trend zu stoppen, ist inzwischen die größte Herausforderung für das, was man „Weltinnenpolitik“ nennen könnte und auf jeden Fall mit einer Europa-Innenpolitik beginnen darf, an der alle Mitgliedsgesellschaften aktiv beteiligt sind. Degrowth ist ein Kernelement in diesem Prozeß, der der EU eine Identität verschaffen könnte, die nicht durch die „Euro-Rettungs-Politik“ täglich weiter geschwächt wird.

Über eine Vordenker-Institution, wie den *Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)*, verfügen die baltischen Staaten bisher nicht.¹⁵⁷ Der WBGU wirkt in Deutschland gewissermaßen als Gesellschaftsmediziner und diagnostiziert die Modell-Krankheit, unter der seit Ende des II. Weltkriegs die nordatlantische Entwicklung leidet und damit die deutsche Entwicklung und zwangsläufig die baltische, da Deutschland nach der Unabhängigkeit in vielen Sektoren zum Vorbild genommen wurde. Der WBGU spricht vom **tödlichen industriellen Metabolismus**, so tödlich, wie für den einzelnen Normalbürger ein Darmkrebs.

Ebenso wie beim menschlichen Körper geht es auch beim dominanten nordatlantischen Wirtschaftsprozess um die Synergien vieler Einzelfaktoren, die in ihrer Gesamtwirkung den tödlichen Metabolismus bewirken. Der WBGU konzentriert sich auf die Verbindung von Konsummustern zu Produktionsprozessen und Ressourcenverbrauch und erinnert an die theoretisch längst diskutierte Methode der Prozesskettenanalyse (Life Cycle Assessment). Mit ihrer Hilfe lässt sich das alte, das lineare Denken in ein Kreislaufdenken umbiegen. Dabei stecken hinter den Stichworten "Materialverbrauch" oder "Transport" eigene komplexe Beziehungsschemata, die dem konsumierenden Normalbürger noch weniger vertraut sind (noch weniger interessieren). Diese umfassen in Summe oft ein Vielfaches des für den Konsumenten letztendlich als Hausmüll erkennbaren Ressourcenaufwands. Um etwa eine Getränkedose mit Fruchtsaft aus Aluminium herzustellen, müssen Bauxit abgebaut und Elektrizität für die Schmelzelektrolyse produziert werden; werden Beschichtungen aus Erdölprodukten und Verpackungen erzeugt und wird unter der Überschrift „Globalisierung“ ein aufwändiges Logistik-System organisiert mit geradezu abenteuerlichen Transportwegen, um ein wenig an Lohnkosten einzusparen, aber viel an Klima- und Naturbelastung zu hinterlassen.

Auf der Ebene einzelner Akademiker und in kleinen, wenig gehörten NROs wird auch in Tallinn oder Tartu oder Pärnu; in Riga und Liepaja; in Vilnius und Kaunas über solche Fragen gesprochen. Darüber, dass die Vielzahl der Konsum-Schaltkreise reduziert werden müssen; daß Produkte vom ersten Strich auf dem Reißbrett an so konzipiert werden müssen, daß der Lebenszyklus eines Produkts nicht mehr beschrieben wird "von der Wiege bis zur Bahre", sondern "von der Wiege zur neuen Wiege". Nur sind die baltischen Regierungen auch durch den Reformdruck, den die

157 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU):
Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011

Troika aus EU-Kommission + EZB + IMF auf sie ausübt, gezwungen, in den alten volkswirtschaftlichen Bahnen weiter zu funktionieren und werden gezwungen, ausländische Investitionen zuzulassen, die dann den Ressourcenreichtum einer Region exportieren, um die baltischen Handelsbilanzen besser aussehen zu lassen. Tatsächlich werden aber die Entwicklungschancen der baltischen Gesellschaften geschwächt, wird eine rohstoffreiche Region, wie z.B. Lettland mehr ausgebeutet statt entwickelt, weil die Wertschöpfungskette außerhalb des Landes organisiert wird (dafür stehen im Baltikum besonders schwedische und finnische Holzkonzerne).

Von konservativer volkswirtschaftlicher Seite wird an der Stelle gerne auf die vergleichsweise niedrige Staatsverschuldung verwiesen, niedrig auf jeden Fall im Vergleich zu Deutschland, teilweise sogar extrem niedrig: Litauen 41%, Lettland 39%, Estland 10%; Deutschland 74%. Das niedrige Schuldenniveau geht allerdings innergesellschaftlich mit einer zunehmenden sozialen Spreizung einher, die nie an die griechischen Verhältnisse (z.B. Jugendarbeitslosigkeit) heranreichte, aber durch die Euro-Mitgliedschaft plus nicht überwundener Euro-Krise zu schleichender Verarmung vor allem in Lettland und Litauen und dort in den ländlichen Regionen geführt hat. Die Rücküberweisungen (*Remittances*) estnischer, lettischer oder litauischer „Gastarbeiter“ in Westeuropa oder Skandinavien federn die schleichende Verarmung ein wenig ab, können ihren Familien aber nur begrenzt helfen, da die meisten dieser „Gastarbeiter“ in ihren „Gastländern“ wiederum nur im Niedriglohnssektor beschäftigt sind. Vor allem gehen ihren Heimatländern die fachlichen Qualifikationen verloren, die dringend für eine zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung benötigt werden.

Staatsverschuldung ist wie Krieg, und die Euro-Krise verdeckt nur viele große Defizite

Estland zeigt die absolut geringste Staatsverschuldung mit 2 Mrd. € bzw. 10% vom BIP. Für Deutschland lauten die Zahlen: 2.200 Mrd. € und etwa 75% vom BIP. Für den Spitzenreiter Griechenland heißt es 2014: 318 Mrd. € Staatsverschuldung bei 175 % vom BIP und internationalen Hilfspaketen von insgesamt 237 Mrd. € seit 2010.

Derartig disparate Daten zeigen, daß die Euro-Krise und die Staatsverschuldungen in der EU nicht nur eine finanzpolitische Herausforderung für das weitere Bestehen der Europäischen Union darstellen. Seit 1945 gab es zwar keinen Krieg im EU-Europa (außer Bosnien), ohne Einschränkung ein großartiger Erfolg! Allerdings sind wegen der neoliberalen Wirtschafts- und der Finanzpolitik ziemlich viele andere gesellschaftspolitische Bereiche inzwischen so stark geschwächt als hätte dieses Europa doch unter einem Krieg gelitten. Und genau darin liegen die Parallelen zwischen Baltikum und EU. Denn nachdem es schon keine europäische Außenpolitik mit sinnstiftender Perspektive (oder Strategie) gibt und keine europäische Wirtschaftspolitik und keine europäische Friedenssicherungspolitik und keinen Konsens über Konsolidierung der bestehenden EU nach innen anstelle weiterer EU-Erweiterung (sei es Ukraine oder gar Türkei, manche bringen sogar Israel ins Gespräch) – nachdem es in der Praxis erst recht keine europäische Sozialpolitik oder europäische Rohstoffpolitik oder europäische Umweltpolitik oder europäische Klimaschutzpolitik gibt und nachdem es nur wenig programmatische Profilierung der

Parteien im Europaparlament gibt, zeigt sich, daß allein die **Euro-Politik das Maß der Dinge** ist. Oder genauer: die Verschuldungspolitik oder noch genauer: die Euro-Rettungspolitik oder ganz genau: die Rettung verzockter Großbanken. Europäischer Rat (also die nationalen Regierungschefs) und die politischen Blöcke im Europäischen Parlament streiten in Wirklichkeit immer um diese Euro-Fragen: Austerität oder weitere Staatsverschuldung zur Dynamisierung der Entwicklung. Rettung / Stabilisierung der großen Banken oder Kreditpolitik zur Stabilisierung des unternehmerischen Mittelstandes. Das klingt wie programmatische Schwerpunkte. Aber immer ist der Euro das dünne politische Seil, auf dem sie alle tanzen und es ist Nord-Süd gespannt. Nicht die Namen der vertretenen Parteien sind Programm, sondern die Himmelsrichtung, aus der sie kommen. Und der Euro als Leitfaden europäischer Politik schiebt automatisch die **EZB in die Position einer europäischen Schattenregierung** - als Indikator für das mehr als bedenkliche Demokratiedefizit in der EU.

Hinter dem Vorhang „Euro-Krise“ verbergen sich weitere Problemfelder, die den baltischen Oligarchen und ihren Parteien eher vertraut vorkommen:

(a) Inmitten der keineswegs gelösten Euro-Krise aufgrund von Casino-Kapitalismus und frei-schwebendem Finanzkapital wird 2014 der langjährige Regierungschef von Luxemburg, **Jean-Claude Juncker**, Präsident der Europäischen Kommission. Von der Höhe seines neuen Amtes muss er vom ersten Tag an zusehen, wie sein Land als eine der wichtigen globalen Steueroasen angeklagt wird. Er trägt dafür nach menschlichem Ermessen als „ewiger“ Ministerpräsident und Finanzminister Luxemburgs die politische Verantwortung. Die EU-Kommission hat damit ein erhebliches Legitimationsproblem.

(b) Der langjährige Chef der Deutschen Bank, **Josef Ackermann**, wird in München wegen Finanzmanipulationen angeklagt. Eben diesen Kopf der Deutschen Bank hatte die Bundeskanzlerin zu dessen Geburtstagsfeier 2008 in den deutschen Regierungssitz (Kanzleramt) eingeladen. Dabei richtet sich diese „Deutsche“ Bank ohnehin nur noch zu einem kleinen Teil ihres Portfolios am deutschen Kapitalmarkt und dessen Bedarfen aus. Sie ist vor allem eine international aufgestellte Investmentbank, intensiv vernetzt mit großen anderen internationalen Banken und den größten globalen Hedgefonds (von denen einst ein SPD-Vorsitzender noch als „Heuschrecken“ sprach). Denselben schweizer Herrn Ackermann haben manche deutschen Bürger noch vor Augen wie er bei der Jahreshauptversammlung 2001 stolz auf den Bankgewinn von mehr als 1 Mrd. € verwies und gleichzeitig auf das Geschick seiner Bank, keinen Cent Ertragssteuern an den deutschen Fiskus abgeführt zu haben, weil die Gewinne im Ausland anfielen. Leider nicht wegen dieser Geschäftspraktiken, aber immerhin wegen des Verdachts auf Justiz-Täuschung wurde Herr Ackermann 2014 endlich vor Gericht gestellt.¹⁵⁸ Zu dem Zeitpunkt wußte allerdings weder die Kanzlerin noch Herr Johnson, daß diese Deutsche Bank im April 2015 zu einer Strafzahlung von 1.500 Mio. Dollar bereit war („Vergleich“), weil die Verurteilung in einem ordentlichen Gerichtsverfahren um ein Mehrfaches höher ausgefallen wäre. Beschuldigt war die Deutsche Bank der jahrelangen Manipulation des Zinssatzes Libor (also des Interbanken-Zinssatzes).

158 TAZ, 13.8.2014: Deutsche-Bank-Chef angeklagt. Staatsanwaltschaft beschuldigt ...
Ackermann ... Sie sollen die Justiz getäuscht haben

Herr Ackermann wurde für seine Geschäftsphilosophie selbst in den USA kritisiert als der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, Simon Johnson, ihn als "einen der gefährlichsten Bankmanager der Welt" bezeichnete. Die von Ackermann angepeilte Rendite von 25% (!) sei nur möglich, "weil er genau weiß, dass die Deutsche Bank ein Systemrisiko darstellt und daher von den Steuerzahlern gerettet würde, falls ein Konkurs droht" (*Der Spiegel*).

(c) Genau das haben dann auch Kanzlerin Merkel und Euro-Gruppenchef J.-C. Juncker und EZB-Chef Mario Draghi auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise als ihr stärkstes Argument vorgetragen: so große Banken sind systemrelevant und müssen daher mit Steuergeldern dahingehend gerettet werden, daß sie ihre globalen spekulativen Operationen wieder aufnehmen können. Retten also in dem konventionellen Verständnis: dahin zurück bringen, wo man/frau/es herkommt. Ab März 2015 hat Herr Draghi diesem „Banken-Rettungsplans“ als Sahnehäubchen die Aufkaufstrategie von maroden staatlichen Schuldpapieren von bis zu 1,2 Billionen Euro aufgesetzt. Sie bietet eine gute Chance zum endgültigen Auseinanderfall der EU. Draghi hatte seinen „Rettungsplan“ lange genug angekündigt, aber mit der Konkretisierung bis zum Weltwirtschaftsgipfel 2015 in Davos gewartet. Denn der wirtschaftlich starke Norden steht nicht auf seiner Seite und nur mit dem europäischen Süden allein hätte er diesen innereuropäischen Konflikt dann vielleicht doch nicht gewagt. Aber das Weltwirtschaftsforum in Davos Klosters ist die **weltgrößte und global einflussreichste Lobby-Plattform**, wo sich auch viel spekulatives Kapital einfindet. Von dieser Seite war Unterstützung für Draghi quasi selbstverständlich (der deutsche Dax übersprang auch entsprechend die 10.000-Punkte-Marke, ohne daß irgendjemandem klar sein könnte, wo diese Hunderte von Milliarden produktiv arbeiten sollen). Und dann hat auch Mme Lagarde als geschäftsführende Direktorin des IWF die Draghi-Strategie in Davos unterstützt, ebenso wie die Bank von England. Draghi stand damit weniger allein als zuvor, aber Europas Wirtschaft und Politik bleiben tief gespalten und außerordentlich skeptisch gegenüber dieser EZB.

(d) Gerade auch die einflussreichen großen Länder sind aufs Engste mit den Sprechern des international operierenden Unternehmertums verknüpft. Deutlicher als je zuvor war Davos 2015 das Symbol genau dafür. Unter den rd. 300 Spitzenpolitikern aus aller Welt befanden sich auch Lettlands **MPin Laimdota Straujuma** und Litauens **Präsidentin Dalia Grybauskaitė** sowie Estlands **Präsident Toomas Hendrik Ilves**. Sie haben wenig zur Eurodebatte beizutragen. Grybauskaitės Zentralthema in Davos war die Energiepolitik, in dem Sinne, daß die niedrigen Energiepreise von den Importländern (wie Litauen) jetzt intensiv genutzt werden müssen, damit das Exportland Russland dadurch noch mehr Schwierigkeiten erfährt und tiefer in die Krise rutscht. Wie zu erwarten, war das Thema für Estlands Präsidenten Ilves die Sicherheit der elektronischen Netzwerke im eigenen Land. Auch hierbei war der baltische Blick sehr deutlich auf Russland gerichtet: einerseits die konkreten Erfahrungen mit Cyber War gegen das NATO-Land Estland; andererseits das in jüngster Zeit immer wieder kritisch gesehene gute Verhältnis zwischen der russischen Staatsführung und dem global führenden russischen Produzenten für elektronische Sicherheit, Natalja und Jewgeni Kaspersky. Vielleicht war es für die baltischen Delegationen in Davos interessant, die engen Beziehungen zwischen völlig unterschiedlichen Konzernen zu beobachten, von denen sie im eigenen Land erwarten, daß sie Konkurrenten seien; die in Davos aber ganz selbstverständlich als

„Partner des Weltwirtschaftsforum“ aufgelistet sind. Allein der Energiesektor war mit Konzernen von Gazprom über Statoil bis Chevron vertreten. Dabei spielte es keine Rolle, daß der nicht geladene Herr Putin eine Delegation aus der dritten Reihe geschickt hatte:

WEF, Energie-Partner-Unternehmen ¹⁵⁹

BP Plc	Reliance Industries	Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC)
Chevron	Royal Dutch Shell Plc	PEMEX - Petróleos Mexicanos
eni.spa	Sasol	Petroleo Brasileiro SA - PETROBRAS
Gazprom Neft	Saudi Aramco	PTT Public Company Limited
IHS	SK Group	SOCAR (State Oil Company of the Azerbaijan Republic)
Nexen	Statoil	
The Dow Chemical	Suncor Energy	
Total		

In Wirklichkeit ist die Lobby-Plattform Davos zu groß für die baltischen Politiker und Unternehmer. Die Oligarchen-Profile aus Lettland und seinen Nachbarn sind tatsächlich „peanuts“ gegenüber den Verhältnissen auf der EU-Lokomotive Deutschland oder Italien und anderen westlichen Mitgliedern. Umso mehr Energie muss auf die Zusammenarbeit der nicht-staatlichen Akteure zwischen den baltischen Ländern, aber auch insgesamt in der EU gelegt werden, damit diese Union nicht von ihrer Schattenregierung bankrott gerettet wird.

EZB und IMF geben seit 2008 die gewichtigen, aber simplen Antworten auf sehr komplexe Entwicklungsprobleme in den Mitgliedsländern der EU, vor allem in den strukturell schwach gebliebenen osteuropäischen, darunter das baltische Kernland, das ab 2009 seine Staatsausgaben drastisch senken musste (und damit Löhne und ohnehin niedrige Renten und Kliniken und Schulen u.a.m. schließen mußte). Der größte osteuropäische Staat, Polen, will sich dem EZB-Diktat nicht unterwerfen und bleibt lieber außerhalb der Euro-Zone und hat sich in vielen Sektoren gut weiterentwickelt. Ebenso die Skandinavier (außer Finnland). Aber die Balten haben den Expansionsdruck aus Sicherheitspolitik (NATO) plus Markterweiterung (EU) nicht nüchtern genug analysiert und ihre Regierungen sahen in der Währungsgemeinschaft die Lösung des Transformationsprozesses. Seit 1.1.2015 sind alle drei baltischen Staaten tatsächlich in die Euro-Gruppe aufgenommen. Die Konsummöglichkeiten haben sich generell für die Balten verbessert, aber strukturell hat ihnen diese disparate EU-Politik vergleichsweise große Lasten aufgebürdet, an denen mindestens eine weitere Generation zu tragen hat. In der EU-Kommission 2014-19 hat der bisherige lettische Ministerpräsident **Valdis Dombrovskis** die Kommission für den Euro und den Sozialen Dialog übernommen. Auch die lettischen Bürger wissen, daß ein Kommissar in Brüssel keine Landespolitik machen darf. Dennoch schauen sie mit gewissen Erwartungen auf den Mann, der bisher die Auflagen des IMF und der EZB gegenüber Lettland für die Kreditgeber zufriedenstellend erfüllt hat und fragen sich, ob er von Brüssel aus eine andere Euro-Politik zu betreiben versucht als ein Mario Draghi. Eigentlich kennen sie die Antwort: er hat sich als Ministerpräsident

159 <http://www.weforum.org/events/world-economic-forum-annual-meeting-2015>

in Lettland nicht gegen die Auflagen gewehrt und er wird keinen Machtkampf mit der Schattenregierung Draghi eingehen.

Die USA-affinen baltischen Regierungen konnten seit dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise gut beobachten, wie die amerikanische Fed (Zentralbank) sich zum Vorreiter einer unvorstellbar großen Staatsverschuldung machte, verbunden mit außerordentlichen Risiken für die globalisierte Wirtschaft. Auf die 5,8 Billionen US\$ Staatsschulden, die Präsident Clinton hinterließ, sattelte G.W. Bush in 8 Jahren weiter 5 Billionen drauf und Barack Obama ist inzwischen bei etwa 17 Billionen angekommen (17.000 Milliarden). Die US-Regierungen fühlen sich stark genug, weil sie (noch) die Drucker für den Dollar eigenmächtig ein- oder ausschalten können. Der Widerstand dagegen wächst längst und hat in China seinen stärksten Sprecher. Und China hätte längst seinen Yuan zur Leitwährung gemacht, wenn chinesische Banken nicht auf einem riesigen Berg an staatlichen Schuldtiteln der USA säßen.

Auf dem vermeintlichen Höhepunkt der Weltfinanzkrise sprach das EU-Mitglied mit dem höchsten öffentlichen Schuldenstand (2.200 Mrd. €), sprach die deutsche Bundesregierung gerne von „strategischen Partnern“, wenn Banken, die mit dem Geld ihrer Kunden gnadenlos Spekulationsmilliarden in den Sand gesetzt hatten, nun mit den Steuergeldern dieser Kunden gerettet werden sollten. Dabei sind Deutschlands 2,2 Billionen Euro öffentliche Schulden schon an sich nicht gerade wenig. Jedenfalls groß genug, um zur Schuldenregulierung die Steuern der Bürger einzusetzen anstatt diese mit „Schwarzen Nullen“ zu blenden. Der Bund der Steuerzahler fasst die deutsche Lage in einer Vision zusammen: *Ab sofort werden keine Schulden mehr aufgenommen und die öffentliche Hand gesetzlich verpflichtet, neben allen anderen Ausgaben jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen. Mit dieser Verpflichtung würde es bis ins Jahr 2184 dauern, um den Schuldenberg der Bundesrepublik Deutschland vollständig abzutragen.* Die Bundesregierung stellt sich jedem anderen EU-Mitgliedsstaat gerne als vorbildlicher Finanzmanager dar, gerade auch den baltischen. Aber Vorbild für was? An den differenzierteren deutschen Statistiken lässt sich ablesen, daß der rasante Anstieg der öffentlichen Verschuldung sehr eng mit den letzten 3 Jahrzehnten der Hochzeit des Neoliberalismus und der Globalisierung einhergeht. Hier bieten sich zentrale Stellschrauben, an denen im Sinne des Nobelpreisträgers *Jean Tirole* gezielt gedreht werden muss (weniger „freier Markt“) – im Baltikum wie in Deutschland.

Die Stellschraube, an der die EZB unter Draghi dreht, trägt einen anderen Namen. Draghi betreibt selbstbewußt und selbstherrlich die Ausschüttung von Hunderten von Euro-Milliarden in den sogenannten „Markt“ (während die US-Fed zur selben Zeit den Umkehrschub einlegt, weil der „Markt“ längst übersättigt ist). Unter Präsident Draghi ist die EZB zur europäischen Schattenregierung mutiert. Seine Klientel (sein „Volk“) sind allen voran die europäischen Großbanken. Die monatlichen 60 Mrd. €, die die EZB ab März 2015 an sie ausschüttet, hilft zunächst, die Bilanzen dieser Banken zu schönen. Dahinter könnte der von Draghi als Hauptziel seiner Strategie genannte Aufkauf von Staatsschulden Griechenlands, Zyperns, Spaniens, Italiens etc. erfolgen, um – so Draghi – das Deflationsrisiko in der EU zu senken. Seine Kritiker verweisen auf Japan, wo genau diese Strategie nicht gegriffen hat. Genügend Stimmen weisen auch auf das wirkliche Volk hin, auf die gesellschaftlichen Wirkungen durch schleichenden Vermögensverlust bei den Kleinsparern und echten Steuerzahlern, die aufgrund der Finanzmassen „am Markt“ gar keine Zinsen bzw. aufgrund der Inflation Negativzinsen auf ihre Spareinlagen erhalten. Diesen Kleinsparern wird seit Jahren zu

privaten Geld- und Kapitalanlagen geraten, weil ihre Rentenbasis längst löchrig geworden ist. Für Bürger der unteren sozialen Schichten, aber auch von Kleinunternehmern und Handwerksbetrieben sind damit Existenzverluste verbunden, beinahe wie im Krieg. Daher stellt sich die Frage nach den „Kriegstreibern“ oder ökonomisch gewendet: In Spanien werden 3x so hohe Stundenlöhne gezahlt wie in Polen, aber die Produktivkraft der Spanier ist eher 2x so hoch als wie die polnische. Diese Lücke trägt letztendlich zur Staatsverschuldung bei und soll nun durch Draghi-Subventionen geschlossen werden. Die EU-Kommission hat Herrn Draghi in verblüffender Weise lautstark unterstützt als sie verkündete, daß **die Euro-Mitgliedschaft für jedes Mitgliedsland "unwiderruflich"** sei (FOCUS, 5.1.2015). „Unwiderruflich“ klingt wie „alternativlos“ – beides Unworte in jeder politischen Strategie. Mit einem solchen Zwischenruf hat die Kommission weder die Lage in und für Spanien, Zypern oder Griechenland entschärft, noch für irgendein anderes Land der EU, in dem sich die Bürger eh schon unwohl in der bürokratischen Zwangsjacke der EU-Kommission fühlen (vgl. die Europawahl am 25.5.2014). Hier ist nicht der Ort, um darüber zu spekulieren, ob ein solcher Zwischenruf dem gewieften Kommissionspräsidenten sehr gelegen kommt, um von den diversen Verfahren gegen seine Steueroasen-Politik in Luxemburg abzulenken. Tatsächlich muss der Europäische Rat die Geschäftsbedingungen der EU schnellstens überarbeiten, damit mehr Flexibilität im Umgang mit der EU-Mitgliedschaft zum Prinzip wird. Alternativlose Politik bleibt immer ein Armutszeugnis.

Mit gewissem Interesse konnten die Bürger und Fachleute in Estland und Finnland vernehmen, daß die Bundeskanzlerin gegenüber Griechenland (aber auch gegenüber Draghi) rechtzeitig vor den vorgezogenen griechischen Wahlen im Januar 2015 ihre Stimme erhob, um auch einen **Rausschmiss Griechenlands** aus der Euro-Zone nicht mehr auszuschließen (Finnland wäre sicherlich dafür und die anderen Skandinavier wohl auch, wenn sie zur Euro-Gruppe gehörten). Allerdings konnte man vom Baltikum und von Skandinavien aus ebenso beobachten, daß dieser deutsche Vorstoß politisch eher unklug platziert wurde, weil mit den übrigen EU-Staaten nicht abgestimmt. Und weil es weiterhin nur um die Schulden ging und nicht um die Restrukturierung der griechischen Wirtschaft und Verwaltung und nicht um den radikalen Wandel der politischen Kultur, die in Wirklichkeit für die mehr als 20% Arbeitslosigkeit verantwortlich ist. Dieselben baltischen und skandinavischen Beobachter haben allerdings aus Erfahrung erwartet, daß die harte Androhung von Frau Merkel kurz darauf als Missverständnis korrigiert wurde. Sie behielten Recht. Und die informierten Bürger unter ihnen fragen zudem, wohin sind eigentlich die 237 Mrd. € „Griechenlandhilfe“ der Euro-Staaten und des IWF geflossen – von 100 Mrd. € Schuldenschnitt bei privaten Anlegern (2012) ganz zu schweigen - und wieso steigt die griechische Staatsverschuldung seit 2012 trotzdem stetig weiter an? (2015: ~320 Mrd. €). Und wieso hat keine der griechischen Regierungen das Angebot der schweizer Regierung angenommen, die griechischen Schwarzgeldmilliarden auf schweizer Bankkonten zu besteuern. Fachleute wundern sich, daß weder die Regierung Tsipras noch die Euro-Gruppe der EU hier in sistieren.¹⁶⁰ Die litauische Regierung wusste

160 SPIEGEL online, 25.3.2015: „**Schweiz: Experte sieht Milliarden-Einnahmen für Griechenland.** ... "Die Griechen haben in der Schweiz mindestens 80 Milliarden Euro liegen. Etwa zwei Drittel davon sind Schwarzgeld", erläuterte Schneider seine

jedenfalls, weshalb sie keine Volksbefragung vor dem am 1.1.2015 vollzogenen Beitritt zur Euro-Zone zugelassen hatte.

Draghi beschleunigt derweil im ICE-Tempo die weitere Prekarisierung in Europa. Nicht die großen Banken, sondern die Masse der echten Steuerzahler muss eines Tages die Schäden seines ungeheuren Finanz-Tsunamis bezahlen. Selbst die OECD mahnt Anfang Dezember 2014 die deutsche Regierung vor den Folgen der Prekarisierung und beklagt „die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland. Die ist nicht nur für die ärmeren Schichten ein Problem, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung.“ (TAZ, 10.12.2014). Anstelle von „Deutschland“ lässt sich ohne Mühe „Lettland“ oder „Litauen“ in diesen Satz einbauen.

Aus der Nord- und Nordost-Perspektive Europas spürt man immer deutlicher, daß beim Thema „Euro“ ebenso wie bei den angesprochenen Strukturpolitiken und beim Demokratieverständnis mehr ein Nord-Süd-Riss durch die EU geht als ein West-Ost-Riss. Die Träger der oligarchischen und autokratischen Verhältnisse, wie sie sich in der EU ganz besonders von Ungarn aus südwärts darstellen (also über Griechenland hinaus) befürworten die EZB-Politik. Denn Südeuropa wäre auch der eigentliche Gewinner einer Euro-Währungsreform. Sie stört es daher wenig, daß der Chef der EZB oberster europäischen Währungshüter wurde, nachdem er zuvor führendes Mitglied der Skandalbank Goldman&Sachs war, die die große Finanzkrise ab 2007 mit ausgelöst hatte und daß er als Person zudem Mitglied in der Gruppe der 30 ist, die Außenstehende gerne mit der italienischen Loge P2 vergleichen.

Wo also bleiben für die kleinen Länder an der EU-Ostgrenze Orientierungspunkte? Die lettischen oder litauischen oder estnischen Oligarchen betrachten das alles mit einer gewissen Gelassenheit und lernen aus ihrer Sicht dann doch eine ganze Menge dazu, wenn sie beobachten können, wie immer höhere soziale, kulturelle, ökologische und letztlich steuerliche Kosten von den politischen Eliten in Kauf genommen und von den wirtschaftlichen Eliten gezielt verursacht werden (vgl. die jährlichen „Schwarzbücher“ des Bundes der Steuerzahler).

Lektion 2:

Zukunftsfähiges Wirtschaften heißt was?

Am liebsten hätte ich die baltischen Länder als gesellschaftspolitische Labore genutzt. So wie Chile unter Pinochet den nordamerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern und den US-Regierungen und den US-Konzernen als Labor für die Überprüfung neoliberaler Entwicklungswege gedient hatte - so ähnlich hatte ich mir gewünscht, im Baltikum das fördern, was immer gern als **Green Economy** beschworen wird oder in der wirtschaftswissenschaftlichen Farbenlehre als **Blue Economy** (Gunter Pauli) bekannt wurde.

Am allerliebsten wäre mir allerdings der Einstieg in die zuvor schon genannte *Degrowth Economy* gewesen, also ein wirtschaftspolitisches Denken, daß von der Knappheit der Rohstoffe und von Lebensqualität anstelle von Konsumexpansion

Schätzung. "Der Abschluss eines Steuerabkommens wäre die schnellste und effizienteste Maßnahme, an Geld zu kommen", sagte der Ökonom.

ausgeht. Nur: vor Ort lernt man schnell, daß die baltische Politik, aber auch die meisten NROs schon mit *Green Economy* überfordert sind und unter den Oligarchen-Parteien gibt es keine, die als Speerspitze für dieses wirklich dringliche Umdenken in Betracht kommen würde – trotz ihres verfänglichen Namens auch nicht die Grüne Partei in Lettland, auch nicht die in Estland. Vor allem die lettische Grüne Partei ist in Wirklichkeit als konservative nationale Partei die politische Plattform des einflussreichsten Oligarchen, Aivars Lembergs. Daher waren erste Schritte in Richtung Green Economy das Ambitionierteste, was sich mit unseren Mitteln als FES versuchen ließ. Und auch dabei schafften wir nur die ersten Schritte.

Es war deutlich geworden, daß es nicht um den Arzt geht, den Altkanzler Helmut Schmidt fordert, wenn Menschen ihre Vision von einer zukunftsfähigen Gesellschaft entwickeln. Es geht mit oder ohne Helmut Schmidt nicht darum, den äußerst verfahrenen Entwicklungsstand der modernen Industriegesellschaft zu reparieren (wie es mit dem bestehenden Bankensystem seit 2008 versucht wird); es geht um die große Ambition, das *Gesellschaftliche Projekt* mit den gemachten Erfahrungen der vergangenen 50 Jahre neu zu denken und die Prioritäten umstellen. So wie Finnland sich nach dem II. Weltkrieg an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der Armut und Unterentwicklung herausgezogen hatte. Die aus den Struktur- und sonstigen EU-Fonds beantragten Hilfgelder für 2014-19 zeigen ja durchaus in die richtige Richtung: *Wettbewerbsfähigkeit von Klein und Mittelindustrien, nachhaltiger Verkehrssysteme, CO₂-arme Technologien, Energieeffizienz* (s.o. S. 136). So klein die baltischen Länder auch sind, sie sollten ihre EU-Mitgliedschaft und ihre Präsenz in der Kommission und im EP zur Neugewichtung bestimmter Schlüsselthemen nutzen. Denn:

BIP als volkswirtschaftlicher Indikator ist out - überlebt aber als Zombie

Die volkswirtschaftliche Schwächephase im Lateinamerika der 1980er Jahre („verlorenes Jahrzehnt“) oder der wirtschaftliche Einbruch in Asien (1980er, 1990er Jahre) oder gar die Große Krise in Europa ab 2008 haben jeweils beste Voraussetzungen geboten, mit der Vorstellung aufzuräumen, daß nur quantitatives Wachstum (BIP) wirklich Wachstum sei. In Zeiten, in denen offene Rohstoffkriege geführt werden (besonders um Erdöl) und andere, strukturelle Konflikte um Rohstoffe sich am Horizont abzeichnen ist der Indikator BIP einer der zentralen Irrwege unserer Zeit, um die tatsächliche quantitative und vor allem auch die qualitative Leistung einer Gesellschaft zu erfassen. Daher gibt es - zumindest in der wissenschaftlichen Diskussion - seit geraumer Zeit Kritik am BIP als Maß für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und insbesondere als Wohlstandsmaß. "Neben der wissenschaftlichen Diskussion um allgemeine methodische und technische Schwächen des BIP richtet sich die Kritik auf drei zentrale Punkte: die unvollständige Erfassung der gesellschaftlichen materiellen Leistungsfähigkeit, die mangelnde Berücksichtigung nicht-materieller Wohlstandsformen und fehlende Aussagen über die Einkommensverteilung. Zudem werden ökologische Aspekte kaum erfasst, obwohl sie für den aktuellen und künftigen Wohlstand mit entscheidend sind." ¹⁶¹

Die Diskussion über die unzureichende Abbildung wirtschaftlicher und sozialer Realität durch den Indikator BIP ist also nicht gerade neu. Dennoch ist kaum zu

161 ebenda

glauben, daß Wirtschaftswissenschaftler, wie Herman Daly (University of Maryland / Weltbank), der Begründer der Ökologischen Ökonomie oder Hans Christoph Binswanger (Hochschule St. Gallen) oder E.U. von Weizsäcker (Wuppertal-Institut) und andere jahrzehntelang darauf hinweisen müssen, daß die Standard-Predigten in den Wirtschaftsfakultäten immer weiter einäugige Wirtschaftsstudenten heranziehen. Auch in den Wirtschaftsfakultäten von Vilnius und Kaunas, von Riga, von Pärnu und Tallinn. Dort wurden/werden seit der Unabhängigkeit über Twinning-Maßnahmen der EU oder über direkte Universitätspartnerschaften (Leipzig-Tartu) die Standardcurricula vermittelt. Durchgehend müssen sich die Studenten mit mathematisch verbrämten Fabeln über die optimale Allokation der Produktionsfaktoren beschäftigen und lernen Sätze über das Spiel von Angebot und Nachfrage, um tendenziell ökonomische Gleichgewichtszustände anzustreben und hören Glaubenssätze über vollkommene Konkurrenz am Markt. Und sie wiederholen (wegen des mehrheitlichen Frontalunterrichts) in ihren Examina genau diese Lehrsätze. Wie Märkte mit wenigen mächtigen Unternehmen und ihren Lobby-Strategien verstanden und reguliert werden könnten und welche Bedrohung von Spekulationsblasen ausgehen, hat *Jean Tirole* durch seine Auszeichnung mit dem Wirtschafts-Nobelpreis 2014 endlich thematisch in den Vordergrund rücken können. Aber bis seine Forschungsarbeiten in den deutschen oder estnischen oder litauischen Universitäten zum „mainstream“ gehören, wird wohl noch zu viel Zeit verstreichen. Bis dahin müssen Studenten sich viel zu selten damit auseinandersetzen, daß es längst nicht mehr um diesen Indikator BIP geht, daß vielmehr Energie der entscheidende Produktionsfaktor geworden ist (Automation, Digitalisierung), daß Wissen (patentiertes und geraubtes) ebenso wie Lobbying ganz wesentliche Produktionsfaktoren sind, um die Begrenzung von Rohstoffen aufzuheben; daß Manipulation und Psychologie in unglaublichem Maße als Produktionsfaktor eingesetzt werden, um das imaginäre Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage systematisch auszuhebeln und daß der Paradigmenwechsel hin zu einer Digital-Wirtschaft in vollem Gange ist mit Monopolen, wie sie bisher noch in keiner Zeit angedacht wurden und dennoch längst Realität sind (Apple, Google, Lenovo, Microsoft, Toyota, VW, ...).¹⁶² Vor allem wird an den Wirtschaftsfakultäten noch immer mit den „ceteris-paribus“-Ansatz gearbeitet, der es leicht macht, von konkreten Folgen des modernen wirtschaftlichen Handelns abzusehen. Davon abzusehen, daß auch alle europäischen Länder von Estland bis Portugal an der Prekarisierung der Weltgesellschaft beteiligt sind, daß nicht nur in Griechenland die Mittelschicht verschwindet, sondern ebenso in Deutschland und Lettland. Ganz besonders *eine* Reaktion auf die globale Prekarisierung wird im entpolitisierten Wirtschaftsdenken ausgeklammert: der gewaltige Migrationsdruck aus dem nördlichen Afrika und Staaten des Vorderen Orients auf die „Festung EU“ hat seine Ursachen in religiös verbrämten Kriegen, aber ganz entschieden auch im Extraktivismus der modernen Industriegesellschaften (s.o. das beschriebene Kabeljau-Syndrom der Ostsee, S.79). Dazu klingen die Kommentare der westeuropäischen Spitzenpolitiker allerdings, wie die aus der deutschen Kaiserzeit: wir wollen unseren Anteil am afrikanischen

162 H.Chr. Binswanger setzt sich mit diesen Fragen seit Jahrzehnten intensiv und systemkritisch auseinander, z.B. in : Die Wachstumsspirale, Marburg 2013. Vgl. aber auch die Serie *Software frißt die Welt*, in: DER SPIEGEL No.15 ff, 2014

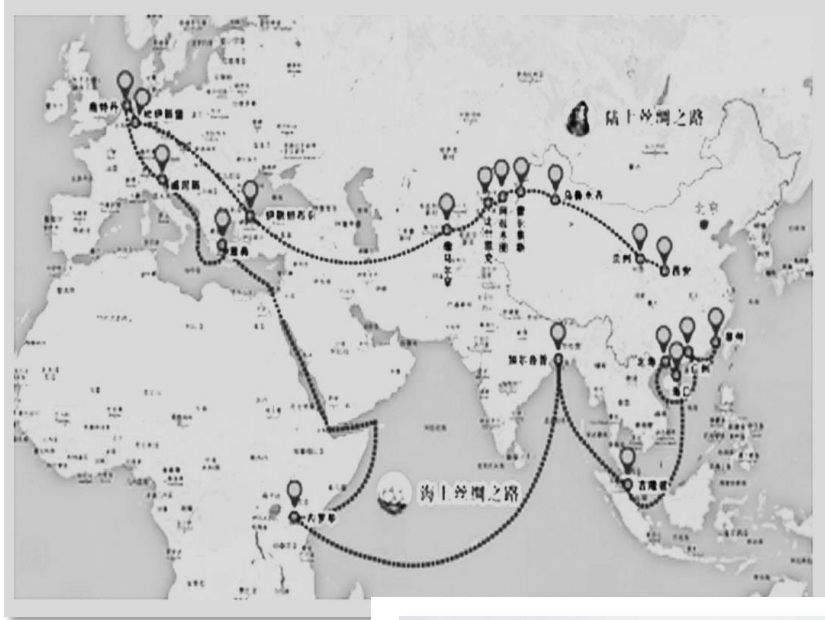
Rohstoff-Kuchen und müssen uns gegen die Ansprüche Chinas und anderer wehren.¹⁶³

An den baltischen Wirtschaftsfakultäten wird sehr selten über die enge Beziehung zwischen der EU-Wirtschaftspolitik und den afrikanischen Migranten diskutiert. Denn die baltischen Staaten sind noch zu weit weg von Italiens Küsten, um den Migrationsdruck unmittelbar zu spüren. Bisher schauen politische und Wirtschaftselite von Riga aus noch verklärt nach St. Petersburg, wo chinesische Investoren Wohnkomplexe für 350.000 Menschen mit chinesischem Kapital bauen. Die lettische Nachrichtenagentur berichtete 2011 zum ersten Mal von größeren Immobilienkäufen durch Chinesen in Riga. Die lettische Regierung hatte enthusiastisch eine Verordnung erlassen, wonach der Immobilienerwerb eines Chinesen ab 150.000 € in Riga mit dem begrenzten Aufenthaltsrecht in Lettland verknüpft wurde. Dasselbe gilt für Immobilienerwerb ab 75.000 € in der Provinz. Es sind noch keine massiven Zuwanderungen bzw. massive Investitionen aus China zu erkennen. Dafür sind die baltischen Staaten an sich zu klein für chinesisches Investment. Aber das Aufenthaltsrecht innerhalb der EU ist für chinesische Geschäftsleute in jedem Fall diese Investitionen wert – auch wenn die erworbenen Wohnungen kaum benutzt werden. Jedenfalls ein weiteres Element aus dem Baukasten für zukunftsorientiertes Wirtschaftsmanagement und ein Element im Großprojekt „Seidenstraße nach Europa“, an dem China längst baut, um auf eigenen Transportwegen den europäischen Markt und die Zwischenraumländer besser beliefern, bzw. wirtschaftlich „erobern“ zu können.

Wie ernst es die VR China mit ihrer Handelsoffensive gegen Europa meint, hat sie nicht nur mit der Eisenbahnverbindung unterstrichen, die in Europa auf Istanbul trifft und von dort bis Duisburg und Rotterdam weiterführt.¹⁶⁴ Flaggship im Wortsinn dieser Initiative ist der Welt größtes Containerschiff, die *Globe*, die im Januar 2015 ihre Jungfernfahrt von China nach Hamburg mit 19.000 Containern im Gepäck geleistet und damit den Linienverkehr China-Europa eröffnet hat.

163 "Die Partnerschaft zwischen den beiden Nachbarkontinenten beruht auf breiten wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Grundlagen." "Allerdings gewinnen vor allem China aber auch andere aufstrebenden Mächte wie Indien und Brasilien Marktanteile hinzu. Das gleiche Bild wie beim Handel bietet sich auch bei Direktinvestitionen und öffentlicher Entwicklungshilfe. Die EU insgesamt ist noch wichtigster Partner Afrikas, aber weitere Spieler insbesondere China gewinnen zunehmend an Gewicht und Einfluss." (so das Auswärtige Amt auf seiner website, April 2014). Deutlicher steht es im Afrikanischen Pressespiegel: Afrika soll für europäische Unternehmen attraktiver werden. Während des EU-Afrika-Gipfels Anfang April 2014 in Brüssel forderte die EU als größter Handelspartner Afrikas die gegenseitige Marktöffnung. Seit 2000 bestehen zwischen der Europäischen Union und den 33 ärmsten afrikanischen Ländern Wirtschaftsabkommen, sogenannte EPA. Exportgüter aus den jeweiligen Ländern können demnach zollfrei nach Europa eingeführt werden. Im Gegenzug soll nun auch die EU zollfrei Waren nach Afrika verkaufen dürfen. Im Klartext: afrikanische Rohstoffe gegen europäische Investitionsgüter (**DAS-Afrika-Pressespiegel vom 28.03. - 04.04.2014**)

164 The Diplomat, 9.5.2014: **China's 'New Silk Road' Vision Revealed**



Chinas alte und neue
Seidenstraßen in Richtung
Europa (anonyme
chinesische Quelle)

die chinesische „Globe“
im Hamburger Hafen 2015

Paßt zu dieser Entwicklung die Diskussion über Möglichkeiten eines „guten Kapitalismus“ wie sie aus dem skandinavischen Raum in die europäische Debatte hinein getragen wird? Und zwar mit dem Tenor, daß die Erwartungen an Kapitalismus falsch waren, er werde sich selber über das Instrument „Markt“ regulieren.



In der FES-Publikation von Ende 2009 sprechen die Autoren ¹⁶⁵ – auch mit Blick auf Länder, wie Lettland - noch von einem gut funktionierenden Finanzsystem, wenn 4 Bedingungen erfüllt sind: frisches Geld wird für unternehmerische Innovationen bereit gestellt; die Kreditpolitik verbreitert die unternehmerischen Risiken; Kredite gehen vorzugsweise an Unternehmen, die nachhaltiges Wachstum sicherstellen; das Finanzsystem lebt von einer Spar-Kultur in der Gesellschaft.

165 Auf dem Höhepunkt der Großen Krise (2009) veröffentlichten Sebastian Dullien / Hansjörg Herr / Christian Kellermann das Buch: *Der gute Kapitalismus. Und was sich dafür nach der Krise ändern müsste* (mit einem Vorwort von Gesine Schwan). Darin lautet der zentrale Punkt: Wie kann man dem Kapitalismus seine Dynamik entlocken und gute Arbeit und Wohlstand für alle erreichen? Wie kann man die Risiken von Finanzmärkten auf ein Minimum reduzieren, ohne dabei die einzigartige Dynamik dieser Märkte außer Kraft zu setzen? Antworten darauf – sagt der Verlag - und auf die Frage nach dem richtigen Grad an Regulierung des Marktes durch Staat und Gesellschaft bietet dieses Buch. Es beschreibt den Weg hin zu einem Wirtschaftsmodell, das allen Menschen zugutekommt.

Diese idealtypischen Bedingungen für einen „guten Kapitalismus“ (wenn man sie denn so akzeptiert) sind alle in der aktuellen Europäischen Union nicht gegeben. Im Gegenteil: zwar wurden vom Europäischen Rat und der Kommission einige Bedingungen für die Mitglieder der EU bzw. der Euro-Gruppe verändert (vor allem: Banken müssen mehr Eigenkapital vorhalten). Aber alle Maßnahmen und ganz besonders die der sehr politisch agierenden EZB dienen der Wiederherstellung der alten Ordnung, der sog. „freien Marktwirtschaft“. Dabei funktionierte schon die Hanse nach klaren und strengen Spielregeln. Wer gegen diese klaren Markt-Regeln im Mittelalter verstieß, war unterschiedlich stark geächtet. Nach 2008 ist daher erst recht die Frage zu stellen, wie müssen in unserer Zeit die Marktregeln aussehen und wer muss ihre Durchsetzung garantieren. „Globe“ ist dafür nicht die Antwort. Allerdings würde auch dieser „gute Kapitalismus“ nur vielleicht eine Entwicklung im Sinne von De-Growth ermöglichen – für die baltischen Staaten wie für die EU insgesamt.

Nahrung: neuer Kolonialismus schafft Überfluß – für den EU-Müll?

Der geradezu irrwitzige Überflusskonsum der Industriegesellschaften allein im Nahrungsmittelbereich soll naturgegeben erscheinen. Endlose „Koch-Sendungen“ und „Koch-Kurse“ auf den meisten Fernsehkanälen und Volkshochschulen halten die Empathie für den Grenzenloskonsum systematisch unter Dampf und durch die Bilderbuchschönheit der einzelnen Nahrungselemente wird eine massive Verschwendung dieser Nahrungsmittel mit bewirkt. Denn ein nicht perfekt geformter Apfel von einer Streuobstwiese oder eine schräg gewachsene Fleischtomate (der man dennoch ihr Aroma anzusehen meint) findet bei den Modellköchen nicht statt. In ihrer weltweit angelegten Untersuchung „Global Food Losses and Food Waste“ von 2011 legte die FAO geradezu apokalyptische Daten vor: grob ein Drittel aller für den menschlichen Verzehr erzeugten Nahrungsmittel enden als Müll – das sind rund 1,3 Mrd. Tonnen Lebensmittel pro Jahr. Allerdings macht es einen großen Unterschied, in welcher Art Gesellschaft diese Verluste entstehen. In reichen Gesellschaften ist der Endverbraucher ein wesentlicher Teil der Lebensmittelvernichtung. In ärmeren Gesellschaften setzt der Verlust schon bei den Produktionsbedingungen ein, geht weiter über die unzureichende Lagerhaltung und den Transport und hält den Nahrungsmittelverlust beim Endverbraucher selbst auf sehr niedrigem Niveau. Demnach werden in den Industrieländern die größten Mengen der Nahrungsmittel erzeugt – aber ebenso fällt dort auch die umfangreichste, systematische Vernichtung von Lebensmitteln an: ¹⁶⁶

Erzeugung von Nahrungsmitteln nach Art und Weltregion (Mio. t, FAO)

"The total per capita production of edible parts of food for human consumption is, in Europe and North-America, about 900 kg/year and, in sub-Saharan Africa and South/Southeast Asia, 460 kg/year." "per capita food loss in Europe and North-America is 280-300 kg/year. In Sub-Saharan Africa and South/Southeast Asia it is 120-170 kg/year." ¹⁶⁷

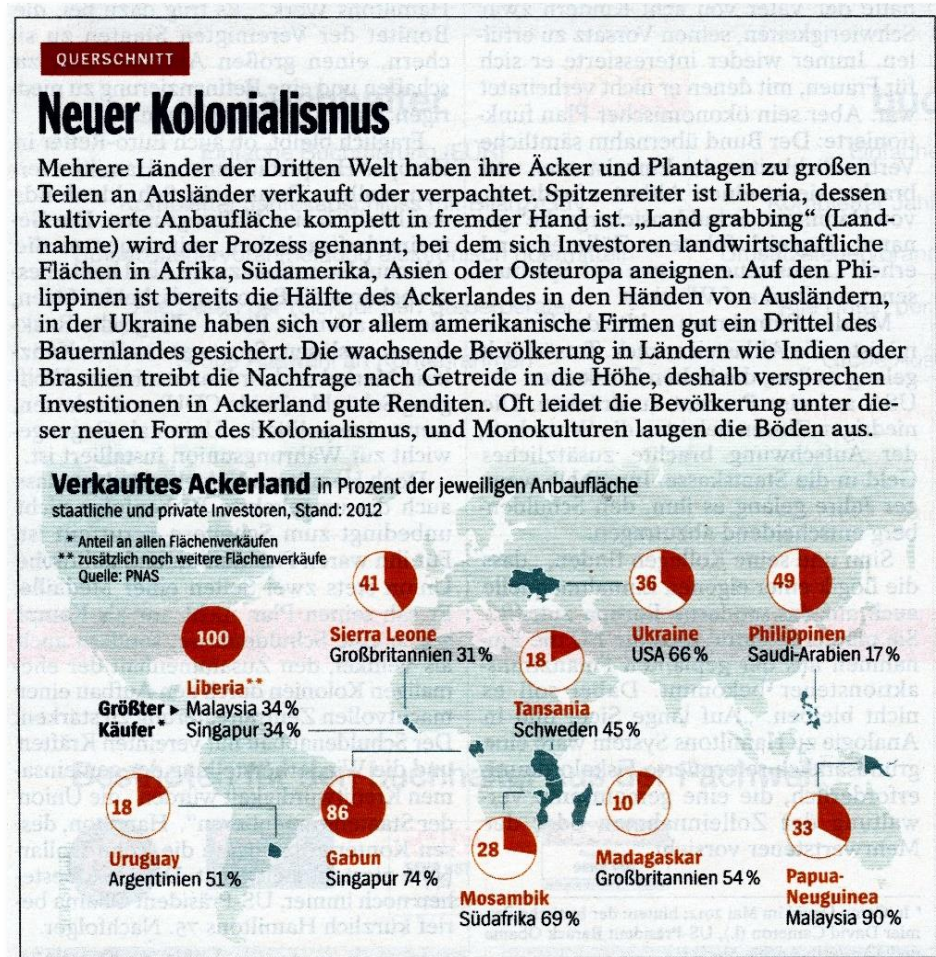
166 FAO: Global Food Losses and Food Waste. Extent, causes and prevention, Rom 2011

167 FAO, ebenda, S.5

Das Europäische Parlament reagierte auf diese Zahlen relative zeitnah. Schon ein Jahr später gab man eine Presserklärung heraus: "Wir können der Verschwendung absolut einwandfreier Lebensmittel nicht länger tatenlos zusehen. Das ist ein ethisches, aber auch ein wirtschaftliches und soziales Problem mit enormen Auswirkungen auf die Umwelt", erklärte der Berichterstatter Salvatore Caronna vor der Abstimmung. "Nun ist die Kommission gefordert. Wir erwarten von ihr eine überzeugende EU-Strategie, die alle 27 Mitgliedstaaten dazu anhält, das Problem systematisch anzugehen." (19.1.2012). Eine solche Betroffenheitsgeste kann nur als sterile Aufgeregtheit bezeichnet werden. Denn erstens belässt das Europäische Parlament die notwendige politische Arbeit bei der Kommission und zweitens wird in der Pressemitteilung gleich darauf hingewiesen: es handelt sich um eine **Nichtbindende Resolution** (REF: 20120118IPR35648). Oder mit anderen Worten: eine parlamentarische Initiative für die politische Mülltonne.¹⁶⁸ Da hilft es auch nicht viel, wenn diese parlamentarische Initiative den Vorschlag enthält, das Jahr 2014 zum Europäischen Jahr gegen Lebensmittelverschwendung zu erklären.

Damit erklärt sich notfalls sogar die Agrar-Lobby in Brüssel einverstanden. Denn deren Augenmerk ruht längst auf dem hochpolitischen Thema **Neo-Kolonialismus** im klassischen Sinne: mit militärischer oder struktureller Gewalt (Finanz- und Handelspolitik)

werden die im Norden fehlenden Rohstoffe des Südens angeeignet bzw. die dortigen Märkte okkupiert. Das gilt inzwischen allerdings nicht alleine für die klassischen Länder des Nordens (Westeuropa, Nordamerika, Japan). Es gilt längst und immer stärker auch für Mitglieder der BRICS-Gruppe, ganz besonders für die VR China (wobei Volksrepublik als Begriff in sein absolutes Gegenteil gewendet wurde und „dem Volk“ hier



168 <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20120118IPR35648/html/Parlament-will-Lebensmittelverschwendung-in-der-EU-stoppen>

keine Mitverantwortung für den chinesischen Neo-Kolonialismus angeheftet werden soll). Besonders ein Aspekt ist in diesem Zusammenhang hochbrisant, die Strategie des Land grabbing, vornehmlich zur späteren Nahrungsmittelproduktion. De facto handelt es sich um modernen Kolonialismus im Rahmen der „freien Marktwirtschaft“. Die zweifellos extremste Form des land-grabbing ist die der militärischen Invasion, wie Russland es mit der Krim bzw. in der Ukraine praktiziert hat. Die Krim-Okkupation war eine Aktion „heim ins russische Reich“. Aber wie nennen wir Putins gezielte spektakuläre Markierung des arktischen Meeresbodens am Nordpol mit der russischen Flagge? Wegen der vermuteten großen Erdgas- und Öl-Lager unter dem schmelzenden arktischen Eis bahnt sich hier ein wirklich großer Konflikt mit den USA und Canada an, ebenso mit Dänemark und Norwegen, die alle längst an der Ausweitung der 200 Meilengrenzen an ihren jeweiligen Festlandssockeln arbeiten. Bei der Krim haben die westlichen Staaten noch tatenlos zugeschaut. Bei der Arktis wird land-grabbing für die westlichen Staaten zu einem echten „issue“, denn keine der beteiligten Regierung wird einer anderen Konzessionen machen wollen solange ihnen die großen Ölkonzerne im Nacken sitzen. In den baltischen Medien lautete die Überschrift: *Putin`s Landgrab alarms Baltics* (The Baltic Times, 26.3.2014). Aber der baltische Blick reichte nur bis zur Krim, nicht bis zum Nordpol. Eine andere Form des land-grabbing erscheint weniger aggressiv, weil noch besser mit den Prinzipien der sogenannten freien Marktwirtschaft übereinstimmend: der Ankauf großer Land- und Waldflächen durch Kapitalgesellschaften (Hedge-Fonds, Rentenfonds, Saatgut- oder Nahrungsmittelkonzerne) in strukturschwachen Regionen. Strukturschwache Regionen finden sich in jedem der baltischen Länder. Es sind oft die Gegenden der Biobauern (s.o., S.280ff). Weder die 3 nationalen Regierungen noch „Brüssel“ haben sich je wirklich als Alliierte der Öko-Höfe erwiesen, deren Lage sich jährlich weiter zuspitzt. Weil Ökobauern sogar mit vielen administrativen Auflagen (Zertifizierung) und finanziellen Hemmnisse belastet werden, enden immer mehr von ihnen im Bankrott. Dann sehen sie sich gezwungen, ihr langjährig aufbereitetes Ökoland an Kapitalgesellschaften zu verkaufen, die inzwischen nicht nur in Afrika, sondern auch in Brandenburg und Polen und Lettland und Litauen u.a.m. spekulatives „land grabbing“ betreiben. Der *Bodenatlas* vom Januar 2015 ist zwar eine erste Schätzung, wie es weltweit um land-grabbing steht, aber er zeigt einen sehr dramatischen Prozeß des Neo-Kolonialismus, an dessen Spitze die EU steht.¹⁶⁹

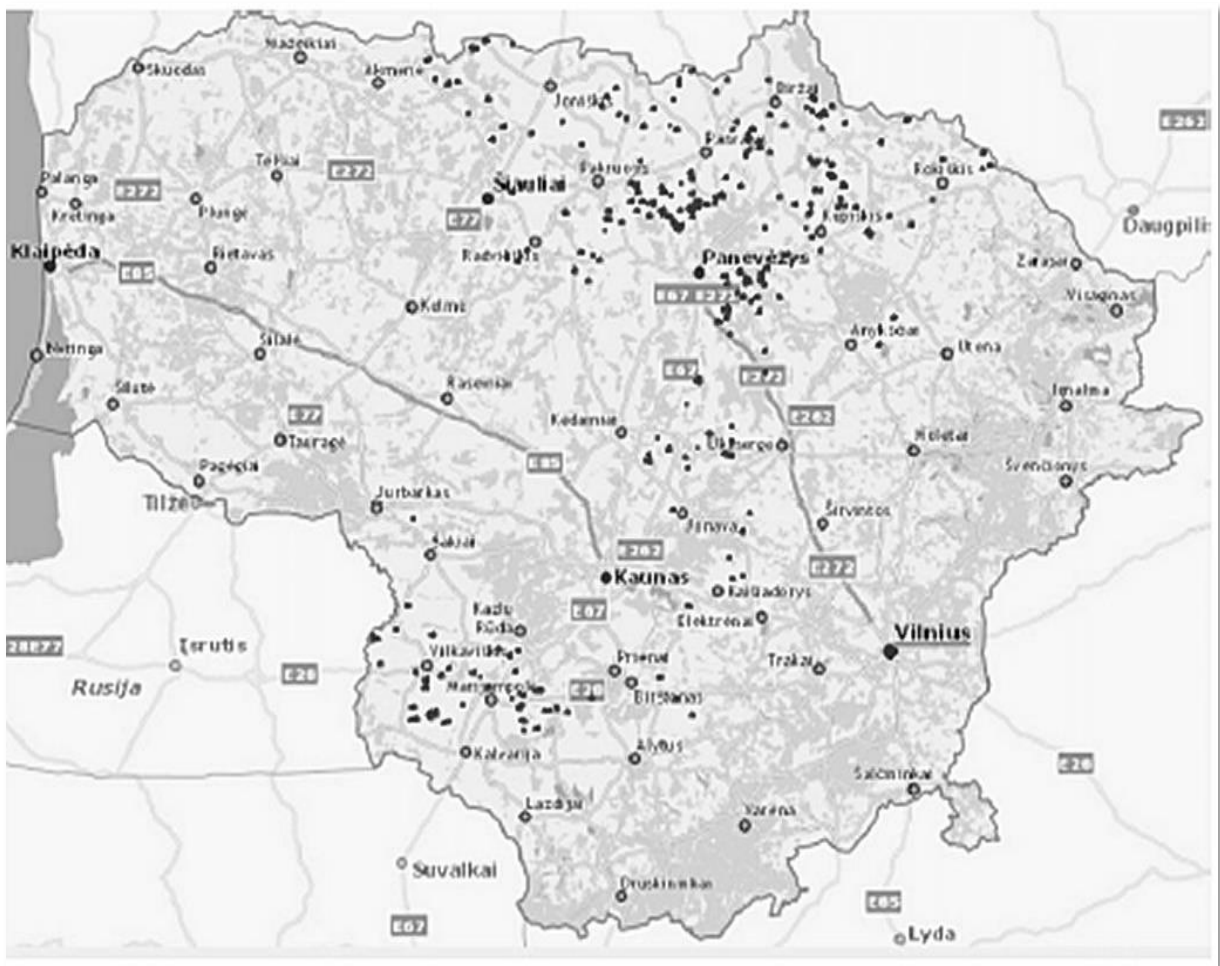
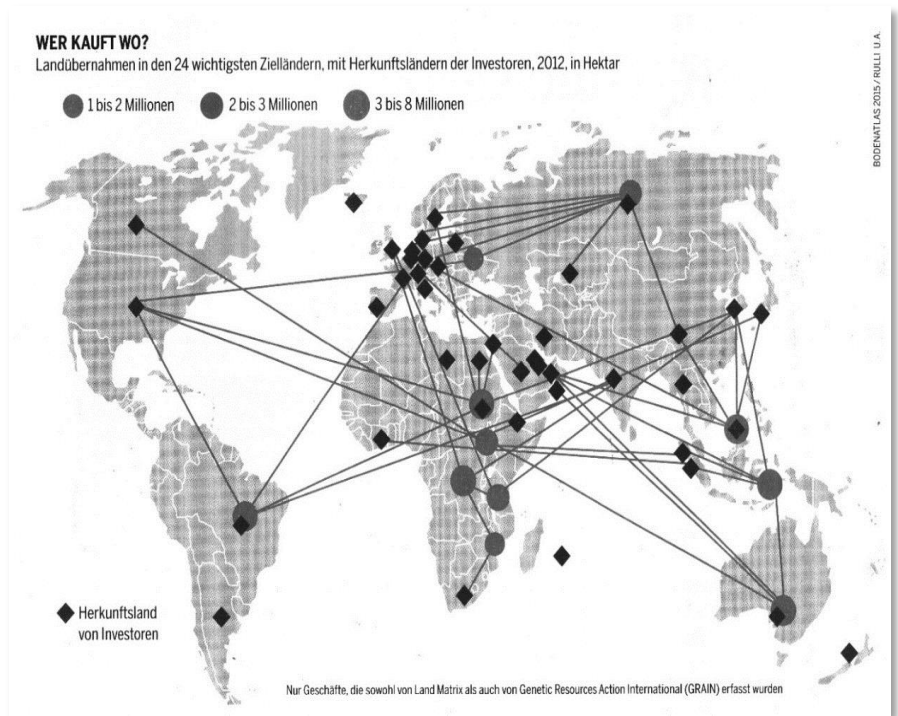
Wenn strukturschwache Region in Deutschland schon nicht im öffentlichen Interesse geschützt werden, dann noch weniger in den baltischen Staaten. Die strukturellen Schwächen der baltischen Staaten erleichtern Investoren marktwirtschaftliches Land-grabbing im Baltikum, und besonders einladend sind die erheblich niedrigeren Preise für Hektar Agrarland in Lettland oder Litauen verglichen mit den Niederlanden, Belgien oder gar Malta. Und als Sahnehäubchen greift die gleiche EU-Agrar-Subventionspolitik. Obwohl in allen drei baltischen Ländern restriktive Erlasse zur Begrenzung des Ankaufs von Agrarflächen vorliegen, sind durchaus Aufkäufe von 1.000 ha und mehr im fruchtbaren Norden und Süden Litauens oder im lettischen Kurland bekannt.

169 Heinrich-Böll-Stiftung et al.: *Bodenatlas 2015*, Berlin

Land-grabbing als globales Phänomen

Die Besitzverhältnisse sind ggfls. hinreichend verschachtelt und bilden keinen formalen Verstoß gegen die nationalen Erlasse.

Litauen aus der Sicht des Investment Fonds INVL Baltic Farmland (jeder Punkt = 1 Landkaufobjekt)



Bei Land-grabbing geht es in erster Linie um den Boden (vor allem Agrarland zur Nahrungsmittelproduktion). Es kann aber auch um die Positionierung ausländischer Interessenten im nationalen Territorium gehen. In solchen Fällen zählt auch der

strategische Ankauf von Immobilien zum land-grabbing. In solchen Fällen lässt sich der strategische Immobilien-Erwerb chinesischer Investoren in Lettland auch als besondere Variante von land-grabbing verstehen.

Woran Agrar- und Lebensmittellobby bei diesen politisch, ökonomisch, sozial hochbrisanten Fragen keine Gedanken verschwenden, sind die interdependenten Beziehungen der Biosysteme unserer Erde, von denen die Menschen nur einen winziger Teil stellen. Dieser winzige Teil kann sich allerdings nicht aus sich selber heraus erhalten, sondern existiert nur, weil es die anderen Biosysteme gibt, deren Massen auf den Kontinenten und in den Ozeanen sich zu einem interessanten Vergleich aufstellen lassen mit der Frage, was wird passieren, wenn mit den globalen Agrarflächen und den Ozeanen weiterhin im großen Maßstab destruktiv umgegangen wird? Die Verschiebung dieser Biomassen wird kaum ohne direkte Auswirkungen auf die Menschen bleiben.

Die globalen Biomassen ¹⁷⁰

● **Biomasse auf dem Festland: 2.500 Mrd. Tonnen**

grüne Pflanzen: 1000 Mrd. Tonnen

Mikroorganismen (hauptsächlich unterirdische): 800 Mrd. Tonnen

Wildtiere auf dem Festland: 1 Milliarde Tonnen

Insekten: 0,9 Mrd. Tonnen

Ameisen: 0,4 Mrd. Tonnen

Säugetiere, Vögel, Reptilien, Amphibien: 0,1 Mrd. Tonnen

Masse aller Nutztiere auf dem Festland: 1 Milliarde Tonnen

● **Biomasse in den Ozeanen: 1.000 Mrd. Tonnen**

Mikroorganismen (hauptsächlich auf dem Meeresboden): 20 Mrd. Tonnen

Phytoplankton (pflanzlicher Teil des Planktons): 10 Mrd. Tonnen

Fische: 1,4 Mrd. Tonnen

Krill: 0,06 Mrd. Tonnen

Wale: 0,03 Mrd. Tonnen

● **Masse aller Menschen: 0,4 Mrd. Tonnen.**

Das führt zu der schlichten Erkenntnis: Die doppelt so große Masse an Insekten beispielsweise kann sicher weitere Millionen Jahre auch ohne den Menschen existieren; der Mensch ohne die Insekten plus deren Lebensräume wohl kaum. Die Interaktionen der differenten Biomassen auf dem Festland sind grob bekannt; bei den Ozeanen tappen auch die Fachwissenschaften noch zum ganz großen Teil im Dunkeln – und noch viel weniger gibt es ein ausreichend holistisches Verständnis von den Interaktionen im Meer. Und dennoch werden große Teile der Biome des Festlandes und der Ozeane im Namen der „freien und globalen Marktwirtschaft“ immer schneller zerstört.¹⁷¹ Gegenwärtig wird zudem angesichts der gewaltigen „ungenutzten“ Biomassen die Forschungsschiene ausgebaut, die klären soll, wie auch

170 Die folgende Zusammenstellung übernommen von: <http://www.brefeld.homepage.t-online.de/>

171 In der arktischen Tiefsee haben Forscher eine enorme Vielfalt von Lebensformen entdeckt, darunter Arten, die nie zuvor beobachtet wurden. Zugleich aber befürchten die Wissenschaftler eine Zerstörung des einzigartigen, isolierten Ökosystems im Kanadischen Becken. (vgl. SPIEGEL ONLINE, 02. August 2005: Eisiges Ökosystem. Arktische Tiefsee wimmelt von Leben)

für die Industrieländer das „Übermaß“ an Insekten, Ameisen, Mikroorganismen für die menschliche Nahrung aktiviert werden kann. Manche Wissenschaftler erinnern mit leiser Stimme zwar noch an die Unmengen täglich vernichteter Nahrungsmittel, die vor allem genutzt werden müßten. Noch andere sehen die nächste Groß-Katastrope auf die Menschheit zukommen, wenn genau die Insekten und andere Mikroorganismen, die bisher die natürliche Nahrungskette bilden, die beim Menschen endet, an etlichen Stellen durch neue „Inwertsetzung“ unterbrochen werden soll. Man sollte sich allmählich an den Satz in Pascal Mercier's Roman „Nachtzug nach Lissabon“ erinnern, den ich etwas frei abwandle: *Wenn die Dummheit unserer politischen Eliten zur Diktatur wird, wird Revolution zur Pflicht.*

Textilien: billig, weil ausgelagert und tödlich

Die vorliegenden Analysen und Erkenntnisse machen mehr als deutlich, daß das von Politik und Wirtschaft geforderte Wirtschafts-Wachstum im Kern ein Wachstum der Selbstzerstörung, des etablierten Neo-Kolonialismus und der systematischen Vernichtung von Lebensraum darstellt. Das schließt auch den typischsten Wirtschaftssektor der globalisierten Ökonomie ein, den Textilsektor. Dazu zählt insbesondere der Bekleidungssektor. Einerseits geht es um die verlängerte Werkbank der Industriegesellschaften in den SÜDEN hinein, in Länder, wie Indien, China, Bangladesh, Kambodia. Hier nutzen Textilunternehmen und -Händler des NORDENS die Baumwollproduktion der SÜD-Länder, um Billigkleidung vor allem billig für die NORD-Märkte herstellen zu lassen. "Billig" war dann im April 2013 allerdings das falsche Wort als rd. 1.500 Frauen in einer dieser Textilfabriken in Bangladesh zu Tode kamen, weil das Dach einstürzte, vor allem, weil ihnen alle Fluchtwege vom Besitzer versperrt waren. Die Aufnäher, die man in den Trümmern fand, hießen C&A, Wal Mart, Mango und einige andere der bekannten Marken. Seit der Jahrtausendwende ist immer deutlicher geworden, daß es sich gerade bei den Billigtextilien sowohl um die Auslagerung sozialer Kosten als auch um extreme Menschenrechtsverletzungen handelt. Aber noch bevor die Textilfabriken ins Spiel kommen (Bangladesh oder Indien oder Türkei) geht es um den Agrarsektor der Kleinbauern und damit auch um die Auslagerung der ökologischen Kosten der Billigkleidungsproduktion.

Denn für die Erzeugung der Baumwollmenge eines einzigen T-Shirt werden etwa 2.000 Liter Trinkwasser eingesetzt. Trinkwasser, das damit der einheimischen Bevölkerung entzogen wird, was deswegen besonders zu Buche schlägt, weil Baumwolle in eher regenärmeren Regionen wächst und somit künstlich bewässert werden muß. Nicht selten versalzen als "Kolateralschäden" die Ackerböden aufgrund der künstlichen Bewässerung und starten die Verarmungsspirale. Kostenrelevant für die Baumwollproduzenten ist dann zudem der hohe Chemie-Einsatz: zunächst bei der Baumwollproduktion, wenn vor allem Insektizide, aber auch Pestizide bis zu 14 Mal pro Ernte versprüht werden; wenn das Baumwollsaatgut mit Quecksilberverbindungen gebeizt wird, um es resistenter zu machen und noch einmal chemische Produkte, wenn die Baumwollkapseln kurz vor der Reife mit Entlaubungsmittel (Typ Glyphosat) besprüht werden, damit sie schneller welken und sich öffnen und noch einmal kommen chemische Produkte zum Einsatz für die von

Europa gewünschten „used Jeans“, die künstlich gealtert werden durch Bleichen oder durch Sandstrahl.

Den indischen Kleinbauern – die Mehrzahl der Baumwollproduzenten – wurde von der Saatgutindustrie des NORDENS gentechnisch veränderter Baumwollsaamen angeboten. Der Ertrag lag zunächst höher. Aber die Kosten für den gentechnischen Samen sind auch erheblich höher als in der traditionellen Anbauform. Der Kleinbauer muß einen Kredit aufnehmen, um die teureren Hybridsamen jedes Jahr neu zu kaufen (ähnlich wie bei dem Designer-Saatgut, gegen das sich die europäischen (deutschen) Kleinbauern zunehmend wehren). Sollte die Ernte nicht wie erwartet ausfallen oder von Tieren oder anders zerstört werden, gerät der Kleinbauer schnell in die Situation, daß er sein Land zur Schuldentilgung verkaufen muß. Damit rutscht er in einem Land wie Indien schnell noch tiefer in die Armutsfalle. Diese komplexe Situation der kleinbäuerlichen Baumwollproduzenten haben inzwischen mehrere internationale NGOs oder Forschungsinstitute untersucht, um klarere Argumente für den Vergleich zwischen der chemisierten Landwirtschaft und der weitgehend traditionellen, organischen Landwirtschaft zu finden. Das schweizer Forschungsinstitut für biologische Landwirtschaft (FiBL) ist eine solche Forschungseinrichtung. FiBL hat eine Langzeitstudie (2007-2010) zur Frage durchgeführt, wie sich ökonomisch-ökologischer Aufwand und Ertrag im Falle der indischen Baumwollproduzenten zueinander verhalten. Eine der zentralen Erkenntnisse aus der Studie lautet:

Ökonomisch betrachtet schnitten die biologischen und konventionellen Systeme gleich gut ab: biologische Landwirte haben nach Abzug der 38 Prozent tieferen Produktionskosten gleich viel in der Tasche wie ihre konventionellen Kollegen. Somit kann Biobaumwolle mit weniger Kapital produziert werden, was die Abhängigkeit von Krediten und die Gefahr von Schulden reduzieren kann.

Die andere Erkenntnis ist allerdings noch wichtiger:

Baumwolle wird nicht jedes Jahr auf der gleichen Fläche angebaut, denn für die nachhaltige Produktion braucht es eine gesunde Fruchtfolge. Im Jahr nach der Baumwolle werden Soja und Weizen angebaut. Die Resultate zeigen, dass die Erträge von Soja und Weizen in den biologischen Produktionssystemen zwar 7 und 15 Prozent niedriger liegen, aber die um 66 und 49 Prozent niedrigeren Produktionskosten führten zu vergleichbarer Rentabilität (Weizen) oder sogar leicht höherer (Soja) pro Fläche in den Biosystemen.¹⁷²

Seit den Zeiten der sog. "Grünen Revolution" haben die Saatgutkonzerne und die Agrarchemie des NORDENS die eindimensionale Propaganda verbreitet "viel Chemie hilft viel" und viel Gentechnik und Hybridsaatgut ebenso. FiBL liefert erneut den Nachweis, daß es immer nur zu einem sehr kurzfristigen Ernteboom, aber einer sehr langfristigen Abhängigkeit vom NORDEN führt, wenn die Baumwollproduktion

172 Dionys Forster, Christian Andres, Rajeev Verma et al: Yield and Economic Performance of Organic and Conventional Cotton-Based Farming Systems – Results from a Field Trial in India, Published: December 04, 2013; s. auch: PLOS ONE | www.plosone.org 1 December 2013 | Volume 8 | Issue 12 : zusammengefaßt lautet die Erkenntnis : Averaged across all crops, conventional farming systems achieved significantly higher gross margins **in cycle 1** (+29%), whereas **in cycle 2** gross margins in organic farming systems were significantly higher (+25%) due to lower variable production costs but similar yields

chemisch oder gentechnisch stimuliert wird und sich diese Denkweise dann im Verarbeitungsprozeß der Baumwolle zu Billigkleidung fortsetzt.

Ähnlich wie bei der Lebensmittelproduktion („Abfall“) gibt es beim Thema Billigkleidung eine Rückseite. Sie heißt **Altkleider-Entsorgung**. "75 Prozent ist Müll", sagt Markus Tieseler, der Verantwortliche für alle Kleiderkammern des DRK in Hamburg. Er beobachtet seit Jahren eine ständig sinkende Qualität der Altkleider. Die Hauptursache dafür sieht Tieseler darin, daß Kleidungs-Discounter und Billigketten oft von vornherein minderwertige Ware anbieten. "Das ist Saisonware, Wegwerfware. Die waschen Sie zwei, drei Mal, und dann ist das einfach ausgeleiert und nicht mehr brauchbar." ¹⁷³

Organisationen wie FEMNET oder Clean Clothes Campaign arbeiten seit etlichen Jahren gegen diesen gesamten Komplex der Billigkleidung und konfrontieren dabei vor allem solche Billigkleider-Discounter, wie KiK, LIDL, ALDI mit der nicht übernommenen Mitverantwortung für sozial gerechte und ökologisch verträgliche Produktionsverfahren im SÜDEN. Eine Recherche, die FEMNET Ende 2011 über die Arbeitsbedingungen bei zehn Zulieferbetrieben von Aldi, Lidl und KiK im Billiglohnland Bangladesch in Auftrag gab, kam zu dem ernüchternden Ergebnis:

Menschenunwürdige Arbeitsrechtsverletzungen gehören auch weiterhin zum Arbeitsalltag der NäherInnen. Die Mehrheit der ArbeiterInnen besitzt keinen Arbeitsvertrag, Überstunden sind aufgrund der hohen Produktions-Solls obligatorisch und werden nicht korrekt bezahlt. Gewerkschaftliche Organisation wird nach wie vor unterbunden und geschlechtsbedingte Diskriminierung von Frauen, von verbalen Drohungen bis hin zur sexuellen Misshandlung, gehört auch weiterhin zum Alltag in den Fabriken. ¹⁷⁴

FEMNET und ähnlich ausgerichtete NROs wollen inzwischen Billigkleidungs-Discounter in die Pflicht nehmen. Sie sehen als dafür notwendige Schritte zur Durchsetzung sozialer Unternehmensverantwortung vor allem eine gesetzlich verankerte Haftung von Muttergesellschaften für Menschenrechtsverletzungen und für Umweltschäden, auch wenn diese Schäden (formal) durch Tochtergesellschaften und Zulieferer im Ausland verursacht wurden. Und darüber hinaus fordern die NROs, daß den betroffenen Bauern und vor allem den Näherinnen der Zugang zum europäischen Rechtsweg geöffnet wird - als Betroffene. ¹⁷⁵

Selbst Regionalzeitungen widmen sich immer wieder diesem Thema, insbesondere wenn unübersehbare Katastrophen aus den prekären Arbeitsbedingungen in der Billigindustrie das gesellschaftliche Gewissen im NORDEN ein bisschen berühren. *Industrialisierung bedeutet beides: Fortschritt, aber auch neues Elend. Diese beklagenswerte Seite sieht so aus: Die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Textil-, Schuh- und Handyfabriken erhalten oft Löhne, die für sie und ihren Familien nicht zum Leben reichen. Sie arbeiten deshalb*

173 DAS ERSTE (TV), SENDETERMIN So, 20.01.13 | 17:00 Uhr: *Der Altkleiderirrsinn - Entsorgung statt Spende*

174 FEMNET (Feministische Perspektiven auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft): Billig um jeden Preis. Aktuelle Untersuchung der Kampagne für Saubere Kleidung, 09.01.2012; s. <http://www.femnet-ev.de/index.php/de/themen/ccc-kampagne/discounter-kampagne/97-billig-um-jeden-preis-aktuelle-untersuchung-der-kampagne-fuer-saubere-kleidung>.

175 Franziska Humbert, in: TAZ-Beilage der Kampagne für Saubere Kleidung, 23.10.2010

bis zu 70 Stunden pro Woche. Hunderte teilen sich eine Toilette, Dutzende den Schlafsaal im



Wohnheim. In den Fabriken fehlen Notausgänge, Feuerlöscher und Belüftungsanlagen. Nicht selten werden die Arbeiterinnen von ihren Vorgesetzten erniedrigt.¹⁷⁶ Auch solche Berichte dürften beim Leser ein Bewußtsein dafür schärfen, daß die auf immer mehr Wachstum ausgerichtete liberale Marktwirtschaft im modernen Kolonialismus ihre Voraussetzungen hat.

Rana Plaza (Bangladesch, April 2013), implodierte Textilfabrik, eine der ganz großen Katastrophen in der Auslagerungs-Beziehung zwischen NORD und SÜD ¹⁷⁷

Textil-Produktion innerhalb der EU könnte auch anders funktionieren

Um Nachhaltigkeit für diesen Industriesektor zu sichern, muss sich die Politik in Lettland und in Litauen und die Kommission in Brüssel ernsthaft mit den Unternehmen auseinandersetzen, die ihre Werkbänke in den SÜDEN hinein verlängern, in Länder, wie Indien, China, Bangladesch, Kambodia. Jedermann weiß, daß die dortigen sozial und ökologisch inakzeptablen Billigproduktionen zur strukturellen Schwächung solcher traditionell hochwertigen Industrieprodukte, wie Lettlands oder Litauens Textilien beigetragen. Und ebenso Deutschlands.

Traditionell und in geschrumpften Maße existiert bis heute ein früher hochgeschätzter Textilsektor auch im baltischen Kernland. Am bekanntesten ist die lettische Leinenproduktion und Leinenverarbeitung. Aber die internationalen Textil-Messen in Riga und Vilnius gehen inzwischen bei Material und Design deutlich über die klassische Leinen-Palette hinaus, verarbeiten zwar immer noch einheimischen Flachs, aber längst auch einheimische Kunstfasern.

Gleichzeitig läßt der europäische Markt-Liberalismus zu, daß Italiens Textil-Hauptstadt *Prato* bei Florenz immer mehr eine chinesische Stadt europäischer Textilprodukte wird. Denn Chinas Staatskonzerne investieren nicht mehr nur in vielen europäischen Industriebranchen (darunter Textilien), um legal den Zugriff auf technisches Know How und die Handelsmarken zu erlangen. Im Fall Prato werden die offiziell und inoffiziell eingeschleusten chinesischen Arbeitskräfte schon auf 50.000

176 Badische Zeitung, 27.11.2012: Brand einer Textilfabrik. Bangladesch – Die Schattenseite der Globalisierung

177 <http://www.labourbehindthelabel.org/urgent-actions/item/1140-bangladesh-building-collapse-kills-over-80-workers-primark-and-mango-labels-found>. Dazu auch die gesammelten Erfahrungen der sehr aktiven Sprecherin von FEMNET, Gisela Burckhardt, in ihrem Buch „Todschild. Edle Labels, billige Mode – unmenschlich produziert“ (Nov. 2014)



geschätzt. Sie arbeiten in Italien nach chinesischen Sozialstandards, aber ihre Produkte erhalten den Aufnäher „Made in Europe“ oder „Made in Italy“.

*Leinen Produkte aus Lettland
2015*

Ob das Lenin-Zitat "Die Kapitalisten werden uns auch noch den Strick verkaufen, an dem wir sie aufhängen ..." nun echt ist oder nicht - im Baltikum

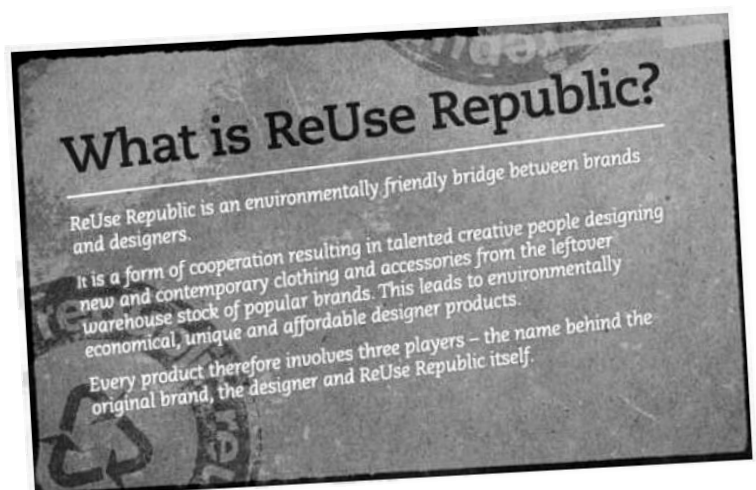
kennt man noch diesen Ausspruch und die einen sehen mit ziemlicher Sorge auf Entwicklungen wie in *Prato*, weil sie in wenigen Jahren für ganz Europa noch gravierendere wirtschaftliche Probleme nach sich ziehen werden als die schon erfolgte Demontage baltischer und anderer europäischer Qualitätsware. Andere sind im engeren Sinne besorgt, weil eine „italienische Billigproduktion“ noch mehr Rohstoffverschwendung bedeutet, da es sich in großen Teilen und gezielt um Wegwerfprodukte handelt und die dritte Gruppe zählt zu eben den Kapitalisten, die gerne noch ein Stückchen Strick verkaufen möchten. Sie sehen nicht den Ast, an dem sie aufgehängt werden könnten.

Allerdings ist beim Thema Textilien nicht nur die nationale Regierung oder die brüsseler Kommission angesprochen, sondern vor allem auch der gesamteuropäische Kunde - und zwar mindestens zweifach: zum einen wirft er/sie unnötig schnell mit den Billigprodukten auch sein eigenes Geld in die Tonne, wenn er sich freiwillig den Werbekampagnen des überhasteten Modewechsels unterwirft. Zum anderen arbeiten immer mehr engagierte NROs an mehr Sensibilisierung der Kunden zum Boykott der „Billigproduktionen“ als Protest gegen die inakzeptablen Produktionsbedingungen in den genannten und einigen weiteren Ländern (Türkei).

Im Baltikum gibt es Initiativgruppen, die sich der angesprochenen Problematik in den Billiglohnländern sehr wohl bewusst sind und dagegen steuern.

„*Reuse Republic*“ in Estland ist eine solche Initiative, die im eigenen Lande den ersten wichtigen Schritt tut: die Mitglieder arbeiten ausgemusterte Markenartikel auf („altmodisch“, „vergangene Saison“), nutzen die Materialien, verändern das Design etc.

Initiativen, wie *Reuse Republic*, sind auf dem richtigen Weg. Sie müssen nur noch den zweiten Schritt tun.



Der hat mit den Menschen und den geschilderten Lebensbedingungen in den Billiglohnländern selbst zu tun.

Das alles bedeutet, daß der Ausstieg aus einer Baumwollproduktion, die ohnehin nicht im Interesse des „Billiglohnlandes“ selbst liegt und stattdessen die Hinwendung zu einer sinnvollen Nahrungsmittelproduktion für das Erzeugerland und seine Menschen echten entwicklungspolitischen Profit abwerfen kann. Gleichzeitig ließe sich prinzipiell in einem Land wie Lettland das dortige traditionelle Qualitätsniveau seiner Textilindustrien erhalten oder neu strukturiert wieder aufbauen. Es wäre eine Win-Win-Situation für die Weltgesellschaft, vielleicht nicht für die Eigentümer von KiK oder ADIDAS.

Elektronik: Paradigmenwechsel noch nicht auf Schrott gebaut

„Going green“ gilt viel zu wenig im Nahrungsmittelsektor oder im Textilsektor bzw. allgemein für die organische Welt - aber noch viel weniger für den Indikator des Paradigmenwechsels der modernen Wirtschaft: den Elektroniksektor. Denn „die allerneuesten“ smartphone-, Tablett-Modelle oder singenden Kühlschränke und sprechenden Waschmaschinen oder Kaffee-kochenden Uhren werden schon beworben, kaum daß die neueste Gerätegeneration am Markt erschienen ist. Damit ist das neueste Produkt am Markt schon potenzieller Elektro- und Elektronikschrott in dem Moment, in dem es in den Markt entlassen wird. Die Folgen und zwangsläufigen Befürchtungen beschreiben UN-Quellen entsprechend:

“The global volume of electronic waste is expected to grow by 33% in the next four years, when it will weigh the equivalent of eight of the great Egyptian pyramids, according to the UN's Step initiative, which was set up to tackle the world's growing e-waste crisis. Last year (2012) nearly 50m tonnes of e-waste was generated worldwide – or about 7kg for every person on the planet. These are electronic goods made up of hundreds of different materials and containing toxic substances such as lead, mercury, cadmium, arsenic and flame retardants. An old-style CRT computer screen can contain up to 3kg of lead, for example.

178

Ausschließen lässt sich im Elektronik-Sektor fast vollständig jeglicher Anflug von “going green” aufgrund der direkten Verknüpfung von Rohstoffausbeutung in Südländern mit der Produktion der Speicherelemente für Mobilphones, PCs, Waschmaschinen, Autos etc.. Ebenso wegen gezielt immer kürzerer Lebenszyklen dieser Geräte; wegen entsprechend immer schneller anwachsender Elektroschrott-Müllberge und schließlich wegen der „entsorgenden“ Verschiffung des E-Mülls in die Armenviertel der Großstädte des Südens – also ein ganz eigener globaler Recycling-Prozeß.

Ende 2013 hat das MIT die Problemtiefe für die USA deutlich gemacht. In einer MIT-Untersuchung finden sich Sätze, wie dieser: “The shelf life of a mobile phone is now less than two years, but the EU, US and Japanese governments say many hundreds of millions are thrown away each year or are left in drawers. In the US, only 12m mobile phones were collected for recycling in 2011 even though 120m were bought.

Meanwhile, newer phone models are racing on to the market leaving old ones likely to end up in landfills."¹⁷⁹ Diese "likeliness", diese hohe Wahrscheinlichkeit, daß noch mehr Elektronikschrott entsteht, beschleunigen Google und Facebook inzwischen mit dem elektroni-schen (Kriegs-) Spielzeug, mit Solardrohnen: zu dem Zweck hat Google den US-Solardrohnen-Hersteller *Titan Aerospace* gekauft und geht dabei von einer zusätzlichen mil-lionenfachen Inter-net-Kundschaft aus – insbesondere in ländlichen Ge-genden, insbeson-dere in sog. Ent-wicklungs-län- dern.¹⁸⁰

*Elektroschrott-
sortierplatz in einem
afrikanischen Dorf:
Schrott vom Schrott
ist, was dort bleibt
(The Guardian,
16.12.2013)*



Estland ist sehr stolz auf seine Elektronikindustrie. Sie ist in erster Linie Zuliefer-industrie für skandinavische Unternehmen mit der typischen Kette: der schwedische Telekommunikationsriese Ericsson vergibt Aufträge an das finnische ET-Unternehmen Elcoteq. Elcoteq betreibt wegen niedriger estnischer Steuerbelastung und wegen Lohnvorteilen eine estnische Filiale, Elcoteq Tallinn/ET, die den Ericsson-Auftrag fertigen oder montieren soll. Wenn Ericsson hustet, bekommt Elcoteq Tallinn natürlich eine Lungenentzündung. Bisher hat diese Kette allerdings auch Krisen immer wieder gemeistert, so daß auch die estnischen ET-Unternehmen weiterhin einen guten Platz in der estnischen Handelsbilanz einnehmen.

So erfreulich die Eröffnung neuer Produktlinien und der Einstieg Estlands in moderne Marktsegmente ist, so unklar bleibt – wie in der gesamten EU –, was mit dem elektronischen Altmaterial (elektronischer Schrott) passiert. Die Europäische Umwelt Behörde (EEA) räumt ein, daß sie kaum über verlässliche Daten zum Thema elektronischer Schrott verfügt. Vor allem nicht über den Export desselben in Süd-Länder. EEA illustriert in ihrem Bericht „*Movements of waste across the EU's internal and external borders*“ (2012) lediglich einzelne Beispiele: *15 000 tonnes of colour televisions were exported from the EU to African countries in 2005. According to EU trade statistics, these sets had an extremely low average value of EUR 28 per unit, indicating that they were used rather than new. Such old products are not always fully functional; they are*

179 MIT-paper: „Quantitative Characterization of Domestic and Transboundary Flows of Used Electronics: Analysis of Generation, Collection, and Export in the United States“, Dez. 2013

(http://www.step-initiative.org/tl_files/step/_documents/MIT-NCER%20US%20Used%20Electronics%20Flows%20Report%20-%20December%202013)

180 Tagesschau.de, 15.4.2014: Google kauft Solardrohnenhersteller

likely to end up as WEEE after a short time in use. In other words, WEEE (Waste electric and electronic equipment) is exported as used products out of the EU and is therefore not registered as e-waste. The export of WEEE to non-OECD countries is illegal whereas the export of used goods is permitted.

Da auch in Estland keine signifikanten Recycling-Betriebe für den in hohem Maße toxischen elektronischen Schrott tätig sind, muß angenommen werden, daß es sich in beiden Nachbarländern ähnlich verhält und die immer weiter ansteigenden Mengen an elektronischem Schrott ebenfalls nach Afrika oder nach SO Asien verschifft werden. Dabei wäre eine moderne Recycling-Industrie in einem der baltischen Länder mit ihrer strukturschwachen Nationalökonomie durchaus ein attraktives und vor allem sinnvolles Geschäftsmodell. Denn das Problem „Elektronischer Schrott“ gehört in allen Industrieländern eindeutig zu den ungelösten großen Herausforderungen („von der Wiege bis zur Wiege“).

Gerade für Estland könnte als weiteres elektronisches Standbein die Beteiligung an Produkten wie *Fairphone* (statt Smartphone) sinnvoll und machbar sein. Das Fairphone wird bisher von einem kleinen Betrieb in Amsterdam in chinesischer Kooperation mit drei zentralen Merkmalen produziert, die es von den marktüblichen bei Samsung oder Google unterscheiden:

- Faire (soziale und ökologische) Produktionsbedingungen durch kontrollierte Vereinbarungen mit dem chinesischen Produzenten
- Verwendung konfliktfreier Rohstoffe (d.h., durch die beteiligten Minen werden keine Bürgerkriege in Afrika finanziert)
- Müllvermeidung durch Haltbarkeit, lang wählender Wartungsservice und Reparaturfreundlichkeit.

Wenn anstelle eines chinesischen Produzenten ein estnischer träte, wäre es insgesamt für die europäische Wirtschaft von Vorteil und von Estland erwarten die europäischen Bürger eher, daß die genannten drei Merkmale auch erfüllt werden.

Die Frage muss derzeit noch offen bleiben, weshalb diese Idee eines „Fairphone“ und weiterer „fairer“ elektronischer Produkte nicht schon in einem kleinen, aber sehr innovativen Land, wie Estland entwickelt wird. Estland ist das Elektronik-affinste unter den baltischen Ländern. Dort wurde Anfang 2000 „Skype“ geboren, entwickelt, mit Schweden gemeinsam produziert und später an Microsoft verkauft. In Estland wurde die Bevölkerung früher als sonst irgendwo in der EU mit elektronischen Parlamentswahlen, mit der elektronischen Abgabe der Steuererklärung, dem Bezahlen der Parkuhr per Handy und anderen ähnlichen elektronischen Verfahren vertraut gemacht. Estland zeigt innerhalb der baltischen Gruppe, daß es keine Frage von Ländergröße oder Kapitalausstattung ist, wenn Politik, Wirtschaft und Bevölkerung sich bemühen, einen Entwicklungskonsens zu finden und gemeinsam in dieselbe Richtung zu marschieren. Und Estland könnte – zusammen mit Finnland und Schweden – sogar der wichtige europäische Stolperstein sein, damit in Kürze nicht der chinesische Konzern Lenovo alle wichtigen elektronischen Innovationen kontrolliert und – nach seiner starken Beteiligung bei Microsoft – zum globalen Monopolisten wird, der gar nicht erst einen Cyber-Krieg gegen Estland initiieren muss, weil eh alle Installationen schon chinesischer Kontrolle unterliegen. Vielleicht könnte Estland sogar die Technik des Hausbaus durch 3-D-Drucker weiterentwickeln, mit denen in

Shanghai, den Niederlanden und anderswo ganze Wohneinheiten gedruckt werden.....

Lektion 3:

Die große Transformation ist denkbar und grundsätzlich machbar - aber vor allem unabwendbar

Die historische Stufung, an deren aktuellem Ende wir stehen, ist oft genug beschrieben worden: klassischer Kolonialismus mit uneingeschränkter Ausbeutung; eingeschränkte Beteiligung ehemaliger Kolonien an der Weltwirtschaft; knappheitsbedingte Effizienzsteigerung in den OECD-Staaten hin zum aktuell geforderten qualitativen Wachstumsziel bei stärkster Entkopplung von Wirtschaft und Ressourcenverbrauch. Diesen Prozeß im Sinne globaler Nachhaltigkeit auszubauen und zu beschleunigen, ist eine unumkehrbare Notwendigkeit: Denn *About half of cumulative anthropogenic CO₂ emissions between 1750 and 2010 have occurred in the last 40 years* - stellt der 5. Weltklimabericht 2014 fest.¹⁸¹ Und es ist alles andere als ein konfliktfreier Prozeß. Ein Prozeß, der ebenso wenig konfliktfrei abläuft, wie alle die vorgenannten Entwicklungsperioden nie konfliktfrei abliefen - und schon gar nicht von Empathien getragen waren, wie man Jeremy Rifkins Buch „*Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein*“ (N.Y., 2010), dieser sehr seichten Vision einer neuen Weltordnung, entnehmen soll. Es sind gewissermaßen ceteris-paribus Aussagen, die Rifkin der politischen Klasse vorgaukelt, daß es sich nämlich bei dem drängenden Transformationsprozeß der Weltgesellschaft eigentlich um leichte Kost handele und die einzelnen Probleme sich nach und nach und einvernehmlich lösen ließen. Wenn der Amerikaner Rifkin nicht ein so viel gefragter Berater höchster Entscheidungsträger in den USA wie in Europa (z.B. Berlin) wäre, könnte man mit einem kurzen Stirnrunzeln über solche Montessori-Sätze hinweggehen, wie: „Kooperation siegt über Konkurrenz. Geteiltes Risiko und Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsam zugänglicher Informationen statt machiavellistischer Intrigen und Machtspiele werden zur Regel. ... Zum ersten Mal in der Geschichte scheint die Vorstellung eines wirtschaftlichen Altruismus kein Widerspruch in sich zu sein.“ (!?, S.26). Dem Mann scheinen weder die Begriffe Lobbyismus noch Korruption noch Kriege um Rohstoffe noch massive Rüstungsexporte auch gerade seines Landes bekannt zu sein, die seinen zivilisatorischen Empathiegedanken schon ad absurdum geführt haben bevor er ihn überhaupt ausgesprochen hat. Schließlich sind Wertekonflikte immer auch Verteilungskonflikte - und genau das steht im Kern der Großen Transformation. Allerdings: Wertekonflikte oder Verteilungskonflikte können auch Stimulatoren für gesellschaftlichen Wandel und kulturelle Innovationen sein, wie Ralf Dahrendorf schon in den 1950er Jahren postulierte. Und Konflikte lassen sich nur aufarbeiten unter Beteiligung aller Betroffenen. Rifkin ist eindeutig ein intellektueller und politischer Rückschritt gegenüber Analytikern, wie etwa Paul Raskin. Denn schon 10 Jahre vor

181 Der im April 2014 der Öffentlichkeit vorgelegte Klimabericht macht den Zwang zu Handel unmißverständlich deutlich: IPCC : Fifth Assessment Report (AR5), Berlin 7-12. April 2014 (Summary for Policymakers)

Rifkins *empathischer Zivilisation* wurde die Debatte über die große Transformation unseres Entwicklungsmodells durch eine Raskin-Studie und der interdisziplinären Global Scenario Group (GSG) angeregt.¹⁸² Dort lautet die zentrale These: Eine globale Übergangszeit hat begonnen – in den kommenden Jahrzehnten wird sich eine Art planetarische Gesellschaft entwickeln. Für GSG ist der Übergangsprozeß allerdings so unklar wie sein Ergebnis. Keine Zweifel haben die Forscher nur daran, daß es dabei zu sozialen /politischen /militärischen Konflikten kommen wird und das die Umwelt (spricht: die Rohstoffe) dabei eine entscheidende Rolle spielen. Je nachdem, wie diese Konflikte gelöst werden, kann sich eine planetarische Gesellschaft ausformen (die Vision, die auch der Club of Rome schon vorgetragen hatte). Das „je nachdem“ dieses Prozesses hat die GSG in unterschiedliche Szenarien aufgelöst. Das für sie wichtigste und zugleich dringlichste nennen sie: neues Paradigma der Nachhaltigkeit. Es stellt die Frage „Wie wollen wir leben?“ in den Vordergrund und erlaubt pluralistische Antworten.

Lebensqualität durch andere Lebensweisen

Junge Leute kommentieren oft genug, daß „ein Leben ohne *Youtube* gar nicht denkbar ist“. Andere haben Entzugserscheinungen gezeigt, wenn sie in Tests eine Woche oder gar drei ohne handy oder ohne smartphone existieren mußten. Auch „Fernsehen ist mega-out“. Und trotzdem ist einfaches Leben (sogar ganz ohne Elektronik) möglich. Es ist noch nicht einmal die Umschreibung für Armut. Jedenfalls nicht immer. Es kann auch die bewusst gewählte Alternative zu oktroyiertem Massenkonsum sein, bei dem ein Suppenhuhn nur noch aus einer mit viel Wasser ausgeschwemmten Körperhülle besteht und jede Innerei einzeln verkauft wird und die Knochen so weich sind, daß das Tier außerhalb seiner Käfigzelle gar nicht mehr hätte existieren können. Oder wo Trinkwasser vom Supermarkt aus der Plastikflasche genau so wenig nach reinem Wasser schmeckt, wie das mit Chlor und Fluor angereicherte Kranwasser in einem Industrieviertel, das schon 6- oder 7-mal recycelt wurde und außerdem immer häufiger durch medizinische Abfälle belastet bleibt.

Es mag sein, daß es in den Megastädten gar nicht mehr anders geht. Aber etwas von dem Lebensstil, der z.B. in der alten Römerstadt Andernach am Rhein mit viel (internationaler) Publicity als „Essbare Stadt“, als revolutionär anderer Lebensstil neu entdeckt wird, ist im ländlichen Lettland und Litauen und Estland als tradierter Lebensstil sogar noch vorhanden. Er muß nicht neu erfunden werden (das haben übrigens die regionalen Wanderungen mit der Geographischen Gesellschaft in Lettland ganz eindeutig gezeigt).

Im *Essbaren Andernach*, vor der alten Burgmauer, mitten im Stadtzentrum ernten Bürger Gemüse aus dem Burggraben, das zu Hause top-frisch auf den Tisch kommt: Zwiebel, Salat, Kohlrabi, Tomaten. Und nicht, weil sie arm wären. Das Projektziel heißt: die Stadt selber zum Mittelpunkt einer neuen Lebensqualität zu machen. Denn es geht nicht nur um den neuen Blick der Bürger auf ihre Stadt, um die neue (Be-)Nutzung ihrer Grünanlagen; es geht zugleich um die Wiederentdeckung der

182 Beispiel solcher Diskussionen war: pö_forum. Transformationen in Zeiten der Globalisierung. Eine Tagung des ISOE. Die zweite Welle der Nachhaltigkeit, 2004. Bezogen auf *Paul Raskin: Great Transition, 2003*)

Artenvielfalt an einheimischen Nutzpflanzen. Nicht zwei holländische Tomatensorten wurden in Andernach 2010 angebaut, sondern Dutzende verschiedene! Nicht zwei verschiedene Bohnensorten in 2011, sondern viele unterschiedliche. Und zum buntstieligen Mangold sagte ein alte Dame im Vorübergehen: beinahe schöner als ein Rosenstrauch.... Meine Frage nach den Kosten des Modellprojekts beantwortete der Stadtkämmerer außerordentlich entspannt: Für die Pflege dieser Beete braucht die Stadt nur noch ein Zehntel der früheren Kosten, 500 statt 5.000 Euro. Dabei sind es nicht in erster Linie die Kosten, die jeden Bürger überzeugen, wenn die Stadtverwaltung ihre Möglichkeiten nutzt, um gesunde Lebensformen unter der internationalen Überschrift „urban gardening“ wieder in den städtischen Lebensraum zurückzuholen. Es ist die integrierte Lebensform an sich.

*„Eßbares Andernach“
Urban gardening im
Burggraben*

In *Tallinn* wurde die Idee des urban gardening auf dem Höhepunkt der Großen Krise (2008) von einer Bürgerinitiative aufgenommen. Bisher ist die Reaktion der Bürger noch verhalten. Wieso? Es erinnert sie zu sehr an



sowjetische Zeiten als der Staat ähnliche Initiativen forderte, um die Mangelversorgung zu mildern. Es erinnert an die Zeit nach dem II. Weltkrieg. Urban Gardening hat unter estnischen Bürgern, die noch Erinnerungen an die sowjetische Okkupation in sich tragen, eher ein negatives Image. Einige Esten kennen auch das Stadtviertel in Tartu mit den sog. *Hiinalinn Gärten* („China-Gärten“). Hier wohnt überwiegend russisch-sprachige Bevölkerung. In einer Vergleichsstudie über europäisches Urban Gardening von 2014 wurden diese „China-Gärten“ mit einbezogen. Aus Andernacher Sicht handelt es sich um eine Form von Schrebergärten mit individueller Bearbeitung und individuellem Nutzen und einem Zaun um jedes Stück Land – jedenfalls nicht andernacher Verständnis von Urban Gardening. Ebenfalls in Tartu hat eine NGO den nächsten Schritt in Richtung Urban Gardening inzwischen eingeleitet und erreicht, daß in einem anderen Stadtteil Gemeindeland als gemeinschaftliches Gartenland für interessierte Bürger zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Prozeß ist noch zu jung, um ihn hier zu bewerten. Diese Beispiele zeigen, daß es noch viel Zeit braucht, bis unterschiedliche kulturelle und historische Erfahrungen und Identitäten in Ost und West zu einem synergetischen Ganzen als EU zusammenwachsen. Aber zumindest hat die nachwachsende Generation im baltischen Estland begonnen, sich für die eigene Zukunftsfähigkeit zu engagieren. In den *ländlichen Regionen im Baltikum* trifft man, auch ohne das Thema urban gardening, noch auf überliefertes Interesse bei den Menschen, lieber in einem tradierten Holzhaus außerhalb der großen Stadt zu wohnen und damit ohne die chemischen Ausgasungen

moderner Wärmeisolierungen, ohne Schimmelbildung wegen extrem isolierender Fenster; verkehrsberuhigt und mit sauberer Luft für sich und die Kinder.

Dasselbe Interesse besteht für sauberes Trinkwasser, das von einer Quelle im Wald nach Hause geholt wird, um sich lieber damit den Kaffee oder den Tee zu kochen. Im Herbst werden Mengen an Pilzen als Vorrat gesammelt oder die endlosen Waldbeer-Flächen gekämmt. Das alles nicht (nur), weil es billiger ist, sondern gesünder und sauberer. Es geht hier nicht um falsche Idealisierung, sondern es geht am deutschen Rhein wie im baltischen Kernland um das Thema gesunde Nahrungsmittel, die sich nicht immer nur die Bessergestellten wegen hoher Preise leisten können dürfen. Das althergebrachte Verhalten und Bewusstsein auf dem baltischen Lande ist allerdings ein rein individuelles Verhalten, jeder tut es für sich.

Zunächst hatten viele Balten die Aufnahme in die EU - ähnlich wie damals manche DDR-Bürger - noch als Ankunft des Golden Zeitalters missverstanden. Heute - nachdem überall in der EU die Gesellschaften immer stärker auseinanderfallen - erinnern sich immer mehr Balten an diesen ertragreichen Umgang mit der Natur anstelle einer emotionalen Beleidigung durch "Supermärkte". In den Supermarktketten (*Rimi, Maxima...*) werden zwar nicht so große Mengen an Obst und Gemüse jeden Tag in den Grün-Müll entsorgt, wie bei REWE, EDEKA etc. Dafür bleibt oft genug angeschlagenes Gemüse oder gar angefaultes Obst in den Regalen liegen. Aber wer mag dann dort zugreifen? Zumal auch die angeschlagene Ware letztlich mitbezahlt werden muss und Waren dadurch absurd teuer erscheinen.

*einfacher Lebensstil an
Kurlands Küste (LV)*



Die Diskussion darüber, ob es um die Wiederentdeckung eines anderen Lebensstils (damit auch Rückgewinnung eigener Identität) oder um den Widerstand gegen eine verschwenderische Konsumpolitik geht, wird noch verhalten geführt und nicht auf der hohen gesellschaftspolitischen Ebene, wie man es in Westeuropa erleben kann. Dort hatte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ im Mai 2013 das Ergebnis eines zweijährigen Diskussionsprozesses der Öffentlichkeit vorgelegt. Als Definition von Lebensstil wird folgende Umschreibung angeboten: *Unter ‚Lebensstil‘ versteht man eine bestimmte Organisationsstruktur des individuellen Alltagslebens. Ein Lebensstil ist demnach ein regelmäßig wiederkehrender Gesamtzusammenhang von Verhaltensweisen, Interaktionen, Meinungen, Wissensbeständen und bewertenden Einstellungen eines Menschen.*

Wenn der Enquete-Bericht allerdings davon spricht, daß die Kategorie Lebensstil „*nur bei fortgeschrittenen modernen Gesellschaften gegeben (ist), denn nur diese verfügen in der Regel über ein ausreichend hohes Maß an Wohlstand, Sicherheit, Wahlmöglichkeiten und Freiheitsrechten*“ (S.651), dann ist nachvollziehbar, daß es in der Kommission zu sehr kontrovers geführten Debatten kam. Denn diese Umschreibung von Lebensstil klingt so als besäßen von vornherein alle anderen Gesellschaftsformen weder Freiheitsrechte noch erlaubten sie Wohlstand und soziale Sicherheit! Vor allem aber: Wenn es um die Änderung von Lebensstilen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung geht, bedeutet der zitierte Text, daß nur wir unseren Lebensstil ändern können, weil nur bei uns die erforderlichen Freiheitsräume zur Revision bisheriger Entscheidungen bestehen. Andere Gesellschaftsformen müssten demnach zunächst unseren Entwicklungsstand erreichen, um sich dann zu ändern!

Intensivster Beobachter der Entwicklung in Deutschland ist wohl das SINUS-Institut in Heidelberg. Dort wird der gesellschaftliche Änderungsprozess (gesellschaftliche Selbstfindung) seit vielen Jahren mit einer gesellschaftlichen Dreier-Schichtung aus Unter-, Mittel- und Oberschicht verfolgt. Deren Verhaltensdynamik reicht von traditionsgebundenem Verharren über Statussicherung und Emanzipation bis zu pragmatischem Verhalten. Die traditionelle „Kartoffelgrafik“ des SINUS mit ihren sich überschneidenden Segmenten ist die Abbildung dieses Veränderungsprozesses. Und es sind einzelne Parallelen zu den genannten Entwicklungen in den baltischen Gesellschaften erkennbar. Wenn dem so ist, liegt darin ein Handlungsauftrag an die EU-Kommission, den Blick von zu vielen bürokratischen Verordnungen zu heben und auf die Realitäten (Plural) in den Mitgliedsländern zu schauen:

Was uns die „SINUS-Kartoffel“ für das Jahrzehnt 2000-2010 erklären will:¹⁸³

■ **Wachsende Wohlstandspolarisierung**

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Diese Polarisierung führt zu einem wachsenden Konfliktpotential, das durch die schrumpfende Mittelschicht noch virulenter wird.

■ **Entsolidarisierung und Eigenverantwortung**

Mit der Verlagerung von sozialpolitischer Verantwortung auf den einzelnen ist die Ausbreitung des Selbstverschuldungsprinzips verbunden, das allmählich das Solidarprinzip und den gesellschaftlichen Sozialstaats-Konsens verdrängt.

■ **Entideologisierung**

Es wird Orientierung an Effizienz und Nützlichkeit beobachtet. Das Verfolgen unmittelbar umsetzbarer Ziele, diffundiert in den Mainstream und drängt das Streben nach dem ethisch guten Handeln immer mehr zurück.

■ **Risikobewusstsein**

Generell ist wachsende Angst vor Ressourcenknappheit und Verteilungskonflikten bis hin zur Angst vor privaten Fehlinvestitionen zu erkennen. Verbesserte Lebensqualität bleibt besser Situierten vorbehalten.

■ **Neue Wertesynthesen**

Neue Wertekonfigurationen sind nicht mehr der Logik des "entweder - oder" verpflichtet, sondern dem Anspruch auf das "sowohl - als auch". Die Kombination von scheinbar Widersprüchlichem wird insbesondere in den jungen Lebenswelten zur Regel. "Alte" Werte wie Sicherheit, Einordnung, Leistung, Familie etc. werden zeitgemäß

183 Übernommen aus: Die Sinus-Milieus®: Update 2010. Hintergründe und Fakten zum neuen Sinus-Milieumodell

interpretiert und verbinden sich mit hedonistisch ichbezogenen und individualistischen Entfaltungswerten.

Die SINUS-Beobachtungen und die Erklärung von Lebensstil durch die Enquete-Kommission entsprechen sich nicht unbedingt. Die Enquete-Kommission arbeitete allerdings auch mit der Kategorie „Lebenswelt“, in die *„jeder hineingeboren wird und im Prozess der Sozialisation ihre Inhalte und ihre Struktur verinnerlicht“* (S.652).

Diese Kategorie „Lebenswelt“ lässt sich leicht auch auf andere Gesellschaften übertragen und sie enthält sehr wohl Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung zukunftsfähiger Gesellschaftsformen. Denn „Lebenswelt“ lässt Raum zur Identitätsfindung des einzelnen in seiner Gesellschaft und der Gesellschaft gegenüber anderen Gesellschaften (z.B. innerhalb der EU). „Lebenswelt“ scheint mir von größerer Bedeutung zu sein und Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung zukunftsfähiger Gesellschaftsformen zu bieten. Auf jeden Fall eine qualifiziertere Herangehensweise an die zentrale Sinn-Frage der Europäischen Union als etwa die Illusion eines „guten Kapitalismus“ zu verkünden (s.o., S.384). Damit verliert die geschilderte Rückbesinnung auf einfache Lebensweise im baltischen Raum ganz automatisch den Unterton von Armut. Es ist in Wirklichkeit ein Stück der realen Lebenswelt, die die Enquete-Mitglieder als theoretischen Ansatz zu erfassen suchten, wobei ihnen aber wahrscheinlich die konkrete baltische Anschauung fehlte.

Hohe Erwartungen an die Zivilgesellschaft

Es ergibt sich die Frage nach dem Akteur, der die bisher vorgestellten Prozesse in den baltischen Staaten zukunftsfähig verändern kann – und darüber hinaus in der EU. Obwohl zuvor als überwiegend schwach beschrieben, müssen die organisierten Zivilgesellschaften in den baltischen Staaten bei diesem Wandel eine sehr aktive Rolle übernehmen – weil es sonst niemand tut. Dabei wurde beim Blick auf die politische Kultur aller drei baltischen Staaten von dem **traditionellen europäischen Begriff der Zivilgesellschaft** ausgegangen. Danach haben Bürgerinitiativen (BI) die wichtige Rolle, Themen in die Öffentlichkeit zu tragen, die von den etablierten Parteien und Politikern nicht genügend berücksichtigt werden. „An die einzelne Person wird die Erwartung geknüpft, ihren Handlungsradius nicht auf die Familie oder den Freundeskreis zu beschränken, sondern immer wieder allein oder mit der Familie und Freunden aus dem privaten, informellen Bereich heraus zu treten und sich gemeinsam mit anderen für die eigenen Belange und die Belange anderer einzusetzen – sich also bürgerschaftlich zu engagieren.“¹⁸⁴ In einer Erhebung der Technischen Universität Ilmenau zeigte sich dadurch ein sehr klares Profil von Zustimmung und Ablehnung gegenüber BI. Die häufigsten Nennungen erhielten die Bereiche „*Umwelt- und Naturschutz*“, „*Verkehr und Lärm*“ sowie „*Kommunales und Stadtplanung*“. Die Abgrenzung zwischen diesen Kategorien ist nicht immer trennscharf. Der Schutz und die Bewahrung von Umwelt und Natur gehören aber wohl eindeutig zu den stärksten inhaltlichen Schwerpunkten bei der Arbeit von Bürgerinitiativen. Das geringste

184 Prof. Thomas Klie: Zivilgesellschaft - mehr als Dritter Sektor, Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung, 2011

Interesse fand sich bei den Themen "Sicherheit", "Wirtschaft", "Integration".¹⁸⁵ Daß anders als bei der politischen Elite der Bereich "Wirtschaft" nur sehr nachgeordnet angesprochen wird, hängt zweifellos mit dem Wertewandel zusammen, für den der BI-Prozeß seit mindestens 30 Jahren steht: eine wachsende Distanz zu der offiziellen – auch staatlich geförderten – Reduzierung von Ökonomie auf Konsum und Geld zulasten sonstiger gesellschaftlicher Werte.

Da, wo wirkliche politische und ökonomische Macht in friedlichster Weise aufeinander treffen, beim Weltwirtschaftsforum in Davos (WEF), wird auch von Zivilgesellschaft gesprochen. Dort gilt allerdings nicht mehr das traditionelle europäische Verständnis. Die neue Zivilgesellschaft wird – wie viele andere Entwicklungsprozesse auch – dort gesehen, wo die globale Zukunft boomt: in Asien. Entsprechend hatte das WEF schon 2013 eine Analyse der modernen Zivilgesellschaft bei KPMG in Auftrag gegeben.¹⁸⁶ Das vorgelegte Verständnis von Zivilgesellschaft ist Lichtjahre von den baltischen Verhältnissen entfernt, aber auch von den deutschen. KPMG/WEF heben in etwa drei Aspekte hervor:

- „Zivilgesellschaft“ ist ein immer breiterer, dabei amorpher Bereich, weil in jeglichem Sinne volatil – insbesondere auch aufgrund virtueller Realitäten, Utopien und elektronischer Kommunikation.
- „Zivilgesellschaft“ bildet gleichzeitig ein immer stärker wachsendes soziales Potenzial, national wie weltweit. Dadurch und aufgrund ihrer nicht formalisierten Strukturen besitzen Zivilgesellschaften ein enormes kreatives Potenzial, daß gebraucht wird, um gesellschaftliche Herausforderungen auf allen politischen Ebenen schneller zu lösen als es die zuständigen politischen Organe alleine können.
- „Zivilgesellschaft“ ist daher in den Augen des modernen Wirtschaftssektors (KPMG/WEF) nicht der sog. Dritte Sektor neben Staat und Privatwirtschaft, sondern besitzt seine Bedeutung durch seine Akteure. Die volatilen und kreativen Akteure sollen als Bindemittel zwischen Staat und Unternehmertum wirken. Auch ein Forum, wie das in Davos, sollte daher daran arbeiten, daß die Verfolgung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in einigen autoritär geführten Staaten beendet wird.

(WEF: *The future role of civil society*, 2013)

Zivilgesellschaft also als Element, daß die vom Staat vernachlässigten gesellschaftspolitischen Aufgaben ausfüllen, zumindest den Verlust kompensieren soll. Das ist die staatliche Sicht auf Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft, die wegen ihre fließenden Strukturen volatil und kreativ ist als Ideengeber für die private Wirtschaft. Das ist der unternehmerische Blick auf Zivilgesellschaft. In beiden Fällen fehlt die Legitimation von Zivilgesellschaft als eigentlicher Repräsentant der bürgerlichen Gesellschaft – sui generis.

185 Jens Wolling & Marco Bräuer: Bürgerinitiativen: Ihre Funktion aus Sicht der Bevölkerung und ihre kommunikativen Aktivitäten, Technische Universität Ilmenau, 2011

186 Die in der Schweiz beheimatete Unternehmens-Prüfungsgesellschaft KPMG gehört zu den vier größten weltweit mit einem Jahresumsatz von um die 23 Mrd. Dollar

Etwa 20 Jahre vor dieser KPMG/WEF-Studie zur Rolle von Zivilgesellschaft, nämlich 1992, hatte Jürgen Habermas auf das Thema reagiert, indem er die tragende Rolle von Zivilgesellschaft für jegliche Form der Demokratisierung einer Gesellschaft betont:

„Die Zivilgesellschaft setzt sich aus mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert.“¹⁸⁷

Soviel Demokratie ist in den meisten EU-Staaten schon vorhanden, um öffentliche Diskurse zu Fragen von allgemeinem Interesse zu veranstalten (für Ungarn gelten wahrscheinlich die deutlichsten Einschränkungen). Hinter das Habermas-Postulat muß der Beobachter der realen politischen Verhältnisse in den baltischen Staaten, in Polen, in Deutschland u.a.m. allerdings zwei große Fragezeichen setzen: lassen sich problemorientierte Diskurse für wirklich wichtige Herausforderungen überhaupt organisieren? Die genannten „Gipfel-Veranstaltungen“ zum Klimaschutz und vielen anderen lassen das bezweifeln. Lassen sich problemlösende Diskurse sogar institutionalisieren? Mit viel Glück auf nationaler Ebene. Aber kaum auf europäischer Ebene. Das Risiko der Bürokratisierung bleibt immer hoch. Gegenüber jeglicher dieser unterschiedlichen Perspektiven befinden sich die baltischen Länder in einem embryonalen zivilgesellschaftlichen Zustand. Eine Übersicht, die USAID zu den baltischen Ländern erarbeitet hat, macht deutlich, daß die jeweiligen Zivilgesellschaften sehr viel und sehr schnell an sich arbeiten müssen, um (in den meisten Fällen) ihre bisherige **Professionalität** und **Kooperationsbereitschaft** (vernetztes Handeln) spürbar auszubauen - durch Eigendynamik oder mit internationaler Unterstützung. Für 2012 /2013 wird das vorhandene Potenzial an Zivilgesellschaften von USAID wie folgt zusammengefasst:

Organisierte Zivilgesellschaft in Estland

Ungefähr 30.000 NROs sind im staatlichen Register Estlands erfasst. Es sind sehr volatile Zahlen. 2012 wurden z.B. über 2.000 neue NRO registriert und gleichzeitig 3.000 bisherige aus dem Register gestrichen. Letztere, weil sie ihre Jahresberichte nicht pünktlich vorgelegt hatten. Die Kontrolle über den Sektor „Zivilgesellschaft“ hat das Parlament inne. Alle zwei Jahre prüft nämlich Riigikogu (estn. Parlament), ob der für alle NROs eingerichtete Dachverband EKAK das umfassende Regelwerk ordnungsgemäß umsetzt und ob die Tätigkeiten der NROs im nationalen Interesse sind.

Organisierte Zivilgesellschaft in Lettland

Zwischen 15.000 und 16.000 NROs sind in Lettland registriert. Ähnlich wie in Estland sind sie stark in Bildungs-Themen engagiert, darüber hinaus vor allem im sozialen/karitativen Bereich. In Lettland spielt daneben der Sprachenstreit (nur Lettisch oder auch Russisch) eine größere Rolle sowie die gesellschaftliche Funktion der öffentlichen Medien, insbesondere der russisch-sprachigen.

187 J. Habermas: Faktizität und Geltung, 1992

Organisierte Zivilgesellschaft in Litauen

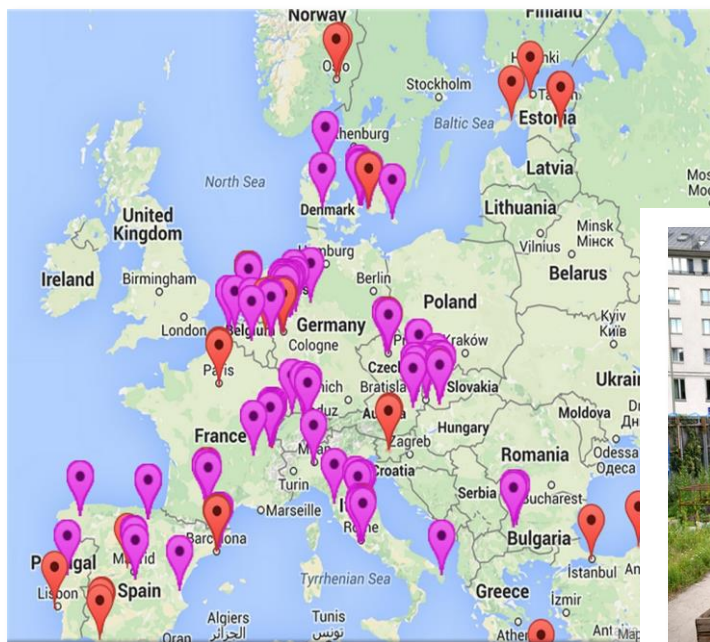
In Litauen lässt sich etwas genauer erkennen, wer/was unter die 24.000 registrierten NRO fällt: Stiftungen, Berufsorganisationen, Unternehmensvereinigungen, Kliniken, Schulen, kommunale Einrichtungen und weiter non-profit Organisationen. Schätzungen gehen davon aus, daß allerhöchstens die Hälfte der genannten Zahl in irgendeiner Weise aktive NRO sind. Viele von ihnen sind als Freiwilligenorganisationen Lückenbüsser für nicht erbrachte staatliche Leistungen im sozialen Bereich. Die größeren, auf nationaler Ebene aktiven NROs stehen in Konkurrenz zu einander um die wenigen staatlichen Fördermittel. Auf lokaler Ebene ist die Operationsfähigkeit von NROs noch stärker auf Freiwilligkeit und privates Engagement begrenzt und z.B. auf kulturelle Themen eingeschränkt (engagierte Lehrer).

Die Kurzbeschreibung aus USAID-Sicht enthält zweifellos die Elemente, wie sie sich in den baltischen Ländern beobachten lassen. Allerdings reicht das westeuropäische Verständnis von Bürgerinitiativen deutlich über den starken karitativen Kern von Bürgerinitiativen (BI) hinaus, wie ihn Amerikaner gerne sehen und ein großer Teil der politischen Elite im Baltikum ebenfalls – vor allem diejenigen, die lange Jahre im nordamerikanischen Exil zugebracht haben. Auch das russische Verständnis von BI lässt weitaus weniger politisches Engagement zu als in Westeuropa. Die nach der Unabhängigkeit Geborenen blicken heute deutlicher auf die westeuropäischen Erfahrungen und wollen ihren BIs eine aktivere Rolle im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess sichern. BI sollen auch in den baltischen Ländern wichtige Themen in die Öffentlichkeit tragen, die von den etablierten Parteien und Politikern nicht genügend berücksichtigt werden.

Bürgerinitiativen zeichnen sich (da wo sie von Normalbürgern aufgebaut wurden und nicht als verkappte Lobbygruppe eines Konzerns wirken) durch Überzeugung von ihrer Sache, durch Einsatzbereitschaft auch ohne materielle Belohnung, durch Solidarität zwischen den Mitgliedern aus. "Bürgerinitiativen sind beides: Ausdruck einer wachsenden Fragmentierung und Segmentierung des politischen Prozesses, zugleich aber auch Ausdruck der neuen Notwendigkeiten einer ganzheitlichen Politikorientierung; und sie verkörpern nicht selten selbst in ihren Aktionen und Urteilen ein neues, ganzheitliches Wertebewusstsein." ¹⁸⁸ Die Fragmentierung trifft eindeutig auch auf die baltischen Gesellschaften zu. Das machen die o.a. Zahlen von USAID deutlich. Die ernst zu nehmenden NROs im Baltikum sind allerdings an den qualitativen Elementen des westeuropäischen Bürgerengagements interessiert. Das meinen sie in der Wandlung vom reinen Protest (z.B. gegen militärische und zivile Atomkraft) hin zu selbst organisierten Alternativen zu erkennen. In Osteuropa schaut man auch auf weiter gefasste Themen, wie „Solidarische Ökonomie“ oder „sharing economy“ (z.B. in Berlin die Tauschringe, die gemeinsam verwalteten Wohnanlagen, mit Einschränkung auch die Wohnungsgenossenschaften) oder beobachtet die Umsetzung der „Agenda 21“.

188 TU Ilmenau: Bürgerinitiativen - Ihre Funktion aus Sicht der Bevölkerung und ihre kommunikativen Aktivitäten, 2011

Letztere ist allerdings ein Prozeß mit ziemlich langem Atem: Agenda 21 wurde durch die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 verabschiedet, also zur Zeit der baltischen Unabhängigkeit. Der vielleicht wichtigste Ansatz auf ihren 350 Seiten Text steht in Kapitel 28: *Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21*. Denn die Kommunen sind die wichtigste Handlungsebene der organisierten Zivilgesellschaft, nach dem Motto „Global denken – lokal handeln!“ In den inzwischen zahlreichen Agenda-21-Städten in West- und Nord-Europa hat sich gezeigt, daß NRO und lokale Bürgerinitiativen häufig über Fachkenntnisse verfügen, die für die Arbeit der Kommunen unersetzlich sind. Die Qualität des Bürgerengagements hat sich bei strategischen Einzelthemen, wie Energieversorgung oder Nahrungsmittelproduktion längst erwiesen. Bei diesen Themen lässt sich an so etwas wie europäisches Handeln denken und vielleicht sogar an eine zukünftige europäische Identität über eine anders organisierte Lebenswelt. Zarte Ansätze dafür könnte man bei dem übergreifenden Thema „Urban Gardening“ (Andernach, Tartu) oder „City Farming“ (in ganz Europa und weit darüber hinaus) erkennen.



*Urban Gardening
als produktiver und sozialer Prozeß
zugunsten eines humanen Lebensstils
mit Verbreitung in ganz Europa*



Besonders durch schwedische Organisation (SIDA) wie auch durch uns (FES) wurden in den letzten 10 Jahren zahlreiche Treffen mit solchen Initiativen aus Deutschland, aus Dänemark, aus Schweden u.a.m.

ermöglicht, um Anhaltspunkte für eigenes Handeln im eigenen Land zu erkennen, zu überprüfen, weiterzuentwickeln. Diese Möglichkeiten wurden m.E. noch zu wenig genutzt. Dabei waren allein die deutschen Beispiele bestens geeignet, um sie in allen baltischen Ländern an die dortigen Verhältnisse anzupassen, darunter das beschriebene, für das Baltikum geeignete Bioenergiedorf **Jühnde** oder die kleine **Essbare Stadt Andernach**, die als Vorzeigestadt für „urban gardening“ und für Stadtökologie 2012 mit der **Goldmedaille** beim bundesweiten Wettbewerb "Entente Florale" ausgezeichnet wurde.

Orientierung und Anregung bieten viele weitere gesellschaftspolitische Projekte, wie

Regionale Energiegenossenschaft Schönau im Schwarzwald

Ursula Sladek wurde aus der Anti-Atom-Bewegung heraus Mitbegründerin der Kooperative Elektrizitätswerke Schönau (EWS) im Schwarzwald und wurde im Herbst 2013 mit dem höchstdotierten Umweltpreis in Europa, dem Deutschen Umweltpreis, ausgezeichnet, und zwar für den vorbildhaften Beitrag zum Schutz und zum Erhalt unserer Umwelt (also nicht nur für das Thema Energie). Auch Präsident Obama empfing sie im Weißen Haus, um ihr für das Engagement und die erfolgreich aufgebaute Energiegenossenschaft den Umweltpreis der USA zu überreichen. Inzwischen (2014) versorgt die EWS rund 150.000 Stromkunden in ganz Deutschland mit Ökostrom.

Bürgerentscheid zur Re-Kommunalisierung der Energieversorgung einer Großstadt

*In Hamburg kam es am 22.9.2013 zu einem – wenn auch knappen – Volksentscheid zugunsten des Rückkaufs der Kapitalanteile von Vattenfall durch den Senat. Am 16.1.2014 wurden die entsprechenden Verträge zur **Rekommunalisierung** der Hamburger Energieversorgung unterzeichnet. Teil der Rekommunalisierung ist jetzt auch die demokratische Kontrolle durch die Bürgerschaft und die Bürger über das neue öffentliche Energieunternehmen.*

Bürgerhaushalt erleichtert Bürgermitbestimmung

Das Beispiel brasilianischer Großstädte zur Bürgerbeteiligung beim wichtigsten kommunal-politischen Instrument, der Haushaltsplanung, ist zwar nicht europäischen Ursprungs, aber mittlerweile in so vielen europäischen Städten im Einsatz, so daß es ebenfalls leicht von baltischen Bürgerinitiativen auf die Anwendbarkeit im Baltikum hätte geprüft werden können. (s.o. Orçamento Participativo in Porto Alegre, S. 238).

Ein Polit-Profi auf dem brüsseler Parkett fasst dazu seine langjährigen Erfahrungen zusammen: „Die Einflussmöglichkeiten eines lokalen Interessenverbandes weichen von denen eines europäischen NRO-Multis wie Greenpeace oder Amnesty International ab. Große NROs haben meist die entsprechenden Kapazitäten, um eine Gesetzesinitiative von Anfang bis Ende im Interesse ihrer Mitglieder zu beeinflussen oder den Institutionen wissenschaftliche Studien zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz dazu können einzelne Bürger sowie kleine Interessengruppen, die nicht in Brüssel vertreten sind, zwar ihre Ansichten auf Internetseiten einstellen, aber nicht bei den nachfolgenden Anhörungen bekräftigen oder durch informelle Kontakte Entscheidungsprozesse beeinflussen.“¹⁸⁹ Jo Leinen hatte das nicht im Sinn, aber seine Anmerkung ist auch ein Appell an die baltischen NROs, sich in handlungsstarken Netzwerken zu organisieren, um wenigstens minimale Durchsetzungskraft für ihre Anliegen zu erlangen.

189 Jo Leinen, Ausschuss für Umweltfragen u.a.m., Mitglied im Europaparlament seit 1999

Lektion 4:

Es bleibt noch das ganz große ABER

Wer fragt nach Identität?

Der bislang größte Akt der baltischen Identitätsfindung ist die einzigartig gebliebene Menschenkette am 23. August 1989 als rd. zwei Millionen Menschen sich von Tallinn über Riga bis Vilnius aufstellten, um gegen den Hitler-Stalin-Pakt zu demonstrieren (s.o., S.62). Die Menschen sangen dabei ihre Volkslieder. Die Radiosender in allen drei Ländern spielten das baltische Lied, das von den drei Schwestern, die am Strand erwachen und ihre Ehre verteidigen. Moskau hatte grundsätzlich alle nationalen Volkslieder verboten, erst recht dieses Lied. Aus dem Gesang dieses gewaltigen baltischen Chores wurde schneller als gedacht die „Singende Revolution“. Sie mündete nach eher kurzen militärischen Auseinandersetzungen 1991 in die Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten. Dieser Prozeß um die Wende der 1980er / 1990er Jahre gehört im Übrigen in die Intensivphase gesellschaftlicher Identitätssuche in ganz Europa. Denn schon vor dem Zusammenbruch der Berliner Mauer („Wir sind das Volk“) hatte es den massiven und erfolgreichen Widerstand gegen die sowjetische Okkupation in Polen, in der Tschechoslowakei gegeben, die Öffnung des Grenzzauns zwischen Ungarn und Österreich und dann eben auch den Mauerfall. Nur der „Platz des himmlischen Friedens“ (!) in Beijing blieb als Symbol massivster staatlicher Unterdrückung zurück. Als Papierform geht die Identitätssuche auch im Baltikum weiter. Eine Aktivistin der ersten Stunde in diesem Prozeß, die estnische Soziologin **Marju Lauristin**, hielt 20 Jahre nach der Singenden Revolution in einem Interview als wichtigste Lektion fest:

"Estland ist klein, wir können niemals viele Waffen kaufen, um uns gegen alle Angriffe zu verteidigen, aber wir können unsere Gehirne einsetzen. Wir müssen in Zukunft wieder mehr auf Technologien und Wissen setzen, als auf Geld. Diese Krise ist genau der richtige Zeitpunkt zur fundamentalen Richtungsänderung. Wir müssen von einer Entwicklung, die auf Rohstoffen und Geld basiert, übergehen zu einer Entwicklung, die Intelligenz und Kreativität zur Grundlage hat." (Deutschlandfunk, 22.8.2009)

Die Krise, von der Lauristin hier spricht, ist zwar die von 2008 ff, aber sie galt als Herausforderung auch schon 1989 ff - und gilt für 2015 ff.

Seit der zweiten Unabhängigkeit (1991) gehört das Thema lettische Identität und Lettisch als einzige offizielle Sprache zu den Kernfragen, an denen sich die konservativen und nationalen Mehrheitsparteien mit dem russisch beeinflussten Harmonie-Zentrum wellenförmig heftig reiben. Die Identitätsfrage wurde allerdings nicht im Sinne von *Marju Lauristin* gestellt. 2014 hat die aktuelle national-konservative Regierungskoalition vielmehr im Schatten der Ukraine-Krise die Gelegenheit genutzt, eine Verfassungsänderung an die Spitze ihrer innenpolitischen Agenda zu setzen, wonach die Verfassung um einige Kernsätze ergänzt wird:

„The identity of the Latvian nation within the culture of Europe is based on the ethnic traditions of Latvians, the Latvian language, universal human and Christian values. The Latvian language is the basis for democratic participation and consolidation of society. The fundamental values of society in Latvia include freedom, integrity, justice, solidarity,

equality, family and work. Each member of society cares for himself or herself, his or her loved ones, for the good of society as a whole, and treats his/her fellow man, the state, the environment, nature and future generations with utmost responsibility. Being an equal partner of the international community, Latvia will protect its interests and contribute to humane, sustainable and democratic development of the united Europe”.

Über die prinzipielle Festschreibung, daß „die lettische Sprache Basis für demokratische Mitbestimmung und Stabilisierung der Gesellschaft“ sei, lässt sich zweifellos ausführlicher diskutieren. Vor allem auch deswegen, weil „Identität“ keine in Stein gemeißelte Wertigkeit besitzt. Im Alltag ist damit jedenfalls nicht die Frage beantwortet, ob die Menschen auf dem Rigaer Domplatz oder der Bauer aus Latgale, der sich mit 1 PS durch seine Region bewegt, für lettische Identität stehen, obwohl sie die lettische Sprache benutzen. Und was ist von der Charakteristik des von lettischen Völkerkundlern noch immer angesehenen Schriftstellers und Historikers Garlieb Merkel aus Cesis übriggeblieben, die er um 1800 (beeinflusst von den deutschen Aufklärern Herder und Wieland) festhielt?:¹⁹⁰

„Ueberhaupt sind sklavische Scheu und Mißtrauen die hervorstechendsten Züge in dem Charakter des Liefländischen Bauern. In einer Entfernung von dreißig Schritten, ja, wenn er auch nur bey dem Hause des Erbhern vorbeigeht, zieht er den Hut und knickt, beugen kann man es nicht nennen, sich zusammen bey jedem Blick auf ihn. Dann schleicht er mit gesenktem Haupte herbey, den Rock- oder Fußkuß zu machen. Redet man ihn an, so vermuthet er bey jeder Frage eigennützige Hinterlist, und stellt jede Antwort auf Schrauben (= bleibt vage).“

Auf die aktuelle Frage nach baltischer Identität bietet das heutige Baltikum ein Kaleidoskop ganz unterschiedlicher Phänomene, die oft genug unverbunden nebeneinander stehen. Seit dem EU-Beitritt, seit diesen mehr als zehn Jahren fragen sich bis heute einzelne Menschen, aber auch ganze Dörfer, sogar Regionen: wie authentisch sind die politischen Entscheidungsträger meines Landes eigentlich; womit kann ich mich selber identifizieren? Ist der Geldstrom der EU alles, was wir wollten? Das ist sehr deutlich erkennbar, wenn in Estland die Bürger oft genug betonen, daß sie sich zum skandinavischen Kulturkreis zugehörig fühlen. Das ist in Lettland am erwähnten Sprachenstreit erkennbar (Russisch als zweite Amtssprache oder nicht) und an der Suche nach der eigenen Identität unter den jüngeren Künstlern (Distanz zum sowjetischen Realismus in der Malerei; Wiederentdeckung der *Dainas* durch die Jugend). Das ist in Litauen an den kunstvoll geschnitzten Holzfiguren zu erkennen, die überall auf dem Land zu finden sind - ähnlich wie die Marterln in Bayern. Und es ist an der nach außen gekehrten Katholizität in Litauen erkennbar, wo der Kreuzberg bei Šiauliai zum wichtigsten Symbol des politischen Widerstandes gegen die sowjetische Okkupation wurde und für „alle Litauer“ noch immer mehr darstellt als eine fotogene touristische Attraktion.

190 Garlieb Helwig Merkelis: *Die Letten vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts. Ein Beytrag zur Völker- und Menschenkunde*, Riga 1796.

Vgl. auch Deniss Hanovs. *The National Movement in Latvia in the 19th Century. The Nation as a Quasi-Religion*, Riga 2003



*Kreuzberg bei
Šiauliai,
Symbol litauischer
Identität
-oder doch
Religionsmüll ?*

Gar nicht zu übersehen sind für jeden Besucher die rd. 50 Kirchen alleine in Vilnius.

Auffälliger als bei den baltischen Nachbarn zeigt sich in Litauen ein breit gefasster Synkretismus. Das wird sehr deutlich an der *Peter und Paul Kirche* in der Stadt *Šiauliai*, wo das Hauptportal bewacht wird durch die hölzerne Dreieinigkeit aus mittelalterlichem Heerführer Vytautas, animistischem Priester Vaidilia und Christus.¹⁹¹ Dabei ist nicht allein dieser

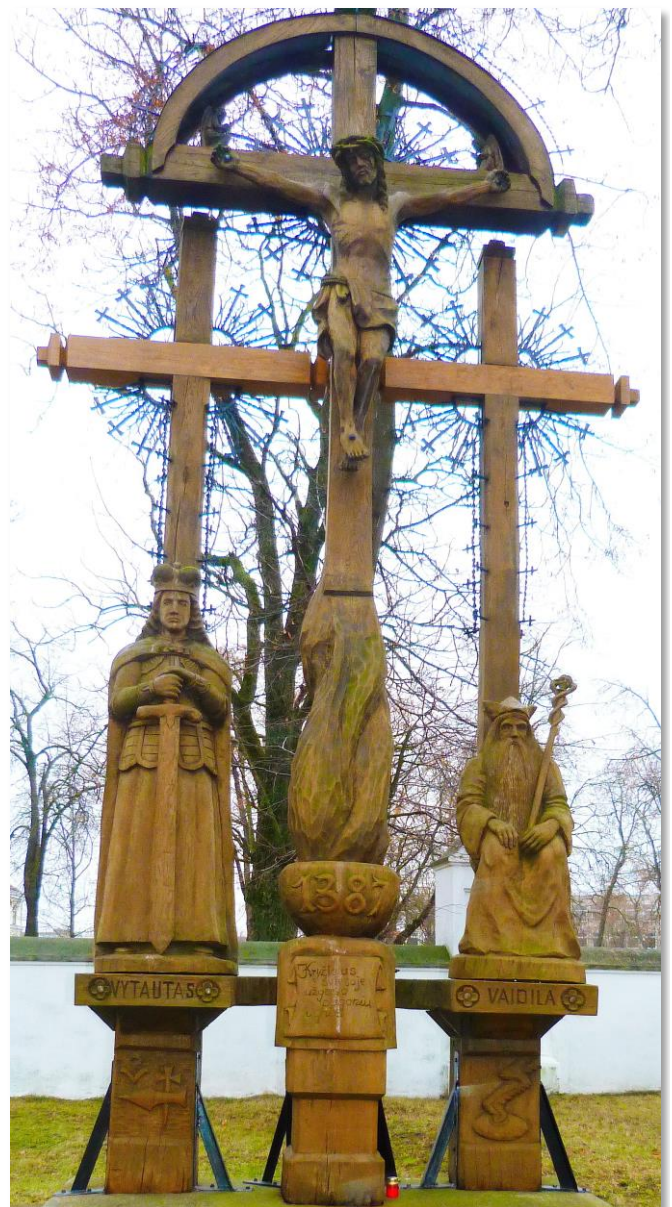
191 Vytautas wurde Anfang des 15. Jhs der Vereiniger des litauischen und des polnischen Adels im gemeinsamen Kampf gegen die Deutschen Ordensritter. In der litauischen Geschichte ist er daher Der Grosse. Vaidila wurde die Oberpriesterkaste der heidnisch-prussischen Religion in Ostpreußen genannt. Das prussische Wort "waidint" bedeutet "zeigen" und erfuhr im Laufe der Christianisierung die Bedeutung "zaubern, beschwören". Mit Eintreffen der Ordensritter wurde die Ausübung der Naturreligion von diesen zwar verboten und unter Todesstrafe gestellt, aber bis ins 18. Jh. dennoch heimlich weitergeführt

Synkretismus interessant, der an mancher Weggabelung und neben mancher Kirche den jahrhundertelangen Weg kennzeichnet, den Christentum und Volkstum in Litauen miteinander gehen. Mitte Januar 2008 konnte man im *Baltic News Service* ein Zeugnis dafür lesen, dass der liberale Katholizismus der meisten Litauer Nährboden für manchen religiösen Spuk sein kann: *mit Billigung der katholischen Kirche* – hiess es da – *werde in Kürze eine Vereinigung aller litauischen Exorzisten ihre Aktionen starten*. Zitiert wurden führende Stimmen der katholischen Hierarchie in der Tageszeitung *Lietuvos Zinios*, die hofften, dass die Exorzisten Litauens sich bald mit denen anderer Länder zusammentäten, um gemeinsam an Stärke zu gewinnen. Die Kirche von Kurtuvenai, nahe der nördlichen Provinzmetropole Siauliai, ist ein solcher Ort, zu dem jeden Monat diverse „Besessene“ pilgern, um sich durch den Priester Kestutis Daknevičius von den bösen Geistern befreien zu lassen. Denn der ist einer der sechs anerkannten Exorzisten Litauens.

Die litauische Bischofskonferenz hat dem ganzen Phänomen dadurch weiteren Vorschub geleistet, dass von dort ebenfalls im Januar 2008 der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, dass die konstruktive Zusammenarbeit zwischen katholischer Kirche und Exorzisten zur Festigung der religiösen Grundlagen und zur erfolgreichen Missionierung neuer Gläubiger beitragen werde.¹⁹² Bei ihrem 12. Jahreskongress in Rom Ende 2014 stellten die Litauer übrigens die zweitgrößte Delegation nach Italien – und fanden auch dabei die Unterstützung des Vatikans.

*Litauens Synkretismus
vor der Peter und Paul Kirche in Šiauliai*

Als Deutschland 2012 erneut den Vorsitz im Ostseerat einnahm, war einer der drei zentralen Programmpunkte während des deutschen Ostseejahres das Thema Stärkung der regionalen Identität in der Ostseeregion. Bei der ebenfalls 2012 tagenden Ostseeparlamentarierkonferenz erinnerten auch die Abgeordneten an die Notwendigkeit, die Bewohner der Ostseeregion dabei zu unterstützen, sich mit ihrer Region, ihrer Geschichte und Kultur zu identifizieren. Sie fügten sogar an: Es sei ein besonderes Merkmal der Ostseeregion, daß eine lebendige Bürgergesellschaft, kritische und



¹⁹² BNS, Vilnius, 21.1.2008: LITHUANIAN EXORCISTS JOIN FORCES

engagierte Bürger, besonders auch in der jüngeren Generation, viel zur Entwicklung und zur Zusammenarbeit in der Region beitragen.¹⁹³ Aber erst die Ukraine-Krise 2014 hat wieder etwas von der Stimmung während der Singenden Revolution hervorgebracht: die gleichgerichtete Angst vor russischen Übergriffen in der Region. Dennoch fehlt es an Tiefgang, weil ab 1991 eine kleine Seilschaft von Oligarchen die nationale Wirtschaft ungeheuer schnell vom Sozialismus auf Neoliberalismus umstellen konnte und dafür von „Brüssel“ bis heute belohnt wird. Nur hat genau dieser Umschaltprozess den baltischen Gesellschaften die Chance zur (Rück-) Gewinnung ihrer geistigen/kulturellen Identität verbaut.

Tiefer- oder weitergehende Fragen nach lettischer oder estnischer oder litauischer Identität werden heute von den politischen Parteien nicht gestellt und auch der lettische Sprachenstreit (Staatsprache Lettisch oder Russisch oder beides) ist nicht gleichzusetzen mit dem Versuch, „lettischen Charakter“ (Garlieb Merkel) gegen irgendetwas anderes zu verteidigen – sei es gegen russisches Hegemoniestreben oder gegen den blinden Konsumismus der Westeuropäer. Auch deswegen erscheint die sinnvollste Unterstützung der baltischen Transformation in der Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu liegen – getragen von der Hoffnung, daß die NROs ihre Ohren näher an den Puls der Bevölkerung legen und sich allein dadurch auch in der Identitätsfrage anders legitimierten als die zuvor beschriebenen Oligarchen-Parteien.

Auf das eine Beispiel, in dem gesellschaftspolitische Zielvorstellung auch zu konkreter Politik gereift sind, hatte ich bei entsprechenden Veranstaltungen selber gerne aufmerksam gemacht: das Modell des *Orçamento Participativo in Porto Alegre* und anderen Städten Brasiliens. Genauso gerne hatte ich gelegentlich auch über die eigenen Erfahrungen mit einem weiteren spannenden Beispiel aus Lateinamerika berichtet, ein Beispiel aus dem Bürgerkriegsland Kolumbien, in dem ich unmittelbar vor dem baltischen Einsatz gearbeitet hatte. Dort hatten sich zwei aufeinander folgende Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá so eindeutig durch die Identitätsfrage legitimiert, wie sonst wohl nirgends in Lateinamerika. Der eine der beiden, Antanas Mockus ist Sohn litauischer Einwanderer. Kurz bevor ich 2003 Kolumbien verließ, um ins Baltikum umzuziehen, hatte ich deshalb Mockus in seinem Büro in Bogotá besucht, ihn schon mal „für demnächst“ nach Vilnius oder Riga oder Tallinn eingeladen, um dort seine außerordentlich erfolgreiche „Kulturrevolution“ vorzustellen, die er in Fortsetzung der Vorarbeiten seines Vorgängers Enrique Peñalosa in Bogotá geleistet hatte. Gerade diese beiden Bürgermeister hatten bei den Bürgern Bogotás für Identifikation mit einer Stadtpolitik gesorgt, die die Bürgerinteressen widerspiegelt.¹⁹⁴ Mockus und Peñalosa verhielten sich weitgehend deckungsgleich bei ihrer politischen Ambition, den Interessen der Bürger an einer **Urbanität nach menschlichem Maß** zu entsprechen. Und das in einem Land, in dem ein halbes Jahrhundert lang Massenmorde von der Guerrilla und den Paramilitärs, der Drogenmafia und den offiziellen Streitkräfte verübt wurden und erst am Jahresende 2014 die

193 Deutscher Bundestag Drucksache 17/14696, 03. 09. 2013: Delegationsbericht zur **21.**

Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 in Sankt Petersburg, Russische Föderation

194 Im vorangehenden ersten Band dieser Rückschau (*Arbeit – sehr spannend; Abenteuer – genug; Wirkung ?*, Bonn 2014) wird im Kolumbien-Kapitel etwas mehr zur Politik von Antanas Mockus gesagt

Guerrillaorganisation FARC von sich aus zum Waffenstillstand bereit war und erst Anfang 2015 die Menschen in Bogotá wagten, massiv Frieden einzufordern

Die Identitätsfrage oder die „Kulturrevolution“ begann bei Peñalosa und bei Mockus mit der scheinbar absurden Frage in einer Mega-Stadt: Was macht die Mehrheit der Einwohner glücklich? Also nicht - wie in den US-Städten - wie funktioniert der Autoverkehr am besten. Die wichtigsten Elemente ihrer Stadtentwicklung (Bogotá) wurden daher ausgebaut und gekennzeichnete Gehwege, Radwege (in einer lateinamerikanischen Millionenstadt !), Fußgängerzonen, Parks und Grünanlagen.

*meine Büro-
Frauensschaft in Bogotá
wagte sich jetzt sogar
nachts aufs Rad*



Auf der nächsten Ebene kamen systematisch verbesserte Ausstattungen öffentlicher Schulen und Bibliotheken hinzu. Und der eigentliche revolutionäre Akt lag in der Einschränkung des Automobilverkehrs auf den sechsspurigen innerstädtischen Schnellstraßen zugunsten der Radfahrer (!!). Mockus hat in seiner Amtszeit (2001-2003) sonntags diese Schnellstraßen bis zum frühen Nachmittag für Autos vollsperrt und gleichzeitig ca. 180 Km innerstädtische Radwege bauen lassen. Ich konnte meine Büro-Frauensschaft zu nächtlichen Radtouren durch Bogotá einladen. Innerhalb weniger Wochen schwoll die Anzahl der Radfahrer um uns herum auf diesen Radwegen auf Zehntausende an. Peñalosa hatte zuvor schon einen kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr eingerichtet, wobei die eingesetzten Schnellbusse auf einer eigenen reservierten Spur verkehren. Diese beiden Bürgermeister schafften einen hohen Grad an Übereinstimmung zwischen theoretischer Forderung und praktischer Politik, so daß die Mehrheit der Bürger sich in dieser Stadtpolitik wiederfinden konnte. Die drei wichtigen Faktoren waren zusammgekommen: eine durchdachte Vision, hoher persönlicher Einsatz der Entscheidungsträger und Kompetenz in der Anwendung moderner Managementmethoden. Das galt für Bogotá. Nicht für ganz Kolumbien, weil die Identität in Villa de Leyva oder in Cartagena anderen Kriterien entspricht.

Eine ähnliche „Kulturrevolution“ hat es nur in ganz wenigen lateinamerikanischen Städten gegeben. Eine davon ist die Metropole Curitiba, die inzwischen auch als „Öko-Hauptstadt Brasiliens“ tituiert wird. Auch in Curitiba identifizieren sich die Bürger

mit der grünen Kulturrevolution und sind stolz auf ihre Stadt – und damit auch auf sich selber.

Diese Art „Kulturrevolution“ hätte es im Baltikum vielleicht nach der Unabhängigkeit geben können. Aber die „Singende Revolution“ blieb eine schöne Erscheinung ohne Nachhaltigkeit. Und bis heute gibt es keine baltische Identität und erst recht keinen Ansatzpunkt für eine europäische Identität. Kann es sicher auch nicht geben solange Kommissare nach Gutdünken von den Entsenderegierungen ausgesucht und nach Brüssel geschickt werden und dort immer wieder mehr als zweifelhafte politische Fähigkeiten offenlegen (wie die überforderte britische Außenbeauftragte Ashton bis 2014 oder der blasse deutsche Energie-Kommissar Oettinger oder der estnische Kommissar Kallas, der mit dem handicap nach Brüssel kam, das unter seiner Leitung der estnischen Zentralbank 10 Mio. Dollar abhanden gekommen waren und ausgerechnet ihm das Kommissariat für Betrugsbekämpfung und Verwaltung übertragen wurde). Viele solche Fälle hemmen ganz entschieden die Begeisterung der Bürger – erst recht aus anderen EU-Ländern – sich mit einer solchen politischen Figur zu identifizieren. Mit der aktuellen Kommission für 2014-19 wollen die EU-Bürger hoffen, daß die administrativen Eskapaden („Gurkenkrümmung“, Verbot offener Ölkännchen in Restaurants; Verbot der Glühbirne zugunsten hochgiftiger Energiesparbirnen, ...) seltene Ausnahmen waren. Aber die Drohung der neuen Kommission, das französische Lavendel mit einem chemischen Produkt gleichzusetzen und der Zulassungsverordnung für chemische Stoffe (REACH) zu unterwerfen, lässt die Zweifel an der Vernunft dieser neuen Kommission nicht nur in Frankreich wieder steigen. Auch in den baltischen Ländern, wo dieselbe alte Kultur im Umgang mit Naturprodukten besteht (Tees und Moosbeeren und medizinische Kräuter) wie in der Provence, dreht sich Unverständnis in Ablehnung. 24.000 Mitarbeiter in allen Generaldirektionen zusammen wollen sich offenbar auch in Zukunft legitimieren – und das in erster Linie durch sinnvolle und weniger sinnvolle Verordnungen.

Bis hierher empfindet der EU-Normalbürger die Intransparenz der Entscheidungsfindungen „in Brüssel“ als undemokratisch und viel zu stark fremd gesteuert durch die 20.000 akkreditierten Lobbyisten, die in Brüssel ständig für Entscheidungen sorgen, die von der Bürgermehrheit nicht gewollt werden: Gentechnik in Nahrungsmitteln und Saatgut; „Freihandelsabkommen“ mit Canada und USA; Waffenexporte (Frankreich wie auch Deutschland) an ein Russland, das gerade gegen die Ukraine Krieg führt oder die steuersubventionierte Lieferung schwerer wie leichter Waffen an Israel und Saudi Arabien (mit erheblichen Menschenrechtsproblemen); EU-Subventionen für neue britische Atomkraftwerke; Agrarsubventionen für Großbauern und damit gegen Ökobauern und vieles mehr. Daß in Europa seit dem II. Weltkrieg ganz selten Kriege geführt wurden (Ausnahme: Ex-Jugoslawien) ist eine in der europäischen Geschichte außerordentliche Leistung, aber leider nicht sehr präsent im Bewusstsein derer, die nach 1945 geboren wurden und damit nur ein schwacher Qualitätsnachweis der europäischen Institutionen in Brüssel.

Der Begriff „Europäische Identität“ ist daher immer stärker und immer schneller in der gesamten EU – von Portugal bis nach Finnland – zu einem negativen Abziehbild einer EU geworden, die willkürlich und ungeschickt ihre „Integrationspolitik“ betreibt. Das reicht von der Erweiterungspolitik ab 2004, bei der die baltischen Bürger

in allen drei Staaten oft genug kommentierten, daß sie jetzt wohl aus dem Schatten des russischen Bären in den des europäischen Stiers geschoben würden, aber deswegen noch lange nicht ihre eigene Identität ausleben dürften. Und es endet bei der Migrationspolitik, die sich immer nur am Phänomen der Flüchtlinge festmacht, die die „Festung Europa bedrohen“ (deswegen das FRONTEX-Programm), aber nicht die de facto Herausforderungen an die einzelnen Mitgliedsgesellschaften und die erforderlichen Änderungen in der Sozialpolitik, der Bildungspolitik, der Umweltsicherung u.a.m... zu zentralen Aufgaben erklärt.

Der demographische Faktor (abnehmende Bevölkerungszahl) in West- wie Osteuropa führt in 15-20 Jahren zu einem Verhältnis von 1 : 1, was den aktiv Beschäftigten gegenüber dem Rentenempfänger betrifft. Und das kann kein soziales Netz, wie wir es bisher in der EU noch postulieren, aushalten. Hier muß also politisch eine massive Systemänderung eingeleitet werden. Von der Kommission werden dagegen weder die Ursachen der EU-internen Migrationsströme überzeugend thematisiert noch die von außen drängenden Flüchtlingsströme. Immerhin erlaubte sich BMZ-Minister Müller (CSU) eine sehr eindeutige, nur wenig diplomatisch verfremdete Kritik an Shell, dem Ölförderer in Nigeria mit seiner haarsträubenden Umweltbilanz: "Ich war vor kurzem in Nigeria. Wenn Sie in das Nigerdelta gehen und dort den Standard der Ölförderung sehen, würde keiner von Ihnen an der Tankstelle der Ölfirma, die dort fördert, tanken." (FAZ, 10.9.2014). Dieselben Shell-Tankstellen finden sich in Polen, Litauen, Lettland, Estland. Nur gibt es dort keinen Umwelt- oder Entwicklungsminister, der Shell mit Zerstörung anderer Kulturen und Lebensräume in Verbindung bringt. Solche Ursachen für die immer umfangreicher gewordenen Migrantenströme spielen allerdings bei der negativen Identifikation mit der EU so gut wie keine Rolle. Nur die Auswirkungen werden als Problem von den nationalistisch-konservativen Parteien und Bewegungen wahrgenommen: der Sturm auf das reiche Europa von Lampedusa bis Stockholm.

Weil nicht offen genug über Ursachen und Zusammenhänge gesprochen wird, können nationalistisch-konservative Parteien in den einzelnen europäischen Ländern ebenso an Boden gewinnen wie im Europaparlament (seit 2014) mit einem erkennbaren Unterschied: die negative Identifikation mit der EU findet sich stärker in den westlichen als in den osteuropäischen Staaten. Mit den baltischen Erfahrungen läßt sich sagen, daß in den osteuropäischen Staaten mit ihrem sowjetischen Trauma nationale und konservative Parteien ohnehin die Macht besitzen und nicht erst aus dem Widerstand gegen die EU entstanden sind. In Großbritannien und Frankreich, aber auch in Dänemark (mit dem militanten Islamisten-Zentrum in Aarhus) und allen skandinavischen Nachbarn; in Deutschland, Österreich, Ungarn – dort haben die Europawahlen vom Mai 2014 teilweise nicht erwartete EU-feindliche, nationalistische Erdrutsche verursacht, die eine schwere Bürde für jeden Europa-Politiker darstellen. Aber vor allem an den vielen genannten Fronten der EU-Politik radikale Neuorientierung erfordern, einschließlich des völlig unsinnigen Einstimmigkeitsprinzips.

Nationalismen haben keineswegs nur die eine große Ursache: Fremdenfeindlichkeit aufgrund falscher bis dilettantischer Migrations- und Integrationspolitik. Eine weitere, sehr wichtige Dimension hat mit dem wachsenden Widerstand gegen die erdrückende, schon erstickende Globalisierungspolitik zu tun, die bei den durchschlagend neoliberalen Besetzung der EU-Rats- und Kommissionsspitzen bisher

zwangsläufig verfolgt wurde (Barroso) und auch weiterhin verfolgt wird (Juncker). Sezessionsbewegungen, wie Schottland gegen Großbritannien, Katalonien gegen Spanien sind die nächst höhere politische Ebene, auf der die gesellschaftliche Selbstfindung durch Abgrenzung versucht wird. Und wie lässt sich eine EU-Identität sichern, wenn allein das südliche Europa einen ethnisch-kulturellen Flickenteppich ergibt, wie er bunter kaum sein kann?

rechte/nationalistische Parteien mit Vertretung im Europaparlament ab Mai 2014

Großbritannien, UKIP	14,3%		Lettland, (nationale Allianz)	27,5%
Dänemark, Dänische Volkspartei	27,0%		Litauen, Ordnung & Gerechtigkeit	14,3%
Frankreich: Front National	24,9%			
Österreich, FPÖ	20,5%			

Die Identitätsfrage zu stellen oder gar zu beantworten, verbot sich für die Protagonisten einer maximal großen EU daher von selbst. Die angemessene Erweiterungsstrategie hätte für die baltischen, wie für alle anderen neuen Mitglieder nach 2004 mit dem Respekt für die historischen und kulturellen Unterschiedlichkeiten der Länder gekoppelt sein müssen. Das wäre ein Prozeß geworden, der mindestens eine Generation in Anspruch nimmt. Ein ratifizierter Acquis Communautaire als Eintrittskarte für die EU bedeutete aber das genaue Gegenteil. Den baltischen Ländern und den anderen wurde **keine Zeit eingeräumt**, um wirklich zu verstehen, erstens, wie sie sich selber nach ihrer Unabhängigkeit eigentlich neu organisieren wollten und zweitens, wie diese 1993 neu gegründete EU eigentlich funktioniert, nachdem sie nur die Kumulation aller ihrer Vorgängerorganisationen war, aber kein durchstrukturiertes neues Ganzes (von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 über die Europäischen Gemeinschaften 1967 bis einschließlich einer Reihe andere europäischer Institutionen schließlich 1993 die heutige EU gestartet wurde). Die Westeuropäer wussten selber nicht, wie genau die Plattform aussah, auf der diese EU stand und sie erinnern sich auch nur noch vage, daß es von Anfang an intensivste politische Kämpfe zwischen den Gründungsmitgliedern gab - vor allem Frankreich gegen Großbritannien -, daß diese Konflikte aber nur durch sehr eigentümliche Kompromisse „geregelt“ wurden (Margaret Thatcher's finanzielle Sonderbedingungen für GB). Politisch und strukturell (auch juristisch) war es eher eine Schlangengrube, in die 2004 die Balten und 7 weitere neue Mitgliedsstaaten fielen.¹⁹⁵ Die Westeuropäer arbeiteten gleichwohl nach dem Motto „Friß heute oder stirb morgen“. Die baltischen Bürger haben - auch ohne vertiefte Sachkenntnis der EU-Vorgeschichte - erkennen müssen, daß es immer die verschwindend kleine Oligarchengruppe in den osteuropäischen Staaten war, die ihre Profitchancen in einer EU-Mitgliedschaft sahen und die es immer besonders eilig hatten, die NATO-Mitgliedschaft einzugehen, weil dadurch ihr Sicherheitsbeitrag zum Militärbündnis höher bewertet wurde als die notwendigen Reformen für Demokratie, Transparenz, Umweltschutz oder kulturelle Identität.

¹⁹⁵ Das gesamte Recht der Europäischen Union, so weit es gültig ist, wird unter dem Begriff „gemeinschaftlicher Besitzstand“ oder „acquis communautaire“ zusammengefasst. Es handelt sich um rund 15.000 Rechtsakte auf nahezu 100.000 Druckseiten (Stand 2008). Im einzelnen unter <http://old.eur-lex.europa.eu/de/index.htm>

Vor allem haben die „Hausherren“ in Brüssel - mit starker Unterstützung der deutschen Bundesregierung - die jahrzehntelangen Manipulationen der Wirtschaftsdaten durch die griechischen Regierungen wissentlich akzeptiert und damit einen wesentlichen Beitrag zu der Europa-Skepsis bei den europäischen Bürgern geleistet. (s.o. S. 150)

Wer fagt nach Demokratie?

Das Spannungsverhältnis zwischen politischem Apparat (Staat) und Zivilgesellschaft ist kein Alleinstellungsmerkmal der baltischen Region. Aber wegen der Überschaubarkeit der baltischen Staaten lassen sich die Widersprüche der europäischen Erweiterungspolitik leichter erkennen als etwa in einem weitaus komplexeren Land wie Deutschland.

2001 erschienen eine ganze Reihe von Publikationen über den massiven, aber intransparenten Einfluss großer Konzerne auf die Europa-Politik (z.B. Pollack u.a., *Who Governs?*). Dort wurden konkrete Fallstudien vorgelegt über den Einfluss der Konzerne in den Sektoren Transport, Biotechnologie, bei relevanten Klimaeinwirkungen wie auch beim Projekt »Transatlantic Economic Partnership« (TEP) und deren Nachfolgeorganisationen, die in der wirtschaftlichen Globalisierung eine Schlüsselrolle einnehmen. Die Autoren fassten ihre jahrelangen Beobachtungen zusammen und zeichneten ein eher düsteres Bild vom Funktionieren moderner Demokratien, von den begrenzten Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf relevante gesellschaftspolitische Entscheidungen. Zwischen 2005 und 2010 hatten einige NROs unter Führung von *Lobbycontrol* in Köln den „Worst EU Lobbyism Award“ jährlich ausgelobt (zusammen mit Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und Spinnwatch), um auf Lobbyisten, Unternehmen und Interessenverbände aufmerksam zu machen, die besonders massiv auf Entscheidungen der EU-Kommission Einfluss nahmen.

Aber schon mehr als zehn Jahre zuvor, 1992, hatte Jürgen Habermas nachdrücklich auf die Bedeutung eines transparenten Entscheidungsprozesses hingewiesen und auf die besondere Rolle, die dabei der Zivilgesellschaft zukommt, wenn es denn um demokratische Gesellschaften geht. Habermas mahnt den stetigen politischen Diskurs zwischen Staat - Zivilgesellschaft - Privatwirtschaft an. Dieser Diskurs steckt in der Mehrzahl der EU-Staaten noch in einem embryonalen Zustand, aber erst recht auf der Ebene der EU-Institutionen. Die EU-Kommission empfindet einen solchen Diskurs - darin den osteuropäischen Regierungen ähnlich - als stöhnend. Da die Schweiz nicht zur EU gehört, bildet sie auch kein Demokratie-förderndes Korrektiv. Anstelle realdemokratischer Verhältnisse treffen die europäischen Bürger auf:

- große Unternehmen und Banken sichern sich auf subtile wie auf brachiale Weise die Unterstützung eines gewaltigen *Lobbyistenheeres.*, um Steuergesetzgebung, Qualitätsstandards und die vielen sonstigen Verordnungen im Interesse der Unternehmensführungen zu beeinflussen. Dafür kommt allein in Brüssel auf einen Mitarbeiter der Generaldirektionen etwa ein Lobbyist, insgesamt also mindestens 20.000. In Brüssel ist im Übrigen bekannt, daß alle international tätigen Konzerne eigene Beraterbüros mit teilweise bis zu zwanzig Mitarbeitern unterhalten. Sie sind sogar ein bedeutender lokaler Wirtschaftsfaktor, denn dieser

gesamte Lobby-Sektor wird auf einen Umsatz von rd. 1 Mrd. Euro p.a. geschätzt. Als 2014 die neuen Kommissare vom EU-Parlament angehört wurden, gab es dort eine sehr klare Zurückweisung wegen Qualifikationsmängel im Fall der Slowenin Bratusek. Die an der Rolle des Europäischen Parlaments noch interessierten Bürger nahmen die Nachricht erfreut zur Kenntnis. Eigentlich gab es zwei weitere Zurückweisungen, nämlich gegen den Briten *Jonathan Hill* und gegen den Spanier *Miguel Arias Cañete*. In beiden Fällen, weil sie klar profilierte Lobbyisten sind, der eine für den Bankensektor (Hill), der andere für den Ölsektor (Cañete). Aber jetzt wurden die erfreuten Bürger sehr schnell auf den Boden der realen Machtverhältnisse „in Brüssel“ zurückgeholt: die Parlamentarier hatten am Ende nicht genug Widerstandskraft gegen die Kommission, gegen den Europäischen Rat und gegen die massive Lobbyistenarmee. Obwohl die spanischen Sozialisten im EP geschworen hatten, gegen Cañete zu stimmen, hielten sich saher nicht alle daran. Cañete kam durch. Beide Kandidaten wurden sogar einflussreiche neue Kommissare in der Mannschaft von *J.-C. Juncker* – auf jeden Fall mit stärkerem Profil als der deutsche Kommissar *Oettinger*, den seine Kanzlerin in der zweiten Reihe der Kommissare „verhungern“ lässt.

■ Hinzu kommt – nach dem US-Vorbild des juristischen „deal“ –, daß die praktizierte Rechtsprechung ganz offensichtlich zu Gunsten großer Unternehmen, großer Banken oder sogar zugunsten profilierter Privatpersonen zurecht gebogen wird: Lettland bietet das Beispiel des Oligarchen Lembergs; Deutschland bietet Fälle wie Hoeneß oder Ecclestone. Und die EZB mit Herrn Draghi an der Spitze unterstützt systematisch die überschuldeten Banken und Staaten und riskiert damit die zentrale Aufgabenstellung der Europäischen Zentralbank: Währungsstabilität, ohne daß vom Europäischen Rat Einhalt geboten wird. Anfang 2015 gab Mario Draghi dann selber einen beruhigenden Kommentar zu diesen Punkt ab: Die Europäische Zentralbank ist nach Darstellung ihres Chefs bei der Wahrung der Preisstabilität stärker gefordert als noch vor einem halben Jahr. "Das Risiko, dass wir unser Mandat der Preisstabilität nicht erfüllen, ist jedenfalls höher als vor sechs Monaten", sagte der EZB-Präsident in einem Interview mit dem "Handelsblatt". Und: Die Eurozone werde nicht auseinanderbrechen, "**Es gibt deshalb auch keinen Plan B.**"¹⁹⁶ Schon wieder so eine alternativlose Strategie.

■ Der Blick aufs Baltikum hat die europäischen Verhältnisse unter der Lupe gezeigt. Das wird sehr deutlich, wenn nach dem Wertesystem gesucht wird, das von der Estin Marju Lauristin angesprochen wurde, das aber längst abhanden gekommen ist (s.o., S.409). Der Blick aufs Baltikum hat auch gezeigt, daß sich die engagierten Teile der Zivilgesellschaften nach dem Bambus-Prinzip verhalten müssen: biegsam im Sturm, ohne zu brechen. Genau das ist das Handlungsprinzip von tausenden von konkreten Projektinitiativen vor allem in Westeuropa. Sie arbeiten an der praktischen Überwindung einer freien Marktwirtschaft, in der der Begriff „Markt“ zwar von der politischen und der wirtschaftlichen Elite ständig im Munde, dabei aber täglich ad absurdum geführt wird durch immer mehr politische und rechtliche Unterstützung für Monopolisierung von Marktpräsenz. Oligopole in der Energieversorgung, wenige Supermarktketten, wenige Automobilhersteller, immer mehr

196 Tagesschau.de, 2.1.2015: *Staatsanleihen für Preisstabilität?*

„alternativlose“ (chinesische) Billigprodukte – überhaupt die immer auch von der Kanzlerin so geliebte Formel von der Alternativlosigkeit

TTIP gefährdet beides: europäische Identität und europäische Demokratie

Im ersten Halbjahr 2015 hat Lettlands Regierung die EU-Präsidentschaft inne und hat sich als größtes Ziel gesetzt, den TTIP-Vertrag zur Unterschrift zu bringen (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*). Der lettische Außenminister Edgars Rinkēvičs begründet dieses starke Interesse aus seiner Sicht mit dem Thema Energiesicherheit. Sie werde durch die geplanten US-Exporte von Flüssiggas aus den Fracking-Prozessen nach Europa erreicht. Dazu müssen dann (nur noch) in Lettland die notwendigen LNG-Hafenanlagen gebaut werden. Der lettische Außenminister machte bei seinem Interview nicht den Eindruck als hätte ihn die kritische Auseinandersetzung im übrigen Europa mit TTIP sonderlich interessiert (Latvian Public Broadcasting English-language service, 15.10.2014). Zumindest hat er erfolgreich verdrängt, daß es die professionell tätige Groß-Lobby in Brüssel ist, die unter dem neoliberalen Kommissionspräsidenten Barroso an dem EU-USA-Handelsnetz gestrickt hat, das gern mit dem Namen „Freihandel“ geschmückt wird. Zusammen mit der Testversion CETA, dem „Freihandel“ zwischen EU und Canada, hat die Groß-Lobby in Nordamerika und der EU erfolgreich mitgeholfen, um die Netzwerke TTIP und CETA seit 2013 hermetisch gegenüber Medien, interessierten Bürgern (Wählern) und der sonstigen Öffentlichkeit abzuschirmen. Im Juni 2013 hatten die Regierungschefs (Europäischer Rat) einstimmig die EU-Kommission beauftragt, das Freihandelsabkommen mit den USA als geheime Verhandlung weiter zu konkretisieren. Für einen Großteil der EU-Bürger wuchs dieser „Freihandel“ dabei immer mehr zu einem bedrohlichen Gespenst heran. Der Bürger sah immer deutlicher, daß es nicht um seine bürgerliche Freiheit beim Freihandel gehen soll. Erst massivste monatelange Proteste vieler Bürgerinitiativen in ganz Europa, darunter EBI (*Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA* mit 230 Mitglieds-NROs aus 21 EU-Ländern) zwangen den Europäischen Rat Anfang Oktober 2014, den erreichten Stand der Verhandlungen ein bisschen öffentlich zu machen.

Die Ablehnung der TTIP-Strategie wurde von einer europaweiten Befragung der Bürger bestätigt, die die Handelskommissarin Malmström gezwungenermaßen in Auftrag gegeben hatte und im Januar 2015 vorstellte. Ergebnis: > 90% der Bürger lehnen TTIP ab. Der EBI-Koordinator kommentierte den Verlust an demokratischer Legitimation, in den sich die EU-Kommission seit Barroso hinein manövriert hat: *„Die Ablehnung der Bürgerinitiative reiht sich ein in die Strategie der EU-Kommission, Bevölkerung und Parlamente aus den Verhandlungen um CETA und TTIP rauszuhalten. Statt Bürgerinnen und Bürgern werden hier lieber Lobbyisten gehört.“* Die EU-Kommission begründet ihre Geheimhaltungspolitik gegenüber den Bürgerinitiativen mit der juristischen Feststellung, daß die Verhandlungsmandate zu TTIP und zum CETA keine Rechtsakte seien, sondern interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen und insofern durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar. Würde diese Rechtsauffassung der Kommission Bestand haben, hieße das im Klartext: Geheimverhandlungen und Intransparenz sind das politische Geschäftsmodell der EU-Kommission und des Europäischen Rates. Ein Demokratieverständnis, das

durchaus an die baltischen oder ukrainischen oder russischen politischen Kulturen erinnert und die EU-Bürger in höchstem Maße beunruhigen muss, vor allem, weil es sich nicht um einen bürokratischen Ausrutscher handelt.

*Protest des
BUND vor dem
Bundestag
(Berlin), Sep.
2014
gegen TTIP als
Trojanisches Pferd*



Demonstration des Umweltverbandes BUND gegen TTIP Mitte September vor dem Bundestag in Berlin Foto: Rolf Zöllner

Denn:

- Ein vorangegangener politischer Aufreger war die Gentechnik-Debatte, bei der sich offensichtlich Transnationale Nahrungsmittelkonzerne bzw. Saatgutkonzerne in Brüssel erfolgreich durchsetzen konnten und die deutsche Bundesregierung ihre politische Verpflichtung nicht nutzte, Bürgerinteressen zu vertreten (Kanzlereid: „*Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden....*“). Erst aufgrund massiver Kritik in der deutschen Bevölkerung wie auch in den Koalitionsparteien im Bundestag und Bundesrat machte die deutsche Regierung scheinbar einen Rückzieher und untersagte gentechnisch veränderte Nahrungsmittel für Deutschland. Allerdings wird es außerordentlich schwer sein, diesen politischen Willen auch zu realisieren, wenn ein krisengeschütteltes Spanien gleichzeitig die größten Mengen an Gentechnik-Produkten in ganz Europa erzeugt und sie natürlich auch auf den gesamteuropäischen Markt absetzen will und als EU-Mitglied auch darf.
- Die Geheimverhandlungen über die Freihandelsabkommen CETA und TTIP schließen ein:

Thema	ER-Kommentar
Die <u>Absenkung bestehender Standards</u> zum Schutz von Mensch und Umwelt in Bereichen wie Chemikalienpolitik, Landwirtschaft, Energiepolitik, öffentliche Beschaffung und Daseinsvorsorge, Finanzdienstleistungen, Arbeitnehmerrechte und Datenschutz	nach 2017 stellen möglicherweise die Republikaner wieder die Regierung und interpretieren die Regelungen noch eindeutiger zugunsten US-amerikanischer Exporte als die Obama-Administration

eine langfristig geregelte <u>transatlantische</u> Kooperation, insbesondere zugunsten global operierender Konzerne	EU liegt in natürlicher und historischer Nachbarschaft zu Russland; daher muss <u>diese</u> Perspektive ausgebaut werden. Denn für alle Ostseeanrainer ist sie <u>die</u> zukunftssichernde Perspektive
Investorenschutz mit einem exklusiven Investor-Staat-Schiedsmechanismus (ISDS)	die politische Handlungsfreiheit einer EU-Regierung - vor allem bei politisch geändertem Vorzeichen - wird durch solche juristischen Praktiken extrem eingeschränkt, wie u.a. die Klage von Vattenfall gegen die Bundesregierung schon zeigt, nachdem die politische Entscheidung pro Atomausstieg gefallen war

Es lässt sich darüber streiten, welche der CETA- und der TTIP-Themen die problematischsten sind. Ganz besonders problematisch ist auf jeden Fall für den europäischen Normalbürger das Klagerecht privater Investoren vor einer privaten, geheimen Instanz, die nicht der öffentlichen Rechtsprechung unterliegt. Investoren sollen gegen den Staat klagen können, wenn sie direkt oder „indirekt“ enteignet wurden oder sich ungerecht behandelt fühlen (sogenanntes Investor-to-State Dispute Settlement, ISDS). Indirekte Enteignung liegt z.B. vor, wenn ein Staat neue Gesetze erlässt, die sich gegen die weitere Verstromung von Braunkohle richten oder Gas-Fracking untersagen oder Nahrungsmittel gentech-frei halten sollen, gegen die die bisherige Unternehmenspraxis dann verstoßen würde. Gegen solche ureigenen Souveränitätsakte eines demokratischen Staates soll ISDS greifen.

ISDS-Praxis (lt. Greenpeace)

Zwei Beispiele, wie mit ISDS schon gegen Gesetze im Umweltbereich geklagt wurde:

1. Frackingverbot Quebec

Der Konzern Lone Pine Resources klagte die kanadische Provinz Quebec auf 250 Millionen Dollar Schadensersatz, weil das dortige Parlament ein Moratorium auf die Förderung von Schiefergas erlassen hat.

2. Atomausstieg Deutschland und Vattenfall-Klage dagegen mit einer Erklärung der Bundesregierung zur Vattenfall-Klage

Vattenfall hat das internationale Schiedsgerichtsverfahren ISDS eingeleitet und verlangt eine Entschädigungszahlung in Höhe von 4.675.903.975,32 Euro zuzüglich Zinsen,

weil es seine Rechte durch die 13. Novelle des Atomgesetzes sowie durch das Kernbrennstoffsteuergesetz verletzt sieht. Die 13. Atomgesetznovelle, der so genannte Atomausstieg, führte zum Abschalten der von Vattenfall betriebenen Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel sowie zu kürzeren Laufzeiten bzw. Reststrommengen des Atomkraftwerks Brokdorf, an dem Vattenfall beteiligt ist.

(Bundestag, Kleine Anfrage, Drucksache 18/3721, 13.01.2015)

Bei jedem Gesetz, das Einnahmen von Unternehmen durch „indirekte Enteignung“ bedroht, wird die Schere im Kopf vieler Abgeordneter immer größer werden. Der

vollständige Anwendungsbereich von ISDS auf zukünftige Gesetze - oder Entscheidungen von Behörden im Rahmen von Zulassungsverfahren - ist nicht abschätzbar. Sollte es also tatsächlich zu ausländischen Investitionen in ein neues AKW Ignalina III in Litauen oder zu Fracking-Bohrungen durch Chevron in Litauen kommen, würden die Gewinnerwartungen der Investoren letztlich mittels ISDS durchsetzbar sein. Würden sich Lettlands und Estlands Regierungen zu nachhaltiger Waldbewirtschaftung im Osten ihrer Länder durchringen mit nationalen Wertschöpfungsketten, da, wo jetzt schwedische und finnische Holzfirmen nur an Rundholz interessiert sind, dann würde TTIP natürlich auch dort greifen. Die aktuellen konservativen Regierungen würden sich wahrscheinlich auch mittels *ISDS-Verfahren* mit den Investoren einigen. Aber wie würden Natur und Menschen im Baltikum gegen solche Ansprüche zu schützen sein, wie sie schon jetzt Vattenfall wegen geänderter Atomgesetze und demnächst wahrscheinlich wegen gesetzlich geänderter Bedingungen der Braunkohleförderung in der Lausitz durchzusetzen versucht?? Der Fall ist den kleinen Hinweis wert, daß es sich bei Vattenfall um ein staatliches Unternehmen handelt. Also eine (befreundete) europäische Regierung greift eine andere europäische Regierung an, weil dort neue Erkenntnisse (Fukushima) zu Gesetzesänderungen geführt haben, die das zugehörige Volk sehr begrüßt.

Die Details von TTIP sind bisher auf rd. 1.500 Seiten festgehalten. Bei den durchgesickerten Informationen kristallisierte sich immer stärkerer Erfahrungs-Widerstand von Seiten großer und kleiner NROs und einem EU-weiten Netzwerk gegen außerordentlich kritikwürdige Punkte der bekannt gewordenen Verhandlungen. Etwa die Vereinbarung, daß bei der öffentlichen Beschaffung eine diskriminierungsfreie Ausschreibung auf allen Ebenen beachtet werden muss, die der jeweils günstigste europäische oder amerikanische Anbieter gewinnen würde. Die von allen drei baltischen Regierungen beantragten Fördermittel für den KMU-Sektor würden diesen für das baltische Land wichtigen Sektor zwar aufbauen helfen, er würde aber gegenüber einem amerikanischen Anbieter für Haustechnik oder Büromöbel etc. kaum eine Chance haben und ziemlich schnell wieder „vom Markt“ verschwinden. Auch in den großen baltischen Städten Tallinn, Tartu; Riga; Vilnius, Kaunas kann im Übrigen das passieren, was in Deutschland seit vielen Jahren an Erfahrung vorliegt: US-Kapitalgesellschaften kaufen Wohnblockpakete aus kommunaler Hand auf, solange bis das Mietaufkommen dem gesetzten Profitziel entspricht. Dann wird dasselbe Paket ohne Erhaltinvestitionen oder gar Modernisierungen an die nächste Kapitalgesellschaft weiterzuverkaufen. Dort läuft ein sehr ähnlicher Prozeß ab, nur schon auf niedrigerem Niveau. Ein solcher Prozeß widerspricht jeder Form von Städteplanung oder kommunaler Wohnraumpolitik und schiebt ganze Stadtviertel in Richtung Verslumung. Schon in den 1980er und 1990er Jahren kamen gerade in so attraktiven Städten wie Hamburg und München Klagen über die soziale Spaltung der Stadt durch massive Spekulationen in Begleitung der Gentrifizierung von Straßenzügen und Stadtteilen auf. Inzwischen hat dieser Prozeß auch Riga und Vilnius erreicht. Er ist von den Ausmaßen her nicht vergleichbar mit Berlin, aber für lettische und litauische Verhältnisse besorgniserregend. Noch deutlicher sind die Parallelen zwischen der Entwicklung im berliner Stadtteil Kreuzberg, dessen vergammelter Gesamtzustand vor rd. 30 Jahren Künstler, Studenten, Nicht-Begüterte zu günstigen, weil sehr schlichten Wohnbedingungen anzog. Viele dieser Bewohner haben intensiv an der materiellen und der sozialen

Verbesserung der Lebensverhältnisse in Kreuzberg mitgearbeitet, haben Kreuzberg einen großen Mehrwert verschafft. Aktuell werden eben diese Menschen aus „ihrem“ Kreuzberg, aus ihrem Kiez durch neue Immobilienbesitzer vertrieben. Gentrifizierung pur. Die Kopie dieses Prozesses ereignet sich im alten Hafengelände von Riga, genannt Andreas Insel (*Andrejsala*), unmittelbar anschließend an einen der markantesten Jugendstil-Boulevards der Stadt. Der Prozeß läuft unter der Planungsüberschrift „Entwicklung von Riga-Hafenstadt“. Der Prozeß wird in erster Linie von ausländischen Investoren (Norwegen) vorangetrieben. Für die Stadtverwaltung vollzieht sich – ähnlich wie in Berlin – lediglich „freie Marktwirtschaft“.

TTIP gibt der Besorgnis um solche Gentrifizierungs-Prozesse weiteren Schub; allerdings auch weitere Motivation bei einigen Bürgermeistern, Studenten, Kaufleute, Intellektuellen, Künstlern, sich für die Abkehr vom neoliberalen Entwicklungsweg einzubringen. Sie identifizieren sich allemal stärker mit ihrer neuen Bibliothek, die über die Daugava hinüber auf die alte Stadt schaut. Beide sind durch eine stählerne Brücke verbunden, aber es besteht eine eigentümliche Distanz zwischen der Bibliothek als Tempel der lettischen Identität und hohen Halle des Geistes und dieser alten Stadt in Transformation.

Dabei wird im Baltikum deutlich, daß nicht einmal die nationalen Regierungen der stärkste Promotor von TTIP sind, sondern die US-Handelskammer. Sie engagiert sich sehr, um im Internet wie auch bei sonstigen Gelegenheiten die Vorteile des „Freihandelsabkommens“ für die Balten wie für ganz Europa darzustellen. Das ist das andere Ende der Brücke.



Rigas neue Bibliothek, eingeweiht 2014 als Riga den Titel Kulturhauptstadt Europas trug

Es bleiben also noch ein paar Fragen offen, an denen weiter gearbeitet werden muss – und nicht nur im Baltikum.....



(die Wikinger-Rune steht für: die Reise geht weiter)

Bezahlte Tätigkeiten

- Seit 2009 Consultant für Nachhaltige Entwicklung
- 2004-2008 Koordinator der Friedrich Ebert Stiftung für die baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen mit Sitz in Riga
- 2004-2006 Lehrveranstaltungen an der Stradina-Universität und Universität von Lettland, Riga (Sozialwissenschaften)
- 2000-2003 Projektleiter für die Umweltpolitik-Projekte der deutschen Entwicklungs-Gesellschaft GTZ in Kolumbien
- 2001-2003 Lehrauftrag an der Universidad Nacional de Colombia, Bogotá (Politische Wissenschaften)
- 1993-1999 Beauftragter für Umweltpolitik der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn
- 1994-1998 Lehrauftrag für Politische Wissenschaften an der Universität Bonn (Soziologie, Politische Wissenschaften)
- zwischen 1989 und 1993 Repräsentant der Friedrich Ebert Stiftung in Santiago de Chile
- bis 1989 Lateinamerika-Referent der Friedrich Ebert Stiftung in Bonn
- zwischen 1987 und 1989 Lehrauftrag an der Universität Bonn (Soziologie)
- 1981-1982 freier Consultant beim Afrika-Asien-Büro, Köln mit Projektentwicklungsauftrag für die EU in Haiti
- 1979-1981 Beauftragter des Deutschen Entwicklungs-Dienstes in Peru



Dr. Elmar Römpczyk

Berufliche Ausbildung

Lehre als Bauzeichner in Oberhausen

Studium der Sozialwissenschaften und Germanistik in Bochum und Bielefeld.

Diplomarbeit: Erwachsenenbildung als Faktor des sozialen Wandels

Dissertation: Internationale Umweltpolitik und Nord-Süd-Beziehungen

Interessen

Fotografie, internationale Arbeitseinsätze und private Reisen (Lateinamerika, Australien, arabische Länder, Skandinavien), gesellschaftspolitische Literatur lesen und schreiben

Eigene Publikationen : s. <http://elmar-roempczyk.de/>

